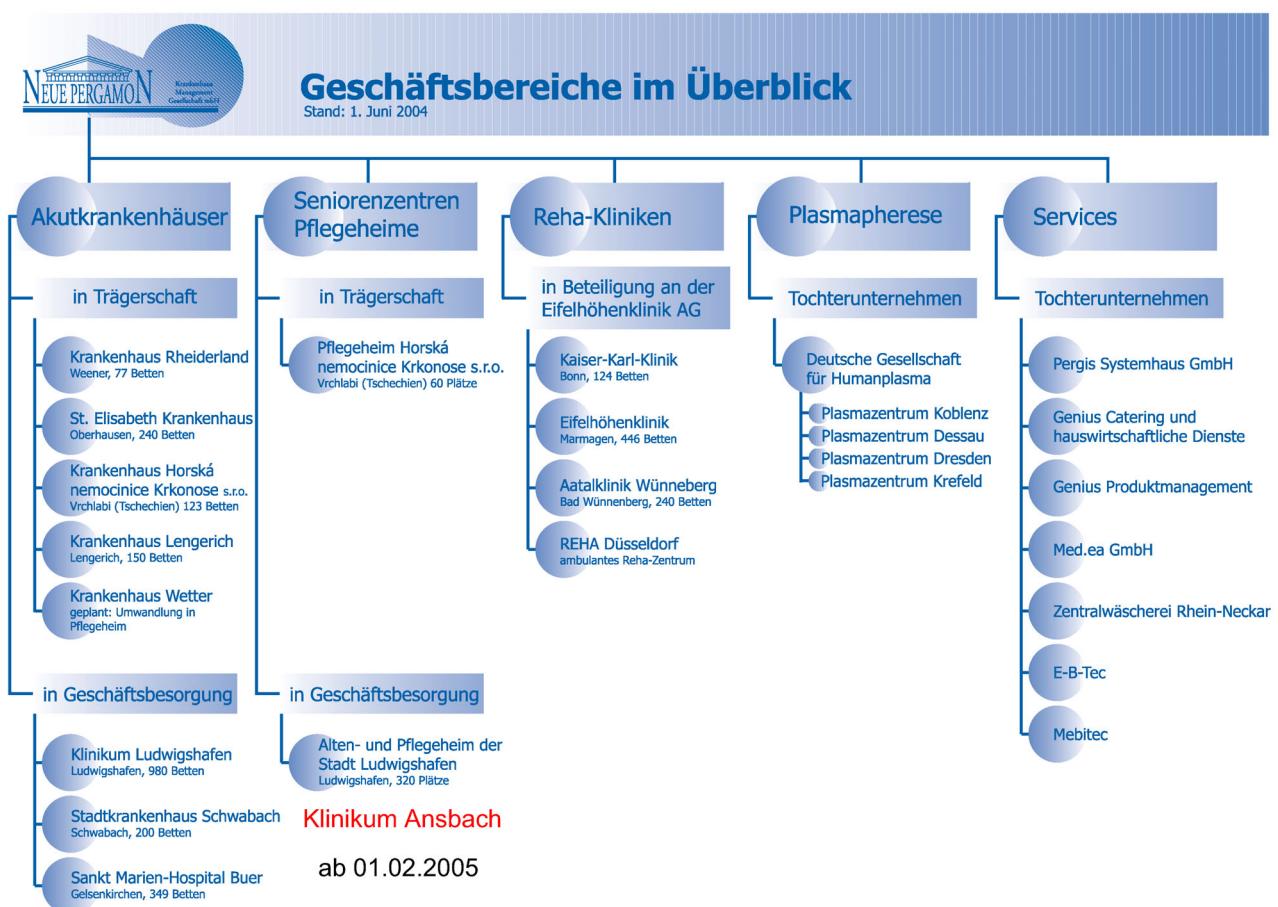


Das „NPK-Imperium“ und sein Ende

Inhalt: Dies ist die Dokumentation eines Betruges, durch den Anfang 2000 öffentliche Krankenhäuser in der Bundesrepublik Deutschland um Millionen von Euro geschädigt wurden. Anhand von Zeitungsartikeln und anderen Quellen wird dokumentiert, worin dieser Betrug bestand, wie er möglich war, wie er entdeckt wurde und wie zuständige öffentliche Stellen und PolitikerInnen darauf reagierten. Bisher kam es zur Anklage von nur einer Person; andere Beteiligte sind schadlos geblieben. Der Fall gelangte kaum über die Berichterstattung in lokalen Medien hinaus, obgleich er von nationaler Bedeutung ist und allgemeine Änderungen in Bezug auf die Verwaltung von Krankenhäusern nötig wären, um Ähnliches für die Zukunft zu verhindern.

Abstract: This is a documentation of a defraud, which took place in the Federal Republic of Germany in the first years of the 21th century, and which caused losses in millions of Euros for public hospitals. The collected newspaper articles and other sources reveal details about this defraud: why it has been possible, how it has been detected, and how involved authorities and politicians reacted. Until now, only one person has been charged in justice; others remain unmolested. Local media reported about the case, but nation-wide media rarely did so – although the case is of national importance and general changes regarding the management of hospitals would be necessary to avoid such defrauds in the future.

2008-05-21



**Gemeinsam handeln,
die Zukunft gestalten,
erfolgreich verändern**

**Diskussionspapier
zur Weiterentwicklung des Klinikums und
zur Sicherung der Interessen der Beschäftigten
in der Klinikum der Stadt Ludwigshafen gGmbH**

Erarbeitet von Mitgliedern und Vertrauensleuten der Gewerkschaft ver.di im Klinikum Ludwigshafen von Juni bis August 2007

V.i.S.d.P. und Herausgeber: ver.di Landesbezirk Rheinland-Pfalz, Andrea Hess
(Stellvertretende Landesbeiratsleiterin), Münsterplatz 2-6, 55116 Mainz

A u s z ü g e

Neue Pergamon Krankenhausmanagement Gesellschaft

1996 vom ehemaligen Geschäftsführer des Klinikums Volker Graf und dem ehemaligen Personaldirektor Jürgen Matschke mit der Absicht gegründet, die damalige Erfolgsgeschichte des Klinikums (gewinnbringend und) bundesweit zu vermarkten.

Zeitweilig war auch die frühere Pflegedirektorin Käte Harms Mitgesellschafterin.

Ab Sommer 1996 übernahm die NPK die Geschäftsführung des Klinikums. In den Folgejahren gelang es ihr, einige überwiegend kleinere Krankenhäuser in der BRD und Tschechien als Eigentümer oder wenigstens in Betriebsführung zu übernehmen.

Die NPK gründete eine Vielzahl von Tochtergesellschaften und Beteiligungen (Personalberatung, Unternehmensberatung, Facility Management, Einkauf, IT-Systeme, Catering, Wäscherei, Deutsche Gesellschaft für Humanplasma u. a.), die zumindest teilweise mit Personal und Mitarbeitern des Klinikums Ludwigshafen betrieben wurden.

Im Herbst 2005 wurde der Vertrag mit **Graf und der NPK** in Ludwigshafen wegen deutlicher Hinweise auf Unregelmäßigkeiten und Selbstbegünstigungen beendet.

Die städtische Revision stellte in der Folgezeit einen von **Volker Graf und der NPK** verursachten Gesamtschaden von rund 10 Mio. € fest. Gegen Graf läuft immer noch ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Kaiserslautern, die NPK befindet sich in Insolvenz, Graf selbst hat Privatinsolvenz und Zahlungsunfähigkeit angemeldet.

..... muss heute festgestellt werden, dass der frühere Geschäftsführer, geduldet und unterstützt von einer ganzen Reihe führender Mitarbeiter, die Interessen des Klinikums immer mehr den Interessen seiner Krankenhaus-Managementgesellschaft NPK unterordnete.

Seit dem Jahr 2005 weist das Klinikum jährliche Bilanzdefizite von jeweils über drei Millionen € aus. Damit steht fest: das Klinikum befindet sich insbesondere infolge jahrelanger Managementversäumnisse, umfangreicher Selbstbegünstigungen und Unterschlagungen der früheren Geschäftsführung und eines fehlenden belastbaren Zukunftskonzeptes für die Konsolidierung und künftige Unternehmensentwicklung vor dem Hintergrund der Konvergenzphase derzeit in einer schwierigen Situation.

<http://www.ungesundleben.org>

Einstiegseite ins „Privatisierungs-Wiki“.

Dort „werden Informationen und Erkenntnisse gesammelt über Privatisierungen im Gesundheitswesen; private und öffentliche Krankenhaus- und Heimbetreiber; Arbeitsbedingungen und -kämpfe von Beschäftigten im Gesundheitswesen und Bedingungen, die PatientInnen und BürgerInnen als potenzielle PatientInnen betreffen.“

Die Seite enthält auch umfangreiche Informationen zu Volker Graf und der Neuen Pergamon

Die Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH

Unsere Klinik hat seit dem 01. Juli 1998 einen Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Neuen Pergamon Krankenhaus Management GmbH (NPG). Durch diesen Vertrag ist geregelt, dass der Geschäftsführer des MHB von der NPG gestellt wird und wir auf die Ressourcen der NPG zurückgreifen können.

Wer aber ist die Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH? Was sind ihre Ziele, wie ist sie organisiert und in welchen Häusern in Deutschland ist sie aktiv? Diesen Fragen sind wir nachgegangen und haben im Gespräch mit unserem Geschäftsführer, Silvio von Entress Fürsteneck, Antworten für Sie zusammengetragen.

Ausgangssituation

Die Situation der Kliniken in Deutschland ist gekennzeichnet von immer knapper werdenden finanziellen Möglichkeiten, stetig steigender

Leistungskonzentration und zunehmend stärkerem Wettbewerb untereinander. Entscheidende Faktoren für die Akzeptanz und den Erfolg einer Klinik sind die Qualität und die Effizienz der Leistungserbringung. Bisherige Unternehmensziele und Strukturen können diesen Bedingungen oft nicht standhalten. Längst sind Krankenhäuser hinsichtlich der Betriebsanforderung und der Kapitalausstattung mit größeren Wirtschaftsunternehmen vergleichbar. Das betriebswirtschaftliche Instrumentarium muss dem entsprechen. Hier ist der Ansatzpunkt der NPG, die mit modernen Konzepten und Strukturen diesen Anforderungen begegnet.

Die Ziele der NPG

- eine qualitativ hochwertige Patientenversorgung
- die Stabilisierung des bestehenden Leistungsangebotes
- der Ausbau der Kliniken zu Dienstleistungszentren mit erweiterten Angeboten

- die Erschließung neuer, zukunftsreicher Angebote
- die Sicherstellung des langfristigen wirtschaftlichen Erfolges

Getragen werden diese Zielsetzungen von der prinzipiellen Einbindung der Mitarbeiter in die Prozesse. Die NPG betont, dass maßgeblich die Mitarbeiter, ihre Qualifikation, Motivation und Leistung, den Unternehmenserfolg bestimmen. In der Unternehmensphilosophie der NPG gelten daher folgende Prinzipien:

- interne und externe Kundenorientierung
- Partizipation der MitarbeiterInnen am Reformprozess
- Dezentralisierung von Verantwortung und Entscheidung
- kontinuierliche Prozessverbesserung
- Qualitätsentwicklung statt Qualitätskontrolle

Prozessmanagement ist das Schlüsselwort. Hierzu gilt für die NPG, dass nur durch die Übergabe der Verantwortungs- und Entscheidungskompetenz an die vor Ort tätigen MitarbeiterInnen die Qualität und die Effizienz der Leistungserbringung sichergestellt und weiter entwickelt werden kann.

Kompetenzen der Neuen Pergamon Krankenhaus Management GmbH

Die NPG verfügt über jahrelange Managementerfahrung im Gesundheitssektor, in denen sich die folgenden Kernkompetenzen der Gesellschaft ausgebildet haben:

· Personalmanagement

Einleiten und Umsetzen eines modernen Personalmanagements ergänzt durch Personalentwicklungsmaßnahmen.

· Finanz- und Rechnungswesen / Controlling

Aufbau eines Berichtswesens, das jederzeit über die wirtschaftliche Situation des Unternehmens und einzelner Bereiche informiert.

· Krankenhausinformationssysteme

Einführung von EDV-Lösungen durch die nicht nur das Management, sondern auch Medizin und Pflege wirksam unterstützt werden.

· Einkaufsverbund

Bessere wirtschaftliche Konditionen durch den Einkauf zusammen mit den anderen Kliniken der NPG.

· Produktmanagement

Anwenderorientierte Produktstandardisierung durch Reduzierung der Artikel und Lieferanten zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und der Versorgungsqualität.

· Logistik

Einführung besserter interner und externer Beschaffungs-, Ver- und

Entsorgungswege unter Ausnutzung von Synergien.

· Qualitätsmanagement

Nachhaltige Implementierung von patienten- und mitarbeiterorientierten Maßnahmen zur Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung.

· Bau- und Gebäudemanagement

Technisches und wirtschaftliches Management zur Optimierung der Herstellung, Einrichtung, Unterhaltung und des Betriebes eines Krankenhauses und der angegliederten Einrichtungen.

Einrichtungen, die von der NPG betreut werden:

- Klinikum der Stadt Ludwigshafen am Rhein gGmbH (Rheinland-Pfalz): Krankenhaus der Maximalversorgung mit 1000 Planbetten und rund 2300 Mitarbeitern. Betreuung im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages.

- Stadtkrankenhaus der Stadt Schwabach (Bayern): Krankenhaus der Grundversorgung mit 200 Planbetten und 300 Mitarbeitern. Betreuung im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages.

- Alten- und Pflegeheime der Stadt Ludwigshafen am Rhein gGmbH (Rheinland-Pfalz): zwei Pflegeheime mit 320 Betten bzw. Plätzen und 175 Mitarbeitern. Betreuung im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages.

- Zentralwäscherei Rhein-Neckar GmbH (Baden-Württemberg): Krankenhauswäscherei mit 110 Mitarbeitern. Der Anteil der Neuen

Pergamon am Stammkapital beträgt 50%. Die Geschäftsführung liegt bei der NPG

- Krankenhaus Wetter (Ruhr) GmbH: Krankenhaus der Grundversorgung mit 106 Planbetten und 140 Mitarbeitern. Übernahme der Trägerschaft als Mehrheitsgesellschafter (51%) zusammen mit der Eifelhöhen-Klinik AG (49%).

- Übernahme des Personalmanagements in der Klinikum Osnabrück GmbH

- Strategische Kooperation mit der Eifelhöhen-Klinik AG (Nordrhein-Westfalen), etablierter Rehabilitationsträger mit zwei Kliniken (ca. 500 Betten)

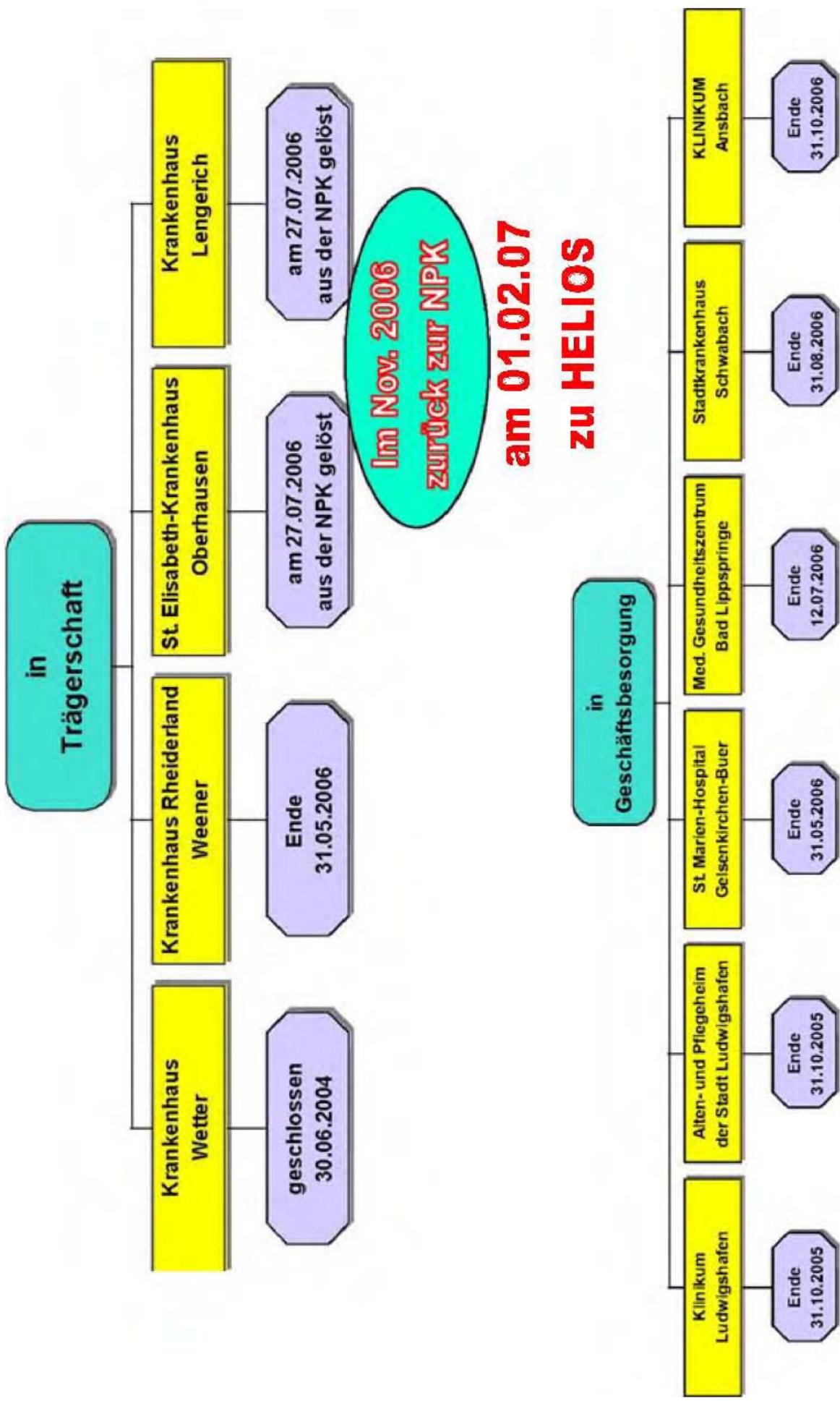
- Kooperation mit dem Gemeinnützigen Paritätischen Unternehmensverbund für Gesundheits- und Sozialdienste GmbH, Berlin (zehn Einrichtungen im Gesundheitswesen, darunter Krankenhäuser, Polikliniken und stationäre Pflegeeinrichtungen).

- und natürlich wir: das Sankt Marien-Hospital Buer

Die Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH als Unternehmen

Die Gesellschaft wurde 1995 gegründet. Gesellschafter sind Dr. rer. oec. Volker Graf und M.A. Jürgen Matschke. Insgesamt beschäftigt die NPG dreißig Mitarbeiter. Ihre assoziierten Tochterunternehmen sind die Pergis Systemhaus GmbH, die Genius Produktmanagement GmbH und die perspektiv GmbH. (-ub-)

NPK in Deutschland Krankenhäuser und Pflegeheime



Management des Klinikums auf Herz und Nieren untersucht

Aufsichtsrat beschloss Sonderprüfung wegen Verdachts auf "Unregelmäßigkeiten und Abhängigkeiten"

Von unserem Redaktionsmitglied Werner Schilling

Auf Herz und Nieren werden normalerweise die Patienten am Klinikum geprüft. Nun war das Unternehmen aber selbst Gegenstand einer langwierigen Untersuchung. Die hat aber mit dem hervorragenden medizinischen Bereich nichts zu tun und erstreckte sich über 20 Monate. Die von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young durchgeführte Sonderprüfung betraf die Geschäftsführung des Klinikums und war vom Aufsichtsrat veranlasst worden.

Dessen Vorsitzende, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse, begründete diesen Auftrag damit, dass aus Kreisen der Arbeitnehmervertretung Verdachtssmomente auf "Unregelmäßigkeiten und Abhängigkeiten" laut geworden seien. Diese zielten auf Kooperationen mit Firmen ab, die Geschäftsführer Prof. Volker Graf nach seinem Amtsantritt 1994 gegründet hatte. Seitdem wird das Klinikum als gemeinnützige Gesellschaft geführt. Zwei Jahre nach seinem Amtsantritt übertrug Graf das Management des Klinikums an die von ihm gegründete Krankenhaus-Gesellschaft Neue Pergamon.

Ob es bei Auftragsvergaben an zur Neuen Pergamon gehörende Töchterfirmen oder bei Honorarverträgen zu Nachteilen für das Klinikum gekommen sein könnte, wurde nun untersucht. Der Prüfbericht liegt seit Ende vergangenen Jahres vor und wurde bei zwei Sondersitzungen des Aufsichtsrates besprochen. Schriftliche Erklärungen von Geschäftsführer Graf sollen in den Abschlussbericht der Prüfungsgesellschaft einfließen, teilte Lohse mit. Am Mittwoch, 26. Januar, soll der Aufsichtsrat nochmals zusammenkommen. Erst an diesem Tag werde sie als Vorsitzende Inhalte des Berichtes bewerten und gegebenenfalls Konsequenzen einleiten oder Forderungen stellen.

Es gehe um steuerliche Optionen und Fragen der Vertragsgestaltungen, erklärte Graf auf Anfrage. Fakt sei, dass "das Klinikum gut dasteht" und in den elf Jahren unter seiner Verantwortung stets schwarze Zahlen geschrieben habe. In dieser Zeit hätten "viele Leute Hervorragendes geleistet", sieht der Geschäftsführer die Einrichtung auf dem richtigen Weg. Das Klinikum, mit rund 2800 Beschäftigten (einschließlich Alten- und Pflegeheim GmbH) zweitgrößter Arbeitgeber Ludwigshafens, sei das Vorzeigehaus der Krankenhaus-Gesellschaft und liege ihm deshalb besonders am Herzen. Immerhin werden jährlich rund 150 Millionen Euro erwirtschaftet. Die Neue Pergamon zähle rund 1500 Mitarbeiter, und der Jahresumsatz von ca. 70 Millionen Euro werde laut Graf weiter wachsen. Die Walzmühle sei mit 45 Mitarbeitern davon der kleinste Teil, stellte Graf klar.

Die Arbeitnehmervertreter wünschten besonders bei der Vertragsgestaltung mit externen Firmen "mehr Transparenz und Offenheit", teilte Betriebsratsvorsitzender Arnold Kolbert mit. Schon während der Sonderprüfung und nach Vorlage des ersten Berichts sei "viel Licht ins Dunkel gebracht" worden. Die meisten Unklarheiten habe Graf ausgeräumt, so dass er und die fünf im Aufsichtsrat vertretenen Betriebsratskollegen "vorbehaltlos" für eine weitere Zusammenarbeit mit Graf und der Neuen Pergamon plädierten.

In den vergangenen Jahren sei nach umfangreichen Sanierungen der Großteil des Klinikums auf dem neuesten Stand gebracht und dennoch eine Rücklage gebildet worden, betonte Kolbert. Das Klinikum brauche Kontinuität, da in den kommenden fünf Jahren acht Chefarztwechsel anstünden. Kolbert ist sicher, dass Graf "weder zivil- noch strafrechtlich Vorwürfe zu machen sind" und nach der Sitzung kommende Woche im Klinikum wieder die nötige Ruhe einkehren kann.

Mannheimer Morgen
19. Januar 2005

Dienstwagen steht allen offen

Klinikum-Betriebsratsvorsitzender Kolbert antwortet OB

Die "Verflechtungen und Abhängigkeiten" zwischen dem Klinikum und der Neuen Pergamon Krankenhaus-Management GmbH sind ein zentrales Thema der Sonderprüfung des Klinikums. Die Vorsitzende des Aufsichtsrats, OB Dr. Eva Lohse, hat, wie berichtet, für kommenden Dienstag eine Sitzung des Gremiums anberaumt, in welcher der Abschlussbericht der Prüfung behandelt und bewertet werden soll.

Dass Betriebsratsvorsitzender Arnold Kolbert, im Aufsichtsrat Lohses Stellvertreter, einen Dienstwagen für Fahrten zu zum Konzern gehörenden Altenheimen und Kliniken genutzt haben soll, sieht die OB als Beispiel für eine solche Verflechtung an. Sie wollte von Kolbert wissen, ob er "einen Dienstwagen des Klinikums für Zwecke der Neuen Pergamon genutzt hat".

Es sei richtig, dass der Betriebsrat seit Ende 2003 über einen Dienstwagen verfüge, erklärt Kolbert. Das Auto könne von allen Betriebsratsmitgliedern für dienstliche Belange genutzt werden. Als Vorsitzender fahre er den Wagen auch privat und zahlte hierfür neben den gesetzlichen Vorgaben monatlich eine Pauschale. Auch andere Betriebsräte städtischer Töchter verfügen über Dienstfahrzeuge, antwortet Kolbert.

In seinen Funktionen als Betriebsrats- und Konzernbetriebsratsvorsitzender sowie als Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat sei es notwendig, regionale und überregionale Kontakte aufzubauen und zu erhalten. Als Beispiele nannte Kolbert den Austausch mit der Uniklinik Innsbruck, den Einsatz der Azubis in Alzey oder die Zusammenarbeit mit Betriebsräten in der Region. Zudem habe er mit anderen Betriebsräten im Rahmen der betriebsrätlichen Zusammenarbeit Kliniken und Einrichtungen im gesamten Bundesgebiet aufgesucht. Ein reger Erfahrungsaustausch sei die Basis für eine erfolgreiche Arbeit. ws

Mannheimer Morgen
22. Januar 2005

Klinikum

Das ehemals städtische Krankenhaus wurde 1996 in die Klinikum-GmbH ausgegliedert. Seitdem führt die Krankenhausgesellschaft Neue Pergamon die Geschäfte. Deren Chef Dr. Volker Graf ist über einen Managementvertrag mit dem Klinikum angestellt. Nach "MM"-Informationen erhält Graf fünf Prozent der Erträge des Klinikums - und auch der Alten- und Pflegeheim Ludwigshafen GmbH, die vor wenigen Jahren zum Klinikum kam. Viele Fragen ranken sich um das Firmengeflecht, das unter dem Dach der Neuen Pergamon existierte. Die eineinhalbjährige Sonderprüfung des Klinikums begann im Frühjahr 2003. OB Eva Lohse (CDU) gehört dem Aufsichtsrat seit 1999 an, 2002 übernahm sie den Vorsitz von Wolfgang Schulte (SPD). Im 15-köpfigen Aufsichtsrat der Klinikum-GmbH hat CDU vier Mandate, die SPD drei, FDP und Republikaner jeweils eines, hinzu kommen fünf Arbeitnehmervertreter. Das Klinikum beschäftigt etwa 2500 Mitarbeiter. ott

Stichwort

Mannheimer Morgen
24. Januar 2005

OB plädiert auf eine Abberufung des Klinikum-Chefs

Lohse sieht massive Verstöße / SPD noch nicht festgelegt / Entscheidende Aufsichtsratssitzung am Mittwoch

Von unserem Redaktionsmitglied Thomas Schrott

Der Streit um "Unregelmäßigkeiten" bei der Klinikum-Geschäftsführung spitzt sich erheblich zu. "Die Vorwürfe sind so gravierend, dass ich dem Aufsichtsrat die Abberufung des Geschäftsführers vorschlagen werde", kündigte OB Eva Lohse am Wochenende auf "MM"-Anfrage an. Nach ihrer Auffassung liegen "massive Verstöße gegen das Vergaberecht" sowie Vorfälle von Selbstbereicherung vor. Über das finanzielle Volumen wolle sie noch keine Auskunft machen. "Es handelt sich aber beileibe nicht um Kleinigkeiten."

Ob der 15-köpfige Aufsichtsrat am Mittwoch in der Sondersitzung Graf das Vertrauen entziehen wird, ist indes unklar. Eine entscheidende Rolle fällt den drei SPD-Vertretern zu. Fraktionschef Ulrich Küppers: "Unsere Bewertung ist noch nicht abgeschlossen."

Nach Angaben der OB sind die Vorwürfe durch das Sondergutachten der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young belegt. Deshalb sieht Lohse das Vertrauensverhältnis zum Geschäftsführer als nicht mehr gegeben an. Graf, dessen Vertrag bis zum Jahre 2006 läuft, hatte bislang erklärt, dass in der Aufsichtsratssitzung alle Fragen zur Zufriedenheit geklärt würden. Für eine Stellungnahme war er gestern nicht erreichbar. Die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat um Betriebsratschef Arnold Kolbert kritisierten das Vorgehen der OB, weil Umfang und Inhalt der Sonderprüfung nicht durch den Aufsichtsratsbeschluss gedeckt seien.

Nach "MM"-Informationen sind vor allem drei Punkte strittig: die Überlassung von Dienstwagen sowie Fahrbereitschaft, die Tantiemen aus Grafs Management für die Alten- und Pflegeheim Ludwigshafen GmbH und vor allem die Auftragvergabe des Klinikums, bei der auch ohne Ausschreibungen Tochtergesellschaften der Neuen Pergamon zum Zuge gekommen sein sollen, in denen Graf ebenfalls eine dominierende Rolle spielt. Dabei geht es etwa um Einkaufsgemeinschaften und Zentralwäscherei.

"Wir müssen den Prüfbericht konsequent erörtern und zeitnah Entscheidungen fällen", sagte CDU-Aufsichtsrat Wolfgang Frosch. Auch wenn er sich inhaltlich nicht weiter äußern wollte, ließ er durchblicken, dass die Union-Vertreter im Aufsichtsrat voll hinter der OB stehen. "Etliche Dinge müssen in Zukunft verändert werden", meinte der SPD-Fraktionschef. Nähere Angaben machte Küppers nicht, ein wichtiges Kapitel der 420 Seiten starken Unterlagen von Prüfungs- und Ergänzungsberichten habe er noch nicht durchgearbeitet. Er merkte aber an, dass die Wirtschaftsprüfungsberichte stets testiert worden seien und Graf unbestritten eine wirtschaftlich erfolgreiche Arbeit gemacht habe. Küppers: "Die Bandbreite unserer Entscheidung ist noch riesengroß."

Zur Frage Graf-Tantiemen für die Alten- und Pflegeheim Ludwigshafen GmbH erklärte Küppers, dass hierfür offenbar keine verlässliche rechtliche Grundlage bestehe. Wohl aber sei dieses Vorgehen mit dem früheren Aufsichtsratschef Wolfgang Schulte besprochen worden. Dies bestätigte der frühere OB. "Die umfangreiche Vereinbarung mit der Neuen Pergamon wurde 1996 in einer Sondersitzung des Aufsichtsrats

erörtert. Auch als später das Pflegeheim hinzu kam, wurde im Gremium darüber gesprochen, dass Graf kein zusätzliches Geschäftsführerentgelt bekommt, wohl aber eine Erfolgsbeteiligung", so Schulte. Im übrigen seien alle Jahresabschlüsse geprüft und der Geschäftsführer regelmäßig entlastet worden. Die Klinikums-GmbH habe etwa der Bezirksregierung oder dem Landesrechnungshof ein übergeordnetes Prüfungsrecht eingeräumt. Die Frage Dienstwagen sei im Aufsichtsrat besprochen worden, so Schulte. Vom Thema Chauffeur sei ihm indes nichts bekannt.

Zu einer vorbereitenden Sitzung für Mittwoch kommt der Aufsichtsrat heute zusammen - allerdings nach der Kritik der OB ohne die Arbeitnehmervertreter. Am Dienstag will sich die SPD-Fraktion eingehend mit der Angelegenheit befassen. Am Mittwoch nachmittag kommt der Aufsichtsrat, der im Dezember bereits zweimal den Abschlussbericht der Sonderprüfung erörtert hat, zur entscheidenden Sitzung zusammen. Am 31. Januar werden die Stadträte über die aktuelle Entwicklung informiert. Die OB lädt - auf Antrag der Grünen - zu einer Sondersitzung.

Mannheimer Morgen
24. Januar 2005

Am Klinikum spitzt sich Lage weiter zu

Abschluss-Prüfbericht liegt Parteien vor / Verkauf an Rhön-Klinikum AG im Gespräch

Von unserem Redaktionsmitglied Werner Schilling

Im Vorfeld der möglicherweise entscheidenden Aufsichtsratssitzung spitzt sich die Lage am Klinikum wegen der ins Schussfeld geratenen Vorgänge um die Geschäftsführung zu. Nachdem die Vorsitzende des Gremiums, OB Dr. Eva Lohse, die Kritik am Klinikum-Manager, Prof. Volker Graf, verschärft und angekündigt hatte, sie werde für eine Abberufung Grafs plädieren, werden seit gestern Meldungen verbreitet, die Klinikum GmbH solle nach Abschluss des Verfahrens an die private Rhön-Klinikum AG veräußert werden.

Mit dem Unternehmen in Bad Neustadt an der Saale, das in acht Bundesländern mit 34 Einrichtungen vertreten ist und rund 16 000 Mitarbeiter zählt, hat die von Graf angeführte Krankenhaus-Management-Gesellschaft Neue Pergamon schon Verträge. Mitte dieses Jahres soll der Geschäftsführer des Mannheimer Universitätsklinikums, Wolfgang Pföhler, als Vorstandsvorsitzender das operative Geschäft des Gesundheitsdienstleisters, der 1989 an die Börse ging, betreiben und den erfolgreichen Rhön-Klinikonzern managen.

Doch vorrangig geht es morgen Nachmittag erst einmal um die Ergebnisse der Sonderprüfung durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young, die rund eineinhalb Jahre vor dem Hintergrund der laut gewordenen "Unregelmäßigkeiten und Abhängigkeiten" die geschäftlichen Daten untersucht hat. Nach zwei Sitzungen des Aufsichtsrats wurden (wie berichtet) die von Geschäftsführer Graf verlangten Erklärungen in den Bericht eingearbeitet. Der endgültige Bericht liegt seit Freitagnachmittag vor. Die in dem Gremium vertretenen Parteien haben das umfangreiche Werk übers Wochenende und gestern durchgearbeitet und über mögliche Verfahrensweisen diskutiert. Die SPD möchte sich bis heute auf ihre Linie festgelegt haben und diese im Vorfeld der morgigen Sitzung mitteilen. CDU-Fraktionsvorsitzender Heinrich Jöckel hatte erklärt, dass er aufgrund der massiven Vorwürfe gegen Graf von "Selbstbegünstigung" ausgehe.

Dass die Aufsichtsratsvorsitzende heute eine Sondierungssitzung anberaumte, an der die fünf Arbeitnehmervertreter nicht teilnehmen sollen, stößt beim Betriebsratsvorsitzenden und Lohse-Stellvertreter Arnold Kolbert auf Unverständnis. Mit den Vorwürfen rund um seine Dienstwagen-Nutzung solle "nur Druck ausgeübt werden auf uns Arbeitnehmervertreter", meint Kolbert. Er hat sich gestern von einem Rechtsanwalt beraten lassen.

Klinikum-Prüfpaket wird nach Frankenthal geschickt

Aufsichtsratsvorsitzende Eva Lohse reagiert auf anonymen Brief

Von unserem Redaktionsmitglied Werner Schilling

Sie werde nicht nur heute Nachmittag in der Aufsichtsratssitzung die Abberufung des Klinikum-Geschäftsführers Prof. Volker Graf beantragen, sondern bereits am Morgen die kompletten Untersuchungsunterlagen an die Staatsanwaltschaft Frankenthal schicken, erklärte OB Dr. Eva Lohse gestern auf Nachfrage. Die Vorsitzende des Aufsichtsrats habe ein anonymes Schreiben mit einer Reihe massiver Vorwürfe erhalten, deren rechtliche Bewertung sie der Justiz überlassen müsse. An einem angedachten Verkauf des Klinikums an die Rhön-Klinikum AG, wie von unserer Zeitung gemeldet, sei "nichts dran", vermutet Lohse "gestreute Gerüchte".

"Es wird keinen Ausverkauf städtischer Tochtergesellschaften geben. Was auch immer passieren wird: Das Klinikum bleibt hundertprozentige Tochter der Stadt." Dieses Signal sendet SPD-Fraktionsvorsitzender Ulrich Küppers im Vorfeld der heutigen Aufsichtsratssitzung an die 2500 Arbeitnehmer und bezieht damit eindeutig Position zu den kursierenden Meldungen. Während die fünf Arbeitnehmer- und die drei SPD-Vertreter sich im Zuge der Prüfung für eine vorbehaltlose Aufklärung stark machten, bewege sich "die von anderer Seite eingeleitete öffentliche Vorverurteilung am Rande der Hinrichtung".

Da die SPD drei der vier Themenkreise von Klinikum-Manager Prof. Volker Graf als hinreichend erklärt betrachtet, sehe sie nach gegenwärtigem Kenntnisstand keinen Grund für eine Abberufung Grafs. Dagegen wird Claus-Ralf Knecht, der die FDP im Aufsichtsrat vertritt, "für einen neuen personellen und organisatorischen Anfang plädieren", erklären er und Ratsmitglied Harald Glahn in einer Pressemitteilung.

Zusammen mit den beiden anderen SPD-Vertretern in diesem Gremium, Dr. Günter Dhom und Wolfgang van Vliet, informierte Küppers gestern Presse und Fraktion zum Sachstand der Diskussion und zur Bewertung der Prüfungsergebnisse. Ein erster Entwurf des Sonderprüfungsberichts habe der Aufsichtsratsvorsitzenden bereits im Frühsommer vergangenen Jahres vorgelegen. Warum dieser den Mitgliedern des Aufsichtsrats erst am 13. Dezember, vier Tage vor der ersten Sitzung zugeleitet wurde, sei verwunderlich. Der Bericht habe sich "in Teilen als unvollständig und fehlerhaft" erwiesen. Zudem habe Lohse am 16. Dezember, also einen Tag vor der ersten Sitzung, "ohne Votum des Aufsichtsrats" dem Geschäftsführer des Klinikums "den Rückzug aus seiner Funktion nahe gelegt". Die Diskussion in der Sitzung sei, insbesondere bei den Klinikum-Mitarbeitern, so emotional geführt worden, dass sie auf den 20. Dezember vertagt wurde. Auch, um dem Geschäftsführer Gelegenheit zur Stellungnahme einzuräumen. Die Aufsichtsratsvorsitzende habe eine eingehende Erörterung des Prüfungsberichts mit Graf unterlassen, kritisiert Küppers.

Mit Bedauernstellten die SPD-Vertreter nun fest, dass die Vorabsitzung zur rechtlichen Belehrung exakt für Montag terminiert wurde, an dem alle drei verhindert waren und dies auch bei der Absprache betont hatten, erklärte Küppers. Dass da ein 37-seitiges Gutachten eines Frankfurter Anwaltbüros "aus heiterem Himmel auftauchte", sorgte erneut für Verwunderung. Die sich daraus ergebende massive Drohung, "wer nicht für die Abberufung stimmt, wird verfolgt", sei unglaublich. Küppers: "Solch einen Vorgang habe ich noch nie erlebt."

Aufklärungsbedarf sieht die SPD noch bei den Fragen, ob Verstöße gegen das Vergaberecht vorliegen und für das Klinikum Nachteile entstanden sein könnten. In dem Bericht ist laut van Vliet "mit keiner Zeile aufgeführt, ob Geschäftsführer Graf über die Neue Pergamon "Leistungen teurer erkauft hat, als sie das Klinikum hätte erhalten können". Die Praxis der Auftragsvergabe an Tochtergesellschaften der Neuen Pergamon sei seit Jahren bekannt gewesen und stets unbeanstandet geblieben. Für die Zukunft seien hierbei "Transparenz und klare Handlungsgrundlagen zu schaffen". Aus Sicht der SPD könne "kein missbräuchliches Verhalten, schon gar nicht ein Strafbestand oder gar eine persönliche Bereicherung" abgeleitet werden. Im Gegenteil sei das Klinikum unter Graf "in eine erfolgreiche Situation geführt" worden.

Bei einer Fortsetzung solcher Vorgehensweisen hält Küppers "eine grundsätzliche Erschütterung der politischen Zusammenarbeit für möglich".

Mannheimer Morgen
26. Januar 2005

Dorn im Auge

von Werner Schilling

Klinisch rein soll wohl alles sein. Kann es aber nicht, weil die Führung der Geschäfte eines solch komplexen Gebildes wie dem Klinikum viel zu vielschichtig ist. Ob Manager Volker Graf immer sauber trennte zwischen Klinikum und Firmen seiner Neuen Pergamon, die am Klinikum arbeiten und damit Geld verdienen, lässt die Aufsichtsratsvorsitzende, OB Eva Lohse (CDU), zweifeln. Das Grafsche Konstrukt Neue Pergamon war bekannt, abgesegnet und niemals lauthals kritisiert worden. Indes wird nicht jeder Dorn im Auge gleich an die große Glocke gehängt, mancher piekst auch kräftig im Verborgenen.

Unter Kostendruck leidende Krankenhäuser sind kaum mehr für sich alleine in schwarzen Zahlen zu halten. Die Zukunft kann nur in Verbundlösungen abgesichert werden. Dass das Klinikum seit der Umwandlung in eine GmbH nur in Gewinnzonen operiert und dass seit Grafs Amtsantritt dennoch rund 200 Millionen Euro in die Stadt-Tochter investiert wurden, wird dem Manager offenbar nicht hoch angerechnet. Im Gegenteil: Wo Geld verdient wird, ist die Verlockung zum Abzwacken groß. Das ist wohl einer der Ansatzpunkte für Lohses Lostreten der Lawine, die nun Geschäftsführer Graf überrollen soll.

Dass nach langwieriger Prüfung Dienstwagen ins Blickfeld rücken und die Aufsichtsratsvorsitzende dem Betriebsratsvorsitzenden - de jure fragwürdig - über die Medien Fragen zur Nutzung stellt, ist seltsam. Was die OB wirklich bewegt, dermaßen massiv an Grafs Stuhl zu sägen, bleibt vorerst ihr Geheimnis. Liebe auf den ersten Blick war es zwischen den beiden sicher nicht, obwohl CDU und SPD in der Stadt ja (noch) gut zu harmonieren scheinen. Dass Lohses Amtsvorgänger Wolfgang Schulte (SPD) sich zwei Jahre lang bei der Neuen Pergamon verdiente, könnte der besagte Dorn gewesen sein. Nun steht der gute Ruf des Klinikums auf dem Spiel. Die acht Chefarzt-Wechsel in den kommenden fünf Jahren erfordern einen unbelasteten Manager. Ob der weiter Graf heißt oder ein anderes Parteibuch auf dem Chef-Schreibtisch liegen soll, wird sich in den nächsten Tagen zeigen. Muss Graf gehen, kann das der Stadt teuer zu stehen kommen. Dann, wenn ihm keine Verfehlung nachzuweisen ist und er selbst vor Gericht zieht.

Graf räumt einen Vergabeverstoß ein

Klinikum-Chef: Wäscherei-Ausschreibung ist unterblieben / OB will Satzungsänderung

Von unserem Redaktionsmitglied Thomas Schrott

Im Streit um den Klinikum-Chef Volker Graf hat gestern OB Eva Lohse vier Vorwürfe erneuert. Während der Manager drei Behauptungen zurückwies, räumte er einen Verstoß ein. Entgegen der Ankündigung im Aufsichtsrat 2001 habe er in den vergangenen Jahren die Wäscherei-Aufträge des Klinikums nicht ausgeschrieben, sondern an die Zentralwäscherei in Mannheim gegeben, an der seine Firma Neue Pergamon zur Hälfte beteiligt ist. "Wegen der umfangreichen Bauarbeiten damals auf dem Klinikgelände, etwa der Kopfklinik, wollten wir keine weiteren Baustellen", begründete Graf sein Vorgehen. Es sei aber nicht erkennbar, dass wirtschaftlicher Schaden entstanden sei.

"Das ist ein klarer Rechtsverstoß, das Vertrauensverhältnis ist massiv zerstört", fordert die Verwaltungschefin hingegen weiterhin die Ablösung des Geschäftsführers. Im Jahre 2002 vergab das Klinikum Aufträge von 1,27 Millionen Euro an die Zentralwäscherei. Ab einer Grenze von 200 000 Euro seien Ausschreibungen nötig, so Lohse. Ein solcher Verstoß sei deshalb nicht zu relativieren. Gerade die Vergaberichtlinien seien ein sehr sensibler Bereich - wie jüngste Beispiele in der Nachbarschaft zeigten, spielte Lohse auf die Bestechungsaffäre bei den Hafenbetrieben an.

"Ich möchte gerne meinen bis Ende 2006 laufenden Vertrag erfüllen und biete der OB eine vertrauensvolle und transparente Zusammenarbeit an", meinte Graf. Nach der Entscheidung im Aufsichtsrat habe für ihn oberste Priorität "nach vorne zu blicken" und dafür zu sorgen, dass das Klinikum wieder zur Ruhe komme. Die öffentliche Diskussion schade dem Unternehmen, das sich in einem tief greifenden Strukturwandel befindet.

Nach Ansicht des Geschäftsführers haben viele Krankenhäuser große Probleme mit Ausschreibungen. Das Klinikum sei 1994 auch deswegen in eine GmbH überführt worden, um "von den Ausschreibungen wegzukommen." Vor wenigen Jahren habe sich aber wegen EU-Regelungen eine Änderung ergeben. Den Umsatz des Ludwigshafener Klinikums (ohne Pflegebereich) bezifferte er auf 160 Millionen. Unter dem Dach der Neuen Pergamon befinden sich noch sechs Firmen mit einem Gesamtumsatz von 300 000 bis 400 000 Euro.

Die Verstöße gegen das Vergaberecht, so Lohse, würden von zwei Prüfberichten bestätigt. Den letzten Ausschlag für die Bestellung der Gutachter hätten übrigens Äußerungen des Betriebsratschefs Arnold Kolbert im Jahre 2002 gegeben, der von manchen Ungereimtheiten berichtet habe. Vorgestern stimmte Kolbert aber im Aufsichtsrat gegen eine Entlassung Grafs.

Eigenmächtig habe der Geschäftsführer laut OB Abschlagszahlungen auf die Tantieme bei der Alten- und Pflegeheim GmbH in Höhe von 110 000 Euro vorgenommen. "Tantiemen werden erst nach der Feststellung der Jahresbilanz fällig, aber nicht im Voraus." Zudem habe Graf ohne rechtliche Grundlage Fahrerpersonal des Klinikums (87 000 Euro Kosten) in Anspruch genommen. Kritisch merkte Lohse an, dass die Firma MSE ohne Ausschreibung insgesamt 500 000 Euro für Öffentlichkeitsarbeit und Marketing erhalten habe. Graf erklärte hierzu, man solle keine Unternehmen in Verruf

bringen. An dieser Firma sei er weder personell noch wirtschaftlich beteiligt.

Als haltlos bezeichnete Graf die Vorwürfe wegen der Tantiemen. Bei seinem Managementvertrag 1996 sei vereinbart worden, dass er gegenüber früher "nicht schlechter gestellt" werde. Dies beinhalte auch die Punkte Dienstwagen und Chauffeur.

Unterdessen haben sowohl Lohse als auch Graf die Staatsanwaltschaft eingeschaltet. Sie wisse aber nicht, ob die Vorgänge strafrechtlich relevant seien, so die OB. "Ich habe nichts zu verbergen", erklärte der Geschäftsführer. Der Leitende Oberstaatsanwalt Lothar Liebig sagte, ihm seien umfangreiche Unterlagen angekündigt worden. Er könne nicht absehen, wann eine erste Bewertung vorliege.

Über eine Satzungsänderung für das Klinikum will Lohse im Stadtrat am Montag den Manager abberufen. Im Aufsichtsrat war sie mit diesem Vorstoß vorgestern mit 7:8-Stimmen an der Allianz von SPD und Arbeitnehmervertretern gescheitert.

Mannheimer Morgen
28. Januar 2005

OB schließt Verkauf des Klinikums aus

Neue Satzung wird am Montag doch nicht beschlossen

Von unserem Redaktionsmitglied Thomas Schrott

"Einen Verkauf des Klinikums wird es mit mir nicht geben", versicherte gestern OB Eva Lohse. Gerüchte über eine Veräußerung an die Rhön Klinikum AG seien "aus der Luft gegriffen" und ein Ablenkungsmanöver. Am Montag wird der Stadtrat übrigens die neue Klinikum-Satzung nur beraten und erst am 7. März beschließen, sagte Lohse weiter, nachdem etliche Fraktionen Protest angemeldet hatten. Die Satzungsänderung enthalte keine Einschränkungen der Mitbestimmung und der Rechte des Aufsichtsrats, meinte die OB weiter.

Klinikum-Geschäftsführer Volker Graf bestätigte auf "MM"-Nachfrage Informationen der CDU, wonach die neue Pergamon Krankenhausmanagementgesellschaft GmbH, an der Graf beteiligt ist, an die Eifelhöhenklinik AG verkauft werden solle. "Dies ist aber kein Notverkauf und hat keine negativen Auswirkungen auf das Klinikum", meinte der Geschäftsführer. Bereits seit zwei Jahren liefen die Verhandlungen. "Dahinter stehen langfristige Planungen, um bessere Wachstumschancen zu haben", sagte Graf. Geplant sei eine Sacheinlage der Pergamon in die Eifelhöhenklinik.

"Größtmögliche Transparenz" im Klinikum-Streit und "Klarheit über die wahren Absichten" von Graf fordert unterdessen die CDU. Nach ihren Angaben war der Verkauf der Neuen Pergamon bereits für Mitte 2004 geplant, aber wegen der Entwicklung im Bereich Plasmapherese zurückgestellt worden. "Frühestens Mitte 2005 soll die Übernahme der Neuen Pergamon durch die Eifelhöhen-Klinik erfolgen", sagte Fraktionschef Heinrich Jöckel mit Verweis auf Angaben im "Deutschen Ärzteblatt". Die Eifelhöhenklinik AG (Bonn) ist ein privater Klinikkonzern mit sechs Standorten. Ohne den Managementvertrag mit dem Klinikum wäre aber dieses Geschäft wohl kaum mehr lukrativ, so die Einschätzung der Union. Letztlich müsse dies der eigentliche Grund sein, weshalb Graf trotz gravierender Rechtsverstöße an seiner Geschäftsführerposition festhalte.

Bei der Stadtratssitzung am Montag werden laut Lohse auch die Anwälte der eingeschalteten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft referieren, Graf sei selbstverständlich eingeladen. Der Hauptausschuss werde sich am 14. Februar mit der neuen Klinikum-Satzung befassen.

Die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat befürchten durch die Satzung eine Aushöhlung ihrer Rechte und eine Unruhe im Betrieb sowie eine erhebliche Rechtsunsicherheit, die für Unternehmen und Belegschaft nachteilig seien.

Dies sieht OB Lohse anders. Die Regelungen orientierten sich an der von der Aufsichtsbehörde geforderten Mustersatzung. Nur in drei Punkten werde die Zuständigkeit vom Aufsichtsrat auf die Gesellschafterversammlung übertragen, nämlich Bestellung/Abberufung des Geschäftsführers, Wirtschafts- und Finanzplan sowie Übernahme neuer Aufgaben. Beim Aufsichtsrat verbleiben Zuständigkeiten wie Einstellung der Chefärzte und Direktoriumsmitglieder, Errichtung/Schließung von Fachabteilungen und Sozialeinrichtungen. Für die Vertretung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat gebe es keine gesetzliche Verpflichtung, so Lohse. Sie basiere auf einem Vertrag mit Personalrat und ÖTV von 1994 und enthalte keine Aussagen über Kompetenz des Aufsichtsrats.

Ver.di sagt Demo für heute ab

Ob sich heute Nachmittag ein spontaner Protestzug zum Rathaus entwickelt, war gestern noch Spekulation. Zumindest von Seiten der Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di hingegen wird nun doch nicht mehr zur Demonstration der Klinikumsmitarbeiter gegen einen drohenden Verkauf und die Satzungsänderung aufgerufen. Start sollte um 15.15 Uhr am Klinikum sein, Ziel war die Stadtratssitzung, die um 16 Uhr beginnt. "Nachdem in der Zeitung zu lesen war, dass nun doch keine Entscheidung über die Satzungsänderung gefällt werden soll, können wir unsere Druckkulisse aufgeben", meint Ver.di-Geschäftsführer Jürgen Knoll. "Wir demonstrieren nicht gegen den Geschäftsführer Volker Graf", erklärt Betriebsratsvorsitzender Arnold Kolbert. Ziel der Arbeitnehmervertreter sei nun, in den Satzungs-Verhandlungen deren Mitbestimmungsrechte zu wahren.

Ob die Belegschafts-Interessen von Kolbert gewahrt werden, daran hegt CDU-Fraktionschef Heinrich Jöckel seine Zweifel. Der von Kolbert geführte Betriebsrat arbeite nicht effizient, es gebe "Filz" und wirtschaftliche Verflechtungen. Als ehemaliger Pflegedienstleiter habe Kolbert den Status eines Leitenden Angestellten, ein dementsprechendes Gehalt und Privilegien, er gehöre also zum Arbeitgeberlager. Dies weist Kolbert auf Nachfrage zurück und verweist auf eine arbeitsgerichtliche Auseinandersetzung zur Betriebsratswahl 1998. Damals seien die Pflegedienstleiter hochgruppiert worden - um ihn persönlich an der Kandidatur zu hindern, was aus formalen Gründen scheiterte. Kolbert spricht sich dafür aus, Graf als Geschäftsführer des Klinikums zu behalten - "aber ohne Managementvertrag mit der Neuen Pergamon." bur

Mannheimer Morgen
31. Januar 2005

Die Juristen sind sich völlig uneinig

Gestern Abend Sondersitzung des Stadtrats zum Klinikum / Neue Satzung bleibt strittig

Von unserem Redaktionsmitglied Thomas Schrott

Kurz und wortlos war der Händedruck von OB Eva Lohse und Klinikum-Geschäftsführer Volker Graf vor Beginn der Stadtrat-Sondersitzung um angebliche Unregelmäßigkeiten im Klinikum. Von einer Annäherung der Positionen gab es überhaupt keine Spur. Die von der OB beauftragten Gutachter und der Graf-Rechtsanwalt waren völlig uneins, ob der Manager einen groben Pflichtverstoß begangen habe. Sehr unterschiedlich bewerten die Fraktionen die Frage, ob Graf abgelöst werden muss. Es schloss sich ein zweieinhalbstündiger nicht-öffentlicher Teil an. Wie die OB danach erklärte, fordern die Fraktionen weitere Sachaufklärung über die bereits bekannten Punkte hinaus. Die Fragen würden eventuell bis zur Hauptausschusssitzung in zwei Wochen beantwortet.

Noch nicht beschlossen wurde eine Satzungsänderung für das Klinikum, die die Abberufung des Geschäftsführers nicht mehr in das Ermessen des Aufsichtsrats stellt, sondern an eine Gesellschafterversammlung der Stadt delegiert. Dort soll OB Eva Lohse auf Weisung des Stadtrats über diese Frage entscheiden. Die SPD befürchtet eine Einschränkung der Arbeitnehmerrechte und kritisierte, dass Graf an den Pranger gestellt werde. Die FWG sieht eine "Lex Graf", um den erfolgreichen Manager zu entlassen. Lohse erklärte, die neue Mustersatzung sei von der Verwaltungsspitze vor 2002 nicht gewünscht worden.

Eigenmächtige Vorauszahlung auf Geschäftsführer-Tantieme der Alten- und Pflegeheim (APH) GmbH, ungerechtfertigte Fahrbereitschaft für den Geschäftsführer und Unterlassung einer Ausschreibung für die Klinikum-Wäsche - dies sind die wesentlichen Vorwürfe gegen Graf. Nach Ansicht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young gibt es für Abreden Graf/Schulte in der Frage der Vorauszahlung keinen Vermerk. Diese Vereinbarung hätte auch mit dem gesamten Aufsichtsrat getroffen werden müssen.

Eindeutig müssten Aufträge über 200 000 Euro ausgeschrieben werden, ergänzte Dr. Thomas Liebscher von der Kanzlei Sherman & Sterling. Wie berichtet hat Graf entgegen seiner Ankündigung im Aufsichtsrat den Auftrag zur Klinikum-Wäschereinigung (Volumen: 1,2 Millionen Euro) nicht ausgeschrieben. Dieser ging weiter an ein Unternehmen, an dem eine Graf-Firma zur Hälfte beteiligt ist. Liebscher sieht darin einen groben Pflichtverstoß. Gerade wenn es um eigene Firmen gehe, sei ein besonderes Maß an Korrektheit nötig. "Die Beteiligten haben ein Problembewusstsein gehabt, denn 1998 wurde ja im Aufsichtsrat die Ausschreibung angekündigt." Zur Frage Dienstwagen und Vergütung verwies Liebscher auf einen Zusatz in den Akten, wonach "es keine weiteren Zusatzleistungen geben soll".

Grafs Rechtsanwalt Dr. Info Minoggio erklärte hingegen, dieser Text stamme von einer Tischvorlage, aber nicht von einem Aufsichtsratsprotokoll. Es gebe keine Hinweise auf strafbare Verfehlungen. Auch der Vorwurf eines Vergabeverstoßes treffe "objektiv" nicht zu. Die von der Gegenseite herangeführte Entscheidung des OLG Karlsruhe sei durch neuere Rechtsprechungen des Bundesgerichtshofs längst überholt. Nicht immer seien aber die Aufsichtsratsprotokolle eindeutig, vieles sei nicht schriftlich fixiert worden. Insgesamt bestehe keine Pflicht, Graf abzuberufen.

Guten Ruf wiederherstellen

Fraktionssprecher zum Klinikum geteilter Meinung

Von unserem Redaktionsmitglied Werner Schilling

Egal, ob Prof. Volker Graf Geschäftsführer bleiben darf, abberufen wird oder aus einem anderen Grund das Klinikum verlässt: Die Einrichtung hat nach der Sonderprüfung und durch die in die Öffentlichkeit getragene Affäre Schaden genommen. Darin waren sich alle Fraktionssprecher gestern einig. Dass die Diskussion rund um die Verfahrensweise nicht in den Kleidern stecken bleibt, zeigte sich beim Versuch von OB Eva Lohse, den SPD-Fraktionsvorsitzenden Ulrich Küppers bei der politischen Stellungnahme zu den juristischen Ratsinformationen in den nicht-öffentlichen Teil der Sitzung zurückzupfeifen.

Da ohnehin alles in den Medien bekannt gemacht worden sei, bestand Küppers darauf, zu den wesentlichen Punkten der Vorwürfe gegen Graf eine kurze Bewertung abzugeben. Es gebe nur Verlierer, meinte der SPD-Sprecher und spielte auch auf die Form an, wie die angestrebte Abberufung Grafs "inszeniert worden ist". Nun sei schnellstmöglich der gute Ruf des Klinikums wiederherzustellen. Wie die Lösung aussehen könne, wisse er noch nicht. Aber seine Fraktion sei bereit Brücken zu bauen, um noch mehr Schaden abzuwenden.

Zu den Fakten, die zur Mehrheitsentscheidung im Aufsichtsrat (Grafs Abberufung abgelehnt) geführt habe, erklärte Küppers: Zu Dienstwagen- und Fahrerbereitstellung seien klare Meinungsäußerungen belegt. Die Ertragsbeteiligung an der Alten- und Pflegeheime gGmbH sei aufgrund der zusätzlichen Arbeiten gerechtfertigt. Und gemessen an den Gesamtvolumina sei bei den Auftragsvergaben kein Schwellenwert überschritten worden. Die Kernfrage ist für Küppers nun, wie es weitergehen soll. Es gelte, einen neuen Weg zu finden, schlägt er eine Zusammenkunft der Fraktionschef vor. Künftig müsse "eine öffentliche Zurschau-Stellung unterbleiben".

Es habe Stadt und Klinikum "nicht gut getan, wie über den Streit geredet wurde", kritisierte Bernhard Braun (Grüne) die Ankündigung der Aufsichtsratsvorsitzenden, "wie sie wen aus einer Gesellschafter-Beziehung haben will". Bedauerlich sei, dass er "Grafs Gegenargumente" erst kurz vor der Sitzung erhalten habe. In der nicht-öffentlichen Sitzung erwartet er von der OB eine Antwort darauf, wie die Zusammenarbeit mit Graf weitergehen solle, wenn keine Änderung zu erwarten sei.

"Mangelnde Transparenz im Umfeld der Geschäftsführung" sieht FDP-Sprecher Harald Glahn und wünscht sich mehr Hygiene und Sorgfalt in den Geschäftsprozessen. Die Liberalen seien für eine Neuordnung des Regelwerks. Nicht jedes Protokoll sei ein Kompliment für den Aufsichtsrat, wundert sich Glahn, dass "niemand schon viel früher skeptisch geworden ist".

Dem Vorwurf, die Vorsitzende sei für die Öffentlichmachung der Details verantwortlich, trat CDU-Fraktionsvorsitzender Heinrich Jöckel entgegen. Bis Mitte Januar sei alles im Aufsichtsrat geblieben. Wer welchen Beitrag zur Verunsicherung der Bürger geleistet habe, sei die Frage. Die Rechtsfragen könnten nur von Juristen beantwortet werden, will Jöckel den Blick nach vorne richten. Hauptpunkt sei doch nun, ob die Grundlage zu vertrauensvoller Zusammenarbeit weiter bestehe. Die Anwälte bestritten dies. Noch nahezu zwei Jahre auf das Vertragsende zu warten, ist für Jöckel eine zu lange Zeit.

Es sei mit die Aufgabe der Aufsichtsratsvorsitzenden gewesen, für Klarheit und Transparenz zu sorgen, sprach sich FWG-Sprecher Dr. Rainer Metz für eine Prüfung durch einen "unabhängigen Schlichter" aus. Warum die Sachverhalte "erst jetzt aufgedeckt wurden, fragt sich Republikaner-Fraktionsvorsitzende Tanja Debus, die sich ansonsten "voll und ganz der Meinung von Herrn Küppers" anschloss.

Mannheimer Morgen
1. Februar 2005

Sprechstunde rund um Klinikum-Management

Ludwigshafener Rat soll Gesellschaftsvertrag ändern / Fragezeichen bei Hafenbetrieben bleiben

Ludwigshafen. Ludwigshafen kam in den vergangenen Wochen nicht mehr aus den negativen Schlagzeilen heraus. Mit zwei dieser Affären beschäftigte sich gestern der Stadtrat: Bei den Hafenbetrieben Ludwigshafen ermittelt die Staatsanwaltschaft seit November wegen des Verdachts der Bestechlichkeit zweier leitender Mitarbeiter; beim Klinikum der Stadt will Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse den Geschäftsführer Prof. Volker Graf lieber heute als morgen entlassen sehen. Sie wirft ihm Selbstbegünstigung vor: Er verfolge mit seiner Unternehmensgruppe "Neue Pergamon", die einen Management-Vertrag mit dem Klinikum unterhält, eigene wirtschaftliche Interessen und habe in diesem Zusammenhang unter anderem gegen das Vergaberecht verstößen. Im Aufsichtsrat scheiterte dessen Vorsitzende Lohse aber vergangene Woche am Arbeitnehmerflügel mit ihrem Antrag auf Abberufung.

Die Sondersitzung des Stadtrats war von den Grünen als Informationsforum beantragt worden, um auch die nicht im Aufsichtsrat vertretenen Fraktionen auf einen gemeinsamen Kenntnisstand zu bringen. Lohse wollte bis vor wenigen Tagen noch auf diesem Wege eine neue Satzung des Gesellschaftervertrags für das Klinikum durch den Rat absegnen lassen. Darin wäre die Stadt als Eigentümerin allein vertreten und der Stadtrat das Entscheidungsgremium. Doch gestern wurde die geplante Änderung nur vorgestellt. Ein zwischenzeitlich kursierendes Gerücht, das Klinikum solle an an den privaten Klinikbetreiber Rhön AG verkauft werden, wurde von allen Seiten dementiert. Dagegen hat Graf bestätigt, dass er seine Krankenhaus-Management-Gesellschaft "Neue Pergamon" an die Eifelhöhenklinik AG verkaufen will.

Vor mit Klinikum-Mitarbeitern voll besetzten Rängen bewerteten Juristen gestern das Ergebnis der Sonderprüfung der Klinikum gGmbH. Während die von Lohse beauftragten Gutachter Verstöße gegen das Vergaberecht und damit Gründe für eine Abberufung Grafs erkannten, sah dessen Anwalt Dr. Ingo Minoggio keine Anhaltspunkte für ein unredliches Handeln. CDU und FDP stimmten für eine Zäsur, SPD und Grüne sehen zurzeit keinen Anlass, den Geschäftsführer abzuberufen.

Bei den Hafenbetrieben Ludwigshafen laufen umfangreiche Ermittlungen gegen Hafendirektor Sigurd Kunkel und den Bauleiter. Sie sollen Firmen bei der Auftragsvergabe für das neue Containerterminal im Kaiserwörthhafen bevorzugt haben, wenn diese ihnen privat Leistungen erbringen, die dann durch überhöhte Rechnungen an die Hafenbetriebe beglichen wurden. Außerdem habe Kunkel Bauleistungen von seinen Mitarbeitern an Privatimmobilien durchführen lassen und seinen Dienstwagen missbräuchlich benutzt. Lohse betonte gestern, sie habe von allem erst seit ihrem Amtsantritt 2002 gewusst. bur/ws

Geschichte mit viel Schaum

Zentralwäscherei sorgt viele Jahre für Zündstoff

Bei der Klinikum-Affäre in der Schwesterstadt Ludwigshafen um Volker Graf spielt die Krankenhaus-Managementgesellschaft "Neue Pergamon" eine zentrale Rolle. Sie ist auch Mitgesellschafterin der Zentralwäscherei Rhein-Neckar. Hat diese Wäscherei nicht viele Jahre für Furore gesorgt, mag so manchem Leser durch den Kopf gehen? Richtig! Hier die Geschichte im Zeitraffer:

Anfang der 70er Jahre droht die Wäscherei an Mannheims städtischen Krankenanstalten aus alle Nähten zu platzen. Die Raumnot wird mit einem Erweiterungsbau "kuriert". Zehn Jahre später steht fest: Die Klinikum-Wäscherei ist nicht nur viel zu klein, sondern auch völlig veraltet. Und das bei einem täglichen Aufkommen von zehn Tonnen Schmutzwäsche. Neu bauen oder Aufträge privat vergeben - lautet die Gretchenfrage. "Kooperation mit Ludwigshafener Krankenhaus im Gespräch" titelt im Spätsommer 1983 der "MM". Im Frühjahr 84 fallen die Würfel: Die Stadträte plädieren für einen Neubau. Bei einer Privatvergabe müssten nämlich die 66 Wäschereimitarbeiter anderweitig untergebracht werden. Die Mannheimer Gesellschaft für Wohnungs- und Städtebau, MWS, bekommt den Auftrag, im Bonadieshafen eine High-Tech-Anlage schlüsselfertig hinzustellen. Von da an überstürzen sich die Ereignisse: Das Hafenamt läuft gegen den Standort Sturm - es fürchtet um wertvolles Umschlaggelände. In der Auseinandersetzung schwimmen dem Haus Oberrhein die vermeintlichen Felle davon. In elf Monaten wird auf der Friesenheimer Insel eine auf 20 bis 27 (!) Tonnen ausgelegte Zentralwäscherei hochgezogen. Die 13-Millionen-Mark-Einrichtung geht im Juni 1985 in Betrieb. Wenige Wochen später wird der Stadt Mannheim "Unsauberes" vorgeworfen: Für Unmut sorgt, dass die überdimensionierte Zentralwäscherei mit angeblichen Lockvogelpreisen kleinen Betrieben das (Wasch-)Wasser abgräbt. Anlässlich überschäumender Kritik ordnet die Stadt ein "Schonprogramm" für die ansässige Branche an. Da die Kooperation mit Ludwigshafen ins Wasser zu fallen droht, sitzt die Wäscherei mit ihren Überkapazitäten auf dem Trockenen. Das Regierungspräsidium verstärkt den Schleuderkurs - denn die Botschaft aus Karlsruhe lautet: Eine kommunale Einrichtung darf andere Betriebe nicht durch Jagd auf deren Kunden gefährden.

Die hochmoderne Waschstraße spuckt weiße Wäsche mit rote Zahlen aus. Das Geschäftsjahr 1986 bringt ein sattes Minus von zwei Millionen Mark. Als Ludwigshafen Ende 1986 doch noch ins Boot kommt und sich die Tagesauslastung auf 16 Tonnen erhöht, wird das Defizit zwar kleiner, die Zentralwäscherei bleibt aber Kostgänger im Haushalt. Zu Buche schlägt die Besitzstandswahrung: Denn die übernommenen einstigen Klinikum-Mitarbeiter erhalten einen wesentlich höheren Lohn nach ÖTV-Tarif.

Mitte der 90er Jahre kommen Insolvenzgerüchte auf. 1998 wird die GmbH neu strukturiert, das Stammkapital erhöht: Das Mannheimer Klinikum steigt mit 50 Prozent ein, die andere Hälfte übernimmt für das Ludwigshafener Klinikum die Management-Gesellschaft "Neue Pergamon". Inzwischen schreibt der Großbetrieb - 120 Beschäftigte und 18 Tonnen Wäsche Tagesleistung - schwarze Zahlen. 2003, so Geschäftsführerin Katja Tobias, wurde ein Überschuss von 69 000 Euro erzielt. wam

Affären im Blickpunkt

Stadtrat berät über Klinikum

Hoch her ging es gestern Abend bei der Sondersitzung des Stadtrats, die auf Antrag der Grünen alle Fraktionen und die Öffentlichkeit über die Sachstände bei der Hafen- und der Klinikumsaffäre informieren sollte. Bis zum Redaktionsschluss dieser Teil-Auflage war die Sitzung noch in vollem Gange. Wie bereits mehrfach berichtet, wird dem Klinikumsgeschäftsführer Prof. Volker Graf vorgeworfen, durch einen Management-Vertrag seines Unternehmens "Neue Pergamon" und dessen Tochterfirmen mit dem Klinikum sich selbst begünstigt zu haben. Eine Absetzung Grafs, wie von Lohse als Aufsichtsratsvorsitzender gewünscht, war vergangene Woche knapp gescheitert. Lohse wirft ihm unter anderem vor, gegen das Vergaberecht bei der Zentralwäscherei verstoßen zu haben: Graf gibt zu, diesen 1,27 Millionen-Auftrag seinerzeit nicht ausgeschrieben zu haben. Anwälte, die Lohse beauftragt hatte, bekräftigten dabei die von der Politikerin erhobenen Vorwürfe gegen den Geschäftsführer des Klinikums. bur

Mannheimer Morgen

1. Februar 2005

Weinmann hat Beratervertrag

Neue Pergamon: Monatlich 400 Euro an Ex-SPD-Fraktionschef

Der frühere SPD-Fraktionschef Hans-Joachim Weinmann hat einen Beratervertrag mit der Krankenhausmanagementgesellschaft Neue Pergamon, an der der umstrittene Klinikum-Geschäftsführer Prof. Volker Graf maßgeblich beteiligt ist. Dies bestätigte gestern auf "MM"-Anfrage Geschäftsführer Silvio von Entriss. "Ich erhalte monatlich 400 Euro für eine Beratertätigkeit zu den Bereichen Energie- und Abfallentsorgung. Dafür bin ich vier Stunden pro Woche tätig", erläuterte Weinmann.

Zwölf Jahre lang war der 60-jährige Vorruheständler Leitender Mitarbeiter der Pfalzwerke und für Stromversorgungsverträge sowie die Wasserversorgung zuständig. Der Vertrag mit der Neuen Pergamon laufe seit Oktober 2003. "Angesichts der geringen Summe sehe ich überhaupt keine Abhängigkeit und auch nichts Ehrenrühriges", sagte Weinmann, der bis Ende 2001 SPD-Fraktionschef war. Nach dem Ausscheiden aus den Pfalzwerken habe er andere, deutlich höher dotierte Angebote erhalten. "Die Vorruhestandsregelung erlaubt aber nur einen Zusatzverdienst von maximal 400 Euro."

Unterdessen drängen die Freien Wähler (FWG) auf eine "ganz schnelle" Lösung im Klinikum-Streit. Dem Krankenhaus und der Stadt sei durch das "teilweise unprofessionelle Vorgehen" der OB immenser Schaden entstanden, der sich täglich vergrößere. Der "erfolgreiche Manager" Graf soll unter neuen, klar definierten Vorgaben seinen Vertrag bis Ende 2006 erfüllen. Um mehr Transparenz bei der Auftragsvergabe herzustellen, müsse ein wirksames Kontrollinstrument installiert werden. Über die strittigen Fragen Erfolgsbeteiligung Grafs bei der Alten- und Pflegeheimgesellschaft sowie Dienstwagen/Fahrer müsse der Aufsichtsrat bald neu entscheiden.

Im vierstelligen Bereich bewegen sich übrigens die persönlichen Spenden Grafs an SPD und CDU. Während die Union 2001/2 insgesamt 2500 Euro erhielt, bekam die SPD in den Jahren 1998/2002 zusammen 1500 Euro. ott

Stadträte sollen alle Nebeneinkünfte angeben

OB greift FDP-Anregung auf / Kritik an Weinmann / MSE geht juristisch gegen Jöckel vor

04.02.2005 Von unserem Redaktionsmitglied Thomas Schrott

Die Beratertätigkeit des früheren SPD-Fraktionschefs Hans-Joachim Weinmann für die Krankenhausmanagementgesellschaft Neue Pergamon (wir berichteten gestern) zieht weitere Kreise und stößt nicht nur bei der FDP auf Kritik. OB Eva Lohse kündigte gestern auf "MM"-Nachfrage an, dass sie einer Anregung der Liberalen nachkommt und alle Stadträte und Aufsichtsratsmitglieder um eine schriftliche Stellungnahme bittet, ob sie Honorare, Bezüge oder andere geldwerte Leistungen vom Klinikum, der Krankenhausmanagementgesellschaft oder der Tochterunternehmen erhalten.

Auch innerhalb der SPD-Fraktion stößt Stadtrat Weinmann nach "MM"-Informationen wegen des 400-Euro-Jobs auf wenig Gegenliebe - vor allem wegen der öffentlichen Wirkung. "Ich habe ihm nahe gelegt, dass er diese Tätigkeit aufgibt", berichtete Fraktionschef Ulrich Küppers. Nach seinen Angaben steht kein weiterer Sozialdemokrat in Geschäftsbeziehungen zum Klinikum, zur Neuen Pergamon oder deren Tochterunternehmen, in denen Klinikum-Geschäftsführer Volker Graf eine dominierende Rolle spielt. Weinmann, der langjähriger Leitender Mitarbeiter der Pfalzwerke war, unterhält nach eigenen Angaben seit Oktober 2003 einen Beratervertrag mit der Neuen Pergamon über Fragen der Strom- und Wasserversorgung.

Parteichef Günther Ramsauer: "Die Aussage Weinmanns, es sei seine Privatsache, nehme ich zur Kenntnis." Im Übrigen habe der Vertrag keinen Einfluss auf Entscheidungen der SPD. Weinmann sei nicht für das Klinikum zuständig und habe den Beratervertrag erst angenommen, als er den Fraktionsvorsitz abgegeben habe. Ramsauer erwartet aber, dass sich Weinmann an politischen Diskussionen und Abstimmungen über die Fragen des Klinikums nicht beteilige.

Dies fordert auch die FDP: "Wer auf der Gehaltsliste einer Gesellschaft steht, kann nicht im Stadtrat oder anderen Gremien über Verträge mit diesem Unternehmen entscheiden." Es sei für Abgeordnete, Partei- und Fraktionsbüros "ein Akt der Selbstverpflichtung", Öffentlichkeitsarbeit und Strategie sauber von stadtnahen Gesellschaften zu trennen.

Juristische Schritte gegen CDU-Fraktionschef Heinrich Jöckel kündigte gestern die Firma MSE Strategies GmbH an. Dieser hatte nicht ausgeschlossen, dass über die MSE verdeckte Wahlkampfhilfe für die SPD gelaufen sein könnte. Die Gesellschaft von Marc S. Ellenbogen habe 2002 rund 474 000 Euro für Öffentlichkeitsarbeit erhalten. Die SPD und die Firma MSE wiesen diesen Verdacht zurück. Weder direkt noch indirekt seien finanzielle und andersgeartete Zuwendungen an Parteien und nahestehende Einrichtungen geflossen. Wegen der öffentlichen Anschuldigungen werde eine Mannheimer Kanzlei für weitere Schritte eingeschaltet. Es gehe auch um eine "nicht autorisierte einseitige Veröffentlichung von Vertragsbestandteilen".

Die Staatsanwaltschaft entscheidet am Montag, ob ein Ermittlungsverfahren gegen Volker Graf wegen Untreue eingeleitet wird, erklärte der Leitende Oberstaatsanwalt Lothar Liebig. Zudem müsse die Zuständigkeit zwischen Frankenthal und Kaiserslautern geklärt werden.

Van Vliet: Keine Aufträge mehr

Dezernent früher Klinikum-Anwalt / Bremme: Unverständnis

Seit seinem Amtsantritt im Juli 2003 hat Sozialdezernent Wolfgang van Vliet (SPD) keine geschäftlichen Kontakte mehr zum Klinikum, erklärte er gestern auf Nachfrage. Gleiches gelte für die Krankenhausgesellschaft Neue Pergamon und deren Tochterunternehmen. Seit Mitte 2003 ruhe seine anwaltliche Tätigkeit. Die CDU forderte den Beigeordneten zur "kompletten Offenlage seiner bisherigen und aktuellen wirtschaftlichen Beziehungen zum Klinikum" auf. Gerade weil dieser Mitglied im Stadtvorstand und Klinikum-Aufsichtsrat ist, sei diese Klärung längst überfällig.

In früheren Jahren hat van Vliet mehrfach das Klinikum anwaltlich vertreten. "Während der Umbauphase 1994 begannen die Geschäftsbeziehungen, denn ich war auf Zivil- und Baurecht spezialisiert." Später seien andere Mandate hinzugekommen. Die Aufträge seien aber zumeist direkt über die Abteilungen des Klinikums gekommen und nicht vom Geschäftsführer. Über das finanzielle Volumen wollte sich van Vliet mit Verweis auf die Schweigepflicht nicht äußern. "Ich wäre aber nicht Pleite gegangen, wenn es die Aufträge des Klinikums nicht gegeben hätte", merkte er an. Durch frühere Mandatschaften sei er gegenüber dem Klinikumschef nicht befangen. "Ich habe auch schon mal Manfred Reimann anwaltschaftlich vertreten und mich später mit ihm heftig gestritten", ergänzte van Vliet.

Die Freien Wähler fordern, auch Aufsichtsräte anderer städtischer Tochtergesellschaften sowie die Dezernenten sollten angeben, ob sie Honorare oder andere Bezüge vom Klinikum, der Neue Pergamon oder Tochterunternehmen erhalten haben.

Hans-Joachim Bremme, langjähriger Präsident des Gesundheitsnetzes Rhein-Neckar und Arbeitskreischef Wirtschaft beim Ludwigshafener Stadtmarketing, hat "keinerlei Verständnis, dass ehrenwerte Menschen in den peinlichen und dilettantisch geführten Kampf gegen die gut geleitete Klinik" einbezogen werden. Prof. Marc S. Ellenbogen, dessen Firma MSE sich nun juristisch gegen Behauptungen von CDU-Fraktionschef Heinrich Jöckel wehrt, habe sich jahrelang in diesen Gremien unentgeltlich und intensiv für die Verbesserung des Gesundheitswesens in Stadt und Region eingesetzt. Bremme: "Insbesondere dem seriösen Herrn Jöckel hätte ich das nicht zugetraut, das Verfahren trägt eher die Handschrift von Herrn Messemer. Die Stadt sollte Ellenbogen einen Dankesbrief für die geleistete Arbeit schreiben." ott

Staatsanwaltschaft prüft Untreue-Verdacht

Ermittlungen gegen Klinikum-Geschäftsführer / Prof. Graf weist Vorwürfe zurück

09.02.2005 Von unserem Redaktionsmitglied Thomas Schrott

Über 300 Seiten stark sind die Unterlagen, die der Staatsanwaltschaft Kaiserslautern im Zusammenhang mit "Unregelmäßigkeiten" im Klinikum vorliegen. Sie begründen einen Anfangsverdacht, um Ermittlungen gegen den Geschäftsführer Volker Graf aufzunehmen, teilte gestern der Leitende Oberstaatsanwalt Helmut Bleh mit. Die Behörde wurde auf Grund der Strafanzeige von OB Eva Lohse (CDU) vom 27. Januar tätig. Darin werden Graf mehrere Pflichtverstöße vorgeworfen, unter anderem ging ein Millionen-Auftrag ohne Ausschreibung an einen Betrieb, an dem ein Graf-Unternehmen zur Hälfte beteiligt ist. "Ich habe nichts zu verbergen und mir strafrechtlich nichts vorzuwerfen", bekräftigte unterdessen der Geschäftsführer.

Wegen der Komplexität des Falls, der "besondere Kenntnisse des Wirtschaftslebens erfordert", hat die Staatsanwaltschaft in Kaiserslautern die Bearbeitung übernommen, ergänzte Bleh. Denn die Zentralsstelle für Wirtschaftsstrafsachen beschäftigte zwei Experten, die betriebswirtschaftlich geschult und etwa in puncto Buchhaltung und Bilanzen sehr erfahren sind. Gleichwohl dämpfte Bleh Hoffnungen auf schnelle Ergebnisse. Er hält es sogar für unwahrscheinlich, dass das Verfahren noch in diesem Jahr abgeschlossen werde. Zahlreiche Zeugen und Beschuldigte müssen vernommen werden, viele Akten und Gutachten seien auszuwerten.

Mehrere Verstöße werden Graf zur Last gelegt. Zum einen geht es um den Wäscherei-Auftrag von 1,2 Millionen Euro, der entgegen seiner Ankündigung im Aufsichtsrat ohne Ausschreibung jahrelang an die Zentralwäscherei Rhein-Neckar GmbH gegangen ist, an der die neue Pergamon, deren Haupteigner Graf ist, zur Hälfte beteiligt ist. Zum anderen geht es um den Vorriff auf Tantiemen in seiner Tätigkeit als Geschäftsführer der Alten- und Pflegeheim Ludwigshafen GmbH und um Überlassung von Dienstwagen und Chauffeur. Den Vorwurf von Eigenmächtigkeiten weist Graf zurück. Dies sei mit dem früheren Aufsichtsratschef Wolfgang Schulte (SPD) so abgesprochen worden.

"Wegen des großen Aufklärungsbedarfs verbietet sich derzeit jede strafrechtliche Bewertung des Verhaltens des Beschuldigten", gab sich der Leitende Oberstaatsanwalt sehr zurückhaltend. Gleichwohl merkte er an, dass die Behörde bereits bei einem "sehr geringen Anfangsverdacht" tätig werde. Ein Vergabeverstoß werde dann strafrechtlich relevant, wenn tatsächlich ein Schaden entstanden sei. Die Strafanzeige der OB basiert auf dem Sonderbericht einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zur "gesellschaftlichen Struktur des Klinikums und seiner Vertragsbeziehungen zu anderen Unternehmen."

Graf begrüßte, dass die Staatsanwaltschaft "in einem rechtsstaatlich geordneten Verfahren die leider vornehmlich über die Presse und pauschal gegen die Geschäftsführung erhobenen Vorwürfe überprüft." Er wünsche sich eine ausführliche und tief gehende Überprüfung seiner Amtsführung sowie der früheren und jetzigen Aufsichtsratsmitglieder. Er hatte am 25. Januar der Behörde "jegliche Zusammenarbeit und Mitwirkung" angeboten. Im Interesse des Klinikums und auch seiner Person hofft er, so Graf, dass das Verfahren nicht zu Rufschädigungen führe. Die medizinische und wirtschaftlich erfolgreiche Arbeit des Klinikums dürfe nicht beeinträchtigt werden.

Abberufung auf dem Prüfstand

Satzungsänderung für Klinikum im Hauptausschuss

Von unserem Redaktionsmitglied Werner Schilling

Alle betonen, dass im Klinikum nun wieder Ruhe einkehren und weiterer Schaden von der Stadt und dem Krankenhaus-Komplex abgewendet werden muss. Nachdem die Unterlagen bei der Staatsanwaltschaft wohl längere Zeit geprüft werden, hat die Einrichtung vielleicht wirklich eine Verschnaufpause vor sich. Am Montag kann allerdings der Blutdruck nochmals klettern, wenn im Hauptausschuss über die Satzungsänderung des Gesellschaftervertrags diskutiert wird. Das wird allerdings erst im nicht öffentlichen Teil der um 15 Uhr beginnenden Sitzung der Fall sein.

Der Änderung wird die SPD-Fraktion nach Auskunft ihres Vorsitzenden Ulrich Küppers nur unter einer Bedingung zustimmen: Mit dem Betriebsrat des Klinikums und der Gewerkschaft ver.di soll das Einvernehmen über die Sicherung der Mitbestimmungsrechte erzielt werden, "denn daran soll sich nichts ändern". Ansonsten hat die SPD keine Bedenken, wenn die mögliche Abberufung des Geschäftsführers künftig an eine Gesellschafterversammlung der Stadt delegiert wird. Dies habe nichts mit dem derzeitigen Verfahren um Geschäftsführer Prof. Volker Graf zu tun, betont Küppers. Darum gehe es fruestens in der März-Sitzung des Stadtrats. Zur Diskussion um den ehemaligen Fraktionschef Hans-Joachim Weinmann, der von der Krankenhaus-Management GmbH "Neue Pergamon" für Beratung monatlich 400 Euro erhält, erklärte Küppers: "Ich würde mir wünschen, dass meine Fraktion geschlossen abstimmen kann."

Keinen zusätzlichen Änderungsbedarf für die Satzung sieht CDU-Fraktionschef Heinrich Jöckel: "Wir werden die Verwaltungsvorlage unterstützen." Die Mustersatzung ist mit der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) abgestimmt und "individuell auf die Ludwigshafener Gesellschaften zugeschnitten", wies Ratskollege Wolfgang Frosch auf geplante andere Änderungen für städtische Töchter hin. Das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats sei nicht tangiert, da sich an der Zusammensetzung des Aufsichtsrats nichts ändere.

Gegen eine "Lex Graf" spricht sich der Grünen-Fraktionsvorsitzende Bernhard Braun aus. Nach gegenwärtigem Kenntnisstand gebe es keine ausreichenden Gründe für eine Auflösung des Vertrags. Um eine störungsfreie Fortführung der Geschäfte zu ermöglichen, könne die Oberbürgermeisterin den Vorsitz im Aufsichtsrat "an einen anderen Dezerrenten delegieren", meinte Braun. Auf alle Fälle sei eine "Blockade-Situation" zu vermeiden. ws

OB: Weiterer Verstoß von Graf belegt

In der Klinikum-Affäre räumt der frühere Aufsichtsratschef Wolfgang Schulte Fehler ein

Von unserem Redaktionsmitglied Thomas Schrott

Einen weiteren Pflichtverstoß des Klinikum-Geschäftsführers Volker Graf halten CDU sowie die OB und Aufsichtschefin Eva Lohse für belegt. Denn Lohses-Vorgänger Wolfgang Schulte (SPD) hatte eingeräumt, dass es für Zahlungen der Alten- und Pflegeheim GmbH an Graf keine vertragliche Grundlage gebe. "Es ist wohl ein Fehler gewesen, dass kein Vertrag mit dem Geschäftsführer über dessen Erfolgsbeteiligung geschlossen wurde. Es war aber niemand im Aufsichtsrat, der dies gefordert hatte", sagte Schulte auf Nachfrage.

"Ausdrücklich als geringfügige Tätigkeit ohne Vergütung", sagte OB Lohse hingegen, sei die Geschäftsführung der Alten- und Pflegeheim GmbH (APH) im Aufsichtsrat des Klinikums beschrieben worden. "Ich denke, dass man dies bei einer Vergütung als Klinikum-Geschäftsführer von mehreren hunderttausend Euro im Jahr auch so erwarten kann." Mit den Äußerungen Schultes sei der zweite gravierende Pflichtverstoß bestätigt - nach der nicht erfolgten Ausschreibung eines Millionenauftrags. "Bei den Tantiemen geht es nach bisherigem Kenntnisstand um 120 000 Euro, die sich Graf ohne Rechtsgrundlage aus der Kasse genommen hat".

In Richtung Schulte legte Lohse nach: "Ich muss seine Äußerungen so verstehen, dass er das gewusst hat. Wenn dies tatsächlich so sein sollte, bekäme die spätere Beteiligung Schultes an der 'Neuen Pergamon' allerdings einen ziemlich schalen Beigeschmack." Mehrheitseigner der Krankenhausgesellschaft ist bekanntlich Graf.

Nach Darstellung Schultes hat hingegen Graf nach ausführlichen Diskussionen im Aufsichtsrat 1996 die APH-Geschäftsführung übernommen. Damals sei vereinbart worden, dass die Erfolgsbeteiligung erst im vierten Jahr und rückwirkend für das Vorjahr ausgezahlt werde, sagte Schulte. Für die Jahre 1996 bis 1998 habe Graf nichts bekommen. Im Jahr 2000 habe er die Tantieme für 1999 erhalten, diese Zahlung sei ordnungsgemäß verbucht worden. Abschlagszahlungen auf Tantiemen seien allgemein üblich. Die Frage "Dienstwagen für Graf" sei im Aufsichtsrat ausführlich besprochen worden, zum Punkt Fahrbereitschaft für den Geschäftsführer könne er nichts sagen, so Schulte.

Die CDU sprach von einer "Salamitaktik" Schultes. "Vom früheren Aufsichtsratschef hätte ich erwartet, dass er bereits zu einem früheren Zeitpunkt einen substanziellem Beitrag zur Aufklärung leistet. Bei den Bürgern entsteht der verheerende Eindruck, hier soll vertuscht und nur das Notwendigste preisgegeben werden", so Fraktionsvorsitzender Heinrich Jöckel.

Als befremdlich wertet dagegen Schulte das Vorgehen seiner Nachfolgerin ein. Er sei im Vorfeld nicht befragt worden. Erst auf sein Drängen habe ihn Lohse um Informationen gebeten, ohne ihm aber Unterlagen zukommen zu lassen. Es sei kein guter Stil, zunächst die Abwahl des Geschäftsführers zu betreiben und dann 36 Fragen an diesen nachzuschieben.

Zugeknöpft gaben sich Spitzenvertreter ("Das Thema bleibt sehr heikel") von CDU und SPD vor dem heutigen Gespräch, um den Klinikum-Konflikt zu lösen. Nach "MM"-Informationen wird (wie berichtet) eine vorzeitige Auflösung des

Geschäftsführervertrags, der bis Ende 2006 dauert, nicht ausgeschlossen. Gleiches gilt für eine Einigung bis zur Stadtratssitzung am kommenden Montag.

Mannheimer Morgen
4. März 2005

Endet Graf-Vertrag vorzeitig?

Klinikum: Keine Einigung, aber "zielführende Gespräche"

Von unserem Redaktionsmitglied Thomas Schrott

Die Positionen für eine Einigung im Klinikum-Streit liegen zwar noch recht weit auseinander. Dennoch werteten CDU und SPD das gestrige gut zweistündige Gespräch als "zielführend". Ein weiteres Treffen ist für Dienstag terminiert. Über den Stand der Verhandlungen vereinbarten alle Seiten striktes Stillschweigen. Ein Knackpunkt ist nach "MM"-Informationen die Frage, wann der Vertrag mit dem Geschäftsführer Volker Graf, der Ende 2006 ausläuft, vorzeitig aufgelöst wird.

Von einem "konstruktiven Treffen" sprach CDU-Fraktionschef Heinrich Jöckel. "Die Gespräche laufen zielgerichtet", sagte SPD-Kollege Ulrich Küppers. Nach CDU-Angaben sind die Eckpunkte für eine Lösung genannt worden, diese liegen aber dem Vernehmen nach noch weit auseinander. Angestrebt wird ein Gesamtpaket. Nach "MM"-Informationen geht es nicht nur um die künftige operative Leitung des Krankenhauses mit 2500 Mitarbeitern, sondern auch um einen Einnahmeausfall für die Krankenhausgesellschaft "Neue Pergamon", über die Graf als Klinikum-Geschäftsführer angestellt ist. Das Thema Zentralwäscherei Rhein-Neckar, an der die "Neue Pergamon" zur Hälfte beteiligt ist, wird ebenso behandelt wie das Verhältnis zu anderen Tochterunternehmen der Krankenhausgesellschaft.

Einigkeit erzielten die beiden großen Fraktionen aber über die neue Satzung für das Klinikum. CDU und SPD werden am Montag einen Änderungsantrag im Stadtrat einbringen. Danach soll die neue Mustersatzung, die die Aufsichtsbehörde empfiehlt, so geändert werden, dass die Zuständigkeit bei 18 Punkten nicht bei der neuen Gesellschafterversammlung liegen, sondern beim Aufsichtsrat bleiben soll. Küppers: "Die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer sehen wir nun als gewahrt an." Die FWG plädiert dafür, dass die Satzung erst zum Januar 2006 in Kraft tritt.

Unterdessen wies der frühere OB und Aufsichtsratschef Wolfgang Schulte (SPD) die CDU-Kritik an seinem Verhalten zurück. Die Erfolgsbeteiligung Grafs an der Alten- und Pflegeheim GmbH sei in der Jahresbilanz ausgewiesen und besprochen, aber nie beanstandet worden. Schulte erinnerte daran, dass Lohse seit 1999 dem Aufsichtsrat angehöre. An der Erfolgsbeteiligung Grafs habe sich auch nach dem Wechsel im Aufsichtsratsvorsitz nichts geändert. Im Übrigen sei ein schriftlicher Vertrag Grafs für die Geschäftstätigkeit der APH von niemandem im Aufsichtsrat als wichtig erachtet worden. Dennoch, so Schulte, wäre eine eigenständige schriftliche Grundlage besser gewesen.

Breite Mehrheit für Klinikum-Satzung

CDU und SPD im Stadtrat einig: Aufsichtsrat verliert doch nicht so viele Kompetenzen

Von unserem Redaktionsmitglied Thomas Schrott

Ein wichtiger Aspekt im großen Klinikum-Streit ist zwischen CDU und SPD beigelegt. Der Stadtrat verabschiedete gestern mit großer Mehrheit die neue Satzung des Klinikums. Für die Abberufung des Geschäftsführers ist nicht mehr der Aufsichtsrat zuständig, sondern eine Gesellschafterversammlung, die an das Stadtrat-Votum gebunden ist. Gemäß eines Änderungsantrags von Union und SPD werden die Kompetenzen des Aufsichtsrats doch nicht so stark beschnitten.

Von ursprünglich 23 Punkten, die das Gremium an die Gesellschafterversammlung verlieren sollte, blieben noch sechs übrig, betonte SPD-Fraktions-Vize Hans Mindl. Damit seien die Interessen der Arbeitnehmer gewahrt. Mit der neuen Regelung, die auf einer Mustersatzung der Aufsichtsbehörde basiert, seien schlankere Verwaltungs- und Entscheidungsstrukturen möglich. Von einer sehr praktikablen Lösung sprach CDU-Fraktionschef Heinrich Jöckel. Harald Glahn (FDP) sieht eine "zuverlässige Basis für Klinikum und die Beschäftigten."

Etliche Punkte seien nach Gesprächen mit Betriebsrat und der Gewerkschaft ver.di in die Vorlage eingeflossen, hob OB Eva Lohse hervor. Sie bekräftigte, dass sie den Vorsitz im Aufsichtsrat auch an eine andere Person delegieren könne.

Zuständig bleibt der Aufsichtsrat etwa für die Prüfung des Wirtschafts- und Jahresplans, für Sozialeinrichtungen, Bestellung des ärztlichen Direktors und der Fachabteilungsleiter sowie für Anstellung/ Entlassung von Angestellten, die mindestens nach BAT I bezahlt werden. Die Gesellschaftsversammlung entscheidet über Bestellung/Abberufung des Geschäftsführers, über Fragen des Stammkapitals, weitere Gesellschafter, Änderung des Gesellschaftervertrags und "Übernahme neuer Aufgaben von besonderer Bedeutung".

"Der Änderungsantrag ist mit heißer Nadel gestrickt, um die Koalition zwischen CDU und SPD zu retten", meinte Bernhard Braun (Grüne). Auch die FWG stimmte gegen die Satzung. Sie kritisierte, dass die Stadtratsmitglieder im Aufsichtsrat künftig einheitlich votieren müssen. Dies könnte sehr schwierig werden, zudem werde die Mitbestimmung ausgehebelt.

Lohse entgegnete, dass die Gemeindeordnung die einheitliche Stimmabgabe in diesem Fall zwingend vorschreibe. Die CDU wies den Vorwurf der FWG zurück, mit einer "lex Graf" werde eine erneute Abwahl des Klinikum-Geschäftsführers vorbereitet. Jöckel: "Der Verdacht ist falsch, es laufen mehrere Prozesse parallel." Wie berichtet erörtern heute erneut CDU und SPD eine Lösung des Streits. Dabei geht es nach "MM"-Informationen vornehmlich um die Frage, ob der Vertrag mit Graf zum Herbst oder Anfang 2006 aufgelöst wird und welche Einnahmeausfälle an die "Neue Pergamon" gezahlt werden, über die Graf als Geschäftsführer angestellt ist.

Mannheimer Morgen
8. März 2005

Entscheidung am Dienstag?

Klinikum-Treffen vertagt

In einer sehr entscheidenden, aber auch kritischen Phase befinden sich nach "MM"-Informationen die Spitzengespräche zwischen CDU und SPD zur Lösung des Klinikum-Konflikts. Ein für gestern Abend angesetztes Treffen wurde kurzerhand auf kommenden Dienstag vertagt, erklärte OB Eva Lohse auf Anfrage. SPD-Fraktionschef Ulrich Küppers gab als Grund "Terminschwierigkeiten bei mehreren Personen" an. Bislang hatten die Fraktionschefs von CDU und SPD die Gespräche als zielgerichtet und konstruktiv bewertet, die OB hielt bisher die Positionen für wenig kompatibel. Als ein Knackpunkt gilt dem Vernehmen nach die Frage, wann der Vertrag des Geschäftsführers Volker Graf vorzeitig aufgelöst werden soll - noch in diesem Herbst oder Anfang nächsten Jahres. Gegen Graf ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts der Untreue. Der Klinikum-Aufsichtsrat kommt heute zusammen und befasst sich wohl vornehmlich mit den 36 Fragen, die OB Eva Lohse dem Geschäftsführer gestellt hat. ott

Mannheimer Morgen

9. März 2005

05. April 2005

FWG zur Prüfung der Klinikum-Geschäftsführung

Politik | 05.04.2005. - 08:09:30

Die Freie Wählergruppe Ludwigshafen hat Fragen zum Prüfungsverlauf der Klinikum-Geschäftsführung durch die städtische Revision.

Nachdem Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse nun auch noch die beauftragt hat die Geschäftsführung von Klinikum-Manager Volker Graf zu überprüfen, bitte die FWG Stadtratsfraktion in einem Brief die OB um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Kann man aus der Beauftragung der Revision schließen, dass nunmehr auch die Oberbürgermeisterin Dr. Lohse den von der renommierten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young erstellten Sonderprüfungsbericht als nicht mehr ausreichend einschätzt, um eine Abberufung des Geschäftsführers Prof. Graf zu begründen?
2. Worin unterscheidet sich inhaltlich der Prüfauftrag an die Revision von dem, der der Gesellschaft Ernst & Young erteilt worden war? Liegen der OB neue Erkenntnisse vor, die eine Beauftragung der Revision notwendig erscheinen ließen? Wenn ja, welche?
3. Wie hoch waren die bisherigen Kosten
 - a) für die Erstellung des Sonderprüfungsberichts durch Ernst & Young und
 - b) für das Kurzgutachten zum Sonderprüfungsbericht der Luther Menold Rechtsanwaltsgesellschaft mbH?
4. Warum wurden die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses nicht unverzüglich über diesen Prüfauftrag informiert?

Abschließend beantragen die Freien Wähler, den Stadtrat in der nächsten Sitzung ausführlich über den aktuellen Sachstand zu informieren.

Konflikt um Klinikum-Chef wird heute beigelegt

OB Eva Lohse sowie Manager Volker Graf erwarten Einigung / Vertrag vorzeitig beendet?

Von unserem Redaktionsmitglied Thomas Schrott

Das Vier-Augen-Gespräch brachte gestern Abend den Durchbruch: Der monatelange Konflikt um den Klinikum-Geschäftsführer Volker Graf, der die Kommunalpolitik insgesamt belastete, wird wohl heute beigelegt. "Auf beiden Seiten ist der deutliche Wille zu spüren, sich zu verständigen", sagte OB Eva Lohse auf "MM"-Anfrage. "Auch ich erwarte eine Einigung", erklärte Graf auf Nachfrage. Der gemeinsame Nenner der einvernehmlichen Lösung sei, weiteren Schaden vom Klinikum abzuwenden, ergänzte Lohse.

Der Vertrag Grafs, dem die OB grobe Pflichtverstöße vorwirft, läuft eigentlich bis Ende 2006. Nun ist aber eine vorzeitige Aufhebung des Vertragsverhältnisses noch in diesem Jahr zu erwarten. Lohse wollte sich dazu nicht äußern. "Eine Rechtsfrage ist noch offen. Diese wird bis Freitag geklärt", erläuterte die OB. Weitere Angaben machte sie nicht, der Gesamtkomplex sei sehr heikel.

Spitzenvertreter von CDU und SPD hatten sich in den vergangenen Wochen mehrfach um eine Lösung des Konflikts bemüht. Bei der gestrigen Sitzung waren aber Bürgermeister Wilhelm Zeiser, Beigeordneter Ernst Merkel sowie die Fraktionschefs Heinrich Jöckel und Ulrich Küppers nicht mehr dabei. Lohse und Graf verhandelten in Begleitung von Juristen.

Das Verhalten des Geschäftsführers hatten CDU und SPD in den vergangenen Wochen sehr unterschiedlich beurteilt. Grobe Pflichtverstöße erachtete die Union als erwiesen, deshalb beantragte Lohse Ende Januar im Klinikum-Aufsichtsrat eine Abberufung Grafs. Dieser Verstoß scheiterte aber. Arbeitnehmervertreter und SPD sahen keinen hinreichenden Grund, den Manager zu feuern.

Graf hatte gleichwohl eingeräumt, dass er entgegen seiner Ankündigung im Aufsichtsrat die Reinigung der Klinikum-Wäsche nicht ausgeschrieben habe. Der 1,2 Millionen-Auftrag ging deshalb an die Zentralwäscherei Rhein-Neckar, an der ein Graf-Unternehmen zur Hälfte beteiligt ist, nämlich die "Neue Pergamon". Über diese Krankenhausgesellschaft wurde Graf auch als Geschäftsführer 1996 eingestellt. Die operative Leitung des Klinikums hatte er zwei Jahre zuvor übernommen. Aufsichtsratschef war damals Ex-OB Wolfgang Schulte (SPD), Lohse gehört dem Gremium seit 1999 an.

Ob Graf strafrechtlich belangt wird, ist weiterhin völlig unklar. Wegen des Verdachts der Untreue ermittelt die Staatsanwaltschaft Kaiserslautern gegen den Manager. "Es ist nicht abzusehen, wann Ergebnisse oder eine erste Bewertung vorliegen", sagte gestern der Leitende Oberstaatsanwalt Helmut Bleh. "Die Rechtslage ist sehr schwierig."

Mannheimer Morgen
8. April 2005

Tanz auf Rasierklinge

Von Thomas Schrott

Endlich, einer der schwierigsten Konflikte der vergangenen Jahre ist entschärft. Es wurde aber auch allerhöchste Zeit. Der Scherbenhaufen ist dennoch enorm. Der monatelange Streit um Klinikum-Manager Volker Graf strahlte nicht nur negativ auf das Krankenhaus ab. Die Machtprobe zwischen CDU und SPD sorgte auch für weitgehende Lähmungserscheinungen in der Kommunalpolitik. Dass Graf - gezwungenermaßen - seinen Vertrag vorzeitig beendet, kann überhaupt nicht überraschen. Das Vertrauensverhältnis zur Aufsichtsratschefin ist nicht mehr reparabel. Noch gravierender wiegt der eingestandene Verstoß des Managers, einen Millionenauftrag jahrelang nicht ausgeschrieben zu haben und ihn stattdessen an einen Betrieb zu geben, an dem er selbst beteiligt ist. Das hat ein starkes Geshmäckle. Andererseits hat der Aufsichtsrat in früheren Jahren seine Kontrollfunktion nicht gerade vorbildlich wahrgenommen. Hier müssen künftig striktere Regeln gelten.

Dass der verbissen geführte Konflikt, der in den letzten Wochen sogar noch zu eskalieren drohte, doch endlich gelöst wurde, ist nur dem Bemühen einiger besonnener Christ- und Sozialdemokraten zu verdanken. Einem Tanz auf der Rasierklinge glichen diese Gespräche. Um eine Lösung zu finden, musste jede Seite wenigstens einigermaßen ihr Gesicht wahren können. Wann, in welchem Monat, muss der ungeliebte Manager gehen? Diese Frage hatte eine ungeheure Symbolkraft. OB Eva Lohse scheiterte zwar mit einer sofortigen Abwahl Grafs, erreichte aber nun dessen baldigen Abgang. Es ist nur zu hoffen, dass das Klinikum endlich zur Ruhe kommt und die Ermittlungen gegen den Betriebsratschef einen Nebenaspekt bleiben.

Tiefe Wunden hat der Klinikum-Konflikt zweifellos bei den beiden großen Fraktionen hinterlassen, Rachegelüste sollten sie sich aber ersparen. Die Kommunalpolitiker müssen ganz dringend den Blick wieder frei bekommen für die wichtigeren Probleme in der Stadt. Und davon gibt es sehr viele, etwa Finanzkrise, Sparmaßnahmen, Innenstadt-Entwicklung und Arbeitsplatzabbau.

Volker Graf kündigt zum Oktober

Klinikum-Geschäftsführer geht vorzeitig / Letzte Einzelheiten werden noch geklärt

Von unserem Redaktionsmitglied Thomas Schrott

Welch ein Krimi bis zum Schluss: Eine Einigung im Klinikum-Streit war gestern lange erwartet worden, aber erst am späten Nachmittag schickte Geschäftsführer Volker Graf eine kurze Mitteilung, von der jedoch OB Eva Lohse überhaupt keine Kenntnis hatte. Darin teilte der Manager mit, dass er den bis Ende 2006 laufenden Vertrag vorzeitig kündige. Nach den monatelangen Diskussionen um seine Amtsführung habe er diesen Schritt angeboten, um weiteren Schaden vom Klinikum abzuwenden. Weder Graf noch Lohse machten nähere Angaben. Nach "MM"-Informationen wird Graf im Oktober als Chef des Krankenhauses ausscheiden.

Die Einzelheiten der Vertragsauflösung würden kurzfristig erarbeitet, ergänzte der Geschäftsführer. "Substanzielles ist nicht mehr strittig, es geht nur noch um Verfahrensschritte", erklärte Graf auf Nachfrage. Für eine "schonende Übergabe seiner Amtsgeschäfte und die Einarbeitung eines möglichen Nachfolgers" stehe er uneingeschränkt zur Verfügung. Die OB und Aufsichtsratsvorsitzende erwartet in den nächsten Tagen eine schriftliche Einigung. Am Mittwoch werden die Fraktionsvorsitzenden das weitere Vorgehen besprechen. Gleiches gilt für den Aufsichtsrat des Klinikums am Freitag. Ob sich auch der Stadtrat am 2. Mai mit der Vertragsänderung befassen wird, ist noch unklar.

Seit Mitte Januar schwelte der Konflikt öffentlich. Lohse, die zwei Gutachten eingeholt hatte, sieht grobe Pflichtverstöße des Managers. Den Vorwurf, sich eigenmächtig Tantiemen genehmigt zu haben, wies Graf zurück. Er räumte aber ein, dass er entgegen seiner Ankündigung im Aufsichtsrat einen Millionen schweren Auftrag der Klinikum-Wäscherei nicht ausgeschrieben habe. Dieser ging an ein Unternehmen, an der eine Graf-Gesellschaft zur Hälfte beteiligt ist. Mit ihrem Antrag auf Abberufung des Geschäftsführers war Lohse im Januar im Aufsichtsrat gescheitert, weil SPD und Arbeitnehmervertreter keinen hinreichenden Grund für eine Abberufung sahen. Um eine Lösung bemühten sich in den letzten Wochen Spitzenvertreter von CDU und SPD.

Die gestrige Entscheidung Grafs wird von den Fraktionen allseits begrüßt. CDU-Fraktionsvorsitzender Heinrich Jöckel hofft, dass die restlichen Detailpunkte umgehend gelöst würden. "Was sich nun anbahnt, hat den Charakter einer einvernehmlichen Vertragsauflösung." SPD-Kollege Ulrich Küppers betont, das Einvernehmen hätten die Fraktionsvorsitzenden mit auf den Weg gebracht. Eine solche Übereinkunft hätte aber bereits im Dezember erzielt werden können, kritisiert Küppers. "Vier Monate unwürdiger Auseinandersetzung hätte man sich ersparen können. In der Zwischenzeit haben das Klinikum und die politische Kultur in der Stadt erheblichen Schaden genommen."

"Das war der einzige Weg, der sich noch angeboten hat", meint FDP-Fraktionsvorsitzender Harald Glahn. Er sei aber froh, dass die OB die Angelegenheit in dieser Weise abschließen konnte. "Die Lösung kommt spät, aber nicht zu spät." Grünen-Kollege Bernhard Braun sieht dies etwas anders. "Durch die gegenseitige Blockade von CDU und SPD ist genug Schaden angerichtet worden." Nun sei das Wichtigste, dass das Klinikum seinen guten Ruf behalte und man bei der Suche nach einem neuen Leiter mit Sorgfalt vorgehe. FWG-Vorsitzender Rainer Metz begrüßt, dass nun ein unhaltbarer Zustand beendet worden sei. Eine genaue

Bewertung wolle er erst dann vornehmen, wenn die finanzielle Belastung für die Stadt bekannt sei. Darüber wurde gestern nichts bekannt.

Mannheimer Morgen
9. April 2005

In Klinikum kann Ruhe einkehren

Überwiegend mit Erleichterung nahmen die Sprecher der Stadtratsfraktionen zur Kenntnis, dass sich am Klinikum ein Ende der für alle Beteiligten unschönen Entwicklung abzeichnet und damit weiterer Schaden von der Einrichtung abgewendet werden kann. Wie berichtet, haben sich Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse als Aufsichtsratsvorsitzende und Geschäftsführer Prof. Volker Graf einvernehmlich auf eine Lösung geeinigt. Der Manager wird demnach den Vertrag zum Ende Oktober dieses Jahres und damit 14 Monate vor dem regulären Ablauf selbst kündigen.

Gestern Morgen informierte Lohse die Fraktionssprecher. "Eine Lösung wäre schon im Dezember möglich gewesen", bedauerte Ulrich Küppers (SPD), dass die OB das Vier-Augen-Gespräch nicht früher suchte. Die Parteien hätten sich darüber verständigt, dass Graf keine Abfindung und lediglich fixe Vergütungen erhalte. "Die rechtliche Bewertung bleibt unangetastet", betont Heinrich Jöckel (CDU), dass an der Funktionalität des Klinikums trotz der hohen Wellen nie Zweifel bestanden habe. Bernhard Braun (Grüne) ist wichtig, dass nun der Blick nach vorne gerichtet und ein qualifizierter Nachfolger gefunden werde. Harald Glahn (FDP) und Peter Demmer (FWG) sind froh, dass es keine zusätzlichen Zahlungen geben soll und das Klinikum endlich wieder aus den Schlagzeilen kommt. Glahn: "Was die Anwälte erbringen, steht dann auf einem anderen Blatt." ws

Mannheimer Morgen
14. April 2005

Volker Graf verlässt Klinikum Ende Oktober

Geschäftsführer kündigt vorzeitig / Keine Abfindung

Von unserem Redaktionsmitglied Thomas Schrott

Der monatelange Streit ist wohl endgültig beigelegt. Der Auflösungsvertrag zwischen dem Klinikum und dem Geschäftsführer Volker Graf wurde gestern unterzeichnet. Bis zum Vormittag mussten aber noch etliche Einzelheiten geklärt werden. Heute steht noch ein abschließender Beschluss des Aufsichtsrats an. Wie bereits berichtet, kündigt Graf den eigentlich bis Ende 2006 dauernden Vertrag zum 31. Oktober 2005. Mit dieser Einigung könne weiterer Schaden von dem Klinikum abgewendet werden, betonte beide Seiten - in getrennten Pressemitteilungen.

Nach "MM"-Informationen erhält der Manager bis Oktober die vereinbarte Vergütung, aber keine Abfindung. Zudem bekommt der Geschäftsführer dem Vernehmen nach eine Erfolgsbeteiligung für 2005, die sich an dem Durchschnittswert aus den vergangenen fünf Jahren orientiert.

OB Eva Lohse wirft dem Manager grobe Pflichtverstöße vor, weil er einen Millionenauflauf entgegen seiner Ankündigung im Aufsichtsrat nicht ausgeschrieben hat. Dieser ging jahrelang an ein Unternehmen, an dem eine Graf-Firma zur Hälfte beteiligt ist. SPD und Arbeitnehmervertreter sahen hingegen keinen hinreichenden Grund für eine Abberufung und verhinderten im Aufsichtsrat Ende Januar einen Rauswurf des Geschäftsführers. Spitzenvertreter von CDU und SPD bemühten sich danach um eine Lösung des Konflikts. Entscheidend, so Lohse, sei das letzte Gespräch am vergangenen Donnerstag gewesen, bei dem indes die Fraktionsspitzen nicht mehr beteiligt waren.

"Ich bin froh, dass wir im Interesse des Klinikums diese Regelung einvernehmlich getroffen haben", sagte die OB. Die Vorgehensweise sei für alle transparent. "Entscheidend ist, dass wir Einigkeit erzielt haben und ein klarer Schnitt vollzogen wird."

Graf meinte: "Das Wichtigste ist für mich die Sicherung der hochwertigen Patientenversorgung und der über 2800 Arbeitsplätze." Deshalb habe er sich entschlossen, andere Wege zu gehen. Trotz sehr schwieriger Rahmenbedingungen habe das Klinikum medizinisch und wirtschaftlich durchweg erstklassige Leistungen erbracht. Dieses Niveau zu halten, sei durch die Diskussionen der vergangenen Monate deutlich erschwert. Graf will sich "nach Kräften bemühen, den Nachfolger bei der Einarbeitung in die zweifellos komplexe Materie zu unterstützen."

Die Staatsanwaltschaft, die wegen des Verdachts der Untreue gegen Graf ermittelt, wird vermutlich erst in etlichen Monaten die Vorfälle strafrechtlich bewerten. Auch die zivilrechtliche Seite des Streits ist unklar. Schadensersatzforderungen haben jedenfalls beide Parteien nicht ausgeschlossen. Der Stadtrat muss sich übrigens nicht mit der Vertragskündigung befassen, trotz der kürzlichen Satzungsänderung, wonach die Abberufung des Geschäftsführers vom Kommunalparlament beschlossen werden muss. Lohse: "Eine Kündigung ist aber etwas anderes als eine Abberufung."

Mannheimer Morgen
15. April 2005

Volker Graf verlässt Klinikum Ende Oktober

Geschäftsführer kündigt vorzeitig / Keine Abfindung

Von unserem Redaktionsmitglied Thomas Schrott

Der monatelange Streit ist wohl endgültig beigelegt. Der Auflösungsvertrag zwischen dem Klinikum und dem Geschäftsführer Volker Graf wurde gestern unterzeichnet. Bis zum Vormittag mussten aber noch etliche Einzelheiten geklärt werden. Heute steht noch ein abschließender Beschluss des Aufsichtsrats an. Wie bereits berichtet, kündigt Graf den eigentlich bis Ende 2006 dauernden Vertrag zum 31. Oktober 2005. Mit dieser Einigung könne weiterer Schaden von dem Klinikum abgewendet werden, betonte beide Seiten - in getrennten Pressemitteilungen.

Nach "MM"-Informationen erhält der Manager bis Oktober die vereinbarte Vergütung, aber keine Abfindung. Zudem bekommt der Geschäftsführer dem Vernehmen nach eine Erfolgsbeteiligung für 2005, die sich an dem Durchschnittswert aus den vergangenen fünf Jahren orientiert.

OB Eva Lohse wirft dem Manager grobe Pflichtverstöße vor, weil er einen Millionenauflauf entgegen seiner Ankündigung im Aufsichtsrat nicht ausgeschrieben hat. Dieser ging jahrelang an ein Unternehmen, an dem eine Graf-Firma zur Hälfte beteiligt ist. SPD und Arbeitnehmervertreter sahen hingegen keinen hinreichenden Grund für eine Abberufung und verhinderten im Aufsichtsrat Ende Januar einen Rauswurf des Geschäftsführers. Spitzenvertreter von CDU und SPD bemühten sich danach um eine Lösung des Konflikts. Entscheidend, so Lohse, sei das letzte Gespräch am vergangenen Donnerstag gewesen, bei dem indes die Fraktionsspitzen nicht mehr beteiligt waren.

"Ich bin froh, dass wir im Interesse des Klinikums diese Regelung einvernehmlich getroffen haben", sagte die OB. Die Vorgehensweise sei für alle transparent. "Entscheidend ist, dass wir Einigkeit erzielt haben und ein klarer Schnitt vollzogen wird."

Graf meinte: "Das Wichtigste ist für mich die Sicherung der hochwertigen Patientenversorgung und der über 2800 Arbeitsplätze." Deshalb habe er sich entschlossen, andere Wege zu gehen. Trotz sehr schwieriger Rahmenbedingungen habe das Klinikum medizinisch und wirtschaftlich durchweg erstklassige Leistungen erbracht. Dieses Niveau zu halten, sei durch die Diskussionen der vergangenen Monate deutlich erschwert. Graf will sich "nach Kräften bemühen, den Nachfolger bei der Einarbeitung in die zweifellos komplexe Materie zu unterstützen."

Die Staatsanwaltschaft, die wegen des Verdachts der Untreue gegen Graf ermittelt, wird vermutlich erst in etlichen Monaten die Vorfälle strafrechtlich bewerten. Auch die zivilrechtliche Seite des Streits ist unklar. Schadensersatzforderungen haben jedenfalls beide Parteien nicht ausgeschlossen. Der Stadtrat muss sich übrigens nicht mit der Vertragskündigung befassen, trotz der kürzlichen Satzungsänderung, wonach die Abberufung des Geschäftsführers vom Kommunalparlament beschlossen werden muss. Lohse: "Eine Kündigung ist aber etwas anderes als eine Abberufung."

Mannheimer Morgen
15. April 2005

Einstimmiger Schlusspunkt

Den Schlusspunkt unter den Konflikt um Klinikum-Geschäftsführer Volker Graf setzte gestern der Aufsichtsrat. Einstimmig billigte das Gremium den Auflösungsvertrag des Managers zum 31. Oktober, wie OB und Aufsichtsratsvorsitzende Eva Lohse auf "MM"-Nachfrage erklärte. Graf geht 14 Monate vor Ablauf seines regulären Vertrags, um "weiteren Schaden vom Klinikum abzuwenden." Ihm hatte die OB grobe Pflichtverstöße vorgeworfen. Die Vereinbarung war am Vortag (wie ausführlich berichtet) unterzeichnet worden. Bei der Suche eines Nachfolgers werden eine Findungskommission und eine Personalberatungsfirma eingeschaltet, so Lohse. Einzelheiten würden Mitte Mai geklärt. Eine zeitnahe Besetzung des Managerpostens werde angestrebt. "Entscheidend ist aber eine gute Lösung." Wolfgang Frosch (CDU) sagte, die SPD-Spitze müsse sich fragen lassen, warum es keine frühere Lösung gegeben und ob sie nicht falsch gepokert habe. Ulrich Küppers (SPD) dankte Graf für seinen "fürsorglichen Schritt" um das Klinikum. Über den weiteren Umgang im Aufsichtsrat müsse man sich noch sehr intensiv unterhalten. ott

Mannheimer Morgen

16. April 2005

Klinikum: Streit neu entbrannt

Ring frei für die nächste Runde hieß es gestern für den Aufsichtsrat des Klinikums. Eigentlich sollten die Weichen gestellt werden für die künftige Besetzung des Geschäftsführer-Postens. Da Manager Volker Graf mit der Aufsichtsratsvorsitzenden, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse, Einvernehmen erzielte und Ende Oktober ausscheidet (wie berichtet), war eine entscheidende Vorarbeit für die Neubesetzung eigentlich erwartet worden. Aber weit kam das Gremium nicht, dafür kam es bei der dem Vernehmen nach zum Teil heftigen Diskussion um den weiteren Verfahrensweg abermals zur Konfrontation der beiden Lager: Vertretern von CDU und FDP auf der einen sowie von SPD und Arbeitnehmern auf der anderen Seite. "Es wurde eine Findungskommission gebildet, und ich wurde beauftragt, die weiteren Schritte einzuleiten", erklärte Lohse auf Anfrage. Mehr wollte sie nicht dazu sagen, nachdem sich SPD-Fraktionschef Ulrich Küppers im Vorfeld "so weit hinausgelehnt" habe. Er hatte bekanntlich für eine Doppelspitze bei der Geschäftsführung plädiert. Dieses Thema wurde der Kommission zur Diskussion übergeben. Dieser gehören neben der OB je ein Vertreter von CDU, SPD und Arbeitnehmern an. In der Debatte soll es um Stimmrechte und darum gegangen sein, ob die Kommission nur über die Ausschreibung oder auch über künftige Strukturen befinden soll. ws

Mannheimer Morgen

19. Mai 2005

CDU: Flurschaden geht auf SPD-Konto

"Politischen Flurschaden haben mit ihrer Politik des Vertuschens, Verschleierns und Verzögerns allein die SPD-Vertreter im Aufsichtsrat des Klinikums angerichtet", erklärt der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Wolfgang Frosch zu den Äußerungen des SPD-Fraktionsvorsitzenden Ulrich Küppers. Wenn Küppers zu einer konstruktiven Zusammenarbeit zurückkehren wolle, solle er die "Nachhutgefechte in der Klinikumsaffäre sofort einstellen". Die Mitarbeiter und Patienten hätten einen Anspruch darauf, dass "wieder Ruhe einkehrt". Der Sprecher der CDU-Faktion im Klinikum-Aufsichtsrat kann sich kaum vorstellen, "dass die SPD wirklich ein Interesse daran hat, dass in der Öffentlichkeit wieder und erneut über die Verflechtungen zwischen der SPD und der Neuen Pergamon diskutiert wird". Eine weitere Zusammenarbeit mit der SPD setze voraus, "dass Herr Küppers zu einer anderen Form des Umgangs findet". ws

Mannheimer Morgen

25. Mai 2005

Geänderte Satzung bringt Flurschaden

In der Diskussion um den Aufsichtsrat des Klinikums melden sich die fünf Arbeitnehmervertreter dieses Gremiums mit einer Presseerklärung zu Wort. Hierzu veranlasst sehen sie sich wegen der Äußerungen von Dr. Wolfgang Frosch im "MM" vom 25. Mai. Der entstandene Flurschaden am Klinikum sei nicht von den Vertretern der SPD-Fraktion, "sondern von der Aufsichtsratsvorsitzenden Frau Dr. Eva Lohse zu verantworten" und auch "von denen, die sie unterstützt haben". Es könne nicht angehen, dass "nun öffentlich ein anderer Sündenbock auserkoren werden soll".

Der langfristig größte Flurschaden ergebe sich aus der von der Oberbürgermeisterin "nach verlorener Abstimmung erzwungenen Satzungsänderung für das Klinikum, die nach unserer Auffassung wesentliche Mitbestimmungsrechte im Aufsichtsrat außer Kraft setzt". Die fünf Arbeitnehmervertreter legen Wert auf die Feststellung, dass sie keinem politischen "Lager" zuzuordnen seien, wie in unserer Zeitung am 19. Mai angedeutet gewesen sei: "Wir vertreten einzig und allein die Interessen unserer Mitarbeiter." In dem Sonderbericht vom 26. Januar habe kein materieller Schaden beziffert werden können, den Geschäftsführer Prof. Volker Graf dem Klinikum oder der Stadt zugefügt habe. Bezüglich der Neubesetzung des Postens mit einer Doppelspitze verträten die Arbeitnehmervertreter eine andere Position als die Vertreter der SPD-Ratsfraktion. ws

Mannheimer Morgen
31. Mai 2005

Erneut Sondersitzung des Stadtrats wegen der Klinikumsaffäre?

SPD unterstützt Vorstoß der Freien Wähler / OB-Verhalten im Visier / Grüne sprechen von "Effekthascherei"

Von unserem Redaktionsmitglied Thomas Schrott

Auf geteiltes Echo stößt der Vorstoß der Freien Wähler, das Verhalten von OB Eva Lohse in der Klinikumsaffäre in einer Sondersitzung des Stadtrats überprüfen zu lassen. Während CDU und Grüne dies ablehnen, signalisierte die SPD gestern auf "MM"-Anfrage indirekt Unterstützung. "Schon einmal hat die OB auf Vorschlag einer kleinen Fraktion eine Sondersitzung zum Thema Klinikum anberaumt, ohne ein Quorum einzuholen. Da besteht gleiches Recht für alle", meint Fraktionsvorsitzender Ulrich Küppers.

Im Zusammenhang mit der Anzeige einer Klinikum-Mitarbeiterin gegen den Betriebsratsvorsitzenden Arnold Kolbert sieht die FWG "Anzeichen dafür, dass die OB ihre Position missbraucht und die Angelegenheit zu ihrem Zwecke politisiert haben könnte." Die SPD hält sich indes bedeckt. "Wenn Vorgänge geklärt werden müssen, muss Lohse diese klären", gibt sich Küppers vielsagend.

Bei ihrer Auffassung stützt sich die FWG auf Polizeivermerke in Ermittlungsakten, wonach Lohse mehrfach beim Fachkommissariat angerufen habe. Unter anderem habe Lohse auf eine schnelle Anzeigenerstattung gedrängt, so Fraktionschef Rainer Metz. Dieses Drängen stehe im Zusammenhang mit der Aufsichtsratssitzung des Klinikums am 9. März, bei der die OB "diese Anzeige brauchte, um vom Geschäftsführer Volker Graf arbeitsrechtliche Konsequenzen gegen Kolbert zu fordern."

Ferner soll laut FWG aus den Vernehmungsprotokollen hervorgehen, dass die Anzeigenerstatterin bei einer Frauenbeauftragten vorstellig war. Diese sei nach mehreren Gesprächen zum Ergebnis gekommen, die Frau wirke "verwirrt" und könne nicht die versprochenen Belege für die sexuelle Nötigung vorlegen. Die Frauenbeauftragte habe der Betroffenen ausdrücklich von einer Anzeige abgeraten. Nach FWG-Auffassung habe die OB diesen Sachverhalt offensichtlich gekannt.

Die Klinikums-Aufsichtsratsvorsitzende erklärte, sie sei am 4. März von der Angestellten über die Vorwürfe informiert worden. Auf Drängen der Frau und in ihrem Beisein habe sie bei der Polizei angerufen, um den Kontakt herzustellen. Danach habe sie die Frau nicht mehr wieder gesehen. Am 8. März erstattete diese Anzeige. Wenige Tage später wurde Lohse als Zeugin vernommen. Nach Angaben des OB-Büros wird sich die derzeit in Urlaub weilende Lohse am Montag weiter äußern. Bislang liege kein Schreiben der FWG vor, in dem eine Sondersitzung gefordert wird.

Die CDU sieht den Vorwurf, wonach die OB Einfluss auf die Frau genommen habe, als reichlich konstruiert an. Hier würden von bestimmter politischer Seite bewusst die Rollen vertauscht, meint Fraktionschef Heinrich Jöckel. Zudem hätten sich die Telefonate der OB zu den Ermittlungsbehörden "in engen Grenzen gehalten".

Als "Effekthascherei" werten die Grünen die FWG-Forderung nach einer Sondersitzung. "Die aufgeworfenen Fragen kann der Stadtrat nicht klären. Wenn es um Vorwürfe geht, die ins Kriminelle reichen, muss die Staatsanwaltschaft eingeschaltet werden", sagt Fraktionsvorsitzender Bernhard Braun. Er plädiert dafür,

dass die OB die Fraktionsvorsitzenden über die Vorgänge informiert.

Für die Einberufung einer Sondersitzung muss ein Viertel aller Stadtratsmitglieder votieren. Falls keine 15 Unterschriften zustandekommen, will die FWG (vier Sitze) in der regulären Ratssitzung am 4. Juli einen Antrag stellen.

Eine strafrechtliche Bewertung der Vorwürfe gegen den Betriebsratschef steht weiter aus. "Wir sind noch kein großes Stück weitergekommen", berichtet der Leitende Oberstaatsanwalt Lothar Liebig. Die Vernehmungen der Anzeigenstellerin seien nicht abgeschlossen. Der Hauptbeschuldigte sei noch nicht gehört worden.

Mannheimer Morgen

3. Juni 2005

Klinikum: Keine Sondersitzung

Wegen der Klinikumsaffäre gibt es wohl keine Sondersitzung des Stadtrats. Der FWG-Antrag werde offensichtlich von keiner anderen Fraktion unterstützt, sagte gestern OB Eva Lohse auf "MM"-Anfrage. Sie kündigte an, auf Wunsch im Hauptausschuss sowie im nicht-öffentlichen Teil der Stadtratssitzung am 4. Juli Stellung zu nehmen. SPD-Fraktionschef Ulrich Küppers, der vor einigen Tagen Wohlwollen für den FWG-Antrag ("Gleiches Recht für alle") geäußert hat, ist mit einer Beratung im Ausschuss am 13. Juni einverstanden. "Das ist die schnellste Lösung."

Die FWG will das OB-Verhalten im Zusammenhang mit der Anzeigerstattung gegen den Betriebsratsvorsitzenden Arnold Kolbert klären, weil es "erste Anzeichen für einen politischen Missbrauch" gebe. Die OB wies diesen Vorwurf zurück. Die Klinikum-Mitarbeiterin, die später Strafanzeige stellte, sei in aufgewühltem Zustand mit einer vorformulierten Strafanzeige zu ihr gekommen und habe sie gebeten, den Kontakt zur Polizei herzustellen. Danach habe sie sich nicht mehr mit der Frau getroffen. Ihr Verhalten bezeichnete die OB als sehr transparent. Die von der FWG aufgeworfenen Fragen seien inhaltlich nichts Neues. Die CDU hatte ebenso wie die Grünen ("Effekthascherei") eine Sondersitzung des Stadtrats abgelehnt.

Wie bereits mehrfach berichtet, ist das Klinikum seit Ende vergangenen Jahres Gegenstand einer Sonderprüfung, weil Geschäftsführer Volker Graf Unregelmäßigkeiten bei der Auftragsvergabe vorgeworfen werden. Außerdem wird Kolbert beschuldigt, im Klinikum während der Arbeitszeit eine Mitarbeiterin sexuell genötigt zu haben. Wegen beider Vorwürfe laufen seit Wochen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft. ott

Mannheimer Morgen
7. Juni 2005

Kein Verkauf des Klinikums

Ausschließlich in die Zukunft sollte der Blick auf der Belegschaftsversammlung des Klinikums gehen: Darauf hatten sich Aufsichtsratschefin und OB Dr. Eva Lohse und Geschäftsführer Prof. Volker Graf vor der nicht-öffentlichen Sitzung geeinigt, damit konnte auch der Betriebsratsvorsitzende Arnold Kolbert leben. Im BASF-Feierabendhaus kamen gestern rund 500 Mitarbeiter zusammen, um über die neuesten Entwicklungen um das 1000-Betten-Haus zu diskutieren.

Lohse konnte die Mitarbeiter beruhigen: An einen Verkauf des Krankenhauses sei auch weiterhin nicht gedacht. Für die Besetzung des Geschäftsführerpostens - Graf verlässt das Klinikum Ende Oktober - sei eine Beratungsfirma eingeschaltet worden. Es werde keine Doppelspitze geben, Anfang November soll die Stelle besetzt sein. Das Klinikum schreibe seit mehreren Jahren "rote Zahlen".

Graf will Geschäftsführer der "Neuen Pergamon" bleiben, die bislang einen Management-Vertrag beim Klinikum erfüllt hatte. Durch die Vergabe von Aufträgen an eigene Tochterfirmen war Graf in die Schusslinie geraten. Laut Kolbert will der Betriebsrat die Stimmbildung im Aufsichtsrat - und die Gewichtung der Arbeitnehmervertretung - rechtlich prüfen lassen. Die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen der sexuellen Belästigung einer Mitarbeiterin seien kein Thema gewesen. bur

Mannheimer Morgen
30. Juni 2005

Lindner geht nach Esslingen

Verwaltungsdirektorin verlässt das Klinikum

Cornelia Lindner packt schon ihre Sachen: Die Verwaltungsdirektorin verlässt zwar offiziell erst zum Ende des Jahres das Klinikum, hat aber bereits heute ihren letzten Arbeitstag. Sie beginnt am 1. Januar 2006 ihre neue Stelle als Geschäftsführerin an den Städtischen Kliniken Esslingen. Die gebürtige Dessauerin hatte sich vor wenigen Tagen im "zweiten Anlauf" vor dem Gemeinderat der schwäbischen Stadt in der Region Stuttgart durchgesetzt.

Die Esslinger Kliniken werden aus dem privaten Management der Firma Sana herausgelöst und ab Januar als öffentlich-rechtlicher Eigenbetrieb mit neuem Management geführt. Sie sollen laut "Esslinger Zeitung" bis zum Jahre 2009 zu einer privatrechtlichen, gemeinnützigen GmbH werden.

Kommende Woche werde der Aufsichtsrat des Klinikums auch über Lindners Nachfolge beraten, erklärte Klinikumssprecher Christian Prechtl auf Nachfrage. Lindner war im April 2003 von der Thoraxklinik Heidelberg zum Klinikum gewechselt. Die Aufgaben Lindners werden kommissarisch vom Direktorium wahrgenommen.

Ende Oktober verlässt auch Geschäftsführer Volker Graf das Klinikum, allerdings noch mit unbekanntem Ziel. Ihm gehört die Krankenhaus-Managementgesellschaft "Neue Pergamon". Er hatte nach Untreue-Vorwürfen seinen Vertrag vorzeitig aufgelöst (wir berichteten). Lindner hatte sich auch um die Nachfolge von Graf als Geschäftsführerin für das Klinikum Ludwigshafen beworben. "Esslingen hat nun aber schneller reagiert", freut sie sich über ihre neue Perspektive. bur

Mannheimer Morgen
30. September 2005

Peter Asché soll wieder Ruhe bringen

Neuer Klinikumschef: Aufsichtsrat empfiehlt 48-Jährigen einstimmig / Übergangslösung

Von unserem Redaktionsmitglied Thomas Schrott

Der heftige Streit im Klinikum-Aufsichtsrat um den Geschäftsführer Volker Graf, der monatelang die Kommunalpolitik lähmte, ist endgültig vorbei. Einstimmig empfahl gestern das Gremium Peter Asché als neuen Chef für 2000 Mitarbeiter. Der 48-Jährige ist Geschäftsführer der Lahn-Dill-Kliniken GmbH. Mit großer Mehrheit hatte ihn die Findungskommission (wir berichteten) vorgeschlagen. Die endgültige Entscheidung fällt der Stadtrat am Montag in nicht-öffentlicher Sitzung. Asché tritt sein Amt vermutlich im Februar an, berichtete OB und Aufsichtsratschefin Eva Lohse auf "MM"-Anfrage.

Die Krankenhausgeschäfte führt zwischenzeitlich das Direktorium, dem aber nach dem Weggang der Verwaltungchefin Cornelia Lindner nur noch zwei Personen angehören, nämlich der Ärztliche Direktor Prof. Dieter Seiler und die Pflegedirektorin Käthe Harms. Unterstützung werde auch der Personaldirektor Peter Buchholz leisten, so Lohse.

"Von einen guten Tag für das Klinikum, das nun endlich wieder zur Ruhe kommt", sprach die OB. Für den 48-Jährigen bedeute der Chefposten an einem Krankenhaus der "Maximalversorgung" eine interessante berufliche Weiterentwicklung.

Noch keine Vorentscheidung fällte der Aufsichtsrat über die bereits vakante Stelle der Verwaltungsdirektorin. "Wir werden das weitere Vorgehen mit dem neuen Geschäftsführer besprechen", sagte Lohse. Umorganisationen der Geschäftsbereiche seien nicht ausgeschlossen.

Anders als sein Vorgänger Graf, der Ende des Monats vorzeitig ausscheidet, wird Asché nicht über eine Krankenhausgesellschaft angestellt, sondern über einen normalen Dienstvertrag mit "üblicher Vergütung". Über die Höhe der Vergütung machte Lohse indes keine Angaben.

Die heftig umstrittene Geschäftsverbindung zwischen dem Klinikum und der Graf-Gesellschaft Neue Pergamon endet Ende Oktober. Damit ist das Kapitel mit dem früheren Geschäftsführer, dem grobe Pflichtverstöße vorgeworfen wurden, aber nicht ganz beendet. Weiterhin kein Ende absehbar ist bei den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Kaiserslautern, die bereits seit acht Monaten prüft, ob sich Graf der Untreue schuldig gemacht hat.

Polit-Krimi um den Klinikum-Chef

Machtpoker um Volker Graf lähmt monatelang die Kommunalpolitik / Auch andere Affären

Von unserem Redaktionsmitglied Thomas Schrott

Für einen Politkrimi sorgten über Wochen hinweg CDU und SPD. Wird Volker Graf abgewählt oder nicht? Das Schicksal des Klinikum-Geschäftsführers beherrschte im Frühjahr die volle Aufmerksamkeit der Fraktionen und lähmte dadurch auch die Kommunalpolitik. Erst nach drei Monaten wurde der Streit beigelegt. Graf, dem die OB Eva Lohse und CDU große Pflichtverstöße vorwerfen, verließ vorzeitig Ende Oktober seinen Arbeitsplatz. Dies war aber nicht die einzige Affäre, die Ludwigshafen zu Jahresbeginn weithin in die (negativen) Schlagzeilen brachte.

Erinnert sei nicht nur an Ex-Hafendirektor Sigurd Kunkel, sondern auch an den Betriebsratschef des Klinikums, Arnold Kolbert, gegen den wegen des Verdachts der sexuellen Nötigung ermittelt wird, oder an den früheren Personalratschef der Stadtverwaltung, Wolfgang Schneider, der wegen Vermittlung eines Kokaingeschäfts angeklagt wird.

In die heftige Kritik war Graf wegen eines Millionenauftrags der Klinikum-Wäscherei geraten, den er entgegen seiner Ankündigung im Aufsichtsrat nicht ausgeschrieben hatte. Vielmehr ging er jahrelang an ein Unternehmen, an dem eine Firma Grafs zur Hälfte beteiligt war. Keinen hinreichenden Grund für eine Abberufung sahen hingegen SPD und Arbeitnehmervertreter und verhinderten mit knapper Mehrheit im Aufsichtsrat den Rauswurf Grafs.

Als "Tanz auf der Rasierklinge" schilderte ein Insider die Bemühungen, den Konflikt zu lösen. Schließlich kündigte Graf vorzeitig seinen bis Ende 2006 dauernden Vertrag, um "weiteren Schaden vom Klinikum abzuwenden". Nachfolger ist Peter Asché. Der 48-jährige Geschäftsführer der Lahn-Dill-Kliniken GmbH tritt vermutlich im März seine Stelle an.

Unklar bleibt indes der strafrechtliche Aspekt für Volker Graf. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachts der Untreue seit Januar. "Ein Ende ist nicht abzusehen. Umfangreiche Akten müssen noch durchgearbeitet werden", sagte gestern der Leitende Oberstaatsanwalt Helmut Bleh auf "MM"-Anfrage. Das Ergebnis der Ermittlungen sei "völlig offen".

Ins Visier der Staatsanwaltschaft geraten ist vor Monaten auch der Betriebsratschef des Klinikums. Kolbert wird beschuldigt, eine Mitarbeiterin sexuell genötigt und zum Anschauen von Pornofilmen gezwungen zu haben. Dieser weist die Vorwürfe zurück. Unterdessen bestätigte das Arbeitsgericht eine Abmahnung Kolberts, weil auf dessen Dienst-PC 50 pornografische Bilddateien gefunden wurden.

Auf eine Verlängerung seiner Dienstzeit verzichtete Personalratschef Wolfgang Schneider, als die Staatsanwaltschaft im Januar Anklage wegen Verwicklung in einen Drogenhandel erhob. Der 60-Jährige beteuert indes seine Unschuld. Mittlerweile eingestellt wurden Ermittlungen wegen des Verdachts der Vorteilsannahme oder Bestechlichkeit im Zusammenhang mit städtischen Grundstücksverkäufen.

Mannheimer Morgen
31. Dezember 2005

Graf zeigt OB Lohse an

Vorwurf der Verleumdung

Ob die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen OB Eva Lohse aufnimmt, ist noch nicht entschieden. "Wir prüfen, ob ein hinreichender Anfangsverdacht besteht", erklärte gestern der Leitende Oberstaatsanwalt Lothar Liebig auf "MM"-Nachfrage. Eine Strafanzeige wegen Verleumdung hatte der frühere Geschäftsführer des Klinikums, Volker Graf, gegen OB Eva Lohse gestellt. Bei dem Vorwurf geht es um einen Artikel im "Westfalen-Blatt". Darin wird Lohse mit der Äußerung zitiert, wonach Graf klare Rechtsverstöße begangen habe, die von unabhängigen Wirtschaftsprüfern bestätigt worden seien. Der 50-Jährige bestreitet nachdrücklich, dass strafrechtliche Verstöße festgestellt wurden. Lohse sagte, sie habe der Zeitung kein aktuelles Interview gegeben. Vielmehr seien weit zurückliegende Tatsachenbehauptungen von ihr wiedergegeben worden. "Insofern hätte Graf schon vor langem juristisch aktiv werden müssen. Ich sehe der Anzeige sehr gelassen entgegen." Die CDU wertet die Strafanzeige als billiges Ablenkungsmanöver, weil die Ermittlungen von Staatsanwaltschaft, Kriminalpolizei noch in vollem Gang seien. Auch das städtische Rechnungsprüfungsamt sei seit November mit dem Gesamtkomplex befasst. Über die früheren Querelen um Graf hatte das "Westfalen-Blatt" berichtet, weil Grafs Krankenhausgesellschaft "Neue Pergamon" ab Februar mit dem Medizinischen Zentrum Bad Lippspringe (sieben Kliniken mit 1100 Betten) kooperiert und dort zunächst befristet für ein Jahr die Geschäftsführung übernimmt. Federführend werde dort Graf tätig sein. Der Verkauf einer Mehrheitsbeteiligung am St. Petri Hospital (200 Betten) in Warburg an die "Neue Pergamon" war nach Angaben des "Westfalen-Blatt" gescheitert, als das Ermittlungsverfahren gegen Graf bekannt wurde, das seit rund einem Jahr bei der Staatsanwaltschaft Kaiserslautern anhängig ist. Nach einem heftigen Streit mit der OB hatte Graf seinen Vertrag am Klinikum vorzeitig zum Oktober beendet. ott

Mannheimer Morgen
18. Januar 2006

19. Januar 2006

Graf stellt Strafanzeige gegen OB

Politik | 19.01.2006. - 10:57:30

Für die FWG-Ratsfraktion kommt die Strafanzeige des früheren Klinikum-Managers Graf gegen OB Lohse wegen Verleumdung keinesfalls unverhofft.

Schon während des laufenden Verfahrens, in dem Lohse mit ihrem Versuch scheiterte, Prof. Graf fristlos zu entlassen, sahen wir rechtliche Ansätze für Grafs jetziges Vorgehen.

Wenn Lohse nun aber darauf abhebt, Graf hätte, da es sich um frühere Aussagen von ihr handeln würden, die nun im "Westfalen Blatt" abgedruckt waren, schon früher reagieren müssen, dann verschweigt sie, dass Graf bis zu seinem Ausscheiden Ende Oktober tatsächlich die Hände gebunden waren.

Denn vor seinem Ausscheiden wäre seine Strafanzeige gegen die OB und Aufsichtsratsvorsitzende des Klinikums ein echter Grund für eine fristlose Kündigung gewesen. So aber musste sich Lohse in Ermangelung eines Kündigungsgrundes letztlich mit Graf auf eine vorzeitige Vertragsauflösung verständigen.

CDU sieht Versäumnisse von Ex-Geschäftsführer Graf

Klinikum-Aufsichtsrat ist von hohem Defizit überrascht / "Risiken nicht ausgewiesen" / Sparkonzept soll bis März vorliegen

07.02.2006 Von unserem Redaktionsmitglied Thomas Schrott

Von den finanziellen Problemen des Klinikums ist der Aufsichtsrat offensichtlich überrascht worden, so eine "MM"-Nachfrage. "Mit einem solch hohen Defizit haben wir nicht gerechnet", meinte SPD-Fraktionschef Ulrich Küppers. "Der frühere Geschäftsführer hat Risiken nicht ausgewiesen und keine Rückstellungen gebildet", sieht Wolfgang Frosch (CDU) Versäumnisse von Volker Graf, der im Oktober vorzeitig seinen Vertrag aufgelöst hat. Wie am Samstag ausführlich berichtet, wird ein Fehlbetrag von vier bis sechs Millionen Euro im Wirtschaftsjahr 2005 erwartet.

Und für dieses Jahr wird eine noch größere Etatlücke prognostiziert. Das Sparkonzept, um Sach- und Personalkosten zu senken, soll im März vorliegen, kündigte Pflegedirektorin Käte Harms an, die zur Interims-Geschäftsführung gehört.

In welchen Bereichen des 1000-Betten-Hauses und bei welchen der 2500 Arbeitsplätze der Rotstift angesetzt werden soll, ist noch unklar. "Etliche Arbeitsgruppen wurden eingesetzt. Alle Bereiche des Klinikums stehen auf den Prüfstand", sagte Harms. Bereits abgesegnet ist die Aufteilung der chirurgischen Klinik in zwei Abteilungen. Dies soll nach "MM"-Informationen 2007 nach dem Ausscheiden von Chefarzt Prof. Klaus Schönleben erfolgen.

"Wir haben keine Kleinigkeiten vor uns", sieht die Union dringenden Handlungsbedarf. Graf habe die Personalkosten für 2005 deutlich zu niedrig angesetzt, erkennt Frosch nicht nur externe Gründe für die tiefroten Zahlen in der Klinikum-Bilanz. Vor allem mit veränderten Rahmenbedingungen hat der ärztliche Direktor Prof. Dieter Seiler die aktuellen Finanznöte begründet. Er nannte den neuen Abrechnungsmodus mit der Fallpauschale DRG (diagnosis related groups). Dadurch würden besonders die Krankenhäuser mit Maximalversorgung benachteiligt.

Erhebliche Probleme sieht auch der Betriebsrat, der bis Ende Februar eigene Vorschläge präsentieren will. "Wir müssen unbedingt die Fallzahlen der behandelten Patienten halten, um die Ertragslage zu sichern", sagte der Betriebsratschef Arnold Kolbert. Im Jahr 2005 wurden 35 000 Bürger in den Kliniken behandelt - 1000 mehr als im Vorjahr. Nur bei den "patientenfernen" Bereichen sieht Kolbert Einsparpotenzial. "Bei den Ärzten und Schwestern sind keine Reserven mehr drin." Denkbar seien auch andere Arbeitszeitmodelle, etwa die Schließung von weiteren Stationen an jedem zweiten Wochenende. "Voraussetzung dafür ist, dass wir interne Abläufe noch besser steuern, so dass mehr Patienten am Freitag entlassen werden können."

Eine Senkung der Sachkosten sollte nach Ansicht der SPD bei dem Maßnahmepaket im Vordergrund stehen. Beim Sparkonzept sollte der neue Geschäftsführer Peter Asché einbezogen werden, der im März die Nachfolge von Volker Graf antritt. Ähnliches fordert die CDU. Über die Geschäftsführung Grafs hat OB Eva Lohse eine interne Revision angeordnet. Bis Monatsende sollen erste Ergebnisse vorliegen.

10. März 2006

FWG stellt Anträge

Vier Anträge und vier Anfragen hat die FWG Stadtratsfraktion zur nächsten Stadtratssitzung am kommenden Montag, den 13.03.2006 gestellt.

|Politik | 10.03.2006. - 09:55:44

.....

Zum Bericht der Revision über das Klinikum wird beantragt, dass zunächst der Rechnungsprüfungsausschuss den Bericht vorberät und gleichzeitig Prof. Dr. Volker Graf Gelegenheit zur Stellungnahme erhält.

Sollte der Bericht nicht von der Tagesordnung abgesetzt werden, beantragt die FWG eine Überprüfung durch einen unabhängigen Gutachter, ob und inwieweit Aufsichtsrat und Wirtschaftsprüfer ihren Kontroll- bzw. Prüfverpflichtungen in ausreichendem Maß nachgekommen sind und ob sich bei eventuellen Pflichtverletzungen Haftungsansprüche gegenüber dem Aufsichtsrat des Klinikums und/oder die Wirtschaftsprüfer bestehen.

10. März 2006

MSE klagt gegen Klinikum Ludwigshafen und den zukünftigen Geschäftsführer Asché |

Ludwigshafen | 10.03.2006. - 14:44:37

Ludwigshafen - Die Firma MSE Strategies GmbH hat in der Auseinandersetzung mit dem Klinikum der Stadt Ludwigshafen gGmbH sowie dessen zukünftigem Geschäftsführer Peter Asché bereits Klage bei Gericht eingereicht. Es handelt sich im Einzelnen um eine Klage auf Erfüllung der vier bestehenden Verträge über die Leitung des Ressorts für Marketing, Medien und Public Relations, die Erstellung einer Mitarbeiterzeitung, die Erstellung einer wissenschaftlichen Zeitschrift sowie die Schaltung von Anzeigen.

Ferner wurden Unterlassungserklärungen sowie Zahlungsaufforderungen wegen des Bruches der Verschwiegenheitspflicht gegen Peter Asché sowie gegen das Klinikum geltend gemacht.

MSE-Geschäftsführer Prof. Marc S. Ellenbogen bekräftigte nochmals, dass die Verträge seiner Firma mit dem Klinikum gültig seien. Herr Asché habe sich noch am 25. 02. 2006 in der Rheinpfalz mit dem Satz zitieren lassen, er habe bereits jetzt darauf gedrängt, den noch bis Ende dieses Jahres laufenden Marketingvertrag mit der Firma MSE über 400.000 Euro nicht mehr zu erfüllen, "selbst wenn das rechtliche Konsequenzen hätte".

Ellenbogen dazu: "Warum hat Herr Asché diesen Satz gesagt? Und warum sagt das Klinikum wenig später, es gebe gar keinen gültigen Vertrag? Sind hier die Ahnungslosen am Werk, oder werden politische Spielchen gespielt?" Um von der eigenen schwachen Position abzulenken werde nun versucht, ihn und seine Firma mit unwahren Behauptungen öffentlich zu diskreditieren und auszuräuchern, so Ellenbogen. "Aber wer denkt, er könne die MSE auszuräuchern, der wird noch sein blaues Wunder erleben", gibt sich Ellenbogen kämpferisch.

Revision erhärtet Vorwürfe

Ex-OB Schulte äußert sich zu Erfolgsbeteiligungen

Noch bevor der Zwischenbericht der städtischen Revisoren zur Geschäftsführung im Klinikum heute im Stadtrat behandelt wird, sorgt er für Unruhe. OB Eva Lohse hatte die Innenrevision als Aufsichtsratsvorsitzende angeordnet. Auf ihrer Basis soll eine Kanzlei Schadensersatzforderungen geltend machen. Der Revisionsbericht kommt zu bislang knapp 500 000 Euro Rückforderungen.

Dem damaligen Klinikumsgeschäftsführer Volker Graf werden seit Anfang 2005 Vorwürfe gemacht, er habe Aufträge ohne Ausschreibung an Tochtergesellschaften seines Unternehmens Neue Pergamon vergeben und sich persönlich bereichert. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Untreueverdachts. Graf bestreitet die Pflichtverstöße.

Durch einen Managementvertrag hatte Grafs Neue Pergamon 1996 die Geschäftsführung des Klinikums übernommen. Ex-OB Wolfgang Schulte hatte nach eigenen Angaben ihm auch die Geschäftsführung der städtischen Alten- und Pflegeheime übertragen, dies wurde im Juli 1996 vom Aufsichtsrat abgesegnet. Wie Schulte dem "MM" gegenüber ausführt, wurde eine Erfolgsbeteiligung (nach "MM"-Informationen fünf Prozent des festgestellten Jahresüberschusses) auch für diese Beteiligungsgesellschaft des Klinikums bezahlt. "Diese Erfolgsbeteiligung hat der Aufsichtsrat Graf erstmals ab dem Jahr 2000 rückwirkend für 1999 bewilligt", erklärt Schulte. Im Vorfeld habe Graf die Regelung allen Fraktionen vorgestellt.

Demnach habe Graf ab 1996 die Geschäftsführung für die Alten- und Pflegeheime mit übernommen und nach einer "Probezeit" von drei Jahren erstmals die Erfolgsbeteiligung als einzige Vergütung für diese Tätigkeit erhalten. Warum über die Geschäftsführung kein weiterer Vertrag geschlossen wurde, kann Schulte "nicht mehr sagen". Dass Graf die Erfolgsbeteiligung in monatlichen Abschlägen ausgezahlt wurde, sei "üblich" gewesen, auch bei Chefärzten werde dies so gehandhabt. Schulte habe laut Geschäftsordnung die Kompetenz zugestanden, dies so zu entscheiden.

Weiterer Schaden soll dem Klinikum aus Pensionsrückstellungen sowie Dienstwagen und Benzinkosten entstanden sein. Zur Anschaffung eines zweiten Autos äußerte Schulte sich zurückhaltend - "darüber hat er mit mir nie gesprochen". Benzinkosten habe Graf jedoch laut Vertrag auch von privaten Inlandsfahrten abrechnen können. bur

Erschreckend

Von Thomas Schrott

Warum wurden für einen Klinikum-Geschäftsführer zwei Dienstwagen bestellt und sogar Kosten für drei persönliche Geschäftsautos abgerechnet? Wieso wurden Tankquittungen in sechsstelliger Höhe bezahlt, obwohl die Fahrzeuge nur gut einen Bruchteil der entsprechenden Kilometerleistung erbracht haben? Dies sind nur einige der brisanten Fragen, die der Zwischenbericht der städtischen Revisoren zum Klinikum aufwirft. Er ist zwar schon die dritte Untersuchung zur leidigen Affäre - aber mit neuen Vorwürfen. Zu Recht wird damit wieder die Debatte um den früheren Geschäftsführer Volker Graf, aber auch um die Leistungsstrukturen des Krankenhauses verschärft. Auf 33 Seiten vermitteln die Prüfer den Eindruck, wonach in der oberen Etage eine erschreckende Selbstbedienungsmentalität Einzug gehalten hat. Intensive Kontrollen waren wohl Mangelware. Weitere Beispiele: Tantiemenregelungen, bei denen es um hohe fünfstellige Beträge geht, scheinen nur vom früheren Aufsichtsratschef gebilligt worden zu sein. Erinnert sei auch an das Eingeständnis des Ex-Managers, einen Millionenauftrag jahrelang ohne Ausschreibung an eine Firma vergeben zu haben, an der sein eigenes Unternehmen zur Hälfte beteiligt ist. Es ist höchste Zeit, die Vorgänge und manche Verflechtungen restlos aufzuklären.

Dabei müssen sich einige frühere Aufsichtsratsmitglieder kräftig an die eigene Nase fassen. Durch ihre allzu lange Leine haben sie Fehlentwicklungen erleichtert. "Für ein wirksames internes Kontrollsysteem bestehen allenfalls Fragmente", lautet das schier unglaubliche Urteil der städtischen Revisoren. Es ist als schallende Ohrfeige auch für so manche Fraktionsvertreter im Aufsichtsrat zu werten. Diese Nachlässigkeit darf gleichwohl nicht als Entschuldigung für Verstöße des Geschäftsführers gelten.

Angesichts der brisanten Vorwürfe bleibt unverständlich, warum der Stadtrat - anders als im vergangenen Jahr - das Thema gestern Abend hinter verschlossenen Türen behandelte. Die Bürger haben einen Anspruch auf vollständige Information über diese untragbaren Vorgänge in einem Krankenhaus, das der Stadt gehört. Dem Klinikum, das weiterhin einen hervorragenden medizinischen Ruf genießt, bleibt eine solche Debatte, die Geschäftsführer-Regelungen viel genauer zu fassen, überhaupt nicht erspart. Nur dann wird es langfristig zur Ruhe kommen, nur dann sind die richtigen Lehren aus den skandalösen Vorgängen gezogen.

Stadtrat fordert Schadensersatz von Graf

Klinikum-Revisionsbericht listet 15 Verstöße des früheren Geschäftsführers auf

Von unserem Redaktionsmitglied Thomas Schrott

Ob überhöhte Tantiemen und Benzinrechnungen, unrechtmäßige Erfolgsbeteiligungen oder die Bereitstellung von drei Dienstautos - 15 Verstöße des früheren Klinikum-Geschäftsführers Volker Graf hat die Innenrevision in einem Zwischenbericht aufgelistet. Einstimmig unterstützte gestern Abend der Stadtrat in nicht-öffentlicher Sitzung Schadenersatzforderungen an den Manager, dessen Vertrag vorzeitig zum Oktober 2005 aufgelöst worden war.

Zudem soll ein Gutachten eingeholt werden, inwieweit Wirtschaftsprüfer in Haftung genommen werden können. Ferner missbilligte der Stadtrat einhellig die in dem Zwischenbericht bekanntgewordenen Vorgänge und Pflichtverstöße. "Eigenmächtig hat der Geschäftsführer die Kompetenzen des Aufsichtsrats negiert", heißt es in dem Bericht, der dem "MM" vorliegt. Darin plädieren die Prüfer für eine Schadensersatzforderung von 472 506,89 Euro. Den größten Brocken umfasst mit 139 000 Euro die Erfolgsbeteiligung für die Alten- und Pflegeheim der Stadt Ludwigshafen GmbH (APH). Nach Auffassung der Stadt-Prüfer habe Graf dort die Geschäftsführung übernommen "im Sinne einer geringfügigen Tätigkeit ohne Vergütung." Graf hatte hingegen stets erklärt, dass die Tantiemen mit dem früheren Aufsichtsratschef und OB Wolfgang Schulte abgesprochen seien. Gleichermaßen gelte für die Vorauszahlungen der Erfolgsbeteiligungen. Schulte bestätigte dies.

Als grobe und vorsätzliche Pflichtwidrigkeit stufen die Revisoren die Bestellung eines persönlichen Fahrers für den früheren Geschäftsführer ein. Ohne Rechtsgrundlage seien Kosten von 96 918 Euro entstanden, die in voller Höhe zurückgefördert werden sollten. Gleichermaßen gilt für den Kaufpreis eines zweiten Dienstwagens. Graf habe neben einem Mercedes E 280 (Gesamtpreis: rund 49 000 Euro) einen Mercedes A 140 (18 304 Euro) beschafft, der wegen seiner höheren Beweglichkeit für Stadtfahrten genutzt worden sei.

Völlig verblüfft waren die Revisoren, als sie sogar Kosten für einen dritten persönlichen Dienstwagen Grafs (20 880 Euro) in den Klinik-Büchern fanden. Dieses Fahrzeug hatte die "Neue Pergamon" (NPK), eine Unternehmensgruppe des Geschäftsführers, dem Krankenhaus zur Verfügung gestellt. Abgerechnet wurden auch Quartiers- und Handy-Kosten für Grafs Fahrer bei Privatfahrten des Managers.

Weiterer Stein des Anstoßes sind die Benzinkosten: Für die Geschäftswagen hat Graf laut Revisoren Belege über 101 904 Liter Super-Kraftstoff (106 791 Euro) in der Zeit von Juli 1998 bis Oktober 2005 abgerechnet. Damit sei eine Kilometerleistung von 1,02 Millionen Kilometern möglich gewesen, so die Prüfer. Laut Tachostand hatte die Limousine aber nur 352 000 Kilometer zurückgelegt, der A-Klasse-Benz sogar lediglich 16 121 Kilometer.

Sehr kritisch sehen die städtischen Prüfer die Verflechtungen des früheren Klinikum-Managers mit dessen Unternehmensgruppe "Neue Pergamon" (NPK). Beleg: Für eine NPK-Veranstaltung im BASF-Feierabendhaus habe Graf Bewirtungskosten von 736 Euro an die Finanzbuchhaltung des Krankenhauses angewiesen.

"Wir kennen den Revisionsbericht nicht und können uns gegen die unberechtigten

Vorwürfe nicht wehren", meinte Grafs Anwalt Dr. Ingo Minoggio. Der frühere Geschäftsführer habe keine Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten. Die Revisoren seien "entweder fachlich in hohem Maße ungeeignet oder sachfremd von vorne herein auf ein bestimmtes Ergebnis fixiert".

Kritische Anmerkungen machen die städtischen Prüfer indes auch über die internen Strukturen in dem Krankenhaus. "Ein wirksames internes Kontrollsyste im Klinikum war nicht auszumachen. Es wurde wohl versäumt, die Geschäftsordnung für die Geschäftsführung konkreter zu fassen." Einen weiteren Prüfbericht wollen die Revisoren im Mai vorlegen.

Mannheimer Morgen

14. März 2006

"Freiheiten waren gewollt, Kontrolle war aber da"

Klinikum-Affäre: Ex-OB Schulte widerspricht dem Prüfbericht / Lohse weist Kritik zurück

Von unserem Redaktionsmitglied Thomas Schrott

"Die Freiheiten für den früheren Geschäftsführer Volker Graf waren gewollt, die Kontrolle war aber da." Mit diesen Worten wehrt sich der Ex-OB und frühere Klinikum-Aufsichtsratschef Wolfgang Schulte gegen den Eindruck, wonach es in dem Gremium zu Versäumnissen und Nachlässigkeiten gekommen sei. Gleichwohl bestätigte er ein Fehlverhalten des früheren Managers. Von drei Dienstwagen, sehr hohen Tankrechnungen sowie Chauffeur-Kosten, die der frühere Manager laut Revisionsbericht abrechnete, habe er nichts gewusst, erklärt Schulte auf "MM"-Anfrage weiter.

In einem zentralen Punkt widerspricht der bis 2001 amtierende Aufsichtsratschef indes dem städtischen Prüfbericht. Graf habe sehr wohl eine Erfolgsbeteiligung für seine Geschäftsführertätigkeit bei der Alten- und Pflegeheim GmbH (APH) zugestanden, bekräftigt Schulte. Dabei geht es mit 136 000 Euro um den größten Brocken der möglichen Schadensersatzforderungen von 472 000 Euro.

Der Vermerk im Prüfbericht, wonach der Geschäftsführer bei der APH eine "geringfügige Tätigkeit ohne Vergütung" ausgeübt habe, beziehe sich nur auf die Zeit vor 1996, meint Schulte. Im APH-Jahresabschluss 2000 sei eine Forderung an Grafs Gesellschaft "Neue Pergamon" (NPK) ausgewiesen worden. Darüber sei im Verwaltungsbirat auch diskutiert worden.

OB Eva Lohse zeigt sich auf Nachfrage sehr verwundert über diese Auffassung. In einem Brief vom April 2005 habe ihr Schulte mitgeteilt, dass es weder einen schriftlichen Vertrag noch eine mündliche Absprache über eine Erfolgsbeteiligung Grafs bei der APH gegeben habe. Im Übrigen sei im Jahresabschluss 2000 überhaupt nicht erkennbar gewesen, dass Tantiemen an Volker Graf gezahlt worden seien. Finanziell stark verbessert habe sich Graf bei der Umstellung auf den Managementvertrag 1996. Deshalb sei der Aufsichtsrat davon ausgegangen, dass damit die APH-Geschäftsführertätigkeit abgegolten sei. Als Grundvergütung erhielt damals der Klinikum-Chef nach "MM"-Informationen rund 150 000 Euro.

Zudem wurde dem Chef der "Neuen Pergamon" zugestanden, dass er nur 70 Prozent seiner Arbeitszeit dem Klinikum zur Verfügung stellen müsse und dass er Verträge mit sich selbst und mit Dritten schließen könne. Hier wollen die Fraktionen nun deutliche Sicherungen einbauen. Der künftige Geschäftsführer müsse seine gesamte Arbeitskraft dem Klinikum zur Verfügung stellen und dürfe keine Kontrakte mit sich selbst eingehen.

Den größeren unternehmerischen Spielraum Grafs begründet Schulte mit Plänen für eine wissenschaftliche Neuorientierung des Klinikums und eine Privat-Uni. Daher habe man sich von dem alten Rechnungswesen der Kameralistik gelöst. "Auch der Landesrechnungshof und die Bezirksregierung hatten Kontrollrechte", ergänzt Schulte. Nach seinen Angaben standen dem Manager nur ein Dienstwagen sowie Benzinkosten für Inland-Fahrten zu.

"Ich war Graf geschäftlich, aber nicht freundlich verbunden", bestreitet Schulte eine vielfach vermutete persönliche Nähe. Nach seiner OB-Amtszeit trat der Jurist als

geschäftsführender Gesellschafter in die viel verzweigte "Neue Pergamon"-Gruppe ein, zwei Jahre später schied er wieder aus. "In der gesamten Angelegenheit habe ich saubere Hände."

Einstimmig befürworten nun Aufsichtsrat und Stadtrat Schadenersatzforderungen. Ob diese an Graf oder an die "Neue Pergamon" gehen, werde noch geprüft, meint Lohse. Mehr Klarheit bestehe wohl Ende nächster Woche. Weitere Berichte zum Gesamtkomplex kündigte die städtische Revision für Mai an. Mehrere Monate lang hatten die Prüfer im vergangenen Jahr wegen einer "Abmachung" der Auflösevereinbarung, so die OB, ihre Arbeit ausgesetzt. Im Oktober 2005 hatte Graf vorzeitig das Klinikum verlassen. Lohse: "Er hat keine Abfindung bekommen, sondern ein festgelegtes monatliches Salär."

Die "Neue Pergamon" fordert die OB nachdrücklich zur Akteneinsicht auf. Sie solle sachlich bleiben und "ihre Kreuzzugallüren unverzüglich einstellen", so NPK-Geschäftsführer Hartwick Oswald. An der fachlichen Qualität Grafs gebe es keinen Zweifel. Lohse erklärt dazu, sie halte die Reihenfolge ein, wonach zunächst der Stadtrat und dann die "Neue Pergamon" Einblick bekomme.

Mannheimer Morgen
17. März 2006

Pressemeldung der Stadt Ludwigshafen

Lohse: Schulte bestätigt Pflichtverstöße

Donnerstag, 3. März 2005

Mit großem Interesse hat Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse die jüngsten Äußerungen ihres Amtsvorgängers Dr. Wolfgang Schulte in der Affäre um Klinikums-Geschäftsführer Prof. Dr. Volker Graf zur Kenntnis genommen: "Herr Dr. Schulte hat mit seinen Äußerungen bestätigt, dass es für die Tantiemen-Zahlungen aus der Kasse der Alten- und Pflegeheime keine vertragliche Grundlage gegeben hat."

Lohse wies noch einmal darauf hin, dass die Geschäftsführung der Alten- und Pflegeheime durch Graf im Aufsichtsrat des Klinikums ausdrücklich als "geringfügige Tätigkeit ohne Vergütung" beschrieben worden sei. "Ich denke, dass man das bei einer Vergütung von mehreren hunderttausend Euro im Jahr auch so erwarten kann", erklärte die Oberbürgermeisterin.

Lohse erinnerte außerdem noch einmal an den Gesamtzusammenhang der Vorwürfe gegen den Klinikums-Geschäftsführer:

'Einen Verstoß gegen das Vergaberecht hat Professor Graf ja schon eingestanden. Dabei ging es um 1,2 Millionen Euro, die vom Klinikum an ein Unternehmen geflossen sind, an dem Professor Graf selber beteiligt ist.'

Mit den Äußerungen von Herrn Dr. Schulte ist jetzt der zweite gravierende Pflichtverstoß bestätigt. Dabei geht es nach bisherigem Kenntnisstand um 120.000 Euro, die Professor Graf sich ohne Rechtsgrundlage und ohne die Zustimmung des Aufsichtsrates aus der Kasse der Ludwigshafener Alten- und Pflegeheime genommen hat.

Ich muss die jüngsten Äußerungen von Herrn Dr. Schulte so verstehen, dass er das gewusst hat. Wenn dem tatsächlich so sein sollte, dann bekäme die spätere Beteiligung von Herrn Dr. Schulte an der Neuen Pergamon allerdings einen ziemlich schalen Beigeschmack."

Klinikum mit hohem Verlust

Ludwigshafen: Neuer Geschäftsführer für sofortigen Sparplan

Das Klinikum Ludwigshafen schreibt hohe Verluste. 2005 erwirtschaftete das Krankenhaus ein Minus von 5,3 Millionen Euro, 2006 wird mit einer Lücke von 8,4 Millionen Euro gerechnet. Wie die Tageszeitung "Die Rheinpfalz" berichtet, hat die Finanzmisere mehrere Ursachen: erheblich überschrittene Finanzkosten, Reformen in der Gesundheitspolitik sowie überhöhte Sachkosten- und Beratungsaufwendungen.

Kritisch betrachte der Aufsichtsrat die Arbeit der Beratungsgesellschaft MSE, die jährlich 400.000 Euro erhält. Nach Angaben des Blattes wird geprüft, ob der Ende 2006 auslaufende Vertrag nicht früher gekündigt werden kann. Dem früheren Klinikumschef Volker Graf wirft der Aufsichtsrat vor, die Risiken falsch eingeschätzt und den Aufsichtsrat über die Fehlentwicklung nicht informiert zu haben.

Der neue Geschäftsführer Peter Asché, der nicht wie geplant zum März, sondern am 1. April seine Arbeit aufnimmt, bezeichnete die Situation laut "Rheinpfalz" als "kritisch". Er kündigte sofortige Maßnahmen auf der Einnahme- und Ausgabeseite an. Einsparungen sollen vor allem bei Sachkosten erzielt werden, aber auch Neubesetzungen von frei werdenden Stellen würden überprüft. Eine Verbesserung bei den Einnahmen erhofft sich Asché auch aus den Budgetverhandlungen mit den Krankenkassen, die noch nicht beendet sind. (red)

Quelle: DIE RHEINPFALZ vom 08.02.2006

Klinikum Ludwigshafen will Schadensersatz

Forderungen in sechsstelliger Höhe an ehemaligen Geschäftsführer Graf

Das Klinikum Ludwigshafen wird gegen den früheren Geschäftsführer Volker Graf Schadensersatzansprüche geltend machen. Den Beschluss hat der Aufsichtsrat des Krankenhauses in seiner gestrigen Sitzung gefasst. Das sagte die Aufsichtsratsvorsitzende Eva Lohse auf Anfrage.

Nach Informationen der RHEINPFALZ handelt es sich um eine mindestens sechsstellige Summe. Zahlen nannte Lohse nicht. Sie bestätigte jedoch, dass ein Anwalt beauftragt werden soll, um Ansprüche geltend zu machen, deren Erfolgsaussichten zu klären sowie rechtzeitig die Anträge zu stellen. Vor allem sollen die Fristen gewahrt werden, um einer eventuellen Verjährung zuvorzukommen.

Die Forderungen gegen die Geschäftsführung basieren auf dem ersten Teilbericht der Konzernrevision, der dem Aufsichtsrat gestern vorgelegt worden war. Das Gremium hat diesen Bericht zur Kenntnis genommen. In der März-Sitzung des Stadtrates wird der Bericht auch den Ratsmitgliedern vorgelegt, kündigte Lohse gestern an. Die von Lohse eingesetzte Revision durchsucht das Geschäftsverhalten von Graf weiter. Geprüft werden alle unklaren Vorgänge.

Wie gestern bekannt wurde, sind Grundlage der aktuellen Schadensersatzforderung die bereits öffentlich diskutierten Fragen wie Dienstwagen und Fahrer und andere Vorwürfe.

Wie mehrfach berichtet, hatte Lohse eine Sonderprüfung der Geschäftsführungspraxis von Graf eingeleitet, die letztlich zu Gutachten von Anwälten beider Seiten führte. Der Streit löste außerdem eine Krise in der Zusammenarbeit im Stadtrat zwischen CDU und SPD aus. Volker Graf hat inzwischen einen Auflösungsvertrag unterzeichnet und ist aus seiner Funktion ausgeschieden.

Derzeit führt interimsmäßig das Ärztliche Direktorium die Geschäfte. Am 1. April tritt der Peter Asché die Nachfolge Grafs an. (ell)

Quelle: DIE RHEINPFALZ vom 24.02.2006

SWR-Studio Ludwigshafen

Regionalnachrichten

Letzte Aktualisierung: 11.03.2006, 13.30 Uhr

Ludwigshafen: Stadtrat berät über Ex-Klinikums-Geschäftsführer

Der Stadtrat wird sich am Montag 13. März erneut mit die Affäre um den früheren Geschäftsführer des Klinikums Ludwigshafen befassen. Im Mittelpunkt steht dabei ein erster Bericht der städtischen Revisionsabteilung.

Nach Angaben der Rheinpfalz geht aus dem Revisionsbericht hervor, dass der Geschäftsführer gravierend gegen seine Pflichten verstoßen habe und dass er sich jeder Kontrolle durch den Aufsichtsrat entzogen habe. So habe er auf Kosten des Klinikums für sich 3 Dienstwagen angeschafft - obwohl ihm vertraglich nur ein Dienstfahrzeug zustand.

Schließlich habe der Geschäftsführer vertragswidrig einen Fahrer beschäftigt den er auch für Privatfahrten am Wochenende einsetzte. Selbst die Übernachtungskosten für den Fahrer bei den Privatfahrten wurden über das Klinikum abgerechnet. Und schließlich seien Benzinkosten für über 1 Million Kilometer abgerechnet worden, obwohl die Dienstfahrzeuge weit weniger im Einsatz waren.

Der Gesamtschaden für das Klinikum soll mehr als 1 Million Euro betragen.

Streit um Öffentlichkeitsarbeit am Klinikum

Krankenhaus trennt sich von Marketingfirma MSE - Verträge und Kosten umstritten

- Ellenbogen klagt dagegen

Der Streit um die Öffentlichkeitsarbeit am Ludwigshafener Klinikum spitzt sich weiter zu. Das Krankenhaus hat sich von der Marketingfirma MSE getrennt. Grund: Die Öffentlichkeitsarbeit ist dem neuen Klinik-Management zu teuer und Verträge darüber sind umstritten. Unterdessen hat MSE mehrere Klagen gegen das Klinikum eingereicht.

In der juristischen Auseinandersetzung geht es um mehrere Punkte: So gibt es unterschiedliche Auffassung über die Dauer des Vertrags zwischen Klinikum und MSE. Der Geschäftsführer der Marketingfirma MSE, Marc S. Ellenbogen, sagt, der ursprüngliche Fünfjahresvertrag sei einvernehmlich mit dem damaligen Klinikum -Geschäftsführer Volker Graf bis Ende 2006 verlängert worden.

Klinikums-Interims-Geschäftsführer Dieter Seiler spricht von einem Rechenfehler bei der Datierung, der erst jetzt bemerkt worden sei. Das Klinikum zahlt nach Ellenbogens Angaben deshalb bereits seit Januar kein Geld mehr an MSE. Das will die Marketingfirma jedoch nicht hinnehmen und klagt auf Vertragserfüllung. Außerdem fordert die Firma das ausstehende Geld ein.

Ein weiterer Streitpunkt ist die Geheimhaltung vertraulicher geschäftlicher Details zwischen dem Klinikum und MSE. Ex-Geschäftsführer Volker Graf und MSE-Chef Marc S. Ellenbogen haben gemeinsam im März 2005 vereinbart, keine Interna aus dem MSE-Vertrag an Dritte weiter zu geben- nachdem die angeblich unlauteren Geschäftspraktiken Grafs öffentlich diskutiert wurden und absehbar war, dass Graf gehen muss. Bei Zu widerhandlungen wird eine Strafzahlung fällig. Über diese Vereinbarung wurden offenbar weder der Aufsichtsrat noch das Direktorium des Klinikums von Graf informiert.

Nachdem von Politikern und dem designierten Klinikum -Manager Peter Asché die Kosten für die MSE -Marketingleistungen mit **400.000 Euro jährlich** beziffert wurden, macht Ellenbogen eine Vertragsstrafe gegenüber dem Klinikum geltend und will Asché mit einer Unterlassungsklage dazu bringen, keine Zahlen mehr gegenüber der Öffentlichkeit zu nennen. Außerdem hätten Aufsichtsratsmitglieder gegen ihre Verschwiegenheitspflicht verstoßen. Ellenbogen bezeichnete die genannte Summe ferner als irreführend. Es gehe um vier vertragliche Dienstleistungen, die seine Firma gegenüber dem Klinikum erbracht habe. Neben dem Marketing und der Öffentlichkeitsarbeit gehe es dabei um die Produktion zweier Zeitschriften sowie Annoncen für das Klinikum. Diese Aufgaben seien ordnungsgemäß ausgeschrieben worden und seine Firma habe dafür den Zuschlag erhalten. Ellenbogen spricht von etwa 320.000 Euro, die MSE dafür erhalten habe - ein Betrag, der angemessen und nicht überhöht sei. „Jetzt will man andeuten, MSE sei unseriös - dagegen gehe ich vor“, begründete Ellenbogen seine Schadensersatzklage wegen Geschäftsschädigung.

Die Spitzen von CDU und SPD, die die Mehrheit im Klinikums-Aufsichtsrat stellen, bekräftigten gestern, dass sie die MSE -Verträge für überdimensioniert halten. Von Grafs Vereinbarungen mit MSE habe niemand etwas gewusst. Ulrich Küppers, SPD-Fraktionschef und Aufsichtsratsmitglied, erklärte: „Wenn ich nichts zu verbergen habe, dann brauche ich keinen solchen Vertrag.“

Rechtsvertreter von MSE ist Wolfgang Schulte, ehemals für die SPD Oberbürgermeister der Stadt und nach seinem Ausscheiden zeitweise Geschäftsführender Gesellschafter der Graf -Firma Neue Pergamon. Dass Schulte MSE juristisch vertritt, stößt bei Küppers auf Kritik. „Schulte sollte sich seiner Vergangenheit bewusst sein.“ Klinikum -Aufsichtsratsvorsitzende Eva Lohse bestätigte den Eingang eines Schreibens von Rechtsanwalt Schulte wegen Verletzung der Verschwiegenheitspflicht. Sie wollte die Angelegenheit nicht werten, wies aber darauf hin, dass Ellenbogen an die Öffentlichkeit gegangen sei.

Insgesamt fünf Klagen habe MSE beim Landgericht Frankenthal eingereicht. Die Kammer für Handelssachen muss diese nun prüfen. Zu Einzelheiten wollte sich der Klinikum -Interims-Geschäftsführer Seiler mit Blick auf das schwelende Verfahren nicht äußern. Seiler betonte, dass trotz der Querelen medizinisch gute Arbeit im Klinikum geleistet werde. (mix/ell)

Quelle: DIE RHEINPFALZ vom 03.03.2006

Beim Landgericht Frankenthal ist noch keine Klage der Marketingfirma MSE gegen das Klinikum eingegangen. Ein Sprecher des Gerichts erklärte: "Davon ist uns nichts bekannt".

Quelle: DIE RHEINPFALZ vom 04.03.2006

Vorwürfe gegen Volker Graf erhärtet

Revisionsbericht belastet Ex-Geschäftsführer des Ludwigshafener Klinikums

Der Ludwigshafener Stadtrat berät am Montag über einen ersten Zwischenbericht der städtischen Revision, der die Geschäfte des ehemaligen Klinikum -Managers Volker Graf unter die Lupe genommen hat. Der Prüfbericht erhärtet die Vorwürfe, Graf habe als Geschäftsführer sich selbst und seine Krankenhaus-Management-Firma „Neue Pergamon“ begünstigt.

Die Revision kommt in ihrem Bericht, der der RHEINPFALZ vorliegt, zu dem Ergebnis, dass Graf unrechtmäßig eine Erfolgsbeteiligung an den Städtischen Alten- und Pflegeheimen kassiert haben soll. Außerdem soll er unberechtigt ein weiteres Dienstfahrzeug für sich angeschafft haben. Auch die Fahrtkostenerstattungen und andere Spesenbelege werden von den Revisoren moniert, die von teils gravierenden Pflichtverstößen des Managers sprechen.

Damit bekräftigt der erste Prüfbericht der Revision die Ergebnisse einer Sonderprüfung, die von der Klinikum -Aufsichtsratsvorsitzenden und Oberbürgermeisterin Eva Lohse im vergangenen Jahr in Auftrag gegeben worden war. Lohse hatte deshalb die Staatsanwaltschaft eingeschaltet, die wegen des Verdachts der Untreue gegen Graf ermittelt.

Der Klinik-Manager hatte gegenüber dem Aufsichtsrat nur einen Verstoß bei der Vergabe eines Auftrags für das Klinikum eingeräumt und ansonsten die Vorwürfe zurückgewiesen. Nach monatelangen Auseinandersetzungen um seine Person hatte Graf im April 2005 gekündigt und Ende Oktober das Ludwigshafener Klinikum verlassen. Der Aufsichtsrat hat mittlerweile angekündigt, Schadensersatzansprüche in sechsstelliger Höhe gegen Graf geltend zu machen. Diese hat der Manager über seinen Anwalt zurückweisen lassen. Ein nächster Revisionsbericht wird im Mai erwartet.

Unglaublich

Die Details, die ein Revisionsbericht der Stadt über die Vorgänge am Klinikum in der Ära Volker Graf ans Licht fördert, erscheinen unglaublich. Offenbar war das Klinikum in einigen Bereichen ein Selbstbedienungsladen ohne wirksame interne Kontrolle. Graf konnte anscheinend schalten und walten, wie er wollte. Und der Aufsichtsrat hat wohl ahnungs- und tatenlos zugeschaut.

Die Idee, das Krankenhaus zu privatisieren, hat medizinisch Früchte getragen. Das Haus hat einen guten Ruf. Doch der Managementvertrag mit Graf war von Anfang an eine Konstruktion mit eklatanten Regelungslücken. Der Chef einer international operierenden Krankenhaus-Management-Firma konnte nicht gleichzeitig das Klinikum führen, ohne in einen Interessenkonflikt zu geraten. Niemand kann gleichzeitig zwei Herren ohne Probleme dienen.

Auch die Sorglosigkeit der Akteure überrascht: Graf kassierte Prämien, ohne dass dies schriftlich geregelt worden wäre. Er sagt, es habe dazu eine mündliche Vereinbarung mit dem früheren Oberbürgermeister und Klinikums-Aufsichtsratsvorsitzenden Wolfgang Schulte gegeben. Doch der bestätigt das nicht.

Hinzu kommen merkwürdige personelle Verflechtungen. Schulte hat Graf ans Klinikum geholt, seinen Vertrag verlängert und wechselte nach seinem Abgang aus der Politik in Grafs Firma. Der ehemalige SPD-Fraktionschef im Stadtrat hatte einen Beratervertrag mit der Firma. Das hat ein „Geschmäckle“.

OB Eva Lohse setzt sich richtigerweise für Aufklärung ein. Sie muss nun im Klinikum wirksame Kontrollen schaffen, damit sich diese Vorgänge nicht mehr wiederholen.

War das Klinikum ein Selbstbedienungsladen ohne wirksame Kontrolle?

Ein Manager und drei Dienstwagen

**Revision nimmt die Geschäfte des Ex-Klinikums-Geschäftsführers Volker Graf unter die Lupe
- Hohe Schadensersatzforderungen**

Von unserem Redakteur Michael Schmid

Auf den ehemaligen Geschäftsführer des Ludwigshafener Klinikums, Volker Graf, rollt eine Welle von Schadensersatzforderungen zu. Am Montag wird sich der Stadtrat in nicht öffentlicher Sitzung mit dem ersten Zwischenbericht der städtischen Revision beschäftigen, die derzeit die Geschäfte des Klinikums unter die Lupe nimmt.

Der Bericht, der der RHEINPFALZ vorliegt, erhärtet die Vorwürfe gegen Graf. Demnach soll der Ex-Geschäftsführer sich und seine Firma „Neue Pergamon Krankenhaus Management Gesellschaft“ massiv selbst begünstigt haben. Es soll dabei um Beträge in Millionenhöhe gehen.

Das Krankenhaus wurde 1996 privatisiert. Als Geschäftsführer fungierte bis 2005 Volker Graf, dessen Firma „Neue Pergamon“ einen Managementvertrag mit dem Klinikum schloss. In diesem Vertrag und der Geschäftsordnung des in eine GmbH umgewandelten Klinikums wurden nach Ansicht der Revisoren die Kompetenzen für den Geschäftsführer nicht klar genug geregelt, um eine wirksame Kontrolle durch den Aufsichtsrat zu ermöglichen.

Graf erkannte diese Regelungslücken und interpretierte sie zu seinem Vorteil und den der „Neuen Pergamon“, urteilt die Revision. Der Geschäftsführer habe demnach Entscheidungen getroffen und Verträge geschlossen - ohne den Aufsichtsrat zu informieren. Die Revisoren sprechen deshalb von teils gravierenden Pflichtverstößen des Managers, der eigenmächtig gehandelt, die Kompetenzen des Aufsichtsrats ignoriert und sich jeder Kontrolle entzogen habe. Im Klinikum gab es kein wirksames internes Kontrollsysteem, urteilt der Bericht und mahnt dringend an, solche Kontrollmechanismen künftig einzubauen.

Ein Beispiel aus dem Revisionsbericht: Volker Graf stand als Geschäftsführer ein Dienstwagen zu. Bis 1998 fuhr er einen Volvo, dann wurde ein neuer Mercedes Typ E 280 gekauft (Kosten: rund 50.000 Euro). Zwei Jahre später schaffte sich Graf auf Rechnung des Klinikums ein weiteres Dienstfahrzeug an, diesmal einen Mercedes A-Klasse für rund 18.000 Euro. Und dies, obwohl in seinem Vertrag ausdrücklich nur ein Dienstwagen vorgesehen war. Eine Erlaubnis dafür holte er sich beim Aufsichtsrat nicht ein. Die Revision erhielt dazu die Information, das Auto sei wegen seiner Beweglichkeit von Graf für Stadt Fahrten angeschafft worden. Die Revisoren: „Es liegt auf der Hand, dass sich Prof. Dr. Graf ein Privatfahrzeug auf Kosten des Klinikums beschafft hat“.

Neben der E- und der A-Klasse verfügte Graf 2002 offenbar über ein drittes Dienstfahrzeug, das seine Firma „Neue Pergamon“ dem Klinikum für knapp 21.000 Euro zur Verfügung stellte. Für dieses Firmenfahrzeug hatte Graf einen Fahrer, der bei der „Neuen Pergamon“ beschäftigt war. Dessen Dienste von 2000 bis 2002 wurden dem Klinikum mit knapp 97.000 Euro in Rechnung gestellt. Und dies, obwohl der Aufsichtsrat unmissverständlich gesagt hatte, Graf habe Anspruch auf ein Fahrzeug - aber nicht auf einen Fahrer. Das Fahrpersonal nutzte Graf laut Prüfbericht auch für wöchentliche Privatfahrten ins heimatliche Hamm in Nordrhein-Westfalen, wo seine Familie lebte. Für den Fahrer mietete Graf für insgesamt rund 8000 Euro ein Quartier im Schwesternwohnheim eines Krankenhauses in Hamm an - das ebenso auf Kosten des Klinikums Ludwigshafen ging wie das Handy des Fahrers.

Auch der Spritverbrauch der beiden Mercedes-Dienstfahrzeuge sorgte bei den Revisoren für Ungläubigkeit: Denn Graf stellte dem Klinikum in sieben Jahren etwa 100.000 Liter Superbenzin für knapp 107.000 Euro in Rechnung, wie im Revisionsbericht zu lesen ist. Mit dieser Spritmenge hätte Graf über eine Million Kilometer fahren können. Der Tachostand der beiden Fahrzeuge beträgt aber nur 368.000 Kilometer. Die Revisoren gehen zudem davon aus, dass mit den Klinikum-Autos Privatfahrten und Reisen für die „Neue Pergamon“ unternommen wurden. Sie fordern Spritkosten von rund 68.000 Euro zurück.

Ein weiterer kritischer Punkt: Die fünfprozentige Erfolgsbeteiligung für den Manager. Nach Ansicht der Revisoren und auch der Wirtschaftsonderprüfer galt diese Prämie nur für das Klinikum. Graf kassierte aber auch fünf Prozent am Jahresüberschuss der Alten- und Pflegeheime GmbH der Stadt, die er als Klinikums-Geschäftsführer mitführte.

Angeblich habe es laut Graf dazu eine mündliche Vereinbarung mit dem damaligen OB und Aufsichtsratsvorsitzenden Wolfgang Schulte gegeben. Doch der konnte dies gegenüber der Revision nicht bestätigen. Laut Prüfungsbericht kassierte die Pergamon von 1999 bis 2001 knapp 140.000 Euro unrechtmäßig aus dieser Erfolgsbeteiligung an den Altenheimen.

Der Aufsichtsrat kennt diese Ergebnisse und hat bereits Schadenersatzansprüche in sechsstelliger Höhe angemeldet. Der Stadtrat wird am Montag darüber informiert. Parallel dazu läuft seit dem vergangenen Jahr ein Ermittlungsverfahren wegen Untreue gegen Graf. Über seinen Anwalt hat der Ex-Geschäftsführer die Schadensersatzforderungen zurückweisen lassen. Die Revision läuft derzeit weiter, im Mai soll es einen nächsten Zwischenbericht geben.

CDU-Ratsfraktion sieht sich in der Krankenhaus-Entscheidung bestätigt

Staatsanwaltschaft Ludwigshafen ermittelt im Fall Neue Pergamon

Warburg. Die CDU-Ratsfraktion sieht sich in ihrer Entscheidung gegen den Verkauf der Mehrheitsbeteiligung der St. Petri Hospital gGmbH an die "Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH" jetzt bestätigt.

Das städtische Klinikum Ludwigshafen (Rheinland-Pfalz), das von der Neuen Pergamon und dessen Geschäftsführer Prof. Dr. Volker Graf geführt wird, wirft dem Manager laut jüngsten Zeitungsberichten Unregelmäßigkeiten in der Geschäftsführung vor.

Graf hatte am 06. Dezember 2004 mit weiteren Managern in der Warburger Stadthalle vor den Fraktionen von Kreistag und Stadtrat für einen Mehrheitsverkauf an die Neue Pergamon geworben. Das Klinikum Ludwigshafen, ein Krankenhaus der Maximalversorgung, wurde damals als Referenzobjekt genutzt.

Prof. Dr. rer. oec. Volker Graf,
M.A.
Geschäftsführender
Gesellschafter Neue Pergamon
Krankenhaus Management
GmbH

Die intensiven Recherchen des Warburger Bürgermeisters, der Fraktionen und der Krankenhausleitung über den Kaufinteressenten und die daraus resultierenden Vorbehalte gegenüber der Neuen Pergamon waren sachlich richtig und konnten vom Kaufangebot nicht überzeugen.

Nach einem Bericht der "Rheinpfalz", einer Ludwigshafener Lokalzeitung, und dem Südwestdeutschen Rundfunk, soll Graf Vergütungen und Vorschüsse als Geschäftsführer des Klinikums Ludwigshafen erhalten haben, die ihm laut Vertrag nicht zugestanden haben.

Nach Hinweisen auf "Unregelmäßigkeiten und Abhängigkeiten" hatte die Ludwigshafener Oberbürgermeisterin Eva Lohse (CDU) eine Sonderprüfung der Geschäftsbeziehungen des städtischen Klinikums angeordnet. Die Ludwigshafener Stadtchefin spricht von "klaren Rechtsverstößen" und einem "massiv zerstörten Vertrauensverhältnis", welches durch unabhängige Prüfberichte bestätigt würden. Nach "Rheinpfalz"-Informationen wird darin massive Kritik an Geschäftsführer Graf erhoben. So soll er Aufträge des Klinikums an Tochterfirmen seiner "Neuen Pergamon" vergeben haben, ohne andere Angebote zu prüfen. Neben einer Debatte über Auftragsvergaben wird Graf vorgeworfen, Tantiemen sowie Abschlags- und Vorauszahlungen aus dem Überschuss angegliederter Alten- und Pflegeheime kassiert zu haben und sich Dienstwagen samt Fahrer genehmigt zu haben. Beide Beteiligten, sowohl das Stadtoberhaupt, als auch Graf haben die Staatsanwaltschaft eingeschaltet, um eine rechtliche Würdigung der Vorwürfe herbeizuführen.

In Kürze entscheidet der Stadtrat Ludwigshafen über eine Änderung der Kliniksatzung und damit einhergehend mit einer Abberufung Grafs.

Die Ausgliederung von Geschäftsbereichen in Tochterfirmen der Neuen Pergamon gehörte auch zum Geschäftsmodell für das Warburger Krankenhaus. Ein Szenario wie im Fall des Klinikums Ludwigshafen hätte dem Warburger Hospital irreparable Schäden zugeführt.

Die wurden durch eine fundierte Sachpolitik der CDU-Fraktion und nicht zuletzt durch das richtige Vorgehen von Bürgermeister Stickeln glücklicherweise verhindert.

CDU-Fraktion sagt klares Nein zur "Pergamon"

Warburg. In der Ratssitzung am 14.12.2004 hat die CDU-Fraktion einstimmig gegen den Verkauf des St. Petri-Hospitals an die Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH gestimmt.

Nach eingehender sachlicher Abwägung waren die Christdemokraten, und der mehrheitliche Teil der Mitglieder der anderen Fraktionen, zu diesem klaren Ergebnis gekommen.

Eine intensive breit gefächerte Meinungsbildung hatte zu dem Ergebnis geführt.

Die Entscheidung musste gut überlegt sein, ging es schließlich um den Verkauf von 76 % der Anteile des 200-Betten-Hauses und damit um den faktischen Verlust der Einflussnahme.

Die Verärgerung des damaligen Verbandsvorstehers Landrat Hubertus Backhaus war groß, hatte er sich doch vorgenommen, das defizitäre Krankenhaus schnellstmöglich abzustoßen.

In der Öffentlichkeit hat Landrat Backhaus Bürgermeister Michael Stickeln für die Entscheidung "verantwortlich" gemacht und ihm aufgrund angeblich fehlenden Informationsflusses "Vertrauensbruch" vorgeworfen.

Ein politisches Schauspiel nach Ansicht der CDU-Ratsfraktion. Den Mitgliedern der CDU-Fraktion war bei der Entscheidung klar, dass die Probleme in der sich verändernden Krankenhauslandschaft mit der Absage an die Neue Pergamon nicht gelöst sind.

Das hat auch der in der Ratssitzung gemeinsame Beschluss aller Fraktionen gezeigt.

Nicht zuletzt das Angebot der Belegschaft, mit einem Notlagentarifvertrag einen Teil des finanziellen Defizits aufzufangen, hat die Entscheidung erleichtert. Die mit dem Krankenhaus befassten Gremien sollen nach dem Willen der Warburger Ratsmitglieder nun schnellstmöglich einen kompetenten Geschäftsführer für das Krankenhaus finden.

Darüber hinaus sollen die Empfehlungen eines vom Deutschen Krankenhausinstitut gemachten Gutachtens umgesetzt werden.

So soll u.a. die gynäkologisch-geburtshilfliche Hauptabteilung in eine Belegabteilung umgewandelt werden und die radiologische Abteilung neuorganisiert werden.

Ein langanhaltender Streit mit dem Kreis wäre der Sache nicht dienlich. Landrat Backhaus hat seinen Posten als Verbandsvorsteher geräumt und den Weg für eine unvoreingenommene Entwicklung des Krankenhauses frei gemacht.

Kreisdirektor Dr. Ulrich Conradi nimmt nun nach Votum der Zweckverbandsversammlung diese Funktion wahr. Bürgermeister Michael Stickeln übernimmt den Vorsitz des neuen Aufsichtsrates.

In der Krankenhauszweckverbandsversammlung, die sich aus Vertretern aus Kreistag und Stadtrat zusammensetzt, vertreten Fraktionschef Willi Vonde, Josef Eilbrecht und Hubertus Kuhaupt die Interessen der CDU-Stadtratsfraktion. Kreistagsmitglied Markus Bodemann wurde vom Kreistag als einziger Warburger in das Gremium entsandt.

Der Aufsichtsrat wurde aufgrund seiner Entscheidungskompetenz bewusst mit fachkompetenten Personen besetzt. Diplom-Kaufmann Birger Kriwet und Steuerberater Heinz-Jürgen Götde sollen ihre Kompetenz bei den künftigen Entscheidungen einbringen.

"Wir sind uns der Problematik bewusst und haben hier die politischen Interessen in den Hintergrund gestellt", so Hubertus Kuhaupt vom Fraktionsvorstand zu dieser Besetzung.

Bleibt nur zu hoffen, dass es in den paritätisch besetzten Gremien einmütige Entscheidungen getroffen werden. Eine derzeitig einseitige Informationspolitik des Kreises, die Bürgermeister Stickeln zukünftig für das operative Geschäft verantwortlich macht, lässt derzeit anderes erahnen.

Hier werden eindeutig die in den Regelwerken festgelegten Kompetenzen vertauscht und einer Person der "Schwarze Peter" zugeschoben.

"Wir sind für eine gemeinsame sachliche und konstruktive Arbeit zum zukunftsfähigen Erhalt unseres Krankenhauses und stehen hinter Bürgermeister Michael Stickeln", so Hubertus Kuhaupt.

Pressemeldung der Stadt Ludwigshafen

OB: Kolbert muss Auskunft über Dienstwagen-Nutzung geben

Donnerstag, 20. Januar 2005

"Das Klinikum der Stadt Ludwigshafen am Rhein hat keine Tochtergesellschaften in Norddeutschland oder der Schweiz."

Darauf weist Oberbürgermeisterin und Klinikums-Aufsichtsratsvorsitzende Dr. Eva Lohse anlässlich von Äußerungen des Betriebsratsvorsitzenden des Klinikums Arnold Kolbert in der heutigen Ausgabe der Tageszeitung "Die Rheinpfalz" hin. Kolbert hatte erklärt, er nutze seinen Dienstwagen für Fahrten "zu Altenheimen und Kliniken in Norddeutschland oder der Schweiz, die zum Konzern gehören."

Die OB hat Kolbert gebeten, diese Äußerung zu erläutern: "Ich möchte von Herrn Kolbert wissen, ob er einen Dienstwagen des Klinikums für Zwecke der Neuen Pergamon genutzt hat und wie diese Fahrten abgerechnet worden sind.

Denn schließlich sind die Verflechtungen und Abhängigkeiten zwischen dem Klinikum und der Neue Pergamon Krankenhausmanagement GmbH ein zentrales Thema der Sonderprüfung des Klinikums."

Auf die Nachforschung über die Dienstwagen-Nutzung reagierte Volker Graf sofort, wie der nachstehende Handelsregisterauszug aus der Schweiz zeigt:

[\[vollständige Publikationen anzeigen\]](#)

SHAB: 018 / 2005 vom 26.01.2005 (Seite 17)

20.01.2005 (815)

med.ea GmbH, Sitz: [bisher: St. Gallen], CH-3204.048.612-4, Herstellung von und den Handel mit Medizinalprodukten aller Art, GmbH (SHAB Nr. 225 vom 20.11.2001, Seite 9128).

Statutenänderung: 14.01.2005.

Sitz Neu: Zug.

Domizil Neu: Chamerstrasse 172, 6300 Zug.

Zweck: Herstellung von und den Handel mit Medizinalprodukten aller Art; die Gesellschaft kann Grundstücke erwerben, verwalten und veräußern, Zweigniederlassungen und Tochtergesellschaften im In- und Ausland errichten und sich an anderen Unternehmen im In- und Ausland beteiligen und deren Geschäftsführung und Verwaltung übernehmen sowie gewerbliche Schutzrechte, Immaterialgüterrechte und Know-how erwerben und verwerten.

Stammkapital: CHF 20'000.

Publikationsorgan Bisher: SHAB.

Eingetragene Personen Bisher: Graf, Prof. Dr. Volker, Heimat: Bundesrepublik Deutschland, in Hamm (DE), Geschäftsführer mit Einzelunterschrift; Neue Pergamon Krankenhausmanagement GmbH, in Hamm (DE), Gesellschafterin ohne Zeichnungsberechtigung, Stamanteil: CHF 20'000.

Neu: Nägeli, Richard, Heimat: Hundwil, in Walchwil, Geschäftsführer mit Einzelunterschrift.

Gelöscht: [Bläsi, Christof, Heimat: Solothurn, in Abtwil SG, Geschäftsführer mit Einzelunterschrift].

SHAB: 225 / 2001 vom 20.11.2001 (Seite 9128)

14.11.2001 (8309)

med.ea GmbH, in St. Gallen, Herstellung von und den Handel mit Medizinalprodukten aller Art, Gesellschaft mit beschränkter Haftung (SHAB Nr. 178 vom 13. 09. 2000, S. 6264).

Statutenänderung: 23. 10. 2001.

Domizil neu: Am Bohl 2, 9004 St. Gallen.

Ausgeschiedene Personen und erloschene Unterschriften: Waldburger, Suzanne, von Teufen AR und Rümlang, in St. Gallen, Gesellschafterin, ohne Zeichnungsberechtigung, mit einer Stammeinlage von CHF 1'000.--.

Eingetragene Personen neu oder mutierend: Neue Pergamon Krankenhausmanagement GmbH, in Hamm (D), Gesellschafterin, ohne Zeichnungsberechtigung, mit einer Stammeinlage von CHF 20'000.--;

Bläsi, Christof, von Solothurn, in Abtwil SG (Gaiserwald), Geschäftsführer, mit Einzelunterschrift [bisher: in Abtwil (Gaiserwald)],

Gesellschafter und Geschäftsführer, mit einer Stammeinlage von CHF 19'000.--; Graf, Prof. Dr. Volker, deutscher Staatsangehöriger, in Hamm (D), Geschäftsführer, mit Einzelunterschrift.

Klinikum Ludwigshafen: Vorwürfe gegen Klinikmanager 24.01.2005, www.swr.de

Dem Geschäftsführer des Ludwigshafener Klinikums, Volker Graf, werden nach Zeitungsberichten Unregelmäßigkeiten vorgeworfen. So soll Graf Aufträge des Klinikums ohne Ausschreibung an Tochterfirmen seines eigenen Unternehmens vergeben hat.

Nach einem Bericht der "Rheinpfalz" soll der Klinikmanager Vergütungen und Vorschüsse erhalten haben, die ihm laut Vertrag nicht zugestanden hätten. Dazu zählt die Nutzung eines Dienstwagens mit Fahrer. Der Aufsichtsrat des Klinikums wird sich unter Vorsitz der Ludwigshafener Oberbürgermeisterin Eva Lohse (CDU) am kommenden Mittwoch in einer Sondersitzung mit dem Fall befassen.

Prüfbericht belastet Geschäftsführer

Lohse hatte 2003 eine Sonderprüfung der Geschäftsbeziehungen des Krankenhauses in Auftrag gegeben, nachdem Hinweise auf "Unregelmäßigkeiten und Abhängigkeiten" vorgelegen hätten. Nach "Rheinpfalz"-Informationen wird darin massive Kritik an Geschäftsführer Graf erhoben.

So soll er Aufträge des Klinikums an Tochterfirmen seiner "Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH" vergeben haben, ohne andere Angebote zu prüfen. Die Neue Pergamon GmbH hatte vor Jahren den Auftrag zur Geschäftsführung des Klinikums erhalten.

Der Prüfbericht hat den Aufsichtsrat des Klinikums offenbar gespalten. Die Vertreter von Arbeitnehmern und SPD stehen zu Graf und verweisen auf die wirtschaftlichen Erfolge des Managers. Gegen Graf wollen neben der CDU offenbar auch die Aufsichtsratsvorsitzende OB Eva Lohse und die FDP stimmen.

Nachrichten über das Klinikum Ludwigshafen

Januar 2005

Die Ludwigshafener Oberbürgermeisterin Eva Lohse (CDU) forderte, den Geschäftsführer des Klinikums Ludwigshafen, Volker Graf, abzusetzen. Nach Aussagen Lohses hat eine Sonderprüfung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young beim Klinikum ergeben, dass sich Graf bei der Vergabe von Aufträgen des Klinikums bereichert hat, indem er Aufträge des Klinikums ohne Ausschreibung an seine Managementgesellschaft oder ihre Töchter vergab. Der Aufsichtsrat des Klinikums beschloss, Graf im Amt zu lassen, da ein entsprechendes Gutachten lückenhaft sei. Lohse kündigte an, die Staatsanwaltschaft einzuschalten. Der „Rheinpfalz“ zufolge hat Graf sowohl die CDU als auch die SPD mit privaten Spenden unterstützt. Beide Parteien bestätigten die Spenden. Die CDU machte keine Angaben über die Summen, die SPD gab für 1998 500 Euro und für 2000 1.000 Euro an.

Februar 2005

Zum März 2005 soll die Satzung des Klinikums dahingehend geändert werden, dass über die Bestellung und Abberufung des Klinikgeschäftsführers künftig nicht mehr der Klinik-Aufsichtsrat, sondern der Stadtrat entscheidet. Da damit die Arbeitnehmervertreter, die im Klinik-Aufsichtsrat vertreten sind, nichts mehr zu sagen haben, ist das Vorhaben zur Satzungsänderung nur mit knapper Mehrheit beschlossen worden. Oberbürgermeisterin Eva Lohse will darüber mit dem Betriebsrat und mit Ver.di reden.

April/Juni 2005

Volker Graf, Geschäftsführer des Städtischen Klinikums, kündigt seinen Vertrag vorzeitig. Der Vertrag sollte eigentlich bis 2006 laufen. Laut Lohse, so der SWR, müssen zu Beginn der kommenden Woche noch bestimmte Details geklärt werden. Graf hat einen Vergabeverstoß eingeräumt. Gegen ihn wird nach einer Anzeige von Lohse wegen Untreueverdachts ermittelt.

Quellen

SWR 27.01.05

RheinNeckarWeb 29.1.05

RheinNeckarWeb 2.2.05

Rheinpfalz 19.01.2005

SWR 14.2.05

Siehe auch Pressemitteilung der Stadt Ludwigshafen 31.1.05

Erschreckend

Von Thomas Schrott

Warum wurden für einen Klinikum-Geschäftsführer zwei Dienstwagen bestellt und sogar Kosten für drei persönliche Geschäftsautos abgerechnet? Wieso wurden Tankquittungen in sechsstelliger Höhe bezahlt, obwohl die Fahrzeuge nur gut einen Bruchteil der entsprechenden Kilometerleistung erbracht haben?

Dies sind nur einige der brisanten Fragen, die der Zwischenbericht der städtischen Revisoren zum Klinikum aufwirft. Er ist zwar schon die dritte Untersuchung zur leidigen Affäre - aber mit neuen Vorwürfen. Zu Recht wird damit wieder die Debatte um den früheren Geschäftsführer Volker Graf, aber auch um die Leistungsstrukturen des Krankenhauses verschärft.

Auf 33 Seiten vermitteln die Prüfer den Eindruck, wonach in der oberen Etage eine erschreckende Selbstbedienungsmentalität Einzug gehalten hat. Intensive Kontrollen waren wohl Mangelware.

Weitere Beispiele: Tantiemenregelungen, bei denen es um hohe fünfstellige Beträge geht, scheinen nur vom früheren Aufsichtsratschef gebilligt worden zu sein. Erinnert sei auch an das Eingeständnis des Ex-Managers, einen Millionenauftrag jahrelang ohne Ausschreibung an eine Firma vergeben zu haben, an der sein eigenes Unternehmen zur Hälfte beteiligt ist. Es ist höchste Zeit, die Vorgänge und manche Verflechtungen restlos aufzuklären.

Dabei müssen sich einige frühere Aufsichtsratsmitglieder kräftig an die eigene Nase fassen. Durch ihre allzu lange Leine haben sie Fehlentwicklungen erleichtert. "Für ein wirksames internes Kontrollsysteem bestehen allenfalls Fragmente", lautet das schier unglaubliche Urteil der städtischen Revisoren.

Es ist als schallende Ohrfeige auch für so manche Fraktionsvertreter im Aufsichtsrat zu werten. Diese Nachlässigkeit darf gleichwohl nicht als Entschuldigung für Verstöße des Geschäftsführers gelten.

Angesichts der brisanten Vorwürfe bleibt unverständlich, warum der Stadtrat - anders als im vergangenen Jahr - das Thema gestern Abend hinter verschlossenen Türen behandelte. Die Bürger haben einen Anspruch auf vollständige Information über diese untragbaren Vorgänge in einem Krankenhaus, das der Stadt gehört.

Dem Klinikum, das weiterhin einen hervorragenden medizinischen Ruf genießt, bleibt eine solche Debatte, die Geschäftsführer-Regelungen viel genauer zu fassen, überhaupt nicht erspart. Nur dann wird es langfristig zur Ruhe kommen, nur dann sind die richtigen Lehren aus den skandalösen Vorgängen gezogen.

"Nicht nur bei den Dienstwagen hat Graf verheimlicht"

Klinikum-Aufsichtsratsmitglieder sehen auch Versäumnisse der Wirtschaftsprüfer / Andere Gesellschaft betraut

Von unserem Redaktionsmitglied Thomas Schrott

Von den zahlreichen Verstößen, die der städtische Prüfbericht dem früheren Klinikum-Geschäftsführer Volker Graf zur Last legt, war den Aufsichtsratsmitgliedern nichts bekannt. "Nicht nur die vielen Dienstwagen hat er uns verheimlicht, das hat erst die Revision ergeben", erklärte OB Eva Lohse (CDU), die seit 1999 dem Aufsichtsrat angehört. Ähnlich sieht dies Helga Koch, die bis 2004 die SPD in dem Gremium vertrat. Beide verneinen eine Verletzung ihrer Aufsichtspflichten. Nach übereinstimmenden Angaben wurden zwar aus allen Fraktionen etliche Dinge angesprochen. "Graf hat oft aber auch abgeblockt, beschönigt oder vertröstet", meinte ein weiteres Aufsichtsratsmitglied.

"Wenn die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft keine klare Fakten auf den Tisch legt, ist es für uns schwierig, Unregelmäßigkeiten hinter der Bilanz zu entdecken", meinte die erfahrene Stadträtin Koch, die zehn Jahre lang dem Aufsichtsrat angehörte. "Bei einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk fasst ein Aufsichtsrat eigentlich nicht mehr nach", sieht auch CDU-Fraktionschef Heinrich Jöckel eine dominierende Rolle der Wirtschaftsprüfer.

Eine Konsequenz haben die Verantwortlichen aber bereits gezogen. Mit der Prüfung des Klinikums wurde eine andere Gesellschaft betraut. Und einstimmig hat der Stadtrat in nicht-öffentlicher Sitzung die Einholung eines Gutachtens beschlossen, inwieweit die früheren Prüfer haftbar gemacht werden können.

Besonders die starken Verflechtungen des Geschäftsführers, der 1994 sein Amt antrat, und seiner Unternehmensgruppe "Neue Pergamon" mit den vielen Tochterunternehmen waren nach "MM"-Informationen immer wieder Thema in den Aufsichtsratssitzungen. "Als etliche Mitarbeiter des Klinikums zur Pergamon gewechselt sind, bin ich hellhörig geworden. Graf hat hierzu aber nie sehr konkrete Angaben gemacht. Und seine Mitarbeiter hat der frühere Geschäftsführer sehr gut im Griff gehabt", erzählte ein langjähriges Aufsichtsratsmitglied. Kritisch beäugt wurde auch die "extreme Nähe" zwischen Graf und dem früheren Aufsichtsratschef und OB Wolfgang Schulte, wie ein Insider formulierte. Nach seinem Ausscheiden als Stadtoberhaupt war Schulte zwischenzeitlich als geschäftsführender Gesellschafter bei der "Neuen Pergamon" eingestiegen.

"Graf hatte immer eine große Handlungsfreiheit, denn die Mehrheit im Aufsichtsrat war der Meinung, nur so seien schnelle Entscheidungen möglich", äußert sich Elmar Strifler (Grüne) etwas kritischer. Als Einziger hatte dieser nach eigenen Angaben 1996 gegen den Managementvertrag von Graf gestimmt, weil es an deutlichen Regelungen gefehlt habe. In der Folgezeit haben Grüne und CDU in dem Gremium dem Vernehmen nach öfters versucht, eine "Blockade" zu bilden. Die Verlängerung

des Graf-Vertrags 2001 erfolgte nach "MM"-Informationen aber ohne Gegenstimmen. Gleichwohl hatten Fraktionen im Vorfeld versucht, die Abstimmung zu verschieben. "Nach den Zahlen, die Graf vorgelegt hatte, war das Klinikum aus den roten Zahlen heraus. Diese positive Nachricht verfehlte ihre Wirkung nicht", begründete ein Aufsichtsratsmitglied seine Zustimmung. Anfang 2003 hat OB Lohse nach eigenen Angaben eine externe Gesellschaft mit einer Sonderprüfung des Klinikums beauftragt. Im Oktober 2005 wurde der Vertrag mit Graf vorzeitig gekündigt.

© Mannheimer Morgen - 15.03.2006

Kontrolle soll schärfer werden

Wegen der Affäre um den früheren Klinikums-Geschäftsführer Volker Graf sollen zusätzliche Sicherungen eingebaut werden, um Eigenmächtigkeiten von Managern zu verhindern. Ein striktes "Vier-Augen-Prinzip" beim Geschäftsführer fordert Fraktionschef Heinrich Jöckel (CDU). Ob damit eine neue Stellvertreterstelle geschaffen wird, sei aber noch unklar. "Klare Aufgabenstellung für die Innenrevision" verlangt SPD-Kollege Ulrich Küppers. Zudem sollen die Regelungen für die Wirtschaftsprüfer und deren Verhältnis zum Aufsichtsrat enger gefasst werden. Für die Klinikum-Geschäftsführung soll eine neue Geschäftsordnung mit detaillierten Zeichnungsbefugnissen erlassen werden, kündigte OB Eva Lohse an. "Auch Verträge mit sich selbst sollen künftig nicht möglich sein." Einzelheiten sollen nach Auffassung der CDU mit dem neuen Geschäftsführer Peter Asché besprochen werden, der sein Amt am 1. April antritt. ott

© Mannheimer Morgen - 15.03.2006

D I E R H E I N P F A L Z
Lokalredaktion Ludwigshafen

Dienstag, 14. März

**Rat missbilligt Grafs Verstöße
Rechtsanwalt soll Ansprüche geltend machen - Muss Aufsichtsrat haften?**

Der Stadtrat folgt der Empfehlung des Klinikum -Aufsichtsrates, um die Geschäftsführungs-Ägide Volker Graf in dem Krankenhaus nach dessen Ausscheiden aufzuarbeiten: Ein Rechtsanwalt soll die Ansprüche der Stadt entsprechend dem ersten Revisionsbericht geltend machen.

Das hat der Rat gestern Abend in der nicht öffentlichen Debatte über den Bericht beschlossen. Das teilten OB Eva Lohse und die Fraktionschefs von SPD und CDU, Küppers und Jöckel, auf Anfrage mit. Außerdem fordert der Stadtrat, gutachterlich zu klären, ob Haftungsansprüche gegen die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geltend gemacht werden können, die das Klinikum regelmäßig geprüft hat.

Darüber hinaus soll das Rechtsgutachten auch klären, ob Haftungsansprüche gegen frühere Entscheidungsgremien von Beginn der Geschäftsführertätigkeit Grafs an erfolgversprechend sein können. Das bedeutet, dass der Aufsichtsrat unter seinem früheren Vorsitzenden, dem ehemaligen Ludwigshafener OB Wolfgang Schulte, eventuell unter die juristische Lupe genommen werden könnte.

Zu guter Letzt missbilligt der Rat einstimmig die Pflichtverstöße des ehemaligen Geschäftsführers, wie sie der Revisionsbericht darlegt.

Wie zuletzt am Samstag ausführlich berichtet, erhärtet der Bericht die Vorwürfe, wonach sich Graf in seiner Tätigkeit für das Klinikum selbst und darüber hinaus seine Firma Neue Pergamon Krankenhaus Management Gesellschaft (NPK) bereichert haben soll.

Ihm liege weder der vorläufige Revisionsbericht noch einzelne Auszüge daraus vor, ließ Graf gestern über seinen Anwalt mitteilen. Während der Arbeit der Revision hätten weder er noch sein Unternehmen NPK Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten. Grafs Anwalt zweifelt darüber hinaus die Kompetenz der städtischen Revision an. „Wer auf einseitiger Tatsachengrundlage bewertet und kein rechtliches Gehör gewährt, bewertet zwingend falsch“, heißt es in dem Anwaltsschreiben. Dem Geltendmachen „angeblicher Ersatzansprüche“ sehe Graf wie die NPK „mit großer Gelassenheit entgegen“, heißt es abschließend.

SPD-Fraktionschef Küppers betonte, dass es wichtig sei, die Aufklärungsarbeit nicht auf dem Rücken der Mitarbeiter im Klinikum auszutragen. An der guten medizinischen und gesundheitlichen Arbeit des Hauses gebe es überhaupt keine Kritik. (ell)

Mittwoch, 15. März

„Pergamon“ will Akteneinsicht Kritik an OB Eva Lohse

Die „Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH“ fordert Akteneinsicht in den städtischen Zwischenbericht zur Revision im Klinikum. Darin werden von den Revisoren Schadensersatzforderungen gegen den Ex-Klinikum Geschäftsführer Volker Graf und seine Firma „Neue Pergamon“ empfohlen.

Dieser Empfehlung ist am Montag der Stadtrat gefolgt, der einen Anwalt beauftragt hat, die Ansprüche geltend zu machen. Dabei geht es unter anderem um die Kosten für die Gestellung von Fahrpersonal oder eine Tagung der „Neuen Pergamon“, die vom Klinikum auf Anweisung des damaligen Geschäftsführers Graf gezahlt worden sein sollen, wie es in dem der RHEINPFALZ vorliegenden Bericht heißt.

Der neue Geschäftsführer der „Neuen Pergamon“, Hartwick Oswald, erklärte gestern, dass die Krankenhausgesellschaft an der umgehenden Aufarbeitung der Vorwürfe höchst interessiert sei. Dafür sei eine Akteneinsicht für Graf und die „Pergamon“ in die Revisionsberichte erforderlich. „Jeder Betroffene hat ein Recht auf Akteneinsicht“, meinte der Geschäftsführer und forderte Oberbürgermeisterin Eva Lohse auf, in der Auseinandersetzung sachlich zu bleiben und ihre „Kreuzugallüren“ unverzüglich einzustellen. (mix)

**Hier Interessantes zum Marketingvertrag des Klinikums Ludwigshafen mit der Fa. MSE
(Marc S. Ellenbogen). Volumen ca. 2 Millionen Euro in 5 Jahren**

Der Beirat der International Baden-Baden Foundation e.V.

Franz Ambrus

Dipl. Verwaltungswirt Leiter des Schul-,
Kultur- und Sportamts der Stadt Baden-
Baden

Nicolas V. Iljine

Europäischer Repräsentant der
"Solomon R. Guggenheim Foundation"

Prof. Marc S. Ellenbogen, LL.D.

Präsident der "Prague Society for
International Cooperation" und
Präsident von "GLOBAL PANEL"

Dragoljub Najman

Chairman der Taskforce for Nigeria
beim General-Direktor der UNESCO

Friedrich Gantner

Oberstudiendirektor

Dr. Hans d'Orville

Direktor des "Büro für Strategische
Planung" der UNESCO

Dr. rer. oec. Volker Graf

Geschäftsführer NEUE PERGAMON,
Krankenhaus-Management-Gesellschaft

Dr. Konrad Seitz

Botschafter a.D.

*Bei der "Prague Society for International Cooperation" und "GLOBAL PANEL" findet man
Katja Tobiasz die Geschäftsführerin der Zentralwäscherei Rhein-Neckar in Mannheim,
einer 50 %igen „Neue Pergamon-Tochter.*

Volker Graf ist an der „Neuen Pergamon“ mit ca. 47 % beteiligt, Jürgen Matschke mit ca. 30 %.
Den Rest hält Silvio von Entress-Fürsteneck, Geschäftsführer des Sankt Marienhospitals in
Gelsenkirchen-Buer (Geschäftsbesorgung NPK).

Am Stadtkrankenhaus Schwabach gibt es die

**GENIUS
Catering und Hauswirtschaftliche Dienstleistung GmbH**

Die Abwicklung der Geschäfte dürfte über die fast gleich lautende Pergamon-Tochter
GCH Genius Catering und Hauswirtschaftliche Dienste Ludwigshafen erfolgen.

Diese Firma dürfte identisch sein mit:

GCH Genius Catering und Hauswirtschafts-GmbH
59077 Hamm
Handelsregister: Hamm (Westf.) HRB 2736

Der Einkauf der ärztlichen und pflegerischen Verbrauchsmittel dürfte die Pergamon-Einkaufs-
Gemeinschaft erfolgen, obwohl der Einkauf über die „Prospitalia“ wesentlich günstiger ist.

Preisvergleiche und Ausschreibungen dürften nicht erfolgt sein.



NEUE PERGAMON Krankenhausmanagement GmbH

Seit 1. Februar 2005 hat die „NEUE PERGAMON Krankenhausmanagement GmbH“ (NPK) die Betriebsführung des Klinikums übernommen. Die Zeit des Wartens auf den neuen Vorstand ist damit endgültig vorbei.

Wer oder was verbirgt sich aber hinter der Neuen Pergamon? Ein Interview mit dem Geschäftsführenden Gesellschafter, Herrn Prof. Dr. Volker Graf, sowie ein aktuelles Organigramm des Unternehmens geben im folgenden Aufschluss darüber. Das Interview wurde uns freundlicherweise von NPK-News zur Verfügung gestellt.

„Wer ist eigentlich die Neue Pergamon?“ – „Was macht sie?“ – „Welche Unternehmen gehören denn zur NPK?“ „Wie ist die Neue Pergamon eigentlich entstanden?“ Mit diesen und ähnlichen Fragen werden die Geschäftsführer der Neue Pergamon immer wieder konfrontiert.

Die Firmenzeitung *NPK-News* sprach darüber mit Prof. Dr. Volker Graf, Gründer und Hauptgesellschafter der Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH.

NPK-News: Herr Professor Graf, wann wurde die Neue Pergamon gegründet und wem gehört sie?

Prof. Dr. Graf: Die Neue Pergamon wurde 1995 von drei Gesellschaftern gegründet. Heute hat die NPK sieben Gesellschafter, denen unterschiedlich große Anteile an der Gesellschaft gehören. Fast alle Gesellschafter sind aktiv in der NPK-Gruppe tätig, z. B. als Geschäftsführer in den Kran-

kenhäusern der Gruppe oder in anderen Führungspositionen.

Entwicklung der NPK

NPK-News: Die Neue Pergamon existiert nunmehr seit neun Jahren. Wie würden Sie rückblickend die Entwicklung beurteilen?

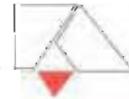
Prof. Dr. Graf: Insgesamt waren es neun sehr erfolgreiche Jahre. In den Unternehmen, die der Neuen Pergamon ganz oder anteilig gehören, arbeiten heute rund 1.200 Mitarbeiter. Der Jahresumsatz beträgt rund 60 Mio. €. Den Grundstein für diese erfolgreiche Entwicklung konnten wir in den ersten drei Jahren nach Gründung der NPK legen, als wir die Geschäftsbesorgung in den Krankenhäusern in Ludwigshafen, Gelsenkirchen-Buer und Schwabach übernommen haben. Vor fünf Jahren sind wir dann dazu übergegangen, Einrichtungen des Gesundheitswesens ganz oder anteilig zu erwerben. Parallel dazu haben wir 1998 begonnen, unsere Service-Infrastruktur für

Krankenhäuser und Altenheime aufzubauen.

Die fünf Geschäftsbereiche der NPK

NPK-News: Welche Unternehmen gehören zur NPK und auf welchen Gebieten ist sie tätig?

Prof. Dr. Graf: Die Tätigkeit der NPK umfasst fünf Geschäftsbereiche: die Akutkrankenhäuser, Einrichtungen der Rehabilitation, Alten- und Pflegeheime und die sogenannten Services. Darunter sind alle Tochterunternehmen der NPK zu verstehen, die Dienstleistungen für Krankenhäuser, Pflegeheime oder Rehab-Einrichtungen anbieten. Das fünfte und jüngste Geschäftsfeld ist die Plasmapherese, d. h. die Gewinnung von Blutplasma für die pharmazeutische Industrie. Diese stellt daraus Medikamente her, die derzeit noch nicht künstlich synthetisiert werden können, zum Beispiel Immunglobuline.



Services

NPK-News: Welche Dienstleistungen bieten die Tochterunternehmen der Neue Pergamon konkret an?

Prof. Dr. Graf: Ein wichtiges Betätigungsgebiet ist der Bereich Einkauf und Logistik. Die NPK verfügt über einen eigenen Einkaufsverbund, über den Medikalprodukte und Lebensmittel zu günstigen Konditionen bezogen werden können. Der Produkthandel wird von der Firma Med.ea unter der Leitung von Martina Wolf organisiert. Die Genius Produktmanagement GmbH mit Klaus Dudenhofer als Geschäftsführer standardisiert die in den NPK-

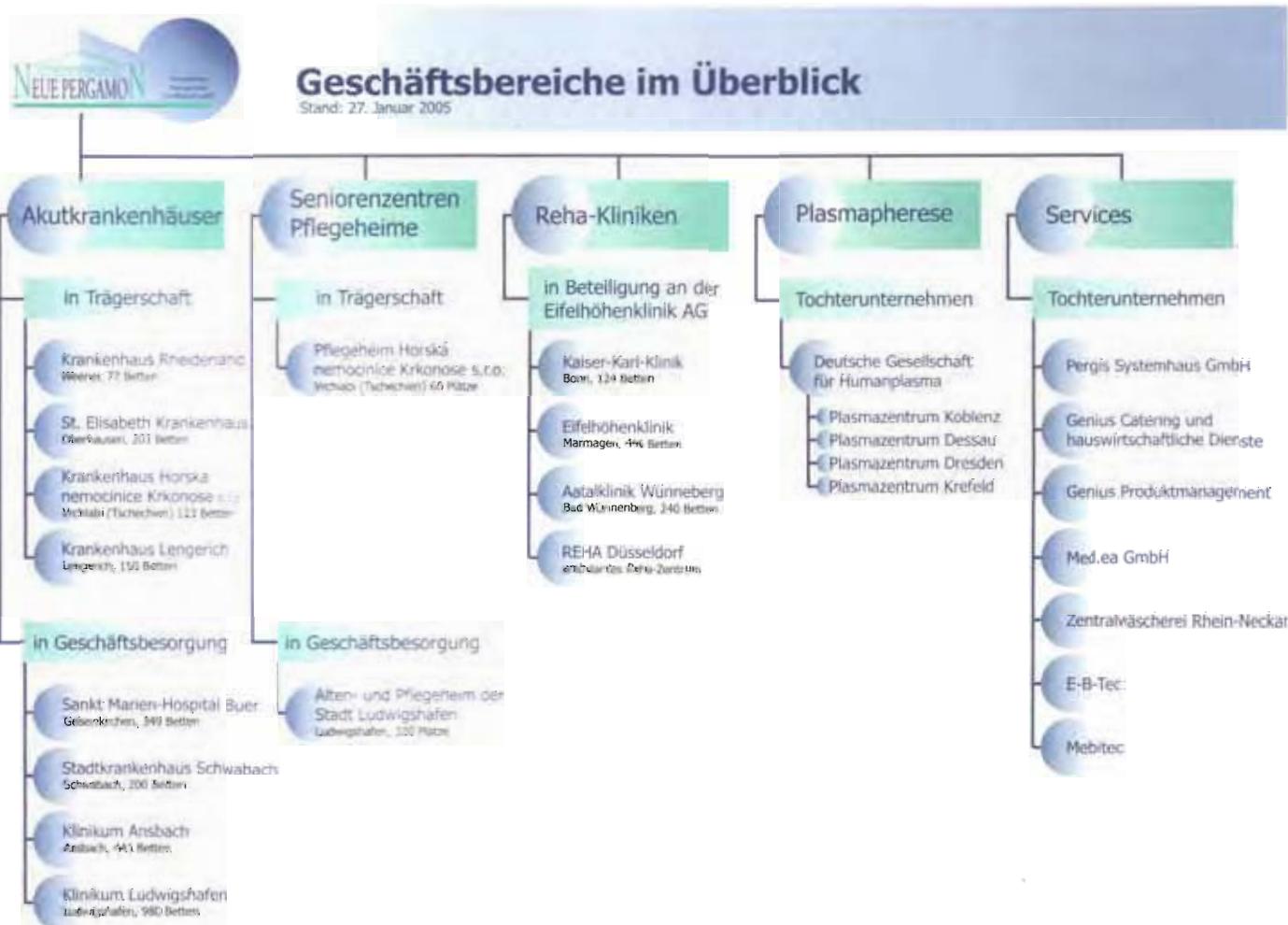
Häusern eingesetzten Medikalprodukte. Indem beispielsweise angestrebt wird, in allen NPK-Krankenhäusern sterile Handschuhe vom selben Lieferanten zu beziehen, ist es uns möglich, Einkaufsmengen zu bündeln und besonders günstige Konditionen auszuhandeln.

NPK-News: Bietet die NPK noch weitere Dienstleistungen an?

Prof. Dr. Graf: Ja. Für EDV-Dienstleistungen steht die Firma Pergis mit Dr. Andreas Beß und Klaus Schultz als Geschäftsführern zur Verfügung. Darüber hinaus ist die Neue Pergamon an den Firmen E-B-

Tec und Mebitec beteiligt. Die E-B-Tec bietet Dienstleistungen im Bau und Betrieb von Gebäuden an (Facility Management). Die Ingenieurgemeinschaft Mebitec bietet Dienstleistungen rund um den Erwerb, den Betrieb und die Instandhaltung von medizintechnischen Geräten an. Last but not least sind wir an der Zentralwäscherei Rhein-Neckar zur Hälfte beteiligt. Insgesamt verfügen wir damit über ein breites Angebot an Servicedienstleistungen, das den Bedürfnissen von Einrichtungen im Gesundheitswesen entspricht.

NPK-News: Herr Prof. Graf, wir danken für das Gespräch.



ProSpitalia

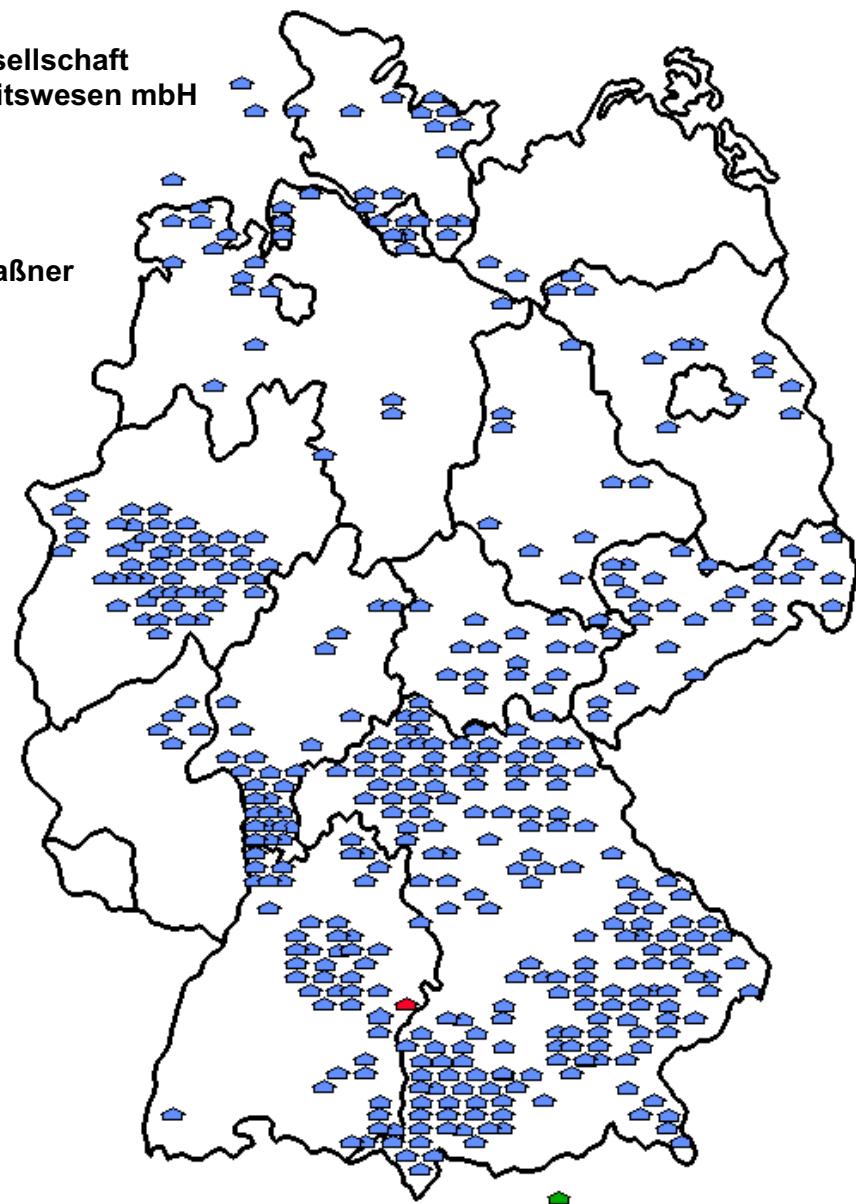
Vertragsklinikenübersicht

ProSpitalia

Handels- u. Beratungsgesellschaft
im Sozial- und Gesundheitswesen mbH

Hörvelsinger Weg 35
89081 Ulm-Jungingen

Geschäftsführer: Hans Gaßner
HRB-Nr. 2736



423 Häuser - 91.283 Betten

ProSpi 01.03.2006

- Zentrale Verhandlungen von Einkaufskonditionen im Bereich Verbrauchs- und Gebrauchsgüter
- Unterstützung bei investiven Beschaffungsmaßnahmen
- Rahmenverträge (derzeit 272 Vertragspartner)
- Einkaufscontrolling durch ständige Marktbeobachtung und Marktanalysen
- Vorortberatung durch unseren Außendienst
- Informations- und Erfahrungsaustausch in allen Produktbereichen
- Hilfestellung bei Standardisierung und Straffung des hauseigenen Artikelkataloges
- Teilnahme an hauseigenen Kommissionssitzungen
- Mitwirkung im Hinblick auf Budgetverträge
- Artikeldatenpflege durch eigene Datenbank

20. März 2006

FWG: Lohse bekommt Klinikumaffäre nicht in den Griff

FWG stellt kritische Fragen an die OB und fordert erneut eine öffentliche Debatte im Stadtrat

Wirtschaft | 20.03.2006. - 10:24:38

Die Klinikumaffäre, die alle nach der gütlichen Einigung von OB Lohse mit Klinikum-Geschäftsführer Prof. Graf – er kündigte und schied zum 31. Oktober freiwillig aus – im April letzten Jahres als beendet ansahen, geht nun in eine weitere Runde.

Schon jetzt steht für die Freien Wähler fest: Das Klinikum wird aufs Neue beschädigt. Warum OB Lohse dies tut, ist trotz eines weiteren, von ihr bestellten Gutachens der hauseigenen Revision auch für die FWG nicht so leicht nachvollziehbar.

Obwohl seit 1999 im Aufsichtsrat des Klinikums, beanstandet Lohse heute Vorgänge, die ihr nicht nur bekannt waren, sondern für die sie selbst verantwortlich zeichnete. Von der vom Geschäftsführer Prof. Graf angeblich zu verantworteten Schadenssumme in Höhe von rund 470.000 €, sind allein 140.000 € Zahlungen aus Erfolgsbeteiligungen der Jahre 1999 - 2001, die Lohse, seit 1999 Mitglied des Gremiums, zum einen kannte, zum anderen sogar als Vorsitzende des Aufsichtsrates 2002 selbst dem Aufsichtsrat empfahl.

Hier nun heute zu behaupten, diese Zahlungen seien zu Unrecht erfolgt und müssten deshalb zurückgezahlt werden, wirft doch Fragen nach der Verantwortlichkeit von OB Lohse auf. Jeder, der sich nur einigermaßen mit dem GmbH-Recht auskennt weiß auch, dass man bei Kenntnis solcher Dinge nach Entlastung des Geschäftsführers durch den Aufsichtsrat, diesen nicht mehr zu Schadensersatz heranziehen kann.

Warum, so fragen wir Freien Wähler, werden dann solche enormen Summen von OB Lohse als Schadensforderung an Prof. Graf überhaupt öffentlich gehandelt, bevor der Betroffene die Möglichkeit hatte, sich zum Bericht der städtischen Revision zu äußern?

Es ist auch für die FWG-Ratsfraktion nicht nachvollziehbar, wieso einerseits im Nachgang zum Auflösungsvertrag, der das vorzeitige Ausscheiden von Prof. Graf besiegelte, unisono von OB Lohse und CDU-Fraktionschef Jöckel betont wurde, Graf erhielte keine Abfindung, während gleichzeitig verschwiegen wurde, dass Prof. Graf – neben der Fortzahlung seiner Bezüge bis zum 31. Oktober – für das noch laufende Geschäftsjahr 2005 eine mehr als stattliche Gewinnbeteiligung von ca 120.000 € erhält. Und dies, obwohl OB Lohse schon zu diesem Zeitpunkt sicher wusste, weil der von ihr Anfang März mitbeschlossene Wirtschaftsplan dies auswies, dass das Klinikum 2005 überhaupt keinen Gewinn, sondern voraussichtlich fast 3 Mio. €-Defizit erwirtschaften wird.

Diese und weitere offenen Fragen will die FWG-Ratsfraktion, wie schon am Montag im Stadtrat gefordert, durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer überprüfen lassen. Nach Ansicht der FWG muss die Kontrollfunktion sowohl der jeweiligen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften als auch der gesamten Aufsichtsräte seit 1996, also auch die unter Lohses Vorsitz, auf Pflichtverletzungen hin überprüft werden. Dies wurde auch am Montag vom Stadtrat so beschlossen.

Auch muss die Frage beantwortet werden, warum OB Lohse im Auflösungsvertrag vom 14.4.05 festgeschrieben hat, dass die von ihr beauftragte und am 4.4.05 erst begonnene Revision bis zum Ausscheiden des Geschäftsführers nicht fortgesetzt wird. Auch die aus dem ersten Prüfgutachten von Prof. Graf noch unbeantworteten Fragen, so heißt es im Vertrag, brauchen nicht mehr beantwortet zu werden. Auch wir Freien Wähler sind für absolute Aufklärung und ggf. auch für Schadensersatzforderungen, wo dies angezeigt ist.

In Anbetracht der dem Geschäftsführer zum Abschied gewährten und mit nichts zu rechtfertigenden Gewinnbeteiligung in 6-stelliger €-Höhe muss sich OB Lohse kritischen Fragen öffentlich und nicht hinter verschlossenen Türen stellen. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, umfassend aufgeklärt zu werden. Deshalb tritt die FWG-Ratsfraktion dafür ein, die Klinikum-Affäre in der nächsten Sitzung des Stadtrates öffentlich zu behandeln.

**„Graf hat Vertrauen gebrochen“
Altoberbürgermeister Wolfgang Schulte zur Klinikum-Affäre –
Privatisierung des Krankenhauses sei dennoch richtig gewesen**

Von unseren Redakteuren S. Keller und M. Schmid

Als Oberbürgermeister und Aufsichtsratsvorsitzender des Ludwigshafener Klinikums hat Wolfgang Schulte den heute umstrittenen Gesundheitsmanager Volker Graf geholt, um das städtische Krankenhaus zu privatisieren. Schulte hat maßgeblich an den Verträgen des ehemaligen Geschäftsführers mitgewirkt, die heute in der Kritik stehen. Im RHEINPFALZ-Gespräch verteidigt Schulte die Privatisierung und Grafs Verträge, die Bezahlung und Erfolgsprämien klar geregelt hätten. Allerdings habe Graf auch **Vertrauen** missbraucht, bedauert Schulte.

Anfang der 90er Jahre wollte sich die Stadt als Oberzentrum im Gesundheitswesen neu positionieren. Zentrale Schritte dazu seien die Privatisierung des Klinikums und die Pläne für die Gründung einer medizinischen Privat-Universität gewesen, beschreibt Schulte die Ausgangslage. 1992 wurde deshalb ein Geschäftsführer für das Klinikum gesucht. Volker Graf sei mit einem Jahresgehalt von 120.000 Euro ein „günstiger und guter Geschäftsführer“ gewesen, erinnert sich Schulte.

Graf habe gleich zu Beginn den Umbau des Krankenhauses geschultert. 1996 habe der Manager die Firma „Neue Pergamon Krankenhaus Management Gesellschaft“ (NPK) gegründet und einen Vertrag zwischen der Firma und dem Klinikum gefordert - andernfalls wäre er gegangen, sagt Schulte.

Nach dem Erfolg der ersten drei Jahre habe der Aufsichtsrat zugestimmt, Grafs Gehalt auf 150.000 Euro zu erhöhen. „Er wollte den Pergamon-Vertrag und wir wollten den Reformkurs beibehalten“, erinnert sich Schulte. Einstimmig seien Volker Graf im Aufsichtsrat Über-Erfüllung der Ziele bestätigt worden. Damals habe sich das Konzept, einem Geschäftsführer Freiheiten einzuräumen, damit er wirtschaftlich handeln und rasch Entscheidungen treffen könne, als richtig erwiesen. Graf habe gute Ideen gehabt und wichtige Netzwerke aufgebaut.

Der Altoberbürgermeister widerspricht den Ergebnissen der Sonderprüfung und der Revision, die moniert hatten, dass Graf unberechtigt Prämien kassiert und es gravierende Regelungslücken gegeben habe. Laut Schulte hätten die Prüfer nicht alle notwendigen Grundlagen für eine Prüfung beachtet und seien zu falschen Schlüssen gekommen. Alle Regelungen über die Bezahlung samt Tantiemen für Graf seien im Aufsichtsrat besprochen worden und dem Vertrag mit dem Geschäftsführer zu entnehmen.

Als Geschäftsführer des Klinikums sei Graf dazu verpflichtet worden, auch die Geschäftsführung für die 1996 ebenfalls privatisierten städtischen Alten- und Pflegeheime zu übernehmen. „Wir haben dafür keinen separaten Vertrag geschlossen. Im Nachhinein betrachtet, war das wohl ein Fehler“, räumt Schulte ein. Denn heute sind die fünfprozentigen Erfolgsprämien für Graf am Gewinn der Alten- und Pflegeheim GmbH umstritten.

„Gab keine mündliche Absprachen“

Die Revisionsprüfer und die derzeitige Klinikum-Aufsichtsratsvorsitzende Eva Lohse sehen dafür keine Grundlage und fordern etwa 140.000 Euro zurück. Graf hingegen beruft sich auf mündliche Absprachen mit dem früheren Aufsichtsratschef Schulte. „Mündliche Absprachen hat es nicht gegeben“, sagt wiederum Schulte. Durch die Verträge sei klar gewesen, dass Graf von 1996 bis 1999 auf eigenes Risiko arbeite und - falls er schwarze Zahlen erwirtschaftet - 2000 eine rückwirkende Prämie auf 1999 erhalte. Diese Erfolgsprämie für die Altenheime sei erstmals im Jahresbericht 2000 ausgewiesen und dem Aufsichtsrat erläutert worden. „Aus Sicht der Stadt war das doch optimal. Wir haben uns den zweiten Geschäftsführer für die Alten- und Pflegeheime gespart und Graf hat das wirtschaftliche Risiko getragen. Bei roten Zahlen hätte er keine Prämie bekommen“, so Schulte.

Kontrolle im Klinikum

Die interne Kontrolle im Klinikum sei auch nicht lückenhaft gewesen, wie von der Revision behauptet. Berichtswesen, Risiko-Management seien aufgebaut, dem Aufsichtsrat ständig berichtet worden. Graf sei regelmäßig vom Aufsichtsrat entlastet worden - in dem ab 1999 auch Eva Lohse saß. „Die Kontrolldichte war da, aber lückenlose Kontrolle gibt es nicht“, so Schulte.

Von den drei Dienstwagen Grafs habe er ebenso wenig gewusst wie von Pergamon-Feiern auf Klinikum-Kosten im BASF-Casino. Schulte: „Das war Missbrauch von Freiheiten und individuelles Fehlverhalten. Graf hat damit **Vertrauen gebrochen**. Ich bin enttäuscht.“

Dass Graf Aufträge an Tochterfirmen der eigenen „Pergamon“ vergeben haben soll, findet Schulte nicht anstößig. „Das machen alle, um günstigere Preise zu bekommen.“ Die Zentralwäscherei sei auf Wunsch des Aufsichtsrates von Graf übernommen worden - aber ohne öffentliche Auftragsvergabe. Ein eindeutiger Pflichtverstoß monieren die Sonderprüfer. „Wir hätten ansonsten Mitarbeiter entlassen müssen“, sagt Schulte.

Der harte Kurs Lohses gegen Graf sei auch eine Kampagne, um seine Arbeit als Oberbürgermeister im Nachhinein zu diskreditieren, glaubt Schulte. Der Ruf des Klinikums leide massiv unter der Debatte, die trotz Grafs Weggang weiter geschürt werde. Lohse betreibe kein gutes Krisenmanagement.

Dass er dafür kritisiert wird, die ehemalige Klinikum-PR-Firma MSE juristisch gegen die Stadt zu vertreten, lässt den Rechtsanwalt kalt. Zu Einzelheiten wollte er sich wegen des laufenden Verfahrens nicht äußern.

Quelle: DIE RHEINPFALZ vom 22.03.2006

FWG-Presseerklärung vom 2006 zum Wiederaufflammen der Klinikum-Affäre

FWG stellt kritische Fragen an die OB und fordert eine öffentliche Debatte im Stadtrat

Die Klinikumaffäre, die alle nach der gütlichen Einigung von OB Lohse mit Klinikum-Geschäftsführer Prof. Graf – er kündigte und schied zum 31. Oktober freiwillig aus - im April letzten Jahres als beendet ansahen, geht nun in eine weitere Runde.

Schon jetzt steht für die Freien Wähler fest: Das Klinikum wird aus Neue beschädigt. Warum OB Lohse dies tut, ist trotz eines weiteren, von ihr bestellten Gutachtens der hauseigenen Revision auch für die FWG nicht so leicht nachvollziehbar. Obwohl seit 1999 im Aufsichtsrat des Klinikums, beanstandet Lohse heute Vorgänge, die ihr nicht nur bekannt waren, sondern für die sie selbst verantwortlich zeichnete.

Von der vom Geschäftsführer Prof. Graf angeblich zu verantworteten Schadenssumme in Höhe von rund 470.000 €, sind allein 140.000 € Zahlungen aus Erfolgsbeteiligungen der Jahre 1999 - 2001, die Lohse, seit 1999 Mitglied des Gremiums, zum einen kannte, zum anderen sogar als Vorsitzende des Aufsichtsrates 2002 selbst dem Aufsichtsrat empfahl. Hier nun heute zu behaupten, diese Zahlungen seien zu Unrecht erfolgt und müssten deshalb zurückgezahlt werden, wirft doch Fragen nach der Verantwortlichkeit von OB Lohse auf.

Jeder, der sich nur einigermaßen mit dem GmbH-Recht auskennt weiß auch, dass man bei Kenntnis solcher Dinge nach Entlastung des Geschäftsführers durch den Aufsichtsrat, diesen nicht mehr zu Schadensersatz heranziehen kann.

Warum, so fragen wir Freien Wähler, werden dann solche enormen Summen von OB Lohse als Schadensforderung an Prof. Graf überhaupt öffentlich gehandelt, bevor der Betroffene die Möglichkeit hatte, sich zum Bericht der städtischen Revision zu äußern?

Es ist auch für die FWG-Ratsfraktion nicht nachvollziehbar, wieso einerseits im Nachgang zum Auflösungsvertrag, der das vorzeitige Ausscheiden von Prof. Graf besiegelte, unisono von OB Lohse und CDU-Fraktionschef Jöckel betont wurde, Graf erhielte keine Abfindung, während gleichzeitig verschwiegen wurde, dass Prof. Graf - neben der Fortzahlung seiner Bezüge bis zum 31. Oktober - für das noch laufende Geschäftsjahr 2005 eine mehr als stattliche Gewinnbeteiligung von ca. 120.000 € erhält. Und dies, obwohl OB Lohse schon zu diesem Zeitpunkt sicher wusste, weil der von ihr Anfang März mitbeschlossene Wirtschaftsplan dies auswies, dass das Klinikum 2005 überhaupt keinen Gewinn, sondern voraussichtlich fast 3 Mio. Euro Defizit erwirtschaften wird.

Diese und weitere offenen Fragen will die FWG-Ratsfraktion, wie schon am Montag im Stadtrat gefordert, durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer überprüfen lassen. Nach Ansicht der FWG muss die Kontrollfunktion sowohl der jeweiligen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften als auch der gesamten Aufsichtsräte seit 1996, also auch die unter Lohses Vorsitz, auf Pflichtverletzungen hin überprüft werden. Dies wurde auch am Montag vom Stadtrat so beschlossen.

Auch muss die Frage beantwortet werden, warum OB Lohse im Auflösungsvertrag vom 14.4.05 festgeschrieben hat, dass die von ihr beauftragte und am 4.4.05 erst begonnene Revision bis zum Ausscheiden des Geschäftsführers nicht fortgesetzt wird. Auch die aus dem ersten Prüfgutachten von Prof. Graf noch unbeantworteten Fragen, so heißt es im Vertrag, brauchen nicht mehr beantwortet zu werden.

Auch wir Freien Wähler sind für absolute Aufklärung und ggf. auch für Schadensersatzforderungen, wo dies angezeigt ist. In Anbetracht der dem Geschäftsführer zum Abschied gewährten und mit nichts zu rechtfertigenden Gewinnbeteiligung in 6-stelliger Euro-Höhe muss sich OB Lohse kritischen Fragen öffentlich und nicht hinter verschlossenen Türen stellen.

Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, umfassend aufgeklärt zu werden. Deshalb tritt die FWG-Ratsfraktion dafür ein, die Klinikum-Affäre in der nächsten Sitzung des Stadtrates öffentlich zu behandeln.

"Nicht auf Rücken der Belegschaft"

Gemeinsam mit dem neuen Klinikum-Geschäftsführer Peter Asché, der heute sein Amt antritt, müssten "alle Kräfte konzentriert werden, um das Klinikum in eine gute Zukunft führen". Dies fordern SPD und Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat.

"Schwierigere wirtschaftliche Situationen dürfen nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgetragen werden. Unabdingbar nötige Kosteneinsparungen sind zunächst auf anderen Feldern als dem der Personalkosten zu realisieren", heißt es in einer gemeinsamen Presse-Erklärung.

Bekanntlich schreibt das Klinikum deutlich rote Zahlen. Für dieses Jahr wird ein Fehlbetrag von etwa fünf Millionen Euro erwartet.

Großen Wert legt die SPD auf die Feststellung, wonach es bei der Auseinandersetzung um den Ex-Geschäftsführer Volker Graf um das Fehlverhalten eines Einzelnen gehe und die gute Entwicklung sowie medizinische und pflegerische Leistung des Klinikums und der Mitarbeiter nicht beeinträchtigt werden dürften.

Die Untersuchung solle zügig abgeschlossen werden, damit wieder Ruhe im Klinikum einkehre.

SPD und Arbeitnehmervertreter danken der Interimsgeschäftsführung von Käte Harms und Prof. Dieter Seiler für eine "hervorragende Arbeit".

Streit um Revision im Klinikum Pergamon kritisiert Lohse

Der Streit um die Geschäftspraktiken des Ex-Klinikum-Managers Volker Graf geht in eine neue Runde. Grafs „Neue Pergamon Krankenhaus Managementgesellschaft“ wirft Oberbürgermeisterin Eva Lohse vor, die Revision der Klinikum-Geschäfte unnötig in die Länge zu ziehen und fordert einen vollständigen Abschlussbericht.

Lohse wies gegenüber der RHEINPFALZ die Vorwürfe zurück.

„Wir entdecken permanent neue Dinge. Ich lasse mir nicht vorwerfen, diese Vorfälle nicht aufgeklärt zu haben“, sagte die OB, die auch Klinikum-Aufsichtsratsvorsitzende ist.

Die Neue Pergamon und Graf seien vor Ostern über den ersten Zwischenbericht der Revisoren informiert worden. In dem Bericht seien Pflichtverstöße Grafs abschließend festgestellt worden. Deshalb seien auf einstimmigen Beschluss des Klinikum-Aufsichtsrats und des Stadtrats Schadensersatzansprüche von rund 500.000 Euro gestellt worden.

Die Staatsanwaltschaft für Wirtschaftsstrafsachen, die gegen Graf wegen Untreue ermittelt, hat laut Lohse mittlerweile den ersten Revisionsbericht angefordert. Ein zweiter Bericht, der sich mit anderen Vorwürfen beschäftigt, soll im Juli fertig sein. Denkbar sei auch noch ein Abschlussbericht im Herbst.

Die Neue Pergamon wirft Lohse einen „Vernichtungsfeldzug“ vor. Die Revision hätte schon längst abgeschlossen sein können. Die „scheibchenweise“ Veröffentlichung von Teilberichten schade dem Klinikum und behindere die Aufklärung der Vorwürfe durch Graf, der erst dazu Stellung nehmen werde, wenn alle Ergebnisse auf dem Tisch lägen. Bisher seien keine schadenersatzpflichtigen Versäumnisse zu erkennen. (mix)

Quelle: DIE RHEINPFALZ vom 11.05.2006

Neue Pergamon fordert vollständige Prüfunterlagen: Unwürdigen Vernichtungsfeldzug beenden!

11.05.2006 , Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH

NPK und Graf antworten, wenn alles offen liegt

Ludwigshafen

„Wir fordern die Stadtverwaltung Ludwigshafen ultimativ auf, umgehend einen vollständigen Revisionsbericht vorzulegen, damit das Schaulaufen der Frau Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse in Sachen NPK und Prof. Dr. Volker Graf beendet wird.“ sagte am Mittwoch Hartwick Oswald, Geschäftsführer der Neuen Pergamon Krankenhaus Management GmbH (NPK). „Durch die von Frau Oberbürgermeisterin angekündigte scheibchenweise Veröffentlichung von Teilrevisionsberichten öffnet sie politischen Ränkespielen Tür und Tor.“ mutmaßte Oswald. Dies könne einer Objektivierung der Sachlage nicht dienen. Die Stadtspitze habe wohl ein schlechtes Gewissen; anders lasse sich nicht erklären, warum sie zur Beantwortung ihres eigenen Elaborates eine Frist von lediglich 12 Tagen (inkl. Oster) einräumt und eine Fristverlängerung apodiktisch ablehnt. Oswald: „Da fürchtet offenbar jemand, dass die eigenen Karten ziemlich schlecht sind.“ Das Revisionsverfahren hätte schon längst abgeschlossen werden können und müssen. Dann wäre auch klar, dass die Verantwortlichen bei der NPK sich korrekt und wirtschaftlich sinnvoll verhalten haben.

„Beide Parteien sollten Interesse an einer seriösen, vollständigen und streng sachlichen Rechtsprüfung haben. Wir sind dazu schon lange bereit!“ bekraftigte Oswald. Es ist die Pflicht und Schuldigkeit der Frau Oberbürgermeisterin, Rufschäden und materielle Einbußen nicht nur im Bereich des Krankenhauses zu verhindern. „Sobald die von Frau Dr. Lohse beauftragte Revision einen einzigen inhaltlich abgeschlossenen Revisionsbericht erstellt hat, nehmen sowohl die NPK als auch Prof. Graf dazu Stellung,“ sicherte der NPK-Geschäftsführer zu. Dies habe die von der NPK beauftragte Rechtsanwaltskanzlei die Stadt wissen lassen. Oswald: „Bisher wird von der Stadtspitze viel heiße Luft geblasen! Der offenkundige Vernichtungsfeldzug gegen Prof. Graf muss sofort beendet werden. Wir können keine ersatzpflichtigen Versäumnisse erkennen.“

12. Mai 2006

Groteske Formen im Klinikum-Streit

LU-Witzig | 12.05.2006. - 09:05:07

Der Klinikum-Streit nimmt immer groteskere Formen an. So behauptet OB Lohse, es seien auf einstimmigen Beschluss des Stadtrates Schadensersatzansprüche (Anm.: gegen Prof. Graf) von rund 500.000 € gestellt worden.

Tatsächlich hat der Stadtrat aber auf Antrag der OB lediglich beschlossen, dass ein Rechtsanwalt auf der Grundlage des Berichts der innerstädtischen Revision mit der Prüfung beauftragt werden soll, ob und ggf. welche Schadensersatzforderungen überhaupt geltend gemacht werden könnten.

Dies ist ein himmelweiter Unterschied, denn die FWG hat große Zweifel, ob die Erfolgzahlungen an Prof. Graf aus dessen Geschäftsführung der Alten- und Pflegeheime, die mit 140.000 € den größten Brocken ausmachen, wirklich vertragswidrig sind und nicht doch rechtmäßig gezahlt wurden.

Auch fragte die FWG-Ratsfraktion in dieser Sitzung nach, ob schon Fragen der Verjährung eventueller Ansprüche geprüft worden seien. Auch dies, so die Entscheidung des Stadtrates, sollte ein Rechtsanwalt zunächst abklären.

Des Weiteren soll nach dem Willen des Rates geprüft werden, ob die Wirtschaftsprüfer, die alljährlich die Geschäftsführung prüften und Bericht erstatteten, wie auch die jeweiligen Aufsichtsräte, der aktuell amtierende eingeschlossen, ihre Kontrollaufgaben ordnungsgemäß erfüllt haben.

17.05.2006 Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH

Die Oberbürgermeisterin von Ludwigshafen hat keine tragfähigen Sachargumente gegen die NPK und/oder Prof. Dr. Volker Graf

Neue Pergamon setzt nach:

OB ohne tragfähige Sachargumente

NPK kritisiert Verschwendung von Steuergeldern

Ludwigshafen • „Die Oberbürgermeisterin von Ludwigshafen hat keine tragfähigen Sachargumente gegen die NPK und/oder Prof. Dr. Volker Graf,“ stellte am Dienstag Hartwick Oswald, Geschäftsführer der Neuen Pergamon Krankenhaus Management GmbH (NPK), fest. In der Stadtratssitzung am Montag (15. Mai 2006) habe die Oberbürgermeisterin – entgegen früheren Intentionen - keine Fakten vorgelegt, die einen Schadenersatzanspruch begründen könnte. Jetzt werde ein weiterer Teilbericht für Juli angekündigt; der Abschlußbericht komme wohl erst im Herbst oder Winter. „Das ist zu viel Zeit für zu viele Gerüchte und zu wilde Spekulationen auf dem Rücken von NPK und Graf,“ meinte Oswald.

Der vollständige Revisionsbericht müsste längst fertig sein. Schon im März 2003 sei vom Aufsichtsrat der Klinik eine betriebswirtschaftliche Sonderprüfung beschlossen worden. Der Prüfungsauftrag sei kurz danach in eine Untersuchung von angeblichen Pflichtverstößen der NPK bzw. Prof. Graf verändert worden. Das Auftragsschreiben sei damals weder dem Aufsichtsrat der Klinik vorgelegt noch bis heute veröffentlicht worden. Oswald kritisiert, dass die Beauftragung von Anwaltskanzleien und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften die Steuerzahler vermutlich schon über 100 T € gekostet habe.

„In seiner Zeit als Geschäftsführer des Städtischen Klinikums Ludwigshafen sind Prof. Graf keine Pflichtverstöße nachzuweisen,“ bekräftigte Oswald. Wer Aufklärungsarbeit betreiben wolle, der müsse unverzüglich belastbare Fakten auf den Tisch legen und die gewählte Verzögerungstaktik aufgeben. Oswald: „Entweder weiß man jetzt, ob man Ersatzansprüche geltend machen kann oder erkennt an, dass es keine gibt.“ Die vielen Teilberichte würden das Verfahren jedenfalls nicht beschleunigen! Oswald forderte: „Die Oberbürgermeisterin hat unverzüglich einen Gesamtbericht vorzulegen und endlich ihre Rufmordkampagne einzustellen!“

Wormser Zeitung

Klage gegen den Ex-Klinikchef

Geschäftsführer soll Stadt geschädigt haben

Vom 17.05.2006

Von

Klaus Mümpfer

LUDWIGSHAFEN Die Stadt wird gegen den früheren Geschäftsführer des Klinikums, Professor Volker Graf, zivilrechtlich klagen. Das hat Oberbürgermeister Eva Lohse gestern angekündigt. Es gehe um Rückforderungen von mehr als 400000 Euro, sagte sie der WZ. Lohse wirft Graf "massive Pflichtverstöße zugunsten seiner Neuen Pergamon Krankenhaus Management GmbH" (NPK) vor. Diese seien in einem ersten Revisionsbericht festgestellt worden. Graf soll Aufträge des Klinikums ohne Ausschreibung an Tochterfirmen seiner "Neuen Pergamon Krankenhaus Management GmbH" vergeben und damit die Stadt geschädigt haben. Deshalb hätten Aufsichtsrat des Klinikums und Stadtrat sie einstimmig beauftragt, entstandenen Schaden zurückzufordern, sagte Lohses. Von "einem Feldzug gegen Volker Graf und die NPK" spricht dagegen Gert von Hassel, der die Interessen Grafs und der Gesellschaft gegenüber der Stadt vertritt.

Begonnen hatte der Streit 2003 mit einer Sonderwirtschaftsprüfung. Lohse hatte sie in Auftrag gegeben, um die Geschäftsbeziehungen des Klinikums auf Unregelmäßigkeiten und Abhängigkeiten zu durchleuchten. Nach Vorlage des Berichts hatte die OB im Januar 2005 gefordert, Graf abzusetzen. Im Frühsommer kündigte der Geschäftsführer des Klinikums schließlich selbst seinen Vertrag vorzeitig, der noch bis 2006 laufen sollte.

Dass ein vollständiger Revisionsbericht noch immer nicht vorliege, kritisierte gestern die NPK. OB Lohse habe im Stadtrat "entgegen früheren Intentionen keine Fakten vorgelegt, die einen Schadensersatzanspruch begründen könnten", erklärt NPK-Geschäftsführer Hartwick Oswald. Er spricht von einer "Verzögerungstaktik" und glaubt, dass "die Beauftragung von Anwaltskanzleien und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften die Steuerzahler vermutlich schon über 100000 Euro gekostet" habe.

Von Hassel versichert, dass Graf und die NPK zu allen Vorwürfen erst Stellung nehmen wollen, wenn der abschließende Revisionsbericht der Verwaltung vorliegt. Darüber könne es wohl Herbst oder Winter werden, nachdem jetzt zunächst ein weiterer Teilbericht für Juli angekündigt worden sei. Lohse ihrerseits wirft der Gegenseite vor, dass sie sich trotz Aufforderung der von der Stadt beauftragten Kanzlei noch nicht zu den Vorwürfen geäußert habe.

Unterdessen ermittelt die Staatsanwaltschaft auf der Basis der Sonderprüfung. "Auch diese Ermittlungen kommen nicht voran", beklagt von Hassel gegenüber dieser Zeitung.

Unbestritten sind die Verdienste Grafs um die wirtschaftliche Gesundung des Klinikums. Der frühere Geschäftsführer habe die Einrichtung mit Hilfe der Neuen Pergamon Krankenhaus Management GmbH aus tiefroten Zahlen in die Gewinnzone gebracht.

http://www.luaktiv.de/scripts/cms_luaktiv/

http://www.luaktiv.de/scripts/cms_luaktiv/news.php?id=1996

MSE klagt gegen Klinikum Ludwigshafen

MSE klagt gegen Klinikum Ludwigshafen und den zukünftigen Geschäftsführer Asché | Ludwigshafen | 10.03.2006. - 14:44:37

Ludwigshafen - Die Firma MSE Strategies GmbH hat in der Auseinandersetzung mit dem Klinikum der Stadt Ludwigshafen gGmbH sowie dessen zukünftigem Geschäftsführer Peter Asché bereits Klage bei Gericht eingereicht. Es handelt sich im Einzelnen um eine Klage auf Erfüllung der vier bestehenden Verträge über die Leitung des Ressorts für Marketing, Medien und Public Relations, die Erstellung einer Mitarbeiterzeitung, die Erstellung einer wissenschaftlichen Zeitschrift sowie die Schaltung von Anzeigen. Ferner wurden Unterlassungserklärungen sowie Zahlungsaufforderungen wegen des Bruches der Verschwiegenheitspflicht gegen Peter Asché sowie gegen das Klinikum geltend gemacht.

MSE-Geschäftsführer Prof. Marc S. Ellenbogen bekräftigte nochmals, dass die Verträge seiner Firma mit dem Klinikum gültig seien. Herr Asché habe sich noch am 25. 02. 2006 in der Rheinpfalz mit dem Satz zitieren lassen, er habe bereits jetzt darauf gedrängt, den noch bis Ende dieses Jahres laufenden Marketingvertrag mit der Firma MSE über 400.000 Euro nicht mehr zu erfüllen, "selbst wenn das rechtliche Konsequenzen hätte". Ellenbogen dazu: "Warum hat Herr Asché diesen Satz gesagt? Und warum sagt das Klinikum wenig später, es gebe gar keinen gültigen Vertrag? Sind hier die Ahnungslosen am Werk, oder werden politische Spielchen gespielt?" Um von der eigenen schwachen Position abzulenken werde nun versucht, ihn und seine Firma mit unwahren Behauptungen öffentlich zu diskreditieren und auszuräuchern, so Ellenbogen. "Aber wer denkt, er könne die MSE ausräuchern, der wird noch sein blaues Wunder erleben", gibt sich Ellenbogen kämpferisch.

Gericht schlägt 200 000 Euro vor

Im Rechtsstreit zwischen dem Klinikum und dem früheren Marketing-Chef Marc S. Ellenbogen hat das Landgericht Frankenthal gestern einen Vergleich vorgeschlagen. Dieser sieht nach "MM"-Informationen vor, dass Ellenbogen 200 000 Euro als Ausgleich für den vorzeitig beendeten Vertrag erhalten soll. "Das Gericht hat bestätigt, wonach der Hauptvertrag Ellenbogens bis Ende 2006 gültig gewesen ist", meinte dessen Anwalt, Ex-OB Wolfgang Schulte, auf "MM"-Anfrage. Die Unterlassungsklage gegen den Klinikum-Geschäftsführer Peter Asché wegen Äußerungen, wonach Ellenbogen für seine Tätigkeiten stark überbezahlt gewesen sei, bleibe aufrechterhalten. Diese soll demnächst vor dem Landgericht verhandelt werden. OB Eva Lohse wollte zum Vergleichsvorschlag nichts sagen. Sie verwies darauf, dass die Erklärungsfrist der Parteien bis 7. Juli laufe. ott

Mannheimer Morgen
23. Juni 2006

Ludwigshafen: Millionen-Forderung gegen Graf

Neuer Bericht über Tätigkeit von Ex-Klinikum-Geschäftsführer liegt vor

Hauptverantwortlich für die Summe sollen „nicht genehmigte und weitergeleitete Boni an die NPK“ sein. Geld das nach Bewertung der Revision in ihrem Bericht hätte an das Klinikum fließen müssen. Es geht um Rabattbeträge, die der Einkaufsgesellschaft und dem Einkaufsverbund aus NPK-Kliniken beim Kauf von Arzneimitteln und medizinischem Gerät gewährt wurden. Den Betrag, rund fünf Millionen Euro, soll der ehemalige Geschäftsführer nach Erkenntnissen des Untersuchungsberichts seit dem Jahr 2000 „in die eigene Tasche gesteckt haben“, wie es ein Aufsichtsratsmitglied salopp formulierte.

Rund 300.000 Euro gingen nach dem Bericht dem Klinikum durch „großzügigen Umgang mit der Klinik-Kreditkarte“ verloren. Essen und Übernachtungen sollen unberechtigt bezahlt worden sein. Angestellte der Klinik sollen zudem viele Stunden lang für die NPK gearbeitet haben.

„Das ist eine Granate“, urteilte ein Aufsichtsratsmitglied nach Blick in den Bericht. Es handele sich zunächst um theoretisch rückholbare Forderungen. Die Gesamtforderungen gegen NPK/Graf erhöhen sich mit dem ersten Bericht - darin ging es unter anderem um die drei Dienstwagen Grafs, auf rund 6,6 Millionen Euro.

Der Aufsichtsrat hat gestern beschlossen, gegen den ehemaligen Chef der Einkaufsabteilung des Klinikums, Segmüller, Strafantrag wegen Untreue zu erstatten. Segmüller arbeitet seit Anfang des Jahres bei der NPK.

Oberbürgermeisterin Eva Lohse wollte keine Stellung zu dem Bericht nehmen. Sie informiere am Montag zunächst den Stadtrat. (ell)

KELLERS / KELLERS

Quelle:

Publikation: DIE RHEINPFALZ

Regionalausgabe: Ludwigshafener Rundschau

Datum: Nr.155

Datum: Freitag, den 07. Juli 2006

Seite: Nr.15

Graf von eigener Gesellschaft gefeuert

Millionen-Rückforderung an Ludwigshafener Ex-Klinik-Geschäftsführer

LUDWIGSHAFEN (ell). Der Gründer der Neue Pergamon Krankenhaus-Managementgesellschaft (NPK) und Ex-Geschäftsführer des Klinikums Ludwigshafen, **Volker Graf**, ist gestern von allen Geschäftsführerfunktionen in der NPK entbunden worden. Er soll auch aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden.

Anlass ist der zweite Revisionsbericht über die Geschäftsführertätigkeit Grafs, der am Mittwoch dem Klinikum-Aufsichtsrat vorgelegt worden war. Darin werden Rückforderungen an **Graf** beziehungsweise an seine Gesellschaft in Höhe von rund sechs Millionen Euro geltend gemacht. Begrundung: **Graf** habe in seiner Zeit als Geschäftsführer unter anderem Rabatte beim Kauf von Arzneimitteln und medizinischem Gerät nicht dem Klinikum zukommen lassen, wie es hätte sein müssen. Er soll stattdessen das Geld in die eigene Tasche gesteckt haben. Die Summe dafür beläuft sich laut Bericht auf rund fünf Millionen Euro. Der Rest der Forderungen bezieht sich unter anderem auf „großzügige Verwendung von Kreditkarten der Klinik“.

Die NPK hat gestern nach Bekanntwerden des Berichts sofort reagiert, eine eigene Sonderuntersuchung eingeleitet und die Banken informiert. Sie prüft darüber hinaus eine Strafanzeige gegen **Graf**.

Ludwigshafens Oberbürgermeisterin Eva Lohse sieht sowohl durch den Bericht als auch durch die NPK-Entscheidungen ihren Kurs bestätigt. **Graf** hatte 2005 auf ihren Druck hin seine Tätigkeit im Klinikum beendet. Sie habe versucht, Schaden von der Stadt abzuwenden, so die Oberbürgermeisterin weiter. Es habe genügend Hinweise auf Auffälligkeiten gegeben, die niemand habe zur Kenntnis nehmen wollen. Im ersten Revisionsbericht waren 600.000 Euro von **Graf** gefordert worden.

Quelle: Die Rheinpfalz vom 08.07.2006

Nach Revisionsbericht: Neue Pergamon entlässt Graf

Frühere Klinikum-Management-Gesellschaft prüft auch Strafanzeige

Von unserem Redakteur

Stefan Keller

Die Zahlen, Vorwürfe und Forderungen von 6,6 Millionen Euro an die Management-Gesellschaft Neue Pergamon (NPK) im zweiten Revisionsbericht zum Klinikum Ludwigshafen haben erste personelle Konsequenzen. **Volker Graf**, Ex-Klinikum-Geschäftsführer, ist gestern aus allen Geschäftsführerfunktionen bei NPK-Töchtern entfernt worden und soll aus der Gesellschaft abberufen werden. NPK prüft zudem Strafanzeige gegen **Graf**.

„Die Ära **Graf** ist bei der NPK definitiv beendet“, teilte Hartwick Oswald, seit März Geschäftsführer der Gesellschaft, gestern in einer Presseinformation mit. Das Gleiche gilt für den Einkaufsleiter der NPK, Klaus Seegmüller. Seegmüller, in dieser Funktion im Klinikum eingestellt, war im Januar zur NPK gewechselt. Nach RHEINPFALZ-Informationen soll der Einkaufsleiter zwar vom Klinikum bezahlt worden sein, aber zu 50 Prozent für die NPK gearbeitet haben.

Bereits am Mittwoch hatten die Hauptgesellschafter der NPK, darunter auch **Graf** als Mehrheitsgesellschafter, auf einer außerordentlichen Versammlung erklärt, ihre Gesellschafteranteile an Treuhänder zu übertragen. Die Banken sind informiert.

„Das Thema Bonuszahlungen war uns bekannt, aber nicht die Höhe“, sagte ein NPK-Sprecher gestern auf Anfrage. Er bestätigte, dass Geschäftsführer Oswald bereits gestern telefonisch um ein Gespräch bei Oberbürgermeisterin Eva Lohse nachgesucht habe. Er sei von Anfang an bereit gewesen, an der schonungslosen Aufklärung der Fragen um die „kriminellen Machenschaften“ mitzuarbeiten. Er habe aufgrund der neuen Fakten bereits eine Sonderuntersuchung angeordnet. Der erste Revisionsbericht liege der NPK jedoch bis jetzt nicht vor, so der Sprecher.

Oberbürgermeisterin Eva Lohse bestätigte die Anfrage. Es soll wohl am Dienstag zu dem Gespräch kommen. Sie habe vor sechs Wochen bereits die NPK über wahrscheinliche Ergebnisse des Revisionsberichtes informiert, aber keine Antwort erhalten.

In früheren Pressemitteilungen hatte die NPK Vorwürfe von OB Lohse immer zurückgewiesen. Geschäftsführer Oswald hatte ihr im Mai einen „unwürdigen Vernichtungsfeldzug“, „fehlende Sachargumente“ und „Verschwendungen von Steuergeldern“ vorgeworfen.

Inzwischen sehe sich Oswald von **Graf** persönlich getäuscht, sagte er NPK-Sprecher. Die NPK gehe davon aus, dass die Bonuszahlungen in die Tasche von Herrn **Graf** geflossen seien. Nicht auszuschließen sei, dass auf die Gesellschaft selbst Forderungen zukämen. Die Vorgänge reichten weit zurück. Dann werde die NPK versuchen, sich an **Graf** schadlos zu halten.

OB Eva Lohse sieht durch die Reaktionen der NPK ihren Kurs bestätigt: „Ich habe von Anfang an auf Aufklärung gesetzt. Ich wollte Transparenz herstellen und alles tun, um Schaden von der Stadt abzuwenden“, sagte sie auf Anfrage. Es habe genügend Hinweise auf Fehlverhalten gegeben. „Es hätte sie jeder aufnehmen können.“ Die Staatsanwaltschaft Kaiserslautern ermittelt bereits seit Februar vergangenen Jahres gegen **Graf**.

Die Klinikum-Management-Gesellschaft NPK hat in Ludwigshafen 24, bundesweit rund 1500 Mitarbeiter. Sie besitzt drei Kliniken, in vier weiteren besorgt sie die Geschäfte. Sie hat 20 teils 100-prozentige Tochterunternehmen. **Graf** führte bis gestern die Geschäfte von vier Töchtern.

"Dimension des Falls sprengt alles"

Faktionen zum Klinikum-Prüfbericht über Volker Graf / Sechs Millionen Euro Rückforderung

Von unserem Redaktionsmitglied Thomas Schrott

Aufklärung und finanzielle Rückforderungen an den früheren Klinikum-Geschäftsführer Volker Graf verlangen die Faktionen. Grund sind neuerliche gravierende Vorwürfe gegen den Manager. Laut städtischem Prüfbericht bestehen Ansprüche von 6,074 Millionen Euro gegenüber Graf. Allein fünf Millionen Euro ergeben sich durch nicht weitergegebene Lieferanten-Rabatte. Am Montag berät der Stadtrat im nicht-öffentlichen Teil über den Bericht und die Konsequenzen der Affäre.

Insgesamt 18 Einzelansprüche listen die Prüfer nach "MM"-Informationen auf: Verstöße beim Einsatz von Kreditkarten sowie bei Reise- und Spesenabrechnungen machen 98 923 Euro aus. Beim Auflösungsvertrag für die ehemalige Verwaltungsdirektorin Cornelia Lindner sei ein "Vermögensschaden" von 52 788 Euro entstanden. Mit 278 220 Euro schlage zudem die Inanspruchnahme von Personal und Sachmitteln für die Neue Pergamon Krankenhausgesellschaft (NPK) zu Buche, bei der Graf weiterhin Mehrheitseigner ist und die 20 Tochtergesellschaften umfasst.

"Die Dimension des Falls sprengt alles. Wir müssen alle Möglichkeiten für zivil- und strafrechtliche Konsequenzen ausschöpfen", sagte CDU-Fraktionschef Heinrich Jöckel. "Die Vorwürfe sind belegt und unstrittig", ergänzte SPD-Kollege Ulrich Küppers. Deshalb habe der Aufsichtsrat vorgestern auch einstimmige Beschlüsse gefasst und Strafanzeige gegen den früheren Einkaufsleiter des Klinikums, H. Segmüller, verlangt. "Die Vorwürfe bekräftigen meinen Kurs der Aufklärung, den ich von Anfang an gefahren habe", meinte OB Eva Lohse. Die Vorgänge um den ehemaligen Manager dürfen aber nicht überdecken, dass im Klinikum medizinisch eine gute Arbeit geleistet werde.

"Es zeigt sich einmal mehr, dass die Verbindung des früheren Klinikum-Geschäftsführers mit dessen Gesellschaft nicht zu kontrollieren ist", sagt Bernhard Braun, Fraktionschef der Grünen, die als einzige Partei 1996 gegen einen Vertrag für Graf votiert hatte. Von dem neuen 67-seitigen Prüfbericht der Revisoren hat Braun indes noch keine Kenntnis, gleiches gilt für Rainer Metz (FWG). "Es ist eine Ungeheuerlichkeit, wenn die Vorwürfe zutreffen." Von einem unvorstellbaren System mit katastrophalen Auswirkungen sprach Claus-Ralf-Knecht (FDP/Bürgerforum).

Unterdessen geht NPK-Geschäftsführer Hartwick Oswald auf Distanz zu Graf. Er kündigte an, der Gesellschafterversammlung dessen Abberufung vorzuschlagen. Dieser sei bereits aus allen Geschäftsführerfunktionen bei den NPK-Tochtergesellschaften entfernt. "Die Ära Graf ist beendet", betonte Oswald. Alle drei Hauptgesellschaftern hätten die Gesellschaftanteile treuhänderisch übertragen. Er wolle die Vorgänge schonungslos aufklären, sagte Oswald, seit März 2006 NPK-Geschäftsführer. Er habe sich daher mit dem Geschäftsführer des Klinikums, Peter Asché, in Verbindung gesetzt. Das Aufklärungsangebot umfasse vor allem die Frage, welche Geldbeträge aus den Bonuszahlungen, die dem Klinikum zugestanden hätten, nicht weitergeleitet wurden.

Weiterhin nicht absehbar ist das Ende der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen Graf wegen des Verdachts der Untreue, obwohl diese seit Anfang 2005 laufen. "Das Problem ist die Stofffülle und die komplexe Materie", begründete der Leitende Oberstaatsanwalt Wolfgang Bleh.

Mannheimer Morgen
08. Juli 2006

Selbstbedienung

Von Thomas Schrott

Das ist schier unfassbar. Riesensummen hat ganz offensichtlich der frühere Klinikum-Manager Volker Graf vorbei an Prüfgesellschaften und Aufsichtsräte in die eigene Tasche gewirtschaftet. Rabatte wurden nicht weitergegeben und Spesen in eklatantem Maße überzogen, lauten die neuen Vorwürfe. Es spricht vieles dafür, dass sich diese als sehr stichhaltig erweisen. Indiz: Die Geschäftsführung der Krankenhausgesellschaft Neue Pergamon, die mehrheitlich Graf gehört, geht nun deutlich auf Distanz zu dem Unternehmensgründer. Zudem suspendierte sie sofort den Einkaufsleiter, der ebenfalls beschuldigt wird und der früher in Diensten des Klinikums gestanden ist.

Erschreckend ist das Ausmaß an Selbstbedienungsmentalität, das an der früheren Klinikum-Spitze offenkundig Einzug gehalten hat. Die Dimensionen sind auch im bundesweiten Maßstab beachtlich. Festzuhalten bleibt: Dieses System konnte nur durch Mithelper funktionieren, hier ist noch so manches erhellendes Schlaglicht nötig. Völlig unzureichend war die Aufsicht. "Für ein wirksames internes Kontrollsystem bestehen allenfalls Fragmente", hatten die Prüfer bereits im Frühjahr festgestellt. Dieses Fazit ist erschütternd und zutiefst beschämend - auch für etliche Vertreter im Aufsichtsrat, die ihrer Rolle überhaupt nicht gerecht wurden.

Nach dem immer noch nicht ausgestandenen Hafenskandal macht die Chemiestadt leider erneut durch die Klinikaffäre Schlagzeilen. Das Krankenhaus, das weiterhin einen medizinisch guten Ruf genießt, hat dies eigentlich nicht verdient. Andererseits sind die Verstöße viel zu gravierend, als dass man rasch zur Tagesordnung übergehen kann. Aufklärung ist dringend geboten - aber nicht nur hinter verschlossenen Türen wie am Montag im Stadtrat. Es geht um öffentliche Gelder und die finanzielle Perspektive des städtischen Klinikums. Die Bürger haben ein Anrecht darauf zu erfahren, was alles schief gelaufen ist und welche Sicherungen eingebaut werden.

Mannheimer Morgen
08. Juli 2006

Ludwigshafen: „Millionenschwere Transaktionen“

Ex-Klinikum-Manager Graf soll Krankenhaus um Bonuszahlungen geprellt haben - Stadtrat berät heute zweiten Revisionsbericht

Die Revisoren der Stadt sprechen von schweren Pflichtverstößen des Managers, der eigenmächtig gehandelt, die Kompetenzen des Aufsichtsrats ignoriert und sich jeder Kontrolle entzogen habe. Graf soll nach Ansicht der Revision kein Einzeltäter gewesen sein, sondern vielmehr zusammen mit früheren leitenden Angestellten des Klinikums fragwürdige Geschäfte getätigt haben. Beim finanziell gravierendsten Vorwurf geht es um Bonuszahlungen von Lieferanten, die dem Klinikum jahrelang von Graf vorenthalten worden sein sollen. Die Schadenssumme für das Krankenhaus schätzen die Revisoren auf bis zu fünf Millionen Euro.

Laut Revisionsbericht, der der RHEINPFALZ vorliegt, soll das Ganze folgendermaßen abgelaufen sein: Ein Krankenhaus hat zahlreiche Lieferanten, etwa für Verbandsmaterial oder medizinische Apparate. Als das städtische Klinikum unter Volker Graf privatisiert wurde, habe der Manager ohne Absprache mit dem Klinikum-Aufsichtsrat eine Zusammenarbeit des Krankenhauses mit dem Einkaufsverbund NPK initiiert - einer Firma, die Graf als Gesellschafter mit gehört und in deren Auftrag er als Geschäftsführer des Klinikums tätig war.

Vier-Augen-Prinzip nicht möglich

Diese Kooperation sei damals mit wirtschaftlichen Vorteilen für das Klinikum begründet worden, da die NPK Waren für mehrere Krankenhäuser in ganz Deutschland bestellen und dadurch bessere Konditionen bei den Lieferanten heraus handeln könne, heißt es weiter im Revisionsbericht. Doch stattdessen sei es zu „millionenschweren Transaktionen“ zum finanziellen Nachteil des Klinikums gekommen, bilanzieren die Revisoren.

Für die Dienstleistung des Einkaufsverbundes habe die NPK völlig legal eine Provision kassieren können. Doch Grafs Firma habe - so das Ergebnis der Revisoren - auch den vertraglich mit den Lieferanten vereinbarten Bonus für das Klinikum kassiert. Dem Manager sei es „nur dadurch möglich gewesen, die NPK nach außen als besonders umsatzstarkes Unternehmen darzustellen“. Die Revisoren werfen in diesem Zusammenhang auch den Verdacht auf, dass auch weitere Einrichtungen, die dem bundesweiten Pergamon-Einkaufsverbund angehörten, möglicherweise um ihre Bonusvergütungen geprellt worden sein könnten. Wie hoch der konkrete Gesamtschaden in Ludwigshafen sein könnte, ist für die Revisoren noch unklar. Die im Bericht genannte Rückforderungssumme von fünf Millionen Euro sei ein Abschlag. Das ganze Schadensausmaß könne nur unter Mitarbeit von Graf und der Pergamon ermittelt werden.

Neben Manager Graf soll laut Revision der Ex-Einkaufschef des Klinikums, Klaus Seegmüller, an den Vorgängen beteiligt gewesen sein. Das „Vier-Augen-Prinzip“, die Kontrolle von Geschäftsvorgängen durch zwei Personen, habe nach den Feststellungen der Revisoren nicht funktionieren können, weil Graf als Geschäftsführer sowohl für das Klinikum als auch für die NPK tätig war. Und Seegmüller habe als Einkaufsleiter des Klinikums gleichzeitig „nebenberuflich“ auch als Logistik-Chef für die NPK gearbeitet. Die Revisoren gehen in ihrem Bericht davon aus, dass Seegmüller zu 50 Prozent seiner Arbeitszeit für die NPK tätig war - auf Rechnung des Klinikums. Die Kosten dafür werden im Prüfbericht mit rund 412.000 Euro veranschlagt. Geld, das nach dem Bericht von der NPK zurückzufordern ist. Nur

Ex-Klinikum-Manager Graf soll Krankenhaus um Bonuszahlungen ge... <http://www.fdp-ludwigshafen.de/meldung.php?id=22989&BackURL=...>

ein enger Zirkel habe von diesen Geschäftspraktiken gewusst, heißt es im Bericht der Prüfer weiter. Der Ex-Leiter der Abteilung Einkauf, der kurz nach Grafs Kündigung im Januar das Klinikum verließ und zur „Pergamon“ wechselte, soll vor seinem Abgang sämtliche Pergamon-Vertragsdaten aus seinem Computer im Klinikum gelöscht haben, heißt es im Prüfbericht.

Rasche Reaktion am Freitag

Die Neue Pergamon Krankenhaus-Management-Gesellschaft reagierte am Freitag auf den neuen Zwischenbericht der Revisoren mit „tiefer Erschütterung“ und bot an, mitzuhelfen, die Vorgänge aufzuklären. Volker Graf sei von allen Geschäftsführerfunktionen bei der NPK und ihren Töchtern entbunden worden. Seine Beteiligung an der Firma werde an einen Treuhänder übertragen. Auch Seegmüller sei sofort als NPK-Einkaufsleiter vom Dienst suspendiert worden. Die Managementgesellschaft prüft die Möglichkeit einer Strafanzeige. Oberbürgermeisterin Eva Lohse sieht sich in ihrem Aufklärungskurs in der Klinikum-Affäre bestätigt und will die Revision weiter ermitteln lassen.

Von unserem Redakteur Michael Schmid

KELLERS / KELLERS

Quelle:

Publikation: DIE RHEINPFALZ

Regionalausgabe: Ludwigshafener Rundschau

Datum: Nr.157

Datum: Montag, den 10. Juli 2006

Seite: Nr.15

Ludwigshafen: NPK-Geschäftsführer Oswald tief erschüttert: Abberufung von Graf eingeleitet

10.07.2006 , NPK

Einkaufsleiter vom Dienst suspendiert

„Die Neue Pergamon ist von den bestürzenden Entwicklungen um den ehemaligen Geschäftsführer des Klinikums Ludwigshafen, Volker Graf, tief betroffen. Wir werden alles tun, damit die Vorgänge schonungslos aufgeklärt werden,“ sagte Hartwick Oswald, seit März 2006 Geschäftsführer der Neuen Pergamon Krankenhaus Management GmbH (NPK) am Freitag. Dazu habe Oswald bereits mit Peter Asché gesprochen, der seit April Geschäftsführer am Klinikum Ludwigshafen ist. Das Aufklärungsangebot umfasse vor allem die Frage, welche Geldbeträge aus den Bonuszahlungen, die u.a. dem Klinikum Ludwigshafen zugestanden hätten, nicht weitergeleitet wurden. Die Vorgänge würden weit in die Vergangenheit zurückreichen. Oswald habe sofort eine Sonderuntersuchung angeordnet.

In einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung hätten die drei Hauptgesellschafter erklärt, ihre Gesellschafteranteile treuhänderisch zu übertragen. Oswald werde der Gesellschafterversammlung die Abberufung Graf's aus der NPK vorschlagen und habe ihn zudem aus allen Geschäftsführerfunktionen bei den NPK-Töchtern entfernt. „Die Ära Graf ist bei der NPK definitiv beendet“, bekraftigte Oswald. Der Einkaufsleiter der NPK sei sofort vom Dienst suspendiert worden.

Zudem seien die Banken über die Entwicklungen informiert worden. Erste konstruktive Gespräche hätten schon stattgefunden, weitere seien terminiert. Oswald: „Die NPK wird alle Anstrengungen unternehmen, die Affäre, die durchaus strafrechtlichen Charakter haben könnte, aufzuklären. Wir prüfen die Möglichkeit einer Strafanzeige.“ Oswald werde natürlich auch die Mitarbeiter umfassend unterrichten.

Forderung in voller Höhe

Stadtrat zur Graf-Affäre

Rückforderungen von über sechs Millionen Euro an den früheren Klinikum-Geschäftsführer Volker Graf hat gestern Abend der Stadtrat in nicht-öffentlichen Sitzung beschlossen, sagte OB Eva Lohse auf Anfrage. Nach "MM"-Informationen fiel einstimmig die Entscheidung für einen Schadensersatz "in voller Höhe". Die Beweislage gegen Graf, dem die Neue Pergamon Krankenhausgesellschaft (NPK) mehrheitlich gehört, wird allgemein als erdrückend eingestuft. Nach dem zweiten städtischen Prüfbericht hat der frühere Manager einen Schaden von 6,07 Millionen Euro verursacht. Fünf Millionen Euro entfallen auf nicht weitergeleitete Bonuszahlungen von Lieferanten des Klinikums. Zudem beschloss der Stadtrat Strafanzeige gegen den früheren Einkaufschef des Krankenhauses. Ferner sprachen Kommunalpolitiker nach "MM"-Informationen die Haftungsfrage der früheren Aufsichtsräte und Wirtschaftsprüfer an.

Die Tätigkeit des früheren Aufsichtsratschefs Wolfgang Schulte wird in diesem Zusammenhang von vielen Seiten sehr kritisch eingestuft. Insbesondere geht es um die Frage, was dieser, der nach seinem Ausscheiden als OB einige Zeit als geschäftsführender Gesellschafter bei der Neuen Pergamon tätig war, gewusst habe oder hätte wissen müssen.

Insgesamt 18 Einzelansprüche listen die Revisoren auf. Bei der NPK, die lange Zeit von einem Vernichtungsfeldzug gegen Graf gesprochen hat, wird nun eine Kehrtwende deutlich. Geschäftsführer Hartwick Oswald kündigte an, dass er der Gesellschafterversammlung die Abberufung Grafs aus der NPK vorschlagen werde. Als Geschäftsführer aus allen NPK-Tochtergesellschaften sei dieser bereits "entfernt" worden. Der belastete Einkaufsleiter sei von der NPK vom Dienst suspendiert worden. ott

Mannheimer Morgen

11. Juli 2006

Klinikgesellschaft droht Insolvenz

Volker Graf erkrankt

LUDWIGHAFEN (ell). Der Krankenhaus-Gesellschaft Neue Pergamon (NPK) Ludwigshafen droht ein Insolvenzverfahren. Das bestätigte Geschäftsführer Hartwick Oswald gestern auf Anfrage. Hintergrund sind mutmaßliche Verstöße des NPK-Gründers und früheren Geschäftsführers des Klinikums Ludwigshafen, Volker Graf. Ein neuer Bericht der städtischen Revision listet Rückforderungen des Klinikums von rund sechs Millionen Euro vor allem wegen zurückgehaltener Bonuszahlungen auf (wir berichteten am Samstag). Graf befindet sich seit 29. Juni in Behandlung in der Berliner Charité. Die NPK hat ihn von seinen Funktionen entbunden. Oswald hat 16 Tage Zeit, Investoren zu finden, die die Insolvenz verhindern.

„Der Verdacht auf Untreue besteht“

Neuer Geschäftsführer der Pergamon-Klinikfirma versucht Insolvenz abzuwenden - Vorwürfe gegen Vorgänger Volker Graf

Die Krankenhaus-Managementgesellschaft Neue Pergamon (NPK) ist durch die Klinikum-Affäre in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten. Dem bundesweit agierenden Unternehmen droht Insolvenz, wie Geschäftsführer Hartwick Oswald gestern gegenüber der RHEINPFALZ bestätigte. NPK-Mitinhaber und Ex-Geschäftsführer Volker Graf befindet sich nach Oswalds Angaben seit 29. Juni wegen „psychischer Probleme“ im Berliner Krankenhaus Charité. Grafs Anwalt war gestern nicht für eine Stellungnahme zu erreichen.

Die Banken seien von der aktuellen Situation informiert. Rund zwei Wochen habe er Zeit, einen Investor zu finden, um das Insolvenzverfahren zu verhindern, sagte Oswald. Mit einem potenziellen Investor habe er gestern gesprochen. Wie hoch die notwendige Summe für die Rettung der NPK sei, könne er noch nicht beziffern.

Konkrete Überlebensgefahr besteht bereits für die NPK-Tochter Deutsche Gesellschaft für Humanplasma (DGH). Nachdem die Sparkasse Vorderpfalz der NPK am Freitag alle Kredite über insgesamt rund 3,5 Millionen Euro gekündigt habe, müsse die DGH ihre Aktivitäten heute oder morgen einstellen, erklärte Oswald.

Der seit März amtierende Geschäftsführer der NPK sagt, er habe erst Mitte Mai von den Vorwürfen gegen Graf erfahren, der laut städtischer Revision das Klinikum um Bonuszahlungen in Millionenhöhe geprellt haben soll. Auf diese Geschäfte sei er am 18. Mai durch die Kündigung des Vertrages mit dem NPK-Einkaufsverbund durch den neuen Geschäftsführer des Klinikums Ludwigshafen, Peter Asché, aufmerksam geworden. Asché habe darin Schlussrechnungen über Bonuszahlungen verlangt. Die Kündigung habe er zuständigkeitsshalber an Volker Graf weitergeleitet, der in der Geschäftsführung zu dem Zeitpunkt Finanzen und Verträge der NPK verantwortet habe.

In der Antwort Grafs vom 26. Juni erkenne dieser „Teilansprüche des Klinikums auf Boni an“, sagt Oswald. Daraufhin habe er sofort eine Wirtschaftsprüfung in seinem Haus veranlasst, die noch nicht abgeschlossen sei. Zusätzlich habe er Anfang Juli einem neutralen Anwalt den Sachverhalt vorgetragen. Dieser habe den Verdacht geäußert, dass es sich bei Grafs Handeln um Untreue handeln könne. Daraufhin sei er aktiv geworden, habe die Gesellschafterversammlung einberufen, die Graf von allen seinen Geschäftsführungsaufgaben entbunden und die Anteile - mit Zustimmung Grafs - an einen Treuhänder übertragen habe.

„Die Vorwürfe waren für mich neu“, sagte Oswald. Es habe eine „dunkle Seite der NPK“ gegeben. „Ich wurde von Herrn Graf darüber in Unkenntnis gelassen.“ Ob die Höhe der Forderungen wegen entgangener Bonuszahlungen mit rund fünf Millionen Euro korrekt seien, wie sie im jüngsten städtischen Prüfbericht berechnet wird, könne er noch nicht bestätigen. Er hoffe, dass die Untersuchungen seines Wirtschaftsprüfers bis in zwei Wochen darüber Klarheit brächten.

Offen ist für Oswald auch noch, ob Graf das Geld in die eigene Tasche gesteckt hat. „Ich bin nicht in der Lage, zu beurteilen, ob es sich um Untreue handelt. Der Verdacht besteht.“ Fest steht für Oswald, dass Graf die NPK und das Klinikum „ohne Kontrollmechanismus geführt hat“. Er habe mit sich selbst Geschäfte machen können.

Unabhängig von der weiteren Entwicklung wird der Name Neue Pergamon nicht überleben. Oswald: „Der Name ist nicht mehr zu halten.“ Er will die Gesellschaft als Geschäftsführer unter dem Namen „Netzwerk Gesundheit Hospitalgesellschaft“ neu am Markt platzieren und sich als solche nur auf das „Kerngeschäft“ konzentrieren, das Führen und Managen von kleinen und mittleren Krankenhäusern. Er habe ein Unternehmenskonzept entwickelt und sehe gute Chancen am Markt. Er werde alle NPK-Töchter zerschlagen. Der umstrittenen NPK-Einkaufsverbund sei aufgelöst.

Bei OB Eva Lohse müsse er sich aufgrund der aktuellen Sachlage persönlich entschuldigen. Er habe sie in Pressemitteilungen aufgefordert, ihren „Kreuzzug gegen Graf“ einzustellen. „Das muss ich zurücknehmen.“ Morgen trifft sich Oswald mit Lohse und Asché zum Gespräch über die aktuellen Vorwürfe und deren Aufarbeitung.

Der zweite Zwischenbericht der städtischen Revision ist mittlerweile Gegenstand der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft für Wirtschaftskriminalität in Kaiserslautern, die seit Februar 2005 gegen Graf wegen des Verdachts der Untreue ermittelt. Die Revision der Stadt Ludwigshafen ist der Auffassung, dass das Klinikum um mindestens fünf Millionen Euro von Graf und der NPK geprellt worden ist und empfiehlt, Schadenersatzforderungen wegen vorenthalter Bonuszahlungen von medizinischen Lieferanten zu stellen. Die Staatsanwaltschaft prüft derzeit die Vorwürfe, hat aber bisher noch keine Anhaltspunkte für eine vorsätzliche Veruntreuung gefunden. Fast im gesamten Einkaufsverbund der NPK, dem neben dem Klinikum zahlreiche Einrichtungen aus dem Medizinbereich in ganz Deutschland angehören, seien Bonuszahlungen dem Verbund zugeflossen, berichtet Staatsanwältin Bettina Wachter. Nun sei die Frage, wie die Verträge über die Verwendung von Bonuszahlungen zwischen der NPK und den einzelnen Mitgliedern des Einkaufsverbunds aussähen und ob es im Einzelfall zivilrechtliche Schadensersatzansprüche gebe. Strafrechtlich relevant wäre Grafs Verhalten nur, wenn er Geld der Bonuszahlungen wirklich in seine Tasche gesteckt und sich persönlich bereichert hätte. Dafür habe die Staatsanwaltschaft bisher keine Anhaltspunkte. (ell/mix)

KOMMENTAR

Von Stefan Keller

Noch viele Fragen offen

Die Krankenhaus-Management-Gesellschaft Neue Pergamon (NPK) ist ruiniert - vom Image her sowieso. Zudem droht Zahlungsunfähigkeit. Mit der drohenden Insolvenz der NPK hat die Klinikum-Affäre jetzt eine bundesweite Dimension bekommen.

Ex-Klinikum-Geschäftsführer Volker Graf hat, wenn sich konkretisiert, was sich heute abzeichnet, nicht nur sich selbst, sondern seine komplette, bundesweit tätige Gesundheitsfirma NPK krank gemacht. Mit ihr stehen immerhin 1500 Arbeitsplätze auf dem Spiel. Inzwischen lassen Graf alle fallen, am klarsten distanziert sich seine eigene Gesellschaft von ihm - weil es um Geld geht und das, was noch zu retten ist.

In Ludwigshafen konnte Graf wohl, so der heutige NPK-Geschäftsführer, ohne Kontrolle agieren, weil sein Vertrag ihm keine Schranken setzte. Da müssen noch Fragen an Formulierer, Aufsichtsorgane und Alt-OB Schulte gestellt werden, der als NPK-Gesellschafter Einblicke in deren Bücher hatte.

Oberbürgermeisterin Lohse ist hingegen inzwischen voll bestätigt. Es war richtig, mit der großen Mistgabel durch das Klinikum zu gehen. Es gab einiges auszumisten. Ob sich ihr Kurs in Schadensersatz auszahlt, müssen Gerichte klären.

12. Juli 2006

Erhielt Graf 12.000 € "versteckte Abfindung" von pro Monat?

Wirtschaft | 12.07.2006. - 15:08:28

Für die FWG-Ratsfraktion steht fest, dass erst das Ergebnis des 2. Teilberichtes der städtischen Revision eindeutig als gerichtsrelevante Verstöße einzustufende Handlungen des ehemaligen Geschäftsführers Prof. Volker Graf zutage förderte. Dem Klinikum von Grafs Gesellschaft NPK (Neue Pergamon Krankenhausmanagementgesellschaft mbH) in Millionenhöhe vorenthalte Bonuszahlungen, die von Lieferanten auf Einkäufe des Klinikums marktüblich gewährt wurden, ist der wirklich dicke Hammer der nun schon seit Mitte 2003 laufenden Prüfungen. Das interne Kontrollsysteem bestand wohl nur auf dem Papier. Für die FWG liegt ein komplettes Versagen sowohl der Wirtschaftsprüfer als auch des Aufsichtsrates vor. Aus diesen Gründen hat der Rat auf Antrag der Freien Wähler bereits im März einstimmig beschlossen, einen Gutachter mit der Überprüfung der Kontrollgremien Wirtschaftsprüfer wie Aufsichtsräte zu befassen.

Für die FWG ist allerdings auch nicht nachvollziehbar, wie ein so renommiertes Unternehmen wie die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft "EY Law Luther Menhold Rechtsanwaltsgeellschaft mbH" mit Sitz in Mannheim in fast zweijähriger Prüfzeit nicht auf diese Versäumnisse Grafs gestoßen ist. Denn deren Prüfauftrag umfasste neben der Durchleuchtung der gesellschaftlichen Strukturen u.a. auch "die laufenden Verträge zwischen dem Klinikum und der neuen Pergamon Krankenhausmanagement GmbH und deren verbundenen Unternehmen....sowie die arbeitsrechtlichen Verhältnisse." Weiter hieß es im Auftrag: "Die Verträge sollen sodann unter vergaberechtlichen Aspekten unter Berücksichtigung des festgestellten aktuellen Vertragsbestandes bewertet werden."

Erst aufgrund der Tatsachen, dass SPD, Grüne und FWG unisono die Ergebnisse dieser Wirtschaftsprüfer als nicht ausreichend ansahen, was sich nun bestätigt hat, Graf - ohne dann eventuell drohende Regressansprüche - wie von OB, CDU und FDP angestrebt, nach dem gleichfalls ablehnenden Votum des Aufsichtsrates über eine Änderung der Gesellschaftersatzung Ende Januar 2005 zu feuern, "zwang" Lohse, die eigene städtische Revision mit eigenem Prüfauftrag ins Klinikum zu schicken.

Vor dem Hintergrund der neuen Erkenntnisse drängt sich allerdings auch die Frage auf, warum OB Lohse im am 14. April 2005 mit Graf geschlossenen Auflösungsvertrag, der u.a. das Ausscheiden Grafs zum 31.10.2005 regelte, festschrieb, dass die städtischen Revisoren ihre erst 10 Tage zuvor begonnene Arbeit bis zum Ausscheiden Grafs nicht weiterführen dürfen. Auch die darüber hinaus im Vertrag noch getroffene Vereinbarung, wonach Graf die aus der "Luther Menhold-Prüfung" noch offenen Fragen nicht mehr zu beantworten braucht, erweckte den Eindruck, dass hier eine sehr einvernehmliche Regelung mit Graf getroffen worden war.

Dieser Eindruck wurde noch dadurch verstärkt, dass Graf laut Vertrag neben seinen monatlichen Gehaltszahlungen von immerhin 15.000 € zusätzlich noch eine "variable Vergütung" von 12.000 € pro Monat erhielt. Hinter diesen zusätzlich an Graf ausgezahlten rund 120.000 € verbirgt sich im Klartext die im Managementvertrag von 1996 mit der NPK vereinbarte Grafsche Gewinnbeteiligung, was sich auch daraus ergibt, dass die Vergütung (wegen noch nicht vorliegender Bilanz für 2005, die für dahin als Grundlage für derartige Zahlung galt) nach dem Durchschnitt der Gewinnbeteiligungen der letzten 5 Jahre berechnet wurde. Besonders pikant daran ist, dass zum Zeitpunkt dieser Vereinbarung OB Lohse schon zweifelsfrei bekannt war, dass das Klinikum 2005 ausweislich des Klinikum-Wirtschaftsplänes, der Anfang März vom Aufsichtsrat unter Vorsitz von OB Lohse verabschiedet worden war, überhaupt keinen Gewinn, sondern einen Verlust von 2,9 Millionen € erwartete. Am Ende waren es sogar mehr als 6 Millionen € Verlust.

Dies stellt auch die damalige Aussage Lohses in ein anders Licht, Graf würde ohne Abfindung vorzeitig gehen, was ansonsten in der freien Wirtschaft unüblich ist. Diese "variable Vergütung" ist aber aus Sicht der FWG-Ratsfraktion im Nachhinein eindeutig als versteckte Abfindung zu werten.

Leidtragende sind allemal das Klinikum und seine Beschäftigten. Diese leisten hervorragende Arbeit und haben eine solch negative Entwicklung ihrer Einrichtung nicht verdient.

Schulte: "Ich habe nichts gewusst"

Von Verstößen des früheren Klinikum-Geschäftsführers Volker Graf war dem ehemaligen Aufsichtsratsvorsitzenden und OB Wolfgang Schulte nichts bekannt.

"Ich habe von einbehaltenen Bonuszahlungen nichts gewusst", sagte er gestern auf "MM"-Anfrage. Dies gelte auch für den gut zweijährigen Zeitraum, als er geschäftsführender Gesellschafter bei Grafs Krankenhausgesellschaft Neue Pergamon (NPK) gewesen sei. "Es gab keine Verdachtsmomente. Wenn es sie gegeben hätte, wäre ich ihnen nachgegangen", meinte Schulte, der bis 2001 den Aufsichtsrat geleitet hat. Die Verstöße, die dem Ex-Manager zur Last gelegt werden, reichen bis ins Jahr 1996 zurück.

Graf habe "intelligent verschleiert", so Schultes Eindruck. Nicht einmal die Wirtschaftsprüfer des Klinikums, die alle drei Jahre ausgewechselt worden seien, hätten Alarm geschlagen. Über die Gründe für sein plötzliches Ausscheiden aus der NPK wollte sich Schulte nicht äußern. Man habe Stillschweigen vereinbart. Er ließ aber durchblicken, dass "einsame Entscheidungen und fehlende Transparenz" eine Rolle gespielt haben könnten. ott

Mannheimer Morgen
12. Juli 2006

Stadt verlangt Millionen zurück

Debatte im Stadtrat nach Klinik-Skandal

Vom 12.07.2006

Von

Klaus Mümpfer

LUDWIGSHAFEN Die Stadt Ludwigshafen soll so schnell wie möglich Schadensersatzklagen einreichen, um von der Neuen Pergamon Krankenhaus Management GmbH (NPK) und dem früheren Klinikum-Geschäftsführer Volker Graf entgangene Gelder zurückzufordern. "Die mehr als sechs Millionen Euro sollen in Gänze zurückgefördert werden", sagte Bürgermeister Wilhelm Zeiser dieser Zeitung. Dies habe der Ludwigshafener Stadtrat in einer nichtöffentlichen Sitzung einstimmig beschlossen, nachdem er den Revisionsbericht über die Geschäftsführtätigkeit Graf beim städtischen Klinikum zur Kenntnis genommen hatte. Graf hatte - wie wir berichtetet - bei Lieferfirmen Rabatte ausgehandelt, die den Kliniken zufließen sollten, aber in seiner Tasche landeten - so der Revisionsbericht. In diesem Zusammenhang soll auch gegen den ehemaligen Leiter der Abteilung Einkauf Strafanzeige erstattet werden.

Damit sei das Verfahren noch lange nicht zu Ende, erklärten Stadtratsmitglieder nach der Sitzung. Es müsse geklärt werden, warum die Kontrollmechanismen nicht funktioniert hätten. Da einige Firmen Rabatte aus dem Großeinkauf direkt an das Klinikum statt an die NPK überwiesen hatten, hätte dieser Buchungsosten der Innenrevision auffallen müssen. "Warum haben Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung - die Stadt Ludwigshafen ist Gesellschafter des Klinikums - alles geschluckt?", fragen Ratsmitglieder.

Insider glauben, dass möglicherweise neben den Ex-Geschäftsführer Graf "der frühere Oberbürgermeister Wolfgang Schulte als zweiter Buhmann aufgebaut" werden könnte. Schulte war während seiner Dienstzeit Aufsichtsratsvorsitzender und später einer der Geschäftsführer bei Pergamon gewesen.

Graf war nach der Vorlage des Revisionsberichts am Wochenende vom neuen NPK-Vorstand aus allen Ämtern entfernt worden.

Pergamon-Klinikgesellschaft droht die Insolvenz

Ludwigshafener Affäre zieht bundesweit Kreise

Von Michael Schmid und Eckhard Buddruss

LUDWIGSHAFEN/HAMM. Der Neuen Pergamon Krankenhaus Management (NPK) GmbH, Hamm, droht die Insolvenz. Das Medizin-Unternehmen, das nach eigenen Angaben 1.500 Mitarbeiter beschäftigt, ist durch die Ludwigshafener „Klinikum-Affäre“ in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten. NPK-Hauptgesellschafter **Volker Graf** war bis Oktober 2005 Geschäftsführer des Klinikums. Gegen ihn ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen Untreue. Die Stadt Ludwigshafen erhebt gegen **Graf** und die NPK Schadenersatzforderungen von 6,6 Millionen Euro.

Die Revisoren der Stadt sprechen von schweren Pflichtverstößen des Managers, der den Klinikum-Aufsichtsrat ignoriert und sich jeder Kontrolle entzogen habe. Ein neuer Bericht der städtischen Revision listet Rückforderungen des Klinikums von rund 6 Millionen Euro vor allem wegen zurückgehaltener Bonuszahlungen auf.

Die NPK hat nach Bekanntwerden des Revisionsberichts in der vergangenen Woche die Abberufung Grafs eingeleitet und ihn von seinen Funktionen als Geschäftsführer bei Tochterfirmen entbunden. Das Unternehmen erwägt, Strafanzeige gegen seinen Gründer und Hauptgesellschafter zu stellen. Bereits im April wurde **Graf** als NPK-Geschäftsführer abgelöst.

Oswald: Bestürzende Entwicklung

Sein Nachfolger Hartwick Oswald zeigte sich tief betroffen „von den bestürzenden Entwicklungen“ und kündigte eine „schonungslose Aufklärung“ an. Oswald will das Unternehmen retten, das an mehreren kommunalen Krankenhäusern, medizinischen Einrichtungen und Zulieferfirmen im ganzen Bundesgebiet beteiligt ist. Er hat nach eigenen Angaben noch zwei Wochen Zeit, um Investoren zu finden und die Zahlungsunfähigkeit zu vermeiden.

Die Sparkasse Vorderpfalz hat am Freitag erste Konsequenzen aus den Vorwürfen gezogen und alle Kredite über insgesamt rund 3,5 Millionen Euro für die NPK-Tochter Deutsche Gesellschaft für Humanplasma (DGH) gekündigt. Die DGH muss nach Oswalds Angaben nun ihre Aktivitäten einstellen. Nach RHEINPFALZ-Informationen laufen derzeit auch Verhandlungen mit anderen Banken und Gläubigern. Zudem soll es innerhalb der NPK Streit um den Sanierungskurs geben. **Graf** befindet sich seit 29. Juni wegen „psychischer Probleme“ in einer Klinik. Grafs Anwalt war gestern für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.

Graf gibt Anteile ab

Graf hält knapp über 50 Prozent der Anteile an der NPK. Ein Unternehmenssprecher sagte gestern, die Abgabe der Anteile Grafs und der seiner beiden wichtigsten Mitgesellschafter sei eingeleitet. Wer die Anteile übernehme, sei noch offen. Für heute ist eine Gesellschafterversammlung einberufen worden.

Umsatzzahlen für das Jahr 2005 wollte die NPK gestern nicht nennen. 2004 bezifferte der damalige NPK-Geschäftsführer Silvio von Entress-Fürsteneck, der zum 30. Juni als Geschäftsführer ausgeschieden ist, in einem Artikel der Zeitschrift „MHB intern“ des Sankt Marien-Hospitals Buer (MHB) in Gelsenkirchen den NPK-Jahresumsatz auf rund 60 Millionen Euro. Laut dem Artikel führte die NPK zum 1. Juni 2004 in Geschäftsbesorgung neben dem Klinikum Ludwigshafen das Sankt Marien-Hospital Buer in Gelsenkirchen und das Stadtkrankenhaus Schwabach. Die Trägerschaft hatte das Unternehmen unter anderem beim St. Elisabeth Krankenhaus in Oberhausen, beim Krankenhaus Lengerich und beim Krankenhaus Rheiderland im ostfriesischen Weener.

Aus dem letztgenannten Krankenhaus hat sich die NPK kürzlich zurückgezogen. Laut einem Bericht der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ wurde zudem der Kooperationsvertrag des MHB in Gelsenkirchen mit der NPK am 15. Mai gekündigt.

Ein Unternehmenssprecher bezifferte die derzeitige Zahl der NPK-Tochterunternehmen auf rund 20. Dazu gehören auch drei Krankenhäuser in Oberhausen, Lengerich und Wetter. Durch Geschäftsbesorgungsverträge führt die NPK Krankenhäuser in Ansbach, Schwabach und Bad Lippspringe.

In Bad Lippspringe dürfte allerdings nach Presseberichten die Zusammenarbeit mit der NPK bald beendet sein. Das mit 22 Millionen Euro hoch verschuldete Medizinische Zentrum für Gesundheit (MZG) in Bad Lippspringe hatte zum 1. Februar mit der NPK die landesweit größte Krankenhaus-Allianz in privater Trägerschaft gebildet.

Quelle: Die Rheinpfalz vom 12.07.2006

Anmerkung:

Das MZG Bad Lippspringe hat 12.07.2006 eine komplette Trennung aller Geschäftsbeziehungen mit der NPK beschlossen und Volker Graf mit sofortiger Wirkung als Geschäftsführer abberufen.

Ex-Klinikumschef Volker Graf gibt Verstöße zu Anwalt: Rückforderungen zu Bonuszahlungen sind "teilweise" gerechtfertigt

Von unserem Redaktionsmitglied Thomas Schrott

Der frühere Geschäftsführer des Klinikums, Volker Graf, räumt offenkundig Verstöße bei den Bonuszahlungen ein. "Rückansprüche der Stadt an ihn sind teilweise gerechtfertigt", erklärte gestern dessen Anwalt Dr. Ingo Minoggio auf "MM"-Anfrage. Keine Anhaltspunkte habe er aber dafür, dass der Betrag von über sechs Millionen Euro begründet sei. "Uns liegt der zweite Revisionsbericht nicht vor, deshalb ist für mich diese Summe aus der Luft gegriffen."

Allein fünf Millionen Euro Schaden hat Graf nach Angaben der städtischen Revisoren dadurch verursacht, dass er Bonuszahlungen von Einkaufs-Lieferanten nicht ans Klinikum weitergeleitet habe. Einstimmig hat der Stadtrat vorgestern in nicht-öffentlicher Sitzung gefordert, Schadensersatzforderungen "in voller Höhe" gegen Graf und die Krankenhausgesellschaft Neue Pergamon (NPK) geltend zu machen.

Graf befindet sich seit zwei Wochen in stationärer Behandlung in einem Berliner Krankenhaus wegen "psychischer Probleme", erklärte Hartwick Oswald, NPK-Geschäftsführer, die mehrheitlich Graf gehört. "Mein Mandant ist aber nicht abgetaucht, vielmehr ist er weiterhin an der Aufklärung des Sachverhalts interessiert", ergänzte Minoggio.

Daher habe Graf Ende Juni in einem Brief an das Klinikum die Frage der Bonuszahlungen angesprochen und eine zivilrechtliche Klärung vorgeschlagen habe. Eine Kopie des Schreibens sei an die Staatsanwaltschaft gegangen.

Der Neuen Pergamon drohe unterdessen die Zahlungsunfähigkeit, räumte Oswald ein. Durch hohe Rückzahlungen an die Stadt würde das Unternehmen mit bundesweit 1500 Mitarbeitern und 22 Tochtergesellschaften "überschuldet". Eine Kreditlinie sei gekündigt worden. In Gesprächen mit den Banken versucht Oswald nach eigenen Angaben, ein Sanierungskonzept aufzustellen. Ergebnisse sollen in der nächsten Woche vorliegen. Parallel dazu sucht der Geschäftsführer nach Investoren. "Ohne Einschnitte für Gläubiger wird es aber nicht gehen. Ich sehe aber die Chance für einen Neuanfang", meinte Oswald, der sich heute zu einem Gespräch mit OB Eva Lohse trifft.

"Bei der NPK ist Graf nicht gekündigt oder rausgeworfen worden", widersprach Minoggio der Darstellung des neuen NPK-Geschäftsführers. Vielmehr habe Graf aus Gesundheitsgründen seine Geschäftsführertätigkeiten bei den Tochtergesellschaften niedergelegt. Einem Neubeginn der NPK stehe dieser aber nicht im Wege. Oswald formulierte es deutlicher: "Mit Volker Graf gibt es für die Banken keine Lösung."

NPK weiter um Aufklärung bemüht: Konstruktives Gespräch mit Oberbürgermeisterin

13.07.2006 , NPK

Gesellschafterversammlung Ludwigshafen • Am 12.7.2006 hat das von der Neuen Pergamon erbetene Gespräch mit der Oberbürgermeisterin der Stadt Ludwigshafen, Frau Dr. Eva Lohse, im Rathaus stattgefunden. Frau Dr. Lohse ist Aufsichtsratsvorsitzende des Klinikums der Stadt Ludwigshafen und Aufsichtsratsvorsitzende der Sparkasse Vorderpfalz, beide sind Großgläubiger der Neuen Pergamon. An dem Gespräch, das zwei Stunden dauerte, nahmen der Rechtsberater der Stadt Ludwigshafen, der Geschäftsführer des Klinikums der Stadt Ludwigshafen sowie ein Vorstandsmitglied der Sparkasse Vorderpfalz auf der einen Seite und Herrn Oswald als alleinvertretungsberechtigter Geschäftsführer der Neuen Pergamon nebst deren Wirtschafts- und Rechtsberater andererseits teil. Die Neue Pergamon hatte für einen Teil des Gespräches den Vertreter eines potentiellen Investors mitgebracht, der die grundsätzliche Bereitschaft bestätigte, zu einer schnellen und grundlegenden Problemlösung beitragen zu wollen.

Herr Oswald hatte um das Gespräch gebeten, um einen aktuellen Sachstandsbericht geben zu können und eine Vertrauensbasis zu schaffen, die nach den aufgetretenen Vorgängen für eine schnelle Lösung notwendig ist. Herr Oswald erläuterte, dass derzeit Zahlungsunfähigkeit vorliege und alles dafür spreche, auch eine bestehende Überschuldung zu bejahen. Zur Abwendung dieser Insolvenzantragsgründe würden derzeit größte Anstrengungen bei der Neuen Pergamon unternommen, um ein tragfähiges Sanierungskonzept zu erarbeiten. Parallel dazu würden bereits Gespräche mit den wichtigsten Gläubigern und potentiellen Investoren geführt, um die nach dem Insolvenzrecht gewährte Frist wahren zu können. Ein Schlüssel für die rechtzeitige Sanierung der Neuen Pergamon sei die Zustimmung der Gesellschafterversammlung, die er weiterhin zu erreichen versuche. Dazu hat Herr Oswald die für den kommenden Sonntag angesetzte Gesellschafterversammlung vorzeitig für den morgigen Donnerstag einberufen.

Der Neuen Pergamon wurde der 2. Teilbericht des Bereiches Revision (Bericht Nr.203/2006) über die Sonderprüfung beim Klinikum Ludwigshafen am Rhein gGmbH übergeben. Herr Oswald erläuterte, dass die hausinternen von ihm angeordneten Untersuchungen zu einem abweichenden Ergebnis gelangt sind und die Neue Pergamon die Abweichungen anhand ihrer Geschäftsunterlagen überprüfen werde. Herr Oswald sicherte Frau Dr. Lohse im Namen der Neuen Pergamon zu, zur Aufklärung der richtigen Zahlen mit aller Transparenz beitragen zu wollen.

Klinikgesellschaft erkennt Forderungen an

Gestern Gespräch im Rathaus - Heute NPK-Gesellschafterversammlung wegen Sanierungskonzept

Die Klinik-Management-Gesellschaft Neue Pergamon (NPK) ist zahlungsunfähig und überschuldet. Die Forderungen aus den offensichtlich nicht geflossenen Bonuszahlungen an das Klinikum erkennt NPK „dem Grunde nach an“. Ihre Höhe - die Stadt beziffert sie auf fünf Millionen Euro - würde durch die NPK noch geprüft. Das haben Oberbürgermeisterin Eva Lohse und NPK-Geschäftsführer Hartwick Oswald gestern auf RHEINPFALZ-Anfrage mitgeteilt.

Vorausgegangen war ein zweistündiges Gespräch zwischen Oswald, der selbst darum gebeten hatte, Lohse als Klinikum- und Sparkasse Vorderpfalz-Aufsichtsratsvorsitzende sowie einem Vorstandsmitglied des Geldinstituts. Klinikum und Sparkasse sind laut Oswald „Großgläubiger der NPK“. Beim Gespräch waren auch die Anwälte von Stadt und NPK dabei. Oswald hat nach seiner Darstellung Lohse gestern zugesichert, dass die NPK „zur Aufklärung der richtigen Zahlen zu aller Transparenz“ beitragen wolle.

Oswald hat dazu deutlich gemacht, dass er ein Sanierungskonzept zur Abwendung der drohenden Insolvenz erarbeitet habe und erste Gespräche mit den Gläubigern, vor allem Banken, sowie potenziellen Investoren führe. Seine Handlungsfähigkeit sei jedoch eingeschränkt, weil es unter den Hauptgesellschaftern der NPK keine Einigkeit über Oswalds Konzept gebe. Die Zustimmung der Gesellschafter sei jedoch „ein Schlüssel für die rechtzeitige Sanierung der NPK“, so Oswald in seiner Pressemitteilung. In der NPK würden derzeit „größte Anstrengungen unternommen, um ein tragfähiges Sanierungskonzept zu erarbeiten. Die Antragsfrist für die Insolvenz laufe bereits, hatte Oswald schon am Montag der RHEINPFALZ bestätigt.

Die zunächst für Sonntag anberaumte Gesellschafterversammlung sei deshalb bereits für heute einberufen, teilte Oswald gestern mit.

Anmerkung: Sitzung fiel aus und wurde für den 14.07.2006 neu terminiert

Insgesamt hat die NPK 13 Gesellschafter. Die Mehrheit hält nach wie vor Ex-Klinikum-Geschäftsführer und NPK-Gründer **Volker Graf**, der seit Ende Juni in einer Klinik liegt. Weitere Gesellschafter sind Silvio Entress-Fürsteneck sowie Jürgen Matschke, von 1994 bis Mitte 2000 Personaldirektor im Klinikum Ludwigshafen. Oswald wurde gestern der zweite städtische Revisionsbericht ausgehändigt.

FWG fragt nach Graf - „Abfindung“

„Gerichtsrelevante Verstöße“ des ehemaligen Klinikum-Geschäftsführers **Volker Graf** sieht die FWG im zweiten Teilbericht der Revision. „In Millionenhöhe vorenthaltenen Bonuszahlungen (...) ist der wirklich dicke Hammer“, heißt es in einer FWG-Stellungnahme. Die FWG stellt OB Eva Lohse im Zusammenhang mit der Kündigung Grafs zum 31. Oktober neue Fragen: Warum habe sie vereinbart, dass die Revisoren ihre gerade begonnene Arbeit bis nach dem Ausscheiden von **Graf** unterbrechen und der Manager noch offene Fragen nicht mehr beantworten müsse.

Die FWG behauptet überdies, dass **Graf** nach seiner Kündigung bis Oktober 2005 nicht nur monatlich 15.000 Euro Gehalt, sondern auch eine variable monatliche Vergütung von

12.000 Euro erhalten habe. Über zehn Monate seien an **Graf** dank dieser „sehr einvernehmlichen Regelung“ noch zusätzlich zum Gehalt 120.000 Euro gezahlt worden. Diese Summe entspreche der in Grafs Managementvertrag von 1996 geregelten Gewinnbeteiligung. „Diese variable Vergütung ist im Nachhinein eindeutig als versteckte Abfindung zu werten“, so die FWG. Offiziell verlautbart wurde stets, dass **Graf** ohne Abfindung vorzeitig ausscheide. (ell) Wirtschaft

Stadt will Strafanzeige gegen Ex-Einkaufsleiter stellen

Der Stadtrat folgt in der Sache Klinikum und Ex-Geschäftsführer **Volker Graf** dem Aufsichtsrat: Er hat am Montag den zweiten Revisionsbericht über das Klinikum nicht öffentlich diskutiert und beschlossen, alle in den beiden bisherigen Berichten aufgelisteten Schadensansprüche geltend zu machen. Die Gesamtsumme beläuft sich auf über 6 Millionen Euro. Am ehesten zu realisieren erscheinen dem Gremium Zahlungen aus den dem Klinikum offensichtlich seit 1998 vorenthaltenen Bonuszahlungen. Gegen den früheren Chefeinkäufer im Klinikum, Klaus Seegmüller, soll Strafanzeige gestellt werden. Als Leitender Angestellter hätte er merken und monieren müssen, dass Bonuszahlungen ausblieben. Diskutiert worden sei auch die Verantwortung früherer Entscheidungsgremien sowie des Ex-Klinik-Aufsichtsratsvorsitzenden, Ex-Oberbürgermeisters und ehemaligen NPK-Gesellschafter Wolfgang Schulte. (ell)

Schulte: Ich hatte keinen Einblick

NPK-Geschäfte unbekannt

„Ich habe als NPK-Gesellschafter keinen Einblick in die Bücher der Gesellschaft gehabt. Mir wurde der Einblick nicht gewährt.“ Das sei ein Grund für sein Ausscheiden aus der Gesellschaft gewesen. Mit diesen Worten nahm Alt-Oberbürgermeister Wolfgang Schulte (SPD) gestern Stellung zu der aktuellen Debatte in der Klinikum-Affäre. Dabei werden zunehmend auch Fragen nach der Verantwortung früherer Entscheidungsträger laut, wobei auch Schultes Name genannt wird.

Schulte hatte den umstrittenen Klinik-Manager **Volker Graf** ans Ludwigshafener Klinikum geholt und war nach seiner Amtszeit als OB geschäftsführender Gesellschafter der Klinikum-Management-Gesellschaft Neue Pergamon (NPK), an der **Graf** die Mehrheit hält. Schulte unterstrich mit Blick auf die laufende Debatte: „Ich habe weder als Oberbürgermeister noch als Aufsichtsratsvorsitzender noch als Gesellschafter Einblick gehabt.“ Er habe auch nicht gewusst, dass keine Bonuszahlungen an das Klinikum geflossen seien. Es habe ihn auch niemand darauf aufmerksam gemacht. Wer es gewusst hat, hätte es sagen sollen. Schulte verwies auch darauf, dass die heutige Oberbürgermeisterin Eva Lohse bereits im Klinikum-Aufsichtsrat gesessen habe, als offensichtlich mit Gründung des NPK-Einkaufsverbundes 1998 der mutmaßlich inkorrekte Umgang mit Bonuszahlungen begonnen habe, falls die Aussagen im Revisionsbericht stimmten. „Ich habe keine Anhaltspunkte dafür gehabt, dass **Graf** das Klinikum schädigen wollte“, so Schulte. „Ich habe kein Spezialwissen.“ Ein gewisses Vertrauen sei in solche Positionen notwendig. Persönlich bedauere er inzwischen, Gesellschafter der Neuen Pergamon gewesen zu sein. „Das belastet schon sehr“, sagte der Ex-OB. (ell)

13. Juli 2006

Lohse: FWG-Kritik ist reine Heuchelei

Politik | 13.07.2006. - 15:44:32

"Diese Äußerung der Herren Metz, Demmer und Glogger ist an Heuchelei nicht zu überbieten." Mit diesen Worten reagiert Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse auf eine Pressemitteilung, in der die FWG-Stadtratsfraktion gestern die Auflösung des Managementvertrages zwischen der Neuen Pergamon Krankenhausmanagementgesellschaft (NPK) und NPK-Geschäftsführer Prof. Dr. Volker Graf einerseits und dem Klinikum der Stadt Ludwigshafen am Rhein andererseits kritisiert hat.

"Fakt ist, dass bereits nach dem Sonderprüfungsbericht von Luther Menold klar erkennbar war, dass Herr Graf als Geschäftsführer des Klinikums massiv in die eigene Tasche beziehungsweise in die Taschen der NPK gewirtschaftet hat. Mein Antrag auf Abberufung des Geschäftsführers hat damals im Aufsichtsrat leider nicht die erforderliche Mehrheit gefunden. Wenn Herr Graf schon damals gegangen wäre, wäre dem Klinikum einiges erspart geblieben. Aber die FWG gehörte zu denjenigen, die Herrn Graf damals unbedingt halten wollten."

Die OB verweist auf eine Pressemitteilung der FWG vom Februar 2005, in der es unter anderem wörtlich heißt: "Insbesondere die OB muss dabei ihre starre Position, den Geschäftsführer auf jeden Fall 'rausschmeißen' zu wollen, aufgeben und damit einem Kompromiss den Weg ebnen. Nach Auswertung des Sonderprüfberichtes und aller juristischen Einlassungen beider Seiten sind wir Freien Wähler zu der Überzeugung gelangt, dass man einen so erfolgreichen Manager, wie dies Professor Graf gerade im Klinikum, bei den Alten- und Pflegeheimen und bei der ehemaligen maroden städtischen Zentralwäscherei war, nicht wegen angeblicher Versäumnisse, die zum Teil schon Jahre zurückliegen und wohl auch vom früheren Aufsichtsrat zumindest 'geduldet' waren, seines Postens entheben kann. Weitere Diskussionen dürften keine großen Neuigkeiten mehr bringen und erhebliche Kosten und Verunsicherung bewirken."

Lohse: "Es ist schon erstaunlich, dass ausgerechnet die FWG, die damals einen Kompromiss und den Verbleib von Herrn Graf im Klinikum gefordert hat, heute eine angeblich zu einvernehmliche Auflösung des Vertragsverhältnisses kritisiert.

Fakt ist, so die OB weiter, "dass die FWG massiv versucht hat, jede weitere Aufklärung zu verhindern und sich so zum Fürsprecher von Herrn Graf gemacht hat. Wenn es damals nach dem Willen der FWG gegangen wäre, würde es die Prüfberichte der Revision heute nicht geben. Nachdem jetzt das Ausmaß des Skandals immer größer wird, bin ich sehr froh darüber, dass ich die rückhaltlose Aufklärung auch gegen den Widerstand der FWG durchgesetzt habe."

Zum Zusammenhang zwischen der Prüfungstätigkeit der städtischen Revision und der Auflösung des Managementvertrages von Prof. Dr. Graf erläutert die Stadtchefin: "Am 7. April 2005 gab es ein erstes Gespräch zwischen der Revision und Herrn Graf, in der die Revision die zur Prüfung vorgesehenen Geschäftsvorgänge benannte. Am 8. April hat Herr Graf um die vorzeitige Auflösung seines Vertrags gebeten. Die Auflösungsvereinbarung wurde am 14. April 2005, also eine Woche nach dem ersten Auftauchen der städtischen Revision im Klinikum, unterschrieben.

Teil dieser Vereinbarung war die Zusicherung, dass die Revision ihre Tätigkeit erst nach dem Weggang von Herrn Graf fortsetzt. Es ist richtig, dass dadurch die weitere Aufklärung verzögert wurde, aber das war damals der Preis dafür, dass wir uns von Herrn Graf trennen konnten. Dass wir diesen Preis zahlen mussten, habe nicht ich zu verantworten, sondern diejenigen, die damals noch in Nibelungentreue zu Herrn Graf standen. Dazu gehörte auch die FWG."

OB: reine Heuchelei

Lohse weist Kritik der FWG zu Graf-Auflösvertrag zurück

"Die Äußerung der FWG ist an Heuchelei nicht zu überbieten." Mit diesen Worten weist OB Eva Lohse die Kritik der Freien Wähler am Auflösungsvertrag mit dem früheren Klinikum-Geschäftsführer Volker Graf zurück. Dieser habe zusätzlich zum Monatsgehalt von 15 000 Euro eine "variable Vergütung" von monatlich 12 000 Euro erhalten. Zudem hätten die städtischen Revisoren ihre Arbeit bis zum Ausscheiden Grafs nicht fortführen dürfen.

"Es ist erstaunlich, dass ausgerechnet die FWG, die Anfang 2005 einen Kompromiss und den Verbleib von Graf im Klinikum gefordert hat, die Vertragsauflösung kritisiert", so Lohse. Darin sei vereinbart worden, dass die Revisoren ihre Arbeit unterbrechen. "Es ist richtig, dass dadurch die weitere Aufklärung verzögert wurde. Aber das war der Preis, dass wir uns von Herrn Graf trennen konnten. Dass wir diesen Preis zahlen mussten, habe nicht ich zu verantworten, sondern diejenigen, die damals in Nibelungentreue zu Herrn Graf standen. Dazu gehörte auch die FWG."

Der wirtschaftliche Schaden durch die Affäre müsse auch politisch bewertet werden, fordert die FDP. Viel zu lange habe ein Teil des Stadtrats der Aufklärungsarbeit nur zögernd gegenüber gestanden und eine Machtprobe vorexerziert. Die Frage der Verantwortlichkeit sei zu diskutieren. "Weder interne noch externe Unternehmenskontrollen haben die nötige Wirkung ausgestrahlt." Von einem kompletten Versagen der Wirtschaftsprüfer und des Aufsichtsrats sprechen die Freien Wähler (FWG). Kurzfristig auf heute verschoben wurde die Gesellschafterversammlung der Krankenhausgesellschaft Neue Pergamon, bei der die Abberufung Grafs als Gesellschafter auf der Tagesordnung steht. ott

Mannheimer Morgen

14. Juli 2006

„Abrechnungen zu Lasten der Klinik“

Städtische Revision moniert Kreditkartenmissbrauch und frisierte Reisekostenabrechnungen

Von unserem Redakteur Michael Schmid

Kreditkartenmissbrauch, frisierte Reisekostenabrechnungen, ungerechtfertigte Vergünstigungen für leitende Angestellte des Klinikums, Inanspruchnahme des Klinikpersonals für betriebsfremde Zwecke - die Liste der Vorwürfe gegen den Ex-Klinikum-Geschäftsführer Volker Graf wird immer länger. Im aktuellen Bericht der städtischen Revision sind die Verstöße detailliert aufgelistet. Die Revisoren fordern allen dafür insgesamt mehrere hunderttausend Euro von dem Manager zurück.

Auf rund 99.000 Euro beziffert die Revision den wirtschaftlichen Schaden für das Klinikum, den Graf allein durch Kreditkarten- und Abrechnungsmissbrauch angerichtet haben soll. Der Manager verfügte laut Revisionsbericht über zwei Kreditkarten verschiedener Anbieter, die jeweils auf Rechnung des Klinikums liefen. Insgesamt 318 Auffälligkeiten und Beanstandungen listet der Bericht auf und spricht von „einer persönlichen Bereicherungsabsicht“.

Vor allem bei Reisen, die nichts mit dem Klinikum zu tun hatten, scheint der Manager zu Lasten des Ludwigshafener Krankenhauses abgerechnet zu haben. Dabei soll er laut Revision auch die Reisekosten für seinen Fahrer und andere Begleitpersonen sowie deren Bewirtung auf Kosten des Klinikums abgerechnet haben. Wie dem Bericht zu entnehmen ist, soll Graf sogar die Getränke aus der Mini-Bar und für das Bezahl-Fernsehprogramm im Hotelzimmer dem Klinikum in Rechnung gestellt haben. Auch bei einigen Geschäftssessen soll es nicht mit rechten Dingen zugegangen sein.

Nicht nur Ex-Geschäftsführer Graf soll über Firmenkreditkarten verfügt haben: Auch leitende Angestellte des Klinikums hatten laut Revision so genannte Partnerkarten - ebenfalls auf Rechnung des Krankenhauses. Nach Ansicht der Rechnungsprüfer gab es kein wirksames Kontrollsysteem oder eine Regelung, um einen Missbrauch der Kreditkarten zu Lasten des Klinikums zu verhindern. Wie hoch der mutmaßliche wirtschaftliche Schaden durch die „Partnercards“ ist, listet der Revisionsbericht nicht auf.

Graf soll auch eigenmächtig - so der Revisionsbericht und entsprechende RHEINPFALZ-Informationen - dem ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden Arnold Kolbert und der Pflegedienstleiterin Käthe Harms Dienstwagen beschafft haben. Für die geleasten Fahrzeuge soll es kein Fahrtenbuch gegeben haben, moniert die Revision und geht davon aus, dass die Autos auf Rechnung des Klinikums auch privat genutzt wurden. Der Schaden für das Klinikum beläuft sich laut Revision auf rund 30.000 Euro.

Unterdessen geht die politische Debatte über die Verantwortung für die Vorgänge am Klinikum weiter. Die FWG-Kritik an Grafs Auflösungsvertrag wies gestern Oberbürgermeisterin Eva Lohse als „reine Heuchelei“ zurück. Die FWG habe wie andere Politiker in „Nibelungentreue“ zu Graf gestanden und die Aufklärung des Skandals damit verzögert. Die FDP kritisiert, dass SPD, FWG und Grüne stattdessen die Machtprobe mit Lohse gesucht hätten. Wenn alle Zahlen auf dem Tisch liegen, müsse die Frage der Verantwortung und Haftung diskutiert werden.

Die in den Skandal verwickelte Klinik-Firma „Neue Pergamon“, bei der Graf Hauptgesellschafter ist, wollte ursprünglich gestern in einer Gesellschafterversammlung Auswege aus der drohenden Insolvenz durch Rückforderungen von Gläubigern und Banken beraten. Das Treffen wurde auf heute verlegt. Einwurf

System Graf

Was die städtischen Revisoren aus den Geschäftsunterlagen des Klinikums zu Tage fördern, lässt jedem braven Steuerzahler die Haare zu Berge stehen. Der Ex-Geschäftsführer Volker Graf hat dort nach den vorliegenden Prüfergebnissen offenbar ein „System der Selbstbedienung“ installiert, wie es ein Aufsichtsratsmitglied treffend bezeichnet.

Es sind nicht nur die horrenden Millionensummen aus mutmaßlich vorenthaltenen Bonuszahlungen von Zuliefern des Krankenhauses, die für Empörung sorgen. Es sind die „kleinen“ Annehmlichkeiten, die sich Graf und offenbar auch leitende Angestellte gönnten. Stimmen die Vorwürfe der Revisoren, dann hat der Klinik-Manager auf Dienstreisen freigiebig auf Kosten des Klinikums und letztlich des Steuerzahlers gelebt.

Und keiner, will davon etwas gewusst haben? Das ist nur schwer zu glauben und wirft Fragen nach effektiven Kontrollmechanismen auf. Die Politik debattiert nun über Verantwortung. Das ist richtig, sollte sich aber nicht in gegenseitigen Schulzuweisungen erschöpfen. Konsequenzen und klare Regeln müssen her, damit sich solche Vorgänge nicht mehr wiederholen können. (mix)

Pressemitteilungen - FDP Stadtratsfraktion und Kreisverband Ludwigshafen

Pressemitteilungen

Pressemitteilung vom 14.07.2006:

Klinikum schaden begrenzen ♦ Verantwortlichkeiten klären

Im Klinikum ginge es jetzt darum, Schaden zu begrenzen. Die Dringlichkeit dieser Pflicht würde auch darin deutlich, dass sich nun herausstelle, dass die unter städtischer Gewährträgerschaft stehende Sparkasse durch die NPK in Mitleidenschaft gezogen würde, so FDP-Fraktionschef Harald Glahn. Viel zu lange hätte ein Teil des Stadtrates der Aufklärungsarbeit nur zögernd gegenüber gestanden und eine Machtprobe exerziert. Schon vor einem Jahr hätte die FDP-Fraktion nach Vorliegen der Rechtsgutachten eine Trennung von Herrn Graf gefordert und die Oberbürgermeisterin in ihrem Aufklärungsbemühen uneingeschränkt unterstützt. Dabei sei die FDP aber zusammen mit der CDU noch allein gewesen.

Jetzt ginge es aber darum, Rückforderungen ♦ soweit überhaupt möglich - zu sichern und weiteren Schaden wegen Zahlungsunfähigkeiten zu vermeiden, so Glahn.

Der wirtschaftliche Schaden müsse auch politisch bewertet werden. Gebetsmühlenartig seien kritischen Nachfragern die Erfolge des Geschäftsführers entgegen gehalten worden. Wie wenig dabei zwischen Erfolg und vorgetäuschem Erfolg unterschieden wurde, hätte man früher feststellen können. Wenn alle Zahlen und alle dazugehörigen Entscheidungsvorgänge auf dem Tisch lägen, müsse die Frage nach Verantwortlichkeit und eventueller Haftung diskutiert werden. Eines sei aber wohl anzunehmen. Ein solches Ausmaß an Eigenmächtigkeit und Missbrauch eines Geschäftsführers über eine so lange Zeit, konnte er sich nur erlauben, wenn er sich sicher fühlte. Also hätten offenbar weder interne noch externe Unternehmenskontrollen die notwendige Wirkung ausgestrahlt. Die FDP-Fraktion werde deshalb auf diese Fragen besonderen Wert legen, so Glahn.

15. Juli 2006

FWG zu den Äußerungen von OB Lohse zu der Klinikumaffäre

Politik | 15.07.2006. - 12:47:25

Die FWG steht auch weiterhin auf dem Standpunkt, dass sich aus dem ersten Prüfbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Luther & Menold keine Rechtfertigung für einen Rauswurf des damaligen Geschäftsführers Graf ableiten ließ. Zu diesem Zeitpunkt drohte tatsächlich die Gefahr, dass Graf bei vorzeitiger Entlassung Regressansprüche geltend machen könnte.

In dieser Einschätzung war die FWG keinesfalls allein. Auch der CDU-Koalitionspartner SPD und die Grünen teilten diesbezüglich unsere Einschätzung, gleiches gilt für den Klinikum-Aufsichtsrat, dem wir – im Gegensatz zur FDP – nicht angehören.

Hätte OB Lohse damals das Ergebnis vorgelegen können, das heute nach dem 2. Teil der städtischen Prüfung auf dem Tisch liegt, wäre damals bereits eine andere Beurteilung möglich gewesen.

Erstaunt ist die FWG allerdings darüber, dass OB Lohse mit keinem Wort auf die tatsächlichen Inhalte der Auflösungsvereinbarung eingeht. Sie sollte doch einmal erklären, warum sie Prof. Graf noch ca. 120.000 € Gewinnbeteiligung zukommen ließ, obwohl zu diesem Zeitpunkt längst schon davon auszugehen war, dass das Klinikum keinen Gewinn sondern Verlust machen wird.

Kein Wort auch dazu, warum Graf noch offene Fragen nicht mehr beantworten musste, obwohl er doch noch bis zum 31. Oktober im Amt blieb?

Auch Landesbank Saar Gläubiger der NPK

Eine Million Euro - Severin: Auf Distanz zu Graf

Die Landesbank Saar in Saarbrücken gehört zu den Gläubigern der Klinikum-Management-Gesellschaft Neue Pergamon (**NPK**). Ihre Ansprüche betragen rund eine Million Euro. Das bestätigte das Vorstandsmitglied der Landesbank Saar, Werner Severin, gestern auf RHEINPFALZ-Anfrage. Severin war bis 2001 Vorstandsvorsitzender der heutigen Sparkasse Vorderpfalz in Ludwigshafen.

Die Landesbank Saar hat der **NPK** Kredite gewährt im Zusammenhang mit dem Aufbau ihres Tochterunternehmens Deutsche Humanplasma Gesellschaft (DGH). Für die war auch der Ludwigshafener Ex-Oberbürgermeister Wolfgang Schulte nach seinem Ausscheiden aus dem Amt als geschäftsführender **NPK** -Gesellschafter zuständig. Nach Angaben von **NPK** -Geschäftsführer Hartwick Oswald hat die DGH nach der Kündigung von Krediten inzwischen ihren Geschäftsbetrieb aufgeben müssen.

„Unser Kredit wurde bis zum 30. Juni ordnungsgemäß bedient“, sagte Severin gestern. Von den neuen „dramatischen Entwicklungen“ rund um die **NPK** seien er persönlich und die Landesbank Saar „völlig überrascht worden“. Die DGH habe sich nach seiner Kenntnis der Zahlen „nach Anlaufschwierigkeiten sehr gut entwickelt“. Er habe jetzt das Gespräch mit Geschäftsführer Oswald gesucht. Daher wisse er auch, dass am Montag ein Gespräch zwischen Gläubigern, potenziellen Interessenten und der Gesellschaft über deren Zukunft angesetzt sei. Die **NPK** machte gestern keine Angaben zu dem von Severin genannten Termin am Montag. Er rechne damit, dass am Montag schon Klarheit darüber bestehe, ob die **NPK** Insolvenz anmelden müsse oder nicht.

Zu **NPK** -Gründer Volker Graf unterhalte er seit Jahren keinen Kontakt mehr. „Ich möchte nicht von Bruch reden, aber es ist zu einer kritischen Distanzierung gekommen.“ Auslöser sei die versuchte Übernahme der Eifelhöhen-Klinik AG in Nettersheim durch den Großaktionär **NPK** im Januar 2005 gewesen. Für ein börsennotiertes Unternehmen gebe auf diesem Weg klare Publizierungsvorschriften. Ihrer Informationspflicht sei die **NPK**, letztlich Graf, damals jedoch nicht nachgekommen. Vorstand und Aufsichtsrat der Eifelhöhen-Klinik hätten die Verhandlungen deshalb absagen müssen.

„Das hat auch dazu geführt, dass ich bei der nächsten Hauptversammlung am 23. August in Bonn nicht mehr für den Aufsichtsratsvorsitz der Eifelhöhen-Klinik kandidiere“, sagte Severin. Bis zu diesem Ereignis habe er Graf persönliches Vertrauen entgegengebracht, betonte er.

Auch zu Alt-Oberbürgermeister Wolfgang Schulte pflege er seit seinem Weggang aus Ludwigshafen nach Saarbrücken im Jahr 2001 keine Kontakte mehr, versicherte Severin.

Die **NPK** informierte gestern bis Redaktionsschluss nicht über die Ergebnisse ihrer für gestern anberaumten Gesellschafterversammlung.

Die FWG hat gestern ihre Kritik von Oberbürgermeisterin Eva Lohse wegen deren Management der Graf-Affäre bekräftigt und erneut eine Begründung für die ihrer Meinung nach an Graf gezahlte Gewinnbeteiligung in Höhe von 120.000 Euro im Jahr 2005 verlangt.

Quelle: Die Rheinpfalz vom 15.07.2006

RHEINPFALZ.DE

„Wochenspiegel“ vom 15.07.2006

Mein Name ist Hase, ich weiß von nichts.

Der Spruch ist beliebt in diesen Tagen, in denen nach und nach die Verfehlungen des Ex-Klinikum-Geschäftsführers Volker Graf ans Tageslicht kommen und Schuldeingeständnisse der Klinikum-Management-Gesellschaft „Neue Pergamon“ vorliegen, die in Person von Volker Graf seit 1996 bis zum vorigen Jahr die Geschäfte des Klinikums Ludwigshafen führte.

Hase heißen plötzlich alle die, die irgendwann und irgendwie direkt im Umfeld des Managers zu tun hatten.

Hartwick Oswald, aktueller NPK -Geschäftsführer: Nichts gewusst.

Jürgen Matschke, ehemals Personaldirektor im Klinikum Ludwigshafen, nach seinem Abgang aus dem Klinikum Stuttgart nun im Namen der NPK , bei der er noch einer der Hauptgesellschafter ist, im Klinikum Ansbach am Ruder, wiegelt indes ab. Er rechnete die auf 6,6 Millionen Euro bezifferten Schäden nach Zeitungsberichten bereits auf 1,9 Millionen herunter, „**die natürlich erstattet würden**“. Er sieht die Lage weit weniger dramatisch als Geschäftsführer Oswald.

Wolfgang Schulte, Ex-OB, Ex-Geschäftsführender Gesellschafter der NPK und Ex-Tresengänger mit Graf in seiner Lieblingskneipe im Stadtteil Süd, durfte als NPK -Gesellschafter nicht mal in die Bücher „seiner“ Firma schauen. Er habe - gleich in welcher Funktion - überhaupt nichts gewusst.

Echt rührend. „Intelligent getäuscht“, ruft der Genosse Schulte seinem Kumpel Graf nun hinterher.

Der wird selbst - mit psychischen Problemen in der Berliner Charité liegend - wohl nicht mehr genau wissen, was er getan haben soll.

Der staunende Beobachter und Steuerzahler dagegen weiß auch nichts Genaues. Was er aus den Äußerungen und Erkenntnissen jedoch schließen muss, ist:

Das Verwirrspiel geht weiter. Mehr oder weniger intelligent.

Ein Schönes Wochenende

Stefan Keller

17. Juli 2006

NPK-Geschäftsführer Hartwick Oswald abberufen **Gesellschafter berufen RA Sixto Atrio**

Ludwigshafen • Die Gesellschafter der Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH haben am 16.07.2006 eine Gesellschafterversammlung abgehalten. Es waren 100% der Stimmenanteile vertreten. Der Bericht einer vor einigen Tagen beauftragten unabhängigen Wirtschaftsprüfungs- und Rechtsanwalts gesellschaft brachten massive Zweifel an der Zweckmäßigkeit der Handlungen des Geschäftsführers Hartwick Oswald.

Der Versammlung wurde nach der Vorabprüfung eine sofortige Abberufung und fristlose Kündigung des Herrn Oswald empfohlen. Die Gesellschafterversammlung hat daraufhin mit einer Mehrheit von über 95% aller Kapitalanteile die sofortige Abberufung und fristlose Kündigung beschlossen.

Die Versammlung hat weiter Herrn Rechtsanwalt Sixto Atrio als neuen, alleinvertretungsberechtigten Geschäftsführer bestellt, ebenfalls mit ganz überwältigender Mehrheit. Herrn RA Atrio – der über langjährige Erfahrungen bei Unternehmenssanierungen und auch als Interimsgeschäftsführer im Gesundheitswesen aufweist – wird sofort Gespräche mit den Banken, Mitarbeitern und Vertragspartnern fortsetzen. Er und seine Gesellschaft geben einer Sanierung oder einer geordneten Veräußerung von Unternehmensteilen gute Aussichten.

Atrio wörtlich: „Für einen Insolvenzantrag ist es sicherlich viel zu früh. Die nächsten Tage werden einer längst notwendigen, aber leider bisher unterbliebenen Bestandsaufnahme dienen, ebenfalls werden nun Bankgespräche geführt.“

Ansprechpartner für die Medien:

Christina Matschuck, M.A.
Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH
C/o St. Elisabeth-Krankenhaus Oberhausen gGmbH
Josefstr. 3, D-46045 Oberhausen
Tel.: 0208/85085005; FAX: 0208/85085009; Mobil: 0173/2032048
E-Mail: c.matschuck@elisabeth-ob.de

Krach bei umstrittener Klinik-Gesellschaft

Neue Pergamon entlässt Geschäftsführer Oswald

LUDWIGSHAFEN (mix). Die Neue Pergamon Krankenhaus Management Gesellschaft (NPK) hat am Sonntag ihren erst seit März amtierenden Geschäftsführer Hartwick Oswald fristlos entlassen.

Grund sind offenbar Differenzen über die Geschäftsführung zwischen Oswald und den Firmen-Inhabern, zu denen auch der umstrittene Klinik-Manager Volker Graf gehört. Gegen Graf ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts der Untreue. Die Stadt Ludwigshafen wirft dem Manager vor, ihr Klinikum um mehrere Millionen Euro geprellt zu haben. Oswald hatte sich dafür eingesetzt, dass Graf bei der NPK abgelöst wird.

Oswalds Nachfolger ist der Wirtschaftsanwalt Sixto Atrio, der auf Firmensanierungen und Insolvenzverfahren spezialisiert ist. Atrio erklärte, dass es für einen Insolvenzantrag des finanziell angeschlagenen Unternehmens noch viel zu früh sei.

Die Lage sei nicht so dramatisch, wie vom entlassenen Geschäftsführer Oswald dargestellt. Das Unternehmen sei nicht zahlungsunfähig. In den nächsten zehn Tagen würden eine Bestandsaufnahme gemacht und verschiedene Lösungskonzepte entwickelt. Erst dann könne entschieden werden, ob die Klinik-Managementgesellschaft saniert, teilweise verkauft oder ob Insolvenzantrag gestellt werde.

Nach Atrios Darstellung soll Oswald den Gesellschaftern der NPK mit der öffentlichen Insolvenzandrohung „die Pistole auf die Brust gesetzt“ haben, um sie dazu zu bringen, ihre Anteile am Unternehmen abzugeben und die Firma an die Helios Kliniken GmbH aus Fulda zu verkaufen. Diese Darstellung wies Oswald zurück.

Quelle: Die Rheinpfalz vom 18.07.2006

Pergamon entlässt Geschäftsführer

Oswald durch Atrio ersetzt - Insolvenz-Vorwürfe

Die Neue Pergamon Krankenhaus Management Gesellschaft (NPK) hat am Sonntag ihren erst seit März amtierenden Geschäftsführer Hartwick Oswald fristlos entlassen. Grund sind Differenzen über die Geschäftsführung zwischen den Firmen-Inhabern und Oswald. Zu seinem Nachfolger wählte die Gesellschafterversammlung den Wirtschaftsanwalt Sixto Atrio. Er erklärte gestern, dass es für einen Insolvenzantrag des finanziell angeschlagenen Unternehmens noch viel zu früh sei.

Für eine Sanierung oder für einen geordneten Verkauf von Unternehmensteilen gebe es gute Aussichten, erklärte der neue Geschäftsführer weiter. Derzeit liefen die Verhandlungen mit mehreren kreditgebenden Banken. In zehn Tagen sollen die Gespräche abgeschlossen sein und dann soll es eine Entscheidung über die Zukunft des Unternehmens geben. Die NPK beschäftigt bundesweit rund 1500 Mitarbeiter und hat ihre Geschäftsräume in der Ludwigshafener Walzmühle. „Im Moment ist alles möglich: Verkauf, ein Partner, Teilinsolvenz oder auch, dass die NPK nicht zu retten ist“, sagte Atrio.

Nach Darstellung des Interim-Geschäftsführers soll Oswald den Gesellschaftern der NPK mit der öffentlichen Insolvenzandrohung „die Pistole auf die Brust gesetzt“ haben, um sie dazu zu bringen, ihre Anteile am Unternehmen abzugeben und an einen Investor zu verkaufen. Dabei soll es sich um die Helios Kliniken GmbH aus Fulda (Hessen) handeln, die nach eigenen Angaben 51 Kliniken in Deutschland betreibt und rund 24.800 Mitarbeiter beschäftigt.

Laut Atrio habe Oswald, der früher für Helios gearbeitet habe, kein schriftliches Angebot des Investors vorlegen können. Außerdem habe der Ex-Geschäftsführer dem Investor Zugang zu den NPK -Räumlichkeiten gewährt und ihn dort Geschäftsunterlagen kopieren lassen - ohne Genehmigung der NPK -Gesellschafterversammlung. Oswald habe zudem gegenüber der Öffentlichkeit die NPK „schlecht geredet“, moniert Atrio. Die Lage des Unternehmens sei nicht so dramatisch, wie von Oswald dargestellt. Eine Überschuldung und die Zahlungsunfähigkeit seien durchaus noch vermeidbar.

Außerdem habe die NPK -Tochter Deutsche Gesellschaft für Humanplasma ihren Betrieb nicht eingestellt, nachdem die Sparkasse Vorderpfalz alle Kredite gekündigt hatte, so Atrio weiter. Zudem sei Oswald nicht alleiniger NPK -Geschäftsführer gewesen. Die Hauptgesellschafter Volker Graf, Jürgen Matschke und Silvio von Entress-Fürsteneck seien nach wie vor Geschäftsführer des Unternehmens und hätten ihre Geschäftsanteile nicht an Treuhänder übergeben, wie Oswald habe glauben machen wollen. Bei den Hauptgesellschaftern habe der Verdacht bestanden, dass Oswald bewusst die NPK in eine Krise gesteuert habe, um den Verkauf an die Helios GmbH einzufädeln. Deshalb sei er fristlos entlassen worden.

Hartwick Oswald wies über einen Sprecher die Vorwürfe gestern gegenüber der RHEINPFALZ zurück. Zu Details und Firmeninterna könne er sich aus rechtlichen Gründen sonst nicht weiter äußern.

Wie aus dem Umfeld der NPK zu erfahren war, soll zwischen Oswald und den Hauptgesellschaftern ein Machtkampf entbrannt sein. Graf, Matschke und von Entress-Fürsteneck hätten sich keinesfalls entmachten lassen wollen.

Die Lage des Unternehmens sei sehr ernst, der finanzielle Spielraum eng und Oswald habe nicht in den Verdacht der strafrechtlich relevanten Insolvenzverschleppung geraten wollen, so die Quelle weiter. Oswald habe mehrere Modelle zur Rettung der NPK entwickelt. Nicht nur die Helios GmbH sei als Investor im Gespräch gewesen. Die Vorstellungen über den Erlös, den ein Verkauf der NPK bringe, seien zwischen Oswald und den Hauptgesellschaftern unterschiedlich gewesen. „Bei dem Konflikt geht es um Macht und Geld“, sagte der Informant.

Wegen der Vorwürfe gegen den Ex-Klinikum-Manager und NPK -Gründer Volker Graf hatte Oswald eine Sonderprüfung der Geschäfte der NPK in Auftrag gegeben. Oswald hatte öffentlich erklärt, dass es eine „dunkle Seite“ der NPK gebe, dass Graf auch in seiner Firma Vertrauen missbraucht habe und deshalb gehen müsse. (mix)

Graf-Firma wirft Geschäftsführer Oswald raus

Turbulenzen bei Neuer Pergamon / Bankengespräch ergebnislos / Hohe Verbindlichkeiten

Von unserem Redaktionsmitglied Thomas Schrott

Nicht nur in finanzielle Schwierigkeiten, sondern auch in personelle Turbulenzen geriet die Krankenhausgesellschaft Neue Pergamon (NPK), die mehrheitlich dem früheren Klinikum-Geschäftsführer Volker Graf gehört. Der seit März amtierende NPK-Geschäftsführer Hartwick Oswald wurde sofort abberufen. Zudem wurde ihm fristlos gekündigt, teilte sein Nachfolger Sixto Atrio mit. "Der Bericht einer unabhängigen Wirtschaftsprüfungs- und Rechtsanwaltsgesellschaft hat massive Zweifel an der Zweckmäßigkeit der Handlungen von Oswald gebracht", begründete die NPK den Rauswurf. Oswald weist die Vorwürfe zurück.

Atrio bestätigte "MM"-Informationen, wonach die Verbindlichkeiten der NPK bei sechs bis acht Millionen Euro liegen. Er hoffe aber, dass noch stille Reserven aktivierbar seien. Hauptgläubigerbanken sind nach Informationen dieser Zeitung die Commerzbank, die Sparkasse Vorderpfalz, die Bank für Sozialwirtschaft sowie die Landesbank Saar. Ein Gespräch mit Vertretern dieser vier Kreditinstitute verlief gestern ohne konkretes Ergebnis. Man habe ein weiteres Treffen in zehn bis 14 Tagen vereinbart, sagte Sparkassen-Vorstandsmitglied Thomas Traue. "Die Zeit drängt. Deshalb verbessert ein Geschäftsführerwechsel nicht gerade die Aussichten auf eine Sanierungslösung."

Als Voraussetzung dafür hatte Oswald bei Gesellschafterversammlungen in den vergangenen Tagen auf eine Abberufung Grafs als Gesellschafter gedrängt. Zudem sah er eine Überschuldung des Unternehmens, die mit Rückforderungen der Stadt wegen der Graf-Affäre von rund 6,5 Millionen Euro rechnen muss. Oswald hatte daher einen Insolvenzantrag nicht ausgeschlossen.

Der alleinvertretungsberechtigte Geschäftsführer Atrio ("Graf soll Gesellschafter bleiben") stuft die Situation ganz anders ein. Für einen Insolvenzantrag sei es "sicherlich viel zu früh". Eine Überschuldung sei vermeidbar, meinte der Rechtsanwalt und "Interims-Geschäftsführer". Gute Aussichten gebe er einer Sanierung oder einem geordneten Verkauf von Unternehmensteilen.

Atrio warf Oswald vor, keine konkreten Eckdaten für das künftige Konzept vorgelegt zu haben. Zudem gebe es bislang kein schriftliches Angebot eines Investors. Mit einer Mehrheit von über 95 Prozent aller Kapitalanteile habe die Versammlung die Abberufung Oswalds beschlossen. Die drei NPK-Hauptgesellschafter sind Graf (47 Prozent) der frühere Personaldirektor im Ludwigshafener Klinikum Jürgen Matschke (30 Prozent) sowie Silvio von Entress-Fürsteneck.

Städtische Rückforderungen in Höhe von 6,5 Millionen Euro stuft Atrio wohl als unberechtigt ein. Die NPK sei bei früheren Berechnungen von 2,1 Millionen Euro ausgegangen. "Ich muss mir aber noch einen genauen Überblick über die Lage verschaffen."

Mannheimer Morgen
18. Juli 2006

Personalablösung bei der Pergamon

Rechtsanwalt führt ab sofort Klinikgesellschaft

Vom 18.07.2006

Von

Klaus Mümpfer

LUDWIGSHAFEN In einer Gesellschafterversammlung wollte Hartwick Oswald, Geschäftsführer der Neuen Pergamon Krankenhaus-Management GmbH (NPK), den aus allen NPK-Ämtern entfernten Vorgänger und Gesellschaftsgründer Volker Graf abberufen lassen. Jetzt steht er selbst auf der Straße. Die Gesellschafter haben ihn mit einer Mehrheit rund 95 Prozent sofort abberufen und fristlos gekündigt. Neuer alleinvertretungsberechtigter Geschäftsführer ist der Rechtsanwalt Sixto Atrio. Er wurde "mit überwältigender Mehrheit" bestellt.

Er habe in der vergangenen Woche auf Bitten von Gesellschaftern eine Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Situation der NPK vorgenommen, sagt Atrio dieser Zeitung. Diese habe "massive Zweifel an der Zweckmäßigkeit der Handlungen des Geschäftsführers Hartwick Oswald" zu Tage gefördert. Jener sei nicht zur Versammlung erschienen und habe "keine belastbaren Zahlen vorlegen können". Überfahren fühlten sich die Gesellschafter von der Forderung eines möglichen Investors, entweder alle ihre Anteile abzugeben oder Insolvenz anzumelden, berichtet Atrio.

Dabei hatte Oswald noch Mitte vergangener Woche in einem Gespräch mit der Ludwigshafener Oberbürgermeisterin Eve Lohse Hoffnung auf eine Sanierung der NPK geweckt, Gespräche mit der Sparkasse Vorderpfalz angekündigt und gleich den genannten potentiellen Investor mitgebracht. Lohse ist Aufsichtsratsvorsitzende des Ludwigshafener Klinikums, das von der NPK geführt wird, und der Sparkasse - beides Hauptgläubiger der Pergamon.

"So schlecht, wie Oswald die Gesellschaft geredet hat, sehe sich sie nicht", versichert Atrio. Er solle nun in kürzester Zeit nach der Bestandsaufnahme auch ein Zukunftskonzept vorlegen. "Für einen Insolvenzantrag ist es sicherlich viel zu früh", sagt der Interims Geschäftsführer. "Die nächsten Tage werden einer längst notwendigen, aber leider unterbliebenen Bestandsaufnahme dienen," fügt er hinzu. Er und seine Gesellschaft geben einer Sanierung oder einem geordneten Verkauf von Unternehmensteilen gute Aussichten.

Atrio, der über langjährige Erfahrungen bei Unternehmenssanierungen sowie im Gesundheitswesen verfügt, will die Gespräche mit Banken, Mitarbeitern und Vertragspartner fortsetzen.

Was mit Volker Graf geschieht, der seit Juni wegen psychischer Probleme in der Berliner Charité liegt, ist derzeit ungewiss. Graf soll sich sich und die Neue Pergamon zu Lasten des Ludwigshafener Klinikum nach einem Bericht der Wirtschaftsprüfer Ernst&Young um rund 6,6 Millionen Euro bereichert haben.

NPK: Oswald weist Vorwürfe zurück

Der heftige Streit in der Krankenhausgesellschaft Neue Pergamon (NPK), bei der der frühere Klinikum-Geschäftsführer Volker Graf die meisten Anteile besitzt, geht weiter. Die am Sonntag fristlos entlassene Geschäftsführer Hartwick Oswald äußerte sich gestern "zutiefst empört" über die Aussagen seines Nachfolgers Sixto Atrio. Falsch seien etwa die Behauptungen, wonach er keine konkreten Eckdaten für ein Sanierungskonzept vorlegt und wonach es auf Gesellschafterseite massive Zweifel an der Zweckmäßigkeit seines Konzepts gegeben habe. Die Großgesellschafter um Graf, die Oswald gefeuert und durch Atrio ersetzt hatten, seien zur Versammlung am Freitag gar nicht erschienen. Dort habe er erklärt, dass es zur Rettung des Unternehmens nicht ohne Einbußen für die Gesellschafter abgehen könne. Dies war offensichtlich der Auslöser für einen Machtkampf innerhalb der NPK. Oswald wurde nach eigenen Angaben ganz bewusst nicht zur Versammlung am Sonntag eingeladen, er habe weder Ort, Zeit noch Tagesordnung des Treffens gekannt. Falsch sei daher auch die Behauptung Atrios, eine Bestandsaufnahme durch Oswald sei unterblieben. Vielmehr habe er der Gesellschafterversammlung am Freitag einen fundierten Bericht gegeben. ott

Mannheimer Morgen
19. Juli 2006

"NPK -Rettung wurde verhindert"

Kritik von Ex-Geschäftsführer Oswald

Der Streit über die Geschäftsführung der in die Klinikum-Affäre verwickelte Neuen Pergamon Klinik Management Gesellschaft (NPK) geht weiter. Der entlassene Geschäftsführer Hartwick Oswald erklärte gestern Abend, durch seine Abberufung sei ein Rettungsversuch der Firma zum Scheitern verurteilt worden.

Oswald sagte weiter, er habe ein fortgeschrittenes Sanierungskonzept für das finanziell angeschlagene Unternehmen entwickelt. Sein Rettungsversuch wäre möglicherweise noch in dieser Woche gelungen.

Als er den 13 NPK -Gesellschaftern am Freitag über seine Pläne bei einer Sitzung berichten wollte, seien die Hauptgesellschafter nicht erschienen. Die drei Großgesellschafter Volker Graf, Jürgen Matschke und Silvio von Entress-Fürsteneck verfügen in der NPK über eine Mehrheit von rund 83 Prozent. Nach Oswalds Meinung hätten sie einen Beitrag zur Rettung des Unternehmens leisten müssen. "Ohne Einbußen für sie wäre das alles nicht abgelaufen", erklärte der Ex-Geschäftsführer weiter.

Stattdessen sei am Sonntag eine Versammlung anberaumt worden, zu der Oswald nicht eingeladen worden sei. Dort sei der Wirtschaftsanwalt Sixto Atrio als neuer Geschäftsführer eingesetzt worden. Atrio habe gegenüber der Öffentlichkeit falsche Aussagen über seinen Vorgänger und dessen Sanierungskonzept getroffen.

Die Stadt Ludwigshafen erhebt Schadensersatzforderungen von 6,6 Millionen Euro an die NPK und ihren Gründer Volker Graf, der früher am Klinikum als Geschäftsführer tätig war und sich und seine Firma dabei bereichert haben soll. (mix)

Quelle: Die Rheinpfalz vom 19.07.2006

"Rettungsversuch wird verhindert"

Oswald greift Nachfolger Atrio bei Pergamon an

Vom 20.07.2006

Von

Klaus Mümpfer

LUDWIGSHAFEN Der Streit über die Geschäftsführung in der am städtischen Klinikum engagierten Neuen Pergamon Krankenhaus-Management-Gesellschaft (NPK) findet kein Ende. "Empört" hat der frühere NPK-Geschäftsführer Hartwick Oswald Vorwürfe des neuen Interim-Geschäftsführers Sixto Atrio zurückgewiesen, er habe weder ein akzeptables Sanierungskonzept noch belastbare Zahlen vorgelegt.

Sein Rettungsversuch wäre möglicherweise in dieser Woche gelungen, versichert Oswald in einem Schreiben an diese Zeitung. Durch seine Abberufung sei dieser aber zum Scheitern verurteilt worden. Falsch sei die Behauptung, er habe keine konkreten Eckdaten für sein Sanierungskonzept vorgelegt. Völlig daneben liege Atrio zudem mit der Äußerung, es habe auf Gesellschafterseite massiven Zweifel an der Zweckmäßigkeit seines Sanierungskonzeptes gegeben. Die Großgesellschafter, die den Juristen Atrio an die Stelle von Oswald gesetzt haben, seien der Gesellschafterversammlung am vergangenen Freitag ohne Erklärung ferngeblieben. Dabei habe er ihnen über den fortgeschrittene Stand der Sanierungsbemühungen berichten wollen. Gleichzeitig hätte er vor ihnen Ausführungen über den notwendigen Beitrag der Gesellschafter zur Rettung gemacht. "Ohne Einbußen wäre das alles nicht abgelaufen", betont Oswald allerdings. Der frühere Geschäftsführer ist sicher, dass dem Rechtsanwalt Atrio "jede Beurteilungsgrundlage zum Oswald'schen Sanierungskonzept fehlt".

"Erfunden" sei außerdem der Abberufungsgrund, den Atrio nannte. Richtig sei vielmehr, dass er zur Gesellschafterversammlung am Sonntag nicht habe erscheinen können, weil er offensichtlich bewusst nicht eingeladen worden war. "Ich kannte weder Ort, Zeit noch Tagesordnung dieser Veranstaltung." Falsch sei daher die Behauptung von Atrio, eine Bestandsaufnahme durch Oswald sei unterblieben. "Im Gegenteil: Den wenigen am Freitag erschienenen Gesellschaftern hatte Oswald eine fundierte Bestandsaufnahme mitgegeben", heißt es in einer von Hartwick Oswald unterschriebenen Erklärung.

Die Anteile der NPK liegen in den Händen von 13 Gesellschaftern. Die drei Großgesellschafter Volker Graf, Jürgen Matschke und Silvio von Entress-Fürsteneck verfügen über eine satte Mehrheit von 83 Prozent. Sie waren nach Angaben Atrios nicht bereit, Anteile an einen von Oswald präsentierten Investor abzugeben.

Die Stadt Ludwigshafen klagt gegen den NPK-Gründer und früheren Geschäftsführer Graf auf Schadensersatz in Höhe von rund 6,6 Millionen Euro. Um diese Summe soll Graf, der für die NPK die Geschäftsführung des Klinikums wahrnahm, die städtische Einrichtung geschädigt haben.

„Wir halten an Schadensersatz fest“

Kämmerer Zeiser zur drohenden NPK-Insolvenz

Die Stadt Ludwigshafen will auch bei einer möglichen Insolvenz der Neuen Pergamon Krankenhaus Managementgesellschaft (NPK) ihre Schadensersatzansprüche durchsetzen. Laut Kämmerer Wilhelm Zeiser wird geprüft, inwieweit die NPK-Gesellschafter mit ihrem Privatvermögen für finanzielle Schäden, die dem Klinikum entstanden seien, haftbar gemacht werden können.

Die Stadt erhebt Schadensersatzforderungen von 6,6 Millionen Euro an die NPK und ihren Gründer Volker Graf, der früher am Klinikum als Geschäftsführer tätig war und sich und seine Firma dabei bereichert haben soll.

Den derzeitigen Streit um die Geschäftsführung bei der Klinik-Gesellschaft beobachte die Stadtverwaltung genau. Die NPK hatte am Sonntag ihren neuen Geschäftsführer Hartwick Oswald gefeuert. Der hatte daraufhin erklärt, die Hauptgesellschafter, zu denen auch Volker Graf gehört, hätten bewusst einen Rettungsversuch für das Unternehmen verhindert.

„Was da passiert, ist schwer einzuschätzen“, sagte Bürgermeister Zeiser, der die in Urlaub weilende Oberbürgermeisterin Eva Lohse vertritt. Er gehe davon aus, dass es bei der NPK noch Bemühungen gebe, die Firma zu retten.

Aber auch im Falle einer Insolvenz werde die Stadt ihre finanziellen Forderungen aufrechterhalten und sich dann an die NPK-Gesellschafter halten. „Das Geld muss doch irgendwo geblieben sein. Wer glaubt, wir verzichten darauf, der irrt“, erklärte Zeiser weiter. Falls aber die Gesellschafter kein Vermögen mehr hätten, dann bestünde die Gefahr, dass die Stadt auf ihren Forderungen sitzen bleibe.

Der neue NPK-Geschäftsführer Sixto Atrio hatte am Montag erklärt, dass es für eine Insolvenz noch zu früh sei. (mix)

Quelle: Die Rheinpfalz vom 20.07.2006

Bald erste Klage gegen Volker Graf

Die erste Klage gegen den früheren Klinikum-Geschäftsführer Volker Graf und dessen Krankenhausgesellschaft Neue Pergamon (NPK) wird die Stadt in den nächsten Wochen beim Landgericht Frankenthal einreichen. Dies kündigte gestern Bürgermeister Wilhelm Zeiser auf "MM"-Anfrage an.

"Aus prozessökonomischen Gründen werden wir zunächst eine Teilklage erheben und nicht die Gesamtsumme auf einmal geltend machen." Bei der Forderung auf Schadensersatz mache die Stadt aber keine Abstriche. Dies gelte ungetacht der finanziellen Schwierigkeiten der NPK.

Notfalls würden die NPK-Gesellschafter persönlich in Haftung genommen. Rückforderungen von rund 6,5 Millionen Euro hatten die städtischen Revisoren aufgelistet.

Bei der Abfassung der Klage greift die Stadt auf Spezialisten einer großen Kanzlei zurück. ott

Mannheimer Morgen
22. Juli 2006

NPK gibt zwei Krankenhäuser ab

Die Krankenhausgesellschaft Neue Pergamon (NPK), die mehrheitlich dem früheren Klinikum-Geschäftsführer Volker Graf gehört, gibt wegen finanzieller Schwierigkeiten zwei Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen ab. Das St. Elisabeth-Krankenhaus Oberhausen und das Krankenhaus Lengerich wurden auf Drängen der Banken aus der NPK herausgelöst und in einer Zwischenholding "geparkt", teilte gestern eine Sprecherin mit. Damit wurde ein "Notverkauf der Krankenhäuser unter Wert" verhindert. Mit der finanzierenden Bank sei eine Lösung erzielt worden, so dass der Geschäftsbetrieb der beiden Häuser weiterlaufen könne. Für die Mitarbeiter hat dies einen weiteren positiven Effekt: Sie müssen keine Gehaltseinbußen in Kauf nehmen. Schadensersatzforderungen von 6,5 Millionen Euro kommen auf die Neue Pergamon sowie Volker Graf zu. Der frühere Manager hat nach einstimmiger Auffassung von Stadtrat und Klinikum-Aufsichtsrat grobe Pflichtverstöße begangen und etwa Einkaufsrabatte von fünf Millionen Euro nicht an das Klinikum weitergegeben. Die erste Klage über eine Teilsumme will die Stadt in den nächsten Wochen beim Landgericht einreichen. Unterdessen führt der neue NPK-Geschäftsführer Sixto Atrio weiter Gespräche mit potenziellen Investoren und den Gläubigerbanken, um der Gesellschaft eine neue wirtschaftliche Perspektive zu geben. ott

Mannheimer Morgen
29. Juli 2006

NPK verhandelt mit Banken

Insolvenzantrag weiterhin offen - Trägerschaft für Krankenhäuser abgegeben

Nach wie vor unklar ist, ob die wegen der Klinikum-Affäre umstrittene Klinikmanagement-Gesellschaft „Neue Pergamon“ (NPK) Insolvenzantrag stellen muss. Die Verhandlungen mit den Banken dauerten noch an, teilte eine Firmensprecherin auf RHEINPFALZ-Anfrage mit.

Derzeit sind verschiedene Szenarien für die Firma denkbar, die bundesweit rund 1500 Angestellte hat, mehrere Krankenhäuser betreibt und an einigen Dienstleistungsunternehmen im Gesundheitssektor beteiligt ist.

Möglicherweise werde das gesamte Unternehmen an einen Investor als Gesamtpaket verkauft, erläuterte die NPK -Sprecherin weiter. Vorstellbar sei auch der Verkauf von Teilen der Firmengruppe.

Wie das Unternehmen am Donnerstag mitteilte, kann der Geschäftsbetrieb der beiden NPK -Krankenhäuser in Oberhausen und Lengerich weiterlaufen. Auf Geheiß der Banken seien die Kliniken aus der NPK herausgelöst und in einer Zwischenholding „geparkt“ worden. Damit habe ein Notverkauf der Krankenhäuser unter Wert verhindert werden können, erklärte das Unternehmen. Außerdem könnten nun Schadensersatzforderungen an die NPK nicht auch auf die Krankenhäuser übertragen werden. Gespräche mit potenziellen Investoren über einen Verkauf liefen derweil weiter.

Der vor knapp zwei Wochen neu eingesetzte NPK -Interimsgeschäftsführer Sixto Atrio prüft weiterhin die wirtschaftliche Lage der Firma und verhandelt mit den Gläubigern, zu denen auch die Sparkasse Vorderpfalz, die Commerzbank Ludwigshafen und die Landesbank Saar gehören.

Atrio hatte nach seiner Geschäftsübernahme erklärt, er wolle innerhalb von zehn Tagen klären, ob die NPK einen Insolvenzantrag stellen müsse. Diese Frist sei nun doch nicht einzuhalten, ein konkretes Datum könne nicht genannt werden, erklärte die NPK -Sprecherin.

Die Stadt Ludwigshafen erhebt Schadensersatzforderungen von 6,6 Millionen Euro an die NPK und ihren Gründer Volker Graf, der früher am Klinikum als Geschäftsführer tätig war und sich und seine Firma dabei bereichert haben soll. (mix)

NPK muss Kredit zurückzahlen

Frist läuft am Montag ab

Die in die Klinikum-Affäre verwickelte Neue Pergamon Krankenhaus Management Gesellschaft (NPK) muss bis Montag 7. August ihre Kredite bei der Sparkasse Vorderpfalz zurückgezahlt haben. Dann läuft nach RHEINPFALZ-Informationen die Frist für die von der Bank am 7. Juli gekündigten Kredite aus. Nach Angaben des früheren NPK - Geschäftsführers Hartwick Oswald geht es dabei um Verbindlichkeiten in Höhe von 3,5 Millionen Euro.

Die Sparkasse Vorderpfalz wollte gestern keine Angaben zu den gekündigten Krediten machen und bestätigte lediglich, dass die Kündigungsfrist bald ende. „Bis dahin sollte Klarheit über die weitere Zukunft der NPK bestehen“, sagte Sparkassen-Chef Rolf Settelmeier auf Anfrage.

Die Sparkasse Vorderpfalz ist nicht der einzige Gläubiger der Klinik-Gesellschaft: Neben weiteren Banken hat die Landesbank Saar in Saarbrücken nach eigenen Angaben Ansprüche von rund einer Million Euro.

Außerdem erhebt die Stadt Ludwigshafen Schadensersatzforderungen von 6,6 Millionen Euro an die NPK und ihren Gründer Volker Graf, der früher am Klinikum als Geschäftsführer tätig war und sich und seine Firma dabei bereichert haben soll, so die städtische Revision.

Der neue NPK -Geschäftsführer Sixto Atrio hatte diese Woche erklären lassen, dass er noch deren Wirtschaftsdaten prüfe. Erst wenn diese Prüfung abgeschlossen sei, könne über die Zukunft der Firma entschieden werden. Möglicherweise falle nächste Woche eine Entscheidung.

Derzeit seien verschiedene Szenarien für die NPK denkbar, die bundesweit rund 1500 Angestellte hat und an einigen Unternehmen im Gesundheitssektor beteiligt ist: Möglicherweise könne die NPK an einen Investor verkauft werden. Vorstellbar sei auch der Verkauf von Teilen der Gruppe. Nicht auszuschließen sei auch ein Insolvenzantrag. (mix)

Einwurf: Uhr tickt

Für die in die Klinikum-Affäre verwickelte Neue Pergamon Klinik-Gesellschaft tickt die Uhr. Das Unternehmen steht bei seinen Gläubigern mit Millionen Euro in der Kreide. Hinzu kommen noch Schadensersatzforderung der Stadt Ludwigshafen in Höhe von 6,6 Millionen Euro.

Die Sparkasse Vorderpfalz hat vor vier Wochen Konsequenzen aus den Vorwürfen gegen das Unternehmen gezogen und die Kredite der Firma des umstrittenen Klinik-Managers Volker Graf gekündigt. Die Rückzahlungsfrist läuft ab.

Nun muss die Klinik-Gesellschaft sagen, wo es langgeht. Ist die Firma zu retten? Wird sie verkauft? Droht doch ein Insolvenzantrag?

Der von Graf & Co gefeuerte Ex-Geschäftsführer wollte an einen Investor verkaufen. Der neue Geschäftsführer lässt sich bisher nicht in die Karten schauen. Bis Montag muss er sich der Bank erklären. (mix)

Entscheidung über NPK rückt näher

Kreditfrist gestern abgelaufen

Über die Zukunft der in die Klinikum-Affäre verwickelten Neuen Pergamon Krankenhaus Management Gesellschaft (**NPK**) soll heute oder in den nächsten Tagen eine Entscheidung fallen. Gestern Nacht endete um 24 Uhr die Rückzahlungsfrist für die Kredite bei der Sparkasse Vorderpfalz.

Nach Angaben des früheren **NPK** -Geschäftsführers, Hartwick Oswald, geht es dabei um Verbindlichkeiten von 3,5 Millionen Euro.

Zwischen der Bank und der Klinik-Gesellschaft hat es in den vergangenen Tagen Gespräche gegeben, über deren Inhalt beide Seiten keine Angaben machten. Eine **NPK** -Sprecherin konnte lediglich sagen, dass es für die **NPK** -Tochter Deutsche Gesellschaft für Humanplasma (DGH) einen Interessenten gebe und in dieser Woche über einen Verkauf entschieden werde. Von Seiten der Sparkasse Vorderpfalz hieß es gestern: „Es sind jetzt Entscheidungen für die **NPK** -Gruppe zu fällen.“

Für heute stellte das Klinik-Unternehmen eine Erklärung des Interimsgeschäftsführers Sixto Atrio in Aussicht, in der sich der Wirtschaftsanwalt zum Fortbestand der **NPK** -Firmengruppe äußert. In den letzten Wochen war auch von einem Teilverkauf oder einem Insolvenzantrag die Rede.

Nach RHEINPFALZ -Informationen sind neben der Sparkasse Vorderpfalz fünf weitere Banken **NPK** -Gläubiger.

Außerdem erhebt die Stadt Ludwigshafen Schadensersatzforderungen von 6,6 Millionen Euro an die **NPK** und ihren Gründer Volker Graf, der früher am Klinikum als Geschäftsführer tätig war und sich und seine Firma dabei bereichert haben soll. (mix)

Sparkasse gewährt NPK keine neue Frist

Klinik-Ausgliederung beunruhigt Gläubiger

Die Sparkasse Vorderpfalz hat nach RHEINPFALZ-Informationen eine Fristverlängerung für die Kreditrückzahlung der in die Klinikum-Affäre verwickelten Neuen Pergamon Krankenhaus Management Gesellschaft (NPK) abgelehnt. Das Unternehmen hätte bis Montag Verbindlichkeiten in Höhe von 3,5 Millionen Euro an die Sparkasse zurückzahlen sollen, hat dies aber offenbar nicht getan. Die Sparkasse hat gestern angekündigt, dass sie nun die Sicherheiten in Anspruch nehmen werde, die den Krediten zugrunde lägen.

Unterdessen macht sich unter einigen NPK -Gläubigern Unruhe breit. Sie befürchten, dass vor einem Insolvenzantrag wichtige, einen Wert darstellende Unternehmensteile der potenziellen Konkursmasse entzogen würden. Grundlage für diese Spekulationen ist eine Entscheidung der Klinik-Gesellschaft, nach der Ende Juli die Krankenhäuser Oberhausen und Lengerich aus dem NPK - Unternehmensverband herausgelöst wurden und in eine Zwischenholding überführt wurden.

Die NPK begründete ihren Schritt damit, dass auf diese Weise ein Notverkauf der Krankenhäuser unter Wert hätte vermieden werden können und bestehende Schadensersatzforderungen an die NPK nun nicht auch auf die Krankenhäuser übertragen werden könnten. Die Trennung der Kliniken von der Trägerschaft der NPK wurde aber nach RP-Informationen nicht mit allen Gläubigern abgesprochen, was zu Unmut geführt haben soll. Für weitere Irritationen habe der NPK-Interims-geschäftsführer Sixto Atrio gesorgt, der den Kontakt zu einigen Gläubigern habe abreißen lassen.

Die NPK wies gestern Spekulationen zurück, dass sie bereits Insolvenzantrag gestellt habe. „Es soll weiter mit den Banken verhandelt werden. Wir geben keine weiteren Auskünfte, bis es zu einer definitiven Entscheidung über eine Insolvenz am Ende dieser Woche kommt“, erklärte eine Sprecherin des Unternehmens auf RHEINPFALZ-Anfrage.

Der Vorstandschef der Sparkasse Vorderpfalz, Rolf Settlmeier, konnte gestern nicht bestätigen, dass es momentan noch Gespräche zwischen seiner Bank und der NPK gebe. „Die letzte Verhandlungsrunde mit den Banken hat für uns keine Erkenntnisse gebracht, die eine Fristverlängerung rechtfertigen würden. Die Rückzahlung der Kredite ist überfällig“, sagte Settlmeier auf Anfrage. Die Commerzbank Ludwigshafen, bei der die NPK ebenfalls Verbindlichkeiten hat, wollte sich mit Verweis auf das Bankgeheimnis nicht zur aktuellen Lage äußern. Bei der Landesbank Saar, die ebenfalls Gläubiger der Klinik-Gesellschaft ist, war gestern Vorstand Werner Severin nicht für eine Stellungnahme zu erreichen.

Unterdessen bereitet die Stadt Ludwigshafen eine Klage vor, um ihre Schadensersatzansprüche von 6,6 Millionen Euro an die NPK und ihren Gründer Volker Graf zu wahren. Die städtische Revision wirft dem ehemaligen Klinikum-Geschäftsführer vor, sich und seine Firma zu Lasten des Ludwigshafener Krankenhauses bereichert zu haben. Falls die NPK Insolvenzantrag stelle, werde die Stadt ihre Forderungen beim Insolvenzverwalter anmelden, kündigte Oberbürgermeisterin Eva Lohse an. (mix)

Einwurf - Skeptisch

Die Sparkasse Vorderpfalz hat der Klinik-Gesellschaft Neue Pergamon den Geldhahn zugeschraubt und fordert ihre Kredite zurück. Diese Entscheidung zeigt: Die Bank glaubt nicht mehr an eine Zukunft für die Firma. Eine zwischen Gläubiger und Schuldner gemeinsam erarbeitete Lösung aus der Finanzmisere ist in weite Ferne gerückt.

Für die NPK wird damit der Insolvenzantrag immer wahrscheinlicher. Es sei denn, der Interims-geschäftsführer zaubert noch einen Investor aus dem Hut. Der müsste die überschuldete Firma kaufen und sich mit dem durch die Klinikum-Affäre belasteten Hauptgesellschafter Volker Graf auseinandersetzen. Skepsis scheint angebracht. (mix)

„Insolvenzverfahren für NPK läuft“

Amtsgericht: Antrag von Ex-Geschäftsführer - Berechtigung umstritten

- Verlagerung von Vermögen

Das Rätselraten um die Zukunft der in die Klinikum-Affäre verwickelten Neuen Pergamon Krankenhaus Management Gesellschaft (NPK) geht weiter. Eine für gestern Mittag anberaumte Pressekonferenz, bei der sich Geschäftsführer Sixto Atrio zum Fortbestand des Unternehmens äußern wollte, wurde kurzfristig abgesagt.

Unterdessen wurde bekannt, dass Atrios Vorgänger, Hartwick Oswald, bereits am 18. Juli Antrag auf die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gestellt hat.

„Bei uns gibt es unter dem Aktenzeichen 252 IN 109/06 ein laufendes Insolvenzverfahren“, erklärte gestern ein Sprecher des Amtsgerichts Dortmund, das für Insolvenzen in Hamm zuständig ist, dort hat die NPK offiziell ihren Firmensitz. Das Unternehmen hatte noch Anfang der Woche dementiert, dass es ein solches Verfahren gebe.

Offen ist derzeit, ob der Ex-Geschäftsführer Oswald dazu berechtigt war, einen Insolvenzantrag zu stellen. Laut Amtsgericht hat er dies am Dienstag, 18. Juli, getan. Zwei Tage zuvor, am Sonntag, war Oswald wegen Streitigkeiten über die von den Mehrheitsgesellschaftern der NPK fristlos entlassen worden.

Nach RHEINPFALZ-Informationen soll Oswald die Insolvenz beantragt haben, weil er angesichts der prekären Finanzlage des Unternehmens befürchtete, wegen Insolvenzverschleppung persönlich haftbar gemacht zu werden.

Wie die RHEINPFALZ weiter erfuhr, wurde in den vergangenen Wochen Vermögen der NPK verschoben. So wurden nach Informationen unserer Zeitung unter anderem die Krankenhäuser in Oberhausen und Lengerich in eine Zwischenholding überführt, hinter der die MVB Beteiligungen AG stehen soll. Diese Firma gehört wiederum zur Prange Business Group - und dort ist der neue NPK -Geschäftsführer Sixto Atrio als Wirtschaftsanwalt beschäftigt. Gläubiger vermuten, dass auf diese Weise ein erheblicher Teil des NPK -Vermögens der potenziellen Konkursmasse entzogen werden soll.

Unterdessen hat die Stadt Ludwigshafen ihre Klage auf Schadensersatz vorbereitet. Wie berichtet, erhebt die Stadt Rückforderungen von 6,6 Millionen Euro an die NPK und ihren Gründer Volker Graf. Die städtische Revision wirft dem ehemaligen Klinikum-Geschäftsführer vor, sich und seine Firma zu Lasten des Ludwigshafener Krankenhauses bereichert zu haben. Die Stadt warte gegenwärtig die Klärung des NPK - Insolvenzantrags ab, um gegebenenfalls die Forderungen beim Insolvenzverwalter anzumelden, kündigte Oberbürgermeisterin Eva Lohse an. (mix)

Klage gegen Graf und NPK kommt Klinikum-Aufsichtsrat dafür

Der Aufsichtsrat des Klinikums hat sich gestern einstimmig dafür ausgesprochen, die umstrittene Klinik-Gesellschaft Neue Pergamon (NPK) sowie den NPK-Gründer und Ex-Klinikumgeschäftsführer Volker Graf auf Schadenersatz zu verklagen. Außerdem soll die Stadt als Gläubiger einen Antrag auf Insolvenzeröffnung gegen die NPK stellen, erklärte Oberbürgermeisterin Eva Lohse, die auch Klinikum-Aufsichtsratsvorsitzende ist. Am Montag soll der Stadtrat Klage und Insolvenzantrag auf den Weg bringen.

Volker Graf und der NPK wird von der städtischen Revision vorgeworfen, das Klinikum um rund 6,6 Millionen Euro geprellt zu haben. Von Seiten der NPK wurde eingeräumt, dass es berechtigte Forderungen der Stadt gebe. Deren Höhe ist allerdings umstritten. Nach Lohses Angaben räumte Ex-NPK-Geschäftsführer Hartwick Oswald 1,9 Millionen Euro ein, der derzeitige Geschäftsführer Sixto Atrio habe von 1,1 Millionen Euro gesprochen.

Die Schadenersatzklage, über die am Montag der Stadtrat entscheidet, soll sich zunächst auf die von der NPK eingeräumten Summen konzentrieren, gegebenenfalls könne die Forderung erweitert werden, sagte Lohse. Der Insolvenzantrag solle am Dienstag gestellt werden. Damit wolle die Stadt ihre Ansprüche untermauern und gleichzeitig verhindern, dass die NPK Vermögen verlagere, um es dem Zugriff der Gläubiger zu entziehen. Die Frist, um erfolgte Verlagerungen durch ein Insolvenzverfahren rückgängig zu machen, laufe bald aus. Die Stadt sei zudem bisher nicht in das Sanierungskonzept eingebunden.

Quelle: DIE RHEINPFALZ vom 12.08.2006

Im Blickpunkt: Die Klinikum-Affäre

Privatisierung wird zum Skandalfall

Stadt fordert Schadensersatz von Graf und NPK

VON UNSEREM REDAKTEUR
MICHAEL SCHMID

► Die Affäre um den ehemaligen Klinikum-Geschäftsführer Volker Graf und die von ihm gegründete Neue Pergamon Klinik Management Gesellschaft (NPK) hat sich zu einem Wirtschaftskrimi entwickelt. Die Stadt Ludwigshafen fordert von Graf und seiner Firma mittlerweile 6,6 Millionen Euro Schadensersatz. Das bundesweit aktive Unternehmen NPK steht finanziell mit dem Rücken zur Wand.

Die Geschichte beginnt vor etwa zehn Jahren: Das städtische Klinikum soll privatisiert werden. Der damalige Oberbürgermeister Wolfgang Schulte will der Industrie- und Arbeitssiedlung Ludwigshafen zu einem weiteren Standbein als Gesundheitsstandort verhelfen. Um diese Entwicklung vorwärts zu treiben, gewinnt er den Manager Volker Graf für das Klinikum. Der leitet den Umbau des Hauses und vollzieht die Privatisierung. Dann gründet Graf seine eigene Firma – und damit beginnen die Probleme. Denn Graf ist ab Mitte der 90er Jahre Geschäftsführer des Klinikums und gleichzeitig Geschäftsführer der Neuen Pergamon Klinik-Gesellschaft. An dieser Doppelposition hatte sich dann offenbar niemand gestört – weder der Oberbürgermeister noch der Klinikum-Aufsichtsrat.

In den folgenden Jahren schreibt das Klinikum schwarze Zahlen und auch das Unternehmen Pergamon prosperiert. Es werden zahlreiche NPK-Töchter gegründet, die als Dienstleister im Gesundheitssektor arbeiten. Das Unternehmen stellt für einige Kliniken den Geschäftsführer per Managementvertrag übernimmt sogar die direkte Trägerschaft für zwei Krankenhäuser in Oberhausen und Lengenrich. Die Pergamon operiert bundesweit, hat nach eigenen Angaben 1500

Mitarbeiter und erreicht zeitweise einen Jahresumsatz von rund 90 Millionen Euro. Hauptgeschäftsführer ist Volker Graf. Ihm zur Seite stehen als Mehrheitsgesellschafter der Ex-Personalchef des Klinikums Jürgen Matschke und der Manager Silvio von Entress-Fürstenek.

Ebenfalls Gesellschafter des Unternehmens wird Wolfgang Schulthe, der 2001 bei der Oberbürgermeisterwahl in Ludwigshafen nicht mehr antritt. Ein Engel-Geflecht von Graf mit Ludwigshafener Sozialdemokraten ist im Laufe der Zeit geschoren: Der damalige SPD-Stadtratsfraktionschef Hans-Joachim Weinmann hatte einen Beratervertrag bei der NPK, der heutige Sozialdezernent Wolfgang von Vliet war als Rechtsanwalt für das Klinikum tätig. Und Schulthe übernimmt nach seinem Ausscheiden aus dem Amt die Geschäftsführung der Deutschen Gesellschaft für Humanplasma (DCH), einer NPK-Tochter.

Wie sich im Nachhinein durch die Prüfung der Rechnungsprüfer der Stadt Ludwigshafen herausstellt, gibt es in den Verträgen zwischen dem Klinikum und Graf eklatante Regelungslücken. Eine Staatsanwältin beurteilt die Verträge als „Freibrief“. Manager Graf nutzt die Spielräume. Dem Betriebsträger im Krankenhaus ist das Ganze langsam nicht mehr geheuer und er informiert die neue Klinikum-Aufsichtsratsvorsitzende, Oberbürgermeisterin Eva Lohse, die zuvor schon Mitglied im Aufsichtsrat war. Lohse schont eine Sonderprüfung in Auftrag. Unabhängige Wirtschaftsprüfer sollen die Bilanzen des Krankenhauses durchleuchten, doch es dauert fast zwei Jahre, bis sie einen Bericht vorlegen können. Die Prüfer werfen Graf „massive Pflichtverstöße“ vor. Das Ma-



Das Ludwigshafener Klinikum ist durch seinen Ex-Manager Volker Graf in die Schlagzeilen geraten. —ARCHIVFOTO: KUNZ

terial, das sie zu Tage fördern, ist teils bruchstückhaft. Für die SPD und die Arbeitnehmervertreter, die die Mehrheit im Klinikum-Aufsichtsrat stellen, ist der Bericht nicht belastend genug, um Graf zu entlassen. Lohse und die CDU wiederum sehen darin die Bestätigung ihres Verdachts, dass sich Graf verselbstständigt hat und in die eigene Tasche beziehungsweise in die Kasse der Pergamon gewirtschaftet hat. Es folgt eine monatelange Schlammenschlacht im Frühjahr 2005. Am Ende steht ein Kompromiss: Graf wird nicht gefeuert. Er kündigt und verlässt das Klinikum im Oktober.

Die städtische Revision hält derville Einzug im Klinikum und fördert immer schwerwiegender Vorwürfe gegen Graf und die NPK zu Tage: Unkorrekte Spesenabrechnungen, ungemillierte Dienstfahrzeuge, den kostspieligen Einsatz von Klinikum-Personal für die NPK und vorenthalte Bonuszah-

lungen aus einem NPK-Einkaufsvertrag. Unterm Strich fordern die Revisoren 6,6 Millionen Euro Schadensersatz von Graf und seiner Firma.

Nachdem die Klinikum-Affäre bunt geweit für Aufsehen sorgt und die NPK bei kommunalen Krankenhäusern nicht mehr zum Zuge kommt, ihr Verträge gekündigt werden, gerät in der Pergamon im März ein neuer Mann vorübergehend ans Ruder: Hartwick Oswald wird Geschäftsführer des Unternehmens. Er verteidigt zunächst Graf, sieht sich dann aber von dem Manager getäuscht. Oswald räumt ein, dass die Stadt Ludwigshafen Schadensersatzforderungen hat. Die NPK sieht laut Medienberichten 1,9 Millionen Euro als gerechtfertigt an. Die Unternehmensgruppe ist unterdessen in massive finanzielle Schwierigkeiten geraten. Die Insolvenz droht. Oswald will die NPK deshalb verkaufen, die Hauptgesellschafter sollen ihr Stam-

kapital an Treuhänder übertragen. Doch es kommt anders. Die Hauptgesellschafter feiern Oswald in einer Nacht und Nebel Aktion und setzen den auf Insolvenzen spezialisierten Wirtschaftsprüfer Sixto Atrio als neuen Geschäftsführer ein. Der entlassene Oswald stellt Insolvenzantrag, den die NPK anficht. Die neue Mann Atrio gliedert die zwei NPK-Krankenhäuser in einer Holding aus. Einige Gläubiger werden deshalb unruhig. Sie befürchten, dass wertvolle Unternehmenssteile der Konkursmasse entzogen werden.

Die Sparkasse Vorderpfalz kündigt ihrer Kredite und räumt der NPK keine Fristverlängerung ein. Wenn gegen das Unternehmen ein Insolvenzverfahren eröffnet werden soll, ist die Liste der Gläubiger lang: Banken, Lieferanten, Angestellte und am Ende die Stadt Ludwigshafen. Ob ihre Erfordernisse erfüllt werden, ist derzeit offen.

CHRONIK DER AFFÄRE

► März 2003: Auf Veranlassung von OB Eva Lohse beschließt der Aufsichtsrat des Klinikums eine Sonderprüfung, nachdem Lohse vom Betriebsrat auf Unregelmäßigkeiten im Klinikum angesprochen wurde. Eine unabhängige Wirtschaftsprüfungs-Gesellschaft prüft die Geschäfte zwischen Klinikum und der Neuen Pergamon Krankenhaus-Management Gesellschaft (NPK), die vom Klinikum-Geschäftsführer Volker Graf gegründet wurde.

► Dezember 2004: Der Aufsichtsrat erörtert den Entwurf des Prüfberichts. Geschäftsführer Volker Graf wird um Klärung noch offener Fragen gebeten.

► Januar 2005: Die RHEINPFALZ macht die Sonderprüfung öffentlich. Aufsichtsrat fordert OB Lohse die Entlassung. Graf. Sie begründet dies mit massiver Verstößen gegen das Vergaberecht sowie Vorfallen von Selbstbereicherung. Eine Mehrheit aus SPD und Arbeitnehmervertretung lehnt den Antrag ab, man könnte keine Anhaltspunkte für Straftatbestände oder persönliche Bereicherung erkennen. Lohse schaltet die Staatsanwaltschaft ein. Gegenüber der Medien räumt Graf einen Verstoß gegen das Vergaberecht ein. Es kommt zu einer Lagerbildung zwischen Graf-Gegnern um Lohse und die CDU sowie Graf-Befürworter um die SPD und die Arbeitnehmervertreter.

► 31. Januar 2005: Sondersitzung des Stadtrats zur Sonderprüfung Klinikum und die Änderung des Gesellschaftervertrags. Ein Gutachten kommt zu dem Schluss, dass der Aufsichtsrat Graf aufgrund grober Pflichtverletzungen abberufen muss. Die Angeklagten widersetzen sich.

► Februar 2005: Nach öffentlichen Spekulationen der CDU, ob über den Etat für Öffentlichkeitsarbeit des Klinikums verdeckte Wahlkampfhilfe für die SPD geleistet worden sei, verschärft sich der Streit zwischen den beiden Parteien. Die Staatsanwaltschaft Kaiserslautern leitet gegen Graf ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Untreue ein. Einen Freigangskatalog der OB beantwortet Graf nicht. Lohse setzt eine hohe Frist.

► März 2005: CDU und SPD bemühen sich um Annäherung. Der Stadtrat stimmt der Klinikum-Satzungseränderung zu: Danach kann der Rat künftig über Bestellung und Abberufung des Geschäftsführers entscheiden.

► April 2005: OB Lohse beauftragt die städtische Revision mit der inneren Prüfung im Klinikum. Graf gibt seine vorzeitige Kündigung bekannt.

► Oktober 2005: Graf verlässt das Klinikum zum 31. Oktober. Sein Nachfolger wird im April 2006 Peter Asché.

► Februar 2006: Das Klinikum will erste Schadensersatzforderungen gegen Graf stellen. Grundlage hierfür ist der erste Bericht der Revision. Graf weist die Forderungen zurück.

► März 2006: Die neue Klinikleitung trennt sich von der Marketingfirma MSE. Verträge und Kosten sind umstritten. Die Firma kündigt mehrere Klagen gegen das Klinikum an.

► Mai 2006: Der Stadtrat unterstützt einstimmig Schadensersatzforderungen von Graf. Grundlage hierfür ist der erste Bericht der Revision. Graf weist die Forderungen zurück.

► Juli 2006: Der Aufsichtsrat berät den zweiten Revisionsbericht und beschließt einstimmig, die volle Schadensersatzsumme (rund 6,5 Millionen Euro) von Graf, der NPK und sonstigen Dritten einzufordern. Dicke Brocken sind nicht an das Klinikum weitergeleitete Bonuszahlungen aus einem Einkaufsverbund der NPK. Gegen den ehemaligen Cheinkäufer des Klinikums soll deshalb Strafzettel gestellt werden. Die Affäre zieht mittlerweile bundesweit Kreise. Der NPK droht die Insolvenz. Um die Zahlungsfähigkeit abzuwenden, sucht NPK-Geschäftsführer Hartwick Oswald Investoren. Er wird von Graf und den anderen Hauptgesellschaftern entlassen und durch den Wirtschaftsprüfer Sixto Atrio ersetzt.

► August: Die Sparkasse Vorderpfalz hat die Kredite für die NPK gekündigt und fordert rund 3,5 Millionen Euro zurück. (red)

KOMMENTAR

GESCHEITERT

VON MICHAEL SCHMID

► Die Klinikum-Affäre ist eine Geschichte des Scheiterns und hinterlässt viele offene Fragen nach Verantwortlichkeiten. Aus den Vorgängen müssen dringend Konsequenzen gezogen werden.

Die hochfliegenden Pläne für einen Gesundheitsstandort Ludwigshafen mit einer privaten medizinischen Universität, die Altoberbürgermeister Wolfgang Schulthe hätte, blieben unerfüllt. Stattdessen ist das Klinikum bundesweit ins Gerede gekommen. Leider nicht wegen seiner unbestrittenen medizinischen Leistungen. Die Pergamon operiert bundesweit, hat nach eigenen Angaben 1500



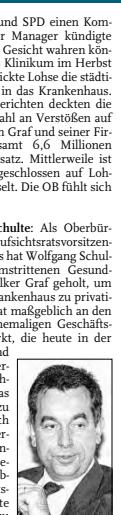
Volker Graf

handelten CDU und SPD einen Kompromiss aus: Der Manager kündigte und sollte sein Gesicht wahren können. Als Graf das Klinikum im Herbst 2006 verließ, schickte Lohse die städtischen Revisoren in das Krankenhaus. In bisher zwei Berichten deckten die Prüfer eine Vielzahl an Verstößen auf und forderten von Graf und seiner Firma NPK insgesamt 6,6 Millionen Euro Schadensersatz. Mittlerweile ist die Stadtpolitik geschlossen auf Lohses Seite gewechselt. Die OB fühlt sich bestätigt. (mix)

► Wolfgang Schulthe: Als Oberbürgermeister und Aufsichtsratsvorsitzender des Klinikums hat Wolfgang Schulthe den heute umstrittenen Gesundheitsmanager Volker Graf geholt, um das städtische Krankenhaus zu privatieren. Schulthe hat maßgeblich an den Verträgen des ehemaligen Geschäftsführers mitgewirkt, die heute in der Kritik stehen und die der Alt-OB vertheidigt. Es sei richtig gewesen, das Krankenhaus zu privatieren, auch wenn es bei vertraglichen Regelungen Lücken gegeben habe. Nach Ablauf seiner Amtszeit wechselt Schulthe 2002 zu Graf-Firma und war dort bis 2004 einer der Mitgesellschafter. Heute erklärt Schulthe, dass er als NPK-Geschäftsführer keinen Einblick in NPKs Geschäftsvorfällen habe. NPKs Geschäftsvorfällen in Auftrag gegeben. Die unabhängigen Wirtschaftsprüfer stellen in ihrem Bericht „gravierende Pflichtstöße“ des Managers fest. Lohse wollte deshalb im Januar 2005 Graf als Geschäftsführer feuern, fand dafür über keine Mehrheit im Klinikum-Aufsichtsrat, wo SPD und Arbeitnehmervertreter die Mehrheit stellen. Es folgte eine monatelange politische Schlammeschlacht, in der Lohse auch persönlich angegriffen wurde. Die OB blieb stur: Graf muss weg. Schließlich

► Klaus Seegmüller: Auf den ehemaligen Einkaufsleiter des Klinikums rollt eine Welle von Schadensersatzfor-

DIE AKTEURE



W. Schulthe

derungen zu: Grund: Er soll laut Revisionsbericht während seiner Zeit am Klinikum gleichzeitig für die Graf-Firma NPK als Einkaufsleiter gearbeitet haben. Gemeinsam mit Graf soll er dem Klinikum Bonuzahlungen von Lieferanten in Millionenhöhe vorenthalten haben, so die Rechnungsprüfer. Und forderten von Graf und seiner Firma NPK insgesamt 6,6 Millionen Euro Schadensersatz. Mittlerweile ist die Stadtpolitik geschlossen auf Lohses Seite gewechselt. Die OB fühlt sich bestätigt. (mix)

► Hans-Joachim Weimann: Der ehemalige Finanzdirektor des Klinikums und Präsident des SPD-Stadtratspräsidiums hatte von Oktober 2005 bis März 2006 einen Beratervertrag bei der NPK. Als Berater für Energie und Arbeitsforscherung erhielt er nach eigenen Angaben 400 Euro im Monat. Seine politische Tätigkeit als Stadtratsmitglied habe damit nichts zu tun. Der derzeitige SPD-Fraktionschef Ulrich Küppers zeigte sich überrascht über den Vertrag, der in der Fraktion unbekannt gewesen sei. Weimann, der nun seine Berateraktivität beendet, ist nun kein freigestellter Betriebsrat mehr. Kolberts Name taucht auch im städtischen Revisionsbericht auf. Hartwig Oswald hat nach eigenen Angaben von seinen Aufgaben entbunden. (mix)

► Hans-Joachim Weimann: Der ehemalige Finanzdirektor des Klinikums und Präsident des SPD-Stadtratspräsidiums hatte von Oktober 2005 bis März 2006 einen Beratervertrag bei der NPK. Als Berater für Energie und Arbeitsforscherung erhielt er nach eigenen Angaben 400 Euro im Monat. Seine politische Tätigkeit als Stadtratsmitglied habe damit nichts zu tun. Der derzeitige SPD-Fraktionschef Ulrich Küppers zeigte sich überrascht über den Vertrag, der in der Fraktion unbekannt gewesen sei. Weimann, der nun seine Berateraktivität beendet, ist nun kein freigestellter Betriebsrat mehr. Kolberts Name taucht auch im städtischen Revisionsbericht auf. Hartwig Oswald hat nach eigenen Angaben von seinen Aufgaben entbunden. (mix)

gegen Lohses Aussage. Bei den Ermittlungen wurden in Kolberts Dienst-PC Pornodateien entdeckt. Darf erhielt er eine arbeitsrechtliche Abmahnung. Bei den Betriebsratswahlen im Frühjahr 2006 erhielt Kolbert eine Niederlage. Er musste den Vorsitz übernehmen und ist nun kein freigestellter Betriebsrat mehr. Kolberts Name taucht auch im Revisionsbericht auf. Hartwig Oswald hat nach eigenen Angaben von seinen Aufgaben entbunden. (mix)

► Hans-Joachim Weimann: Der ehemalige Finanzdirektor des Klinikums und Präsident des SPD-Stadtratspräsidiums hatte von Oktober 2005 bis März 2006 einen Beratervertrag bei der NPK. Als Berater für Energie und Arbeitsforscherung erhielt er nach eigenen Angaben 400 Euro im Monat. Seine politische Tätigkeit als Stadtratsmitglied habe damit nichts zu tun. Der derzeitige SPD-Fraktionschef Ulrich Küppers zeigte sich überrascht über den Vertrag, der in der Fraktion unbekannt gewesen sei. Weimann, der nun seine Berateraktivität beendet, ist nun kein freigestellter Betriebsrat mehr. Kolberts Name taucht auch im städtischen Revisionsbericht auf. Hartwig Oswald hat nach eigenen Angaben von seinen Aufgaben entbunden. (mix)

► Hartwig Oswald: Er war von März bis Juli Geschäftsführer der umstrittenen Klinik-Gesellschaft NPK. Zunächst noch auf Grafes Linie, griff er OB Lohse öffentlich an und forderte Einstieg in die Revisionsunterlagen. Nachdem der zweite Bericht der Revisoren mit den Millionenaufordernungen wegen der mutmaßlich vorenthaltenen Bonuzahlungen an das Klinikum bekannt wurde, schwenkte Oswald um. „Die Ara Graf bei der NPK ist vorbei“, ließ er verlauten. Oswald zeigt sich entschlossen, nach Grafes Verhältnis zu gehen. (mix)

► Arnold Kolbert: Als ehemaliger Betriebsrat des Klinikums brachte Kolbert die Affäre ins Rollen. Er bat 2005 die Aufsichtsratsvorsitzende um die Überprüfung der Klinik-Geschäfte. Als die ersten Ergebnisse Ende 2004 vorlagen, die die Aufsichtsratsvorsitzende Lohse den Klinikum-Geschäftsführer Graf entlassen wolle, hielt Kolbert jedoch an dem Manager fest. Auf dem Höhepunkt der politischen Ausinandersetzung um Graf wurde er von den Mehrheitseigner beschuldigt. Gleichzeitig Hartwick Oswald

habe Oswald die NPK schlecht geredet, um sie günstig an seinen früheren Arbeitgeber, einen Klinik-Betreiber, verkaufen zu können. Oswald weist dies zurück und betauptet, dass die Gesellschafter die Rettung der NPK verhindert hätten. (mix/Archivfotos (6): Kunz)



H.-J. Weinmann

► Arnold Kolbert: Als ehemaliger Betriebsrat des Klinikums brachte Kolbert die Affäre ins Rollen. Er bat 2005 die Aufsichtsratsvorsitzende um die Überprüfung der Klinik-Geschäfte. Als die ersten Ergebnisse Ende 2004 vorlagen, die die Aufsichtsratsvorsitzende Lohse den Klinikum-Geschäftsführer Graf entlassen wolle, hielt Kolbert jedoch an dem Manager fest. Auf dem Höhepunkt der politischen Ausinandersetzung um Graf wurde er von den Mehrheitseigner beschuldigt. Gleichzeitig Hartwick Oswald

habe Oswald die NPK schlecht geredet, um sie günstig an seinen früheren Arbeitgeber, einen Klinik-Betreiber, verkaufen zu können. Oswald weist dies zurück und betauptet, dass die Gesellschafter die Rettung der NPK verhindert hätten. (mix/Archivfotos (6): Kunz)

(mix/Archivfotos (6): Kunz)

Gericht prüft – NPK schweigt

Weiter Unklarheiten um Insolvenz der Klinik Management Gesellschaft

► Am zuständigen Amtsgericht Dortmund dauert die Prüfung an, ob der ehemalige Geschäftsführer der Neuen Pergamon Krankenhaus Management Gesellschaft (NPK), Hartwick Oswald, zum Stellen des Insolvenzantrags für seine Gesellschaft berechtigt war. Das Ergebnis ist voraussichtlich nicht vor Freitag zu erwarten.

Das teilte der Sprecher des Amtsgerichts, Gerhard Breuer, gestern mit. Wie am Samstag berichtet, hatte Oswald am 18. Juni den Insolvenzantrag gestellt. Zwei Tage vorher war er von den Mehrheitsgesellschaftern der NPK seines Amtes enthoben worden. Nach dem Insolvenzantrag sei ein Schreiben beim Gericht eingegangen, um den Antrag zurückzunehmen.

Im Falle eines Insolvenzantrages müssten alle Mitglieder und Vorstände der Gesellschaft angehört werden. In einem Fall wie dem der NPK gingen die Meinungen der Juristen auseinander, ob der Antrag aufgrund der gegebenen Konstellation vom amtierenden Geschäftsführer gestellt ist, so Breuer. Vom Ausgang der Entscheidung des Insolvenzrichters hänge das weitere Vorgehen ab. Entweder werde das angelaufene Insolvenzverfahren formal eingestellt oder es werde ein vorläufiger Insolvenzverwalter eingesetzt, um die Insolvenzmasse zu sichern, sagte der Sprecher.

Die NPK hat sich auch gestern nicht zu ihrer Zukunft geäußert. Sixto Atrio, Nachfolger von Oswald als Geschäftsführer des Unternehmens, hat

darüber hinaus auf Anfrage gestern angekündigt, seine für vorigen Freitag zwar terminierte, aber abgesagte Pressekonferenz überhaupt nicht mehr abhalten zu wollen. „Für so was habe ich keine Zeit.“ Wenn es Neues gebe, werde darüber informiert.

Nach Informationen der RHEINPFALZ nennt Atrio gegenüber Gläubigerbanken immer wieder neue Termine, zu denen er über die aktuelle Lage der NPK aufgrund neuer Faktenlagen reden wolle. Demnach soll ein für gestern angekündigtes Gespräch mit dieser Begründung auf Donnerstag verschoben worden sein. Die Situation ist aus Banksicht unterdessen unverändert. Kredite sind gekündigt. Die Rückzahlungsfrist ist zum Teil bereits seit Tagen ausgelaufen. (ell)

Quelle: Die Rheinpfalz vom 15.08.2006

NPK-Tochter bald verkauft?

Kommt bald eine Teillösung zur Rettung der Neuen Pergamon Krankenhausmanagement (NPK) GmbH? Nach "MM"-Informationen gibt es einen Kauf-Interessenten für eine der Tochter-Gesellschaften der NPK. Der derzeitige Geschäftsführer, Sixto Atrio, hat den Banken demnach einen Vorschlag unterbreitet, der geprüft werde. Atrio erklärte auf Anfrage, dass es "seit Wochen" mehr als 15 direkte Interessenten und fünf mögliche Investoren auf Vermittlung gebe: "Die kommen jetzt alle aus ihren Löchern."

"Das ändert nichts an unseren Forderungen", sagte der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse Vorderpfalz, Rolf Settelmeier, auf Anfrage. Er bestätigte, dass Atrio auch seinem Haus Vorschläge unterbreitet habe. OB Dr. Eva Lohse rechnet weiter mit einem Insolvenzantrag durch Atrio. Dessen Vorgänger als Geschäftsführer, Hartwick Oswald, hatte einen Tag nach seiner Abberufung durch die Gesellschafterversammlung der NPK noch einen Insolvenzantrag am Amtsgericht Dortmund gestellt. Dagegen hat Atrio einen Rücknahmeantrag erhoben, die rechtliche Bewertung dieses Vorgangs ist noch offen. bur

Mannheimer Morgen
18. August 2006

UNTERNEHMEN UND MÄRKTE - BÖRSE**Eifelhöhen-Klinik
Das Ende einer Liason**

Die freien Aktionäre müssen froh sein, dass der CEO Arno Kuge dem Drängen des Großaktionärs Neuen Pergamon (NPK) nach einer wirtschaftlichen Verflechtung nicht nachgegeben hat. Denn die NPK steht finanziell vor dem Aus.

Der 14-Prozent-Eifelhöhen-Klinik-Großaktionär, die Krankenhaus-Management-Gesellschaft NPK, befindet sich in einer prekären Situation. Nach der Kündigung eines Managementvertrages zwischen der NPK und dem Klinikum Ludwigshafen ergab eine interne Revision, dass die NPK-Geschäftsführung dem Klinikum einige Millionen Euro Bonuszahlungen nicht ausbezahlt. Die Forderung der Stadt beläuft sich auf rund 6,6 Millionen Euro, die sie auf dem Wege einer Schadensersatzklage gegen die NPK und Geschäftsführer Volker Graf einfordern will. Die Forderung der Stadt werden der NPK vermutlich das Genick brechen.

Diligence-Prüfung verweigert

Die Eifelhöhen-Klinik-Aktionäre müssen ihrem CEO Arno Kuge dankbar sein, dass er sich gegen Grafs Drängen gewehrt hat, weitreichende Beziehungen mit der NPK aufzubauen. Dieses Drängen erreichte mit der geplanten Übernahme der NPK durch die Eifelhöhen-Klinik Ende 2004 ihren Höhepunkt. Da sich die NPK aber weigerte, die für eine umfassende Unternehmensprüfung (Diligence Prüfung) notwendigen Unterlagen vorzulegen, beendete Kuge die Verhandlungen. Damit besteht nach Informationen des Unternehmens nur noch ein Kooperationsvertrag.

14 Prozent in der Schwebe

Die Eifelhöhen-Klinik ist von dem bevorstehenden Aus der NPK kaum betroffen. Sie kann nur hoffen, dass das 14-Prozent-Paket der NPK an der Eifelhöhen-Klinik den richtigen Käufer findet. Die Hauptversammlung am 23. August verspricht also sehr spannend zu werden. <<

Hartmut Schmidt



2. Entwicklungen bei der Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH

An dieser Stelle möchte ich die insbesondere in der Lokalpresse von Ludwigshafen und Umgebung veröffentlichten Berichte über die Situation der Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH und die Vorwürfe seitens der Stadt Ludwigshafen nicht weiter kommentieren. Es handelt sich hier auch um schwebende Verfahren. Anmerken möchte ich lediglich, dass es sich als richtig herausgestellt hat, dass die Gremien der Eifelhöhen-Klinik AG kritisch mit möglichen unternehmerischen Verflechtungen der Eifelhöhen-Klinik AG und der Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH umgegangen sind. Es kann auch an dieser Stelle festgestellt werden, dass Geschäftsbeziehungen zur Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH seitens der Eifelhöhen-Klinik AG nicht bestehen.

3. Entwicklungen im Eifelhöhen-Klinik-Konzern

Die Entwicklung der Betriebsergebnisse des 1. Halbjahres war im Vorjahresvergleich sehr zufriedenstellend. Die Ergebnisverbesserung betrug 993 TEUR.

Folie 3

Haushaltserstellung 2006 der Eifelhöhen-Klinik AG Vorläufiges Ergebnis -Halbjahresvergleich-			
	2006	2005	Diff.
Eifelhöhen-Klinik AG	-560.545	-1.065.332	504.787
GlobalMed GmbH	696.327	694.605	1.722
Kaiser-Karl-Klinik GmbH	79.669	-49.300	128.969
REHA Düsseldorf GmbH	-60.730	-213.965	153.235
Aatalklinik GmbH *	66.808	-146.137	212.945
Pflege GmbH *	39.924	42.101	-2.177
Radiologie GmbH *	39.512	45.427	-5.915
SUMME	300.965	- 692.601	993.566

* = 70% Ergebnisanteil aus Beteiligungsgesellschaften Bad Wünneberg. Die Ergebnisse entsprechen dem Stand des vor Ort geführten Rechnungswesens.

Öffentlichkeitsarbeit

Ein wichtiger Aspekt der Vorstandstätigkeit ist die Öffentlichkeitsarbeit. Beide Vorstandsmitglieder sind in diversen Gremien auf Landes- und Bundesebene des Verbandes der Privatkrankenanstalten politisch tätig.

Informationen für die Aktionäre der Eifelhöhen-Klinik AG

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Geschäftsverlauf des ersten Halbjahres 2006 war aufgrund von Kostensenkungen und einem leichten Anstieg der Belegung deutlich besser als im ersten Halbjahr 2005. Während die kumulierten Betriebsergebnisse der einzelnen Konzerngesellschaften im Jahr 2005 zu diesem Zeitpunkt noch einen Verlust von 692 T€ auswiesen, konnte das entsprechende Ergebnis des Jahres 2006 mit 301 T€ wieder positiv gestaltet werden.

Dies bedeutet eine Verbesserung des Halbjahresergebnisses von 993 T€.

Mit Interesse verfolgen die Gremien der Eifelhöhen-Klinik AG die jüngste Entwicklung bei der Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH, die aufgrund einer Schadensersatzforderung des Klinikums Ludwigshafen in Höhe von rund 6,6 Mio. Euro in eine erhebliche Schieflage geraten sein soll.

In der jüngeren Vergangenheit konnten wir vermehrt Anfragen unserer Aktionäre nach möglichen Kooperationsprojekten mit der Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH in Bezug auf den im Jahr 1998 geschlossenen Kooperationsvertrag feststellen. Daher möchten wir an dieser Stelle nochmals darauf hinweisen, dass es weiterhin keine gemeinsamen Kooperationsprojekte zwischen der Eifelhöhen-Klinik AG und der Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH gibt.

Eifelhöhen-Klinik Marmagen

	Belegung (Pflegetage)	Fallzahl
Januar – Juni 2006	43.384	1.816
Januar - Juni 2005	40.213	1.680
Januar - Dezember 2005	83.252	3.501

Belegung und Fallzahlen sind gegenüber dem Vorjahr wieder angestiegen. Die Belegungssituation bleibt jedoch angespannt, auch wenn die Ärztestreiks in den Unikliniken und neuerdings in den kommunalen Akutkrankenhäusern sich glücklicherweise bisher nur geringfügig ausgewirkt haben.

Für die orthopädische Abteilung der Klinik liegt der Teilbericht „Prozessqualität QS-Reha (Qualitätssicherung medizinische Rehabilitation, externe Qualitätssicherung der Krankenkassen) Stand Juni 2006 vor. Dabei wird die Prozessqualität in der Eifelhöhen-Klinik signifikant positiver beurteilt als der Durchschnitt aller in den letzten drei Jahren am QS-Reha-Verfahren teilnehmenden Kliniken mit orthopädischer Indikation.

Hierdurch wird der konsequente Weg der Klinik, keine Billig-Reha zu betreiben, bestätigt. Da der Politikerwille, die Belegungssteuerung in der Rehabilitation nach der Qualität vorzunehmen, auch von den Kostenträgern immer stärker gewichtet zu werden scheint, kann aufgrund dieses hervorragenden Ergebnisses mit einer weiteren Belebung der Belegung in der Eifelhöhen-Klinik gerechnet werden.

Insolvenzantrag zurückgezogen

Das Amtsgericht Dortmund ist zu dem Schluss gekommen, dass der Insolvenzantrag für die Neue Pergamon Krankenhausmanagement (NPK) wirksam zurückgezogen wurde. Mehrheitlicher Gesellschafter der NPK ist der ehemalige Klinikum-Geschäftsführer Volker Graf. Ihm wird vorgeworfen, gegenüber Klinikum und Stadt unter anderem mit Tochtergesellschaften der NPK einen Schaden von über sechs Millionen Euro verursacht zu haben. Den Insolvenzantrag hatte NPK-Geschäftsführer Hartwick Oswald eingereicht - einen Tag nachdem er von der Gesellschafterversammlung entlassen worden war. Der aktuelle Geschäftsführer der NPK, Sixto Atrio, bemüht sich um eine finanzielle Rettung des Unternehmens. Angeblich gibt es Interessenten für Tochtergesellschaften der NPK. bur

Mannheimer Morgen
26. August 2006

"Insolvenz abgewendet"

NPK verkauft Tochterfirma

Die Zahlungsunfähigkeit der Krankenhausgesellschaft Neue Pergamon (NPK), bei der Ex-Klinikummanager Volker Graf Hauptgesellschafter ist, wurde vorerst abgewendet. "Die Insolvenz ist erst einmal vom Tisch", erklärte gestern Geschäftsführer Sixto Atrio. Grund: Die NPK-Tochterfirma, die Deutsche Gesellschaft für Humanplasma, wurde an die Octapharma (Langenfeld) verkauft. Mit dem Erlös könne ein Teil der Verbindlichkeiten gegenüber den Banken abgelöst werden, so Atrio. Nähere Angaben machte er aber nicht. Die Kreditinstitute habe man zu einem Stillhalten bis Ende des Jahres bewegen können, freute sich indes der Geschäftsführer. Auch für die anderen Tochtergesellschaften der Neuen Pergamon, die ihren Hauptsitz in der Walzmühle hat, gebe es Kaufinteressenten.

Alle Verbindlichkeiten an Banken und übrigen Gläubiger könnten noch dieses Jahr zurückgeführt werden, meinte Atrio weiter. Nach "MM"-Informationen belaufen sich diese auf etliche Millionen Euro. Ein Kaufpreis für die Deutsche Gesellschaft für Humanplasma, die 130 Mitarbeiter an fünf Standorten beschäftigt, wurde nicht genannt. Durch die Veräußerung ist nach NPK-Angaben "der Weg frei für einen geordneten Verkauf" der beiden Krankenhäuser in Oberhausen und Lengerich sowie von weiteren Tochterfirmen im Dienstleistungsbereich. Auch hier gebe es viele Interessenten. Zur NPK-Unternehmensgruppe, die von Graf gegründet wurde, gehören nach Angaben einer Sprecherin nur noch elf Firmen. Der weitere Verkauf von Unternehmensteilen erfolge im Bieterverfahren, das sich wohl bis zum Jahresende hinziehe. "Uneingeschränkte Rückendeckung" für diesen Kurs bekam Atrio nach NPK-Angaben von der Gesellschafterversammlung. Auch Graf habe sein volles Vertrauen geäußert, bevor er seine Geschäftsführertätigkeit niedergelegt habe. Unklar bleibt jedoch, wie die NPK auf die Rückforderung der Stadt in Höhe von sechs Millionen Euro wegen grober Pflichtverstöße des früheren Klinikums-Managers reagiert. "Wir prüfen weiterhin, ob diese Summe gerechtfertigt ist", sagte eine Unternehmenssprecherin. ott

Mannheimer Morgen
6. September 2006

Graf-Firma zahlt noch nicht

OB-Gespräch mit NPK / Einsicht in Unterlagen verlangt

Ziemlich unbefriedigend für die Stadt verlief gestern das Gespräch zwischen OB Eva Lohse und dem Geschäftsführer der Krankenhausgesellschaft Neue Pergamon (NPK), Sixto Atrio. Schadensersatzforderungen von sechs Millionen Euro erhebt die Stadt gegen das Unternehmen sowie gegen den Mehrheitseigner und früheren Klinikum-Manager Volker Graf. Die NPK sei aber bislang nicht bereit, Ansprüche der Stadt zu befriedigen oder entsprechende Sicherheiten zu geben, bedauerte Lohse. Auch eine Abschlagszahlung sei nicht in Aussicht gestellt worden, sagte die OB auf "MM"-Anfrage weiter.

Uneins sind sich weiterhin Stadt und NPK über die Höhe des Forderungen. Nach einem Zwischenbericht über unrechtmäßige Boni-Zahlungen an Graf habe das Unternehmen bei Auswertung von 24 der 64 Lieferanten eine Summe von 1,18 Millionen Euro festgestellt. Nach Auffassung der städtischen Revisoren ist indes dem Klinikum in diesem Zusammenhang ein Betrag von insgesamt sechs Millionen Euro vorenthalten worden. Um diesen Sachverhalt zu klären, fordert die Stadt Atrio auf, schriftliche Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Der NPK-Geschäftsführer will diesen Wunsch bis zum Wochenende prüfen.

"Von der vagen Hoffnung, wonach nach dem Verkauf zweier NPK-Krankenhäuser die Ansprüche der Stadt bedient werden könnten, haben wir nichts", meinte Lohse weiter. Zumal es mit den Banken weitere Gläubiger gebe. Wie gestern berichtet wollen die Kreditinstitute bis Jahresende stillhalten. Damit ist eine Insolvenz der weit verzweigten Krankenhausgesellschaft, die noch über elf Tochterbetriebe verfügt, offenbar vorerst abgewendet.

Über das weitere Vorgehen, so Lohse, wird der Hauptausschuss am Montag sowie der Klinikum-Aufsichtsrat am 21. September beraten. ott

Mannheimer Morgen
07. September 2006

Stadt erwägt Insolvenzantrag

Streit mit Graf-Firma / Erstaunen über Schulte-Einlage

Erheblich zugespitzt hat sich der Streit um sechs Millionen Euro Rückforderung zwischen Stadt und Krankenhausgesellschaft Neue Pergamon (NPK), deren Mehrheitsgesellschafter der frühere Klinikum-Managers Volker Graf ist. "Wir gehen mit allen Mitteln vor, um die Forderung durchzusetzen. Ein Antrag auf Insolvenz der NPK ist nicht ausgeschlossen", sagte gestern Abend SPD-Fraktionschef Ulrich Küppers nach dem Hauptausschuss auf "MM"-Anfrage.

"Wir wollen massive Verschlechterungen beim Vermögen der Gesellschaft verhindern", zeigte sich CDU-Kollege Heinrich Jöckel sehr besorgt. Nach seinen Worten wird der Stadtrat zu einer Sondersitzung wegen der NPK-Probleme am 25. September einberufen.

Für mächtigen Unmut bei den Fraktionen hatte das Verhalten von NPK-Geschäftsführer Sixto Atrio gesorgt. "Er hat die Frist verstreichen lassen, um uns wichtige Unterlagen zu geben. Zudem gibt er keine Sicherheiten und keine Abschlagszahlungen. Die Stadt wird hingehalten", ist unisono zu hören.

Für erhebliche Verwunderung sorgten im Ausschuss nach "MM"-Informationen Angaben über die frühere Einlage des ehemaligen OB und Klinikum-Aufsichtsratschefs Wolfgang Schulte bei der NPK. Danach soll er beim Eintritt rund 350 000 Euro einbezahlt und fast die dreifache Summe zwei Jahre später bei seinem Ausscheiden erhalten haben. "Dies ist eine Lüge", entgegnete Schulte. Es gebe sehr wohl einen Unterschied zwischen einer nominalen Einlage und einem Aufschlag für eine langfristige Vertragsbindung. Er habe keine Abfindung aus dem Vertrag erhalten. OB Lohse und Sixto Atrio waren für eine Stellungnahme nicht mehr erreichbar. ott

Mannheimer Morgen
12. September 2006

Wird Ex-OB Schulte stark zur Kasse gebeten?

Erstaunliche Wertsteigerung der NPK-Einlage / Gesetzesverstoß oder "gezielte Fehlinformationen" / Stadtrat-Sondersitzung

Von unserem Redaktionsmitglied Thomas Schrott

Mit einer Klage und einem Insolvenzantrag wollen die Fraktionen den Schadensersatzforderungen des Klinikums von sechs Millionen Euro gegen die Krankenhausgesellschaft Neue Pergamon (NPK) Nachdruck verleihen. Am 25. September kommt der Stadtrat daher zu einer Sondersitzung zusammen, bestätigte OB Eva Lohse auf Anfrage, ohne weitere Angaben zu machen. Aufmerksam werden in den Fraktionen nach "MM"-Informationen" schriftliche Aussagen registriert, wonach die NPK Ansprüche von etlichen hunderttausend Euro gegen ihren früheren Geschäftsführer und Ex-OB Wolfgang Schulte in Betracht ziehe.

Grund: Beim Verkauf der Beteiligung soll gegen das GmbH-Gesetz verstoßen worden sein. Während sich NPK-Geschäftsführer Sixto Atrio gestern überhaupt nicht äußern wollte, sprach Schulte auf "MM"-Nachfrage von "gezielten Fehlinformationen, um mich massiv wirtschaftlich zu schädigen". Hier sei eine große Intrige im Spiel.

Rückblende: Nach seinem Ausscheiden als OB war Schulte Anfang 2002 dem Vernehmen nach mit einer Einlage von rund 350 000 Euro als geschäftsführender Gesellschafter bei der NPK eingestiegen. Gut zwei Jahre später verließ er völlig überraschend das weit verzweigte Unternehmen, das mehrheitlich dem früheren Klinikum-Geschäftsführer Volker Graf gehört. Dabei soll Schulte rund 900 000 Euro erhalten haben, wie aus gewöhnlich gut informierten Kreisen bekannt wurde. Diese enorme Wertsteigerung stößt in Fraktionskreisen auf ungläubiges Staunen.

Schulte indes sieht keinen Grund zur Aufregung: "Man muss zur nominalen Einlage den kräftigen Aufschlag hinzurechnen, den ich gezahlt habe, weil es sich um einen sehr langfristigen Vertrag handeln sollte." Insgesamt, so der Ex-OB, habe er damals rund 730 000 Euro an die NPK überwiesen und sich dabei verschuldet. Bei der Auszahlung der Einlage sei auch die Wertsteigerung der Deutsche Gesellschaft für Humanplasma zu berücksichtigen, die er als Geschäftsführer aufgebaut habe.

Seine Anteile hat Schulte nach "MM"-Informationen zunächst an die NPK verkauft, die diese dann an Graf und andere Personen weiterveräußert habe. Der Ex-OB soll dabei 700 000 Euro zurückerhalten haben. Für die restlichen 200 000 Euro, so wird berichtet, habe er Pfandrechte bei der Zentralwäscherei Rhein-Neckar eintragen lassen, die zur Hälfte der NPK gehört.

Beträchtliche Zahlungsansprüche drohen offenbar dem früheren OB, weil gegen den Paragrafen 33 des GmbH-Gesetzes verstoßen worden sei. Danach habe die NPK den Kauf der Schulte-Anteile, nicht wie gesetzlich vorgeschrieben, aus freien Rücklagen bezahlt, weil diese nicht mehr vorhanden gewesen seien. Dies bestreitet Schulte. Nach seinen Angaben sind die Stammeinlagen der NPK dafür nicht in Anspruch genommen worden. "Ich habe mir nichts vorzuwerfen", so der Ex-OB.

Einstimmig empfahl der Hauptausschuss nach "MM"-Informationen in nicht-öffentlichen Sitzung rechtliche Schritte gegen die NPK. Mit dem Insolvenzantrag soll auch die "Kapitalauszehrung" des Unternehmens gestoppt werden, so ein Stadtrat. Außer der Stadt erheben vier Banken Forderungen in Millionenhöhe gegen die NPK, die nun zwei Krankenhäuser in Oberhausen und Lengerich verkaufen will.

Regional News**13.09.2006**

13.09.06

Stadt will für NPK Insolvenzantrag stellen

Ludwigshafen: Verstrickung von Ex-Oberbürgermeister Schulte diskutiert

Die Debatte über das Verhalten der Stadt Ludwigshafen in der Krise um die Neue Pergamon Krankenhaus Management Gesellschaft (NPK) spitzt sich zu. Nach "Rheinpfalz"-Informationen ist es beschlossene Sache, für die NPK einen Insolvenzantrag zu stellen, um die städtischen Forderungen in Höhe von 6,6 Millionen Euro zu befriedigen. Das werde der Stadtrat in seiner Sondersitzung am 25. September (RheinNeckarWeb berichtete) beschließen.

Diskutiert wird derweil auch die Rolle des ehemaligen Ludwigshafener Oberbürgermeisters Wolfgang Schulte in der Affäre. Wie der "Mannheimer Morgen" berichtet, war Schulte 2002 mit 350.000 Euro bei der NPK eingestiegen. Nur zwei Jahre später aber habe er seine Anteile völlig überraschend wieder verkauft, und zwar für 900.000 Euro. Der Ex-Oberbürgermeister selbst sagte dem Blatt, seine ursprüngliche Einlage habe sich tatsächlich auf insgesamt 700.000 Euro belaufen.

Wie der "Mannheimer Morgen" weiter schreibt, erwäge die NPK nun, sich das an Schulte gezahlte Geld per Klage zurückzuholen. Bei dieser Transaktion sei nämlich gegen einen Paragraphen des GmbH-Gesetzes verstößen worden.

DRUCKVERSION

URL: <http://www.swr.de/nachrichten/rp/-/id=1682/nid=1682/did=1540208/9kg3uh/index.html>

Ludwigshafen

Stadt fordert Millionen von Krankenhausgesellschaft

Der Stadtrat will rechtliche Schritte gegen die Krankenhausgesellschaft Neue Pergamon (NPK) einreichen. Das hat das Gremium am Montagabend in einer Sitzung beschlossen. Es geht dabei um Schadenersatz-Forderungen in Millionenhöhe.

Die Stadt will sich mit den Schadenersatz-Forderungen an die NPK juristisch absichern und verhindern, dass die Krankenhausgesellschaft noch vorhandenes Kapital in ihre Tochtergesellschaften verschiebt. Die NPK sei offensichtlich nicht bereit, die Ansprüche der Stadt anzuerkennen, so ein Vertreter des Stadtrats. Nach Informationen des SWR soll in einer Sondersitzung am 25. September beraten werden, wie die Stadtverwaltung genau vorgehen wird.

Die Stadt fordert von der NPK und dem Ex-Manager des Klinikums Ludwigshafen, Volker Graf, mehr als sechs Millionen Euro Schadenersatz. Diesen Betrag soll der Ex-Manager von Firmen bei Einkaufs-Bestellungen als Bonuszahlungen bekommen und in die eigene Tasche gesteckt haben. Die NPK-Geschäftsführung hatte zuletzt aber nur eine Summe von rund einer Million Euro eingeräumt. Der Aufsichtsrat des Klinikums will bereits am 21. September über das weitere Vorgehen beraten.

SWR-Studio Ludwigshafen
Regionalnachrichten
Letzte Aktualisierung: 25.09.2006, 17.00 Uhr

Ludwigshafen

Stadtrat beschließt Klage

Der Stadtrat hat mit überwältigender Mehrheit beschlossen, gegen die ehemalige Management-Gesellschaft des Klinikums und gegen deren Ex- Geschäftsführer Volker Graf zu klagen.

Außerdem meldet die Stadt für die Management-Gesellschaft Insolvenz an.

Laut Aussage von Oberbürgermeisterin Eva Lohse sei es das einzige Mittel, um überhaupt Schadensersatz von der Klinikumsmanagement-Gesellschaft "Neue Pergamon" zu bekommen. 6,6 Millionen Euro sollen insgesamt durch diese Gesellschaft und den Ex-Geschäftsführer am Stadtsäckel vorbeigeschleust worden sein.

Die Klage soll aber nur über einen Betrag von 1,9 Millionen Euro eingereicht werden. Je höher die eingeforderte Summe, desto teurer eine Klage vor Gericht, so Lohse.

Der Antrag auf Insolvenz, den die Stadt als Gläubigerin für die neue Pergamon einreichen kann, soll bereits in den nächsten Tagen gestellt werden. So soll verhindert werden, dass andere Gläubiger zuerst bezahlt werden, und für die Stadt nichts übrig bleibt.

Sebastian Barth.

Stadt verklagt Klinik-Manager Graf

Rat stimmt mehrheitlich zu –

Heute folgt Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über NPK

Der Stadtrat hat gestern in einer nicht öffentlichen Sondersitzung erwartungsgemäß beschlossen, Schadenersatzklage gegen die Klinik-Management-Gesellschaft Neue Pergamon (NPK) sowie ihren Gründer und vormaligen Geschäftsführer Volker Graf zu erheben. Beschlossen wurde auch, Insolvenzantrag über das Vermögen der NPK zu stellen. Die Höhe des Schadens wird in der Klage auf 1,5 bis 1,9 Millionen Euro beziffert. Ein Fraktionsmitglied der Freien Wähler hat gegen die Anträge gestimmt, ein FWG-Stadtrat enthielt sich. Der Antrag soll heute beim zuständigen Amtsgericht eingereicht werden.

Bei dem genannten Betrag handelt es sich um die Summe, die sowohl vom ehemaligen NPK-Geschäftsführer Hartwick Oswald anerkannt, wie vom jetzigen Geschäftsführer Sixto Atrio „nicht bezweifelt“ wird. Der Betrag setzt sich aus mutmaßlich von Graf dem Klinikum vorenthaltenen Bonuszahlungen an die Klinik sowie mutmaßlich unberechtigten Spesenabrechnungen zum Nachteil des Klinikums zusammen. Wie mehrfach berichtet, werden Graf und der NPK vorgeworfen, das Krankenhaus an der Bremserstraße um insgesamt 6,6 Millionen Euro geprellt zu haben. Die Klage kann erweitert werden.

Hintergrund für die Klage und den Insolvenzantrag ist die Angst der Stadt, sie könne als Gläubiger auf ihren Forderungen sitzen bleiben. Von der NPK-Geschäftsführung werde derzeit versucht, Vermögen zu verschieben und es so dem Zugriff der Stadt zu entziehen. Oberbürgermeisterin Eva Lohse (CDU) hatte darüber hinaus kritisiert, dass die Stadt weder wie die Gläubigerbanken in das Sanierungskonzept einbezogen noch ihre Forderungen befriedigt seien. Nachdem von Geschäftsführer Atrio zwei NPK-Kliniken zum Preis von je einem Euro an eine Auffanggesellschaft verkauft worden seien, an der der Atrio beteiligt ist, müsse die Stadt fristgerecht dagegen vorgehen.

Einige Chance

„Das ist ein Schritt in die richtige Richtung“, sagte CDU-Fraktionschef Heinrich Jöckel nach der Sitzung. Ein Insolvenzverwalter könne im Sinne des Gläubigers Stadt handeln. „Die Stadt droht sonst, leer auszugehen.“ Eine Prognose über den Ausgang könne jedoch niemand stellen.

Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Hans Mindl begründete die Zustimmung seiner Fraktion mit der Verantwortung der Stadträte gegenüber der Stadt.

„Das ist die einzige Möglichkeit, Werterhaltung zu sichern, bevor Fristen auslaufen“, sagte Grünen-Fraktionschef Bernhard Braun. Je früher ein solcher Antrag gestellt werde, umso größer sei die Aussicht auf Erfolg.

Nach Ansicht von FWG-Sprecher Rainer Metz sei das Vorgehen der Stadt prinzipiell richtig, weil Bonuszahlungen nicht geflossen seien. Weil aber Zahlen um den so genannten „Schulte-Deal“ - der Ex-OB besaß als Gesellschafter NPK-Anteile und hatte sie mit Gewinn zurückverkauft - öffentlich gemacht worden seien, habe FWG-Stadtrat Hans-Peter Demmer dagegen gestimmt und er selbst sich enthalten, so Metz gestern auf Anfrage.

Oberbürgermeisterin Eva Lohse informierte, dass nach der Sitzung ein Papier mit einer Einschätzung der weiteren Entwicklung der NPK von der Gesellschaft eingegangen war. „Das ändert aber nichts an den Voraussetzungen für unsere Klage“, so Lohse nach erster Durchsicht des Papiers.

Die bisherigen Kosten für juristischen Aufwand und Gutachten im Zusammenhang mit dem Klinikum bezifferte Lohse auf geschätzt 100.000 Euro. Die Kosten würden auf die Schadenssumme aufgeschlagen und geltend gemacht, so die OB.

NPK-Geschäftsführer Sixto Atrio wollte gestern auf Anfrage zu den Entscheidungen des Stadtrates keine Stellung nehmen. (ell)

Quelle: Die Rheinpfalz vom 26.09.2006

Stadtrat erhöht Druck gegen Graf-Unternehmen

Insolvenzantrag gegen Neue Pergamon wird heute eingereicht / Teilklage über 1,9 Millionen Euro / Sondersitzung

Von unserem Redaktionsmitglied Thomas Schrott

Überwältigende Mehrheit nach kurzer Beratung: Im Streit um sechs Millionen Euro Rückforderung erhöht der Stadtrat erheblich den Druck. In nicht-öffentlicher Sondersitzung beschloss er gestern zwei juristische Schritte, um Geld von der Krankenhausgesellschaft Neue Pergamon (NPK) zu erhalten, die mehrheitlich dem früheren Klinikum-Geschäftsführer Volker Graf gehört. Beschlossen wurde ein Insolvenzantrag gegen die NPK. Zudem fordern die Fraktionen zunächst eine Teilklage von 1,9 Millionen Euro gegen Graf und dessen Unternehmen.

Bereits heute will das städtische Klinikum den Insolvenzantrag stellen, erklärte OB Eva Lohse auf "MM"-Anfrage weiter. "Es ist zu befürchten, dass werthaltige Teile der NPK für einen Euro veräußert werden", begründete sie die rasche Umsetzung des Antrags. Erhebliche Sorge bei den Fraktionen löste nach "MM"-Informationen die Nachricht aus, wonach zwei NPK-Krankenhäuser in Oberhausen und Lengerich für diese Summe bereits verkauft worden seien. Für eine Stellungnahme war NPK-Geschäftsführer Sixto Atrio nicht erreichbar. Wie OB Lohse gestern Abend erklärte, sei ein Schreiben des Unternehmens eingegangen, das aber an der Sachlage und an dem Vorhaben der Stadt nichts ändere.

Die "Hinhaltetaktik" der Krankenhausgesellschaft stieß bei den Fraktionen auf breiten Unmut. Kritisiert wurde etwa, dass die Stadt - im Gegensatz zu anderen Hauptgläubigern wie den Banken - nicht in das Sanierungskonzept eingebunden wurde. Obgleich der Atrio Rückforderungen des Klinikums von etwa 1,9 Millionen Euro anerkenne, habe er bislang Abschlagszahlungen und Sicherheitsleistungen verweigert. Mit dem Insolvenzantrag und der Einschaltung eines Insolvenzverwalters will die Stadt eine geordnete Abwicklung der Forderungen an die NPK erreichen. Im Klartext: Gegenüber den vier Banken als weitere Hauptgläubige, deren Ansprüche nach "MM"-Informationen teilweise durch Immobilien und Aktienpakte abgesichert sind, will die Stadt nicht leer ausgehen.

Zu einem Stillhalteabkommen bis Jahresende haben sich die HauptgläubigerBanken bereit erklärt. Dies sind nach "MM"-Informationen die Landesbank Saar, Bank für Sozialwirtschaft, Commerzbank Ludwigshafen sowie Sparkasse Vorderpfalz. Mit dem Verkaufserlös der beiden Krankenhäuser will die Neue Pergamon "alle Verbindlichkeiten an die Banken und übrigen Gläubiger zurückführen."

Einen Insolvenzantrag gegen die Neue Pergamon hatte Mitte Juli der frühere NPK-Geschäftsführer Hartwick Oswald eingereicht - einen Tag, nachdem er von der Gesellschaftsversammlung entlassen worden war. Laut Amtsgericht Dortmund wurde der Antrag wirksam zurückgezogen.

"Wir müssen alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen", gab sich nicht nur SPD-Fraktions-Vize Hans Mindl kämpferisch. "Wir haben berechtigte Forderungen wegen einbehaltener Bonizahlungen und Anteilsveräußerungen", erklärte CDU-Fraktionschef Heinrich Jöckel. Auch Grünen-Chef Bernhard Braun befürwortet ohne Abstriche das städtische Vorgehen.

Auch wenn in der ersten Klage "nur" eine Summe von 1,9 Millionen Euro eingefordert

wird, pocht die Stadt weiterhin auf die volle Summe, bekräftigte die OB. "Das Vorgehen hat allein prozessökonomische Gründe wegen der Kosten. Die Klage werden wir alsbald einreichen."

Mannheimer Morgen
26. September 2006

1) Klinikum-Affäre: FWG-Ratsfraktion stimmt der Verwaltungsvorlage nicht zu!

In der Sondersitzung des Stadtrates am 25. September verweigerte die FWG-Ratsfraktion einer Vorlage der Verwaltung, in der es um Klageerhebung und Insolvenzantrag gegen die Neue Pergamon-Krankenhaus-Managementgesellschaft ging, ihre Zustimmung.

In der lokalen Presse wurde dazu wie folgt berichtet: „Nach Ansicht von FWG-Sprecher Rainer Metz sei das Vorgehen der Stadt prinzipiell richtig, weil Bonuszahlungen nicht geflossen seien. Weil aber Zahlen um den so genannten „Schulte-Deal“ öffentlich gemacht worden seien, habe FWG-Stadtrat Hans-Peter Demmer dagegen gestimmt und er selbst sich enthalten.“

Die hier getroffene Begründung der Zustimmungsverweigerung ist völlig falsch. Richtig ist, dass die FWG-Ratsfraktion ihre Zustimmung davon abhängig machte, dass ein Passus aus der Vorlage gestrichen wird, in dem es hieß, der Insolvenzantrag erfolge u.a. um Ansprüche nicht nur gegen die NPK und den ehemaligen Klinikum-Geschäftsführer Graf, sondern auch gegen den früheren Oberbürgermeister Dr. Schulte zu sichern. Da die Stadt selbst keine Ansprüche hat, was Lohse auf Nachfrage bestätigte, und nach unserem Kenntnisstand weder die NPK noch irgendjemand sonst gegenüber Dr. Schulte Forderungen gelten gemacht hatte, lag für die FWG-Ratsfraktion die Vermutung nahe, dass die Erwähnung des ehemaligen Sozialdezernenten (1985 – 1993) und Oberbürgermeister (1993 – 2001) nur in der Vorlage auftauchte, um „alte Rechnungen“ zu begleichen und dessen Ansehen in der Öffentlichkeit zu schädigen.

Die nachgehende Berichterstattung belegte unsere Interpretation. Wert legt die FWG-Ratsfraktion auch auf die Feststellung, dass der uns in diesem Bericht zugeordnete Ausdruck „Schulte-Deal“ nicht zu unserem Sprachrepertoire gehört; vielmehr soll er – wie die Presse wenig später auch berichtete - einer Gesprächsnote der OB zu einem Treffen mit NPK-Geschäftsführer Sixtus Atrio entstammen.

2) FWG: Hält OB Lohse dem Stadtrat bewusst Informationen vor?

Die FWG-Stadtratsfraktion übt harte Kritik an Oberbürgermeisterin Dr. Lohse, weil diese ihre durch die Gemeindeordnung zwingend vorgeschriebene Pflicht zur Unterrichtung des Stadtrats möglicherweise grob verletzt hat. So hat sie dem Stadtrat, der am 25.09. wegen der Klinikumsaffäre eigens zu einer Sondersitzung zusammengetreten war, ein Schreiben der Neuen Pergamon Krankenhaus-Managementgesellschaft (NPK) „verschwiegen“, das am selben Tag bei ihr eingegangen war und u.a. Vorschläge für eine Schadensregulierung enthielt.

In der Rheinpfalz vom 26.09., also am nächsten Tag, war folgendes zu lesen: „Oberbürgermeisterin Eva Lohse informierte, dass nach der Sitzung ein Papier mit einer neuen Einschätzung der weiteren Entwicklung der NPK von der Gesellschaft eingegangen war.“

Tatsächlich aber war das Schreiben, Fax-Protokoll liegt der FWG-Fraktion vor, nicht nach der Sitzung, die um 15 Uhr begann, sondern bereits per Fax kurz nach 11 Uhr in ihrem Büro eingegangen.

Vom FWG-Fraktionsvorsitzenden Dr. Metz auf den Dissens schriftlich hingewiesen, antwortete OB Dr. Lohse wie folgt: „Das Fax der Neuen Pergamon, auf das Sie (Anm.: Dr. Metz) sich in oben genanntem Schreiben beziehen, ist in meinem Büro am Vormittag des 25. 09. 2006 eingegangen. Da ich unmittelbar von einem anderen Termin in den Stadtrat gekommen bin, wurde es mir erst nach der Stadtratssitzung ausgehändigt. Deshalb konnte ich auch den Stadtrat nicht unterrichten.“ Da stellt sich doch nicht nur für die FWG-Ratsfraktion die Frage, ob OB Lohse, wenn dies tatsächlich so zuträfe, dass ein so wichtiger Brief ihr von ihren Mitarbeitern nicht unverzüglich zugeleitet wird, ihr „Büro“ noch im Griff hat.

NPK-Insolvenz beantragt

Das städtische Klinikum hat gestern einen Insolvenzantrag gegen die Krankenhausgesellschaft Neue Pergamon (NPK) gestellt, die mehrheitlich dem früheren Klinikum-Geschäftsführer Volker Graf gehört. Dies erklärte gestern Aufsichtsratsvorsitzende und OB Eva Lohse auf Nachfrage. Wann der Insolvenzrichter darüber entscheiden wird, ist unklar. Eine Sprecherin des Amtsgerichts wollte zu der gesamten Angelegenheit keine Stellungnahme abgeben. Nach "MM"-Informationen werden mitunter Entscheidungen über einen Insolvenzantrag nach acht bis 14 Tagen gefällt, andererseits gibt es Fälle, bei denen dies etliche Monate dauerte. Häufig beauftragen die Gerichte einen Gutachter, der zunächst klärt, ob ausreichend Masse beim Schuldner vorhanden ist, um ein Insolvenzverfahren zu eröffnen. Mit dem Antrag will das Klinikum Schadenersatzforderungen von über sechs Millionen Euro Nachdruck verleihen. NPK-Geschäftsführer Sixto Atrio lehnte auch gestern eine Stellungnahme ab. Über eine Pressesprecherin ließ er mitteilen, dass er sich eventuell in den nächsten Tagen äußern werde. ott

Mannheimer Morgen
27. September 2006

28. September 2006

Klinikum muss Vertrag erfüllen und zahlen

Ludwigshafen | 28.09.2006. - 17:00:15

In dem Rechtsstreit um die Verträge mit dem Klinikum der Stadt Ludwigshafen wurde das Klinikum heute vom Landgericht Frankenthal zur Zahlung von 177.200 Euro zzgl. 8% Zinsen – also insgesamt mehr als 180.000 Euro – an die MSE Strategies GmbH verurteilt.

Damit erkennt das Landgericht ausdrücklich die Rechtmäßigkeit der Verträge an. Dies wurde in der Vergangenheit stets durch die Geschäftsführung und auch durch die Aufsichtsratsvorsitzenden des Klinikums, OB Eva Lohse, bestritten.

Marc S. Ellenbogen, Geschäftsführer der MSE Strategies, kommentierte den Sachverhalt wie folgt: „Die rechtskräftige Feststellung des Gerichts, dass unsere Verträge mit dem Klinikum gültig und zu erfüllen sind, habe ich nicht anders erwartet. Damit ist nun aber auch endlichjuristisch klargestellt, dass die politisch motivierte Kampagne verschiedener Vertreter des Klinikums gegen die gute Arbeit der MSE Strategies jeglicher Grundlage entbehrt.“

Es wird alles auf den Prüfstand kommen"

Pergamon-Klinik-Gesellschaft steht unter vorläufiger Insolvenzverwaltung –

Gericht folgt Gläubiger-Antrag des Klinikums

Von unserem Redakteur

Michael Schmid

Die umstrittene Klinik-Gesellschaft Neue Pergamon (NPK) steht seit Mittwochabend unter vorläufiger Insolvenzverwaltung. Das Amtsgericht hat dem Gläubiger-Antrag des Ludwigshafener Klinikums über die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens stattgegeben. Zum vorläufigen Insolvenzverwalter hat das Amtsgericht Dr. Werner Schreiber von der Heidelberger Rechtsanwaltkanzlei Wellensiek bestellt. Das städtische Klinikum hat offene Forderungen in Millionenhöhe an die NPK sowie deren Gründer und Ex-Klinikumgeschäftsführer Volker Graf. Außerdem will die Stadt nächste Woche eine Schadenersatzklage gegen Graf einreichen.

Der vorläufige Insolvenzverwalter hat den Auftrag, die wirtschaftliche Lage der Klinik-Gesellschaft zu prüfen und zu entscheiden, ob es zu einem Insolvenzverfahren kommt (siehe Stichwort). Mit der Entscheidung des Amtsgerichts ist der Spielraum für den Geschäftsführer Sixto Atrio und die Mehrheitsgesellschafter der NPK um Volker Graf nun sehr eingeschränkt. Bei wichtigen Entscheidungen muss die Zustimmung des vorläufigen Insolvenzverwalters eingeholt werden.

Klinikum-Aufsichtsrat, Oberbürgermeisterin Eva Lohse und die Mehrheit im Stadtrat vermuten, dass Atrio und Graf in den letzten Monaten Teile des Unternehmens dem Zugriff der Gläubiger entzogen haben. „Die NPK soll leer geräumt werden - damit am Ende die Stadt mit ihren Forderungen in die Röhre guckt“, lautet der Verdacht. Deswegen der Insolvenzantrag und die Schadenersatzklage.

Besonders für Argwohn hat bei der Stadt der Verkauf von zwei NPK -Krankenhäusern gesorgt. Die Kliniken in Lengerich und Oberhausen (Nordrhein-Westfalen) gelten als der wesentliche Vermögenswert der bundesweit operierenden NPK -Gruppe. Ihr Wert wird von Atrio auf zehn bis 17 Millionen Euro geschätzt, wie aus dem Protokoll eines Gesprächs zwischen Klinikum, Stadt und NPK hervorgeht, das der RHEINPFALZ vorliegt.

Darin heißt es unter anderem: „Die NPK ist nur dann in der Lage, alle ihre Gläubiger zu befriedigen, wenn es gelingt, ihre beiden Kliniken ... erfolgreich zu verkaufen, wobei hierzu ein hoher Verkaufserlös erzielt werden muss“. Doch die beiden Krankenhäuser befinden sich seit Juli nicht mehr im Besitz der NPK. Die beiden Kliniken wurden nach RHEINPFALZ-Informationen von einer von Volker Graf im Juni neu gegründeten NPK -Tochtergesellschaft für jeweils einen Euro an eine Zwischenholding verkauft und damit dem unmittelbaren Zugriff der NPK -Gläubiger entzogen.

Hinter dieser Holding steht die Prange Business Group, für die wiederum der NPK -Interimsgeschäftsführer Sixto Atrio als Wirtschaftsanwalt tätig ist. Der Ein-Euro-Deal fand laut Atrio angeblich auf Geheiß der Bank für Sozialwirtschaft, der Hauptgläubigerin der Krankenhäuser, statt. Bei den anderen Gläubigern, die zuvor nicht von dieser Vermögensverlagerung informiert wurden, brach daraufhin Unruhe aus. Die Sparkasse Vorderpfalz, bei der die NPK damals mit rund 3,5 Millionen Euro in der Kreide stand, drehte den Geldhahn zu und forderte ihre Kredite zurück. Der Verkauf ihrer Blutplasmafirma DGH verschaffte der NPK wieder etwas Bewegungsspielraum - bis zum Jahresende wollten die Banken stillhalten. Der Sparkasse wurde als Sicherheit ein Aktienpaket im Wert von 1,1 Millionen Euro an der Eifelhöhen-Klinik AG überlassen.

Im Ludwigshafener Rathaus fühlte man sich als Gläubiger zweiter Klasse behandelt. Nach einigen vergeblichen Versuchen gelang es, Kontakt mit Atrio herzustellen und ihn Anfang September zu einer Besprechung ins Rathaus einzuladen. Klinikum und Stadtspitze verlangten Vorschläge, wie die NPK gedenke, ihre Verbindlichkeiten gegenüber dem Ludwigshafener Klinikum zu begleichen.

Während die städtischen Revisoren von einem Schaden von 6,6 Millionen Euro sprechen, räumte Atrio einen Betrag von höchstens 1,9 Millionen ein, wie dem Protokoll zu entnehmen ist.

Der NPK -Geschäftsführer lehnte demzufolge eine von der Stadt geforderte Abschlagzahlung über 1,9 Millionen ab. Allenfalls aus dem Verkaufserlös der in die Prange Group überführten Kliniken könnten Ansprüche des Ludwigshafener Klinikums erfüllt werden. Eine Vorabbefriedigung von Gläubigern komme nicht in Betracht. Ebenso wenig sei es der NPK möglich, der Stadt irgendwelche Sicherheiten zu gewähren oder Teilzahlungen zu leisten. Aus Sicht der Stadt gestand die NPK damit die Zahlungsunfähigkeit ein. Als Gläubiger stellte das Klinikum deshalb Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens.

Der vorläufige Insolvenzverwalter der NPK wird die Transaktionen des Unternehmens überprüfen. „Es wird alles auf den Prüfstand kommen. Wir werden auch prüfen, ob es anfechtbare Tatbestände gibt, die wieder rückgängig gemacht werden müssen“, sagte Werner Schreiber. Für einen Überblick benötige er einige Wochen, dann werde eine Entscheidung über eine Insolvenz getroffen.

Atrio wollte sich gestern zu den Vorgängen nicht äußern.

Quelle:

Publikation: DIE RHEINPFALZ

Regionalausgabe: Ludwigshafener Rundschau Nr.227

Datum: Freitag, den 29. September 2006

Stichwort

Insolvenzverfahren

Ein Insolvenzverfahren wird eingeleitet, wenn ein Unternehmen überschuldet oder zahlungsunfähig ist. Ziel ist es, unter Aufsicht eines Gerichts das verbliebene Vermögen gleichmäßig unter den Gläubigern aufzuteilen. Neben der Abwicklung besteht auch die Möglichkeit, die Firma zu reorganisieren. Der Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens kann vom Unternehmen oder von einem Gläubiger gestellt werden. Bevor ein Verfahren eröffnet wird, prüft ein Gericht, ob überhaupt genügend Geld zur Deckung der Kosten vorhanden ist. Ist zu wenig vorhanden, wird der Antrag abgewiesen. Dann müssen die Gläubiger auf eigene Faust versuchen, an ihr Geld zu kommen. Wird ein Verfahren eröffnet, bestellt das Gericht einen Insolvenzverwalter, vor Eröffnung wird ein vorläufiger Verwalter benannt. Er wird mit der Führung der Geschäfte betraut, hat die Bücher zu prüfen, erstellt eine Vermögensübersicht und nimmt die Ansprüche der Gläubiger entgegen. Er kümmert sich auch um die Belange der Arbeitnehmer. (ap)

Kostet NPK -Insolvenz auch Ex-OB Schulte Geld?

900 000-Euro-Erlös nach Verkauf von Anteilen an Klinik-Gesellschaft könnte zurückfordert werden - „Abfindung“ strittig

Von unserem Redakteur

Stefan Keller

Wolfgang Schulte vollendet heute sein 59. Lebensjahr. Ob der frühere Ludwigshafener Oberbürgermeister Anlass zu einer Feier hat, ist fraglich. Schulte muss nämlich seit Mittwoch ernsthaft darüber nachdenken, dass er ordentlich zur Kasse gebeten werden könnte - vom vorläufigen Insolvenzverwalter für die Klinik-Management Gesellschaft Neue Pergamon (NPK) oder von der Stadt für eventuell zu viel gezahlte Pensionen.

Schulte ist 2001 direkt nach dem Ausscheiden aus dem OB-Amt in die Krankenhausmanagement-Gesellschaft Neue Pergamon (NPK) als geschäftsführender Gesellschafter eingetreten. Er kaufte Anteile für rund 330.000 Euro.

2004, bei seinem raschen Ausstieg aus der Gesellschaft - Gründe wurden nie offiziell genannt - hat er seine Anteile an der NPK an die Gesellschaft zurück verkauft und dafür rund 900.000 Euro erhalten, seine Investition damit verdreifacht. Dieser, in unserer Zeitung vorliegenden Gesprächsprotokollen, so genannte „Schulte -Deal“ ist nicht nur wegen des hohen Ertrags aufgefallen. Er könnte nach Ansicht von Kennern der Materie auch rechtlich fragwürdig sein.

Schultes Anteile sollen nämlich nicht wie vorgeschrieben aus freien Rücklagen der NPK bezahlt worden sein, weil es gar keine Rücklagen gegeben haben soll, sondern aus dem Stammkapital der Gesellschaft. Das aber verbietet § 33 des GmbH-Gesetzes. Das ist dem Protokoll einer Sitzung zwischen NPK, Klinikum und Stadt zu entnehmen, das der RHEINPFALZ vorliegt. Demnach sind auch nur 700.000 Euro der Rückkaufsumme von der NPK an Schulte bezahlt worden. Über 200.000 Euro hat er ein Pfandrecht an der Zentralwäscherei Mannheim, die zur Hälfte der NPK gehört, erhalten. Die Ablösung dieses Pfandrechts zugunsten von Schulte ist Ende des Jahres fällig.

Die Anteile Schultes an dem Klinik-Unternehmen seien von der NPK umgehend an ihren Geschäftsführer und Hauptgesellschafter, Volker Graf, sowie an weitere Hauptgesellschafter weiterverkauft worden. Das hat der Revisionsbericht der Stadt ergeben und wurde von den NPK -Anwälten gegenüber der Stadt so bestätigt.

Wegen der finanziell angespannten Lage der NPK hatte bereits deren Geschäftsführer Hartwick Oswald Ansprüche auf Rückzahlung der 900.000 Euro durch Schulte erhoben. Oswald hielt die NPK schon im Juli 2006 wegen Überschuldung für insolvenzreif. Er stellte einen entsprechenden Antrag und versuchte unter anderem das Geld für Schultes Anteile bei diesem zurückzuholen.

Nach Angaben des Rechtsanwaltes von Oswald habe Schulte wegen der geltend gemachten Rückzahlungsansprüche die Abgabe einer Unterlassungserklärung gefordert. Schulte hat bisher auf Anfrage behauptet, die NPK habe gar keine Forderung gegen ihn erhoben.

Viele Forderungen offen

Der Insolvenzantrag Oswalds war von seinem Nachfolger Sixto Atrio beim Amtsgericht Dortmund erfolgreich zurückgenommen worden. Begründung: Oswald war zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht mehr Geschäftsführer. Nach Meinung von Atrio war bis Mittwoch 27.09.2006 auch noch kein Insolvenzantrag erforderlich. Er hatte dafür die NPK -Tochter Deutsche Gesellschaft für Humanplasma (DGH) verkauft, um die NPK -Gläubigerbanken vorerst ruhig zu stellen (wir berichteten).

Den „ Schulte -Deal“ sah Atrio „im Lichte des § 33 GmbHG problematisch“, wie er im Protokoll eines Gesprächs zwischen NPK und Stadt zitiert wird.

Mit Eröffnung des vorläufigen Insolvenzverfahrens über das NPK -Vermögen hat sich die Situation seit Mittwoch 27.09.2006 geändert. Der vorläufige Insolvenzverwalter muss den „Schulte -Deal“ klären, um festzustellen, ob der Ex-OB das Geld zurückzahlen muss. Falls ja, würde es in die Insolvenzmasse fließen, aus der die Gläubiger befriedigt werden müssen. Diese Masse könnte auch der Verkaufserlös der Wäscherei vergrößern. Sie kann jedoch wegen des Pfandrechts an Schulte nicht problemfrei verkauft werden. Schulte war dazu gestern nicht für eine Stellungnahme zu erreichen.

Forderungen hat die NPK darüber hinaus gegen die Gesellschafter, an die Schultes ehemalige Anteile weiter veräußert worden waren. Diese Ansprüche - so sah es bereits Atrio - seien schwer zu befriedigen, da Graf und andere Gesellschafter, die diese Anteile übernommen hatten inzwischen „in Vermögensverfall geraten“ seien und schon andere Gläubiger die Vollstreckung betreiben würden, so Atrio.

Schulte selbst sieht die Lage anders: Er habe zu Beginn seines Zehn-Jahresvertrages insgesamt rund 740.00 Euro in die NPK bezahlt. In den 900.000 Euro, die zurückflossen, sei die Wertsteigerung der NPK während seiner Tätigkeit und die lange Vertragslaufzeit berücksichtigt. Er habe deshalb nur 160.000 Euro mehr als seinen mit Krediten finanzierten Kaufpreis erlöst. „Eine Abfindung habe ich nicht bekommen“, unterstrich Schulte.

Eine Abfindung könnte negative Folgen für die Pensionsansprüche des Alt-OB's haben. „Es kommt auf die Formulierung in der Abmachung zwischen Schulte und NPK über den Betrag an“, sagt der Ludwigshafener Kämmerer und Jurist Wilhelm Zeiser. Seien die 900.000 Euro nämlich als Ausgleich für die ursprünglich vereinbarte Vertragslaufzeit Schultes bei der NPK gezahlt worden, müssten sie auf dessen Pensionszahlung angerechnet werden. Schulte könnte dann zu viel erhalten haben.

Die „Rente“ des Ex-OB wird von der Stadt bezahlt - gemäß seinen Ansprüchen als Beamter auf Zeit und in Abhängigkeit von seinem weiteren monatlich Verdienst. Maximal und ohne weiteres Einkommen beliefe sich der Betrag auf 71,75 Prozent seines letzten Gehalts, das ohne Aufschläge bei rund 7200 Euro gelegen hatte. Schulte hat sich auf der Parkinsel als Anwalt niedergelassen.

Schulte : NPK -Einstieg ein Fehler

Was den „Schulte -Deal“ zudem eine gewisse Pikanterie verleiht, ist Schultes besondere Beziehung zur NPK: Schulte hatte Graf nach Ludwigshafen geholt, war als OB und Aufsichtsratschef des Klinikums „Chef“ des Klinik-Managers, bei dem er nach dem OB-Amt beruflich Unterschlupf fand. Als geschäftsführender Gesellschafter habe er weder Einblick in die Bücher der NPK gehabt noch eine Kassenvollmacht, sagte Schulte in einem RHEINPFALZ-Gespräch.

Heute bezeichnet er seinen Einstieg bei der NPK als „Fehler“. Sollte er die 900.000 Euro zurückzahlen müssen, wäre er wirtschaftlich ruiniert, sagt Schulte . Er wirft OB Eva Lohse vor, eine „Intrige“ gegen ihn zu betreiben.

Die SPD, seit Schultes Hinwerfen der OB-Kandidatur auf Distanz, ist weiter abgerückt. Von SPD-Parteichef Wolfgang van Vliet erhält er heute nur die Standard-Partei-Glückwunschkarte. Ob er sich darüber freuen kann?

KELLERS / KELLERS

Quelle:

Publikation: DIE RHEINPFALZ

Regionalausgabe: Ludwigshafener Rundschau

Datum: Nr.228

Datum: Samstag, den 30. September 2006

"Gewisse Lichter leuchten auf"

NPK: Vorläufiger Insolvenzverwalter sieht komplexen Fall und prüft Anfechtungen

Von unserem Redaktionsmitglied Thomas Schrott

Von einem komplexen und anspruchsvollen Fall geht der vorläufige Insolvenzverwalter Dr. Werner Schreiber bei der Krankenhausgesellschaft Neue Pergamon (NPK) aus. "Es muss sehr viel geprüft werden. Dabei geht es auch um die Frage, ob die Schrumpfung des Unternehmens in der letzten Zeit im Interesse der Gläubiger war", erläuterte der Seniorsozius aus der renommierten Heidelberger Kanzlei Wellensiek gestern auf "MM"-Nachfrage. Ein Gläubiger ist (wie berichtet) das städtische Klinikum. Es erhebt eine Rückforderung von 6,6 Millionen Euro gegenüber der NPK, die mehrheitlich dem früheren Klinikum-Geschäftsführer Volker Graf gehört.

"Ich werde auch ermitteln, ob Tatbestände anfechtbar sind, um den Gläubigern zu ihrem Recht zu verhelfen", verwies Schreiber auf erweiterte Befugnisse durch das neue Insolvenzrecht. Er hege Vermutungen. "Gewisse Lichter leuchten deshalb auf", merkte der erfahrene Fachanwalt für Insolvenzrecht an. Nähere Angaben machte er jedoch nicht, auch nicht zum Verkauf der beiden NPK-Krankenhäuser in Oberhausen und Lengerich, der von Stadtvorstand und Fraktionen sehr sorgenvoll beobachtet wird. Diese befürchten, dass auf diese Weise der wertvollste Teil aus dem weit verzweigten Unternehmen abgezogen werde.

Die beiden Krankenhäuser, deren Wert gemäß einer Protokollnotiz mit bis zu 17 Millionen Euro angegeben wird, sind nach "MM"-Informationen für jeweils einen Euro gegen einen "Besserungsschein" an die Prange-Gruppe veräußert worden, für die auch NPK-Geschäftsführer Sixto Atrio tätig ist. Dieser war gestern wieder nicht für eine Stellungnahme erreichbar. Nach früheren NPK-Angaben sind beide Kliniken bis zum endgültigen Verkauf "treuhänderisch" in der Prange-Gruppe geparkt. Diese soll aber, so wird berichtet, eine Prämie von zwölf Prozent aus dem Verkaufserlös erhalten. Der Argwohn in der Stadt wird auch dadurch genährt, weil mit der neu gegründeten NG-Hospital eine weitere Zwischengesellschaft entstand. Mit einem Insolvenzantrag will die Stadt ein geordnetes Verfahren über die Gläubigeransprüche erreichen. Außer dem Krankenhaus erheben mehrere Banken Forderungen. Deren Ansprüche belaufen sich nach "MM"-Informationen auf gut acht Millionen Euro.

Am Montag führt Schreiber ein erstes Gespräch mit dem NPK-Geschäftsführer. Zeitlich nicht absehbar ist nach seinen Angaben, wann er dem Amtsgericht den Abschlussbericht vorlegt.

Pergamon steht unter Aufsicht

Gericht: vorläufige Insolvenzverwaltung

Vom 30.09.2006

Von

Klaus Mümpfer

LUDWIGSHAFEN Das Amtsgericht Ludwigshafen hat die Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH (NPK) unter vorläufige Insolvenzverwaltung gestellt. Es entsprach damit einem Antrag des städtischen Klinikums, das gegen die NPK Forderungen im Millionenhöhe geltend macht.

Dies geschehe "zur Sicherung der künftigen Insolvenzmasse und zur Aufklärung des Sachverhalts", erläutert das Gericht. Dazu werde auch eine Verfügungsbeschränkung in Form eines eingeschränkten Verfügungserbotes angeordnet - so dass die Befugnis zum Einzug von Bankguthaben und anderen Forderungen von der Pergamon an den vorläufigen Insolvenzverwalter übergeht. Das Amtsgericht verbietet mit seiner Entscheidung der NPK, Vermögensgegenstände ohne Zustimmung zu veräußern oder Forderungen einzuziehen. Sogar bereits begonnene Maßnahmen müssen einstweilen eingestellt werden.

Zum vorläufigen Insolvenzverwalter hat das Gericht Rechtsanwalt Dr. Werner Schreiber von der Heidelberger Kanzlei Wellensiek bestellt. Nur mit seiner Zustimmung kann die NPK jetzt noch über ihr Vermögen verfügen. Schreiber muss alle Transaktionen der NPK prüfen, wobei auch anfechtbare Geschäfte wieder rückgängig gemacht werden können. Dabei handelt es sich vor allem um den Verkauf von zwei einst NPK-eigenen Kliniken in Norddeutschland für je einen Euro an die Prange Business Group, für die der Pergamon-Geschäftsführer Sixto Atrio tätig ist.

Die Stadt Ludwigshafen hofft, dass diese Verkäufe rückgängig gemacht werden können und begründet damit die Dringlichkeit des Antrages auf vorläufige Insolvenz, den das städtische Klinikum als betroffene Einrichtung eingereicht hatte. Der Wert der beiden Kliniken wird auf rund 17 Millionen Euro geschätzt. Die NPK sei nur in der Lage die Forderungen des Ludwigshafener Klinikums zu befriedigen, wenn sie die Krankenhäuser mit hohem Erlös verkaufen könne, hatte Atrio in einem Gespräch mit der Stadt und dem städtischen Klinikum erklärt. Den Gesamtschaden, der dem städtischen Klinikum durch vorenthaltene Einkaufsrabatte und andere Geschäfte der Pergamon sowie des Gründers und früheren Klinikum-Geschäftsführer Volker Graf entstanden sein soll, schätzen städtische Revisoren auf 6,6 Millionen Euro.

"Wir hoffen, dass wir einen Teil der Summe zurückbekommen", sagt der jetzige Klinikum-Geschäftsführer Peter Asché. "Eine volle Befriedigung halte ich für nicht realistisch." NPK-Geschäftsführer Sixto Atrio wollte am Freitag auf Anfrage noch keine Stellungnahme abgeben und verwies auf sein Gespräch mit dem vorläufigen Insolvenzverwaltung Schreiber am kommenden

NPK: noch viele Gespräche

Über das erste Treffen mit dem Geschäftsführer der Krankenhausgesellschaft Neue Pergamon (NPK), Sixto Atrio, machte der vorläufige Insolvenzverwalter Dr. Werner Schreiber keine näheren Angaben. Es seien noch viele Gespräche notwendig, um die Sachlage aufzuklären, sagte er am Montag auf "MM"-Nachfrage. Der NPK-Geschäftsführer sei verpflichtet, mit Unterlagen und Auskünften behilflich zu sein. Erst nach einigen Wochen könne Schreiber in gutachterlicher Funktion wohl einen Abschlussbericht ans Amtsgericht verfassen. Dies wird dann darüber entscheiden, ob das vorläufige Verfahren in ein Insolvenzverfahren mündet. Ein Gläubiger ist, wie berichtet, das städtische Klinikum. Dieses erhebt eine Rückforderung von 6,6 Millionen Euro gegenüber der NPK, die mehrheitlich dem früheren Klinikum-Geschäftsführer Volker Graf gehört. Zudem erheben mehrere Banken Forderungen, die sich nach "MM"-Informationen auf gut acht Millionen Euro belaufen sollen. ott

Mannheimer Morgen
04. Oktober 2006

Gutachten zur NPK-Insolvenz

Auftrag an Verwalter in Ludwigshafen

Vom 04.10.2006

Von

Klaus Mümpfer

LUDWIGSHAFEN "Ich habe eine umfangreiche Gerichtsakte zur Neuen Pergamon Krankenhausmanagement GmbH (NPK) vor liegen", sagt der vorläufige Insolvenzverwalter Dr. Werner Schreiber. Weit weniger umfangreich, eher "reduziert" sei der Geschäftsbetrieb, den er bei der NPK bei einem Besuch vorgefunden hat. "Jetzt gehe es in der Tat erst mal darum, den Bestand des Unternehmens zu sichern, gegen den das städtische Klinikum Ludwigshafen den Antrag auf ein vorläufiges Insolvenzverfahren durchgesetzt hat", sagt Schreiber. "Ich will retten, was zu retten ist."

Der Heidelberger Rechtsanwalt ist zugleich vom Amtsgericht als Sachverständiger benannt worden und soll in einem Gutachten bewerten, ob "genug Masse da ist, um ein Insolvenzverfahren zu eröffnen". Einen Termin hat das Ludwigshafener Amtsgericht Schreiber nicht gesetzt.

Für sein Gutachten wird Schreiber auch einen Blick in die Vergangenheit der NPK werfen, Schadensersatzansprüche Dritter und die Geschäfte der Gesellschaft prüfen. Eingeschlossen sind Anfechtungstatbestände, wie sie das Klinikum hinter den Verkäufen von zwei Krankenhäusern in Norddeutschland für je einen Euro vermutet, sowie nichtige Verträge, sagt Schreiber im Gespräch mit dieser Zeitung.

Der vorläufige Insolvenzverwalter muss deshalb auch prüfen, ob der frühere Ludwigshafener Oberbürgermeister Wolfgang Schulte zur Kasse gebeten werden kann. Schulte hatte 2001 - wie berichtet - für 330000 Euro Anteile der Pergamon gekauft, die die NPK nach dem Ausstieg des Ex-OB und kurzzeitigen Gesellschafters Ausstieg 2004 für 900000 Euro (700000 in bar und 200000 in Pfandrechten auf die Klinikwäscherei) zurückkaufte. Experten halten dieses Geschäft für nichtig, weil die Pergamon den Rückkauf mangels Masse nicht aus freien Rücklagen bezahlt habe. Für diesen Fall, so vermuten Insider, könnte Schulte mit Teilen oder sogar der vollen Summe für die Aufstockung der Konkursmasse herangezogen werden. Wenn die Rückkaufsumme gar als Abfindung zu interpretieren wäre, könnte sich dies negativ auf die Pensionszahlungen Schultes auswirken und die Stadt überzählte Summen zurückfordern, wird in der Ludwigshafener Stadtverwaltung spekuliert.

06. Oktober 2006

Klinikum-Affäre:

FWG-Ratsfraktion stimmt der Verwaltungsvorlage nicht zu!

Politik | 06.10.2006. - 22:02:21

In der Sondersitzung des Stadtrates am 25. September verweigerte die FWG-Ratsfraktion einer Vorlage der Verwaltung, in der es um Klageerhebung und Insolvenzantrag gegen die Neue Pergamon-Krankenhaus-Managementgesellschaft ging, ihre Zustimmung.

In der lokalen Presse wurde dazu wie folgt berichtet: „Nach Ansicht von FWG-Sprecher Rainer Metz sei das Vorgehen der Stadt prinzipiell richtig, weil Bonuszahlungen nicht geflossen seien. Weil aber Zahlen um den sogenannten „Schulte-Deal“öffentlicht gemacht worden seien, habe FWG-Stadtrat Hans-Peter Demmer dagegen gestimmt und er selbst sich enthalten.“

Die hier getroffene Begründung der Zustimmungsverweigerung ist völlig falsch. Richtig ist, dass die FWG-Ratsfraktion ihre Zustimmung davon abhängig machte, dass ein Passus aus der Vorlage gestrichen wird, in dem es hieß, der Insolvenzantrag erfolge u.a. um Ansprüche nicht nur gegen die NPK und den ehemaligen Klinikum-Geschäftsführer Graf, **sondern auch gegen den früheren Oberbürgermeister Dr. Schulte zu sichern.**

Da die Stadt selbst keine Ansprüche hat, was Lohse auf Nachfrage bestätigte, und nach unserem Kenntnisstand weder die NPK noch irgendjemand sonst gegenüber Dr. Schulte Forderungen gelten gemacht hatte, lag für die FWG-Ratsfraktion die Vermutung nahe, dass die Erwähnung des ehemaligen Sozialdezernenten (1985 – 1993) und Oberbürgermeister (1993 – 2001) nur in der Vorlage auftauchte, um „alte Rechnungen“ zu begleichen und dessen Ansehen in der Öffentlichkeit zu schädigen. Die nachgehende Berichterstattung belegt unsere Interpretation.

Wert legt die FWG-Ratsfraktion auch auf die Feststellung, dass der uns in diesem Bericht zugeordnete Ausdruck „Schulte-Deal“ nicht zu unserem Sprachrepertoire gehört; vielmehr soll er – wie die Presse wenig später auch berichtete - einer Gesprächsnote der OB zu einem Treffen mit NPK-Geschäftsführer Sixto Atrio entstammen.

„Ich habe mich nicht bereichert“

Alt-OB Schulte weist Kritik an seinem Ausstieg aus der umstrittenen Klinik-Gesellschaft NPK zurück

Alt-Oberbürgermeister Wolfgang **Schulte** (SPD) verwehrt sich gegen den Ausdruck „**Schulte -Deal**“ im Zusammenhang mit seinem Ausscheiden aus der Klinik-Management-Gesellschaft Neue Pergamon (**NPK**). Der Ausdruck wird in Protokollen über Verhandlungen zwischen **NPK** und Stadt wiederholt verwendet. Seitens der **NPK** seien keine Forderungen gegen ihn offen. Es seien auch nie welche erhoben worden.

Erneut betonte **Schulte**, dass er bei seinem Eintritt in die **NPK** 733.000 Euro für Anteile bezahlt habe, die er alle über Kredite finanziert habe. In der Rückkaufsumme von rund 900.000 Euro seien die Finanzierungskosten der Kredite und die Steigerung des **NPK**-Unternehmenswertes enthalten. „Es gibt keinen Ertrag. Ich habe das erhalten, was ich ausgegeben habe“, so **Schulte**, der am Mittwochabend nach Rückkehr aus einem Urlaub in einem Gespräch mit der RHEINPFALZ Stellung zu dem Artikel in der Samstagausgabe „Kostet **NPK**-Insolvenz auch Ex-OB **Schulte** Geld?“ nahm. Der Ausdruck „**Schulte -Deal**“ klingt danach, als habe er sich bereichert und das noch auf Kosten der Stadt, so der frühere Oberbürgermeister. „Da ist nichts dran.“

Um seine Anteile wieder zu kaufen habe die **NPK** auch nicht ins Stammkapital gegriffen, so **Schulte**. Seine Darstellungen seien alle notariell belegt. Die Papiere, einschließlich seines Dienst-, Kauf- und Rückkaufvertrages habe er in einem persönlichen Gespräch dem SPD-Vorsitzenden Wolfgang van Vliet und SPD-Fraktionschef Ulrich Küppers vorgelegt. Mit Kämmerer Wilhelm Zeiser habe er versucht, telefonisch zu sprechen. Dass seine Genossen seine Position in der aktuellen Debatte nicht stützen, „bedaure ich sehr“, sagte **Schulte**. Gründe dafür kenne er nicht. Er verstehe, dass sich die SPD darüber ärgere, dass er 2000 die OB-Kandidatur hingeworfen habe. Das sei aber kein Grund, ihn jetzt wirtschaftlich zu schädigen. Er wundere sich deshalb auch über Aussagen von Kämmerer Zeiser über mögliche Abfindungen. „Eine Abfindung wurde nicht gezahlt“, betonte er erneut.

Der Alt-OB bestätigte, dass es sich bei der letzten Rate des Rückkaupreises seiner Anteile durch die **NPK** um 200.000 Euro handele, die über ein Pfandrecht an der Zentralwäscherei in Mannheim abgesichert sei. „Sie ist Endes dieses Jahres fällig. Es ist deshalb aber durchaus möglich, die Wäscherei zu verkaufen.“ Voraussetzung sei jedoch, dass seine über das Pfandrecht unstrittigen Ansprüche über 200.000 Euro ausbezahlt würden.

Klargestellt hat **Schulte**, dass sich seine Pensionszahlungen nicht auf 71,75, sondern auf 71 Prozent des letzten Gehaltes belaufen.

Der inzwischen von der Stadt gestellte Insolvenzantrag über das **NPK**-Vermögen verschlechterte die Chancen der Stadt, eventuell zustehendes Geld zu erhalten, glaubt **Schulte**. Er verwies darauf, dass die **NPK** rechtzeitig vor der Stadtratssitzung am 25. September die verlangten Zahlen vorgelegt habe. Sie würden zeigen, dass ein Insolvenzantrag unnötig gewesen sei. In dem Schreiben, das der RHEINPFALZ vorliegt, stellt **NPK**-Geschäftsführer Sixto Atrio die wirtschaftliche Situation seiner Gesellschaft dar und räumt Ansprüche des Klinikums an Bonuszahlungen „im Grundsatz“ ein. Deren Höhe stehe noch nicht fest. Ein Gutachten soll Mitte Oktober helfen.

OB Eva Lohse (CDU) hatte nach der Sitzung mitgeteilt, dass ihr das Schreiben nach Ende der Sitzung vorgelegen habe. Der Inhalt ändere nichts an der Grundlage für einen Insolvenzantrag. Auf neuerliche Anfrage nach Schultes Äußerung bestätigte sie, dass der Brief gegen 11 Uhr im Rathaus eingegangen, ihr aber erst nach der Sitzung bekannt geworden sei. „Die Zahlen sind nicht hinterlegt, der Besserungsschein fehlt. Das ist ein verschleiernder Brief“, so Lohse. Der Brief sei dem Antrag auf Insolvenz beigelegt und vom Rechtsanwalt begutachtet worden. „Hätte sich eine neue Lage ergeben, wäre das vorläufige Insolvenzverfahren nicht eröffnet worden“, so Lohse. (ell)

ELLERS / KELLERS

Quelle:

Publikation: DIE RHEINPFALZ

Regionalausgabe: Ludwigshafener Rundschau

Datum: Nr.233

Datum: Samstag, den 07. Oktober 2006

Klinikum verklagt Ex-Geschäftsführer Graf Manager und dessen Firma Neue Pergamon sollen Schadensersatz von 1,5 Millionen Euro zahlen

Gestern hat das Klinikum Ludwigshafen seinen ehemaligen Geschäftsführer Volker Graf und dessen Klinik-Gesellschaft Neue Pergamon (NPK) auf Schadenersatz verklagt. Dabei geht es um eine Summe von etwa 1,5 Millionen Euro - Bonuszahlungen von Lieferanten, die dem Krankenhaus in Grafs Amtszeit vorenthalten worden sein sollen. Nun soll das Landgericht Frankenthal klären, ob der Manager und die Neue Pergamon dafür Schadenersatz leisten müssen.

Grundlage für die Klage ist ein Bericht der städtischen Revision, der der RHEINPFALZ vorliegt. Demnach soll das Ganze folgendermaßen abgelaufen sein: Ein Krankenhaus hat zahlreiche Lieferanten, etwa für Verbandsmaterial oder medizinische Apparate. Als das städtische Klinikum unter Volker Graf privatisiert wurde, habe der Manager ohne Absprache mit dem Klinikum-Aufsichtsrat eine Zusammenarbeit des Krankenhauses mit dem Einkaufsverbund der Neuen Pergamon Klinik-Management Gesellschaft (NPK) initiiert - einer Firma, die Graf als Gesellschafter mit gehört und in deren Auftrag er als Geschäftsführer des Klinikums tätig war.

Die Einkauf-Kooperation sei damals mit wirtschaftlichen Vorteilen für das Klinikum begründet worden, da die NPK Waren für mehrere Krankenhäuser in ganz Deutschland bestellen und dadurch bessere Konditionen bei den Lieferanten heraushandeln könne, heißt es weiter in dem Revisionsbericht. Doch stattdessen sei es zu „millionenschweren Transaktionen“ zum finanziellen Nachteil des Klinikums gekommen, bilanzieren die Revisoren. Auf etwa fünf Millionen Euro schätzen die Rechnungsprüfer den Schaden.

Für die Dienstleistung des Einkaufsverbundes habe die NPK völlig legal eine Provision kassieren können. Doch Grafs Firma habe - so das Ergebnis der Revisoren - auch den vertraglich mit den Lieferanten vereinbarten Bonus für das Klinikum kassiert.

Wie hoch der konkrete Gesamtschaden in Ludwigshafen sein könnte, ist noch ungeklärt. Sowohl Manager Graf als auch zwei NPK -Geschäftsführer haben gegenüber der Stadt eingeräumt, dass es dem Grundsatz nach gerechtfertigte Rückforderungen gebe. Doch die Höhe ist umstritten. Die im Revisionsbericht genannte Rückforderungssumme von fünf Millionen Euro halten die NPK und Grafs Anwalt für übertrieben. Stattdessen wurde von dieser Seite eine Summe zwischen 1,1 und 1,9 Millionen Euro ins Spiel gebracht.

Das städtische Klinikum hat seine Klage auf eine Forderung von 1,5 Millionen plus Zinsen beschränkt.

„Es handelt sich um eine Teilklage. Das heißt nicht, dass wir auf unsere gesamten Forderungen aus den Revisionsberichten verzichten werden“, erklärte OB Eva Lohse, die auch Klinikum-Aufsichtsratsvorsitzende ist. Die Stadt gehe momentan davon aus, dass bei Graf und der NPK aufgrund der Vermögenssituation nicht mehr zu holen sei.

Da sich die Prozesskosten für die Klage nach dem Streitwert richteten, habe die Stadt ihre Forderungen für dieses Verfahren beschränkt. So könnten die Prozesskosten ebenfalls begrenzt werden, erläuterte Lohse weiter.

Die Summe von 1,5 Millionen Euro ist zudem von der Gegenseite offenbar bisher nicht ernsthaft angezweifelt worden. Grafs Anwalt, Ingo Minoggio, erklärte gegenüber der RHEINPFALZ, dass er erst einmal die Klage auf dem Tisch liegen haben wolle, bevor er sich näher dazu äußere. Sein Mandant sei „nicht ganz schuldlos“ an der Situation, es handele sich aber um zivilrechtliche Aspekte, die nicht unbedingt strafrechtlich relevant seien.

Parallel zu dem jetzt angestoßenen zivilrechtlichen Verfahren läuft seit dem Frühjahr 2005 gegen Graf ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Untreue. Auch hier konzentrieren sich die Ermittlungen auf die Bonuszahlungen im NPK-Einkaufsverbund.

Die Staatsanwaltschaft für Wirtschaftsstrafsachen in Kaiserslautern prüft derzeit die Verträge der NPK mit Lieferanten und die Zahlungsflüsse. Ein Ergebnis soll in einigen Wochen vorliegen. Die Staatsanwaltschaft sieht aber ihren Anfangsverdacht bestätigt.

Ob es gegen Graf zu einer Anklage wegen Untreue kommen wird, soll Anfang 2007 feststehen. (mix)

Quelle: DIE RHEINPFALZ vom 13.10.2006

Nachspiel

Die Klinikum-Affäre wird nun ein gerichtliches Nachspiel haben. Gestern hat das städtische Krankenhaus seinen Ex-Manager und dessen umstrittene Management-Gesellschaft auf Schadenersatz verklagt. Die Chancen für einen Erfolg vor dem Landgericht stehen derzeit nicht schlecht, glaubt man Oberbürgermeisterin Eva Lohse. Denn auch die Beschuldigten räumen ein Fehlverhalten ein. Es geht vor allem um Bonuszahlungen, die dem Klinikum vorenthalten wurden - obwohl sie dem Krankenhaus vertragsgemäß zugestanden hätten.

Die Frage ist: Was können die finanziell angeschlagene Pergamon und ihr Gründer noch zahlen? Die Stadt hat ihre Klage aus taktischen Gründen vorerst von 6,6 Millionen auf 1,5 Millionen Euro reduziert. Falls die Vermögenverhältnisse der Beschuldigten mehr zuließen, würde die Stadt noch draufsatteln.

Neben dem zivilrechtlichen Verfahren steht noch die Entscheidung über die NPK-Insolvenz und eine strafrechtliche Anklage gegen Graf an. Sicher ist: Die Affäre wird die Juristen weiter beschäftigen. (mix)

Quelle: DIE RHEINPFALZ vom 13.10.2006

Prozesstermin erst nächstes Jahr

Landgericht befasst sich mit Klage gegen Graf und NPK

Die Klage des Klinikums gegen den ehemaligen Geschäftsführer Volker Graf und dessen Gesellschaft Neue Pergamon (NPK) wird frühestens Anfang 2007 vor dem Landgericht Frankenthal verhandelt. Dies erklärte gestern Präsident Werner Tholey auf "MM"-Anfrage. Derzeit bereite die Zivilkammer das erforderliche schriftliche Vorverfahren vor. Schadensersatzforderungen von 1,5 Millionen Euro macht das Klinikum wegen einbehaltener Bonizahlungen des Ex-Managers geltend.

Mit Schwierigkeiten bereits im Anfangsstadium der Klageerörterung hat das Landgericht zu kämpfen. "Probleme gibt es bei der Postzustellung an die NPK", sagte Tholey. Das Unternehmen, das früher als Firmensitz Ludwigshafen und Hamm angegeben hat, habe angeblich keine zustellungsfähige Adresse in der westfälischen Stadt. "Diese Mitteilung haben wir schon bei anderen Verfahren erhalten, die sich gegen die NPK richten", berichtete Tholey. Darunter ist auch eine Klage des früheren NPK-Geschäftsführers Hartwick Oswald wegen rückständiger Gehaltszahlungen.

Bei dem Vorverfahren haben üblicherweise beide Parteien einen Monat lang Zeit, um die Frage der Verteidigung zu klären. Einen weiteren Monat räumt ihnen das Landgericht ein, um inhaltlich zur Klageschrift Stellung zu nehmen. Parallel dazu bereitet die Kammer den Haupttermin vor. Dies muss aber nicht immer rasch gehen. "Ein Prozesstermin wird erst dann anberaumt, wenn quasi alle Fakten auf dem Tisch liegen und man die Beweisaufnahme eintreten kann", merkte Tholey an.

Mit einer mündliche Verhandlung über die Klinikum-Klage rechnet der Landgerichts-Präsident nicht vor Februar/März. Zumal die mit dem Fall befasste sechste Zivilkammer "gut ausgebucht" sei. Weitere Verfahren gegen die NPK sind bei anderen Kammern des Gerichts anhängig. Eine Zusammenlegung sei wenig sinnvoll, da es um inhaltlich unterschiedliche und teilweise sehr komplexe Themen gehe, so Tholey.

Auch wenn sich die Summe der Schadensersatzforderung "nur" auf 1,5 Millionen Euro beläuft, pocht die Verwaltung weiterhin auf eine Rückforderung von 6,6 Millionen Euro. Die Teilsumme habe nur prozessökonomische Gründe, betonte OB Eva Lohse. ott

Bundesanzeiger Ausgabe 0201

Datum: 25.10.2006

Neue Pergamon Krankenhausmanagement GmbH

Strasse: Rheinuferstraße 9

Ort: 67061 Ludwigshafen

Amtsgericht: 67061 Ludwigshafen am Rhein

Aktenzeichen: 3 c IN 355/06 Lu (3CIN35506)

Durch Beschuß des Amtsgerichts -- Insolvenzgerichts-- Ludwigshafen am Rhein wird zum 13.10.2006, 14.00 Uhr, das Insolvenzverfahren über das Vermögen Neue Pergamon Krankenhausmanagement GmbH (AG Hamm, HRB1993), mit Mittelpunkt der selbständigen wirtschaftlichen Tätigkeit in 67061 Ludwigshafen, Rheinuferstraße 9,
weitere Anschrift: An den Kirchen 28, 59077 Hamm, vertreten durch: Sixto D. Atrio, geb. 21.5.1966 (Geschäftsführer), wegen Zahlungsunfähigkeit eröffnet.

Zum Insolvenzverwalter wird ernannt:

Rechtsanwalt Dr. jur. Dr. rer. pol. Werner Schreiber, Blumenstraße 17, 69115 Heidelberg.

Gem. § 80 InsO geht das Recht der Schuldnerin, das zur Insolvenzmasse gehörende Vermögen zu verwalten und über es zu verfügen, auf den Insolvenzverwalter über. Wer Verpflichtungen gegenüber der Schuldnerin hat, wird aufgefordert, nicht mehr an die Schuldnerin, sondern nur noch an den Insolvenzverwalter zu leisten.

Gläubiger der Schuldnerin werden aufgefordert, dem Insolvenzverwalter unverzüglich mitzuteilen, welche Sicherungsrechte sie an beweglichen Sachen oder Rechten der Schuldnerin in Anspruch nehmen. Der Gegenstand, an dem das Sicherungsrecht beansprucht wird, die Art und der Entstehungsgrund des Sicherungsrechts sowie die gesicherte Forderung sind zu bezeichnen.

Wer diese Mitteilungen schulhaft unterlässt oder verzögert, haftet für den daraus entstandenen Schaden (§ 28 Abs. II InsO).

Berichtstermin sowie Termin zur Beschlussfassung über die evtl. Wahl eines anderen Insolvenzverwalters, über die evtl. Einsetzung eines Gläubigerausschusses, über den Fortgang des Verfahrens gem. § 157 InsO und ggf. über die in den §§ 66, 100, 149, 160, 162 InsO bezeichneten Angelegenheiten sowie evtl. Beschlussfassung gem. § 207 InsO wird bestimmt auf Donnerstag, 30.11.2006, 10.00 Uhr, Sitzungssaal VIII, Amtsgericht, Wittelsbachstr. 10, 67061 Ludwigshafen/-Rhein,

und Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Montag, 15.01.2007, 10.00 Uhr, Sitzungssaal XI, Amtsgericht, Wittelsbachstr. 10, 67061 Ludwigshafen/Rhein, bestimmt.

Die Insolvenzgläubiger werden aufgefordert, ihre Forderungen bis spätestens 27.11.2006 beim Insolvenzverwalter schriftlich in zweifacher Ausfertigung anzumelden.

Hinweis: Gläubiger, deren Forderung im Prüfungstermin festgestellt wird, erhalten hierüber keine Benachrichtigung.

Ludwigshafen am Rhein, den 13.10.2006
Amtsgericht -- Insolvenzgericht --

"Anhaltspunkte für Untreue von zwei Millionen Euro"

Staatsanwaltschaft äußert sich zum Ermittlungsstand gegen Volker Graf / Verfahren im Frühjahr abgeschlossen?

Von unserem Redaktionsmitglied Thomas Schrott

Der frühere Klinikum-Geschäftsführer, Volker Graf, muss sich vermutlich auch strafrechtlich vor Gericht verantworten. Die Staatsanwaltschaft Kaiserslautern sieht jedenfalls deutliche Anhaltspunkte für ein Untreue-Verhalten wegen einbehaltener Boni-Zahlungen, wie Staatsanwältin Bettina Wachter gestern auf "MM"-Anfrage erklärte. Die Ermittlungen in diesem Punkt seien weit fortgeschritten und könnten eventuell im kommenden Frühjahr abgeschlossen werden.

Nach bisheriger Einschätzung der Staatsanwaltschaft hat Graf wohl einen Betrag von rund zwei Millionen Euro an Lieferanten-Rabatten nicht weitergegeben, sondern bei der Krankenhausgesellschaft "Neue Pergamon" (NPK) belassen, bei der er Mehrheitseigner ist. Bemerkenswert: Diese Summe ist erheblich geringer als die Schadenshöhe, die die städtischen Revisoren in diesem Zusammenhang errechnet und mit sechs Millionen Euro angegeben haben. Wachter: "Der Betrag von sechs Millionen Euro wegen vorenthalter Rabatte ist für mich bislang nicht nachvollziehbar."

Nach ihren Angaben haben 45 der 60 Klinikum-Lieferanten mit dem Krankenhaus Bonuszahlungen vereinbart. Die Prozentsätze sind sehr unterschiedlich gewesen und lagen häufig zwischen vier und acht Prozent, so Wachter. 15 Lieferanten hätten indes überhaupt keine Rabatte zugestanden.

Bei manch anderen Vorwürfen gegen Graf sieht die Staatsanwältin jedoch keine strafrechtliche Relevanz. Dies gelte etwa für die Frage der Dienstwagen. Drei Fahrzeuge soll der Klinikum-Manager benutzt und abgerechnet haben. Wachter räumt aber ein, dass diese Fragen zivilrechtlich durchaus von Bedeutung seien. Verjährt sein dürfte nach Ansicht der Staatsanwaltschaft der Vorwurf, wonach Graf eine Unterkunft für seinen Fahrer aus Klinikum-Geldern bezahlt habe.

Strafrechtlich noch keinen Anhaltspunkt sieht Wachter beim Komplex Wäscherei. Graf hatte eingeräumt, dass entgegen seiner Ankündigung im Aufsichtsrat das Klinikum einen Millionenauftrag ohne Ausschreibung jahrelang an die Zentralwäscherei Rhein-Neckar vergeben habe, die zur Hälfte der NPK gehört. Das habe zwar ein "Geschmäckle", so die Staatsanwältin. "Strafrechtlich müssen wir aber nicht nur Vorsatz nachweisen, sondern auch belegen, dass es tatsächlich einen günstigeren Anbieter gegeben hätte." Dies sei sehr schwierig. Denn zu berücksichtigen seien nicht nur Preis, sondern auch Aspekte wie regionale Nähe und Service-Leistungen.

Konzentriert hat die Staatsanwaltschaft für Wirtschaftsdelikte ihre seit Anfang 2005 laufenden Ermittlungen mittlerweile auf den Bereich Boni-Zahlungen, betonte Wachter. Anhaltspunkte für eine persönliche Bereicherung Grafs gebe es nicht. Wann mit einer Anklage-Erhebung zu rechnen ist, sei noch offen. Zuvor müsse Grafs Verteidigern Akteneinsicht gewährt werden.

Auch zivilrechtlich kommt noch einiges auf Graf und die NPK zu. Eine Klage wegen Schadensersatzforderungen von 1,5 Millionen Euro wegen der Boni-Zahlungen hat das Klinikum gegen den Ex-Manager und dessen Unternehmen beim Landgericht Frankenthal eingereicht. Mit einem Prozesstermin ist nicht vor Anfang 2007 zu

rechnen.

Mannheimer Morgen
10. November 2006

Insolvenzverfahren nun endgültig

Seit 13. Oktober ist das seither vorläufige Insolvenzverfahren über die Klinik-Management-Gesellschaft Neue **Pergamon** (NPK) endgültig. Das Amtsgericht hat seinen Beschluss mit der Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaft begründet. Das hat Insolvenzverwalter Werner Schreiber (Kanzlei Wellensiek, Heidelberg) auf Anfrage der RHEINPFALZ bestätigt.

„Das war eine rasche Entscheidung, Eile war aber auch geboten“, sagte Schreiber. Das Gericht sei mit der Entscheidung seinem Gutachten gefolgt. Am 30. November findet vor dem Gericht der so genannte Berichtstermin statt. Der Insolvenzverwalter muss dabei darlegen, wie die Situation des Unternehmens aussieht, welche Maßnahmen er bisher ergriffen hat, um die Masse zu sichern, aus der Gläubiger-Ansprüche bedient werden können. Er müsse alles verfolgen, was dazu dient, die Masse anzureichern.

Dazu würde auch das Tun der NPK-Geschäftsführer und Gesellschafter unter die Lupe genommen, etwa der Verkauf von zwei NPK-Kliniken in Nordrhein-Westfalen an eine von Ex-Klinikum-Geschäftsführer Volker Graf im Juni gegründete Tochterfirma durch Sixto Atrio, der zuletzt als NPK-Geschäftsführer fungierte. Mutmaßlich diente der Verkauf dazu, sie dem Zugriff der Gläubiger zu entziehen.

Die Gläubiger der NPK, neben Banken vor allem die Stadt, deren Revision Forderungen in Höhe von insgesamt 6,6 Millionen Euro bilanziert, müssen alle ihre Forderungen melden. Sie werden dann ab 15. Januar geprüft. Ein dreiköpfiger Gläubigerausschuss, der die Interessen der Gläubiger vertritt, ist bereits gebildet.

Die Stadt versucht derzeit auf dem Klageweg von Graf und die NPK 1,5 Millionen Euro Schadensersatz zu bekommen. Gegen Graf wird zudem wegen des Verdachts der Untreue von der Staatsanwaltschaft ermittelt. Laut Medienberichten gehen die Ermittler von einem Schaden von zwei Millionen Euro aus, der dem Klinikum durch vorenthaltene Bonuszahlungen entstanden sein soll.

Die NPK hat ihre Büroräume weiterhin noch in der Walzmühle an der Rheinuferstraße. „Ein paar Leute sitzen noch da“, sagte Schreiber. (ell/mix)

KELLERS / KELLERS

Quelle:

Publikation: DIE RHEINPFALZ

Regionalausgabe: Ludwigshafener Rundschau

Datum: Nr.263

Datum: Montag, den 13. November 2006

Seite: Nr.25



Freitag, 24.11.2006

Büro Prange "parkt" Krankenhäuser

Plettenberg. Für je 1 Euro hat die heimische "KKH Beteiligungsgesellschaft" aus dem Hause Prange die Krankenhäuser in Oberhausen und Lengerich von der "Neue Pergamon Krankenhaus Gesellschaft" (NPK) erworben. Die "Ausgliederung" eingefädelt hat Sixto D. Atrio, seit Juli Geschäftsführer der NPK und Wirtschaftsanwalt im Hause Prange in Eiringhausen.

In das schwer zu durchschauende Geschäftsgebaren der einst nahezu bundesweit operierenden Krankenhaus-Gesellschaft "Neue Pergamon" (NPK) aus Hamm sind seit Sommer 2006 die Plettenberger Unternehmen KKH-Beteiligungsgesellschaft, Prange Business Group und indirekt die MVB AG involviert. Erst wurden vom NPK-Interimschef Sixto D. Atrio aus dem NPK-Portfolio zwei Krankenhäuser an die Plettenberger KKH Beteiligungsgesellschaft veräußert, dann wurde das Insolvenzverfahren über NPK eröffnet.

Die Neue Pergamon Krankenhausgesellschaft (NPK) hatte die Trägerschaft des Krankenhauses Lengerich, des St.-Elisabeth-Krankenhauses Oberhausen, des Krankenhauses Rheiderland und des Krankenhauses Wetter. Außerdem besorgte es die Geschäfte des Klinikums Ludwigshafen (bis 31. 10. 2005), des Alten- und Pflegeheims Ludwigshafen (bis 31. 10. 2005), des St.-Marien-Hospitals Gelsenkirchen-Buer (bis 31. 5. 2006), des Medizinischen Gesundheitszentrums Bad Lippspringe (bis 12. 7. 2006) und des Stadtkrankenhauses Schwabach (bis 31. 8. 2006).

Das Ev. Krankenhaus Lengerich wurde Ende 2003 an die Neue Pergamon übergeben, in Krankenhaus Lengerich umbenannt, im Juli 2006 wieder aus der Pergamon herausgelöst.

Das Krankenhaus Wetter wurde 2000 zu 51 Prozent von der Neue Pergamon (NPK) übernommen. Zum 1.1.2004 verkaufte Miteigner Eifelhöhen Klinik 43 Prozent Anteile an die Neue Pergamon, die damit 93 Prozent besaß. An der Eifelhöhen Klinik selbst soll die NPK zu diesem Zeitpunkt mit 25,07 Prozent beteiligt gewesen sein.

Gesellschaftern sollten Werte erhalten werden

Im Januar 2005 schlägt der Versuch der NPK fehl, die Eifelhöhen Klinik AG zu übernehmen. Aufsichtsratsvorsitzender der EHK war damals Werner Severin. Der wiederum war bis 2001 Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Vorderpfalz in Ludwigshafen, die Gläubiger der Neue Pergamon ist. Laut Geschäftsbericht der Landesbank Saar von 2005 war Severin damals Stellv. Vorsitzender des Vorstandes der Landesbank Saar, die der Neue Pergamon Kredite im Zusammenhang mit dem Aufbau der Deutschen Humanplasma Gesellschaft (DHG) gewährte (Rheinpfalz).

Im August 2006 meldet "Rheinpfalz Online", die Neue Pergamon wolle sich vor der Insolvenz retten, in dem sie ihre Tochter DGH an die Octapharma verkauft. Octapharma ist Hauptabnehmerin der Produkte der DHG.

Am 27. Juli 2006 verkaufte Geschäftsführer Atrio die NPK-Krankenhäuser Oberhausen und Lengerich, deren Wert man laut Sixto D. Atrio auf "10 bis 17 Millionen Euro" schätzen kann, für je 1 Euro an die KKH Beteiligungsgesellschaft: Die KKH entstand am 27. 7. 2006 aus der ursprünglichen "90. MVB Beteiligungsgesellschaft mbH" aus dem Büro Prange.

Die Krankenhäuser seien in der KKH Beteiligungsgesellschaft nur ausgegliedert, praktisch "geparkt", so Sixto D. Atrio auf Anfrage der WR, bis das Geflecht der NPK-Firmen entwirrt ist. Es sei darum gegangen, den Gesellschaftern Werte der NPK zu erhalten.

Auch die NPK-Anteile am Krankenhaus Wetter/Ruhr sowie die Anteile eines 2. Gesellschafters sind von der KKH Beteiligungsgesellschaft übernommen worden.

Gegen den früheren NPK-Hauptgesellschafter ermittelt inzwischen der Staatsanwalt.

24.11.2006 Von Horst Hassel

NPK: Forderungen steigen

Verfahren eröffnet mit Bericht des Insolvenzverwalters

Auf 30 Millionen Euro belaufen sich derzeit die Forderungen der Gläubiger an die Krankenhausmanagementgesellschaft Neue Pergamon (NPK). Dies teilte gestern der Insolvenzverwalter Dr. Werner Schreiber von der Kanzlei Wellensiek & Partner (Heidelberg) mit. Das Gericht entschied, das Insolvenzverfahren zu eröffnen, worüber Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse sehr erleichtert ist - es hätte auch mangels Masse eingestellt werden können. Die Stadt stellt Forderungen an die NPK in Höhe von derzeit acht Millionen Euro.

Schreiber ist es jedoch gelungen, die beiden vor dem Insolvenzantrag an die Prange-Gruppe veräußerten Kliniken (Lengerich und Oberhausen) und weitere Tochtergesellschaften wieder in die NPK einzugliedern. Mit Prange habe er sich "gütlich geeinigt", erklärte Schreiber im Gespräch mit unserer Zeitung. Die beiden Kliniken sollen damals für einen symbolischen Euro verkauft worden sein. Derzeit sei er in Verhandlungen mit möglichen Investoren.

Es sei ihm genehmigt worden, ein so genanntes Masse-Darlehen in Höhe von etwa 800 000 Euro aufzunehmen, sagte Schreiber. "Wir sind am Anfang des Verfahrens", erklärte er. Der nächste Gerichtstermin ist am 15. Januar, bis dahin will er weitere Ansprüche und Forderungen prüfen: "Es kommen jeden Tag weitere hinzu." Inwieweit der Forderung der Stadt entsprochen werden könne, hänge von der Verteilungsquote und den Verwertungserlösen ab.

Lohse macht sich Hoffnung auf eine möglichst hohe Befriedigung der städtischen Forderungen - es geht um eingehaltene Boni-Zahlungen, ungenehmigte Dienstfahrzeuge und Spesenabrechnungen des damaligen Klinikumgeschäftsführers Volker Graf. Die Stadt hatte im September den Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens gestellt. bur

Mannheimer Morgen
01. Dezember 2006

NPK-Skandal weitet sich aus

Gläubiger fordern 30 Millionen Euro von Klinik-Gesellschaft zurück – Insolvenzverfahren läuft weiter

Der Skandal um die Klinik-Gesellschaft Neue Pergamon (NPK) zieht immer größere Kreise: Auf bisher 30 Millionen Euro belaufen sich die Forderungen der Gläubiger gegenüber dem insolventen Unternehmen. Die wertvollsten Firmenteile gehören mittlerweile wirtschaftlich wieder zur Pergamon-Gruppe. Insolvenzverwalter Dr. Werner Schreiber hat die umstrittene von der Geschäftsführung vollzogene Vermögensverschiebung wieder rückgängig gemacht.

Gestern Morgen fand die erste Versammlung statt, bei der die Gläubiger vom Insolvenzverwalter über die Lage des Unternehmens unterrichtet wurden. Wie Rechtsanwalt Schreiber danach berichtete, sei es seinem Team in schwierigen Verhandlungen gelungen, die beiden Krankenhäuser in Lengerich und Oberhausen sowie einige medizinische Dienstleistungsfirmen wieder unter das wirtschaftliche Dach der Pergamon zurückzuholen.

Die Kliniken, die bis zum Sommer der Pergamon gehörten, waren von NPK-Geschäftsführer Sixto Atrio für je einen Euro an eine Beteiligungsgesellschaft verkauft worden, um sie dem Zugriff der Gläubiger zu entziehen. Auch die anderen NPK-Töchter, etwa Catering- und IT-Firmen, waren von Hauptgesellschafter Volker Graf verlagert worden. Einige Gläubiger hatten befürchtet, das Insolvenzverfahren müsse mangels Konkursmasse eingestellt werden. Mit der Rückübertragung der ausgelagerten Firmenteile kann aber nun das Verfahren fortgesetzt und die Firma ordnungsgemäß abgewickelt werden.

Laut Insolvenzverwalter laufen bereits Verhandlungen mit Investoren über den Verkauf der beiden Krankenhäusern in Nordrhein-Westfalen. Dem Vernehmen nach sind die Helios Klinik-Gruppe und die Rhön-Klinikum AG als Interessenten im Gespräch. Wie hoch der Erlös aus einem Verkauf sein könnte, darüber wollte Schreiber keine Angaben machen. Die von der mittlerweile entmachteten NPK-Geschäftsführung im September genannten 15 Millionen Euro bezeichnete der Verwalter als „illusorisch“. Es gehe um eine deutlich niedrigere Summe.

Die Gläubiger müssen sich nicht nur deshalb mit weniger Geld zufrieden geben. Die Verbindlichkeiten der NPK sind größer als gedacht. Gestern meldete sich laut Schreiber ein weiteres Krankenhaus, das von der NPK gemanagt wurde, und stellte Schadenersatzansprüche in Höhe von zehn Millionen Euro.

Hinzu kommen die Banken, bei denen die Pergamon-Gruppe mit ebenfalls rund zehn Millionen Euro in der Kreide stehen soll. Das Ludwigshafener Klinikum hat in dem Verfahren bisher zwei Millionen Euro Schadenersatz für vorenthaltene Bonuszahlungen geltend gemacht. Die Kassenprüfer der Stadt untersuchen derzeit weiter die Geschäfte des Krankenhauses in der Ära Volker Graf, der Geschäftsführer am Klinikum und bei der NPK war. Nach RHEINPFALZ-Informationen beziffern derzeit die Revisoren die offenen Klinikum-Forderungen auf acht Millionen Euro.

Am 15. Januar ist für die Gläubiger ein wichtiger Termin. Ein Gericht muss prüfen, welche Forderungen berechtigt sind. Klinikum-Aufsichtsratsvorsitzende Eva Lohse zeigte sich gestern geschockt über die Gesamtfordernungen von 30 Millionen Euro: „Eine unglaubliche Dimension.“ Die Rückübertragung und der Verkauf der Kliniken seien richtige Schritte, auch wenn das Geld nicht alle Gläubiger werde befriedigen können.

KOMMENTAR

Bodenlos

Von Michael Schmid

Aus der Klinikum-Affäre ist ein handfester Wirtschaftsskandal geworden. Die dubiosen Machenschaften des Pergamon-Managements gehören vor Gericht.

30 Millionen Euro fordern die Gläubiger von der Pergamon zurück. Eine gewaltige Summe. Noch steht nicht fest, wer wie viel bekommt. Doch eines ist jetzt schon klar: Die Klinik-Gesellschaft Pergamon ist an die Wand gefahren worden.

Das Management um Geschäftsführer Sixto Atrio und Hauptgesellschafter Volker Graf hat schwere, möglicherweise strafrechtliche Verfehlungen begangen. Insolvenzverschleppung ist kein Kavaliersdelikt. Obwohl die Firma in der Krise war, feuerte sie ihren sanierungswilligen Geschäftsführer Hartwick Oswald und nahm dessen Insolvenzantrag zurück.

Stattdessen wurden wichtige und finanziell wertvolle NPK-Teile wie zwei Krankenhäuser in andere Zwischenfirmen verlagert, um sie dem Zugriff der Gläubiger zu entziehen.

Den Gang zum Insolvenzgericht hat dieses Management bis zuletzt nicht unternommen. Das hat die Stadt Ludwigshafen als Gläubiger machen müssen. Ein richtiger Schritt, um zu retten, was zu retten ist.

Doch die Stadt wird wohl angesichts der gewaltigen Gläubiger-Forderungen allenfalls einen Teil des eingeforderten Schadenersatzes bekommen.

Quelle: „Die Rheinpfalz“ vom 01.12.2006

Kliniken wieder "zurückgeholt"

Chance für Stadt durch Pergamon-Insolvenz

Vom 01.12.2006

Von

Klaus Mümpfer

LUDWIGSHAFEN Die Stadt und das Klinikum Ludwigshafen dürfen wieder auf Geld aus dem Insolvenzverfahren der Klinik-Management-Gesellschaft "Neue Pergamon" (NPK) hoffen. Es sei gelungen, fast sämtliche Gesellschaften einschließlich zweier Kliniken, die in einem spektakulären Coup für einen Euro verkauft worden waren (wir berichteten mehrfach), in die NPK zurückzuholen, sagt der vorläufige Insolvenzverwalter Dr. Werner Schreiber dieser Zeitung. Im Sommer hatte NPK-Geschäftsführer Sixto Atrio die Krankenhäuser an eine Zwischenholding der Prange-Group verkauft - für die Atrio wiederum als Wirtschaftsanwalt tätig ist.

Sie freue sich, dass die Verkäufe rückgängig gemacht werden konnten und damit Vermögen im Insolvenzverfahren sei, erklärte die Ludwigshafener Oberbürgermeisterin und Aufsichtsratsvorsitzende des städtischen Klinikums, Eva Lohse, auf Anfrage. "Nun geht es darum, möglichst rasch eine Lösung für die Veräußerung der zurück gewonnenen Kliniken zu finden", erklärt Schreiber. Zwar hätten die Kliniken wie andere auch Probleme, aber sie seien gut belegt. "Ich suche potente Käufer, aber der Preis muss stimmen." Damit er nicht mit dem Rücken zur Wand verhandeln müsse, hat sich Schreiber ein Massendarlehen über 800000 Euro verschafft.

In seinem Gutachten, zu dem der Anwalt vom Amtsgericht als Sachverständiger beauftragt worden war, hat Schreiber auch die Forderungen von Gläubigern recherchiert. "Da sind rund 30 Millionen Euro aufgelaufen", zeigt sich der Insolvenzverwalter überrascht. Ob sich die Summe noch erhöht, wird sich bis zum 15. Januar 2007 zeigen. Für diesen Tag ist ein Forderungsprüfungstermin anberaumt. Dann wird festgestellt, welche Ansprüche anerkannt werden können. Die Abwicklung kann nach Experteneinschätzung gut zwei Jahre dauern. "Es liegt noch ein langer Weg vor uns, wir sind erst am Anfang", sagt Schreiber. Eines aber stehe schon heute fest: "Wir werden keine Reichtümer an die Gläubiger verteilen können."

Das städtische Klinikum Ludwigshafen beziffert den Schaden, den ihr der frühere Geschäftsführer und NPK-Hauptgesellschafter Volker Graf mit abgezweigten Einkaufsrabatten und unkorrekten Spesenabrechnungen zugefügt haben, auf mehr als sechs Millionen Euro. Gefordert werden zunächst unstrittige 1,5 Millionen. Um diese Summe hat das Klinikum Graf und die Neue Pergamon im Oktober unabhängig vom Insolvenzverfahren auf Schadensersatz verklagt. Darüber muss im Grundsatz das Landgericht Frankenthal entscheiden.

Auch Schreiber will "alle Vorgänge unter rechtlichen Gesichtspunkten auf den Prüfstand stellen".

Ein-Euro-Deal gekippt: Zurück zur Pergamon

Von Michael Baar

Lengerich. Das Krankenhaus Lengerich ist wieder Bestandteil der im Insolvenzverfahren stehenden Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH (**NPK**). Das teilte gestern Abend Insolvenzverwalter Dr. Werner Schreiber mit. Der Fortbestand der Krankenhaus Lengerich GmbH und damit die Arbeitsplätze sind vorerst gesichert, heißt es in der Mitteilung. Der Insolvenzverwalter war gestern nicht mehr für eine Stellungnahme zu erreichen.

Im Zuge der **NPK**-Insolvenz waren die Krankenhäuser in Lengerich und Oberhausen für einen Euro an die Prange Business Group im sauerländischen Plettenberg übertragen worden. Dieser Schritt ist gestern rückgängig gemacht worden, bestätigte Vera Eckardt, Presseprecherin des St. Elisabeth Krankenhauses Oberhausen, auf Anfrage. Sixto Atrio, bislang Interims-Geschäftsführer in Lengerich, gehe davon aus, von diesem Posten abberufen zu werden.

Laut Pressemitteilung des Insolvenzverwalters werden die Bemühungen um einen Verkauf nahtlos fortgesetzt. Eines der wesentlichen Ziele sei dabei der Erhalt der Arbeitsplätze in beiden Krankenhäusern. Von Schreiber beauftragt worden ist die AKTIVA Gesellschaft für Management im Gesundheitswesen mbH. Auch dort war gestern niemand mehr für eine Stellungnahme zu erreichen.

Die Liste der bisherigen Interessenten für einen Kauf der Krankenhäuser in Lengerich und/oder Oberhausen ist an die Aktiva GmbH übergeben worden. Das habe ihr Sixto Atrio bestätigt, erklärte Vera Eckardt.

Nach Angaben des Insolvenzverwalters ist der gestrige Schritt getan worden, um langwierige Rechtsstreitigkeiten zu vermeiden. Die Rechtmäßigkeit des im Frühsommer erfolgten Verkaufs der beiden Krankenhäuser für jeweils einen Euro an die Prange Business Group war von den Hauptgläubigern der Neuen Pergamon Stadt und Klinikum Ludwigshafen in Zweifel gezogen worden.

Die Ludwigshafener dürfen damit wieder auf Geld aus dem Insolvenzverfahren hoffen. Insgesamt belaufen sich die Forderungen gegenüber der Neuen Pergamon auf rund 6,5 Millionen Euro. Der Marktwert der beiden Krankenhäuser in Oberhausen und Lengerich wird von Fachleuten auf Beträge zwischen zehn und 17 Millionen Euro geschätzt.

Ob an dem vom Sixto Atrio genannten Zeitplan Verkauf der Krankenhäuser bis zum Jahresende festgehalten werde, vermochte Vera Eckardt nicht zu beantworten. Sie selbst fühle sich besser, gestand sie. Die Zuständigkeiten seien klarer geworden, der Weg für eine Verkauf frei, so die beim Oberhauser Krankenhaus angestellte Presseprecherin.

| Kommentar 2. Lokalseite

Samstag, 02. Dezember 2006 | Quelle: Westfälische Nachrichten
(Lengerich)

„Da gibt's nichts mehr zu holen“

Die insolvente Klinik-Gesellschaft Pergamon hat noch Tochterfirmen im Ausland –

Die umstrittene Klinik-Management-Gesellschaft „Neue Pergamon“ (**NPK**) hat in Deutschland ihren Betrieb eingestellt. Im Ausland hat die Pergamon noch Tochtergesellschaften. Nach RHEINPFALZ-Informationen handelt es sich um Firmen in Tschechien, der Türkei und der Schweiz. Doch Hoffnungen von Gläubigern, die Konkursmasse könnte sich dadurch vergrößern, haben einen Dämpfer erhalten. Nach bisherigen Recherchen des Insolvenzverwalters handelt es sich bei den ausländischen Töchtern um „leere Hüllen“.

In Tschechien gibt es noch eine gleichnamige **NPK**-Tochtergesellschaft, bei der Ex-Klinikum-Geschäftsführer Volker Graf einer von zwei Geschäftsführern ist. Doch das Vermögen der „**Pergamon Tschechien**“ reicht momentan offenbar nicht mehr über einen Briefkasten und eine Wohnung in Prag hinaus. Die lukrative Beteiligung an einem deutsch-tschechischen Bergkrankenhaus im Riesengebirge hat die Pergamon im Dezember 2005 verkauft, erläutert Rechtsanwalt Dr. Michael Flitsch von der mit dem Insolvenzverfahren für die deutsche **NPK** beauftragten Kanzlei Wellensiek in Heidelberg.

Nach seinen Informationen hat die tschechische Pergamon ihrer deutschen Muttergesellschaft Anfang 2006 ein Darlehen von 300.000 Euro gewährt, um die wirtschaftlich angeschlagene **NPK** zu stützen. Dieses Geld sei nicht zurückgezahlt worden. Insofern zähle auch die tschechische Pergamon zu den Gläubigern. Einen richtigen Geschäftsbetrieb gebe es in Prag nicht mehr, auch wenn der Internetauftritt der Firma anderes suggeriere. „Da gibt's nichts mehr zu holen“, sagte Flitsch der RHEINPFALZ. Für den Verdacht einiger Gläubiger, Geld aus der deutschen **NPK** sei für die Geschäfte in Tschechien genutzt worden, hätten sich bisher keine Anhaltspunkte gefunden. Im Gegenteil: Das Geld sei wohl von Prag nach Deutschland geflossen. Die Finanztransfers würden derzeit noch geprüft.

Offenbar versuchte die Pergamon auch einen Arzneihandel mit Augentropfen in die Türkei über eine Firma in der Schweiz aufzuziehen. Doch aus diesem Geschäft wurde augenscheinlich nichts, berichtet Rechtsanwalt Flitsch, der die **NPK**-Firmenunterlagen sichtet. Davon übrig geblieben seien zwei Unternehmen, die nur auf dem Papier existierten und „leere Hüllen“ seien. Auch hier sei nichts mehr zu holen.

Forderungen von rund 30 Millionen Euro haben Gläubiger der Pergamon beim Insolvenzverwalter angemeldet. Neben dem Klinikum Ludwigshafen zählen Banken und ein weiteres Krankenhaus zu den Gläubigern. Gegenüber der RHEINPFALZ bestätigte das **Sankt Marien Hospital in Gelsenkirchen-Buer**, dass die Klinik Schadenersatzansprüche beim Insolvenzverwalter angemeldet habe. Zur Höhe dieser Ansprüche oder den Gründen dafür wollte sich das Hospital nicht äußern. Insolvenzverwalter Werner Schreiber hatte in der vergangenen Woche erklärt, neben dem Ludwigshafener Klinikum habe ein weiteres Krankenhaus **Schadenersatzforderungen von rund zehn Millionen Euro** gestellt.

Rechtsanwalt Flitsch bestätigte, dass es sich um das Gelsenkirchener Krankenhaus handle. „Wir müssen die Ansprüche prüfen und schauen, was da dran ist.“ Die Pergamon hatte in Gelsenkirchen wie in Ludwigshafen einen Geschäftsbesorgungsvertrag, das heißt, das Unternehmen managte das Krankenhaus und stellte den Geschäftsführer - **wie dies bei insgesamt sechs Krankenhäusern in ganz Deutschland der Fall war**.

Einer der drei **NPK**-Hauptgesellschafter, Silvio von Entress Fürsteneck, war von 1997 bis zum Mai 2006 als Geschäftsführer in Gelsenkirchen aktiv. Dann folgte eine „einvernehmliche Trennung“, wie es heißt.

Die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ) meldete im Mai, dass neben einer geplanten Kooperation des Krankenhauses mit einer anderen Klinik auch die „geschäftliche Schieflage“ des Marienhospitals ein Grund für die Trennung von der Pergamon gewesen sein soll. Demnach schrieb das 310 Betten-Haus unter **NPK**-Regie rote Zahlen und geriet in finanzielle Nöte. Ein Teil des 2,5 Millionen Euro-Defizits sei entstanden, weil das Marienhospital sein Budget überschritten habe und von 1.000 zu viel ausgeführten Operationen 65 Prozent der Einkünfte wieder habe abführen müssen, schrieb die WAZ.

Zudem habe es Gerüchte über finanzielle Probleme mit einer Großapotheke gegeben. Inwieweit diese Vorgänge mit den aktuellen Schadenersatzforderungen an die **NPK** zu tun haben, muss der Insolvenzverwalter nun prüfen.

Die Gläubiger - und damit auch das Ludwigshafener Klinikum - werden ab Mitte Januar wissen, woran sie sind. Dann wird gerichtlich festgelegt, wer wie viel aus der Konkursmasse bekommt.

SCHMIDM / SCHMIDM

Quelle:

Publikation: **DIE RHEINPFALZ**

Regionalausgabe: Ludwigshafener Rundschau

Nr.287

Datum: Montag, den 11. Dezember 2006

Anklage gegen Manager VolkerGraf

Staatsanwaltschaft wirft Ex-Klinikum-Geschäftsführer Veruntreuung von rund zwei Millionen Euro vor

Die Staatsanwaltschaft für Wirtschaftsstrafsachen in Kaiserslautern will 2007 den Ex-Klinikum Geschäftsführer Volker Graf wegen Untreue anklagen. Der Manager soll dem Krankenhaus rund zwei Millionen Euro aus Bonuszahlungen von Lieferanten vorenthalten haben. Dem Klinikum sei dadurch ein wirtschaftlicher Schaden entstanden.

„Wir hoffen, dass die Anklageerhebung im Laufe des Jahres 2007 erfolgen kann“, sagte die ermittelnde Staatsanwältin Bettina Wachter der RHEINPFALZ. 1,9 Millionen Euro aus dem Klinikum zustehenden Bonuszahlungen seien nach bisherigen Erkenntnissen in die von Graf gegründete Klinik-Management Gesellschaft „Neue Pergamon“ geflossen. Der ehemalige Klinikum-Geschäftsführer habe das Geld nicht an das Krankenhaus weitergeleitet. Für die Staatsanwaltschaft sei damit der Tatbestand der Untreue erfüllt. Es gebe aber keinerlei Anhaltspunkte dafür, dass sich der Manager persönlich bereichert habe. Offenbar habe Graf die Gelder für die laufenden Geschäfte der Pergamon genutzt.

Für eine Ausweitung der Anklage auf weitere Beschuldigte hätten die Ermittlungen bisher keine Anhaltspunkte geliefert. „Zivil- oder arbeitsrechtlich mag einiges im Argen gelegen haben. Aber strafrechtlich relevantes Verhalten von weiteren Personen haben wir bisher nicht feststellen können“, sagte die Staatsanwältin.

Die Ermittler prüfen derzeit Hinweise, nach denen es auch in von der Pergamon gemanagten Krankenhäusern in Gelsenkirchen-Buer (Nordrhein-Westfalen) und **Schwabach** (Bayern) Unregelmäßigkeiten bei der Weitergabe von Bonuszahlungen gegeben haben könnte. Ob diese Kliniken auch geschädigt worden seien, werde noch ermittelt, sagte die Staatsanwältin.

Hintergrund für das Graf-Ermittlungsverfahren: Die mittlerweile insolvente Pergamon betrieb einen bundesweiten Einkaufsverbund. Die Geschäftsidee war, bei Lieferanten von medizinischem Bedarf durch Großbestellungen Rabatte für Krankenhäuser herauszuhandeln. Von der Pergamon gemanagte Krankenhäuser sollten so günstiger ihr Material beschaffen können. Nach Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gab es etwa 60 Lieferanten für diesen Einkaufsverband. Einen allgemein gültigen Vertrag, der die Bonuszahlungen regelte, habe es nicht gegeben. Stattdessen habe es verschiedene Regelungen für diverse Krankenhäuser und Lieferanten gegeben.

Dass dem Klinikum Ludwigshafen Bonuszahlungen vorenthalten worden sind, ist vom Pergamon-Management gegenüber der Stadt zuletzt nicht bestritten worden. Wenn Graf wegen Untreue angeklagt und verurteilt würde, droht dem Manager eine Haftstrafe. Ab einem Schaden von einer Million Euro ohne Wiedergutmachung gebe es in der Regel keine Bewährungsstrafe mehr, erläuterte die Staatsanwältin. Relevant für ein Gericht sei aber auch, ob der Beschuldigte sich persönlich bereichert habe oder seine Firma retten wolle. Graf wolle sich erst nach Abschluss der Ermittlungen zur Anklage äußern. (mix)

Quelle: DIE RHEINPFALZ vom 14.12.2006

"Zehn Millionen Euro Schaden"

Der finanzielle Schaden, den der frühere Geschäftsführer des Klinikums, Volker Graf angerichtet hat, ist offenbar noch höher als angenommen. "Nach dem dritten Revisionsbericht ergibt sich eine Gesamtsumme von zehn Millionen Euro", erklärte gestern OB Eva Lohse auf "MM"-Anfrage. Bislang waren die städtischen Prüfer von sechs Millionen Euro ausgegangen, vor allem durch vorenthaltene Boni-Zahlungen der Klinikum-Lieferanten. Der dritte Revisionsbericht bemängelt vor allem "unvorteilhafte" Personalverträge des Klinikums. Mit anderen Worten: Einige Mitarbeiter sollen weniger für das städtische Krankenhaus tätig gewesen sein als für die Graf-Gesellschaft Neue Pergamon (NPK). Der neue Bericht befindet sich nach OB-Angaben in der Endfassung und wird dem Stadtrat in der nächsten Sitzung vorgestellt. "Er belegt erneut, wie schwer die Verfehlungen des früheren Geschäftsführers sind." Mit dem neu festgestellten Schaden inklusive Zinsen sind es insgesamt zehn Millionen Euro, die die Stadt gegen Graf und die NPK geltend mache. Und es gibt weitere Gläubiger. Auf rund 30 Millionen Euro belaufen sich mittlerweile alle Ansprüche gegen die NPK, die beim Insolvenzverwalter Dr. Werner Schreiber eingegangen sind. Sehr skeptisch ist die OB, ob das Klinikum den vollen Betrag zurückerhält. "So viel Masse dürfte es bei der NPK nicht geben." Unterdessen bereitet die Staatsanwaltschaft Kaiserslautern eine Anklage gegen Graf vor. Diese sieht Hinweise für Untreue von zwei Millionen Euro. ott

Mannheimer Morgen
23. Dezember 2006

Wirtschaftskrimi um Volker Graf

Affäre des Ex-Klinikum-Managers weitet sich aus / Rückforderungen von sechs Millionen Euro

Von unserem Redaktionsmitglied Thomas Schrott

Aus dem Polit-Thriller im Vorjahr wird ein Wirtschaftskrimi, dessen Ausgang spannend bleibt. Die Verfehlungen des ehemaligen Geschäftsführers des Klinikums, Volker Graf, beschäftigen gleich mehrfach den Stadtrat - auch in einer Sondersitzung. Es geht um viel Geld. Auf über sechs Millionen Euro belaufen sich die Rückforderungen gegen den ehemaligen Manager und dessen Gesellschaft Neue Pergamon (NPK). Um den Druck zu erhöhen, beantragt das Klinikum - erfolgreich - das Insolvenzverfahren gegen die NPK. Auch strafrechtlich muss sich Graf wohl bald verantworten. Die Staatsanwaltschaft bereitet eine Anklage wegen Untreue vor.

Nach bisheriger Einschätzung der Ermittler hat Graf einen Betrag von rund zwei Millionen Euro an Lieferanten-Rabatten nicht an das Klinikum weitergegeben, sondern bei der NPK belassen, bei der er Mehrheitseigner ist. Von einem viel größeren Schaden gehen indes die Revisoren der Stadtverwaltung aus. Aus zwei Zwischenberichten ergeben sich Rückforderungen von 6,6 Millionen Euro.

Dies ist aber nicht alles: Nach dem dritten Revisionsbericht beläuft sich der Gesamtschaden auf mittlerweile zehn Millionen Euro, so OB und Aufsichtsratsvorsitzende Eva Lohse. Sehr zweifelhaft ist aber, ob das städtische Krankenhaus viel Geld zurückhalten wird. Auf insgesamt 30 Millionen Euro belaufen sich die Forderungen der NPK-Gläubiger, sagt der Insolvenzverwalter Dr. Werner Schreiber.

Dessen Einschaltung hat die Stadt beim Amtsgericht beantragt, nachdem die NPK monatelang eine Hinhaltetaktik betrieben hat. Obgleich die Gesellschaft Rückforderungen von 1,9 Millionen Euro anerkennt, verweigert sie Abschlagszahlungen und Sicherheitsleistungen. Stattdessen werden wertvolle Vermögensteile, zwei Krankenhäuser im Westfälischen, verkauft.

Aber nicht nur das Insolvenzverfahren hat Graf am Hals. In einer zivilrechtlichen Klage macht das Klinikum Schadensersatzforderungen von 1,5 Millionen Euro gegen ihn und die NPK vor dem Landgericht Frankenthal geltend. Mit einer Verhandlung ist nicht vor März zu rechnen. Dann könnte auch die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Kaiserlautern fertig sein.

Gläubiger hoffen auf ein Stück vom Kuchen

Am Montag entscheidet das Amtsgericht über Ansprüche im Insolvenzverfahren gegen die Klinikfirma Neue Pergamon

Von unserem Redakteur

Michael Schmid

Für die Gläubiger, die von der insolventen Klinik-Gesellschaft Neue Pergamon (NPK) bisher 30 Millionen Euro an Verbindlichkeiten zurückfordern, ist am Montag ein wichtiger Termin. Dann entscheidet das Amtsgericht Ludwigshafen, wer Ansprüche auf die Konkursmasse erheben kann. Auch das städtische Klinikum ist Gläubiger. Mit der Privatisierung des Ludwigshafener Krankenhauses begann der Aufstieg des von Ex-Klinikum-Geschäftsführer Volker Graf gegründeten Unternehmens NPK, das durch eine fragwürdige Geschäftspolitik nun die Hauptrolle in einem bundesweiten Wirtschaftsskandal spielt.

Ludwigshafen war die Keimzelle für das Klinik-Unternehmen. Der damalige Oberbürgermeister Wolfgang Schulte hatte Anfang der 90er Jahre den Manager Volker Graf ans Klinikum geholt. Der privatisierte das Krankenhaus und gründete parallel dazu Mitte der 90er die Klinik-Gesellschaft Pergamon mit zahlreichen medizinischen Dienstleistungsfirmen.

Die Geschäftsidee: Die NPK betreibt ehemals kommunale Krankenhäuser in privater Regie und übernimmt neben der Geschäftsführung auch die Dienstleistungen für diese Häuser - von der Bettwäsche, über das Essen bis hin zum medizinischen Bedarf.

Die NPK expandierte, gründete Tochterfirmen und wurde von Ludwigshafen aus zu einem bundesweiten Klinik-Unternehmen, das nach eigenen Angaben zeitweise 1500 Mitarbeiter bei einem Jahresumsatz von 90 Millionen Euro beschäftigte. Doch hinter der Fassade gab es offenbar schon länger Probleme. Die mit der Insolvenz beauftragte Anwaltskanzlei Wellensiek in Heidelberg hat die Geschäftsunterlagen gesichtet. Dr. Michael Flitsch hat die Bilanzen geprüft. Sein Fazit: Die Pergamon geriet bereits 2002 in erste wirtschaftliche Schwierigkeiten. Doch die Probleme seien verdrängt worden. Stattdessen habe die Geschäftsführung immer mehr Kredite aufgenommen. Das Unternehmen sei auf Pump expandiert. Die Geschäftsidee, ein großes Netzwerk im Gesundheitssektor aufzubauen, sei gut gewesen. Doch bei der Umsetzung sei eine „falsche Geschäftspolitik“ betrieben worden. Es habe „fragwürdige Finanzierungsgeschichten“ gegeben, so sei beispielsweise die Beteiligung an der Eifelhöhenklinik Aktiengesellschaft auf Kredit erfolgt. Die NPK habe sich eigens für den Kauf des Aktienpakets weiter verschuldet.

Klinikum: Zehn Millionen Schaden

In Ludwigshafen erhebt die Revision schwer wiegende Vorwürfe gegen Graf und die NPK: Unkorrekte Spesenabrechnungen, ungenehmigte Dienstfahrzeuge, der kostenlose Einsatz von Klinikum-Personal für die NPK und vorenthaltene Bonuszahlungen. Auf bis zu zehn Millionen Euro wird im Rathaus der Schaden geschätzt.

Die mutmaßlich veruntreuten Bonuszahlungen könnten NPK-Gründer Volker Graf ins Gefängnis bringen. Nach Ermittlungen der Staatsanwaltschaft soll der Ex-Klinikum-Geschäftsführer dem Krankenhaus Bonuszahlungen aus einem NPK-Einkaufsverbund vorenthalten haben und das Geld in die Pergamon gesteckt haben. Von rund zwei Millionen Euro ist die Rede. Die Staatsanwaltschaft will Graf deshalb wegen Untreue anklagen.

Volker Graf war zeitweise Geschäftsführer und Haupteigentümer der Pergamon gewesen. „Das ist schwer zu trennen. Da wurde kräftig in die Kasse gelangt“, sagt Insolvenzanwalt Flitsch. Ohne die den Krankenhäusern vorenthaltenen Bonuszahlungen hätten die Verluste der Pergamon schon früher angefangen. Die Geschäftspolitik der NPK-Führung sei teilweise wirklichkeitsfremd und „völlig bizarr“ gewesen. So habe die Firma zwei Büroetagen in der Walzmühle gemietet, obwohl nur ein Stockwerk benutzt wurde - und dies sei auch nicht komplett ausgelastet gewesen.

Die Folgen dieser Geschäftspolitik sind zivilrechtliche Schadensersatzansprüche in Millionenhöhe. Nicht nur in Ludwigshafen, auch in Gelsenkirchen fordert ein Hospital zehn Millionen Euro Schadensersatz. Dort war bis zum Mai 2006 Silvio von Entress Fürsteneck für die NPK als Geschäftsführer aktiv - auch er ist einer der Hauptgesellschafter des insolventen Unternehmens. Die Parallelen zum Fall in Ludwigshafen sind offensichtlich.

Hinzu kommen einige Millionen Rückforderungen von den Banken, die der NPK Geld geliehen haben. Derzeit belaufen sich die Ansprüche aller Gläubiger auf etwa 30 Millionen Euro.

Schwere Vorwürfe gegen die drei NPK-Hauptgesellschafter Volker Graf, Jürgen Matschke, früherer Personalchef im Klinikum Ludwigshafen, und Silvio von Entress Fürsteneck erhebt ein Informant aus dem früheren Umfeld der Klinik-Gesellschaft. Das Unternehmen sei bereits angeschlagen gewesen, doch die Hauptgesellschafter hätten bewusst die Lage verschleiert. „Das war alles Lug und Trug“, sagt der Insider gegenüber der RHEINPFALZ.

Notbremse gezogen

Im September hatte die Stadt Ludwigshafen schließlich die Notbremse gezogen und als Gläubiger einen Insolvenzantrag gestellt. Dem vom Gericht bestellten Insolvenzverwalter gelang es, zuvor ausgelagerte Krankenhäuser in Oberhausen und Lengerich (Nordrhein-Westfalen) wieder unter das Dach der NPK zu bekommen. Damit ist wieder genügend Konkursmasse für die Fortsetzung des Insolvenzverfahrens vorhanden. Denn die Gläubiger-Ansprüche können zum überwiegenden Teil nur aus dem Verkauf der beiden Krankenhäuser befriedigt werden. Die Verhandlungen mit Investoren über den Verkauf laufen noch. „Wir erwarten bis Ende Januar eine Entscheidung“, erklärte eine Klinik-Sprecherin der RHEINPFALZ.

Der Verkaufswert der beiden Kliniken ist offen. Den von der alten entmachteten NPK-Führung genannten Verkaufswert von 15 Millionen Euro hat der Insolvenzverwalter Werner Schreiber „illusorisch“ genannt. Für die Gläubiger heißt dies: Ansprüche herunter schrauben und froh sein, überhaupt etwas zu bekommen. Nach dem Gerichtstermin am Montag werden sie zumindest wissen, ob sie ihre Forderungen im Insolvenzverfahren überhaupt anmelden können.

Quelle: Die Rheinpfalz vom 13.01.2007

DIE RHEINPFALZ

Zwischen Rhein und Saar

NPK-Pleite: Forderungen von zehn Millionen Euro anerkannt

LUDWIGSHAFEN (mix). Von rund 30 Millionen Euro, die Gläubiger von der insolventen Klinik-Gesellschaft Neue Pergamon (NPK) zurückfordern, werden lediglich zehn Millionen Euro als berechtigte Forderungen anerkannt. Das gab der Insolvenzverwalter gestern nach dem ersten Gläubiger-Prüftermin vor dem Amtsgericht Ludwigshafen bekannt. Der Insolvenzverwalter erkannte Forderungen des Klinikums von 1,9 Millionen Euro an - diese Summe resultiert aus Bonuszahlungen, die dem Krankenhaus von der NPK vorenthalten worden sein sollen.

Ferner wurden auch Forderungen der Sparkasse Vorderpfalz sowie anderer Banken anerkannt. Bestritten werden die Ansprüche eines Hospitals in Gelsenkirchen, das zehn Millionen Euro fordert.

Ebenfalls nicht anerkannt wurden Forderungen des Ludwigshafener Ex-Oberbürgermeisters Wolfgang Schulte. Er war nach seinem Ausscheiden aus dem Amt 2002 bis 2004 Mitgesellschafter der NPK. Bei seinem vorzeitigen Ausstieg verkaufte er seine Anteile für rund 900.000 Euro an die Gesellschaft zurück. Davon fehlen laut Schulte noch 200.000 Euro. Doch der ganze Verkauf ist umstritten. Die NPK hat die Rechtmäßigkeit von Schultes Forderung bezweifelt. Der Insolvenzverwalter prüft, ob nicht der Alt-OB der NPK Geld zurückzahlen muss.

Klinikum kann auf Geld hoffen

1,9 Millionen Euro-Forderung an NPK anerkannt

Das Klinikum Ludwigshafen kann sich seit gestern Hoffnungen darauf machen, Geld aus der Konkursmasse der insolventen Klinik-Gesellschaft Neue Pergamon (NPK) zu bekommen. Bei einem Prüftermin für die Gläubiger vor dem Amtsgericht Ludwigshafen erkannte der Insolvenzverwalter Forderungen des Klinikums von 1,9 Millionen Euro an - diese Summe resultiert aus Bonuszahlungen, die dem Krankenhaus von der NPK vorenthalten worden sein sollen.

Von den 30 Millionen Euro, die diverse Gläubiger von der NPK zurückfordern, wurden gestern lediglich zehn Millionen Euro anerkannt. „Die anderen 20 Millionen Euro sind vorläufig bestritten worden. Diese Gläubiger haben noch die Möglichkeit, mit neuen Beweismitteln oder Unterlagen ihre Ansprüche zu begründen oder zu klagen“, erläuterte Insolvenzverwalter Werner Schreiber die Lage.

Neben den Ansprüchen des Klinikums wurden auch Forderungen der Sparkasse Vorderpfalz sowie anderer Banken anerkannt. „Wir sind zufrieden über die Anerkennung“, sagte Oberbürgermeisterin Eva Lohse. Die Stadt habe bisher nur die 1,9 Millionen Euro geltend gemacht, die bei allen Beteiligten unstrittig gewesen seien. Bei weiteren acht Millionen Euro müsse noch geprüft werden, inwieweit die Klinikum-Forderungen anerkannt würden.

Bestritten wurden gestern vor Gericht die Ansprüche des St. Marienhospitals in Gelsenkirchen-Buer, das zehn Millionen Euro von der NPK zurückforderte. Zu den Gläubigern, deren Forderungen bestritten werden, gehört auch Ex-Oberbürgermeister Wolfgang Schulte. Nach RHEINPFALZ-Informationen wollte Schulte noch 200.000 Euro von der NPK.

Nach seinem Ausscheiden aus dem Amt 2002 war der Altbürgermeister bis 2004 Mitgesellschafter bei der Pergamon. Bei seinem Einstieg in die Firma kaufte Schulte Anteile für mehrere Hunderttausend Euro. Bei seinem vorzeitigen Ausstieg aus der NPK verkaufte er seine Anteile für rund 900.000 Euro an die Gesellschaft zurück. Aus diesem Kaufpreis ist aus Schultes Sicht noch eine Rate von 200.000 Euro offen. Doch der ganze Anteile-Verkauf ist umstritten. Die NPK selbst hatte im vergangenen Jahr die Rechtmäßigkeit von Schultes Forderung bezweifelt. Der Insolvenzverwalter prüft seinerseits, ob nicht der Alt-OB der NPK Geld zurückzahlen muss.

Derzeit verhandelt der Insolvenzverwalter mit Investoren über den Verkauf von zwei Krankenhäusern, zwei Dienstleistungsfirmen und der Zentralwäscherei Rhein-Neckar, die alle zur NPK-Gruppe gehören. Der Verkaufserlös soll nach Abzug von laufenden Verbindlichkeiten (Gehälter etc.) in die Insolvenzmasse fließen, aus der die Ansprüche der Gläubiger nach einem Quotenschlüssel befriedigt werden. Wann dies der Fall sein wird und wie viel Geld verteilt werden kann, ist noch offen. (mix)

Einwurf

Teilerfolg

Das von der umstrittenen Klinik-Gesellschaft Neue Pergamon um Millionen geprellte Klinikum Ludwigshafen hat gestern einen Teilerfolg erzielt. Doch es wird noch ein langer Weg sein, bis Geld aus der Insolvenzmasse in die Klinikum-Kasse zurückfließen kann. Die Höhe der Rückzahlung hängt davon ab, wie viel Konkursmasse am Ende übrig bleiben wird. Sicher scheint: Das Klinikum wird nur einen Teil seiner Forderungen erhalten.

Pikant mutet der Versuch von Alt-Oberbürgermeister Schulte an, ebenfalls Geld aus der NPK-Pleite zu bekommen. Denn es war Schulte, der Graf und die NPK ans Klinikum geholt hat. Und Schulte trägt als zeitweiliger Manager und Mitbesitzer der Pergamon Mitverantwortung für eine fragwürdige Geschäftspolitik. (mix)

Quelle: Die Rheinpfalz vom 16.01.2007

Gericht erkennt Klinikum-Forderung über 1,9 Millionen Euro an

22 der insgesamt 63 Ansprüche gegen Graf-Gesellschaft NPK als rechtmäßig eingestuft / Nicht alles abschließend geprüft

Von unserem Redaktionsmitglied Thomas Schrott

Einen Teilerfolg erzielte gestern das städtische Klinikum vor dem Amtsgericht. Anerkannt wurde eine Forderung von 1,9 Millionen Euro wegen einbehaltener Boni-zahlungen gegen die Krankenhausgesellschaft Neue Pergamon (NPK), die mehrheitlich dem früheren

Geschäftsführer Volker Graf gehört. Ansprüche über weitere 8,9 Millionen Euro des Klinikums seien aber noch nicht abschließend geprüft, erklärte Rechtspfleger Erich Kraft auf "MM"-Anfrage nach der nicht-öffentlichen Sitzung. Insgesamt 63 Forderungen in Höhe von rund 30 Millionen Euro seien bislang angemeldet worden, ergänzte Insolvenzverwalter Dr. Werner Schreiber auf Nachfrage.

Wie viel Geld das Klinikum letztlich zurückbekommt, ist völlig unklar. 22 Ansprüche gegen die NPK von knapp zehn Millionen Euro wurden beim gestrigen Gerichtstermin festgestellt, also als rechtmäßig einstuft, berichtete Kraft. Das Vermögen des Unternehmens sei indes derzeit nicht recht bezifferbar. "Die Gesamtmasse hängt stark vom Verkaufserlös der beiden Krankenhäuser in Oberhausen und Lengerich ab", meinte der Insolvenzverwalter.

Alle Ansprüche werden wohl nur zu einem Teil befriedigt werden, vermutet der Rechtspfleger. Über die Höhe der Verteilungsquote könne man nur spekulieren.

Erfreut zeigte sich unterdessen der Insolvenzverwalter darüber, dass es gelungen sei, in einem wesentlichen Punkt "das Rad zurückzudrehen". Die beiden bereits an die Prange-Gruppe veräußerten Hospitäler wurden wieder in die NPK eingegliedert. Frühere Angaben des Unternehmens, wonach für beide westfälischen Krankenhäuser ein Erlös von rund 15 Millionen Euro zu erzielen sei, werden von Experten sehr skeptisch beurteilt. Auch dank eines Landeszuschusses von 200 000 Euro konnten beide Krankenhäuser aber erst einmal weiterbetrieben werden, so Kraft. Als viel versprechend werden Verhandlungen mit der Helios-Gruppe eingestuft. Schreiber: "Wir wollen den bestmöglichen Verkauf."

Rasch veräußert werden sollen laut Insolvenzverwalter auch andere Vermögensteile der NPK, etwa der Anteil an der Zentralwäscherei Rhein-Neckar (Mannheim) oder die Tochtergesellschaft Pergis. Schreiber blickt auch in die Vergangenheit zurück. Unter die Lupe genommen werden Transaktionen der NPK mit den einst 22 Tochtergesellschaften, etwa in Tschechien. "Auch hier prüfen wir, ob wir noch Masse erzielen können." Gleicher gelte bei den früheren personellen Verflechtungen.

Ansprüche von 10,3 Millionen Euro meldete das städtische Klinikum vor allem wegen nicht weitergeleiteter Lieferanten-Rabatte an. Hinzu kommt eine zweite Forderung von 548 000 Euro wegen vorsätzlicher Pflichtverstöße von Graf. Eine Summe von etwa zehn Millionen Euro macht ein Krankenhaus in Gelsenkirchen geltend, an dem der NPK-Mitgesellschafter Silvio von Endress-Fürsteneck früher Geschäftsführer war. Dieser Anspruch sei noch nicht abschließend geprüft, so Schreiber.

Weitgehend akzeptiert wurde nach seinen Angaben indes die Millionenforderung der Sparkasse Vorderpfalz gegen die NPK. Zusammen mit drei anderen Banken hatte das Kreditinstitut nach "MM"-Informationen Ansprüche von über sechs Millionen Euro erhoben. Bei der Neuen Pergamon läuft mittlerweile nur eine "minimale Geschäftstätigkeit", so Schreiber: "Die Buchhaltung arbeitet noch, um die Bilanzen fertigzustellen."

"Die nun festgestellte Forderung von 1,9 Millionen Euro an die NPK hat die Qualität eines Vollstreckungstitels", sagte OB und Klinikum-Aufsichtsratsvorsitzende Eva Lohse. Dies werde beim zivilrechtlichen Streit mit Graf und NPK geltend gemacht, der vor dem Landgericht Frankenthal anhängig ist. Zudem bereitet die Staatsanwaltschaft eine Anklage wegen Untreue gegen den früheren Manager vor.

Mannheimer Morgen
16. Januar 2007

Hauptverlierer?

Von Thomas Schrott

Bereits nach einer Viertelstunde war der Prüftermin beim Amtsgericht vorbei: Nicht in Zweifel gezogen wurden die Ansprüche des Klinikums von 1,9 Millionen Euro gegen die Graf-Gesellschaft NPK. Dies ist erfreulich, aber nur ein erster Schritt. Über die weitaus größere Forderungssumme besteht keine Einigkeit. Es scheint offenbar nicht so leicht, alle Verfehlungen des früheren Klinikum-Managers hieb- und stichfest zu belegen. Weiteres Problem: Die NPK hat nach etlichen Transaktionen nicht mehr genügend Vermögen, um alle Ansprüche zu befriedigen. Viele Gläubiger erhalten wohl nur einen kleineren Teil der ihnen zustehenden Summen. Ausnahme sind die Banken, deren Kredite etwa über Aktienpakete abgesichert sind. Es ist nicht auszuschließen, dass das Klinikum quasi zu den Hauptverlierern zählt. Gleichwohl war es im Herbst richtig, den Insolvenzantrag zu stellen. Andernfalls wäre die NPK mit unüberschaubarem Firmenflecht wohl restlos ausgeblutet, und die Stadt wäre vollkommen leer ausgegangen. Grafs Verstöße sind derart gravierend, dass sie auf allen juristischen Ebenen geahndet werden sollten. Die Stadt braucht viel Geduld, der Streit wird sich lange hinziehen. Eine Alternative gibt es aber nicht: Wer nicht kämpft, hat schon verloren.

Mannheimer Morgen

16. Januar 2007

NPK-Insolvenz

Als Notbremse gegen die Hinhaltetaktik der Krankenhausgesellschaft Neue Pergamon (NPK) hat das städtische Klinikum im vergangenen September Insolvenzantrag gestellt. Durch eingehaltene Boni-Zahlungen, ungenehmigte Dienstfahrzeuge und Spesenabrechnungen habe der frühere Klinikum-Geschäftsführer und NPK-Mehrheitseigner Volker Graf das Krankenhaus um über zehn Millionen Euro geschädigt, lautet die Erkenntnis der städtischen Revisoren. Das Amtsgericht bestimmte Dr. Werner Schreiber von der renommierten Heidelberger Kanzlei Wellensiek zum Insolvenzverwalter. Auch nach dem gestrigen Prüftermin für Gläubiger-Forderungen können weitere Ansprüche gegen die NPK angemeldet werden, sagt Schreiber. Einen neuerlichen Sachstandsbericht des Insolvenzverwalters erwartet Rechtspfleger Erich Kraft in spätestens sechs Monaten. "Das Insolvenzverfahren dauert noch lange und wird wohl in diesem Jahr nicht abgeschlossen." ott

Stichwort

Mannheimer Morgen
16. Januar 2007

DIE RHEINPFALZ

Schulte: Bin aus NPK gefeuert worden

Alt-OB: Ansprüche rechtens - Zu Gespräch bereit

Alt-Oberbürgermeister Wolfgang Schulte hält an seinen Ansprüchen von 200.000 Euro als Gläubiger der insolventen Klinik-Gesellschaft fest. Beim Prüfungstermin aller bisher vorgelegten Gläubiger-Forderungen vor dem Amtsgericht waren unter anderem die von Schulte am Montag vom Insolvenzverwalter vorläufig bestritten worden (wir berichteten).

„Meine Ansprüche sind begründet. Ich bin dabei, die Unterlagen zusammenzustellen und das Ganze noch rechtlich auszuarbeiten, um die Sache dem Insolvenzverwalter vorzulegen“, sagte Schulte gestern auf Anfrage der RHEINPFALZ. Es gelte dafür keine Frist, da er seine Ansprüche bereits rechtzeitig geltend gemacht habe. Er sei davon ausgegangen, dass vor dem Amtsgericht ein ausführliches Gespräch stattfinde. Der Termin sei aber nach wenigen Minuten beendet gewesen. „Ich stehe dem Insolvenzverwalter immer für ein Gespräch bereit“, betonte er.

Schulte informierte erstmals, dass es sich bei seiner Trennung von der NPK um einen „Rausschmiss“ gehandelt habe. Schulte war nach seiner OB-Amtszeit geschäftsführender Gesellschafter der Gesellschaft und für das Blutplasma-Geschäft der inzwischen verkauften NPK-Tochter DGH verantwortlich. Nach seinen Angaben sei er 2004 geschasst worden, weil „ich meine Verantwortung als Gesellschafter wahrgenommen, zu intensiv gefragt habe“. Bis zu dem Zeitpunkt habe er keinen Einblick in die Zahlen der Gesellschaft gehabt, er habe auch nie etwas von abgezweigten Bonuszahlungen gewusst, unterstrich Schulte.

Die Zahlung von insgesamt rund 900.000 Euro an ihn sei Ergebnis eines Vergleichs beider Seiten, um die sofortige Trennung zu erreichen. Davon seien noch die über ein Pfandrecht an der Zentralwäscherei Mannheim abgesicherten 200.000 Euro offen, so Schulte. Er habe auf Schadenersatzansprüche für die Kündigung aus seinem auf zehn Jahre angelegten NPK-Geschäftsführervertrag verzichtet, nicht jedoch auf die Abfindung für die Rückgabe seiner Gesellschafteranteile. (ell)

Quelle: Die Rheinpfalz vom 18.01.2007

Stellenabbau am Klinikum oder Gehaltseinbußen?

Krankenhaus muss erneut hohes Defizit reduzieren / Geschäftsführer Peter Asché: schwarze Zahlen bis 2009

Von unserem Redaktionsmitglied Thomas Schrott

Tiefrote Zahlen schreibt das Klinikum. "Mehrbelastungen von rund sechs Millionen Euro haben wir in diesem Jahr zu tragen", offenbarte gestern Geschäftsführer Peter Asché auf "MM"-Anfrage. Zu erwarten sei ein Bilanzdefizit von vier Millionen Euro. Um den Fehlbetrag zu senken, soll nicht nur bei Sachausgaben gespart werden. "Wir müssen auch an die Personalkosten ran", kündigte Asché an. Denkbar seien vorübergehende Gehaltseinbußen oder Stellenstreichungen. "Unser Ziel bleibt es, betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden", betonte der Geschäftsführer.

Alle 2400 Arbeitsplätze in dem Krankenhaus werden auf den Prüfstand gestellt, erklärte der Geschäftsführer. Umstrukturierungen bei freiwerdenden Stellen könnten Einsparungen bringen. "Zu überlegen ist beispielsweise, ob nicht die medizinische Betreuung für zwei Stationen an den Wochenenden zusammengelegt werden", lautet ein Vorschlag.

Gleichwohl sieht Asché eine Alternative gegen einen kräftigen Stellenabbau, die der Tarifvertrag eröffnet. Dieser erlaubt bis zum Jahre 2009 befristete Gehaltseinschränkungen. Generell will Asché zugleich die Kosten reduzieren und zusätzliche Einnahmen erzielen. In den nächsten Wochen wird das Sparpaket zur Konsolidierung des Klinikums mit dem Betriebsrat besprochen.

Zur Erinnerung: Kräftig im Minus landet das Bilanzergebnis des Klinikums seit längerem. Für 2005 wird ein Defizit von 6,8 Millionen Euro ausgewiesen, für 2006 fällt es wohl etwas geringer aus. In diesem Jahr kommen nicht nur durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer (1,1 Millionen Euro) neue Lasten hinzu. Die Steigerung der Gehaltstarife schlägt laut Asché mit 2,5 Millionen Euro zu Buche. Weitere Mehrausgaben ergeben sich durch die Gesundheitsreform. Nun wurde zwar eine Klinikum-Forderung von 1,9 Millionen Euro im Insolvenzverfahren gegen die Gesellschaft NPK des früheren Geschäftsführers Volker Graf wegen vorenthalterner Lieferantenrabatte anerkannt. Wie viel Geld zu welchem Zeitpunkt zurückfließen werde, sei aber völlig offen, so Asché.

"Wir müssen alles unternehmen, das Klinikum in kommunaler Trägerschaft zu erhalten", hält CDU-Fraktionschef Heinrich Jöckel große Kraftanstrengungen für nötig. "Eine Verminderung der Personalkosten oder Änderungen der Tarifverträge dürfen nur im Einvernehmen mit der Arbeitnehmervertretung getroffen werden", sagte SPD-Fraktionschef Ulrich Küppers. Der Betriebsratschef war gestern für eine Stellungnahme nicht erreichbar.

Asché hofft, dass die umfangreichen Gespräche mit den Arbeitnehmervertretern "in etwa drei Monaten" beendet sind. Die Richtung ist klar: "Wir wollen bis 2009 wieder schwarze Zahlen schreiben."

Mannheimer Morgen
18. Januar 2007

Adresse der Seite:

HELIOS Kliniken GmbH übernimmt Kliniken in Oberhausen und Lengerich

Fortbestand beider Klinikstandorte gesichert

HELIOS: Leistungsangebot der beiden Kliniken ausbauen

Berlin/Oberhausen/Lengerich 1. Februar 2007 – Das St. Elisabeth Krankenhaus in Oberhausen und das Krankenhaus Lengerich werden künftig von dem privaten Klinikkonzern HELIOS betrieben. Am gestrigen Mittwochabend unterzeichneten die beiden Verhandlungspartner den Kaufvertrag; über den Kaufpreis wurde Stillschweigen vereinbart. Die HELIOS Kliniken GmbH übernimmt die beiden Häuser von der seit Oktober 2006 in Insolvenz befindlichen Neuen Pergamon Krankenhausmanagement GmbH (NPK). Der Kauf der Kliniken durch HELIOS bedarf nun noch der Zustimmung der Kartellbehörden.

„Wir freuen uns, dass diese Kliniken nun zu uns gehören. Die hohe medizinische Qualität der beiden Häuser hat uns überzeugt“, kommentierte HELIOS - Hauptgeschäftsführer Ralf Michels den Kauf der Kliniken. „Für beide Standorte sehen wir deshalb im Verbund mit den 55 anderen HELIOS Kliniken sehr gute Entwicklungschancen. Unser Ziel ist es jetzt, das Leistungsangebot der beiden Krankenhäuser langfristig und nachhaltig auszubauen“, so Michels.

Der Insolvenzverwalter der NPK, Dr. Dr. Werner Schreiber vom Büro Wellensiek in Heidelberg erklärte: „Nach den Turbulenzen der letzten Monate freuen wir uns, dass wir einen Käufer gefunden haben, der Gewähr dafür bietet, dass sich die beiden Standorte unter professioneller Führung weiter entwickeln können.“

Das St. Elisabeth Krankenhaus in Oberhausen verfügt mit seinen 287 Mitarbeitern über insgesamt 203 Betten und hat einen Versorgungsschwerpunkt im Bereich Chirurgie (allgemeine, plastische und Unfallchirurgie). Darüber hinaus umfasst die Klinik eine Abteilung für Innere Medizin und eine für Dermatologie sowie eine Belegabteilung für HNO. In 2006 verzeichnete die Klinik bei insgesamt 6.720 stationären Behandlungsfällen einen Gesamtumsatz von 20 Mio. EURO.

Die 196 Mitarbeiter des Krankenhauses Lengerich arbeiten in den Fachabteilungen Innere Medizin, Chirurgie und den beiden Belegabteilungen für HNO und Augenheilkunde. Das Krankenhaus hat 130 Betten und verbuchte im vergangenen Jahr (2006) insgesamt 4.310 Behandlungsfälle bei einem Gesamtumsatz von 11,8 Mio. EURO.

"Mit HELIOS übernimmt der Qualitätsführer unter den deutschen Klinikketten unsere beiden Häuser", sagte der Geschäftsführer des St. Elisabeth-Krankenhauses, Ingo Krohn, zum Abschluss des Kaufvertrages. „Nach den problematischen Jahren, die hinter uns liegen, bedeutet dies für uns eine hervorragende Perspektive. Mit der kompetenten Unterstützung unseres neuen, starken Partners werden wir hohe medizinische Leistungsfähigkeit unserer Kliniken ausbauen und dabei die Chancen für Synergien und Wissenstransfer nutzen.“

Zur HELIOS Kliniken Gruppe gehören 55 eigene Kliniken, darunter vier Maximalversorger in Erfurt, Berlin-Buch, Wuppertal und Schwerin. HELIOS ist damit einer der größten und medizinisch führenden Anbieter von stationärer und ambulanter Patientenversorgung Europas. Das Klinikunternehmen mit Sitz in Berlin beschäftigt aktuell 26.200 Mitarbeiter.

Die HELIOS Gruppe verfügt über Kompetenz in allen medizinischen Bereichen und Versorgungsstufen. Unter der Führung der HELIOS Kliniken GmbH leisten die HELIOS Kliniken schwerpunktmäßig akutmedizinische Versorgung, die Wittgensteiner Kliniken Rehabilitationsmedizin. Mehrheitsgesellschafter der HELIOS Kliniken GmbH und der Wittgensteiner Kliniken GmbH ist die Fresenius ProServe GmbH.

Pressekontakt: Constanze von der Schulenburg, Telefon: +49 30 521 321 – 522

Mobil: +49 152 020 46 183

E-Mail: constanze.schulenburg@helios-kliniken.de

Klinik hofft auf Graf-Millionen

Gericht: Schadensersatz für Ludwigshafen

Vom 03.02.2007

Von Klaus Mümpfer

LUDWIGSHAFEN/FRANKENTHAL

In der Auseinandersetzung mit dem früheren Geschäftsführer des städtischen Klinikums und Krankenhaus-Manager Volker Graf hat die Stadt Ludwigshafen einen Teilerfolg erstritten. Das Landgericht Frankenthal sprach dem klagenden Klinikum in einem so genannten "Versäumnisurteil" einen Schadensersatzanspruch von 1,6 Millionen Euro zu.

Versäumnisurteil deshalb, weil sich weder der Beklagte noch sein Rechtsverteilter im Vorfeld schriftlich geäußert haben noch zur Verhandlung erschienen sind. Graf kann nun gegen das Urteil innerhalb von zwei Wochen Einspruch erheben. Dann beginnt das Verfahren vor dem Landgericht von neuem. Wird kein Einspruch erhoben, wäre das Urteil rechtskräftig. Für die Ludwigshafener Oberbürgermeisterin Eva Lohse ist dies Anlass, von einem „ersten Erfolg“ zu sprechen. Sie denkt inzwischen darüber nach, ob die Teilklage ausgeweitet werden soll.

Die Schadensersatzsumme ergibt sich aus Rabatten, die Graf als Gründer der Neuen Pergamon Management Gesellschaft (NPK) während seiner Amtszeit bei Einkäufen erhalten, aber nicht an das Klinikum weitergegeben haben soll. Der Verdacht war durch einen Bericht der städtischen Revision erhärtet worden.

Der Ludwigshafener Stadtrat hatte Ende September vergangenen Jahres beschlossen, dass Teilklage auf Schadensersatz gegen die Neue Pergamon und ihren Gründer sowie früheren Geschäftsführer Graf erhoben werden soll. Außerdem war damals beschlossen worden, einen Insolvenzantrag über das Vermögen der „Neuen Pergamon“ zu stellen.

Die Staatsanwaltschaft für Wirtschaftsstrafsachen in Kaiserlautern hatte nach einer Strafanzeige von Oberbürgermeisterin Lohse Mitte Dezember 2006 erklärt, dass sie gegen Volker Graf wegen Untreue ermittelt. Kripobeamte und eine Buchprüferin der Polizei sind mit der Durchsicht der notwendigen Unterlagen beschäftigt. "Wir gehen davon aus, dass Volker Graf 1,9 Millionen Euro aus Bonuszahlungen seiner mittlerweile insolventen Klinik-Management-Gesellschaft Neue Pergamon gutgeschrieben haben soll, statt sie an das anspruchsberchtigte Ludwigshafener Klinikum weiterzuleiten", sagt die zuständige Staatsanwältin Bettina Wachter. "Anhaltspunkte für eine persönliche Bereicherung liegen aber nicht vor." Wachter rechnet damit, dass die Ermittlungen noch dieses Jahr abgeschlossen werden können.

Unterdessen scheinen auch die Chancen zu steigen, dass das Städtische Klinikum aus der Insolvenzmasse der NPK einen Gläubigeranteil erwarten darf. Zunächst hatte das Amtsgericht Frankenthal bei einem Prüftermin Mitte Januar die Forderungen des Klinikums in Höhe von 1,9 Millionen Euro anerkannt. Dass jetzt zwei Kliniken in Oberhausen und Lengerich aus dem Besitz der NPK an den Berliner Krankenhaus-Konzern Helios verkauft werden konnten, erfreut Eva Lohse. "Das heißt, dass Geld in der Konkursmasse ist, das verteilt werden kann", sagt sie auf Anfrage. Sie rechnet damit, dass die Forderungen des Klinikums zumindest quotenmäßig befriedigt werden können.

Ex-NPK-Häuser an Helios verkauft

Preis nicht genannt - Erlös in Insolvenzmasse

Der private Klinikkonzern Helios mit Sitz in Berlin hat das St. Elisabeth Krankenhaus in Oberhausen und das Krankenhaus Lengerich übernommen. Beide Kliniken gehörten zu der seit Oktober 2006 insolventen Klinik-Gesellschaft Neue Pergamon GmbH (NPK). Wie Helios gestern informierte, wurde am Mittwochabend der Kaufvertrag unterzeichnet. Über den Kaufpreis wurde Stillschweigen vereinbart. Die Kartellbehörden müssen noch zustimmen.

NPK-Insolvenzverwalter **Werner Schreiber** (Büro Wellensiek, Heidelberg) machte gestern keine Angaben zu den positiven Auswirkungen des Verkaufs auf die Insolvenzmasse. Wie berichtet, verhandelt er auch noch über den Verkauf der Zentralwäscherei in Mannheim sowie zweier Dienstleistungsunternehmen, die zur NPK gehörten. Beim Prüftermin für die Gläubiger vor dem Amtsgericht Ludwigshafen Mitte Januar waren unter anderem Forderungen des Klinikums Ludwigshafen in Höhe von 1,9 Millionen Euro anerkannt worden (wir berichteten).

Erfreut reagierte Aufsichtsratsvorsitzende OB Eva Lohse auf den Verkauf: „Das war ganz wichtig, zunächst für die Mitarbeiter der Kliniken, aber auch weil Geld in die Kasse kommt.“ Sie rechne damit, dass die Forderungen des Klinikums zumindest quotenmäßig bedient werden. „Herr **Schreiber** macht einen hervorragenden Job“, lobte Lohse. Sie sieht erneut ihren Kurs bestätigt, den Insolvenzantrag über die NPK zu stellen.

Insolvenzverwalter **Schreiber** hatte den bereits erfolgten Verkauf der Kliniken erfolgreich angefochten und die Häuser zurückgeholt.

Das St. Elisabeth Krankenhaus Oberhausen zählt 287 Mitarbeiter. 2006 machte es bei insgesamt 6.720 stationären Behandlungsfällen einen Gesamtumsatz von 20 Millionen Euro.

Die 196 Mitarbeiter in Lengerich erzielten 2006 mit 4.310 Behandlungsfällen 11,8 Millionen Euro Umsatz.

Zur Helios-Kliniken-Gruppe gehören 55 eigene Kliniken, darunter vier Maximalversorger in Erfurt, Berlin, Wuppertal und Schwerin. Das Klinikunternehmen mit Sitz in Berlin beschäftigt nach eigenen Angaben aktuell 26.200 Mitarbeiter. (ell)

Quelle: Die Rheinpfalz vom 02.02.2007

Folgt Verkauf der Wäscherei?

NPK-Insolvenzverfahren

Die Verkaufsverhandlungen für die Zentralwäscherei Mannheim und zwei Dienstleistungs-gesellschaften, die ehemals zur inzwischen insolventen Klinik-Management-Gesellschaft NPK gehörten, können möglicherweise bald positiv abgeschlossen werden.

Das schloss Insolvenzverwalter **Werner Schreiber** (Heidelberg) gegenüber der RHEINPFALZ nicht aus. Konkretere Angaben könne er zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht machen. Er sei „heilfroh“ über den gelungenen Verkauf der ehemaligen NPK-Kliniken Lengerich und Oberhausen (wir berichteten am Freitag) an den privaten Klinikkonzern Helios in Berlin. Damit seien die Kliniken in Händen eines „potenten Betreibers“, dem er zutraue, die Häuser erfolgreich weiter zu führen.

Hätte der Verkauf nicht geklappt, wären nicht nur beide Krankenhäuser in die Insolvenz gegangen. Das hätte darüber hinaus negative Konsequenzen für das laufende Insolvenzverfahren über die NPK zur Folge gehabt, so **Schreiber**. Der Verkaufserlös - die Höhe nannte er nicht - fließe der Insolvenzmasse zu. (ell)

Quelle: Die Rheinpfalz vom 05.02.2007

Ex-Manager Graf lässt Prozesstermin platzen

Landgericht erlässt Säumnisurteil über 1,5 Mio Euro/Erwiderungsfrist läuft

Mit einer faustdicken Überraschung endete der Prozesstermin über die Zivilklage des städtischen Klinikums von 1,5 Millionen Euro gegen den früheren Geschäftsführer Volker Graf und dessen Krankenhausgesellschaft Neue Pergamon (NPK): Weil zur Verhandlung vor dem Landgericht Frankenthal weder der frühere Manager noch dessen Rechtsvertreter erschienen waren, erließ die Kammer ein Säumnisurteil. Dies bestätigte gestern Landgericht-Sprecher Christian Könnecke auf "MM"-Anfrage.

Das bedeutet: Wenn nicht bald eine Erwiderung von Seiten Grafs oder der NPK beim Gericht eingeht, sei die Klage über 1,5 Millionen Euro als rechtskräftig einzustufen. Auch in den vergangenen Monaten hätten sich der frühere Klinikum-Chef und dessen Gesellschaft zur Millionenforderung nicht geäußert, berichtete der Gerichtssprecher weiter. Weil zum Prozesstermin Ende vergangener Woche weder Graf oder die NPK Stellung genommen hätten, habe die Kammer die Forderung geprüft und zunächst festgestellt, dass der Anspruch des städtischen Klinikums rechtens sei.

Binnen 14 Tagen nach Zustellung des Säumnisurteils habe die beklagte Seite noch Zeit, Einspruch einzulegen, erläuterte Könnecke die Rechtslage. Wann diese Frist genau verstreiche, könne er nicht sagen, weil er keine genaue Kenntnis darüber habe, wann der Beschluss der Kammer losgeschickt bzw. zugestellt wurde.

Als Motiv für das Handeln Grafs bzw. der NPK können sich juristische Beobachter mehrere Gründe vorstellen. "Entweder wird die Forderung als zutreffend anerkannt, dann fallen bei einem Säumnisurteil geringere Gerichtskosten an als nach einer Gerichtsverhandlung, zu der mehrere Zeugen geladen werden. Denkbar ist aber auch, dass die beklagte Seite auf Zeit spielt, erst zum spätmöglichsten Zeitpunkt Stellung nehmen und damit das Verfahren in die Länge ziehen will."

Nach Könneckes Angaben sind Säumnisurteile nicht so selten - "bei einer solch hohen Summe wie in diesem Fall aber schon". Für eine Stellungnahme war gestern der langjährige Graf-Anwalt Dr. Ingo Minoggio nicht erreichbar.

Sehr wahrscheinlich muss sich der frühere Klinikum-Manager auch strafrechtlich verantworten. Die Staatsanwaltschaft Kaiserslautern sieht weiterhin erhebliche Verdachtsmomente, wonach Graf rund 1,9 Millionen Euro zu Gunsten der NPK veruntreut habe. "Wir wollen die Ermittlungen zum Komplex einbehaltene Bonuszahlungen in einigen Wochen abschließen", bekräftigte Staatsanwältin Bettina Wachter auf Anfrage. Bislang habe sich Graf gegenüber der Staatsanwaltschaft zu den Vorwürfen nicht geäußert. Nach Auffassung der Ermittler hat der Ex-Manager Lieferanten-Rabatte nicht an das Klinikum weitergegeben, sondern in die NPK-Kassen geleitet, weil "das Unternehmen Geld gebraucht hat". Anhaltspunkte für eine persönliche Bereicherung Grafs gebe es aber nicht.

Nun geht der städtische Revisionsbericht weiterhin von einer viel höheren Schadenssumme bis zu zehn Millionen Euro aus. "Darunter sind etliche Vorwürfe, die strafrechtlich nicht relevant sind, wohl aber Anlass für zivilrechtliche oder arbeitsrechtliche Klagen geben können", meinte Wachter. Zudem falle wohl einiges unter die Verjährungsfrist von fünf Jahren. Insgesamt hätten die städtischen Revisoren aber eine "Super-Arbeit" abgeliefert.

Wann die Staatsanwaltschaft eine Anklageschrift vorbereitet, sei noch offen.

Zentralwäscherei sucht Käufer

Für Mannheim ändert sich nichts / Schwarze Zahlen

Die Zentralwäscherei Rhein-Neckar sorgt wieder für Gesprächsstoff. Der 50-Prozent-Anteil, den die Krankenhausgesellschaft Neue Pergamon (NPK) hält, soll veräußert werden, erklärte der NPK-Insolvenzverwalter Jürgen Schreiber. Er strebe einen raschen Verkauf der Beteiligung an, mache aber keine weiteren Angaben. "Davon bleibt Mannheim unberührt", kommentiert Alfred Dänzer, Geschäftsführer des hiesigen Universitätsklinikums, dem ebenfalls 50 Prozent gehören.

Schon Mitte der 80er Jahre machte der Großbetrieb von sich reden. Die auf der Friesenheimer Insel - damals für 13 Millionen Mark - hingestellte High-Tech-Anlage erwies sich als überdimensioniert. Kritik schäumte auf: Der Stadt Mannheim wurde vorgeworfen, die kommunale Zentralwäscherei grabe Mitbewerbern mit Lockvogelangeboten das (Wasch-)Wasser ab. Bereits damals war eine Kooperation mit Ludwigshafen im Gespräch - doch daraus wurde erstmal nichts. Und so saß der Großbetrieb mit seinen Überkapazitäten auf dem Trockenen. Im ersten Geschäftsjahr spuckte die hochmoderne Waschstraße weißes Linnen mit tiefroten Zahlen aus: Knapp eine Million Euro betrug das satte Minus. Als Ludwigshafen dann doch ins Boot kam, wurde das Defizit zwar geringer, aber die Zentralwäscherei blieb Kostgänger im Mannheimer Haushalt.

1998 wurde die GmbH neu strukturiert. Damals stieg das Mannheimer Uni-Klinikum mit 50 Prozent ein, die andere Hälfte übernahm für das linksrheinische Klinikum die Management-Gesellschaft "Neue Pergamon". Seit einigen Jahren schreibt die Wäscherei schwarze Zahlen. wam/ ott

Mannheimer Morgen
07. Februar 2007

"Gehen sofort in Vollstreckung"

OB Lohse reagiert auf Säumnisurteil gegen Volker Graf

Nach dem Säumnisurteil des Landgerichts Frankenthal gegen den früheren Klinikum-Geschäftsführer Volker Graf über 1,5 Millionen Euro (wir berichteten gestern ausführlich) will die Stadt rasch Geld eintreiben. "Wenn keine Klageerwiderung bei Gericht eingeht, was ich erwarte, gehen wir sofort in Vollstreckung", kündigte gestern OB und Klinikum-Aufsichtsratschefin Eva Lohse auf "MM"-Anfrage an.

"Wir hätten den Prozess klar gewonnen, denn unsere Ansprüche haben bereits der Insolvenzverwalter sowie mehrere Geschäftsführer der Graf-Gesellschaft NPK anerkannt", betonte Lohse. Wie berichtet, waren weder Graf noch dessen Rechtsanwalt zum Prozesstermin über die Zivilklage erschienen. Daraufhin hatte die Kammer ein Säumnisurteil erlassen. Dieses wird 14 Tage nach Zustellung des Bescheids rechtskräftig, sofern nicht in der Zwischenzeit Einspruch erhoben wird.

"In diesem Fall ist eine umfangreiche Klageerwiderung erforderlich, das kostet eine größere Summe", war in Fraktionskreisen zu hören. Als Grund für das Nichterscheinen der Graf-Seite vor Gericht wird vermutet, dass dieser größere finanzielle Probleme habe, um etwa einen Rechtsvertreter zu bezahlen. Grafs langjähriger Anwalt Dr. Ingo Minoggio war auch gestern nicht für eine Stellungnahme erreichbar.

Lohse indes wollte über die Motive des Ex-Geschäftsführers nicht spekulieren. Über das weitere Vorgehen entscheide der Stadtrat im März. "Bevor noch mehr Klagen eingereicht werden, ist es sinnvoller in die Vollstreckung zu gehen." ott

Mannheimer Morgen
08. Februar 2007

Grafs Einspruch zurückgewiesen

Schadenersatz in Höhe von 1,5 Millionen Euro muss der ehemalige Geschäftsführer des Klinikums Ludwigshafen, Volker Graf, der Stadt zahlen. Grafs Anwalt hatte zum letztmöglichen Termin gegen das Versäumnisurteil von Mitte Februar Einspruch eingelegt. Nun hat das Landgericht den Einspruch Grafs zurückgewiesen, teilte Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse auf Anfrage mit. Das Urteil sei in vollem Umfang bestätigt worden. Zu der vor zwei Monaten anberaumten Hauptverhandlung waren, wie berichtet, weder Graf noch sein Anwalt erschienen. Mit dem bestätigten Urteil habe die Stadt nun "einen vollstreckbaren Titel". Graf hatte zuvor bereits eingeräumt, die 1,5 Millionen Euro aus Bonuszahlen von Lieferanten dem Klinikum vorenthalten zu haben. Deshalb rechnet Lohse nicht damit, dass er gegen das Urteil in die Berufung geht. Ob die Stadt ihr Geld bekommt, bezweifelt Lohse: Inzwischen habe Graf in Berlin Privatinsolvenz angemeldet und sei zur eidestattlichen Erklärung aufgefordert worden. Laut Revisionsbericht summiert sich der durch Graf verursachte Schaden gegenüber dem Klinikum auf sechs Millionen Euro. ws

Mannheimer Morgen

13. April 2007

Anklage oder Nachermittlung?

Verfahren der Staatsanwaltschaft gegen Graf zieht sich hin

Von unserem Redaktionsmitglied Thomas Schrott

Noch etwas länger ziehen sich die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen den früheren Klinikum-Geschäftsführer Volker Graf hin. In diesen Tagen erwartet die Behörde zwar den Abschlussbericht der Kripo. "Danach erhält der Verteidiger Akteneinsicht von mindestens acht bis zehn Wochen", erläuterte gestern Staatsanwältin Bettina Wachter auf "MM"-Anfrage den Stand des Verfahrens. Vermutlich im Sommer werde entschieden, ob Anklage erhoben oder nachermittelt werde. Unverändert deutlich seien die Anhaltspunkte dafür, dass der ehemalige Manager 1,9 Millionen Euro durch einbehaltene Boni-Zahlungen veruntreut habe.

Die meisten der 60 Klinikum-Lieferanten hatten Rabatte eingeräumt, so Wachter. Die Prozentsätze seien sehr unterschiedlich gewesen und lagen meist zwischen fünf und neun Prozent. "Große Einzelsummen waren es nicht, aber auch mit kleineren Beträgen kommt über einen Zeitraum von fünf Jahren einiges zusammen."

Bei den seit zwei Jahren laufenden Ermittlungen hat die Staatsanwaltschaft Schwerpunkte vor allem bei den Boni-Zahlungen gesetzt. Andere Vorwürfe wie etwa zu den Dienstwagen oder zum Einsatz eines persönlichen Fahrers seien nicht strafrechtlich, sondern arbeitsrechtlich und zivilrechtlich relevant, betonte Wachter. Nach Ansicht der städtischen Revisoren hatte Graf beispielsweise drei Dienstwagen benutzt und abgerechnet. Insgesamt sei dem Klinikum durch die Verfehlungen des ehemaligen Managers ein Schaden von weit über sechs Millionen Euro entstanden.

Eine Haftstrafe bis zu fünf Jahre erwartet Graf bei einer Verurteilung wegen Untreue, umriss Wachter den Strafrahmen. Eine Prognose, wann ihre Ermittlungen beendet werden, wollte sie nicht abgeben. "Ich wäre sehr zufrieden, wenn wir den Fall bis Jahresende abschließen könnten."

Beendet ist indes eine erste Zivilklage des Klinikums, wonach Graf 1,5 Millionen Euro zahlen muss. Der Widerspruch des Ex-Managers hatte das Landgericht zurückgewiesen. Ob die Stadt tatsächlich Geld erhält, ist aber ungewiss. Nach deren Angaben hat Graf mittlerweile Privatinsolvenz angemeldet.



Rheinland-Pfalz

verdi.de :: rlp / Wir über uns / Presse und Öffentlichkeitsarbeit / Pressemitteilungen

PRESSEMITTEILUNGEN

Notlagentarifvertrag nein - runder Tisch ja

ver.di setzt Verhandlungen im Klinikum Ludwigshafen nicht fort

10.05.2007

Bei der ver.di Mitgliederversammlung der Beschäftigten des Klinikums Ludwigshafen am 8. Mai wurde das Ansinnen der Geschäftsführung des Klinikums einen Notlagentarifvertrag zu vereinbaren einstimmig zurückgewiesen.

Bei der ver.di Mitgliederversammlung der Beschäftigten des Klinikums Ludwigshafen am 8. Mai wurde das Ansinnen der Geschäftsführung des Klinikums einen Notlagentarifvertrag zu vereinbaren einstimmig zurückgewiesen.

"Es besteht keinerlei Veranlassung, schwerwiegende Eingriffe in das Tarifgefüge vorzunehmen," so Andrea Hess, stellvertretende Landesleiterin von ver.di sowie Fachbereichsleiterin Gesundheitswesen. Die Mitglieder der Gewerkschaft ver.di im Klinikum der Stadt Ludwigshafen nahmen zwar zur Kenntnis, dass sich das Klinikum in einer schwierigen Situation befindet, diese sei jedoch nicht durch die Beschäftigten, sondern in erster Linie auf Grund jahrelanger Versäumnissen des Management entstanden. Insbesondere fehle ein überzeugendes Zukunftskonzept. Hierfür die Beschäftigten zur Kasse zu bitten wurde deswegen entschieden abgelehnt.

Die stellvertretende Landesbezirksleiterin Andrea Hess, zugleich auch für den Bereich Gesundheitswesen in Rheinland Pfalz verantwortlich, schlägt deshalb dem Kommunalen Arbeitgeberverband Rheinland Pfalz, der die Verhandlungen auf Arbeitgeberseite bisher führte, vor, einen "Runden Tisch" aus Vertretern der Gewerkschaft ver.di, des Betriebsrates, sowie der Klinikführung einzurichten. Unter breiter Beteiligung aller Mitarbeiter sollen tragfähige und belastbare Zukunftskonzepte für die Entwicklung des Klinikums erarbeitet werden.

"Ver.di lässt es nicht zu, dass ein Tarifvertrag für das Klinikum der Stadt Ludwigshafen der Wegbereiter einer Abwärtsspirale von tarifvertraglichen Leistungen in den kommunalen Kliniken in Rheinland Pfalz wird" so Hess abschließend.

Bei Rückfragen: Andrea Hess **0170/7946077**

Herausgeber:

V.i.s.d.P: Jürgen Dehnert

In dem Insolvenzantragsverfahren
über das Vermögen des
Prof. Dr. Volker Graf, ***, ***
ist gemäß § 21 InsO am 11.05.2007 um 11.00 Uhr
angeordnet worden:

vorläufige Insolvenzverwaltung;

vorläufiger Insolvenzverwalter ist
Rechtsanwalt Christian Köhler-Ma,

***, ***.

Verfügungen der Schuldner/in sind nur mit
Zustimmung des vorläufigen Insolvenzverwalters
wirksam.

AZ: 36g IN 884/07
Berlin, 14. Mai 2007
Amtsgericht Charlottenburg



Trimaran
Home
Stadtpalais
Uferpark-Stralau
Kontakt
E-Mail Anfrage
Haussseite
Jobs

Trimaran

[Home](#) [Trimaran](#) [Bilder](#) [360°Panorama](#) [Uferpark-Stralau](#) [Stadtpalais](#) [Kontakt](#) [Jobs](#)

Alle Wohnungen sind provisfrei!!!

Sofort Info 030 / 235 123 20

0172 / 15 05 400

Mietpreise ***

Garagen-Stellplatz	80,- Euro/ Monat
Bootsliegeplatz	90,- Euro/ Monat

<i>Straße</i>	<i>Lage</i>	<i>Zimmer</i>	<i>Größe</i>	<i>Miete kalt</i>	<i>Miete warm</i>	<i>frei ab</i>
***	3.OG re	3	120,48 qm	1.409,62 €	1.686,72 €	sofort
*** ***	DG	5	259,67 qm	3.505,54 €	4.102,79 €	sofort
*** ***	DG	5	257,96 qm	2.837,56 €	3.430,86 €	sofort
*** ***	DG	5	259,67 qm	3.245,88 €	3.843,12 €	sofort
*** ***	1.OG li	3,5	140,58 qm	1.757,25 €	2.080,58 €	sofort

Alle Wohnungen verfügen über sehr hochwertiges Holzparkett, Fußbodenheizung, komplett Einbauküchen (mit allen Geräten), 2 Badezimmer, eine riesige Sonnenterrasse (Süd-West-Terrasse), direkten Blick auf die Spree...



Ludwigshafen

Graf muss um Privatvermögen fürchten

Gegen den ehemaligen Klinikums-Geschäftsführer Volker Graf ist das Insolvenzverfahren eröffnet worden. Wie das Amtsgericht Charlottenburg in Berlin mitteilte, wurde das Verfahren bereits vergangene Woche eröffnet. Graf hat inzwischen seinen Wohnsitz nach Berlin verlegt und sich somit der Zuständigkeit pfälzischer Gerichte entzogen.

Die Stadt Ludwigshafen verlangt von Graf 1,5 Millionen Euro Schadensersatz. Er soll in seiner Zeit als Geschäftsführer des städtischen Klinikums mehrere Millionen Euro veruntreut haben.



Ludwigshafen

Insolvenzverfahren gegen Graf eröffnet

Gegen den ehemaligen Klinikumsgeschäftsführer Volker Graf ist ein vorläufiges Insolvenzverfahren eröffnet worden. Für die Stadt, die von Graf noch 1,5 Millionen Euro beansprucht, wird es schwieriger an dieses Geld zu kommen.

Den Antrag auf ein Insolvenzverfahren hat der ehemalige Klinikumsgeschäftsführer selbst beim Amtsgericht Charlottenburg gestellt, so ein Sprecher des Insolvenzverwalters in Berlin. Graf, der mittlerweile in Berlin wohnt, kann jetzt nicht mehr über sein Vermögen verfügen, aber jetzt beginnt der langwierige Prozess des Prüfens, ob und wo überhaupt noch Geld bei Graf zu holen ist.

Die Stadt Ludwigshafen fordert von Graf 1,5 Millionen Euro, weil er Bonuszahlungen von Lieferanten dem städtischen Klinikum vorenthalten haben soll. Unter anderem wegen dieser Bonuszahlungen laufen Ermittlungen bei der Staatsanwaltschaft Kaiserslautern.

Die zuständige Staatsanwältin hofft, dass im Herbst darüber entschieden werden kann, ob Anklage erhoben wird.

Volker Graf erklärt sich für zahlungsunfähig

Früherer Klinikum-Chef beantragt Insolvenz / Berliner Amtsgericht eröffnet Verfahren

Von unserem Redaktionsmitglied Thomas Schrott

Nun wird für die Stadt noch schwieriger, die Millionenforderung beim ehemaligen Klinikum-Geschäftsführer, Volker Graf, tatsächlich einzutreiben. Gegen den frühere Manager hat das Amtsgericht Berlin-Charlottenburg ein vorläufiges Insolvenzverfahren eröffnet, bestätigte eine Sprecherin am Mittwoch auf "MM"-Anfrage. "Graf hat selbst den Antrag gestellt und seine Zahlungsunfähigkeit als Privatmann eingeräumt", sagte Rechtsanwalt Torsten Martini von der Berliner Kanzlei, der der vorläufige Insolvenzverwalter Christian Köhler-Ma angehört.

Einen Vollstreckungstitel gegen Graf über 1,5 Millionen Euro hatte das städtische Klinikum vor wenigen Wochen beim Landgericht Frankenthal erwirkt. Ob letztlich viel Geld für das Klinikum zu holen sein wird, bezweifelte Martini. Er verwies auf hohe Schulden Grafs aus dessen Unternehmensaktivität bei der weit verzweigten Krankenhausgesellschaft "Neue Pergamon", zudem habe der Ex-Manager noch Frau und Kind zu versorgen. Über die Höhe der Privatverbindlichkeiten machte Martini keine Angaben. "Graf ist aber definitiv pleite." An Vermögenswerten seien zwar einige Immobilien im Inland vorhanden, in allen Fällen laufe aber bereits die Zwangsverwaltung oder -vollstreckung, sagte Martini. Hintergrund: Graf hatte Bankkredite durch Immobilien abgesichert.

Vermutlich im Juli werde das Insolvenzverfahren über das Privatvermögen Grafs eröffnet, vermutet Martini. Die anfallenden Verfahrenskosten würden dem früheren Manager zunächst wohl gestundet. Innerhalb von sechs Jahren müsse dieser den Betrag aber zurückzahlen.

Ein weiteres Insolvenzverfahren gegen die "Neue Pergamon" läuft seit einem halben Jahr. 22 Forderungen mit einem Gesamtvolumen von über zehn Millionen Euro wurden vom Amtsgericht Ludwigshafen bereits als rechtmäßig eingestuft.

Zudem muss der Ex-Geschäftsführer, der nach Berlin umgezogen ist, mit einer Anklage rechnen. Die Staatsanwaltschaft sieht jedenfalls sehr deutliche Anhaltspunkte dafür, dass Graf 1,9 Millionen Euro durch einbehaltene Boni-Zahlungen veruntreut habe. Die Mehrzahl der Klinikum-Lieferanten habe jahrelang Rabatte eingeräumt, die auf das Konto der "Neue Pergamon" geflossen seien.

Im Sommer wird die Staatsanwaltschaft darüber entscheiden, ob sie Anklage erhebt oder nach Akteneinsicht des Verteidigers weiter ermittelt. Nach Ansicht der städtischen Revisoren ist der von Graf verursachte Schaden hingegen noch viel größer - er liegt weit über sechs Millionen Euro.

Volker Graf in finanziellen Nöten

Privatvermögen des ehemaligen Klinikum-Managers unter vorläufiger Insolvenzverwaltung

Der ehemalige Geschäftsführer des Ludwigshafener Klinikums, Volker Graf, befindet sich in finanziellen Schwierigkeiten. Über das Vermögen des Managers ist am vergangenen Freitag ein vorläufiges Insolvenzverfahren am Amtsgericht Charlottenburg in Berlin angeordnet worden. Das Klinikum fordert von Graf 1,5 Millionen Euro zurück. Geld, das dem Krankenhaus aus Bonuszahlungen vorenthalten sein soll. Ob die Stadt Schadenersatz von Graf geleistet bekommt, ist derzeit offen.

Die Stadt hatte Anfang des Jahres ihre Schadenersatzforderung gegen den Professor beim Landgericht Frankenthal eingeklagt und Recht bekommen. Mitte April hatte das Gericht Grafs Einspruch gegen das Urteil zurückgewiesen. Weder der Manager noch sein Anwalt waren zu dem Prozess erschienen. Die 1,5 Millionen Euro bemessen sich aus Bonuszahlungen von Lieferanten, die dem Klinikum von Graf vorenthalten worden sein sollen. Das Verfahren in Frankenthal war eine Teilklage. Insgesamt fordert die Stadt von Graf mehrere Millionen Euro zurück. In mittlerweile zwei städtischen Revisionsberichten hatten die Prüfer gravierende Verstöße des ehemaligen Geschäftsführers festgestellt.

Neben den vorenthaltenen Bonuszahlungen in Höhe von mehreren Millionen Euro, monierten die Revisoren unkorrekte Spesenabrechnungen, ungenehmigte Dienstfahrzeuge sowie den kostenlosen Einsatz von Klinik-Personal für die Neue Pergamon Krankenhaus-Management Gesellschaft (NPK) - eine Firma die Graf gegründet hatte, und die bundesweit Krankenhäuser sowie medizinische Zulieferunternehmen betrieb. Von einem Schaden von über zehn Millionen Euro ist die Rede. Und die Revision erstellt derzeit ihren dritten Prüfbericht.

Grafs Firma geriet im Zuge der Klinikum-Affäre in finanzielle Schwierigkeiten und verlor Aufträge. Im Herbst 2006 zog die Stadt Ludwigshafen die Notbremse und stellte Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über die Klinik-Managementgesellschaft. Das Insolvenzverfahren läuft noch. Neben der Stadt gibt es weitere Gläubiger. Forderungen von insgesamt zehn Millionen Euro gegenüber der NPK hat der Insolvenzverwalter als berechtigt anerkannt. Da ungewiss ist, wie viel Geld die Stadt aus der Konkursmasse bekommt, hielt sich das Klinikum auch an Grafs Privatvermögen und klagte auf Schadensersatz.

Mit dem Gang vor das Berliner Amtsgericht ist der Manager nicht mehr Herr über seine Finanzen. Das Gericht hat einen Rechtsanwalt als vorläufigen Insolvenzverwalter bestimmt, der prüft, ob ein Insolvenzverfahren eröffnet wird. Anwalt Christian Köhler-Ma war am Mittwoch nicht für eine Stellungnahme zu erreichen.

In Ludwigshafen war Grafs Privatinsolvenz erwartet worden. Klinikum-Aufsichtsratschefin und Oberbürgermeisterin Eva Lohse: „Wir harren nun der Dinge, die da kommen werden.“ Falls der Insolvenzverwalter ein Verfahren eröffnet, wird Lohse den Schadensersatztitel als Gläubiger anmelden. Falls mangels Vermögensmasse kein Verfahren zu Stande kommt, wolle die Stadt Grafs Eigentum pfänden lassen.

Graf ist zahlungsunfähig - Manager hat selbst Insolvenzantrag gestellt

Verfahrenseröffnung im Juli

Volker Graf ist pleite. Der Ex-Klinikum-Manager hat selbst Antrag auf Eröffnung eines privaten Insolvenzverfahrens gestellt und seine Zahlungsunfähigkeit als Privatperson erklärt. „Ob da noch was zu holen ist, wage ich zu bezweifeln“, sagte Rechtsanwalt Torsten Martini gestern auf Anfrage der RHEINPFALZ. Seine Kanzlei ist mit dem Insolvenzverfahren betraut.

Die vom Amtsgericht Charlottenburg in Berlin mit dem vorläufigen Insolvenzverfahren beauftragte Kanzlei verschafft sich derzeit einen Überblick über die privaten Finanzen des Managers. Nach Angaben von Anwalt Martini ist Graf zahlungsunfähig und verfügt nicht mehr über private Werte. Der Manager habe zwar noch zwei bis drei Immobilien im Inland. Doch die befänden sich unter Zwangsverwaltung, bei einer laufe bereits die Zwangsversteigerung.

Graf habe neben der Schadensersatzforderung der Stadt Ludwigshafen in Höhe von 1,5 Millionen Euro außerdem Schulden bei „etlichen“ Banken, berichtet Martini. Wie hoch die Verbindlichkeiten des Managers in der Gesamtsumme sind, darüber wollte der Insolvenzanwalt keine Angaben machen.

Ein Insolvenzverfahren über das Privatvermögen von Graf werde wohl im Juli eröffnet. Die Kosten dafür würden gestundet. Dabei werde auch geprüft, ob es in der letzten Zeit möglicherweise Vermögenstransfers an andere Personen oder Angehörige gegeben habe. Falls letzteres zuträfe, werde geprüft, ob diese Transfers wieder rückgängig gemacht werden können, so Martini.

Die Gläubiger - so auch das Ludwigshafener Klinikum - müssen nun ihre Forderungen beim Insolvenzverwalter anmelden. Dann wird - falls möglich - das Restvermögen aufgeteilt.

„Die Rheinpfalz“ vom 19.05.2007

In dem Insolvenzantragsverfahren über das Vermögen des Prof. Dr. Volker Graf, *** , *** ist gemäß § 21 InsO am 11.05.2007 um 11.00 Uhr angeordnet worden:
vorläufige Insolvenzverwaltung;
vorläufiger Insolvenzverwalter ist Rechtsanwalt Christian Köhler-Ma,
*** , *** .

Verfügungen d. Schuldner/in sind nur mit Zustimmung des vorläufigen Insolvenzverwalters wirksam.

AZ: 36g IN 884/07
Berlin, 14. Mai 2007
Amtsgericht Charlottenburg

Klinikum-Gespräche abgebrochen

Ver.di vermisst Zukunftskonzept / Kosten sollen sinken

Das Tischtuch hat zumindest schon mal Berührung mit der Schere, zerschnitten ist es noch nicht: Die Geschäftsführung des Klinikums Ludwigshafen und die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di konnten sich bislang nicht auf einen so genannten Notlagentarifvertrag einigen. "Es besteht nach unserer Einschätzung keinerlei Veranlassung, schwerwiegende Eingriffe in das Tarifgefüge vorzunehmen", sagte ver.di-Landesgesundheitssekretärin Andrea Hess. "Die Beschäftigten vermissen ein überzeugendes Zukunftskonzept." Um dieses zu erarbeiten, schlage ver.di einen Runden Tisch vor, aber auf dieses Angebot habe die Geschäftsführung noch nicht reagiert.

Bei der Betriebsversammlung stellte Klinikumgeschäftsführer Peter Asche den Mitarbeitern sein "Alternativszenario" vor: Im Personalbereich sollen beispielsweise befristete Verträge nicht verlängert und Auszubildende nicht übernommen werden. Des Weiteren könnten organisatorische Änderungen die Kosten senken. Dazu gehöre, zwei nur zur Hälfte belegte Stationen über das Wochenende zusammenzulegen, also mit einer Mannschaft zu versorgen. "Die Patientenbetreuung soll darunter nicht leiden", erklärte er.

Ein Hintergrund liegt in den Vergütungen von Krankenhausleistungen über das Fallpauschalsystem: "Wir bewegen uns ganz oben im Spektrum der Landesbasisfallwerte", erklärte er im Gespräch mit dem "MM". Dieser "Basisfallwert" lag beim Klinikum für das Jahr 2005 noch bei 3120 Euro, landesweit bei 2956 Euro. Auf die Landes-Betragshöhe müsse die Summe im Klinikum sinken. Das gehe nur über Kostensenkungen, betonte Asche. "Unser Tarifangebot hat ver.di abgelehnt."

Hess sagte, die schwierige wirtschaftliche Lage des Klinikums sei nicht von den Beschäftigten zu verantworten, sondern liege in jahrelangen Managementfehlern begründet. bur

Mannheimer Morgen
21. Mai 2007

„Außertariflich Bezahlte verschont“

Leserbrief den Artikeln

„Volker Graf in finanziellen Nöten“ und „Graf ist zahlungsunfähig“ (RHEINPFALZ vom 18. und 19. Mai).

Vom ehemaligen Geschäftsführer Volker Graf, der, wie bekannt, im Klinikum Ludwigshafen, rund zehn Millionen veruntreut hat, ist jetzt also nichts mehr zu holen ist. Selbst als Privatmann hat er zwischenzeitlich Insolvenz und damit seinen Bankrott erklärt.

Um den vorhandenen Schaden des Klinikums in Höhe von fast vier Millionen Euro allein für 2006 in Grenzen zu halten, erinnert man sich plötzlich an das „gemeine Volk“, die Mitarbeiter des Hauses. Verhandlungen mit Verdi, um einen Notlagentarif im Klinikum zu installieren, scheiterten, da man die Miteinbeziehung der AT-Angestellten völlig außen vorließ. Fakt ist, dass alle Mitarbeiter für vorerst zwei Jahre auf wenigstens zwei Prozent ihrer Altersversorgung verzichten sollen, die außertariflichen hoch dotierten Mitarbeiter davon jedoch verschont werden würden. Dafür, dass nicht alle Maßnahmen diktieren werden können, hat sich Verdi mit Erfolg eingesetzt.

(...) 1994 wurde das Klinikum in eine gGmbH umgewandelt. Seitdem gibt es erstmals AT-Angestellte - dadurch wurde eine Graf'sche Gefolgsmannschaft ins Leben gerufen! Kann sich ein kommunales Krankenhaus solche Mitarbeiter leisten? Es muss doch im Rahmen einer Vorbildfunktion dieser Mitarbeiter möglich sein, diese Damen und Herren ebenfalls auf ein normales der Situation angepasstes Gehaltsniveau zu bringen. Vielleicht sollte man überhaupt erst einmal damit anfangen, den vorhandenen „Wasserkopf“ abzubauen.

Im Gegensatz zu den heutigen Gehältern wurde in früheren Jahren zum Beispiel für den Verwaltungsdirektor oder den Personalchef ein Taschengeld bezahlt. In dieser Zeit hatte das Klinikum zirka 200 Betten mehr als heute. Die Verantwortung der genannten Herren war also durchaus vergleichbar.

Nachdem die Aufsichtsräte und Oberbürgermeisterin Eva Lohse, Anfang 2006 angefangen hatten, die Aufklärung der Machenschaften Grafs in die Wege zu leiten, wurden ihr vom damaligen Betriebsrat in seiner Gesamtheit, verschiedenen Mitglieder des Aufsichtsrats sowie mehreren Damen und Herren des Stadtrats Steine in den Weg gelegt. Diese Herrschaften standen, zum damaligen Zeitpunkt bedingungslos zu und hinter Volker Graf.

Für mich liegt die Vermutung sehr nahe, dass diese Handlungsweise aus reinem Populismus geschehen ist. Ich frage mich, ob man diese Damen und Herren in den Sanierungsplan und der damit verbundenen Notlagenfinanzierung des Klinikums nicht dringend und zwingend mit einbeziehen müsste. Abgesehen von der Fachkompetenz, die ich bei diesen Gremien in Frage stelle, drängt sich mir der Gedanke auf, warum die Mitarbeiter finanziell bluten müssen für etwas, das von Verantwortungsträgern versäumt beziehungsweise verschleppt wurde.

Ich habe über 30 Jahre im Klinikum gearbeitet und dadurch selbstverständlich immer noch enge Kontakte zu den damaligen Kollegen. Dadurch erfuh ich von dem persönlichen Anschreiben der Geschäftsführung an die Mitarbeiter, das vor wenigen Tagen zugestellt wurde. Hier handelt es sich meines Erachtens nach um einen Sachstandsbericht mit Androhung von Maßnahmen. Es ist ein schlechter Stil, wenn man gemeinsam etwas erreichen will und dafür nicht die richtigen Worte findet. Aus vielen persönlichen Gesprächen mit ehemaligen Kollegen aus den verschiedensten Bereichen weiß ich, dass die Bereitschaft, dem Klinikum zu helfen und damit eine Veräußerung zu verhindern, sehr groß ist. Es ist einfach die Frage, wie man miteinander umgeht.

Ich appelliere an die Geschäftsführung: Überlegen Sie, wie Sie den Mitarbeitern etwas nahe bringen möchten und bedenken Sie dabei: Druck erzeugt Gegendruck, und Arroganz führt zu Demotivation.

Manfred Keller
Ludwigshafen
Tel. 0621/678407

Azubis als Erpressungspotential im Klinikum

Wirtschaft | 28.05.2007. - 08:57:29

AFA Sprecher Holger Scharff: "Patienten werden verunsichert und das Personal als Erpressungspotential benutzt"

So wie der Klinikum - Geschäftsführer Peter Asche ' die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Erpressungspotential nutzt könnte man meinen, man ist ins Mittelalter zurück versetzt und die Mitarbeiter/innen sind die Sklaven der Geschäftsleitung so AFA Sprecher Holger Scharff.

Es kann doch nicht sein, daß Betriebsrat und Gewerkschaft dadurch gefügig gemacht werden sollen, daß man damit droht junge Auszubildende nach bestandener Prüfung nicht zu übernehmen oder aber die Zeitverträge trotz Überstunden der Mitarbeiter nicht mehr verlängern will.

Mit solchen Diskussionen stellt der Geschäftsführer das Klinikum in kein gutes Licht für die Menschen, die dieses Haus als Patient nutzen müssen oder wollen. Überarbeitetes Klinikpersonal ist für Patienten sicherlich nicht besonders vertrauensvoll und wird so dafür sorgen, daß es auch zu Rückgängen bei den Belegungszahlen kommen kann, was sicherlich keiner will.

Junge Menschen als Faustpfand für Verhandlungen mit dem Betriebsrat und der Gewerkschaft zu nutzen ist im höchsten Maße unmoralisch und sorgt bei jungen Menschen sicherlich nicht für Vertrauen in die Führungsmannschaft des Klinikums – ja noch viel schlimmer – wer Menschen als Verhandlungsmasse wie der Klinik Geschäftsführer nutzt, schadet dem gesamten Ansehen der Führungsebenen in allen Bereichen so der AFA Sprecher Holger Scharff.

Der Geschäftsführer Peter Asche ' muß auf seine Aufgaben hingewiesen werden, die da lauten - das Klinikum in ein gutes Fahrwasser zu bringen und dabei müssen auch alle Mitarbeiter/innen mitgenommen werden. Der Geschäftsführer steht nicht am Bett der Patienten. Hier müssen Menschen stehen, die mit Spaß, Freude und ausgeruht ihre Aufgaben am Patienten erfüllen können. Die Voraussetzungen dafür zu schaffen ist die Aufgabe des Geschäftsführers in dem er menschlich mit allen im Klinikum umgeht so Scharff weiter.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können nichts für die Verfehlungen in der vergangenen Zeit. Wenn das Klinikum so teuer ist wie der Geschäftsführer beteuert, dann sollte man auch mal prüfen, ob nicht auch vielleicht die Geschäftsleitung des Klinikums für ihre Leistungen die sie bringen zu teuer sind so AFA Sprecher Holger Scharff.

Daher kann die Forderung an alle politisch Verantwortliche nur lauten: Solidarität mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Klinikum Ludwigshafen so Holger Scharff.

Notlagen-Tarifstreit am Klinikum geht weiter

Geschäftsführer Asché will Gewerkschaft ver.di nicht am "Runden Tisch" sitzen lassen

Der Tarifstreit am Klinikum Ludwigshafen nimmt an Schärfe zu: In seinem Flugblatt "BR Aktuell" wirft der Betriebsrat der Geschäftsführung Arroganz vor. Dass die Mitarbeiter noch nicht lautstark protestieren, wertet der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Rainer Wolfert als "inneren Ausstieg". Er wollte zu diesem Thema aber gestern nur als ein Sprecher der Vertrauensleute Stellung nehmen. Hintergrund ist der Vorschlag von Geschäftsführer Peter Asché, einen so genannten Notlagentarifvertrag zu vereinbaren, was die Gewerkschaft ver.di ablehnt. Sie hatte die Gespräche mit der Klinikumsspitze abgebrochen (wir berichteten am 21. Mai).

Ob ein "Runder Tisch" kommt, den der Betriebsrat vorschlägt, steht in den Sternen. Asché will keine Gewerkschaftsvertreter dabeihaben, diese Einrichtung sei eine hausinterne Angelegenheit. Nach Willen der Arbeitnehmervertretung sollen zwischen Beschäftigten und Geschäftsführung Konzepte entwickelt werden, die das Klinikum aus seiner schwierigen wirtschaftlichen Lage herausführen sollen. In Richtung ver.di feuert Asché: "Die können nicht sagen, wir brechen die Verhandlungen ab, wollen dann aber bei Entscheidungen dabei sein."

Der Geschäftsführer hatte in einer Betriebsversammlung unter anderem angekündigt, dass befristete Verträge nicht verlängert und Auszubildende - vor allem in der Krankenpflege - nicht übernommen werden. Im "MM"-Gespräch erklärte er, dass kein Krankenhaus alle Azubis übernehme: Man bilde bewusst über Bedarf aus und erhalte dafür Leistungen aus einem Ausbildungs-Ausgleichsfonds des Landes. Der Abbau der Beschäftigtenzahl treffe die Berufsgruppen unterschiedlich.

Die Zahl der Überstunden liegt Wolferts Angaben zufolge beispielsweise für den Monat März um mehrere Tausend höher als im Vorjahr. Das weitere Vorgehen der Arbeitnehmervertretung hänge vom Wirtschaftsausschuss nächste Woche) und der Aufsichtsratssitzung Ende Juni ab.

Das Klinikum hat 980 Betten, 15 Fachkliniken und sechs Institute mit insgesamt 2500 Mitarbeitern. Pro Jahr werden nach eigenen Angaben 35 000 Patienten stationär und 50 000 ambulant behandelt. bur

SPD: kein Personalabbau

Tarifstreit am Klinikum

Im Tarifstreit für die 2500 Mitarbeiter des Klinikums fordert die SPD, nicht am Personal zu sparen. "Zunächst müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, Sachkosten zu senken, bevor überhaupt über Personalkosteneinsparungen diskutiert wird", verlangt Fraktionsvorsitzender Ulrich Küppers. "Personal einzusparen, ist kein Konzept", stärkt er den Arbeitnehmervertretern den Rücken.

"Betriebsbedingte Kündigungen sind grundsätzlich ausgeschlossen." Zudem mahnt die SPD mehr Transparenz beim Sparkonzept der Geschäftsführung an. Zügig sollte diese ein Gesamtkonzept mit "belastbaren Zahlen" vorlegen. Dazu gehörten Überlegungen, befristete Beschäftigungsverhältnisse fortzusetzen und Auszubildende zu übernehmen.

Ein Verkauf des Klinikums oder die Ausgliederung von Teilbetrieben in private Hand lehne die SPD ab.

Unterdessen wollen OB und Aufsichtsratschefin Eva Lohse sowie Geschäftsführer Peter Asché den Gesprächsfaden wieder aufnehmen. Nachdem die Gewerkschaft ver.di auf Landesebene einen Nottarifvertrag abgelehnt hat, laden beide den Betriebsrat zu einer Gesprächsrunde am kommenden Mittwoch ein. Dabei solle es keine "Tabuthemen" geben. Bei den Überlegungen sollten alle Beschäftigten des Klinikums einzogen werden. Daher werde die Frage einer außertariflichen Bezahlung einzelner Mitarbeiter in der nächsten Aufsichtsratssitzung erörtert.

Abgebrochen wurden im vergangenen Monat die Verhandlungen im Klinikum zwischen Geschäftsführer Peter Asché und den Arbeitnehmervertretern. Als wenig realistisch scheint bislang ein Runder Tisch, den der Betriebsrat angeregt hat. Asché lehnt die Beteiligung der Gewerkschaft ab.

Gleichwohl betonte nun Lohse, dass man gemeinsam mit ver.di der Auffassung sei, wonach die wirtschaftliche Lage des Klinikums nicht durch die Mitarbeiter, sondern durch den früheren Geschäftsführer Volker Graf verursacht worden sei.

ott

10. Juni 2007

FWG: Wer haftet für Klinikum-Schaden?

Politik | 10.06.2007. - 11:11:24

Fast 10 Mio € soll der frühere Geschäftsführer des Klinikums, Dr. Volker Graf, laut städtischer Revision veruntreut haben. Sowohl die Gewerkschaft verdi als auch die Klinikum-Aufsichtsratsvorsitzende, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse, sehen dadurch das Klinikum in erheblicher finanzieller Schieflage.

Nun sollen die Mitarbeiter durch Gehaltsverzicht für den entstandenen Schaden aufkommen. Nach Ansicht der FWG ist dies mit nichts zu rechtfertigen.

Auf Antrag der FWG-Ratsfraktion hat der Stadtrat im März 2006 einstimmig beschlossen, dass die OB ein Gutachten in Auftrag geben soll, um zu prüfen, welche Verantwortung auch die jährlichen Wirtschaftsprüfer und die jeweiligen Aufsichtsräte des Klinikums an den Vorgängen des damaligen Geschäftsführers trifft. Es geht dabei auch um die Frage, wer haftet, wenn weder bei der Neuen Pergamon noch bei Dr. Graf selbst was zurückzuholen ist?

Geschehen ist bis heute nichts.

Unbeantwortet ist auch immer noch die Frage, warum Dr. Graf per Auflösungsvertrag für 2005 neben seiner hohen Vergütung auch noch eine Gewinnbeteiligung in 6-stelliger €-Höhe mitgegeben wurde, obwohl bereits der wenige Wochen vorher vom Aufsichtsrat beschlossene Wirtschaftsplan für 2005 einen Verlust von 2 Mio. € auswies. Tatsächlich belief sich der Verlust dann sogar auf 3,9 Mio. €. Die FWG-Ratsfraktion fordert deshalb weiterhin die Beantwortung der noch offenen Fragen.

Die Öffentlichkeit und nicht zuletzt die direkt betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Klinikums haben Anspruch auf umfassende Aufklärung darüber, wieso Dr. Graf über Jahre hinweg so unkontrolliert zum Schaden des Klinikums agieren konnte, und ob eine Verletzung der Aufsichtspflichten und Schadenersatzansprüche entstanden sind.

In Sachen Klinikum kritisierte der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Stadtrat, Heinrich Jöckel, die Haltung der Sozialdemokraten. "Die SPD läuft Gefahr, sich einmal mehr in Positionen zu verrennen, von denen sie schwer wieder herunterkommt", warnte er und erinnerte an die "langwierige quälende Diskussion" um die Trennung von Klinik-Manager Volker Graf.

"Das damalige Verhalten der SPD hat uns viel wertvolle Zeit und auch Geld gekostet", bedauerte er und betonte: "Wir halten es nicht für angebracht, von einer Notlage des Klinikums zu sprechen. Wir haben sicherlich eine erhöhte Konsolidierungsnotwendigkeit. Erste Erfolge aber sind erkennbar." So sei in 2006 das geplante Defizit von acht auf vier Millionen Euro halbiert worden. Es bestehe keine akute Notlage, schließlich gebe es noch Rücklagen in Höhe von 40 Millionen Euro.

"Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass in der Situation des Klinikums alle Sachkosten auf den Prüfstand kommen", so Jöckel. Man solle aber kein Szenario von betriebsbedingten Kündigungen oder eines Verkaufs an die Wand malen: "Ich denke, dass Gespräche von Geschäftsführung und Aufsichtsratsvorsitzender mit der Gewerkschaft ver.di und dem Betriebsrat den Prozess einer Lösung näher bringen." aus

Mannheimer Morgen
11. Juni 2007

OB: Stellenabbau nur allerletzte Lösung

Einigung am Klinikum über Sparkonzept / Vorrang bei Sachkosten / Keine Gehaltseinbußen

Von unserem Redaktionsmitglied Thomas Schrott

Einen größeren Stellenabbau und jahrelange Gehaltseinbußen müssen die 2500 Beschäftigten des Klinikums erst einmal nicht befürchten. Kräftige Einsparungen haben dennoch gestern Geschäftsleitung und Betriebsrat vereinbart. Vorrangig sollen aber Einnahmen verbessert und Sachausgaben weiter reduziert werden. "Zudem wollen wir durch Umorganisation und natürliche Fluktuation der Belegschaft die Personalkosten senken", sagte OB und Aufsichtsratsvorsitzende Eva Lohse auf "MM"-Anfrage. Ein deutlicher Stellenabbau sei nur die "allerletzte Maßnahme".

"Wir haben ein einvernehmliches Personalkonzept ohne betriebsbedingte Kündigungen vereinbart", ergänzte Betriebsratschef Claus Beermann. Er zeigte sich zufrieden über das konstruktive Gespräch. "In den vergangenen Monaten waren die Positionen weit auseinander, nun ziehen wir an einem Strang, um das Unternehmen zu konsolidieren", freute sich Lohse.

Weiterhin in finanzieller Schieflage befindet sich das Ludwigshafener Klinikum. Das Defizit wurde zwar im vergangenen Jahr halbiert, beträgt aber immer noch 3,8 Millionen Euro. Für 2007 wird mit einem Fehlbetrag von vier Millionen Euro gerechnet, so Lohse. Eine genaue Einsparvorgabe für die nächsten Monate sei zwar nicht vereinbart worden. "Gleichwohl wollen wir schnell zu Verbesserungen kommen", merkte die Aufsichtsratsvorsitzende an. Bis zum Herbst müsse erkennbar werden, ob die Maßnahmen greifen.

Bei den Sachausgaben sei zwar schon einiges erreicht worden, etwa mit dem Beitritt zur kommunalen Einkaufsgemeinschaft. Gleichwohl sieht Klinikum-Geschäftsführer Peter Asché hier weiteres Einsparpotenzial. "Bei den Personalkosten werden wir auch die vielen außertariflichen Verträge aus der Ära Graf überprüfen", kündigte Lohse an.

Aufsichtsratsvize und SPD-Fraktionschef Ulrich Küppers, auf dessen Teilnahme der Betriebsrat gepocht hatte, sprach von einer sachgerechten Verfahrensweise. Bevor die Beschäftigten kräftige Einschnitte hinnehmen müssten, sei es sinnvoll, bei anderen Bereichen stärker zu sparen.

Sehr schnell wird nach Einschätzung des Geschäftsführers das Klinikum aber wohl nicht in die schwarzen Zahlen kommen. Asché: "Ich rechne damit wohl erst im Jahre 2009." Küppers mahnt indes eine baldige Kurskorrektur an: "Wir müssen kräftig gegensteuern, sonst sind unsere Rücklagen in wenigen Jahren aufgebraucht."

Klinikum droht höheres Defizit

OB Lohse mahnt härteren Sparkurs an

Das Ludwigshafener Klinikum droht noch tiefer in die roten Zahlen zu rutschen. Mit einem Defizit von vier Millionen Euro wird bereits laut Wirtschaftsplan 2007 gerechnet. "Tatsächlich drohen aber weitere Verschlechterungen. Zumindest die Prognose des Wirtschaftsplan müssen wir einhalten", mahnte gestern OB und Aufsichtsratsvorsitzende Eva Lohse. Als Zusatzbelastungen nannte sie die Tariferhöhung und einen zusätzlichen Solidarbeitrag zur Gesundheitsreform.

Weiterer Knackpunkt: Der Krankenhausbetrieb verschlingt mehr Kosten als vergleichbare Kliniken. "Wir haben zu hohe Kosten pro Fall. Da müssen wir bis zum Ende der so genannten Konvergenzphase 2009 im Land deutlich preiswerter werden. Die frühere Geschäftsführer hat hier vieles versäumt", meinte Lohse. In der Diagnose sei der Aufsichtsrat einig. "Nun müssen wir hart an der Therapie arbeiten, um Verbesserungen zu erreichen." Sozialverträgliche Personaleinsparungen seien wohl unvermeidlich.

Geschäftsführer Peter Asche habe mit einer Riesenanstrengung das Defizit im vergangenen Jahr von acht auf 3,8 Millionen Euro gesenkt. Lohse: "Das allermeiste an Sachkosteneinsparungen ist bereits ausgeschöpft." ott

Mannheimer Morgen
26. Juni 2007

FDP will Bericht zu Graf-Affäre

In Sachen Klinikum-Affäre beantragt die FDP in der Stadtratssitzung am Montag einen Bericht, welche Konsequenzen aus Fehlverhalten oder Versäumnissen des ehemaligen Geschäftsführers Volker Graf sowie einzelner Funktionsträger gezogen worden seien. Zudem soll dargelegt werden, welcher wirtschaftliche Schaden durch Nachlässigkeiten oder Mitwirkung von anderen Führungskräften entstanden sei. "Die Systematik in der Missachtung von Pflichten ist nur vorstellbar, wenn Kontrollmechanismen nicht ausreichend zum Tragen gekommen sind", sagte Fraktionschef Harald Glahn. Ferner verlangen die Liberalen Auskunft darüber, welche Vorgaben für das interne Kontrollsysteem neu definiert und welche Regelungen für Einkauf und Dienstwagen nun getroffen wurden. ott

Mannheimer Morgen

28. Juni 2007

FDP Fraktion im Stadtrat Ludwigshafen

Antrag zur Stadtratssitzung am 02.07.2007

Konsequenzen aus Fehlverhalten sowie wirtschaftlichem Schaden im Klinikum

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die FDP-Fraktion stellt zur o.g. Stadtratssitzung folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird gebeten, möglichst bald einen Bericht zu geben, welche Konsequenzen bisher aus Fehlverhalten oder Versäumnissen der ehemaligen Geschäftsführung sowie einzelner Funktionsträger gezogen wurden.

Hierbei soll dargelegt werden,

- in welchem Umfang wirtschaftlicher Schaden durch die Nachlässigkeit oder Mitwirkung anderer Funktionsträger entstanden ist, der nicht ausschließlich dem früheren Geschäftsführer zuzuordnen ist,
- wenn ja, ob in diesen Fällen Schadensersatzforderungen gestellt sind oder vorbereitet werden,
- welche Konsequenzen bisher im Verhältnis Gesellschafter – Aufsichtsrat und Geschäftsführung gezogen wurden, um den jeweiligen Kontrollaufgaben gerecht werden zu können,
- welche Vorgaben für das Innere Kontrollsysteem gemacht wurden und wie über den Vollzug des Systems an wen berichtet wird,
- wie die interne Revision, die in der Vergangenheit Schwachstellen nicht zu monieren und korrigieren vermochte, in ihren Aufgaben neue definiert wurde,
- welche Veränderungen in der Wahrnehmung von Funktionen vorgenommen wurden,
- wie jetzt der Einkauf geregelt und kontrolliert wird,
- welche Regelungen für die Nutzung und Ausstattung von Dienstfahrzeugen o.a. Leistungen getroffen wurden.

Begründung:

Die gravierenden Verfehlungen des ehemaligen Geschäftsführers stehen zunächst in dessen persönlicher Verantwortung. Die nach einigen Jahren erreichte Systematik in der Missachtung von Pflichten, ist allerdings nur vorstellbar, wenn Kontrollmechanismen und zugewiesene Verantwortungen nicht ausreichend zum Tragen gekommen sind. Deshalb erscheint es notwendig, einerseits Strukturen oder Abläufe auf Ihre Wirksamkeit zu überprüfen, andererseits bei festgestelltem wirtschaftlichen Schaden durch Pflichtverletzungen Schadensersatz zu verfolgen.

H. Glahn



Freie Wählergruppe Ludwigshafen

3) FWG: Wer haftet für den Schaden im Klinikum?

Fast 10 Mio € soll der frühere Geschäftsführer des Klinikums, Dr. Volker Graf, laut städtischer Revision veruntreut haben. Sowohl die Gewerkschaft verdi als auch die Klinikum-Aufsichtsratsvorsitzende, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse, sehen dadurch das Klinikum in erheblicher finanzieller Schieflage. Nun sollen die Mitarbeiter durch Gehaltsverzicht für den entstandenen Schaden aufkommen. Nach Ansicht der FWG ist dies mit nichts zu rechtfertigen. Auf Antrag der FWG-Ratsfraktion hat der Stadtrat im März 2006 einstimmig beschlossen, dass die OB ein Gutachten in Auftrag geben soll, um zu prüfen, welche Verantwortung auch die jährlichen Wirtschaftsprüfer und die jeweiligen Aufsichtsräte des Klinikums an den Vorgängen des damaligen Geschäftsführers trifft. Es geht dabei auch um die Frage, wer haftet, wenn weder bei der Neuen Pergamon noch bei Dr. Graf selbst was zurückzuholen ist? Geschehen ist bis heute nichts. Unbeantwortet ist auch immer noch die Frage, warum Dr. Graf per Auflösungsvertrag für 2005 neben seiner hohen Vergütung auch noch eine Gewinnbeteiligung in 6-stelliger €-Höhe mitgegeben wurde, obwohl bereits der wenige Wochen vorher vom Aufsichtsrat beschlossene Wirtschaftsplan für 2005 einen Verlust von 2 Mio € auswies. Tatsächlich belief sich der Verlust dann sogar auf 3,9 Mio €. Die FWG-Ratsfraktion fordert deshalb weiterhin die Beantwortung der noch offenen Fragen. Die Öffentlichkeit und nicht zuletzt die direkt betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Klinikums haben Anspruch auf umfassende Aufklärung darüber, wieso Dr. Graf über Jahre hinweg so unkontrolliert zum Schaden des Klinikums agieren konnte, und ob eine Verletzung der Aufsichtspflichten und Schadenersatzansprüche entstanden sind.

10) Ergänzungsantrag zur Sitzung des Stadtrates am 02.07.2007 /

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

Zur Stadtratsitzung am 02.07.2007 stellen wir zum Tagesordnungspunkt 18 der nichtöffentlichen Sitzung den folgenden Ergänzungsantrag:

Die Verwaltung gibt einen schriftlichen Bericht über die Kosten seit Beginn der Klinikumsüberprüfung im Jahre 2003 u.a. entstanden sind für Gutachten, Rechtsanwalthonorare und Gerichtsgebühren getrennt nach Klinikum und Stadt.

11) FWG: Klinikum Defizit: OB Lohse lenkt von eigener Verantwortung ab

Mit ihrer Schuldzuweisung an die „frühere Geschäftsführung“ versucht Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse von eigener Verantwortung als Aufsichtsratsvorsitzende des Klinikums abzulenken.

Die FWG erinnert daran, dass Lohse in dieser Eigenschaft in Bilanzen zu Ungunsten des Klinikums eingegriffen hat. So wurde beispielsweise die von der Geschäftsführung mit Verlust vorgelegte Bilanz des Wirtschaftsjahres 2003 vom Aufsichtsrat nachträglich so „geschönt“, dass aus einem Verlust von rund sieben Millionen Euro plötzlich ein Gewinn wurde, nur um leitenden Mitarbeitern Erfolgsbeteiligungen zahlen zu können. Wenn Lohse nun heute dem Geschäftsführer Asche einen Freibrief für Personalabbau ausstellt, dann muss sie sich die Frage nach der eigenen Verantwortung gefallen lassen. Der Stadtrat hat diese Frage schon im März 2006 gestellt, als er beschloss, ein Gutachten einzuholen, dass auch die Verantwortung und Haftung der Wirtschaftsprüfer und des Aufsichtsrates klären soll.

Über das Vermögen des Prof. Dr. Volker Graf, Geburtsjahr: ***,
***, ***

ist am 06.07.2007 um 11.30 Uhr das Insolvenzverfahren eröffnet worden.

Der Schuldner hat einen Antrag auf Restschuldbefreiung gestellt.

Verwalter: Rechtsanwalt Christian Köhler-Ma, ***, ***

Insolvenzforderungen (§ 38 InsO) sind beim Verwalter schriftlich bis zum 01.09.2007 anzumelden.

Termin zur Berichterstattung und zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und gegebenenfalls über die in den §§ 35 Abs. 2, 3, 100, 160, 149, 162, 271 InsO genannten Gegenstände und Prüfungstermin am: 11.10.2007, 09.00 Uhr im Amtsgericht Charlottenburg, Amtsgerichtsplatz 1, 14057 Berlin, II. Stock Saal 218.

Gläubiger, deren Forderungen im Prüfungstermin festgestellt werden, erhalten keine Benachrichtigung über den Ausgang des Prüfungstermins. Die Gläubiger werden aufgefordert, dem Insolvenzverwalter unverzüglich mitzuteilen, welche Sicherungsrechte sie an beweglichen Sachen oder Rechten des Schuldners beanspruchen. Der Gegenstand, an dem das Sicherungsrecht beansprucht wird, die Art und der Entstehungsgrund des Sicherungsrechts sowie die gesicherte Forderung sind zu bezeichnen. Wer die Mitteilung schulhaft unterlässt oder verzögert, haftet für den daraus entstehenden Schaden (§ 28 Abs. 2 InsO).

Personen, die Verpflichtungen gegenüber dem Schuldner haben, werden aufgefordert, nicht mehr an den Schuldner, sondern an den Insolvenzverwalter zu leisten (§ 28 Abs. 3 InsO). Dem Verwalter sind die Zustellungen übertragen worden (§ 8 Abs. 3 InsO).

AZ: 36g IN 884/07
Berlin, 11. Juli 2007
Amtsgericht Charlottenburg

Grafs Gläubiger melden sich

Bis 1. September müssen die Gläubiger des ehemaligen Klinikum-Geschäftsführers Volker Graf ihre Forderungen bei Insolvenzverwalter Torsten Martini anmelden: Die Gläubigerversammlung findet am 11. Oktober in Berlin statt. In der Bundeshauptstadt ist Grafs Privat-Insolvenzverfahren am 6. Juli eröffnet worden. Der 51-Jährige steht mit mehreren Millionen Euro bei verschiedenen Gläubigern in der Kreide - Hauptgläubigerin ist das Klinikum Ludwigshafen. Graf wird beschuldigt, während seiner Geschäftsführertätigkeit über sechs Millionen Euro veruntreut zu haben. Das Geld soll in ein Firmengeflecht um die von ihm geführte Neue Pergamon Krankenhausgesellschaft (NPK) abgezweigt worden sein - die NPK hatte einen Managementvertrag mit dem Klinikum. Wegen des Verdachts der Untreue hat er mit einer Anklage der Staatsanwaltschaft für Wirtschaftsstrafsachen zu rechnen. Die Stadt als Eignerin des Klinikums hat einen Vollstreckungstitel über 1,5 Millionen gegen Graf. Die Verbindlichkeiten, die aus Straftatbeständen herrühren, bleiben laut Martini 30 Jahre bestehen. Andere Verbindlichkeiten werden durch die von Graf beantragte Restschuldbefreiung nach sechs Jahren erlassen. bur

Mannheimer Morgen
03. August 2007

Amtsgericht Ludwigshafen am Rhein, den 24.08.2007

- Insolvenzgericht -

Aktenzeichen: 3 c IN 355/06 Lu

Beschluss

In dem Insolvenzverfahren über das Vermögen der

Neue Pergamon Krankenhausmanagement GmbH, Rheinuferstraße 9
67061 Ludwigshafen

vertreten durch:

Sixto Atrio, (Geschäftsführer),

- Schuldnerin -

Insolvenzverwalter: Rechtsanwalt Dr. jur.Dr. rer.pol. Werner Schreiber,

Blumenstraße 17, 69115 Heidelberg,

wird Termin zur b e s o n d e r e n G l ä u b i g e r v e r s a m m l u n g

bestimmt auf Montag, den 01.10.2007, 10:00 Uhr, Saal XIII, im Amtsgerichtsgebäude

Tagesordnungspunkt:

Genehmigung zweier durch den Insolvenzverwalter abgeschlossenen
Vermögensschaden-Haftpflichtversicherungen zur Abdeckung des besonderen
Haftungsrisikos des Verwalters und des Gläubigerausschusses.

Graf: Gläubiger wollen viel Geld

Auf über zehn Millionen Euro belaufen sich die Forderungen der Gläubiger gegen den früheren Klinikum-Geschäftsführer Volker Graf. Auch wenn die Anmeldefrist offiziell am Samstag endete, werde eine Nachmeldefrist in den nächsten Wochen eingeräumt, erklärte eine Sprecherin der Berliner Kanzlei auf "MM"-Anfrage, die mit dem Insolvenzverfahren beauftragt ist. Am 11. Oktober komme die Gläubigerversammlung über das Privatvermögen Grafs zusammen. Der frühere Manager hatte sich im Mai für zahlungsunfähig erklärt und die Privatisolvenz beantragt. Einen Vollstreckungstitel gegen Graf über 1,5 Millionen Euro hat das Klinikum erwirkt. Der Schaden für das Krankenhaus wird mit weit über sechs Millionen Euro beziffert. Zudem läuft ein Insolvenzverfahren über die Graf-Gesellschaft "Neue Pergamon". ott

Mannheimer Morgen
03. September 2007

11. September 2007

Klinikum u. Geschäftsführer Asché zu Unterlassung verurteilt

Ludwigshafen | 11.09.2007. - 02:14:54

Im Rechtsstreit um die für die MSE Strategies und ihren Geschäftsführer, Marc S. Ellenbogen, geschäftsschädigenden und ehrabschneidenden Behauptungen des Klinikums-Geschäftsführers Asché in der „Rheinpfalz“ vom 25. Februar 2006 hat das Oberlandesgericht Zweibrücken vor Kurzem das Klinikum Ludwigshafen und ihren Geschäftsführer, Peter Asché, letztinstanzlich verurteilt: "Es zu unterlassen, zu behaupten, eine vergleichbare Leistung, für die die MSE Strategies € 400.000,-- bekomme, werde in Wetzlar für € 20.000,-- erbracht". Für jeden Fall der Zu widerhandlung ist ein Ordnungsgeld in Höhe von € 150.000,-- oder Ordnungshaft bis zu einem Monat festgesetzt worden.

Die Äußerung Aschés wertete das Gericht eindeutig als falsche Tatsachenbehauptung, die die Kreditwürdigkeit von MSE schädigt und die Ehre ihres Geschäftsführers abschneidet. Weiterhin bestätigte das OLG die bewusste Herabsetzung der Geschäftsfähigkeit der MSE Strategies aufgrund des sichtbaren Kampagnencharakters der zeitlich zusammenhängenden Artikel.

Marc S. Ellenbogen als Geschäftsführer zeigte sich bestätigt: „Die rechtskräftige Feststellung des Gerichts zu den verleumderischen Aussagen Herrn Aschés, zeigen, dass unsere Verträge mit dem Klinikum nicht überteuert waren. Jede andere Behauptung ist ehrabschneidend. Nun steht auch endlich juristisch fest, dass die politisch motivierte Kampagne führender Vertreter des Klinikums gegen die Arbeit der MSE jeglicher Grundlage entbehrt. Unsere Arbeit war nicht nur rechtens, sie war gut und hat das Klinikum vorangebracht. Wir mussten eine üble Kampagne hinnehmen. Wir werden unsere Ehre auf juristischem Wege wieder herstellen.“

Das Gericht hat darüber hinaus bestätigt, dass mit der Äußerung Aschés in der „Rheinpfalz“, bei den Lesern der Eindruck entstehen sollte, die MSE hätte durch unverhältnismäßige Vergütungsvereinbarungen an den wirtschaftlichen Problemen des Klinikums mitgewirkt. Diese falsche Tatsachenbehauptung suggeriert laut Gericht unseriöses Geschäftsgebaren von MSE und ihrem Geschäftsführer Ellenbogen.

Dies sei eine Ehrverletzung und beeinträchtigt die wirtschaftliche Wertschätzung sowohl der Firma als auch der Person. Daher hat das OLG der MSE und Marc Ellenbogen als Person ausdrücklich das Recht auf Stellung eines Strafantrages wegen übler Nachrede eingeräumt. Dieses sowie die Durchsetzung von Schadensersatzansprüchen werden derzeit vorbereitet.

Streit um Gehaltseinbußen

Sparverhandlungen am Klinikum ergebnislos vertagt

Von unserem Redaktionsmitglied Thomas Schrott

Müssen die 2500 Mitarbeiter des Ludwigshafener Klinikums größere finanzielle Einschnitte hinnehmen, um das Defizit des Krankenhaus zu verringern? Diese Frage ist weiterhin umstritten. Die Verhandlungen mit der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di seien ohne Ergebnis vertagt worden, erklärte gestern Klinikum-Geschäftsführer Peter Asché auf Anfrage. Ein neuer Termin wurde nicht vereinbart. "Es gab keine Fortschritte, die Gespräche sind aber nicht gescheitert", ergänzte die stellvertretende ver.di-Landesvorsitzende Andrea Hess.

"Einige grundsätzliche Fragen sind noch offen. Wir sprechen bislang nicht über konkrete Maßnahmen", sieht Asché noch einen längeren Weg zur Einigung. Seit gut einem halben Jahr dauern die intensiven Gespräche. Im Mai waren sie wegen tiefgreifender Meinungsverschiedenheiten abgebrochen worden.

Hauptstreitpunkt: Einen Notlagentarifvertrag, der Gehaltseinbußen für Krankenhaus-Mitarbeiter bis 2009 erlauben würde, hatte ver.di abgelehnt. Nach deren Auffassung ist die schwierige Lage des Klinikums nicht von den Beschäftigten zu verantworten, sondern basiere auf früheren Managementfehlern. Im Gespräch ist nun ein so genannter Zukunftssicherungsvertrag, bei dem es ebenfalls um einen vorübergehenden finanziellen Verzicht der Beschäftigten geht. Ein größerer Stellenabbau sei aber nicht vorgesehen, sagte Hess weiter.

Um eine rasche Umsetzung des Sparkonzepts zu erreichen, hatten sich im August bei einem Spitzentreffen OB Eva Lohse (CDU), Aufsichtsrat-Vize Ulrich Küppers (SPD) und Hess getroffen. Die Runde einigte sich darauf, die Vorschläge der Gewerkschaft getrennt zu behandeln, die auf neue Führungsstrukturen des Krankenhauses abzielen.

Nicht mehr so kontrovers wird mittlerweile die finanzielle Lage des Klinikums beurteilt. Während die Gewerkschaft lange Zeit das Eigenkapital des Krankenhauses mit 42 Millionen Euro bezifferte, sind es nach Ansicht der Geschäftsleitung nur noch 17 Millionen Euro. Asché: "In dieser Frage haben wir uns angenähert". Ohne kräftiges Gegensteuern wäre das Polster bis spätestens 2009 aufgebraucht, so der Geschäftsführer. Zur Erinnerung: In diesem Jahr rechnet das Klinikum mit einem Defizit von rund vier Millionen Euro.

Druckversion

Ludwigshafen/Berlin

Gläubigerversammlung in Affäre Volker Graf

In der Affäre um den Ex-Geschäftsführer des Klinikums Ludwigshafen, Volker Graf, ist in Berlin die Gläubigerversammlung zusammengekommen. Laut Konkursverwalter reicht das Vermögen Grafs bei weitem nicht aus, um die Forderungen der Gläubiger zu befriedigen.

Die Forderungen von Banken, Stadt und Klinikum belaufen sich mittlerweile auf rund 25 Millionen Euro. Allein das Klinikum Ludwigshafen möchte mehr als 12 Millionen Euro von Graf zurückhaben. Dass der Ex-Klinik-Chef das veruntreute Geld zurückzahlen kann, gilt als unwahrscheinlich.

Graf hatte zuletzt private Insolvenz angemeldet. Nach Informationen des SWR hat Graf offiziell nur einen Immobilienbesitz im Wert von rund 500.000 Euro, der allerdings mit Hypotheken belastet ist. Von Graf gab es nach der Gläubigerversammlung keinen Kommentar.

Graf soll als Geschäftsführer des Klinikums Ludwigshafen Aufträge ohne Ausschreibung an sein eigenes Firmenflecht vergeben haben. Zudem wird ihm vorgeworfen, Einkaufsvorteile in seine eigene Tasche abgezweigt zu haben.

Quelle: SWR.de - Nachrichten

Letzte Änderung am: 11.10.2007, 15.03 Uhr

DIE RHEINPFALZ

Gläubiger fordern 25 Millionen von Graf

Gestern Termin in Berlin - Forderungen werden geprüft – Klinikum will zwölf Millionen Euro zurück

Das städtische Klinikum, die Sparkasse Vorderpfalz, weitere Banken und ein Krankenhaus aus Nordrhein-Westfalen fordern von Volker Graf insgesamt 25 Millionen Euro zurück. Dies wurde gestern nach einem Termin am Amtsgericht Charlottenburg in Berlin bekannt. Auf Antrag des zahlungsunfähigen Ex-Klinikum-Geschäftsführers ist ein privates Insolvenzverfahren eröffnet worden. Ob und wie viel Geld das Klinikum von Graf zurückgezahlt bekommt, ist nach wie vor offen.

Allein die Stadt Ludwigshafen fordert von dem Manager rund zwölf Millionen Euro zurück. In dieser Summe ist auch ein gerichtlich bestätigter zivilrechtlicher Schadensersatzanspruch von 1,5 Millionen Euro gegenüber Graf beinhaltet. Die Stadt konzentriere sich nun darauf, diese Summe zu bekommen, erklärte Oberbürgermeisterin und Klinikum-Aufsichtsratsvorsitzende Eva Lohse auf Anfrage. Der Rest der Forderungen werde vom Klinikum wohl nicht eingeklagt, da keine Chance auf Rückzahlung bestehe und das Verfahren nur noch zusätzliches Geld kosten würde, sagte Lohse weiter.

Nach unbestätigten Informationen des Südwest-Rundfunks (SWR) soll das Klinikum mit einer Rückzahlung von höchstens 100.000 Euro rechnen können. Lohse wollte das auf Anfrage nicht bestätigen. Nach ihrem Wissen sei die Konkursmasse sehr klein, es gebe nicht mehr viel zu verteilen. Das hatte auch der Insolvenzverwalter im August erklärt, nachdem er sich einen ersten Überblick über Grafs finanzielle Lage gemacht hatte. Der Verwalter war gestern nicht für eine Stellungnahme zu erreichen.

Nach RHEINPFALZ-Informationen hat Graf auch bei der Sparkasse Vorderpfalz Schulden in Millionenhöhe, die zumindest teilweise über Sicherheiten abgedeckt sein sollen. Die Bank wollte sich dazu nicht öffentlich äußern.

Das Amtsgericht Charlottenberg bestätigte, dass Volker Graf gestern persönlich bei der Gläubigerversammlung anwesend war. Der vom Gericht beauftragte Insolvenzverwalter werde nun die von den Gläubigern angemeldeten Ansprüche auf das Privatvermögen prüfen. Dabei werde festgestellt, ob sie berechtigt seien und ob es sich um Grafs private Schulden handele oder um Forderungen an seine ebenfalls insolvente Krankenhaus-Managementfirma „Neue Pergamon“. Der Insolvenzverwalter wird dann eine Gläubiger-Liste erstellen und eine Quote für die Rückzahlung ausrechnen - falls dies möglich ist. Ob es eine Quote geben wird, ist offen“, erklärte die zuständige Rechtsanwältin.

Ziel des privaten Insolvenzverfahrens sei die Entschuldung von Graf. Wenn er sich in den nächsten Jahren korrekt verhalte, könne der Manager bis spätestens 2013 einen Antrag auf Restschuldbefreiung stellen. Während dieser Zeit bliebe ihm ein pfändungsfreier Teil seines Einkommens zum Leben, der Rest würde an die Gläubiger gehen. Danach könnte der Manager wieder bei Null anfangen. Für strafrechtlich begründete Forderungen gilt die Befreiung jedoch nicht. Die Staatsanwaltschaft für Wirtschaftsstrafsachen ermittelt wegen Untreue gegen Graf. Die Stadt wirft dem Ex-Manager vor, das Klinikum Ludwigshafen um einige Millionen Euro geprellt zu haben.

Bleibt Stadt auf Millionenforderung sitzen?

Insolvenzverwalter: Ex-Klinikumschef Volker Graf hat nur noch geringes Privatvermögen

Von unserem Redaktionsmitglied Thomas Schrott

Sehr ernüchternd für die Vertreter der Stadt verlief gestern in Berlin die Gläubigerversammlung im Insolvenzverfahren gegen den früheren Klinikum-Geschäftsführer Volker Graf. Forderungen von über 25 Millionen Euro wurden gegen den ehemaligen Manager erhoben, sagte Insolvenzverwalter Christian Köhler-Ma auf "MM"-Anfrage. Davon stammen 12,1 Millionen Euro vom städtischen Klinikum. Diesen Ansprüchen steht aber nur noch ein sehr geringes Privatvermögen Grafs gegenüber.

"Es wird keine nennenswerte Quote für die Gläubiger geben", meinte der Insolvenzverwalter. Diese werde allenfalls im Promillebereich liegen, dämpfte er Erwartungen, wonach die Stadt mit größeren Rückzahlungen rechnen könne. Nach derzeitigem Erkenntnisstand betrage das Graf-Vermögen nur einige tausend Euro.

Gleichwohl schließt Köhler-Ma nicht aus, dass sich die Summe erhöhen könne. Grund: Zu einigen Immobilien, die vor dem Insolvenzantrag im Juli vom früheren Manager verkauft worden seien, gingen Anfechtungsansprüche ein. Dem Vernehmen nach sollen Vermögenswerte an Grafs Frau überschrieben worden sein.

Bestenfalls, so die Erwartung des Insolvenzverwalters, komme eine Vermögenssumme zusammen, die im unteren sechsstelligen Bereich liege. Das Verfahren gegen den Ex-Manager dauere wohl noch ein Jahr. "In dieser Zeit müssen die Forderungen endgültig festgelegt werden."

Einen Vollstreckungstitel über 1,7 Millionen Euro gegen Graf hatte das städtische Klinikum bereits im Frühjahr beim Landgericht Frankenthal erwirkt. Zweiter Hauptgläubiger gegen den 51-Jährigen ist nach "MM"-Informationen eine westfälische Klinik. Nicht sehr überrascht zeigte sich OB Eva Lohse über die Nachricht, wonach der frühere Manager nur ein geringes Privatvermögen ausweise. "Wir warten den Bericht des Insolvenzverwalters ab und entscheiden dann über das weitere Vorgehen." Aus Kostengründen werde die Stadt aber vermutlich die weiteren Millionenforderungen nicht offiziell feststellen lassen.

Gegen die Krankenhausgesellschaft "Neue Pergamon" (NPK), die mehrheitlich Graf gehört, läuft ein weiteres Insolvenzverfahren. 22 Forderungen mit einem Gesamtvolumen von über zehn Millionen Euro wurden bereits als rechtsmäßig eingestuft. Zudem muss sich der 51-Jährige wohl auch strafrechtlich verantworten. Die Staatsanwaltschaft Kaiserslautern sieht sehr deutliche Anhaltspunkte dafür, dass der ehemalige Geschäftsführer des Klinikums 1,9 Millionen Euro durch einbehaltene Boni-Zahlungen veruntreut und an die NPK weitergeleitet habe.

12.10.07

Volker Graf soll 25 Millionen Euro zahlen

Ludwigshafen: Gläubiger müssen aber mit weniger Geld rechnen

Volker Graf, ehemaliger Geschäftsführer des Ludwigshafener Klinikums, der der Untreue beschuldigt wird, soll seinen Gläubigern 25 Millionen Euro zahlen. Wie die Tageszeitung "Die Rheinpfalz" berichtet, wurde dies am Donnerstag nach der Gläubigerversammlung im Insolvenzverfahren gegen Graf am Amtsgericht Charlottenburg in Berlin bekannt. Zu den Gläubigern gehören neben dem Ludwigshafener Klinikum die Sparkasse Vorderpfalz, weitere Banken sowie ein westfälisches Krankenhaus. Da Graf zahlungsunfähig ist, läuft ein privates Insolvenzverfahren.

Nach Informationen des Blattes schuldet Graf allein der Stadt Ludwigshafen 12 Millionen Euro. Diese Summe beinhaltet einen gerichtlich bestätigten Schadensersatzanspruch in Höhe von 1,5 Millionen Euro. Wie Oberbürgermeisterin und Klinikum-Aufsichtsratsvorsitzende Eva Lohse der "Rheinpfalz" sagte, bemühe sich die Stadt, diesen Betrag zu erhalten. Der Rest der Forderungen werde vom Klinikum wohl nicht eingeklagt, da die Kursmasse sehr klein und damit die Chance auf Rückzahlung gering sei. Ebenfalls Schulden in Millionenhöhe hat Graf laut "Rheinpfalz" bei der Sparkasse Vorderpfalz. Dieser Posten sei aber teilweise über Sicherheiten abgedeckt.

Im privaten Insolvenzverfahren werden nun die angemeldeten Ansprüche der Gläubiger auf Grafs Privatvermögen geprüft. Festgestellt wird dabei, ob der Ex-Klinikum-Chef tatsächlich mit seinem Privatvermögen haftet oder sein ebenfalls insolventes Unternehmen "Neue Pergamon".

9.11.07

Gegen Graf soll bald Anklage erhoben werden

Ludwigshafen: Staatsanwaltschaft hat Ermittlungen abgeschlossen

Durch Untreue hat der ehemalige Geschäftsführer des Ludwigshafener Klinikums, Volker Graf, der Einrichtung einen Schaden von 1,5 Millionen Euro beschert. Zu diesem Ergebnis kommt die Staatsanwaltschaft für Wirtschaftsstrafsachen, die jetzt ihre Ermittlungen gegen den Manager abgeschlossen hat. Die Anklage soll in wenigen Wochen erhoben werden, berichtet die Tageszeitung "Die Rheinpfalz".

Die Behörde konzentrierte sich eigenen Angaben zufolge bei ihrer Untersuchung auf dem Klinikum vorenthaltene Bonuszahlungen. Durch einen bundesweiten Einkaufsverbund für Kliniken hatte Grafs Firma günstigere Einkaufspreise erzielt. Die Ersparnis hat er - zumindest im Fall des Ludwigshafener Klinikums - nicht weitergegeben. Die Staatsanwaltschaft beziffert den Schaden für das städtische Krankenhaus auf 1,5 Millionen Euro, im Rathaus spricht man von mehreren Millionen.

11.01.08

Anklage gegen Graf wird bis Ostern erhoben

Ludwigshafen: Exklinikumschef soll Bonuszahlungen vorenthalten haben

Gegen den früheren Geschäftsführer des Klinikums Ludwigshafen Volker Graf soll bis Ostern Anklage erhoben werden. Das sagte Staatsanwältin Bettina Wachter der Tageszeitung "Die Rheinpfalz".

Die Staatsanwaltschaft für Wirtschaftsstrafsachen ermittelt gegen Graf wegen Untreue. Er soll dem Haus Bonuszahlungen nicht weitergegeben haben. Die Summe wird von der Stadt Ludwigshafen auf 1,5 Millionen Euro beziffert. (red)

Affäre Graf: Staatsanwaltschaft bereitet Anklage vor / Verteidiger sieht "hemdsärmeliges Verhalten" des Ex-Klinikum-Managers

"1,5 Millionen Euro veruntreut"

Von unserem Redaktionsmitglied Thomas Schrott

Ihre Ermittlungen gegen den früheren Klinikum-Geschäftsführer Volker Graf hat die Staatsanwaltschaft Kaiserslautern so gut wie beendet. "Zumindest einen Betrag von rund 1,5 Millionen Euro hat der frühere Manager veruntreut. Diese Fälle sind glasklar", bilanzierte Staatsanwältin Bettina Wachter auf "MM"-Anfrage. In den nächsten Wochen will sie die Anklageschrift aufsetzen.

Grafs Verteidiger Dr. Ingo Minoggio sieht jedoch kein strafrechtlich relevantes Fehlverhalten. "Es gab eher handwerkliche Fehler als ein kriminelles Handeln", zog er ein Fazit auf Nachfrage. "Mangels ausdrücklicher Regelungen" sei der damalige Geschäftsführer der Meinung gewesen, dass die Bonuszahlungen der Lieferanten nicht an das Klinikum weiterzuleiten seien. "Heute ist Graf aber schlauer."

Gleichwohl räumte Minoggio ein, dass Graf als Geschäftsführer "vieles hemdsärmelig gemacht" habe. Juristisch seien auch andere Dinge als die Rabattzahlungen nicht abgesichert gewesen. "Das ist aber früher nicht problematisiert worden." Sein Mandant habe sich nicht persönlich bereichert. Vielmehr seien die Beträge an dessen Gesellschaft "Neue Pergamon" (NPK) weitergeleitet worden, dort liegen genaue Belege vor. Letzteres bestreitet Wachter nicht. Bei der NPK-Buchhaltung sei nicht der Versuch gemacht worden, die Zahlungen zu verschleiern.

200 Einzeltaten aufgelistet

Gleichwohl steht für die Staatsanwältin völlig außer Zweifel, dass sich Graf der Untreue in rund 200 Einzeltaten durch nicht weitergeleitete Bonus-Zahlungen schuldig gemacht habe. "Dabei habe ich nur die Fälle aufgelistet, bei denen es um etwas größere Beträge geht und die aus meiner Sicht absolut unstrittig sind." Etwa Dreiviertel aller Klinikum-Lieferanten hätten Rabatte eingeräumt, die meist zwischen fünf und acht Prozent gelegen seien. Die Ermittlungsakten hätten ein beachtliches Volumen angenommen - mit 80 Tatheften und 30 Sonderbänden.

Längst nicht alles, was an Vorwürfen bekannt geworden war, werde bei der Anklageschrift berücksichtigt, sagte Wachter weiter. Dazu zählen etwa die Bereiche Privatfahrer oder Tankbelege. "Vieles ist strafrechtlich nicht bedeutsam, aber wohl zivilrechtlich relevant."

Eine erste Zivilklage hat der frühere Manager bereits verloren. Einen Vollstreckungstitel über 1,7 Millionen Euro gegen Graf hat das Klinikum im vergangenen Frühjahr erwirkt. Gleichwohl scheint unwahrscheinlich, dass die Stadt mit einer hohen Rückzahlung rechnen kann.

In medizinischer Behandlung

Der 52-jährige Graf, der mittlerweile in Berlin lebt, hat Privatinsolvenz angemeldet und verfügt laut Insolvenzverwalter Christian Köhler-Ma nur noch über ein sehr geringes Privatvermögen. Minoggio sieht dies ähnlich. Graf, der weiter medizinisch behandelt werden müsse, stehe vor dem finanziellen Nichts.

Die einzige Hoffnung des Klinikums, doch noch Geld zu bekommen, bleibt wohl über das Insolvenzverfahren zur NPK. Aber auch hier ist die Stadt nicht allein. Es wurden bereits Forderungen von über 25 Millionen Euro erhoben.

15. Januar 2008

OB Dr. Lohse trifft Vorgänger Dr. Schulte beim Amtsgericht

Ludwigshafen | 15.01.2008. - 18:29:08

Zu einer Begegnung der besonderen Art kam es heute Vormittag beim Amtsgericht in Ludwigshafen. Vor den Schranken des Gerichts standen sich Ludwigshafens Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse als Beklagte und Alt-Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schulte gegenüber. Letzterer als Anwalt des Geschäftsführers der früheren Klinikum-Marketingfirma MSE Strategies, Marc S. Ellenbogen.

Die Ludwigshafener Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse und ihr Vorgänger Dr. Wolfgang Schulte heute im Saal 101 beim Ludwigshafner Amtsgericht

Dessen Vertrag wurde von Grafs Nachfolger, Klinikum-Geschäftsführer Peter Asché, gekündigt, wobei er zuvor öffentlich behauptete, die von Ellenbogens Firma für 400.000 € im Jahr erbrachten Leistungen werden in Wetzlar für 20.000 € erbracht.

Ellenbogens Klage auf Unterlassung wurde auch in der Berufungsinstanz vom OLG stattgegeben; Asché wurde für den Fall der Wiederholung ein Ordnungsgeld in Höhe von 150.000 € oder Ordnungshaft bis zu einem Monat angedroht, wobei die Richter offenbar keinen Zweifel daran ließen, dass auch der Tatbestand der Verleumdung erfüllt sein könnte, was dann auch noch strafrechtlich von Bedeutung wäre.

Diesen, vor Gericht geschlossenen Vergleich wollte aber OB Lohse, die zugleich Aufsichtsratsvorsitzende des Klinikums ist, nicht akzeptieren und kündigte in der Rheinpfalz vom 7.7.2006 Widerspruch dagegen an: „Der Vertrag war falsch berechnet, die Leistungen waren durch nichts gerechtfertigt“, so die Begründung Lohses. Auch hier geht Ellenbogens Anwalt, Alt-OB Dr. Schulte, davon aus, dass dies – wie schon im Fall Asché – ebenfalls eine ehrverletzende und kreditschädigende Äußerung war.

Ellenbogen (Bild links, rechts Lohsevorgänger Dr. Schulte) siegte darüber hinaus auch im Zivilstreit gegen das Klinikum und erhielt – inklusive Zinsen – rund 200.000 € Schadensersatz zugesprochen.

Das Verfahren gegen OB Lohse war vom Amtsgericht zunächst bis zur Entscheidung in der Streitsache Ellenbogen / Asché ausgesetzt. Nun, da das OLG zugunsten von Ellenbogen und seiner Firma MSE Strategies entschieden hat, geht der Prozess gegen OB Lohse in eine neue Runde. Heute hatte der Richter die Parteien zur Beweisaufnahme geladen und dabei auch – wie aus gewöhnlich gut unterrichteter Quelle zu erfahren war – das persönliche Erscheinen der streitenden Parteien, also auch von OB Lohse angeordnet, was diese, so war zu hören, erfolglos abzuwenden versuchte.

Eine besondere Brisanz hat dieses Verfahren auch deshalb, weil Rheinpfalz-Lokalchef Stefan Keller, wie schon im Prozess Ellenbogen / Asché, erneut als Zeuge geladen war. Keller, der heute bestätigen sollte, dass er OB Lohse richtig zitiert hat, erschien heute wegen Krankheit nicht. Nach über einer Stunde Verhandlungsdauer hatte der Richter einen Vergleich formuliert: „Die Beklagte (Lohse) verpflichtet sich, die Aussage, die Leistungen des Klägers waren durch nichts gerechtfertigt, nicht zu tätigen. Die Beklagte stellt klar, dass sie in dem streitigen Artikel vom 7. 7.2006 nicht zum Ausdruck bringen wollte, dass die Leistungen des Klägers finanziell wertlos gewesen seien.“ Diesen Vergleich lehnte Lohse ab, weil sie befürchtete, dass die (anwesende) Presse darüber negativ für sie berichten würde.

Somit geht der Prozess im März in eine weitere Runde. Dann muss Rheinpfalz-Lokalchef Keller antreten und bestätigen oder dementieren, dass OB Lohse die zitierte Aussage wirklich so gemacht hat. Für OB Lohse könnte es dann aber, so Keller auf der Richtigkeit seiner Berichterstattung besteht, in der Klinikum-Affäre erstmals eng werden.

In dem Insolvenzverfahren über das Vermögen des
Prof. Dr. Volker Graf-Laitinen,
Geburtsjahr: ***,
***, ***
hat der Insolvenzverwalter am 14.2.08
Masseunzulänglichkeit angezeigt.

AZ: 36g IN 884/07
Berlin, 18. Februar 2008
Amtsgericht Charlottenburg

„Gibt nicht mehr viel zu verteilen“

Rheinpfalz
22.02.2008

Insolvenzverwalter gibt Vorwarnung an Gläubiger von Klinik-Manager Graf – Ein-Euro-Deal wird geprüft

► Die Gläubiger des zahlungsunfähigen Ex-Klinikum-Managers Volker Graf müssen sich weiter gedulden. Der Insolvenzverwalter, der das Verfahren über Graf's Privatvermögen führt, hat beim Amtsgericht Charlottenburg „Masseeinzulänglichkeit“ angezeigt. „Das ist eine Art Vorwarnung an die Gläubiger, dass es nicht mehr viel zu verteilen gibt“, erläuterte Insolvenzverwalter Torsten Martini.

Wie berichtet, belaufen sich die Gläubiger-Forderungen auf insgesamt etwa 25 Millionen Euro, die aber nicht alle anerkannt worden sind. Bei der Sparkasse Vorderpfalz hat Graf nach Martini Angaben rund 880.000 Euro Verbindlichkeiten. Das Klinikum Ludwigshafen verlangt von seinem ehemaligen Geschäftsführer insgesamt 12,2 Millionen Euro zurück. Der Insolvenzverwalter hat gerichtlich bestätigte Schadenersatzforderungen des Klinikums von 1,5 Millionen Euro als berechtigt anerkannt. Ob das Klinikum aber Geld sehen wird, ist angesichts Graf's privaten Konkurses offen.

Derzeit stünde der Verkauf von Graf's Haus in Hamm (Nordrhein-Westfalen) an, informierte Martini weiter. Der Erlös aus dem Verkauf soll den Gläubigern zukommen, in erster Linie der Sparkasse Vorderpfalz, die ein Grundpfandrecht auf zwei Graf-Immobilien habe. In den nächsten Monaten soll dann der Verkauf eines zweiten Hauses im Saarland erfolgen.

Neben den beiden Häusern hat der Insolvenzverwalter bisher wenig private Vermögenswerte gefunden. „Es gibt eine teure Wohnungseinrichtung und wertvolle Bilder an Graf's neuerem Wohnsitz in Berlin. Doch er bestreitet, dass sie ihm gehören“, berichtete Anwalt Martini. Graf sei mittlerweile geschieden und habe wieder geheiratet. Der Insolvenzverwalter hat nun die neue Ehefrau aufgefordert, Belege dafür vorzulegen, dass Einrichtung und Kunstgegenstände ihr gehören. Ebenfalls überprüft wird der Verkauf einer Graf-Firma für einen Euro. „Es könnte sein, dass diese Firma mehr wert war. Wir prüfen das gerade“, sagte Martini.



Nachdem er zu 1,5 Millionen Euro Schadenersatz an das Klinikum verurteilt wurde, meldete Volker Graf Privatinsolvenz an.

Nach RHEINPFALZ-Informationen hat Volker Graf-Laitinen, wie er jetzt heißt, im vergangenen Jahr eine Unternehmensberatung mit Sitz in Hamm verkauft. Diese Firma heißt „GVP Health Care Consulting GmbH“. Bei dem neuen Geschäftsführer soll es sich nach Angaben des Insolvenzverwalters um Sixto Atrio handeln. Ein Jurist, der schon einmal für Graf als Geschäftsführer arbeitete. Atrio führte die Geschäfte der „Neuen Pergamon“. Diese Krankenhaus-Managementgesellschaft wurde von Graf gegründet und betrieb neben dem Klinikum Ludwigshafen bundesweit zwei Krankenhäuser und mehrere Dienstleistungsbetriebe im Gesundheitswesen. Als die „Pergamon“ in finanzielle Schwierigkeiten geriet, wurde nach einem internen Machtkampf Sixto Atrio von Graf als Geschäftsführer eingesetzt. Der auf Insolvenzrecht spezialisierte Anwalt führte die Geschäfte bis zur Pleite des Unternehmens. Die Pergamon-Gläubiger warfen Atrio und Graf vor, Teile des Unternehmensvermögens ihrem Zugriff zu entziehen. So wurden zwei Krankenhäuser für jeweils einen Euro von der „Pergamon“ an eine Zwischenholding der „Prange Business Group“ verkauft – für die wiederum Atrio als Wirtschaftsanwalt tätig ist. Der Insolvenzverwalter der „Pergamon“ hatte daraufhin diese „Ein-Euro-Deals“ wieder rückgängig gemacht und die Krankenhäuser in die Konkursmasse zurückgeführt. Sie wurden mittlerweile verkauft. Der Erlös ist in die Insolvenzmasse geflossen und soll am Ende des immer noch laufenden Insolvenzverfahrens an die Gläubiger verteilt werden.

Ein ähnliches Vorgehen prüft nun der Berliner Insolvenzverwalter, der gerade Graf's private Finanzverhältnisse untersucht. Der Manager arbeite derzeit als Angestellter, habe einen Beratervertrag, liege mit seinem Verdienst aber unter der Pfändungsgrenze, berichtet Martini. Auch durch seine Heirat habe sich für die Gläubiger keine neue Möglichkeit erschlossen. Das Ehepaar Graf-Laitinen habe Gütertrennung vereinbart. (mix)

—ARCHIVFOTO KUNZ

Alt-OB Schulte: War nicht in Klinik-Affäre verstrickt"

Alt-Oberbürgermeister Wolfgang Schulte legt Wert auf die Feststellung, nicht in die so genannte Ludwigshafener Klinikum-Affäre verstrickt" gewesen zu sein.

Er nahm damit Stellung zu einem Bericht in unserer Ausgabe vom 16. Februar, in dem diese Formulierung verwendet worden war. Der Ausdruck verstrickt" sei im juristischen Sinne ein belastender" Begriff, betonte er in einer mündlichen Stellungnahme.

Sollte bei dem ehemaligen Geschäftsführer des Klinikums, Volker Graf, strafbares Verhalten vorliegen, müsse er Wert auf die Feststellung legen, dass er daran weder mitgewirkt, noch Kenntnis davon gehabt habe.

Graf sei bisher nur beschuldigt, nicht angeklagt, betonte Schulte.

Graf wird vorgeworfen, Gelder des Klinikums zugunsten seiner Firma, der Klinik-Management-Gesellschaft Neue Pergamon (**NPK**), veruntreut zu haben. Graf ist bereits zivilrechtlich zur Schadenersatzzahlung von rund 1,5 Millionen Euro verurteilt.

Mit einer Anklageerhebung gegen Graf ist nach Angaben der zuständigen Staatsanwaltschaft noch vor Ostern zu rechnen.

Schulte war nach seiner Amtszeit als Oberbürgermeister als Geschäftsführender Gesellschafter in das Unternehmen Grafs eingetreten, verließ es aber später wieder. (ell)

"Die Rheinpfalz" vom 28.02.2008

Anklage gegen Prof. Dr. Volker Graf

17. März 2008

Anklage gegen Prof. Dr. Volker Graf

Die Staatsanwaltschaft Kaiserslautern hat den Geschäftsführer der „Neue Pergamon Krankenhausmanagement GmbH“ (NPK) in Hamm, Prof. Dr. Volker Graf, wegen Untreue in 70 besonders schweren Fällen zu einer Wirtschaftsstrafkammer des Landgerichts Kaiserslautern angeklagt. Der 50jährige Angeklagte soll das Klinikum der Stadt Ludwigshafen a. Rh. von Januar 2003 bis Mai 2006 um Beträge in Höhe von insgesamt 1.468.586,05 EUR geschädigt haben. Es handelte sich hierbei um Bonuszahlungen von Lieferanten und Dienstleistern des Klinikums, die von der NPK vereinnahmt und pflichtwidrig nicht an das Klinikum weitergeleitet worden sein sollen.

Geschäftsziel der im Jahr 1995 gegründeten NPK war die Übernahme der Trägerschaft von Einrichtungen des Gesundheitswesens. Der Angeklagte bestimmte als Geschäftsführer und Mehrheitsgesellschafter die Geschicke des Unternehmens maßgebend. Im Jahr 1996 übertrug das Klinikum Ludwigshafen a. Rh. im Rahmen eines „Managementvertrags“ seine Betriebsführung der NPK. Der Angeklagte wurde zum Geschäftsführer auch des Klinikums bestellt. Lieferungen und Dienstleistungen Dritter gegenüber dem Klinikum wurden in den Folgejahren über die NPK abgewickelt. Gegenstand der vertraglichen Vereinbarungen mit Lieferanten und Dienstleistern war auch die Frage, wem deren umsatzabhängig zu leistende Bonuszahlungen zugute kommen sollten. Nach Einschätzung der Staatsanwaltschaft ergibt sich aus den Verträgen eindeutig, dass entsprechende Beträge zwar unmittelbar von der NPK vereinnahmt, aber an das Klinikum weitergeleitet werden sollten. Der Angeklagte unterließ es, die Weiterleitung zu veranlassen. Er gibt an, er habe den Verträgen mangels ausreichender Rechtskenntnisse eine solche Verpflichtung nicht entnommen. Die Höhe der Beträge ist unstreitig.

Angesichts der Vielzahl der Fälle, der Dauer der Tatbegehung und der Höhe des Schadens geht die Staatsanwaltschaft von gewerbsmäßigem Handeln aus, das eine Tat „besonders schwer“ wiegen lässt. In solchen Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren. Ansonsten wird Untreue (§ 266 Strafgesetzbuch) mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Eine unmittelbare Bereicherung des Angeklagten ist nicht festgestellt (dies ist für die Tatbestandserfüllung auch nicht erforderlich, da es nur auf den Nachteil bei dem Geschädigten ankommt). Jedoch profitierte der Angeklagte von der Tat jedenfalls mittelbar als Mehrheitsgesellschafter der NPK.

Helmut Bleh
Leitender Oberstaatsanwalt

http://www.luaktiv.de/scripts/cms_lu_aktiv/
http://www.luaktiv.de/scripts/cms_lu_aktiv/news.php?id=7053

Ludwigshafen – FWG: strafrechtliche Verfehlungen Grafs fallen in die Ära Lohse

Politik | 17.03.2008 - 15:51:20

Ludwigshafen / Kaiserslautern - Presseerklärung zur Klageerhebung der Staatsanwaltschaft Kaiserslautern gegen den früheren Klinikum-Geschäftsführer Prof. Dr. Volker Graf

Die FWG-Ratsfraktion begrüßt es, dass die Staatsanwaltschaft Kaiserslautern ihre terminliche Ankündigung, noch vor Ostern Anklage gegen Volker Graf zu erheben, wahrgemacht hat. Betrachtet man dagegen die Vorgehensweise der Staatsanwaltschaft Frankenthal, die ein Verfahren gegen den früheren Betriebsratsvorsitzenden des Klinikums, Kolbert, wegen angeblicher sexueller Nötigung einer Mitarbeiterin nun schon seit März 2005 weder zur Klageerhebung noch zur Einstellung des Verfahrens bringen kann, darf man der Staatsanwaltschaft Kaiserslautern durchaus Anerkennung aussprechen, zumal Recherchen in Wirtschaftsstrafsachen in der Regel wesentlich komplexer und deshalb meist arbeitsintensiver sind.

Im Falle der Klageerhebung gegen Volker Graf ist aus Sicht der FWG-Ratsfraktion ganz besonders interessant, dass die vom Ltd. Oberstaatsanwalt Bleh als strafrechtlich relevant bewerteten Delikte, nämlich die Nichtweiterleitung von Bonuszahlungen in Höhe von rund 1,5 Mio. Euro durch Grafs Gesellschaft „Neue Pergamon“ an das Klinikum, auf beiden Seiten war Graf Geschäftsführer, in den Jahren 2003 – 2005 stattfanden. Zu dieser Zeit war aber Oberbürgermeisterin Dr. Lohse die Vorsitzende des Aufsichtsrates der Klinikum gGmbH. Diesen Vorsitz hatte sie 2002 übernommen; zuvor gehörte sie schon seit 1999 dem Aufsichtsrat an. Damit fallen die strafrechtlich relevanten Verfehlungen Grafs ausschließlich in die Ära Lohse. Die FWG-Ratsfraktion erinnert an einen einstimmig gefassten Beschluss des Stadtrates, wonach ein Gutachten einzuholen ist, das die Verantwortung sowohl der Jahres-Wirtschaftsprüfer als auch der damals in Verantwortung stehenden Aufsichtsräte in rechtlicher Hinsicht bewertet. Die FWG-Fraktion fordert deshalb OB Lohse noch einmal auf, den Ratsbeschluss nicht länger zu verzögern, sondern unverzüglich umzusetzen, weil ansonsten möglicherweise Regressansprüche aus fehlerhaftem Handeln der Wirtschaftsprüfer und / oder der Aufsichtsräte verjähren könnten.

17.03.2008



Kaiserslautern: Anklage gegen Ex-Klinikgeschäftsführer Graf

Die Staatsanwaltschaft Kaiserslautern hat Anklage gegen den früheren Geschäftsführer des Klinikums Ludwigshafen, Volker Graf, erhoben. Dem 50-Jährigen werde Untreue in 70 besonders schweren Fällen vorgeworfen, teilte die Staatsanwaltschaft mit.

Graf soll dem Klinikum in den Jahren 2003 bis 2006 Bonuszahlungen von Lieferanten und Dienstleistern in Höhe von fast 1,5 Millionen Euro vorenthalten haben. Er hatte 1996 mit der Firma "Neue Pergamon" (NPK), deren Mehrheitsgesellschafter er war, die Betriebsführung des Klinikums übernommen. Graf wurde auch zum Geschäftsführer des Krankenhauses ernannt. Lieferungen und Dienstleistungen anderer Unternehmen an das Klinikum wurden in den folgenden Jahren über die NPK abgewickelt. Von Januar 2003 bis Mai 2006 soll die NPK daraus resultierende Bonuszahlungen für sich behalten haben, statt sie an das Klinikum weiterzuleiten. Zur Weitergabe des Geldes sei sie aber in den entsprechenden Verträgen "eindeutig" verpflichtet gewesen, teilte die Staatsanwaltschaft mit.

Graf beruft sich den Angaben zufolge darauf, eine solche Verpflichtung mangels ausreichender Rechtskenntnisse nicht erkannt zu haben. Die Staatsanwaltschaft hat keine Anhaltspunkte dafür gefunden, dass sich der 50-Jährige selbst bereichert hat. Als Mehrheitsgesellschafter der NPK habe Graf aber mittelbar von den Taten profitiert. Die Anklagebehörde geht von gewerbsmäßigem Handeln aus. Bei einer Verurteilung würde Graf demnach eine Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zehn Jahren drohen.

Stadt will Schadenersatz

Die Stadt Ludwigshafen hat Graf erfolgreich auf rund 1,3 Millionen Euro Schadenersatz verklagt, wie Oberbürgermeisterin Eva Lohse (CDU) sagte. "Wir befürchten, dass wir nichts bekommen", so Lohse weiter. Denn sowohl die NPK als auch Graf als Privatperson haben Insolvenz angemeldet.

Insgesamt bezifferte Lohse die Ansprüche der Stadt gegenüber Graf sogar auf etwa zehn Millionen Euro. Sie hält dem 50-Jährigen eine ganze Reihe weiterer Verfehlungen vor - von unkorrekten Spesenabrechnungen bis hin zum Einsatz von Klinikumsmitarbeitern für die NPK. Die restlichen Forderungen will die Stadt aber vorerst nicht gerichtlich durchsetzen, weil sie die Aussichten, dass Graf dann tatsächlich auch zahlt, als gering einstuft.

Andere Verfahren eingestellt

Die Staatsanwaltschaft konzentriert sich auf die Bonuszahlungen, andere Verfahren gegen Graf hat sie eingestellt. In einigen Fällen habe sich ein Tatverdacht nicht erhärtet, sagte Behördenleiter Helmut Bleh. Andere Delikte fielen bei der zu erwartenden Strafe wegen Untreue nicht ins Gewicht.

Quelle: SWR.de - Nachrichten

Ex-Klinik-Manager Graf muss vor Gericht

Anklage wegen Untreue in 70 Fällen

LUDWIGSHAFEN (mix). Die Staatsanwaltschaft Kaiserslautern hat den früheren Geschäftsführer des Ludwigshafener Klinikums, Volker Graf, wegen Untreue in 70 besonders schweren Fällen angeklagt. Der 50-Jährige soll das Klinikum von Januar 2003 bis Mai 2006 um Beträge von insgesamt rund 1,47 Millionen Euro geschädigt haben. Die Ermittlungen dauerten drei Jahre.

Die Staatsanwaltschaft für Wirtschaftsstrafsachen hat ihre Ermittlungen auf Bonuszahlungen konzentriert, die Graf dem Klinikum vorenthalten haben soll. Das Geld sei stattdessen in seine finanziell angeschlagene Klinik-Managementfirma „Neue Pergamon“ geflossen. Die Summe von 1,47 Millionen Euro ist unstrittig. Laut Staatsanwaltschaft behauptet Graf, er habe wegen mangelhafter Rechtskenntnisse nicht gewusst, dass er aufgrund von Verträgen die Bonuszahlungen an das Klinikum hätte weiterleiten müssen. „Das ist eine Noteinlassung und unglaublich“, so Leitender Oberstaatsanwalt Helmut Bleh. Denn an andere Krankenhäuser habe Grafs Firma die Bonuszahlungen aus einem bundesweiten Einkaufsverbund überwiesen.

Wann es zum Prozess kommen wird, ist offen. Grafs Anwalt war gestern für eine Stellungnahme nicht zu erreichen. Ludwigshafens Oberbürgermeisterin Eva Lohse hatte das Ermittlungsverfahren gegen den Manager Anfang 2005 ins Rollen gebracht - Graf kündigte wenig später und verließ das Krankenhaus. Die städtische Revision untersuchte die Geschäftsbücher und bezifferte einen Schaden von rund zehn Millionen Euro, der dem Klinikum in der Ära Graf entstanden sei. Lohse zeigte sich verwundert darüber, dass sich die Anklage nur auf Bonuszahlungen konzentriere.

Klinik-Manager Graf wegen Untreue angeklagt

Staatsanwalt geht von 70 besonders schweren Fällen aus - Klinikum um 1,47 Millionen Euro geschädigt - Prozesstermin offen

Die Staatsanwaltschaft Kaiserslautern hat den Ex-Klinikum-Geschäftsführer Volker Graf wegen Untreue in 70 besonders schweren Fällen angeklagt. Der 50-Jährige soll das Klinikum der Stadt Ludwigshafen von Januar 2003 bis Mai 2006 um Beträge von insgesamt rund 1,47 Millionen Euro geschädigt haben. Die Staatsanwaltschaft hat ihre Ermittlungen auf Bonuszahlungen konzentriert, die Graf dem Klinikum vorenthalten haben soll. Wann es zu einem Prozess kommen wird, ist derzeit offen.

Die Vorgänge hängen mit der Doppelfunktion des Managers zusammen: Graf fing Anfang der 90er Jahre als Geschäftsführer am Ludwigshafener Klinikum an und setzte die Privatisierung des Krankenhauses und der städtischen Alten- und Pflegeheime um. Parallel gründete Graf die „Neue Pergamon Krankenhaus

"Management Gesellschaft" (NPK), die einen Management-Vertrag mit dem Klinikum schloss. Graf fungierte gleichzeitig für NPK und Klinikum als Geschäftsführer, bis er am Klinikum 2006 kündigen musste. Die Stadt wirft Graf vor, die Klinik um zehn Millionen Euro geprellt zu haben.

Während die städtische Revision auch Kreditkartenabrechnungen, Dienstfahrzeuge und Personaleinsatz unter die Lupe nahm, konzentrierte sich die Staatsanwaltschaft auf die Bonuszahlungen als „dickste Brocken“. Laut Revisionsbericht, der der RHEINPFALZ vorliegt, soll das Ganze folgendermaßen abgelaufen sein: Ein Krankenhaus hat zahlreiche Lieferanten, etwa für Verbandsmaterial oder medizinische Apparate. Als das Klinikum unter Graf privatisiert wurde, habe der Manager ohne Absprache mit dem Klinikum-Aufsichtsrat eine Zusammenarbeit mit dem Einkaufsverbund der NPK initiiert - also seiner eigenen Firma. Die Kooperation sei damals mit wirtschaftlichen Vorteilen für das Klinikum begründet worden. Die NPK könne Waren für mehrere Krankenhäuser in ganz Deutschland bestellen und dadurch bessere Konditionen bei den Lieferanten heraushandeln. Doch stattdessen sei es zu „millionenschweren Transaktionen“ zum finanziellen Nachteil des Klinikums gekommen, bilanzieren die Revisoren. Für die Dienstleistung des Einkaufsverbundes habe die NPK legal eine Provision kassieren können. Doch Grafs Firma habe - so die Revisoren - auch den vertraglich mit Lieferanten vereinbarten Bonus für das Klinikum kassiert.

Laut Staatsanwaltschaft ergibt sich aus den Verträgen eindeutig, dass entsprechende Beträge an das Klinikum hätten weitergeleitet werden müssen. Graf habe dies unterlassen. Für die Staatsanwaltschaft sind dies 70 besonders schwere Fälle von Untreue. Die Summe von 1.468.586,05 Euro sei unstrittig. Dass sich Graf privat bereichert hat, glauben die Ermittler nicht. Das Geld sei ausschließlich auf NPK-Firmenkonten gelandet. Graf habe aber als NPK-Besitzer davon profitiert.

Gegenüber der Staatsanwaltschaft gab Graf an, er habe mangels ausreichender Rechtskenntnisse den Verträgen eine Verpflichtung zur Weiterleitung der Bonuszahlungen nicht entnommen. Für den Leitenden Oberstaatsanwalt Helmut Bleh ist dies unglaublich. Die Verträge seien eindeutig. Schließlich sei Geld an andere Krankenhäuser geflossen. Angesichts der Vielzahl der Fälle, der Dauer und der Schadenshöhe geht die Staatsanwaltschaft von gewerbsmäßigem Handeln aus, das eine Tat „besonders schwer“ wiegen lässt. „Im Falle einer Verurteilung ist mit einer Haftstrafe zu rechnen“, sagte Bleh.

Grafs Anwalt war gestern für eine Stellungnahme nicht zu erreichen. OB Lohse sagte: „Es ist wichtig, dass nun geklärt wird, ob Grafs Verhalten strafrechtlich relevant ist.“ Sie zeigte sich verwundert darüber, dass sich die Anklage nur auf Bonuszahlungen konzentriere. Der Schaden sei viel höher. Es gebe viele Hinweise darauf, dass Graf sich bereichert habe. (mix)

Klinikum Ludwigshafen: Strafverfolgungsbehörde erkennt Untreue in 70 besonders schweren Fällen / Schadenshöhe mindestens 1,5 Millionen Euro

Staatsanwalt erhebt Anklage gegen Graf

Von unserem Redaktionsmitglied Sybille Burmeister

Die Dimensionen dieses Falles sind gewaltig: Der ehemalige Geschäftsführer des Klinikums Ludwigshafen, Volker Graf soll knapp 1,5 Millionen Euro veruntreut haben und der Stadt einen Schaden von rund zehn Millionen Mark verursacht haben. Die Staatsanwaltschaft Kaiserslautern hat nun Anklage gegen ihn in 70 besonders schweren Fällen erhoben. Dies teilte der Leitende Oberstaatsanwalt, Helmut Bleh, gestern mit. Das Verfahren soll vor einer der beiden Wirtschaftsstrafkammern des Kaiserslauterer Landgerichts eröffnet werden.

Prozesstermin unklar

Wann es soweit ist, sei noch unklar, sagte Bleh auf Nachfrage: "Beide Wirtschaftsstrafkammern sind stark überlastet mit laufenden Verfahren, die sehr umfangreich sind. Wenn eines abgeschlossen ist soll zuerst der Prozess um die Ludwigshafener Hafenbetriebe eröffnet werden", erklärte Bleh. An der anderen Kammer laufe ebenfalls ein Verfahren, dessen Ende "unabsehbar" sei. "Wir warten mit Spannung, wann das Gericht diese Fälle terminiert."

Graf war seit 1995 Geschäftsführer der "Neuen Pergamon Krankenhausmanagement GmbH" (NPK). Die NPK, so formuliert es Staatsanwalt Bleh, sei gegründet worden, um die Trägerschaft von Einrichtungen des Gesundheitswesens zu übernehmen. Die Betriebsführung des Klinikums war der NPK 1996 im Rahmen eines "Managementvertrags" übergeben worden, Graf zum Geschäftsführer des Klinikums bestellt.

In den Folgejahren waren Lieferungen und Dienstleistungen Dritter gegenüber dem Klinikum über die NPK abgewickelt worden. In diesen Verträgen waren auch die umsatzabhängigen Bonuszahlungen festgelegt worden - die Graf laut Anklage an das Klinikum hätte weiterleiten müssen. Graf habe bei den Vernehmungen angegeben, dass er den Verträgen mangels ausreichender Rechtskenntnisse "diese Verpflichtung nicht entnommen" habe.

"Angesichts der Vielzahl der Fälle, der Dauer der Tatbegehung und der Höhe des Schadens geht die Staatsanwaltschaft von gewerbsmäßigem Handeln aus, das eine Tat besonders schwer wiegen lässt", erklärt Bleh. In der Anklage gehe es um den Zeitraum von Januar 2003 bis Mai 2006. Die Freiheitsstrafe, die auf Untreue in besonders schwerem Fall steht, betrage sechs Monate bis zehn Jahre. Als Mehrheitsgesellschafter der NPK habe Graf außerdem mittelbar von der Tat profitiert.

Dr. Ingo Minoggio, der Graf als Rechtsanwalt vertritt, lobte das "ruhige und sachliche Vorgehen" der Staatsanwaltschaft. Ihm sei die Klageschrift vor etwa einem Monat zugegangen, sagte er im Gespräch mit unserer Zeitung. "Es war damit zu rechnen, dass diese Vorwürfe gerichtlich geklärt werden." Diese Anklage beziehe sich auf einen zivilrechtlichen Vorgang. Graf hat Privatisolvenz angemeldet und lebt mittlerweile in Berlin. Forderungen gegen Graf von verschiedener Seite belaufen sich auf 25 Millionen Euro.

OB Dr. Eva Lohse wunderte sich, dass die Anklage sich nur auf die vorenthaltenen Bonuszahlungen beschränkt. Die bislang vorliegenden Revisionsberichte hätten einen Schaden von rund 10 Millionen Euro für die Stadt ergeben. Ein dritter Revisionsbericht

soll bald erscheinen.

Die FWG teilt mit, dass sie die Anklageerhebung begrüße. Es sei "interessant", dass der Zeitraum, der von der Staatsanwaltschaft als strafrechtlich relevant angesehen wird, in die Amtszeit von Lohse als Aufsichtsratschefin falle. Die FWG fordere weiterhin ein Gutachten, das die Verantwortung der Wirtschaftsprüfer und des Aufsichtsrats in rechtlicher Hinsicht bewertet.

Mannheimer Morgen

18. März 2008

**Nachfolgend Auszüge aus der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Kaiserslautern
vom 17.03.2008 gegen Volker Graf.**

Darin heißt es u.a.:

Der 50jährige Angeschuldigte soll das Klinikum der Stadt Ludwigshafen am Rhein von Januar 2003 bis Mai 2006 um Beträge in Höhe von insgesamt 1.468.586,05 EUR geschädigt haben. Es handelte sich hierbei um Bonuszahlungen von Lieferanten und Dienstleistern des Klinikums, die von der NPK vereinnahmt und pflichtwidrig nicht an das Klinikum weitergeleitet worden sein sollen.

Eine unmittelbare Bereicherung des Angeklagten ist nicht festgestellt (dies ist für die Tatbestandserfüllung auch nicht erforderlich, da es nur auf den Nachteil bei dem Geschädigten ankommt). Jedoch profitierte der Angeklagte von der Tat jedenfalls mittelbar als Mehrheitsgesellschafter der NPK.

Nachdem die NPK die Bonuszahlungen vereinnahmt haben soll - stellt die Stadt Ludwigshafen jetzt Strafanzeige gegen die dafür verantwortlichen Geschäftsführer?

Da einer öffentlichen Einrichtung geschadet wurde – nimmt die Staatsanwaltschaft Ludwigshafen von sich aus Ermittlungen auf?

Die NPK-Gesellschafter Graf, Matschke, Schulte und von Entress-Fürsteneck waren im Zeitraum Januar 2003 bis Mai 2006 – zumindest zeitweise - Geschäftsführer der NPK. Somit dürften sie von den, wahrscheinlich dem Klinikum Ludwigshafen vorenthaltenen, Bonuszahlungen profitiert haben.

Laut Eintrag vom 22.12.2003 im Handelsregister des Amtsgerichts Hamm HRB 1993 hatte die NPK ein Stammkapital von 2.729.400 Euro. Hauptgesellschafter sind **Volker Graf** (ca. 47 % Geschäftsanteile) und **Jürgen Matschke** (ca. 31 %). Beide waren, wie auch **Dr. Wolfgang Schulte** und **Silvio von Entress-Fürsteneck**, zu folgenden Zeiten auch Geschäftsführer der NPK:

Volker Graf

22.06.1995 Eintragung: Bestellung als GF -einzelvertretungsberechtigt
05.09.2006 Eintragung: Löschung als GF -einzelvertretungsberechtigt

Jürgen Matschke

22.06.1995	Eintragung: Bestellung als GF -einzelvertretungsberechtigt-
14.09.2004	Eintragung: Löschung als GF -einzelvertretungsberechtigt-
15.02.2006	Eintragung: Bestellung als GF -einzelvertretungsberechtigt-
05.09.2006	Eintragung: Löschung als GF -einzelvertretungsberechtigt-

Jürgen Matschke ist als Vorstand beim Klinikum Ansbach (www.klinikum-ansbach.de) im öffentlichen Dienst angestellt und wird mit öffentlichen Geldern bezahlt.

Dr. Wolfgang Schulte

19.09.2002 Eintragung: Bestellung als GF -einzelvertretungsberechtigt
07.04.2004 Eintragung: Löschung als GF -einzelvertretungsberechtigt
<http://www.wolfgangschulte.de>

Silvio von Entress-Fürsteneck

23.06.2004 Eintragung: Bestellung als GF -einzelvertretungsberechtigt
05.09.2006 Eintragung: Löschung als GF -einzelvertretungsberechtigt
<http://www.bed-and-breakfast-private-uebernachtung-in-haltern-am-see.de>

Nummer der Eintragung	a) Firma b) Sitz, Niederlassung, Zweigniederlassungen c) Gegenstand des Unternehmens	Grund- oder Stammkapital	a) Allgemeine Vertretungsregelung b) Vorstand, Leitungsorgan, geschäftsführende Direktoren, persönlich haftender Gesellschafter, Geschäftsführer, Vertretungsberechtigte und besondere Vertretungsbefugnis	Prokura	a) Rechtsform, Beginn, Satzung oder Gesellschaftsvertrag b) Sonstige Rechtsverhältnisse	a) Tag der Eintragung b) Bemerkungen
1	2	3	4	5	6	7
1	a) Neue Pergamon Krankenhausmanagement GmbH b) Hamm c) die Übernahme der Trägerschaft von Einrichtungen des Gesundheitswesens, etwa Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen u. ä. und/oder deren Geschäftsführung.	1.779.400,00 EUR	a) Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten. b) Geschäftsführer: <u>Dipl.-Volkswirt Dr. Graf, Volker, Hamm</u> <u>einzelvertretungsberechtigt mit der Befugnis im Namen der Gesellschaft mit sich im eigenen Namen oder als Vertreter eines Dritten Rechtsgeschäfte abzuschließen</u> <u>Geschäftsführer:</u> <u>Dr. Schulte, Wolfgang, Ludwigshafen, *30.09.1947</u> <u>einzelvertretungsberechtigt mit der Befugnis im Namen der Gesellschaft mit sich im eigenen Namen oder als Vertreter eines Dritten Rechtsgeschäfte abzuschließen</u> <u>Geschäftsführer:</u> <u>Matschke, Jürgen, Stuttgart, *31.12.1946</u> <u>einzelvertretungsberechtigt mit der Befugnis im Namen der Gesellschaft mit sich im eigenen Namen oder als Vertreter eines Dritten Rechtsgeschäfte abzuschließen</u>		a) Gesellschaft mit beschränkter Haftung Gesellschaftsvertrag vom 05.05.1995 zuletzt geändert am 18.08.2002 b) Tag der ersten Eintragung: 22.06.1995 Tag der letzten Eintragung: 19.09.2002 Dieses Blatt ist zur Fortführung auf EDV umgeschrieben worden und dabei an die Stelle des bisherigen Registerblattes getreten. Freigegeben am 11.12.2003.	a) 11.12.2003 Adkins b) Tag der ersten Eintragung: 22.06.1995 Tag der letzten Eintragung: 19.09.2002 Dieses Blatt ist zur Fortführung auf EDV umgeschrieben worden und dabei an die Stelle des bisherigen Registerblattes getreten. Freigegeben am 11.12.2003.
2		2.729.400,00 EUR			a) Die Gesellschafterversammlung vom 17.06.2003 hat die Änderung des Gesellschaftsvertrages in § 3 (Stammkapital) und mit ihr die Erhöhung des Stammkapitals um 950.000,00 EUR beschlossen.	a) 22.12.2003 von Gehlen b) Beschl. Bl. 142 ff. SB
3			b) Nicht mehr Geschäftsführer: <u>Dr. Schulte, Wolfgang, Ludwigshafen, *30.09.1947</u>			a) 07.04.2004 Adkins
4			b) Nicht mehr Geschäftsführer: <u>Petrich, Goerg, Lauingen, *20.02.1954</u>			a) 07.04.2004 Adkins
5						a) 07.04.2004 Adkins

Nummer der Eintragung	a) Firma b) Sitz, Niederlassung, Zweigniederlassungen c) Gegenstand des Unternehmens	Grund- oder Stammkapital	a) Allgemeine Vertretungsregelung b) Vorstand, Leitungsorgan, geschäftsführende Direktoren, persönlich haftender Gesellschafter, Geschäftsführer, Vertretungsberechtigte und besondere Vertretungsbefugnis	Prokura	a) Rechtsform, Beginn, Satzung oder Gesellschaftsvertrag b) Sonstige Rechtsverhältnisse	a) Tag der Eintragung b) Bemerkungen
1	2	3	4	5	6	7
					b) Herr Georg Petrich wurde versehentlich als Geschäftsführer gelöscht. Er war nie an der Gesellschaft beteiligt. Berichtigend eingetragen .	
6			b) <u>Geschäftsführer:</u> <u>von Entress-Fürsteneck, Silvio, Haltern, *22.02.1958</u> <u>einzelvertretungsberechtigt mit der Befugnis im Namen</u> <u>der Gesellschaft mit sich im eigenen Namen oder als</u> <u>Vertreter eines Dritten Rechtsgeschäfte abzuschließen.</u>			a) 23.06.2004 Adkins
7			b) <u>Nicht mehr</u> <u>Geschäftsführer:</u> <u>Matschke, Jürgen, Stuttgart, *31.12.1946</u>			a) 14.09.2004 Rellermeyer
8					a) Die Gesellschafterversammlung vom 04.12.2004 hat die Änderung des Gesellschaftsvertrages in § 5 (Gesellschafterversammlung), § 6 (Gesellschafterbeschlüsse) und § 10 (Ausscheiden von Gesellschaftern) beschlossen.	a) 25.02.2005 Becker b) Beschluss Bl. 177 ff. SB
9			b) <u>Geschäftsführer:</u> <u>Matschke, Jürgen, Stuttgart, *31.12.1946</u> <u>einzelvertretungsberechtigt mit der Befugnis im Namen</u> <u>der Gesellschaft mit sich im eigenen Namen oder als</u> <u>Vertreter eines Dritten Rechtsgeschäfte abzuschließen.</u>			a) 15.02.2006 Berhorst
10			b) <u>Geschäftsführer:</u> <u>Oswald, Hartwick, Erfurt, *18.10.1956</u> <u>einzelvertretungsberechtigt mit der Befugnis im Namen</u> <u>der Gesellschaft mit sich im eigenen Namen oder als</u> <u>Vertreter eines Dritten Rechtsgeschäfte abzuschließen.</u>			a) 13.06.2006 Berhorst

Nummer der Eintragung	a) Firma b) Sitz, Niederlassung, Zweigniederlassungen c) Gegenstand des Unternehmens	Grund- oder Stammkapital	a) Allgemeine Vertretungsregelung b) Vorstand, Leitungsorgan, geschäftsführende Direktoren, persönlich haftender Gesellschafter, Geschäftsführer, Vertretungsberechtigte und besondere Vertretungsbefugnis	Prokura	a) Rechtsform, Beginn, Satzung oder Gesellschaftsvertrag b) Sonstige Rechtsverhältnisse	a) Tag der Eintragung b) Bemerkungen
1	2	3	4	5	6	7
11			<p>b)</p> <p>Geschäftsführer: Atrio, Sixto D., Plettenberg, *21.05.1966 einzelvertretungsberechtigt mit der Befugnis im Namen der Gesellschaft mit sich im eigenen Namen oder als Vertreter eines Dritten Rechtsgeschäfte abzuschließen.</p> <p>Nicht mehr Geschäftsführer: <u>Dipl.-Volkswirt Dr. Graf, Volker, Hamm</u></p> <p>Nicht mehr Geschäftsführer: <u>Oswald, Hartwick, Erfurt, *18.10.1956</u></p> <p>Nicht mehr Geschäftsführer: <u>von Entress-Fürsteneck, Silvio, Haltern, *22.02.1958</u></p> <p>Nicht mehr Geschäftsführer: <u>Matschke, Jürgen, Stuttgart, *31.12.1946</u></p>			<p>a) 05.09.2006 Berhorst</p>
12					<p>b)</p> <p>Durch Beschluss des Amtsgerichts Ludwigshafen am Rhein (3 c IN 355/06 Lu) vom 27.09.2006 ist ein vorläufiger Insolvenzverwalter bestellt und zusätzlich angeordnet, dass Verfügungen der Gesellschaft nur mit Zustimmung des vorläufigen Insolvenzverwalters wirksam sind. Von Amts wegen eingetragen.</p>	<p>a) 09.10.2006 Berhorst</p>
13					<p>b)</p> <p>Durch Beschluss des Amtsgerichts Ludwigshafen am Rhein (3 c IN 355/06 Lu) vom 13.10.2006 ist über das Vermögen der Gesellschaft das Insolvenzverfahren eröffnet worden.</p> <p>Die Gesellschaft ist aufgelöst. Von Amts wegen eingetragen.</p>	<p>a) 18.10.2006 Berhorst</p>

Gemeinsames Registerportal der Länder

Sie sind hier: [> Startseite](#) [> Normale Suche](#) [> Suchergebnis](#) [> Veröffentlichungen](#) [> Veröffentlichung](#)

Veröffentlichung

Amtsgericht Hamm Aktenzeichen: HRB 1993:

Bekannt gemacht am: 04.03.2005 12:00 Uhr

Die in (). gesetzten Angaben der Geschäftsanschrift und des Unternehmensgegenstandes erfolgen ohne Gewähr.

Veränderungen

25.02.2005

Neue Pergamon Krankenhausmanagement GmbH, Hamm (An den Kirchen 28, 59077 Hamm). Die Gesellschafterversammlung vom 04.12.2004 hat die Änderung des Gesellschaftsvertrages in § 5 (Gesellschafterversammlung), § 6 (Gesellschafterbeschlüsse) und § 10 (Ausscheiden von Gesellschaftern) beschlossen.

Gemeinsames Registerportal der Länder

Sie sind hier: [> Startseite](#) [> Normale Suche](#) [> Suchergebnis](#) [> Veröffentlichungen](#) [> Veröffentlichung](#)

Veröffentlichung

Amtsgericht Hamm Aktenzeichen: HRB 1993:

Bekannt gemacht am: 24.02.2006 12:00 Uhr

Die in (). gesetzten Angaben der Geschäftsanschrift und des Unternehmensgegenstandes erfolgen ohne Gewähr.

Veränderungen

15.02.2006

Neue Pergamon Krankenhausmanagement GmbH, Hamm (An den Kirchen 28, 59077 Hamm). Geschäftsführer: Matschke, Jürgen, Stuttgart, *31.12.1946, einzelvertretungsberechtigt mit der Befugnis im Namen der Gesellschaft mit sich im eigenen Namen oder als Vertreter eines Dritten Rechtsgeschäfte abzuschließen.

Gemeinsames Registerportal der Länder

Sie sind hier: [> Startseite](#) [> Normale Suche](#) [> Suchergebnis](#) [> Veröffentlichungen](#) [> Veröffentlichung](#)

Veröffentlichung

Amtsgericht Hamm Aktenzeichen: HRB 1993:

Bekannt gemacht am: 21.06.2006 12:00 Uhr

Die in (). gesetzten Angaben der Geschäftsanschrift und des Unternehmensgegenstandes erfolgen ohne Gewähr.

Veränderungen

13.06.2006

Neue Pergamon Krankenhausmanagement GmbH, Hamm (An den Kirchen 28, 59077 Hamm). Geschäftsführer: Oswald, Hartwick, Erfurt, *18.10.1956, einzelvertretungsberechtigt mit der Befugnis im Namen der Gesellschaft mit sich im eigenen Namen oder als Vertreter eines Dritten Rechtsgeschäfte abzuschließen.

Gemeinsames Registerportal der Länder

Sie sind hier: [> Startseite](#) [> Normale Suche](#) [> Suchergebnis](#) [> Veröffentlichungen](#) [> Veröffentlichung](#)

Veröffentlichung

Amtsgericht Hamm Aktenzeichen: HRB 1993:

Bekannt gemacht am: 18.09.2006 12:00 Uhr

Die in (). gesetzten Angaben der Geschäftsanschrift und des Unternehmensgegenstandes erfolgen ohne Gewähr.

Veränderungen

05.09.2006

Neue Pergamon Krankenhausmanagement GmbH, Hamm (An den Kirchen 28, 59077 Hamm). Geschäftsführer: Atrio, Sixto D., Plettenberg, *21.05.1966, einzelvertretungsberechtigt mit der Befugnis im Namen der Gesellschaft mit sich im eigenen Namen oder als Vertreter eines Dritten Rechtsgeschäfte abzuschließen. Nicht mehr Geschäftsführer: Dipl.-Volkswirt Dr. Graf, Volker, Hamm; Matschke, Jürgen, Stuttgart, *31.12.1946; Oswald, Hartwick, Erfurt, *18.10.1956; von Entress-Fürsteneck, Silvio, Haltern, *22.02.1958.

Gemeinsames Registerportal der Länder

Sie sind hier: [> Startseite](#) [> Normale Suche](#) [> Suchergebnis](#) [> Veröffentlichungen](#) [> Veröffentlichung](#)

Veröffentlichung

Amtsgericht Hamm Aktenzeichen: HRB 1993:

Bekannt gemacht am: 13.11.2006 22:00 Uhr

Die in (). gesetzten Angaben der Geschäftsanschrift und des Unternehmensgegenstandes erfolgen ohne Gewähr.

Veränderungen

18.10.2006

Neue Pergamon Krankenhausmanagement GmbH, Hamm (An den Kirchen 28, 59077 Hamm). Durch Beschluss des Amtsgerichts Ludwigshafen am Rhein (3 c IN 355/06 Lu) vom 13.10.2006 ist über das Vermögen der Gesellschaft das Insolvenzverfahren eröffnet worden. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Von Amts wegen eingetragen.

DIE RHEINPFALZ

Die Verantwortung muss geklärt werden

Grüne und FWG stoßen Debatte über Klinikum-Aufsichtsrat und Fehler bei der Kontrolle von Graf an

Mit der Anklage der Staatsanwaltschaft gegen Volker Graf hat die strafrechtliche Aufarbeitung der Klinikum-Affäre begonnen. Die FWG und die Grünen haben unterdessen eine Debatte über die Verantwortung von Wirtschaftsprüfern und Aufsichtsratsmitgliedern im Klinikum angestoßen.

Die Verantwortung von allen Aufsichtsgremien muss geklärt werden und auch die Frage, warum es so lange gedauert hat, bis die Vorgänge am Klinikum untersucht wurden", sagte Bernhard Braun, Fraktionschef der Grünen. Seine Partei hätte bereits 1996 problematisiert, dass der Geschäftsführer des Klinikums gleichzeitig die Geschäftsführung der mit der Klinikums-Betriebsführung beauftragten Managementfirma Neue Pergamon übernahm.

Wir haben als einzige Fraktion dagegen gestimmt. Und wir hatten ein Gutachten vorgelegt, das zeigte, dass die Doppelfunktion Grafs problematisch war", sagte Braun. SPD und CDU hätten dieses Konstrukt gemeinsam getragen, es aber später nicht ausreichend kontrolliert. Es sei auch schwer vorstellbar, dass der damalige OB Wolfgang Schulte (SPD) nichts von den Vorgängen am Klinikum wusste, sagte Braun weiter. Eva Lohse (CDU) habe, als sie nach der gewonnenen Oberbürgermeisterwahl Klinikum-Aufsichtsratsvorsitzende wurde, richtig reagiert und eine Sonderprüfung der Geschäfte eingeleitet.

Die FWG-Fraktion erinnert an einen einstimmigen Stadtratsbeschluss, wonach ein Gutachten die Verantwortung sowohl der Jahres-Wirtschaftsprüfer als auch der seinerzeit in Verantwortung stehenden Aufsichtsräte, zu denen ab 1999 Lohse gehörte, rechtlich bewerten soll. Außerdem weist die FWG darauf hin, dass die strafrechtlich relevanten Fälle der Nichtweiterleitung von Bonuszahlungen in den Jahren 2003 bis 2005 stattgefunden hätten - also in dem Zeitraum, in dem bereits der Klinikum-Aufsichtsratsvorsitz auf Eva Lohse übergegangen sei. Die FWG forderte Lohse auf, das Gutachten unverzüglich umzusetzen, weil ansonsten Regressansprüche verjähren könnten.

CDU-Fraktionschef Heinrich Jöckel warf der FWG eine naive, kindliche Vorstellung" von der Arbeit eines Aufsichtsrates vor. Die jetzt von der Staatsanwaltschaft eingeklagten von Graf unterlassenen Bonuszahlungen an das Klinikum seien gar nicht berichtspflichtig gewesen. Dem Aufsichtsrat sei lange der Eindruck vermittelt worden, alles sei in Ordnung. Das Gremium bekomme nur eine Jahresrechnung und einen Wirtschaftsplan vorgelegt, die Geschäftsführer und Aufsichtsratsvorsitzender verantworten. Brisante Dinge seien nicht vorgelegt worden. Gegen Betrug sei man nicht gefeit, sagte Jöckel.

SPD-Fraktionschefin Heike Scharfenberger sagte zum Regress-Gutachten: „Wir gehen davon aus, dass die Verwaltung alles in die Wege leitet, was nötig ist". Generell sei es schwer zu beurteilen, ob der Aufsichtsrat Fehler gemacht habe. Dies hänge von dessen Informationsstand und den vorgelegten Wirtschaftsprüfberichten ab.

Wie berichtet, hat die Staatsanwaltschaft Graf wegen Untreue angeklagt. Er soll als Geschäftsführer der Pergamon-Managementgesellschaft dem Klinikum Bonuszahlungen von Lieferanten im Wert von 1,47 Millionen Euro vorenthalten haben. (mix)

DIE RHEINPFALZ

„Das Ganze wird sich im Sande verlaufen“

Hauptausschuss berät gestern über Konsequenzen aus der Klinikum-Affäre – Fraktionen sehen kaum Möglichkeiten

Im Klinikum Ludwigshafen wird es vorerst keine weiteren personellen und organisatorischen Konsequenzen geben, die im Zusammenhang mit der Affäre um den Ex-Geschäftsführer Volker Graf stehen. Das wurde gestern nach der nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses bekannt.

Auf Antrag der FDP hatte das Gremium beraten, inwieweit das Krankenhaus aus den Vorgängen gelernt hat. Es wurden deutliche Konsequenzen gezogen", zeigte sich FDP-Fraktionschef Harald Glahn nach der Sitzung zufrieden. Die Klinikum-Aufsichtsratsvorsitzende Eva Lohse habe dem Ausschuss die Änderungen erläutert. So sei in der Klinik ein neues internes Kontrollsyste installiert worden, das quer über die einzelnen Abteilungen funktioniere. Ferner sei überall das Vier-Augen-Prinzip eingeführt worden. Dadurch sei es nicht mehr möglich, nur mit einer Unterschrift, wie zu Grafs Zeiten, Dinge anzuordnen, berichtete Glahn. Auch seien Dienstwagenprivilegien abgeschafft und der Einkauf neu organisiert worden. Dieser Bereich war besonders im Blickpunkt, weil die Staatsanwaltschaft Graf vorwirft, dem Krankenhaus 1,5 Millionen Euro aus einem Ein kaufsverbund vorenthalten zu haben.

Ein weiteres Thema war die Frage, ob andere Funktionsträger außer Graf haftbar für wirtschaftliche Schäden gemacht werden können. Für die FDP ist klar: Die meisten handelnden Personen seien nicht mehr am Klinikum oder hätten einen geänderten Aufgabenbereich bekommen. Allerdings monierte Glahn merkwürdige Sonderleistungen" für zwei einzelne Mitarbeiter, die aus vertraglichen Vereinbarungen mit Graf resultierten. Dagegen sei juristisch aber kaum vorzugehen. Es gebe insgesamt kaum Möglichkeiten für Regressforderungen.

Wenn es schon schwer ist, den Häuptling zu schnappen, dann wäre es noch schwerer, die Indianer zu packen. Es hat keinen Sinn gegen die unteren Ebenen vorzugehen", sagte CDU Fraktionschef Heinrich Jöckel. Außerdem müsse das Klinikum handlungsfähig bleiben. Im Interesse des Ganzen sollte man nach vorne blicken", meinte Jöckel.

Auch die SPD-Fraktionschefin Heike Scharfenberger sieht den Betrieb des Klinikums als vorrangiges Ziel und kaum Erfolgsschancen für weitere Regressforderungen: Die unteren Ebenen können sich auf Anordnungen von oben berufen - und man müsste ihnen Vorsatz nachweisen. Eine sehr schwierige Situation". Bernhard Braun von den Grünen sagte: Leider ist es nicht gelungen, alle, die nahe dran waren, auszutauschen." Aber auch Braun sieht keine Möglichkeiten für weitere personelle Konsequenzen.

Ob der Klinikum-Aufsichtsrat oder die Wirtschaftsprüfer der Geschäftsbilanzen haftbar gemacht werden können, soll Ende Juni nach Vorlage des dritten Revisionsberichts über Grafs Geschäfte entschieden werden. FWG-Sprecher Rainer Metz fordert ein Gutachten zu dieser Frage. FDP, SPD und CDU wollen zunächst den Bericht abwarten. Die Grünen sehen die Aufsichtsfrage offen im Raum stehen.

Für Metz bleibt trotz aller Änderungen die Frage: „Wie konnte es soweit kommen“. Der Aufsichtsrat habe in der Ära Graf wohl keine effektive Kontrolle über das Klinikum gehabt, urteilt Metz. Und: „Ich denke, die Sache verläuft sich im Sande“. (mix)

Klinikum: Dritter Bericht der Revisoren bis zum Sommer

Verzicht auf neue Klage gegen Graf?

Einen dritten Bericht über Verfehlungen des früheren Klinikum-Geschäftsführers Volker Graf werden die städtischen Revisoren vor den Sommerferien vorlegen, erklärte gestern OB Eva Lohse auf "MM"-Anfrage. Nach den bisherigen Erkenntnissen der städtischen Prüfer liegt der von Graf verursachte Schaden bereits bei zehn Millionen Euro.

Ob die Stadt weitere juristische Schritte gegen den Ex-Manager einleitet, werde zusammen mit dem dritten Prüfbericht entschieden. "Wir haben zwar schon einen Vollstreckungstitel über 1,2 Millionen Euro gegen Graf erwirkt, aber noch keinen Cent gesehen, weil dieser Privatinsolvenz angemeldet hat", verwies Lohse auf ein Grundproblem. Daher sei fraglich, ob sich weitere Klagen letztlich für die Stadt rechnen. Offen sei, ob ein Gutachten über die Verursacher der finanziellen Verfehlungen bestellt werde.

FDP: Kontrollsystem verbessert

"Das Kontrollsystem hat sich nach Grafs Ausscheiden etwa durch die Einführung des Vier-Augen-Prinzips enorm verbessert", sagte FDP-Fraktionschef Harald Glahn nach einer Debatte im nicht-öffentlichen Teil des Hauptausschusses. Es gebe aber noch Altverträge über personelle Sonderleistungen. ott

Mannheimer Morgen
01. April 2008

**Stand 2005****Gesellschafter:****Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH****Allgemeiner Krankenhausverein für das Rheiderland****Geschäftsführer:** Günter Hagenhoff**Verwaltungsleitung:** Nicole Jakubzig**Chefarzte:** Dr. Markus Dornbach Dr. Viktor Gauss**Belegarzt:** Dr. Stephan Brieger

Das Haus verfügt über drei Fachabteilungen mit insgesamt 72 Betten.

Mit der Abteilung für Innere Medizin und der Abteilung für Allgemeine Chirurgie sowie mit einer Belegärztlichen Abteilung Gynäkologie und Geburtshilfe stellen wir unseren Auftrag einer qualifizierten, wohnortnahmen Grundversorgung sicher.

Die familiäre Atmosphäre sowie der Einsatz moderner Behandlungs- und Operationsmethoden unter Berücksichtigung optimaler Versorgungskonzepte ist die Basis der Unternehmenskultur, die das Krankenhaus Rheiderland prägt.

Die **Neue Pergamon Krankenhaus Management Gesellschaft mbH** (NPK) ist seit 2003 gemeinsam mit dem seit der Gründung des Krankenhauses bestehenden **Allgemeinen Krankenhausverein für das Rheiderland**, Träger der Krankenhaus Rheiderland gGmbH.

Dabei profitiert das Krankenhaus von den Synergien, der Fachkompetenz und Innovationskraft des NPK-Unternehmensverbundes.

Die NPK ist ein mittelständiges, eigen tümergeführtes Unternehmen, das derzeit mehr als zwanzig Einrichtungen des Gesundheitswesens - durch strategische Partnerschaften, Geschäftsbesorgungsverträge, Beteiligungen oder speziell auf die Anforderungen medizinischer Unternehmen ausgerichtete Einzeldienstleistungen - betreibt bzw. betreut.

Die Tätigkeit der Neue Pergamon Krankenhausmanagement GmbH umfasst fünf Geschäftsbereiche: Akutkrankenhäuser, Einrichtungen der Rehabilitation, Seniorenzentren, Pflegeheime und Plasmazentren.

15.11.2002

Verein behält Grundstück und Gebäude

Bis Ende Dezember des Jahres bleibt Geschäftsführer Helmut Ehrhardt im Amt / Ablösung durch Pergamon

mi Weener. Die Entscheidung für die Neue Pergamon sei keine Entscheidung gegen den Landkreis, sagt Dr. Enno Conring, Vorsitzer des „Allgemeinen Krankenhausvereins für das Rheiderland in Weener“, so der offizielle Vereinsname. Spätestens im Frühsommer habe sich aber gezeigt, dass sich bei den Verhandlungen zwischen dem Kreiskrankenhaus und dem Borromäus-Hospital in Leer für das Rheiderland-Krankenhaus in Weener nicht mehr viel abgespielt habe.

Das Weeneraner Krankenhaus habe selbst zusehen müssen, wo es bleibt. Die Probleme hätten sich dramatisch zugespielt: Die Budgets seien gekürzt worden, die Kosten aber gestiegen, sagt Conring. Ärzte seien knapp, die wenigsten wollten ins Krankenhaus. Der Krankenhausverein sei auch künftig noch wichtig, so Vorsitzer Conring.

Dem schloss sich auch der Münsteraner Rechtsanwalt und Steuerprüfer Dietmar Weidlich an, der der Mitgliederversammlung die künftige Konstruktion der Trägerschaft vorstellte. Ein Verein als Träger sei nicht zeitgemäß, weil so die Übernahme von Geschäftsanteilen durch andere Unternehmen oder Einrichtungen nicht möglich sei, sagte Weidlich. Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) ermögliche es, das Krankenhaus flexibel und ohne großen Verwaltungsaufwand zu führen.

Der Verein behält das Grundvermögen, das Grundstück und die Gebäude. Jetzt wird zunächst ein Betriebsführungs-Vertrag zwischen der Krankenhaus Rheiderland gGmbH und der Neuen Pergamon-Management GmbH abgeschlossen, die ab dem 1. Januar den Geschäftsführer stellt. Bis dahin leitet noch Helmut Ehrhardt den Betrieb.

Die Zusammenarbeit mit der Neuen Pergamon ist nach den Worten Weidlichs eindeutig die beste Lösung. So werde verhindert, dass das Krankenhaus an den Meistbietenden verschleudert werde, sagte der Rechtsanwalt.

Dass die Neue Pergamon mit dem Rheiderland-Krankenhaus Geld verdienen wolle, liege auf der Hand, sagt Pergamon-Mitgesellschafter Jürgen Matschke.

15.11.2002

Krankenhaus erwirtschaftete 2001 ein Plus

Geschäftsführer Helmut Ehrhardt (70) wurde von der Mitgliederversammlung mit Beifall verabschiedet

mi Weener. Das Krankenhaus Rheiderland hat im vergangenen Jahr ein Plus von rund 46.000 Euro erwirtschaftet. Im Jahr 2000 wurden noch rote Zahlen geschrieben: 263.000 Euro Miese. Diese Zahlen nannte Geschäftsführer Helmut Ehrhardt am Mittwochabend bei der Mitgliederversammlung des Krankenhausvereins, an der rund 40 Mitglieder teilnahmen.

Insgesamt hat es im Jahr 2001 rund 2.600 stationäre Patienten in Weener gegeben. Die Zahl der ambulanten Fälle lag bei 4.000 bis 4.500. Die durchschnittliche Verweildauer im Krankenhaus lag bei 7,9 Tagen und damit etwas niedriger als im Vorjahr. Die Auslastung lag bei 71,4 Prozent. 237 Geburten hat es gegeben, bei denen 241 Kinder geboren wurden. Die Zahl der Vollzeit-Beschäftigten im Krankenhaus belief sich auf 107, darunter zehn Ärzte. Das Krankenhaus Rheiderland hat 77 Betten. Die Fallkosten belaufen sich auf 2.381 Euro. Das sei noch günstig, so Ehrhardt während seines Jahresberichts.

Der Geschäftsführer wurde mit Beifall verabschiedet: Helmut Ehrhardt ist 70 Jahre alt und gibt die Verwaltung des Krankenhauses zum 1. Januar an einen Geschäftsführer ab, der von der Neuen Pergamon kommt. Kuratorium und geschäftsführender Vorstand wurden einstimmig entlastet.

Sie sind für das Krankenhaus
Rheiderland verantwortlich.

Von links: Geschäftsführer Helmut
Ehrhardt,

Pergamon-Mitgesellschafter Jürgen
Matschke,

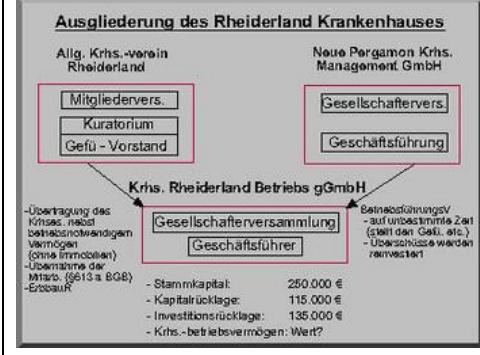
Krankenhausvereins-Vorsitzer
Dr. Enno Conring und
Rechtsanwalt Dietmar Weidlich.

15.11.2002

Krankenhaus holt sich Verstärkung

Private „Neue Pergamon-Krankenhaus-Management GmbH“ beteiligt sich als Mehrheits-Gesellschafter in Weener

Das private Unternehmen betreut bundesweit mehrere Krankenhäuser, Reha-Kliniken und andere Einrichtungen.



mi Weener. Das Krankenhaus Rheiderland in Weener wird künftig als gemeinnützige GmbH geführt. An dieser GmbH ist ab 1. Januar 2003 die Neue Pergamon-Krankenhaus-Management GmbH als Mehrheits-Gesellschafter beteiligt. Das hat die Mitgliederversammlung des Krankenhausvereins am Mittwochabend einstimmig beschlossen.

Am Stammkapital beteiligt sich das Krankenhaus Rheiderland mit 65.000 Euro, die Neue Pergamon mit 185.000 Euro. Diese private Management-Gesellschaft umfasst unter anderem die Geschäftsbereiche Krankenhäuser, Altenheime und Reha-Kliniken. Dazu gehören bundesweit Krankenhäuser unterschiedlicher Größe und Trägerschaft, unter anderem das der Stadt Ludwigshafen mit 1.000 Betten, so Jürgen Matschke, einer von drei Gesellschaftern der GmbH. Der Umsatz der von der Neuen Pergamon betreuten Einrichtungen beträgt 250 Millionen Euro, der der Gesellschaft selbst zehn Millionen, sagte Matschke. Der Name „Pergamon“ sei dem antiken Vorbild der gleichnamigen kleinasiatischen Stadt entlehnt, die seinerzeit als ein einmaliges medizinisches Zentrum galt.

Pergamon stehe für ein ganzheitliches Menschenbild, sagte Matschke, der kurz vorstellte, was die GmbH mit dem Krankenhaus Rheiderland vorhat. Die Chirurgie soll gehalten und ausgebaut werden, ebenso die Innere, Geburtshilfe und Anästhesie. Hier habe das Krankenhaus in Weener Vorteile durch den möglichen Ärzte austausch mit anderen beteiligten Kliniken, sagte Matschke. In Zusammenarbeit mit ambulanten Ärzten, beispielsweise einem Orthopäden, Urologen und einem Kinderarzt soll ein Gesundheitszentrum in Weener aufgebaut werden.

Durch den Verbund mit anderen Krankenhäusern sei das Krankenhaus Rheiderland am zentralen Einkauf beteiligt, was günstigere Preise bedeute. Darüber hinaus gebe es die Möglichkeit der Röntgen-Fernübertragung zwischen verschiedenen Häusern.

Die Substanz des Krankenhauses sei gesund. „Hier entscheidet sich, ob ein Haus überlebt“, ist Matschke überzeugt. 20 bis 30 Prozent der deutschen Krankenhäuser würden die Gesundheitsreform mit der neuen Abrechnung nach Fallpauschalen nicht überleben. Es komme darauf an, schnell auf Änderungen zu reagieren. Die Größe eines Krankenhauses sei dafür nicht ausschlaggebend.

Geradezu begeistert klang Matschke, als er die Stärken des Krankenhauses Rheiderland hervorhob. **An erster Stelle die hohe Motivation der Mitarbeiter**, die gute Stimmung in der Belegschaft sowie hohe Akzeptanz in der Bevölkerung und bei den niedergelassenen Ärzten. Es bestehne kein Anlass für Blut, Schweiß und Tränen, sagte Matschke, man werde nicht am Personal sparen, sondern Abläufe verbessern.

„Wir müssen keine Konkurrenz fürchten“, sagte der Gesellschafter der „Neuen Pergamon“. Das Krankenhaus in Weener habe Vorteile gegenüber den beiden Häusern in Leer.

12.12.2002

Krankenhaus in Weener wird gemeinnützige GmbH

Krankenhaus-Management gGmbH beteiligt sich mit 185 000 Euro

mi Weener. Das Krankenhaus Rheiderland in Weener wird künftig als gemeinnützige GmbH geführt. Das hat die Mitgliederversammlung des Krankenhausvereins am 13. November, wie berichtet, einstimmig beschlossen. „Diese Rechtsform erscheint effizienter und günstiger“, schreibt das Krankenhaus in einer Pressemitteilung.

Die neue Regelung gilt ab 1. Januar kommenden Jahres. Seit seiner Gründung im Jahr 1879 ist das Krankenhaus als so genannter altrechtlicher Verein geführt worden. Das ist nicht mehr zeitgemäß, weil so die Übernahme von Geschäftsanteilen durch andere Unternehmen oder Einrichtungen nicht möglich ist.

Genau das aber ist in Weener beschlossene Sache: Die „Neue Pergamon Krankenhaus-Management gGmbH“ aus Hamm ist als Mehrheits-Gesellschafter in die „Krankenhaus Rheiderland gGmbH“ eingetreten. Auch das hatte die Mitgliederversammlung einstimmig beschlossen. Am Stammkapital beteiligt sich das Krankenhaus Rheiderland mit 65 000 Euro, die „Neue Pergamon“ mit 185 000.

Die private Management-Gesellschaft umfasst unter anderem die Geschäftsbereiche Krankenhäuser, Altenheime und Reha-Kliniken. Dazu gehören bundesweit Krankenhäuser unterschiedlicher Größe und Trägerschaft, unter anderem das der Stadt Ludwigshafen mit 1 000 Betten. Der Umsatz der von der Neuen Pergamon betreuten Einrichtungen beträgt 250 Millionen Euro, der der Gesellschaft selbst zehn Millionen. Der Name „Pergamon“ ist dem antiken Vorbild der gleichnamigen kleinasiatischen Stadt entlehnt, die seinerzeit ein medizinisches Zentrum war.

Die Chirurgie soll in Weener gehalten und ausgebaut werden, ebenso die Innere, Geburtshilfe und Anästhesie. Das Krankenhaus in Weener will Vorteile durch den möglichen Ärzteaustausch mit anderen am Verbund beteiligten Kliniken nutzen und sich am zentralen Einkauf beteiligen, was günstigere Preise bedeutet. Darüber hinaus gibt es die Möglichkeit der Röntgen-Fernübertragung zwischen verschiedenen Häusern. In Zusammenarbeit mit ambulanten Ärzten, beispielsweise einem Orthopäden, Urologen und einem Kinderarzt, soll ein Gesundheitszentrum in Weener aufgebaut werden. Die gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH) ermöglicht es, das Krankenhaus flexibler und mit kleinerem Verwaltungsaufwand als bisher zu führen.

30.04.2003

Krankenhausverein hat nur noch 26 Prozent

Sie rangen im Krankenhausverein um die neue Satzung. Von links: Eberhard Akkermann von der Verwaltung, Geschäftsführer Lothar Stein, Vorsitzer Dr. Enno Conring, Stellvertreter Peter Freesemann, Bürgermeister der Stadt Weener, und Gerhard Daalmeyer vom Kuratorium.

Die Satzung muss den neuen Gegebenheiten angepasst werden. Der Verein ist nur noch Minderheiten-Gesellschafter im Rheiderland-Krankenhaus.

weener / BIBO - Zwei Stunden Ringen um Formulierungen und um einen Konsens, dann war es geschafft: Die Neufassung der Satzung des „Allgemeinen Krankenhausvereins für das Rheiderland in Weener“ wurde einstimmig verabschiedet. „Endlich ist die Kuh vom Eis“, entfuhr es Kuratoriumsmitglied Fritz Wessels nach diesem Kraftakt spontan. Applaus brandete auf in den Reihen der Mitglieder, die die zähe Diskussion verfolgt hatten.

Die Satzung müsse den veränderten Gegebenheiten angepasst werden, so Vereinsvorsitzender Dr. Enno Conring. Seit dem 1. Januar ist der Verein nicht mehr Träger des Krankenhauses, sondern mit 26 Prozent lediglich Minderheiten-Gesellschafter. 74 Prozent der Anteile liegen bei der Neuen Pergamon Management GmbH mit Sitz in Hamm. Das Kuratorium hatte bereits vor Monaten die Weichen für diese Kooperation gestellt und eine gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (gGmbH) gegründet. Conring stellte den Mitgliedern am Montag einen Entwurf vor, der mit dem Finanzamt abgesprochen worden sei, wie der Vorsitzende versicherte.

Die Mitglieder kritisierten insbesondere zwei Punkte: Zum Einen befürchteten sie, der Verein könne zum reinen „Geldsammelorgan“ werden und die Nähe zum Krankenhausbetrieb verlieren. „Unsere 26 Prozent sind in dem Entwurf an keiner Stelle demokratisch verankert“, wandte jemand aus der Zuhörerschaft ein. Conring warnte eindringlich vor dieser „Alles-oder-Nichts-Haltung“. Der Verein müsse sich mit den veränderten Umständen arrangieren. Dazu gehöre, dass man weniger zu sagen habe als bisher. Zum anderen wollte ein Mitglied sicherstellen, dass wie bisher im Kuratorium auch Ärzte und Mitarbeiter vertreten sind. Dieser Passus wurde nach langer Diskussion in den Entwurf aufgenommen. Überdies verständigte man sich auf eine weitere Zusatzklausel. Danach ist der Vorsitzende des Kuratoriums verpflichtet, mindestens einmal im Jahr eine Versammlung einzuberufen, in der er über die Arbeit in der gGmbH berichtet.

09.12.2003

Schließung ist keine beschlossene Sache

von michael mittmann

KRANKENHAUS RHEIDERLAND „Gelbe Liste“ des Sozialministeriums soll bloß Diskussionsgrundlage sein

Die Einrichtung in Weener sei nicht bedarfsgerecht, heißt es in Hannover. Die Weeneraner haben sich mit der „Neuen Pergamon“ einen starken Partner geholt.

Weener - Das Krankenhaus Rheiderland in Weener steht auf der Streichliste des Landes Niedersachsen. Dabei handelt es sich allerdings nach Aussage des niedersächsischen Sozialministeriums bloß um eine Diskussionsgrundlage. Das bestätigt auch Günter Hagenhoff, Geschäftsführer des Krankenhauses in Weener. „Wir werden alles dafür tun, dass es nicht so kommt“, sagt Hagenhoff.

„Das Krankenhaus Rheiderland Weener ist nicht bedarfsgerecht“, heißt es auf der so genannten Gelben Liste des Ministeriums. Die Liste könne jederzeit ergänzt oder verändert werden. Das Land kann Krankenhäuser zwar nicht schließen, will aber über die Vergabe von Zuschüssen bei Investitionen Einfluss nehmen.

Für das Krankenhaus in Weener spiele das keine Rolle, sagt Hagenhoff. Gemeint sind nur Zuschüsse für künftige Umbauten und Erweiterungen. Das steht in Weener aber nicht auf der Tagesordnung. Keinesfalls gehe es darum, Zuschüsse für Röntgenapparate oder sonstiges medizinisches Gerät zu kürzen, betont der Geschäftsführer des Krankenhauses Rheiderland. Insofern sei die Lage für Weener derzeit nicht dramatisch. „Wir werden weiter verhandeln“, kündigt Hagenhoff an.

„Wir werden uns jetzt zusammensetzen und besprechen, wie wir reagieren werden“, sagt Dr. Enno Conring, Vorsitzer des Krankenhausvereins Rheiderland. Investitionen in Baumaßnahmen seien für Weener kein Thema.

„In Weener geht es nicht um Investitionen“, bestätigt auch Bürgermeister Peter Freesemann, zugleich stellvertretender Vorsitzer des Krankenhausvereins. Der Verein habe sich einen starken Partner gesucht, um seinen Bestand zu sichern.

Seit Jahresbeginn wird das Krankenhaus als so genannte gemeinnützige GmbH (gGmbH) geführt. Mehrheits-Gesellschafter ist die „Neue Pergamon Krankenhaus-Management gGmbH“ aus Hamm. Zu diesem Verbund gehören Krankenhäuser in ganz Deutschland, darunter das der Stadt Ludwigshafen mit 1 000 Betten. Die „Neue Pergamon“ hat einen Umsatz von zehn Millionen Euro, die von ihr betreuten Einrichtungen von 250 Millionen. Mit dem Krankenhaus Rheiderland sieht sie gute Chancen am Markt. Man wolle so schließlich Geld verdienen, sagt Mitgesellschafter Jürgen Matschke im November 2002.

Das Krankenhaus in Weener hat 77 Betten und 150 Beschäftigte. Zum Angebot gehören die Chirurgie, die Innere mit einer Abteilung für Psychosomatik und die Geburtshilfe. Im vergangenen Jahr hat das Krankenhaus schwarze Zahlen geschrieben. Rund 5 000 Patienten sind behandelt worden, zur Hälfte stationär und ambulant.

Mitarbeiter üben deutliche Kritik an Neuer Pergamon

von stephan schmidt

VERSAMMLUNG Mitglieder des Krankenhausvereins Rheiderland pochen auf einen drei Jahre alten Vertrag

Sie fordern das Einhalten eines Vertrags, wonach der Verein dem Diakonischen Werk beitreten sollte. Die Mitglieder seien getäuscht worden, sagt Dr. Friedrich Bode.

weener - Der Punkt „Verschiedenes“ wird in vielen Mitgliederversammlungen selten für Redebeiträge genutzt. Nicht so am Donnerstagabend beim Allgemeinen Krankenhausverein für das Rheiderland. Mitglieder : viele von ihnen Mitarbeiter des Krankenhauses in Weener : äußerten Kritik am Mehrheitsgesellschafter „Neue Pergamon Krankenhaus-Management GmbH“. Aber auch Vereinsvorsitzer Dr. Enno Conring sah sich Vorwürfen ausgesetzt. Die Neue Pergamon führt als Mehrheitsgesellschafter das Krankenhaus gemeinsam mit dem Verein.

Die Mitglieder erinnerten Geschäftsführung und Vereinsvorstand an ein Schreiben von Ende 2001, das auch Conring unterzeichnet hat. Anlass war die Gründung einer gemeinnützigen GmbH, deren Mehrheitsgesellschafter die Neue Pergamon ist. Der Brief ging an alle Vereinsmitglieder. Darin werde unmissverständlich festgestellt, der Krankenhausverein sei Mitglied im Diakonischen Werk. Doch bis heute warte man auf Einlösung dieses Versprechens.

Vereinsmitglied und leitender Arzt im Krankenhaus Rheiderland, Dr. Friedrich Bode, wies auf die Bedeutung dieser Zeilen hin. Mit der Verpflichtung gehe eine tarifrechtliche Bindung an das kirchliche Recht einher. Auch würden weitere rechtliche Punkte berührt. „Wir sehen uns getäuscht. Sie haben unterschrieben, wir haben uns darauf verlassen“, sagte Bode. Er machte deutlich, dass das Schreiben auch Grundlage für die Entscheidung der Mitglieder gewesen sei, das Krankenhaus in eine gemeinnützige GmbH umzuwandeln. Dieser Passus sei „für uns alle ein Anker“ gewesen. Es gehe hier um das Vertrauen gegenüber der Geschäftsführung.

Vereinsvorsitzer Conring wies die Mitglieder darauf hin, dass eine Bindung an das Kirchenrecht nicht zwangsläufig eine Verbesserung der Lage der Mitarbeiter zur Folge habe.

Zweiter Kritikpunkt war die Essensversorgung der Patienten. Mitarbeiter und Mitglieder berichteten über Beschwerden zahlreicher Patienten über deren Qualität. Diese seien an die Geschäftsführung weitergeleitet worden. Konsequenzen seien daraus aber nicht gezogen worden. Ein Mitglied: „Wenn die Leute sagen, die Verpflegung ist nicht gut, dann können die Ärzte noch so gut sein.“

Günter Hagenhoff von der Neuen Pergamon, Geschäftsführer des Krankenhauses Rheiderland, gestand ein, dass es Probleme gegeben habe. „Es gab erhebliche Mängel, das gestehen wir ein. Aber seit vier oder fünf Monaten habe ich keine Klagen mehr gehört.“

Die Frage, ob durch die Übernahme der Verpflegung einer Tochter der Neuen Pergamon 2003 die Kosten verringert worden seien, beantwortete Hagenhoff mit Ja. Er bestätigte aber auch, dass die entlassenden Küchenmitarbeiter weiterhin auf der Lohnliste stünden.

Rheiderland
25.08.2005

Essen auf Rädern bekommt neue Köche

von stephan schmidt

SOZIALES Kreiskrankenhaus bereitet ab September Mahlzeiten für Diakoniestation Bunde-Jemgum zu

Bisheriger Lieferant war die Firma Genius, die im Altenzentrum Rheiderland ansässig ist. Anlass für den Anbieter-Wechsel seien Klagen über die Qualität des Essens.

rheiderland - Den Empfängern von „Essen auf Rädern“ im Rheiderland stehen ab September zwei Veränderungen ins Haus : vorausgesetzt, sie sind Kunden der Diakoniestation Bunde-Jemgum: Neue Köche und neue Teller wird es im kommenden Monat geben. Das Essen wird derzeit von der Firma Genius gekocht, die ihren Sitz im Altenzentrum Rheiderland in Weener hat. Künftig soll es vom Kreiskrankenhaus in Leer gemacht werden. An die Türen der alten Leute werden die Gerichte weiter von den Mitarbeitern der Diakoniestation Bunde-Jemgum gebracht.

Zweite Neuerung: Das Essen wird auf Tellern ausgeliefert und nicht mehr in Alu-Schalen. „Es ist wie im Krankenhaus: Man nimmt den Deckel ab, und das Essen ist auf einem Teller. Das sieht einfach appetitlicher aus“, meint der Bunder Bürgermeister und Diakonie-Vereinsvorsitzer Gerald Sap.

Doch auch, was auf dem Teller serviert wird, soll besser werden. In den vergangenen Monaten hätten sich die Klagen über die Speisen auf Rädern gehäuft. Das Essen, das von einer Tochterfirma der Neuen Pergamon, Betreiberin des Krankenhauses Rheiderland, gemacht wird, kam schon in der Mitgliederversammlung des Krankenhausvereins im Februar nicht gut weg (die OZ berichtete). Patienten hätten sich beschwert, äußerten mehrere Teilnehmer. Die Neue Pergamon gestand zwar zurückliegende Mängel ein, in den vorausgehenden vier oder fünf Monaten habe es allerdings keine Klagen mehr gegeben.

Da das Essen auf Rädern demnächst von einer anderen Küche hergestellt wird, werden sich auch die angebotenen Gerichte ändern, bestätigte Burkhard Schilling, Pflegedienstleiter der Diakoniestation. Weiterhin werde aber täglich aus drei Hauptgerichten gewählt werden können, an sieben Tagen in der Woche. Unverändert bleiben auch die Auslieferungszeiten und der Preis. Der liegt weiter bei 4,85 Euro pro Gericht und Tag. Das benutzte Geschirr vom Vortag werden die Mitarbeiter der Diakonie täglich wieder mitnehmen, wenn sie die frischen Mahlzeiten ausliefern.

Den Lieferservice Essen auf Rädern nehmen zum größten Teil ältere Menschen im Rheiderland in Anspruch. „98 Prozent unserer Kunden sind älter als 70 Jahre“, sagt die stellvertretende Pflegedienstleiterin Inge Holste-Tietjens. Zuschüsse gebe es nicht. Die Kosten für die tägliche Verpflegung frei Haus müssten die Empfänger selbst bezahlen.

Unter den Tellern mit den Gerichten sind Wachsgerne, die auf eine Temperatur von 120 Grad erwärmt werden. In den Fahrzeugen des Lieferdienstes werden die Gerichte unter einer Kunststoffglocke bis zur Übergabe an die Kunden warm gehalten.



Presseerklärung 5.04.2006

Krankenhaus Rheiderland: Verhandlungen über Notlagtarifvertrag

Verzichte der Mitarbeiter sollen drohende Insolvenz verhindern

Die aktuelle finanzielle Situation des Krankenhauses Rheiderland ist dramatisch.

Die Geschäftsführung verhandelt mit der Gewerkschaft verdi über einen Notlagtarifvertrag. „Wir haben inzwischen drei Verhandlungsrunden hinter uns gebracht“, erklärt Hartwick Oswald, Geschäftsführer der Neue Pergamon Krankenhausmanagement GmbH. „Wenn keine massiven Kosteneinsparungen erfolgen, ist eine Insolvenz des Krankenhauses Rheiderland nicht mehr abzuwenden. Sowohl der Vorstand des Krankenhausvereins, als auch das Kuratorium und die Neue Pergamon wollen die gesundheitliche Versorgung in Weener erhalten.“

Konkret bedeutet dies strukturelle Veränderungen im Personalbereich aber auch den Verzicht der Mitarbeiter auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld. „Durch diese Einsparungen können wir das Krankenhaus Rheiderland vor der Insolvenz bewahren. Mit der Besetzung der neuen Chefärzte im letzten Jahr bieten wir bereits eine qualitativ hochwertige Medizin an, die auch von der Bevölkerung in Weener akzeptiert wird. Nichtsdestotrotz müssen alle Kosten auf den Prüfstand gestellt werden.“ Dafür wurde Annette Große-Heitmeyer gestern als neue Geschäftsführerin benannt, die sich nun gemeinsam mit den Hauptgesellschaftern für den Erhalt der Arbeitsplätze und die Beibehaltung der wohnortnahmen Versorgung einsetzt.

In wirtschaftlich schwierigen Zeiten muss sich auch das Krankenhaus Rheiderland anpassen. „Dies gelingt nur, wenn auch die Mitarbeiter Verzicht leisten. Wir befinden uns in der Konvergenzphase. Diese lässt eine Öffnung des Tarifvertrages, der mit verdi geschlossen wurde, zu. Unser Vorschlag, bei Lohnverzicht eine Arbeitsplatzsicherung zu garantieren, setzt ein eindeutig positives Zeichen für die Zukunft der medizinischen Versorgung durch das Krankenhaus Rheiderland“, so Hartwick Oswald weiter.

Ostfriesen-Zeitung

06.04.2006

Weener: Klinik droht Insolvenz

von stephan schmidt

FINANZKRISE Betreiber spricht von „dramatischer Lage“ / Massive Einsparungen beim Personal gefordert

Im Gespräch sind Lohnkürzungen und eine Streichung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld.

weener - Das Krankenhaus Rheiderland in Weener steckt tief in einer finanzielle Krise. „Wenn in der nächsten Zeit keine massiven Kosteneinsparungen erfolgen, ist eine Insolvenz des Krankenhauses Rheiderland nicht mehr abzuwenden“, teilte Hartwick Oswald, Geschäftsführer der Betreibergesellschaft Neue Pergamon, gestern auf Nachfrage der OZ mit.

Es werde derzeit an einem so genannten Notlagen-Tarifvertrag gearbeitet. Konkret heißt das: Urlaubs- und Weihnachtsgeld sollen gestrichen werden. Zudem ist von einem Lohnverzicht der Mitarbeiter die Rede. Als Gegenleistung der Neuen Pergamon soll eine Arbeitsplatzgarantie für die Beschäftigten abgegeben werden. Nach OZ-Informationen sollen die Mitarbeiter auf zehn Prozent ihres Gehalts verzichten.

„Durch diese Maßnahmen können wir das Krankenhaus Rheiderland vor der Insolvenz bewahren“, sagt Oswald. Genaue Zahlen zur aktuellen Situation gab die Neue Pergamon nicht. Sie bezeichnet die finanzielle Lage des Krankenhauses aber als „dramatisch“.

Unterdessen wurde jetzt bekannt, dass es in der Leitung des Krankenhauses Rheiderland einen personellen Wechsel gibt: Der bisherige Geschäftsführer Günter Hagenhoff wird von Annette Große-Heitmeyer abgelöst.

Krankenhaus machte 680 000 Euro Verlust

Klinik in Weener muss nach Auffassung des Betreibers massiv beim Personal sparen

Verdi und die Neue Pergamon verhandeln noch. Kommt es zu keinem Ergebnis, will die Gesellschaft Insolvenz anmelden, sagt Geschäftsführer Hartwick Oswald.

weener - Ohne einen massiven Lohnverzicht ist das Krankenhaus Rheiderland in Weener nicht zu retten. Das hat Hartwick Oswald, Geschäftsführer der Betreibergesellschaft Neue Pergamon, gestern auf Nachfragen der Ostfriesen-Zeitung unterstrichen. Der 49-jährige Diplom-Volkswirt ist seit März bei der Neuen Pergamon für Krankenhäuser zuständig.

Mit mindestens 680 000 Euro Verlust habe das Krankenhaus im vergangenen Jahr abgeschlossen, sagte Oswald. Für dieses Jahr gehe die Prognose von 500 000 Euro aus, wenn weiter so gewirtschaftet werde wie bisher. „Auf diese Art und Weise zehren wir unser Eigenkapital auf“, sagte Oswald.

Die Positionen der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi und der neuen Pergamon liegen weit auseinander. Die etwa 150 Beschäftigten seien bereit, auf die Hälfte ihres Weihnachtsgeldes zu verzichten, so Verdi-Bezirksgeschäftsführer Ralf Pollmann. Das reicht für Oswald bei weitem nicht: Streichen des kompletten Weihnachtsgeldes und zehn Prozent weniger Lohn, lautet seine Forderung. Ein entsprechendes schriftliches Angebot von Verdi habe er schriftlich abgelehnt.

Am Dienstag hat Oswald die Belegschaft für 14 Uhr zu einer Mitarbeiter-Versammlung eingeladen. Zuvor verhandelt er nochmal mit Verdi. „Kommen wir zu keinem Ergebnis, muss ich Insolvenz anmelden“, sagte der Geschäftsführer der Neuen Pergamon. Personell habe das Unternehmen einen Neuanfang gemacht, so Oswald. Günter Hagenhoff, Geschäftsführer des Krankenhauses Rheiderland wurde abberufen und durch Annette Große-Heitmeyer ersetzt.

Verdi warte darauf, dass sich die Neue Pergamon bewege, sagte Bezirksgeschäftsführer Pollmann. Auch die Krankenhausgesellschaft müsse ihrerseits dazu bereit sein, Kosten zu senken. Damit sprach Pollmann gestern zum wiederholten Mal den Bereich Küche an, wo die neue Pergamon nach Auffassung von Verdi Leistungen einer Tochtergesellschaft zu übereuerten Preisen in Anspruch nimmt.

Nach Auffassung von Verdi sollen dabei 150 000 Euro einzusparen sein. Aber: „Wenn wir den Vertrag mit unserer Tochtergesellschaft kündigen, müssen wir 22 Mitarbeiter entlassen“, sagte Oswald.

Damit ruderte er wieder ein ganzes Stück zurück: Am Donnerstag hatte Hartwick Oswald noch angeboten, die Neue Pergamon sei sofort bereit, den Vertrag zu kündigen und die Krankenhaus-Verpflegung auszuschreiben, um zu überprüfen, ob es auch günstiger geht.

Ostfriesen-Zeitung

07.04.2006

Klinik in Weener: Verdi spricht von Kostentreiberei

weener / MI - Die Ausgaben des Krankenhauses Rheiderland in Weener sind nach Ansicht der Gewerkschaft Verdi zu hoch. Die Betreibergesellschaft Neue Pergamon habe für Aufträge an eine Tochterfirma überteuerte Rechnungen bezahlt. Insgesamt gehe es um einen sechsstelligen Betrag. Deren Geschäftsführer Hartwick Oswald weist diese Vorwürfe als völlig haltlos zurück.

Ostfriesland
07.04.2006

Patienten-Verpflegung wurde teuer bezahlt

von michael mittmann

GESUNDHEIT Rheiderland-Klinik: Verdi wirft Betreiber zu hohe Überweisungen an Tochterfirma vor

Der Chef der Neuen Pergamon, die das von der Insolvenz bedrohte Krankenhaus betreibt, weist den Vorwurf zurück. Er ist bereit, den Vertrag neu auszuschreiben.

weener - Die Krankenhausgesellschaft Neue Pergamon, Betreiberin des von der Insolvenz bedrohten Krankenhauses Rheiderland in Weener, habe Aufträge an Tochtergesellschaften vergeben und dafür übererteute Rechnungen erhalten. So lautet der Vorwurf der Dienstleistungs-Gewerkschaft Verdi. Hartwick Oswald, Geschäftsführer der Neuen Pergamon, weist den Vorwurf als ungeheuerlich und völlig haltlos zurück. Das Krankenhaus steckt tief in einer finanziellen Krise (die OZ berichtete). Die Mitarbeiter sollen auf einen Teil ihres Gehalts verzichten.

Es gehe um einen Betrag im sechsstelligen Bereich, den die Gesellschaft bei den Kosten in Weener hätte einsparen können, so Verdi-Bezirksgeschäftsführer Ralf Pollmann auf Nachfragen der OZ. Die Belegschaft sei grundsätzlich bereit, bestimmte Kürzungen hinzunehmen. Dafür müsse der Betreiber aber auch seinerseits bereit sein, Kosten an anderer Stelle zu sparen.

Was die Belegung und die Einnahmen angehe, stehe das Krankenhaus Rheiderland für ein kleines Haus ziemlich gut da, sagte Pollmann. Auf der Kostenseite gebe es aber Aufklärungsbedarf. Das betreffe beispielsweise die Küche: 2003 übernahm eine Tochtergesellschaft der Pergamon die Verpflegung der Patienten. Auf den ersten Blick sei das zu teuer, meint Pollmann.

Die Küche des Krankenhauses habe sich seinerzeit in einem katastrophalen Zustand befunden und habe daher geschlossen werden müssen, sagt dagegen Pergamon-Geschäftsführer Hartwick Oswald. In eine neue Küche hätte man eine immense Summe investieren müssen. Die Neue Pergamon sei bereit, den Vertrag mit der Tochterfirma sofort zu kündigen und die Verpflegung neu auszuschreiben. Im Übrigen sei der Beköstigungssatz vom Vorgänger so übernommen worden.

Gestern befasste sich das Kuratorium des Krankenhausvereins in einer kurzfristig anberaumten Sitzung mit der Lage. Man habe über das weitere Vorgehen Stillschweigen vereinbart, sagte Peter Freesemann, stellvertretender Vorsitzer des Vereins und Bürgermeister der Stadt Weener. Man werde alles daran setzen, das Krankenhaus Rheiderland in Weener zu erhalten.

Von einer Schließung wären rund 150 Mitarbeiter betroffen, davon 100 Vollzeit-Beschäftigte. Der Verein ist an der gemeinnützigen GmbH für das Krankenhaus mit 26 Prozent beteiligt. 74 Prozent entfallen auf die Neue Pergamon.

Ostfriesland
07.04.2006

Lack ab

von michael mittmann **Geradezu euphorisch war die Stimmung im November 2002, als mit der Gründung einer gemeinnützigen GmbH die Zusammenarbeit des Krankenhausvereins mit der Betreibergesellschaft Neue Pergamon besiegt wurde.**

Belegungszahlen und die Einnahmen können sich anscheinend sehen lassen. Trotzdem bezeichnet Hartwick Oswald, Geschäftsführer der Neuen Pergamon, die Lage als alarmierend. Da nicht davon auszugehen ist, dass sich die Situation seit Dezember vergangenen Jahres geändert hat, hat die Neue Pergamon ihren Partner in der gemeinsamen GmbH, den Krankenhausverein, offensichtlich über den wahren Zustand im Unklaren gelassen. Dass das Misstrauen im Rheiderland gegenüber dem Krankenhausbetreiber Neue Pergamon gewachsen ist, ist eine Folge dieser Politik. Dabei ist allen Beteiligten jetzt klar: Der Lack ist ab.

EMS-ZEITUNG

Klinik in Weener droht Insolvenz

Die Beschäftigten des Krankenhauses sollen auf Teile ihres Gehalts verzichten

Das Krankenhaus Rheiderland in Weener ist nach Angaben seines Mehrheitsgesellschafters Neue Pergamon in wirtschaftliche Schräglage geraten. Die Verluste können offenbar nicht aufgefangen werden, ohne dass die rund 150 Beschäftigten des Krankenhauses auf tarifliche Leistungen verzichten und Gehaltseinbußen hinnehmen.

Konkret vorgeschlagen wurde seitens der Geschäftsführung bei einer Betriebsversammlung der Verzicht auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie eine Kürzung der Gehälter um zehn Prozent. "Die Beschäftigten sollen im Rahmen einer Notlagentarifvereinbarung auf Teile ihres Gehaltes verzichten", bestätigte auch ver.di-Sekretär Ralf Pollmann die laufenden Verhandlungen.

"Kein Ausstieg aus dem Flächentarif" Ralf Pohlmann, ver.di-Sekretär

Das bedeutet für die Beschäftigten nicht den Ausstieg aus dem Flächentarif, der für das Krankenhaus Rheiderland nach wie vor gelte, sondern gehöre aus Sicht der Geschäftsführung zu den notwendigen Schritten, eine Insolvenz des Krankenhauses abzuwenden. Mittlerweile gab es zwei Gesprächsrunden zwischen Gewerkschaft, Personalrat und Geschäftsführung.

"Uns geht es um die Sicherung des Betriebes und der Arbeitsplätze", so Pollmann. Der Verzicht auf Gehalt und Sonderleistungen addiert sich auf 16 Prozent der Vergütungen, das macht nach Angaben von Pollmann etwa 750000 Euro im Jahr aus.

Rund 150 Mitarbeiter

Rund 150 Menschen arbeiten im Krankenhaus, davon 100 mit Vollzeitverträgen. An die Betriebsversammlung schloss sich eine Mitgliederversammlung der Belegschaft an, an der auch Ralf Pollmann teilnahm. "Die Bereitschaft, für das Haus etwas zu tun, ist groß bei vernünftigen Rahmenbedingungen", skizziert der ver.di-Sekretär die Lage.

Aus Sicht des Personalrates ist die wirtschaftliche Notlage, in der das Krankenhaus Rheiderland stecken soll, nicht unbedingt nachvollziehbar. Die Einnahmen hätten sich auf hohem Niveau stabilisiert, im Moment erreiche die Belegung des Krankenhauses Rekordwerte, wofür auch die neuen Chefärzte mit verantwortlich seien, die 2005 ihre Arbeit aufgenommen hätten. "Das Personal zerreißt sich für das Krankenhaus", umschreibt ein Mitglied des Personalrates den Umstand, dass die Belegschaft mit äußerster Energie bei der Sache sei.

Auf der Ausgabenseite dürfte der gescheiterte Versuch zu Buche schlagen, die komplette Mannschaft der Krankenhaus-Küche zu entlassen - sämtliche Mitarbeiter mussten nach arbeitsgerichtlichen Auseinandersetzungen wieder eingestellt werden.

Eine Arbeitsgruppe des Personalrates beschäftigt sich schon länger mit Anspruch und Wirklichkeit der Neuen Pergamon, die 74 Prozent der Anteile der Krankenhaus GmbH hält, die restlichen 26 Prozent liegen beim Trägerverein. "Die Probleme, die normalerweise bei kleineren Häusern da sind, existieren hier nicht. Ich bin überrascht, wie gut das Haus dasteht", kann Ralf Pollmann die offenbar plötzliche wirtschaftliche Notlage nicht ganz verstehen.

07.04.2006

Weener: Klinik-Leitung will Löhne kürzen Einschnitte sollen Bestand des Krankenhauses Rheiderland sichern

**Die Gewerkschaft Verdi ist zu Zugeständnissen bereit. Ihr erster Vorschlag:
Das Weihnachtsgeld in diesem Jahr wird um die Hälfte verringert.**

Die Mitarbeiter erfuhren von der dramatischen Lage des Krankenhauses Rheiderland in Weener in der vergangenen Woche: **Sie müssten „Verzicht leisten“**, so die Geschäftsführung der Betreibergesellschaft Neue Pergamon, um das Krankenhaus vor der Zahlungsunfähigkeit zu retten. „Wir haben inzwischen drei Verhandlungsrunden hinter uns gebracht“, sagt Hartwick Oswald, Geschäftsführer der Neuen Pergamon aus Ludwigshafen.

Verhandlungspartner ist neben der Belegschaft die Gewerkschaft Verdi. Ganz so weit entgegen kommen will sie der Neuen Pergamon nicht. Die Betreiber wollen das Urlaubs- und Weihnachtsgeld ganz streichen und Löhne kürzen. Verdi schlägt stattdessen vor: Verzicht auf das halbe Weihnachtsgeld für dieses Jahr. „Die Beschäftigten sind grundsätzlich bereit, Beiträge zur Sicherung des Krankenhauses zu leisten“, sagt Verdi-Bezirksgeschäftsführer Ralf Pollmann. Allerdings müsse neben einer Sicherung der Beschäftigung auch ein Sanierungskonzept vom Management vorgelegt werden. Die Krankenhaus-Leitung müsse insbesondere jene Kosten senken, die nichts mit den Arbeitnehmern zu tun haben.

Grundsätzlich sei eine Änderung der Arbeitsverträge möglich, sagt Pollmann. Ein neuer Tarifvertrag könne bei einer „gravierenden wirtschaftlichen Notlage“ geschlossen werden.

Das Krankenhaus in Weener gilt im Rheiderland als Institution. Immer wieder wurde etwa von Politikern betont, wie wichtig die Klinik mit ihren derzeit 77 Betten für die Rheiderländer Identität sei. Weeneraner Bürger gründeten 1879 einen „Allgemeinen Krankenhausverein für das Rheiderland“. Den Verein gibt es noch heute. Er ist zu rund einem Viertel an der Einrichtung beteiligt. Rund drei Viertel sind in der Hand der Neuen Pergamon, die 2002 in Weener eingestiegen ist.

Die Neue Pergamon besteht seit 1995. Sie ist an sechs Krankenhäusern und einem Pflegeheim beteiligt und führt die Geschäfte in drei weiteren Kliniken und einem Gesundheitszentrum.

12.04.2006

Krankenhaus: Verhandlungen in heißer Phase

FINANZKRISE Geladene Stimmung auf Betriebsversammlung der Klinik in Weener

weener / PHA - Die Verhandlungen über die wirtschaftliche Notlage des Krankenhauses Rheiderland in Weener gehen in die entscheidende Phase. Nach OZ-Informationen ist heute, spätestens morgen mit einem konkreten Ergebnis zu rechnen. Die Betreibergesellschaft Neue Pergamon aus Ludwigshafen hatte für gestern eine Betriebsversammlung einberufen. Geschäftsführer Hartwick Oswald informierte die Mitarbeiter über den Stand der Verhandlungen. Details wurden nicht bekannt. Beide Verhandlungsseiten teilten mit, dass Stillschweigen vereinbart worden sei. Die Stimmung unter den mehr als 70 Mitarbeitern im voll besetzten Sitzungsraum des Krankenhauses sei geladen gewesen, sagen Teilnehmer.

Die Weeneraner Klinik hat im vergangenen Jahr 680 000 Euro Verlust gemacht. Um eine Insolvenz abzuwenden, will die Neue Pergamon zehn Prozent der Löhne und das Weihnachtsgeld streichen. Verdi hingegen war bei Beginn der Verhandlungen bereit, auf die Hälfte des Weihnachtsgeldes zu verzichten.

„Ganz klar ist: Alle Beteiligten wollen die drohende Insolvenz des Krankenhauses Rheiderland abwenden“, teilte Geschäftsführer Oswald mit.

**Ostfriesland
13.04.2006**

Das Krankenhaus

Rund 150 Mitarbeiter sind insgesamt im Krankenhaus Rheiderland in Weener beschäftigt, davon etwa 100 Vollzeit-Beschäftigte.

Für dieses Jahr rechnet Hartwick Oswald, Geschäftsführer der Neuen Pergamon aus Ludwigshafen, mit einem Verlust des Krankenhauses in Weener von 500 000 Euro. Die Neue Pergamon ist 2002 in Weener eingestiegen.

Zu Beginn der Verhandlungen über einen so genannten Notlagen-Tarifvertrag gingen die Positionen weit auseinander: Die Gewerkschaft Verdi war bereit, auf die Hälfte des Weihnachtsgeldes zu verzichten, die Geschäftsführung wollte zehn Prozent vom Lohn und das gesamte Weihnachtsgeld streichen.

Krankenhaus: Was jetzt?

Pergamon ist »raus«

Trägerverein übernimmt Gesellschafteranteile

kauf **WEENER**. Die »Ehe« zwischen der Neuen Pergamon und dem Krankenhaus Rheiderland steht vor dem »Aus«: Überraschend haben gestern der Krankenhausverein und die Krankenhausmanagement GmbH in einer gemeinsamen Presse-Erklärung das Ende ihrer gemeinsamen Zusammenarbeit bekannt gegeben. Der Weg ist damit frei für einen Neuanfang - und bei diesem spielt das Kreiskrankenhaus eine wichtige Rolle. Zusammen mit den Leeranern soll jetzt die Sanierung des Weeneraner Traditionshauses in Angriff genommen und ein Weg aus der Krise gefunden werden.

»Die Neue Pergamon Krankenhausmanagement GmbH (NPK) wird ihre Gesellschafteranteile am Rheiderland-Krankenhaus in Weener an den Allgemeinen Krankenhausverein übertragen«, teilte NPK-Geschäftsführer Hartwick Oswald in der Presseerklärung mit. Bekanntlich hielt die NPK bislang 74 Prozent der Anteile, der Verein 26 Prozent. Begründet wurde dieser Schritt mit »unüberwindlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen der Geschäftsführung und dem Betriebsrat«. Bekanntlich hatte es in den vergangenen Tagen langwierige Verhandlungen zwischen der Neuen Pergamon und der Krankenhaus-Belegschaft gegeben. Die NPK forderte, um die ihrer Meinung nach drohende Insolvenz des Hauses abzuwenden, eine Kürzung der Gehälter um zehn Prozent sowie eine Streichung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes. Betriebsrat und ver.di lehnten ab. Das Scheitern der Verhandlungen zeigt auch, dass das Vertrauensverhältnis zwischen Belegschaft und Pergamon stark beschädigt ist: der Betriebsrat hat deutlich gemacht, dass er einem Sanierungstarifvertrag nicht zustimmen wird, wenn die NPK GmbH weiterhin am



»Erster Schritt« für einen Weg aus der Krise: Bürgermeister Peter Freesemann zeigt sich erleichtert über das Verhandlungsergebnis.

Fotos: RZ-Archiv



Sieht jetzt den Krankenhausverein in der Pflicht, die Sanierung des Krankenhauses voranzutreiben: NPK-Geschäftsführer Hartwick Oswald.

Ruder des Krankenhauses steht.

Gesellschafter und Betriebsrat seien bei den jüngsten Gesprächen zu dem Er-

gebnis gekommen, dass eine erfolgreiche Sanierung des Krankenhauses nur durch den Krankenhausverein als alleiniger Gesellschafter

durchgeführt werden könne, so Geschäftsführer Oswald. Der Krankenhausverein selbst hat den Vorschlag unterbreitet, die Anteile zu übernehmen. Das Kuratorium hatte mit einem einstimmigen Beschluss den Weg dafür geebnet.

Bürgermeister Peter Freesemann, der im Auftrag des Krankenhausvereins die schwierigen Verhandlungen leitete, sieht die gefundene Lösung »als ersten Schritt und derzeit einzigen Weg, das Krankenhaus Rheiderland aus der Krise zu führen«. Die Beteiligten sind sich allerdings auch darüber im Klaren, dass sie Einschnitte im bestehenden Tarifsystem hinnehmen müssen, um diese Krise zu meistern.

Nun ruhen alle Hoffnungen auf eine Zusammenarbeit mit der Kreiskrankenhaus Leer gGmbH. Landrat Bernhard Bramlage hatte den Rheiderländer jüngst bei einem Krisengespräch die Unterstützung des Kreises angeboten. In der kommenden Woche, so Freesemann auf Nachfrage, sollen Details dieser Zusammenarbeit festgeklopft werden. Voraussetzung ist ein Betriebsführungsvertrag zwischen Kreiskrankenhaus und Krankenhaus Rheiderland.

Auch der Gesellschafterwechsel soll in der kommenden Woche besprochen werden. Bis der Übergang geklärt ist, bleibt auch die neue Geschäftsführerin Annette Große-Heitmeyer, die erst zu Beginn der Woche von der Pergamon eingesetzt worden war, im Amt.

Die Zusammenarbeit zwischen der Neuen Pergamon und dem Krankenhausverein trat am 1. Januar 2003 in Kraft. Als Mitgesellschafterin der »Krankenhaus Rheiderland gGmbH« hatte die NPK ein Investitionskapital von 135.000 Euro angekündigt - musste sich aber später immer wieder dem Vorwurf gefallen lassen, kaum im Krankenhaus investiert zu haben.

KOMMENTAR

Rettungsring?



Von
Kai-Uwe
Hanken

Die Stimmen derjenigen, die eine Auflösung der Partnerschaft mit der Pergamon fordern, haben in den vergangenen Tagen stark zugenommen. Dass es dann so schnell gehen würde, hat wohl kaum jemand vermutet. Doch für alle Beteiligten ist es wohl der richtige Schritt. Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Die Beziehung zwischen Pergamon und Belegschaft ist hoffnungslos zerrüttet. Unter diesen Vorzeichen wäre eine gemeinsame Suche nach einem Weg aus der Krise ohnehin zum Scheitern verurteilt gewesen.

Nun hat der Landkreis Leer den Rettungsring geworfen und angeboten, das schwer angeschlagene »Schiff« Krankenhaus Rheiderland wieder auf Kurs bringen - mit einem

Kreiskrankenhaus als Steuermann. Keinerweise steht das Weeneraner Haus jetzt genau dort, wo es bereits vor der (Zwangs-)Ehe mit der Neuen Pergamon stand. Die vielfach geforderte Zusammenarbeit mit einem starken Partner in der Region kommt damit, so scheint es, über Umwege doch noch zum Ziel. Das Ende der Krise ist damit selbstverständlich nicht erreicht. Doch die »Mannschaft« in Weener dürfte dem neuen »Kapitän« weit mehr Vertrauen schenken als dem bisherigen.

hankem@rheiderland.de



Das Ende der Zusammenarbeit mit der Neuen Pergamon ist gekommen. In der kommenden Woche sollen die Modalitäten für den Gesellschafterwechsel geklärt werden.

13.04.2006

Landkreis Leer übernimmt Klinik

von stephan schmidt

FINANZKRISE Neue Pergamon steigt in Weener aus / Krankenhausverein wird alleiniger Gesellschafter

Die Kreiskrankenhaus gGmbH soll mit der Geschäftsführung beauftragt werden. Der Betriebsrat wollte keinen neuen Tarifvertrag unter dem jetzigen Betreiber.

weener - Die Neue Pergamon gibt ihre Beteiligung am Krankenhaus Rheiderland in Weener ab. Die Geschäftsführung soll nun der Landkreis Leer durch das Kreiskrankenhaus übernehmen. Alleiniger Gesellschafter wird der Allgemeine Krankenhausverein für das Rheiderland.

Der Verein war bislang nur zu rund einem Viertel beteiligt. Die Neue Pergamon hielt rund drei Viertel der Anteile. Grund für den drastischen Schritt: unüberwindliche Meinungsverschiedenheiten zwischen der Geschäftsführung und dem Betriebsrat, so eine gemeinsam verfasste Erklärung der Neuen Pergamon und des Krankenhausvereins. Der Betriebsrat hätte einem neuen Tarifvertrag unter dem jetzigen Betreiber nicht zugestimmt. Betriebsratsvorsitzer Hans-Joachim Kappernagel wollte sich gestern auf Nachfrage nicht äußern. Der Betriebsrat stellt jedoch in der Pressemitteilung klar: Die Zweifel an der Angemessenheit von Verträgen zwischen der Krankenhaus Rheiderland gGmbH und Tochtergesellschaften der Neuen Pergamon seien durch den Geschäftsführer Hartwick Oswald ausgeräumt worden. Die Zweifel seien daher nicht mehr gerechtfertigt.

„Wir brauchen das Know-how des Landkreises“, sagte Peter Freesemann gestern der OZ. Der Bürgermeister von Weener war als stellvertretender Vorsitzer des Krankenhausvereins Verhandlungsleiter. Die Übernahme durch den Kreis sei die beste Lösung.

Der Landkreis werde zunächst eine Bestandsaufnahme der finanziellen Situation machen, kündigte Landrat Bernhard Bramlage gestern an.

SPD IM LANDKREIS LEER

ARBEIT. BILDUNG. SOZIALE GERECHTIGKEIT.

Meldung

Schrift

13. April 2006

[zurück zur Übersicht](#)

SPD-Kreis Leer begrüßt schnelle Einigung in Sachen Rheiderland-Krankenhaus Weener

Kreis-SPD begrüßt Verhandlungsführung von Landrat Bramlage und hofft auf schnellen Konsens über die konkreten Rahmenbedingungen

Weener. Wie jetzt bekannt wurde, wird die "Neue Pergamon Krankenhausmanagement GmbH" (NPK) ihre Gesellschafteranteile am Rheiderland-Krankenhaus Weener an den Krankenhausverein übertragen. Damit wäre der Krankenhausverein wieder alleiniger Gesellschafter der Einrichtung. Die Kreiskrankenhaus gGmbH soll mit der Geschäftsführung des Krankenhauses Rheiderland beauftragt werden. Landrat Bernhard Bramlage hatte dazu bereits im Vorfeld die Bereitschaft signalisiert. Zur Situation des Rheiderland-Krankenhauses erklärte die SPD-Kreisvorsitzende Johanne Modder:

Ich begrüße die schnelle Einigung ausdrücklich und bedanke mich bei allen Beteiligten, insbesondere bei Landrat Bernhard Bramlage und bei Bürgermeister Peter Freesemann für die Verhandlungsführung. Dieser erste Schritt darf aber nicht über die wirklich schwierige Situation des Rheiderland-Krankenhauses hinweg täuschen. Jetzt wird es nach meiner Einschätzung ganz entscheidend darauf ankommen, zunächst eine Bestandsaufnahme der finanziellen Situation des Rheiderland-Krankenhauses durchzuführen und einen Konsens über die Rahmenbedingungen zur Fortführung des Krankenhauses zu finden. Nach meiner Meinung geht es dabei in erster Linie um die Sicherung des Krankenhaus-Standortes Weener und gleichzeitig um die Sicherung von Arbeitsplätzen.

Landrat Bramlage wird von der SPD im Landkreis Leer jede Unterstützung bekommen, wenn es darum geht, das Rheiderland-Krankenhaus zu erhalten. Allerdings muss der Krankenhausverein dies auch wollen. Ich kann nur hoffen, dass durch den schnellen Ausstieg der Neuen Pergamon noch rechtzeitig die Reißleine gezogen werden konnte. Leider sind wieder einmal aufgrund von Missmanagement in der Geschäftsführung die Arbeitnehmer die Leittragenden, so die SPD-Kreisvorsitzende Johanne Modder in einer ersten Stellungnahme. (JM)

Krankenhaus: Einigung nach Verhandlungs-Marathon

von stephan schmidt

FINANZKRISE Schon jetzt arbeiten die Klinik in Weener und das Kreiskrankenhaus in Leer zusammen

Ohne Einschnitte im Tarifsystem sei die Einrichtung nicht zu retten. Das stellt auch der nunmehr alleinige Gesellschafter, der Allgemeine Krankenhausverein, klar.

weener - „Wir haben einen Verhandlungsmarathon hinter uns“, sagt ein geschaffter Peter Freesemann. Der Bürgermeister von Weener leitete die Verhandlungen zwischen dem Allgemeinen Krankenhausverein, dessen stellvertretender Vorsitzer er ist, und der Betreibegesellschaft Neue Pergamon. Es ging um die Zukunft des Krankenhauses Rheiderland in Weener. Das Ergebnis der Verhandlungen: Die Neue Pergamon steigt aus, der Landkreis mit seiner Kreiskrankenhaus gGmbH steigt ein. Ihr soll vom künftig alleinigen Gesellschafter, dem Krankenhausverein, die Geschäftsführung übertragen werden.

Das Krankenhaus Rheiderland in Weener steckt in einer tiefen finanziellen Krise. Eine Insolvenz droht. Im vergangenen Jahr machte der Betrieb rund 680 000 Euro Miese. Ohne drastische Einschüte bei den Löhnen, so der Forderung der Neuen Pergamon, sei eine Rettung nicht möglich. Aber der Betriebsrat wollte sich darauf unter Führung der Neuen Pergamon nicht einlassen.

„Eine erfolgreiche Sanierung kann nur durch den Krankenhausverein als alleiniger Gesellschafter durchgeführt werden“, sagte Hartwick Oswald, Geschäftsführer der Neuen Pergamon gestern. Das sei die Erkenntnis aus den Gesprächen der Gesellschafter und des Betriebsrats der vergangenen Tage und Wochen. Der Krankenhausverein stellte klar, dass es Kürzungen geben müsse. Einschnitte im bestehenden Tarifsystem seien zwingend erforderlich.

Kreisgremien brauchen der Übernahme durch die Kreiskrankenhaus gGmbH nicht zuzustimmen. „Es war immer politischer Konsens, dass es richtig ist, den Standort des Rheiderland-Krankenhauses zu halten“, sagte gestern der Leeaner Landrat Bernhard Bramlage auf Nachfrage der OZ. Eine Einschränkung macht Bramlage jedoch: „Es wird schon geguckt, ob es in den Akten ganz besondere Überraschungen gibt.“ Bei dem jetzigen Kenntnisstand stehe der Übernahme aber nichts im Weg.

Wie eng die Zusammenarbeit zwischen den beiden Kliniken werden wird, muss noch besprochen werden. „Da will ich der Geschäftsführung nicht vorgreifen“, sagte Bramlage. Betriebsdirektor in Leer ist Holger Glienke.

Schon jetzt gibt es eine Partnerschaft der beiden Häuser: Dr. Hans-Jürgen Wietoska, Chefarzt der Klinik für Anästhesie und Intensivmedizin in Leer, leitet seit September vergangenen Jahres beide Anästhesie-Abteilungen. Der Vertrag wurde über zwei Jahre geschlossen.

Ostfriesen-Zeitung

Rheiderland
15.04.2006

Parteien im Kreistag sind für enge Zusammenarbeit

ÜBERNAHME Erhalt der Arbeitsplätze in Weener ist für die Kommunalpolitiker am wichtigsten

Die Sprecher der Fraktionen verweisen auf die gute Arbeit des Kreiskrankenhauses. So soll es auch in der Klinik in Weener laufen.

Leer/Weener / MI - Die Sprecher der im Kreistag vertretenen Parteien begrüßen die Übernahme des Krankenhauses Rheiderland durch den Landkreis einhellig.

„Wir unterstützen diesen Schritt“, sagte SPD-Fraktionsvorsitzer Horst Kuhl aus Bunde. Die SPD-Fraktion habe den Landrat aufgefordert, in der Sache tätig zu werden, sagte Kuhl. Jetzt müsse man zunächst anhand der Bücher die wirtschaftliche Lage des Krankenhauses überprüfen.

„Wir begrüßen, dass die Sache so schnell umgesetzt worden ist“, sagte CDU-Fraktionsvorsitzer Dieter Baumann aus Warsingsfehn. Jetzt komme es darauf an, den Bestand der Klinik zu sichern und so viele Arbeitsplätze wie möglich zu erhalten. Das Kreiskrankenhaus in Leer schreibe wieder schwarze Zahlen. Das erfolgreiche Management dort könne dazu beitragen, auch die Klinik in Weener wieder in die richtige Spur zu bekommen. Nicht zuletzt hänge auch die Notarztversorgung im Rheiderland vom Fortbestehen des Krankenhauses in Weener ab.

„Ich kann mir eine enge Zusammenarbeit vorstellen, zumal das Kreiskrankenhaus sehr gut arbeitet“, meint auch Arnold Venema aus Jemgumgeise für die FDP-Kreistagsfraktion. Die Arbeitsplätze müssten gesichert werden. „Sonst blutet Weener aus“, sagte Venema.

Auch Meta Janssen-Kucz aus Leer von den Grünen begrüßt die Zusammenarbeit mit dem Kreis. Trotzdem müsse es für das Krankenhaus in Rheiderland in Weener ein eigenständiges Profil geben. Das könnte im Ausbau der Bereiche Ergotherapie und Geburtshilfe liegen. „Jedenfalls kam man nicht Alles beim Alten lassen“, so Meta Janssen-Kucz.

Der Leeaner Gerd Koch von der AWG findet die Übernahme super. Zur Zusammenarbeit mit der Neuen Pergamon hätte es gar nicht erst kommen dürfen, meint Koch.

Auch die SPD-Kreisvorsitzerin Johanne Modder begrüßt die Entscheidung. Durch den schnellen Ausstieg der Neuen Pergamon sei die Reißleine gezogen worden. „Leider sind wieder einmal aufgrund von Missmanagement in der Geschäftsführung die Arbeitnehmer die Leidtragenden.“

Rheiderland
15.04.2006

Verdi wartet auf weitere Tarifgespräche

von Stephan Schmidt

FINANZKRISE Für die Gewerkschaft ändert sich durch den Wechsel der Geschäftsführung in Weener wenig

Gleich nach Ostern soll es Gespräche zwischen dem Kreiskrankenhaus und dem Krankenhaus Rheiderland geben. Das kündigt Landrat Bernhard Bramlage an.

weener/LEER - Die Neue Pergamon geht von Bord, das Kreiskrankenhaus soll das Ruder im Krankenhaus Rheiderland in Weener übernehmen. Die Gespräche über den Notlagen-Tarifvertrag, die der Betreiber Neue Pergamon angestoßen hat, liegen derzeit zwar auf Eis, werden aber weiter gehen. Damit rechnet Ralf Pollmann, Bezirksgeschäftsführer der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi. „Wir warten auf ein Zeichen“, sagte er der OZ auf Nachfrage. Es sei Sache des Arbeitgebers, auf die Belegschaft zuzugehen, wenn ein neuer Tarifvertrag gewünscht sei. „Als wir auseinander gegangen sind, wussten wir noch nicht, wer unser Gesprächspartner sein wird.“

Pollmann sieht keinen grundsätzlichen Wandel der Verhandlungsbasis. „Für uns ändert sich nichts.“ Es gebe eine große Bereitschaft der Beschäftigten, zur Rettung des Krankenhauses beizutragen. Unverändert fordert Verdi aber ein umfassendes Sanierungskonzept. Und das dürfe nicht allein zu Lasten der Arbeitnehmer gehen.

An der Notlage des Krankenhauses werde nicht gezweifelt, sagt Pollmann. 680 000 Euro Verlust im vergangenen Jahr, geschätzte 500 000 in diesem Jahr: Zahlen, die Hartwick Oswald, Geschäftsführer der Neuen Pergamon, vorgelegt hat. „Auf den ersten Blicken scheinen diese Zahlen plausibel zu sein“, sagt Pollmann. „Die Frage ist nur: Wie kommen sie zustande?“

Das muss auch Holger Glienke noch genau analysieren. Glienke ist Betriebsdirektor des Kreiskrankenhauses : und der Mann, der demnächst auch die Führung in Weener übernehmen könnte.

Gleich nach Ostern soll es Gespräche zwischen den Geschäftsführungen des Kreiskrankenhauses und des Krankenhauses Rheiderland geben. Das teilte Landrat Bernhard Bramlage auf Nachfrage mit. Ansprechpartner dürfte dann auf Weeneraner Seite Annette Große-Heitmeyer sein, die neue Geschäftsführerin. „Es geht darum, keine Zeit zu verlieren“, sagt Bramlage. „Es muss nahtlos weitergehen.“ Er erinnert daran, dass bislang noch nichts notariell besiegelt ist. „Es müssen erstmal entsprechende Verträge da sein, bevor wir richtig zur Tat schreiten können.“ Zunächst muss die Neue Pergamon ihre Gesellschafter-Anteile an den Allgemeinen Krankenhausverein für das Rheiderland abtreten.

Zumindest der Ton der Tarifverhandlungen dürfte sich ändern. Denn eines hat sich deutlich gezeigt: Das Vertrauen des Betriebsrats zur Neuen Pergamon war weg. „Vom Atmosphärischen her wird es vielleicht etwas leichter, weil wir es jetzt mit jemanden aus der Region zu tun haben werden“, sagt Pollmann.

Kreiskrankenhaus steigt ab Juni voll ein

von stephan schmidt

KRISE Holger Glienke übernimmt dann auch die Geschäftsführung des Krankenhauses in Weener

Im Vertrag gibt es allerdings eine Ausstiegsklausel. Dr. Enno Conring, Vorsitzer des Krankenhausvereins für das Rheiderland, bezweifelt die Höhe der Verluste im vergangenen Jahr.

weener - Das Kreiskrankenhaus übernimmt ab dem 1. Juni offiziell die Regie im Krankenhaus Rheiderland in Weener. Zum gleichen Termin soll der derzeitige Mehrheitsgesellschafter, die Neue Pergamon, alle Anteile an den Allgemeinen Krankenhausverein für das Rheiderland abtreten. Das hat Landrat Bernhard Bramlage gestern in der Kreistagssitzung mitgeteilt.

Ab sofort ist die gemeinnützige Kreiskrankenhaus GmbH „Beauftragter“ des Allgemeinen Krankenhausvereins. Als solcher überprüft sie die finanzielle und wirtschaftliche Lage der Klinik in Weener. Die Übernahme der Geschäftsführung durch die hundertprozentige Landkreis-Tochter ist mit einer Fußnote versehen: Es gibt ein Kündigungsrecht : für den Fall, dass eine Insolvenz unabwendbar erscheint oder die „Rahmenbedingungen für eine Fortführung“ nicht geschaffen werden könnten, so Bramlage. Wie genau die Rahmenbedingungen definiert sind, ließ der Landrat gestern offen.

Wie auch immer die Prüfung durch das Kreiskrankenhaus um Geschäftsführer Holger Glienke ausgeht: Ab dem 1. Juni steigt die Neue Pergamon aus. Das bestätigte Neue-Pergamon-Geschäftsführer Hartwick Oswald gestern auf Nachfrage. Dann wird der Krankenhausverein alleiniger Gesellschafter der gemeinnützigen Krankenhaus Rheiderland GmbH.

Vorsitzer Dr. Enno Conring betonte im Gespräch mit der Ostfriesen-Zeitung, von einer unmittelbar bevorstehenden Zahlungsunfähigkeit könne nicht gesprochen werden. „Im Moment ist vom Gang zum Insolvenzrichter gar nicht mehr die Rede.“ Von 680 000 Euro Verlust im vergangenen Jahr hatte Oswald gesprochen. „Das ist zweifelhaft“, sagt demgegenüber Conring. „Es wird noch geprüft, ob es 680 000 Euro oder etwa 200 000 Euro weniger Minus sind.“ Miese im Bereich von mehreren hunderttausend Euro seien es aber in jedem Fall, so Conring.

Der Vereinsvorsitzer betonte, dass das Krankenhaus Rheiderland ohne Kürzungen beim Lohn nicht zu halten sei. „80 Prozent sind Personalkosten. Aus den 20 Prozent, die verbleiben, kann die große Wende nicht kommen.“

Unabhängige Wirtschaftsprüfer hätten bereits im März dieses Jahres Alarm geschlagen: „Die haben gesagt: Der Verlust ist zu groß, ihr müsst aus der Schieflage kommen.“ Die schlechte Nachricht sei deshalb so überraschend gewesen, weil die Einnahmeseite gut aussehe. „Die Einnahmesituation ist sogar etwas zu gut.“ Durch die neu eingeführten Fallpauschalen müssten Krankenhäuser zahlen, wenn sie zu viele Fälle behandeln.

Dass der Krankenhausverein an den Mehrheitsgesellschafter Neue Pergamon vor oder nach dem Ausstieg finanzielle Ansprüche erhebt, ist unwahrscheinlich. „Es liegt nichts Hartes, Beweiskräftiges für ein Fehlverhalten vor“, betont Conring. "

„80 Prozent sind Personalkosten“ "

Dr. Enno Conring

Ostfriesen-Zeitung

10.05.2006

Klinik Weener: Landkreis drängt zur Eile

von philipp koenen

GESUNDHEIT Vor Übernahme der Geschäftsführung will Kreiskrankenhaus Klarheit haben

Das Rheiderland-Krankenhaus habe noch keinen Auftrag erteilt, die Leitung zu übernehmen, so Landrat Bramlage. Der Krankenhausverein müsse erst Anteile der Neuen Pergamon erwerben.

leer/weener - Bei der geplanten Übernahme der Geschäftsführung im Rheiderland-Krankenhaus sieht der Landkreis Leer offenbar die Zeit davonrennen. Landrat Bernhard Bramlage drängt nach Informationen der Ostfriesen-Zeitung jedenfalls zur Eile, damit das Kreiskrankenhaus genug Zeit hat, die wirtschaftliche Situation der Klinik in Weener einzuschätzen. Auf Nachfrage sagte er gestern: „Der Landkreis muss vor Übernahme der Geschäftsführung Klarheit haben, auf was er sich einlässt.“ Der Landkreis ist Träger des Kreiskrankenhauses Leer.

Der Landrat wies darauf hin, dass das Rheiderland-Krankenhaus dem Kreiskrankenhaus Leer noch immer keinen Auftrag erteilt habe, die Geschäftsführung der Klinik in Weener zu übernehmen. Voraussetzung dafür sei, dass der Krankenhausverein Rheiderland zunächst die Geschäftsanteile von der Neuen Pergamon zurückerobern müsse. Wie dazu gestern der Weeneraner Bürgermeister Peter Freesemann auf Nachfrage der OZ mitteilte, sei der Vertrag mit der Neuen Pergamon vorbereitet, er müsse nur noch unterschrieben werden. Dies solle in Kürze geschehen, so Freesemann, der stellvertretender Vorsitzender des Krankenhausvereins ist.

Die Neue Pergamon ist noch Mehrheitsgesellschafter des Krankenhauses in Weener und hat dort bislang auch die Geschäftsführung inne. Wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten will sich die Gesellschaft aus dem Rheiderland-Krankenhaus zurückziehen. Das Kreiskrankenhaus soll nun die Leitung übernehmen.

Zwischen dem Kreiskrankenhaus und dem Krankenhausverein Rheiderland gebe es bereits eine Einigung über den Inhalt des Betriebsführungsvertrages, so Landrat Bramlage. Dazu gehöre auch, dass der künftige Geschäftsführer vorab Gelegenheit zur Prüfung haben müsse, ob die Voraussetzungen für ein tragfähiges Sanierungskonzept geschaffen werden könnten.

Der Chef der Kreisverwaltung setze auf die Bereitschaft im Vorstand des Krankenhausvereins Rheiderland, im Betriebsrat und bei den Gewerkschaften, nachhaltige Veränderungen mitzutragen, so Landrat Bramlage weiter. Der Vorstand des Vereins habe bereits zu Recht auf den Abschluss eines Notlagentarifvertrages als wesentliche Voraussetzung hingewiesen.

Zu konkreten Forderungen für einen solchen Tarifvertrag wollte sich Bramlage nicht äußern. Es dürfte aber unter anderem um einen Verzicht der Mitarbeiter gehen, etwa beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld.

Freitag, 12. Mai 2006

»Tinte mittlerweile trocken«

Krankenhaus: Trägerverein wieder im Besitz aller Anteile

RZ/hoe Weener.

Der Allgemeine Krankenhausverein in Weener ist wieder im Besitz aller Gesellschafteranteile am Krankenhaus Rheiderland. Damit ist im Prinzip der Weg frei für eine Kooperation zwischen dem Krankenhaus in Weener und dem Kreiskrankenhaus in Leer.

Etwas erschöpft, aber erleichtert gab sich Bürgermeister Peter Freesemann als Verhandlungsführer des Krankenhausvereins gestern unmittelbar nach dem Notartermin in einer ersten Reaktion gegenüber der RZ. »Die Tinte ist mittlerweile trocken, der Vertrag ist unterschrieben, wir verfügen wieder über alle Anteile«. Für den Krankenhausverein unterzeichnet haben neben Bürgermeister Freesemann Dr. Enno Conring als Vereinsvorsitzender und Gerhard Daalmeyer.

Über die Rückübertragung der Anteile habe zwar seit April Einigkeit bestanden, es habe aber lange gedauert bis zum endgültigen Vertragsentwurf, weil unendlich viele Details zu berücksichtigen gewesen seien. Mit der Rückübertragung der Anteile verbunden war für den Krankenhausverein auch die Kündigung aller Geschäftsbeziehungen zu Tochterfirmen der Neuen Pergamon.

»Es ist jetzt kurzfristig eine Personalversammlung geplant, um die Mitarbeiter zu informieren«, so Freesemann weiter. »Das Thema Notlagentarifvertrag ist für uns dadurch nicht vom Tisch«, wird der Trägerverein angesichts der laufenden Verluste des Krankenhauses kaum ohne Einschnitte im Personalkostenbereich auskommen.

Hartwick Oswald, Geschäftsführer der Neuen Pergamon: »Zum 31. Mai beendet die Neue Pergamon ihre geschäftlichen Beziehungen zum Krankenhaus Rheiderland und übergibt die komplette Verantwortung der Betriebsführung an den Krankenhausverein. Einziger Vorbehalt sei, dass der Jahresabschluss vom 31. Dezember 2005, der bereits in schriftlicher Form dem Wirtschaftsprüfer vorliege, in der Gesellschafterversammlung festgestellt werde.

»Der Sanierungsweg für das Rheiderland-Krankenhaus ist damit trotz der wirtschaftlich schwierigen Lage nun frei«. Mit der Übergabe der Gesellschafteranteile werde auch die von der Neuen Pergamon gestellte derzeitige Geschäftsführerin des Krankenhauses, Annette Große-Heitmeyer, zum 31. Mai von ihrer Tätigkeit entbunden.

Montag, 22. Mai 2006

CDU-Parteitag: Heftige Kritik an Bramlage's Krankenhauspolitik

»Nicht vor die Wand fahren«

Kreis Leer. Lieber auf ein Ständchen zum Geburtstag von Fraktionschef Dieter Baumann (57) verzichten und dafür dem amtierenden Landrat Bernhard Bramlage den Marsch blasen - besonders für seine Krankenhaus-Politik. So war dem CDU-Kreisparteitag zumute, der am Sonnabend bei »Barkei« in Leer Ulf Thiele als Kreisvorsitzenden eindrucksvoll bestätigte und den Weeneraner Joachim Gerdes in die dreiköpfige Vertreter-Riege beförderte.

Das Geburtstagskind ritt gegen Bramlage die erste Attacke. Dieser sei zwar »wie mein Friseur ein netter Kerl«, aber deshalb werde sein Friseur noch nicht zum Landrat, so Baumann. Demgegenüber sei der parteilose CDU-Kandidat Frank Puchert nicht nur »ein besonders netter Kerl«, sondern »ein Fachmann mit Visionen, dem ich zutraue, dass er den Landkreis voranbringt«.

Baumann warf Bramlage »historisches Versagen« bei der Aufstellung gymnasialer Angebote und der Ganztagsbetreuung im Kreisgebiet vor. Bei der demographischen Entwicklung verenge sich der Blick der SPD und des Landrats auf die Senioren. »Das ist falsch«, forderte Baumann, mehr in den Nachwuchs zu investieren (Betreuungsangebote, Bildung).

Nachdrücklich stellte sich der CDU-Fraktionschef hinter den früheren Kreistagsbeschluss, dem Krankenhaus Rheiderland eine Fusion mit dem Kreiskrankenhaus auf GmbH-Basis anzubieten. »Wir haben das nicht durchgekämpft, damit es jetzt vor die Wand gefahren wird.« Im Interesse der Rheiderländer müsse der Landkreis »nicht unkalkulierbare, aber überschaubare Risiken« zum Erhalt des Hauses übernehmen. Eine Vorentscheidung wird auf der für den 30. Mai anberaumten Aufsichtsratssitzung erwartet.

Auch für Landratskandidat Puchert ist die Krankenhauspolitik Bramlage's das klassische Beispiel dafür, dass Probleme »nicht schnell und zeitnah« gelöst werden und der derzeitige Landrat sich zu sehr »hinter Aktenbergen versteckt und von einer Goldenen Hochzeit zur nächsten eilt«.

In Sachen Krankenhäuser habe sich der Landkreis »viel zu lange in der Rolle eines Konkurrenten im Verdrängungswettbewerb gefallen.« Nun sei zu hoffen, »dass das kein Opfer kostet«, sprach er die Zukunft des Rheiderland-Krankenhauses an. Die Gesamtverantwortung für die hiesige Krankenhauslandschaft liege beim Landkreis »und nicht bei der Stadt Weener (Rheiderland-Krankenhaus) oder der katholischen Kirche« (Borro). Aus potenziellen Partnern seien aber Gegner geworden. Dafür gebe es »nur ein Wort - verantwortungslos«.

Überhaupt werde der Landkreis »um seine gute Zukunft kämpfen müssen« und müsse »die Entwicklung selbst in die Hand nehmen«, wenn er im zukünftigen »echten Wettbewerb der Regionen« bestehen wolle. »Dann muss unser Markenzeichen sein, dass wir noch wirtschaftsfreundlicher sind als das Emsland.« Puchert, der mit seiner Person dem Landkreis statt Behördenmentalität mehr »Selbstbewusstsein, Profil und Entschlossenheit« einimpfen will, schloss mit den selbstbewussten Worten: »Ein Landrat Puchert bedeutet Unruhe. Ich werde deutlich Position beziehen. Manche werden mich verfluchen. Aber sie werden in einem sicher sein können - der Landkreis Leer hat einen prima Landrat.

«

Mehr Dynamik, Engagement, schnellere Entscheidungen, mehr Bürgerfreundlichkeit und eine bessere Verzahnung von öffentlicher Verwaltung und Wirtschaft forderte auch der Kreisvorsitzende Ulf Thiele ein. Der Generalsekretär der Niedersachsen-CDU kündigte an, seine Partei werde bei der Kommunalwahl »besser aufgestellt sein als je zuvor.«

Hermann Dinkla, Ostfrieslands CDU-Vorsitzender und Vize-Fraktionschef in Hannover, urteilte über Puchert: »Ein Top-Kandidat mit hoher fachlicher Reputation auf allen Ebenen weit über Ostfriesland hinaus. Für mich ist er schon Landrat.«

24.05.2006

Nächste Tage entscheiden über die Zukunft

von stephan schmidt

FINANZKRISE Am Krankenhaus Rheiderland in Weener wird über einen Notlagtarifvertrag verhandelt

Dieses Mal sitzt der Geschäftsführer des Kreiskrankenhauses den Mitarbeiter-Vertretern gegenüber. Es geht darum, wie die Haus zu retten ist.

weener - Die kommenden Tage entscheiden vermutlich über die Zukunft des Krankenhauses Rheiderland in Weener. Das ist die Einschätzung von Holger Glienke, Geschäftsführer des Kreiskrankenhauses in Leer. Er setzt sich heute ab 10 Uhr mit Arbeitsnehmervertretern der Weeneraner Klinik zusammen. Zudem werden weitere Gespräche mit dem Krankenhausverein, dem alleinigen Gesellschafter, geführt. „Innerhalb der nächsten Tage muss es Ergebnisse geben“, sagte Glienke gestern der Ostfriesen-Zeitung auf Nachfrage.

Es soll um ganz konkrete Fragen gehen: Welche Einschnitte bei den Mitarbeitern sind für den Erhalt des Krankenhauses nötig? Wie sieht die finanzielle Absicherung aus? Glienke glaubt, dass die Gespräche zügig geführt werden. Ein Abtasten wird es nicht geben. „Es ist gar keine Zeit mehr, über nicht konkrete Dinge zu reden“, sagt Glienke.

Der Geschäftsführer der Kreiskrankenhaus gGmbH wird zwar die Verhandlungen führen. Rein formell ist aber noch Annette Große-Heitmeyer Geschäftsführerin. Sie ist Angestellte der ehemaligen Hauptgesellschafterin Neue Pergamon. Große Heitmeyer wird allerdings nicht am heutigen Gespräch teilnehmen. Nach Auskunft von Glienke ist sie verhindert. „Sie hat mir die Vollmacht erteilt, die Gespräche zu führen.“

Das Kreiskrankenhaus wird laut Vertrag erst ab dem 1. Juni die Geschäftsführung übernehmen. Aber es gibt eine Ausstiegsklausel: Der Vertrag kann gekündigt werden, falls eine Insolvenz des Hauses nicht abwendbar erscheint oder, so Landrat Bernhard Bramlage Ende April, „die Rahmenbedingungen für eine Fortführung“ nicht geschaffen werden könnten. Insofern drängt die Zeit: Bis zum 1. Juni werden demnach wohl klare Worte gesprochen worden sein, wie es weiter gehen soll.

Ralf Pollmann, Bezirksgeschäftsführer von Verdi, wollte gestern gegenüber der OZ nicht sagen, zu welchen Eingeständnissen die Beschäftigten bereit sind. Aber: Das Verhandlungsklima werde wohl anders sein als bei den Gesprächen mit der Neuen Pergamon. Zu der hatte es am Ende nur Misstrauen gegeben.

Glienke macht eine Rechnung auf: Zu einem Drittel hänge das Weiterleben der Weeneraner Klinik von der Auflösung der alten Verträge mit der Neuen Pergamon und ihren Tochterunternehmen ab. Ein weiteres Drittel mache der Notlagtarifvertrag aus, der mit den Mitarbeitern geschlossen werden soll. Und: „Ein Drittel muss der Krankenhausverein erledigen“, so Glienke. Der muss nämlich für die finanzielle Absicherung sorgen.“

Der Vertrag mit dem Kreiskrankenhaus gilt ab dem 1. Juni.



Aktuelle Informationen

Leer, den 26. Mai 2006

Landrat Bramlage: 'Der Weg zur Rettung des Rheiderland-Krankenhauses ist klar'

Nach der Sitzung des Kuratoriums des Rheiderland-Krankenhausvereins am 24. Mai haben Landrat Bernhard Bramlage als Aufsichtsratsvorsitzender und Holger Glienke als Geschäftsführer der Kreiskrankenhaus gGmbH die Gesamtsituation am 25. Mai noch einmal mit Bürgermeister Peter Freesemann und Bürgermeister Jakobus Baumann, beide Mitglieder des Kuratoriums des Rheiderland-Krankenhausvereins, erörtert. Nach diesem Gespräch ist der Weg zur Rettung des Rheiderland-Krankenhauses klar.

Landrat Bramlage erklärte: „Personal, Verein und Kreiskrankenhaus müssen jetzt gemeinsam das noch Notwendige tun und diesen Weg begehen. Dann ist das Rheiderland-Krankenhaus gerettet.“ Neben den Beiträgen von Verein und Kreiskrankenhaus werde vom Personal ein Verzicht auf Sonderzahlungen (Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld) in den Jahren 2006 und 2007 und vorübergehend noch ein teilweiser Lohnverzicht erwartet. Dazu hat das Kuratorium in seiner Sitzung am 24. Mai die Vertreter des Personals bereits einstimmig aufgefordert.

Landrat Bramlage und Kreiskrankenhaus-Geschäftsführer Glienke gehen davon aus, dass der gefundene Weg auf breite Zustimmung in allen beteiligten Gremien stoßen wird.

Pressekontakt: Landkreis Leer, Pressestelle, Dieter Backer

Landkreis Leer
Bergmannstraße 37
D-26789 Leer

Telefon: +49 (0) 491 / 926-1254
Telefax: +49 (0) 491 / 926-1200
E-Mail: pressestelle@landkreis-leer.de

Die Pressestelle "Landkreis Leer" ist Mitglied bei presse-service.de [<http://www.presse-service.de/>]. Dort können Sie Mitteilungen weiterer Pressestellen recherchieren und per E-Mail abonnieren.

Montag, 29. Mai 2006

»Verein soll Beitrag leisten«

Krankenhaus Rheiderland: Belegschaft legt Angebot vor

kah Weener. Mit klaren Vorstellungen und einem großzügigen Angebot geht die Personalvertretung des Krankenhauses Rheiderland in die heutige Verhandlungs runde: »Von den Beschäftigten wird es einen erheblichen Beitrag zur Lösung der Situation geben«, kündigt Ralf Pollmann, Bezirksgeschäftsführer bei ver.di an. Die Mitarbeiter werden in den Jahren 2006 und 2007 auf das Weihnachts- und Urlaubsgeld verzichten, um die Entspannung der finanziellen Lage zu ermöglichen. Aber die Bemühungen sollen nicht einseitig sein: »Wir haben die Erwartung, dass auch der Krankenhausverein seinen Beitrag leistet«, stellt Pollmann klar.

Wie die RZ am Sonnabend berichtete, hat es in den vergangenen Tagen intensive Gespräche über die Zukunft des Krankenhauses Rheiderland gegeben. Daran beteiligt waren neben dem Kuratorium und der Belegschaft auch die Vertreter des Kreiskrankenhauses Leer, das bekanntlich ab dem 1. Juni die Betriebsführung des Weeneraner Hauses übernehmen soll.

Gemeinsam mit Geschäftsführer Holger Glienke habe man Einblick in die finanzielle Situation des Krankenhauses nehmen können, erläuterte Pollmann. Dabei habe sich die finanzielle Notlage bestätigt, »es war ein deutlicher Fehlbetrag zu sehen«. Um eine drohende Insolvenz abzuwenden, seien nach Meinung von Glienke mehrere Schritte nötig: 1. Auflösung der alten Verträge mit dem bisherigen Geschäftsführungsmanagement der Neuen Pergamon (ist bereits geschehen), 2. Abschluss eines Notlagentarifvertrages mit den Mitarbeitern (Verhandlungen laufen) und 3. die finanzielle Absicherung durch den Krankenhausverein.

Die Belegschaft will ihren Teil leisten und auf Weihnachts- und Urlaubsgeld verzichten - allerdings nur, wenn sich auch der Krankenhaussträgerverein aktiv einbringt: »Bislang hat der Verein aber noch nicht erkennen lassen, welchen Beitrag er leisten will - das ist das Problem«, sagt Pollmann. Aus der gesamten Region müsse ein Solidarbeitrag zum Erhalt des Krankenhauses kommen, betonte der Gewerkschaftsvertreter. »Wir erkennen die bisherigen Bemühungen an, aber es kann nicht sein, dass die Belegschaft die Suppe alleine auslößeln soll«, sieht Pollmann den Krankenhausverein in der Pflicht, sich einzubringen.

Am heutigen Montag wird es ein weiteres Treffen zwischen Personalvertretung und Gewerkschaft geben, voraussichtlich findet auch eine Personalversammlung statt. Am Nachmittag sollen dann die Verhandlungen mit dem Kuratorium und dem Kreiskrankenhaus aufgenommen werden. Ob das Angebot der Beschäftigten dabei als ausreichend anerkannt wird, bleibt abzuwarten: Landrat Bernhard Bramlage, Aufsichtsratsvorsitzender des Kreiskrankenhauses, hatte am Freitag erklärt, dass auch ein vorübergehender Lohnverzicht (neben dem Verzicht auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld) von den Beschäftigten erwartet werde.

30.05.2006

Krankenhaus: Belegschaft zu Verzicht bereit

von Stephan Schmidt

FINANZNOT Beschäftigte in Weener bieten Streichung von Sonderzahlungen an

Der Landrat hatte auch eine Lohnkürzung gefordert. Trotz verschiedener Ansichten wird für heute mit einer Einigung über einen Notlagentarifvertrag gerechnet.

weener - Verdi-Bezirksgeschäftsführer Ralf Pollmann rechnet für heute mit einem Ergebnis bei den Verhandlungen um einen Notlagentarifvertrag für das Krankenhaus Rheiderland in Weener. „Wenn alle ihren Beitrag leisten, dann könnte es klappen.“ Die Tarifkommission tagt heute Nachmittag.

Die Beschäftigten des von Insolvenz bedrohten Hauses sind laut Pollmann zu weit reichenden Zugeständnissen bereit: Verzicht auf das volle Weihnachts- und Urlaubsgeld in diesem und im kommenden Jahr sowie auf bereits vertraglich zugesicherte Einmalzahlungen über 300 Euro. „Damit verzichten sie über zwei Jahre gesehen auf zwei komplette Monatsgehälter“, betont Pollmann. Viel mehr sei nicht drin. Zwar gebe es bei den heutigen Beratungen keinen unverrückbaren Standpunkt der Arbeitnehmerseite. Aber eines sei in der gestrigen Betriebsversammlung „überraschend deutlich“ geworden, so Pollmann: Vom Krankenhausverein, dem alleinigen Träger, wird gefordert, sich finanziell stärker einzubringen. „Es kann nicht alles auf dem Rücken der Beschäftigten abgeladen werden“, sagt der Bezirksgeschäftsführer. Auch die Mitglieder des Vereins seien gefragt, sich daran zu beteiligen, das Loch in der Kasse des Krankenhauses zu stopfen.

Die Beschäftigten kommen der künftigen Geschäftsführung, der Kreiskrankenhaus gGmbH, mit ihrem Angebot weiter entgegen als noch der Neuen Pergamon, dem ehemaligen Betreiber. Ihr gegenüber waren die Personalvertreter lediglich zu einem Verzicht des halben Weihnachts- und Urlaubsgeldes bereit.

Die heutigen Verhandlungen mit dem künftigen Geschäftsführer Holger Glienke werden jedoch vermutlich nicht reibungslos ablaufen. Denn Landrat Bernhard Bramlage, Mitglied im Kuratorium des Krankenhauses, hatte im Vorfeld eines klar gestellt: Eine Rettung des Hauses sei nur möglich, wenn die Belegschaft auf einen Teil des Lohns verzichtet, wenn auch zeitlich begrenzt.

Die Kreiskrankenhaus gGmbH übernimmt ab dem 1. Juni die Geschäftsführung in Weener. Dafür wird sie vom Krankenhausverein bezahlt. Allerdings bekommt die neue Geschäftsleitung weniger Geld als das, was die Neue Pergamon für ihre Dienste in Rechnung gestellt hatte: „Es sind rund 25 Prozent weniger als zuvor“, sagte Landkreis-Pressesprecher Dieter Backer auf Nachfrage der OZ. „Es kann nicht alles auf dem Rücken der Beschäftigten abgeladen werden“

Aktuelle Informationen

Leer, den 30. Mai 2006

Grünes Licht im Aufsichtsrat: Kreiskrankenhaus Leer übernimmt Geschäftsführung

Dem Aufsichtsrat der Kreiskrankenhaus gGmbH wurde in der heutigen Sitzung das Ergebnis der intensiven Verhandlungen zwischen dem Kuratorium des Krankenhausvereins Rheiderland, dem Betriebsrat, der Gewerkschaft ver.di und der Kreiskrankenhaus gGmbH vorgelegt. Landrat Bernhard Bramlage als Vorsitzender des Aufsichtsrates und Geschäftsführer Holger Glienke haben dem Aufsichtsrat empfohlen, von der Möglichkeit des Rücktritts vom Geschäftsführungsvertrag, der bis zum 01.06.2006 möglich ist, keinen Gebrauch zu machen. Das Kreiskrankenhaus könne die Geschäftsführung des Rheiderland-Krankenhauses ab dem 01.06.2006 endgültig übernehmen.

Das Verhandlungsergebnis sei zufriedenstellend. Neben dem Kreiskrankenhaus hätten sich die Beschäftigten und der Krankenhausverein verpflichtet, noch weitere Beträge zur Weiterführung des Rheiderland-Krankenhauses zu erbringen. Für die Weiterführung gebe es jetzt eine Grundlage, deren Tragfähigkeit durch gemeinsame Anstrengungen in den kommenden Monaten noch verbessert werden müsse.

Holger Glienke wird jetzt endgültig ab 01.06.2006 die Geschäftsführung des Rheiderland-Krankenhauses übernehmen. Bei konstruktiver Mitwirkung aller Beteiligten, so Glienke, sei er zuversichtlich, das Rheiderland-Krankenhaus in eine gesicherte Zukunft führen zu können.

Landkreis Leer
Bergmannstraße 37
D-26789 Leer

Telefon: +49 (0) 491 / 926-1254
Telefax: +49 (0) 491 / 926-1200
E-Mail: pressestelle@landkreis-leer.de

Die Pressestelle "Landkreis Leer" ist Mitglied bei presse-service.de
[<http://www.presse-service.de/>]. Dort können Sie Mitteilungen weiterer Pressestellen recherchieren und per E-Mail abonnieren.

Mittwoch, 31. Mai 2006

Die Insolvenz ist vom Tisch

Krankenhaus: Das Gerüst steht - Auch Verein leistet Beitrag

Weener. Zwei Tage wurde intensiv verhandelt, gestern Abend war die Kuh dann vom Eis: Beschäftigte, Gewerkschaft und Kuratorium des Krankenhauses Rheiderland haben sich auf einen Notlagentarifvertrag verständigt und damit eine drohende Insolvenz des Hauses abgewendet. Das Kreiskrankenhaus in Leer hat das Verhandlungsergebnis gestern Abend mit Zufriedenheit zur Kenntnis genommen und wird nun, wie geplant, ab morgen die Betriebsführung in Weener übernehmen.

Für die Einigung mussten die Beschäftigten in Weener weitere Opfer bringen: sie werden nicht nur, wie zuletzt angekündigt, in den Jahren 2006 und 2007 auf ihr Urlaubs- und Weihnachtsgeld verzichten, sondern auch im Jahr 2008 auf zwei Drittel dieser Leistungen verzichten. Im Gegenzug wird in diesen Jahren auf betriebsbedingte Kündigungen im Krankenhaus verzichtet. »Die Beschäftigten tragen ein großes Opfer, sie sind sich aber auch der Verantwortung gegenüber dem Haus bewusst«, sagte Ralf Pollmann, Bezirksgeschäftsführer der Gewerkschaft Verdi, gestern gegenüber dieser Zeitung.

Auch der Krankenhausverein will seinen Beitrag zum Erhalt des Hauses leisten: Nach RZ-Informationen wird der Trägerverein einmalig 50.000 Euro beisteuern. Damit kommt der Verein der Forderung von Gewerkschaft und Mitarbeitern nach, die sich vehement dafür ausgesprochen hatten, dass sich auch der Trägerverein mit finanziellen Mitteln einbringen müsse, um die drohende Insolvenz des Krankenhauses Rheiderland abzuwenden (die RZ berichtete am Montag).

Auf Seiten des Kreiskrankenhauses herrscht Zufriedenheit und Erleichterung über das Verhandlungsergebnis. Für die Weiterführung gebe es jetzt eine Grundlage, deren Tragfähigkeit durch gemeinsame Anstrengungen in den kommenden Monaten noch verbessert werden müsse, heißt es in einer Pressemitteilung des Landkreis Leer.

Bekanntlich hatte Landrat Bramlage ursprünglich noch gefordert, dass neben dem Verzicht auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld auch eine vorübergehende Lohnkürzung nötig sei, um die finanzielle Situation zu entspannen. »Wir begrüßen es sehr, dass durch das Konzept aus Weener ein fairer Kompromiss gefunden wurde, der eine solche Lohnkürzung verhindert hat«, zeigt sich Dieter Baumann (CDU), Mitglied im Aufsichtsrat, gegenüber der RZ erleichtert.

Der Aufsichtsrat der Kreiskrankenhaus gGmbH hat gestern Abend in einer kurzfristig anberaumten Sitzung grünes Licht für den Geschäftsführungsvertrag gegeben. Damit wird wie vereinbart ab dem morgigen Donnerstag Holger Glienke, Geschäftsführer des Kreiskrankenhauses, die Fäden in dem Weeneraner Haus ziehen. Bis zuletzt hatte sich das Kreiskrankenhaus die Option offen gehalten, von dem Angebot zurückzutreten, wenn die wirtschaftliche Lage zu ausweglos erschienen wäre. Diese Sorge besteht nach dem vorgelegten Lösungsmodell aus Weener nun offenbar nicht mehr.

Bei konstruktiver Mitwirkung aller Beteiligten sei er zuversichtlich, das Rheiderland-Krankenhaus in eine gesicherte Zukunft führen zu können, wird Glienke in einer Pressemitteilung des Landkreises zitiert.

Die Kreiskrankenhaus Leer gGmbH wird für diesen Dienst nach RZ-Informationen jährlich 75.000 Euro plus einen Bonus bei positivem Jahresergebnis erhalten. Mittelfristiges Ziel ist eine Mehrheitsbeteiligung des Kreiskrankenhauses an der Krankenhaus Rheiderland gGmbH. Dies soll nach Einschätzung von Dieter Baumann innerhalb eines Jahres erreicht werden.

Der eigentliche Kraftakt, das Krankenhaus Rheiderland für die Zukunft zu wappnen, beginnt jetzt allerdings erst. »Jetzt müssen Maßnahmen für eine langfristige Sanierung gestaltet werden«, sieht Pollmann noch schwierige Zeiten auf das Weeneraner Haus zukommen.

Jetzt »Katerstimmung«

Belegschaft des Krankenhauses äußert sich - SPD: Auch Ärzte

RZ/hoe **WEENER.** Während die politischen Reaktionen auf die Sicherung der Zukunft des Krankenhauses Rheiderland in Weener durch eine enge Zusammenarbeit mit dem Kreiskrankenhaus Leer ingesamt positiv sind, macht sich in der Belegschaft »Katerstimmung« breit. In der nachfolgenden Presseerklärung äußert sich der Betriebsrat des Krankenhauses durchaus kritisch zum aktuellen Stand der Dinge:

»Es ist wie ein Kater: man ist erleichtert und froh, dass er erstmal vorbei ist, der Stress fällt von einem ab, aber gleichzeitig ist einem übel, viele verschiedene Gefühle wie Angst, Trauer und viel Wut machen einem zu schaffen...«

Wo sich Politiker noch selbst als Retter feiern oder von Parteikollegen feiern lassen, wo die Rheiderländer

noch gar nicht richtig ahnen, was eigentlich passiert ist und sich wundern werden, was sich alles verändert, da sind die Angestellten im Krankenhaus schon weiter.

Ihnen ist klar, das sie den Löwenanteil des angerichteten Schadens bezahlen: Etwa 770000 Euro beträgt der Gehaltsverzicht des Personals an der Überwindung der Notlage, die von der Neuen-Pergamon angerichtet wurde. Der vereinbarte Notlagentarifvertrag sichert die Arbeitsplätze bis 2008, nicht aber die Strukturen und Arbeitsabläufe.

Pastor Helmut Not war als einziges Vorstandsmitglied bereit, vor die Mitgliederversammlung am Dienstag zu treten. Die Kolleginnen und Kollegen des Krankenhauses zollten ihm Respekt vor dieser Verantwortungsübernahme, machten gleichzeitig aber auch anfanghaft ihrem

gestauten Ärger über die lange währende Untätigkeit des Kuratoriums Luft.

Viele offene Fragen mussten schon aus Zeitgründen auf die Mitgliederversammlung des Vereins verschoben werden, die seit vielen Monaten überfällig ist.

Besondere Sorgen machen die unklaren Nebentöne, die aus verschiedenen Bereichen des Kreiskrankenhauses zu vernehmen sind und einzelne Bereiche des Weeneraner Krankenhauses infrage stellen.

So ist derzeit neben der Entlastung eine diffuse Mischung unterschiedlicher Gefühle im Krankenhaus zu spüren. Das große Aufatmen fällt da noch schwer.

In der nächsten Woche werden sich die neuen Verantwortlichen aus dem Kreiskrankenhaus in einer Personalversammlung vorstellen», heißt es absch-

ließend seitens der Belegschaft.

Die SPD-Kreistagsfraktion hat mit Freude die positiven Meldungen zum Erhalt des Krankenhaus Rheiderland in Weener aufgenommen.

In einer Pressemitteilung dankten die Sozialdemokraten dem Personal, das durch Einkommensverzicht ebenso zum Erhalt des Hauses beigetragen habe wie der Krankenhausverein durch die Bereitstellung finanzieller Mittel.

»Die SPD-Fraktion erwartet jetzt, dass auch die Ärzte einen Beitrag zur finanziellen Genesung des Hauses beitragen werden«, heißt es weiter. »Der Dank gilt ebenso Landrat Bramlage und Betriebsdirektor Glienke, denen es gelungen ist, die drohende Insolvenz abzuwenden«, betonte der Fraktionsvorsitzende Horst Kuhl aus Bunde.

Mittwoch, 12. Juli 2006

»Hätten eher auf die Bremse treten können«

Mitgliederversammlung stimmt für Verkauf der Gesellschaftsanteile an das Kreiskrankenhaus

Franz-Josef Hopmann (stehend), stellvertretender Betriebsratsvorsitzender am Krankenhaus Rheiderland, forderte, dass das Kuratorium Strafanzeige und Schadensersatzforderungen gegen die Neue Pergamon stellen soll.

Foto: Nordmann

no Stapelmoor. Es lag etwas in der Luft am Montagabend in Stapelmoor. Doch während im Kirchgarten auf der anderen Straßenseite der Duft nach gegrillten Würstchen lockte, war die Atmosphäre im Saal der Alten Schule bei der Mitgliederversammlung des Krankenhausvereins weitaus weniger entspannt.

Schon kurz nachdem der Vorsitzende Dr. Enno Conring die Veranstaltung eröffnet hatte, wurde deutlich, dass die rund 90 Mitglieder nicht gekommen waren, um mit dem Kuratorium Nettigkeiten auszutauschen. Sie forderten vielmehr Erklärungen, warum die Vereinsspitze nicht eher gegen die Krankenhausgesellschaft Neue Pergamon vorgegangen sei, warum das Kuratorium nicht längst Strafanzeige gegen den ehemaligen Mehrheitsgesellschafter gestellt habe und warum man erst so spät auf die wirtschaftliche Notlage reagiert habe. Nein, ein geselliger Abend sollte es nicht werden.

In seinem Jahresbericht machte Conring mehrfach deutlich, dass das Krankenhaus in den vergangenen Jahren mit verschiedenen Einzelproblemen zu kämpfen hatte. Dennoch seien die Berichte der Wirtschaftsprüfer bis zum Jahr 2005 ohne jede Beanstandung gewesen. »Man ging davon aus, dass alles im Aufwind war«, so Conring. Erst als die Meldung kam, dass das Testat für das vergangene Jahr nicht erteilt werden könne, sei man auf die wirtschaftliche Not aufmerksam gewesen.

Als Hauptursache für die negative Entwicklung nannte der Vorsitzende, dass die Einnahmen-Ausgabensituation nicht im Lot gewesen sei. »Es gab seit zehn Jahren keine Gewinne. In den vergangenen 20 Jahren wurde nicht im großen Rahmen modernisiert«, fasste Conring zusammen. Während die Einnahmen stagnierten, seien die Ausgaben aus dem Rahmen gelaufen. »Ein klares Konzept fehlte«, kritisierte er die Geschäftsführung der Neuen Pergamon, »sie haben die Strukturprobleme nicht in den Griff bekommen.«

Nachdem der Konkurs des Krankenhauses vorerst hätte abgewendet werden können, stehe nun die Sanierung des Krankenhauses an. »Die erste Klippe ist überwunden«, erklärte Conring, »aber wir sind noch nicht über den Berg.«

»Die Situation ist immer noch schwierig«, erklärte auch Holger Glienke, der als Geschäftsführer des Kreiskrankenhauses zum 1. Juni auch die Geschäftsführung des Krankenhauses Rheiderland übernommen hat, »wir sind knapp über der Wasserlinie.« Glienke versicherte den Mitgliedern, dass er alles dafür tun werde, um das Krankenhaus Rheiderland zu erhalten. »Ich kann aber nicht versprechen, dass es in der Struktur so erhalten bleibt«, stellte Glienke klar. Vielmehr müsse man sich im Verbund aufstellen, um am Markt zu bestehen. Schließlich machte der Wirtschaftsprüfer Lothar Jeschke deutlich, dass derzeit viele kleine Krankenhäuser in ganz Deutschland ums Überleben kämpfen.

Peter Freesemann erklärte, dass die Abwendung der Insolvenz das primäre Ziel der vergangenen Monate gewesen sei. Schließlich sei es in langen und zähen Verhandlungen gelungen, die Geschäftsanteile der Neuen Pergamon von 76 Prozent zurück zu kaufen. »Die, die den Weg in die Insolvenz wollten, waren nicht auf dem richtigen Weg«, betonte Freesemann.

Gegen den Vorwurf, dass der Vorstand zu spät eingegriffen habe, wehrte sich Freesemann entschieden. »Es gab gar keine Möglichkeit auszusteigen«, betonte er, »wie hätten wir uns freikaufen sollen?« Außerdem hätte die Neue Pergamon vorher ihre Anteile nicht verkauft und bis zum Ende daran festgehalten.

»Wir mussten bitter erfahren, was es heißt Minderheitsgesellschafter zu sein«, erklärte Freesemann, »was wir vergessen haben ist, dass die Pergamon keine caritative Einrichtung ist, sondern ein Wirtschaftsunternehmen, das Geld verdienen will. Gestatten Sie mir diese Einsicht.« Der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende des Krankenhauses Rheiderland, Franz-Josef Hopmann, wollte nicht gelten lassen, dass das Kuratorium erst am Jahresbeginn von der wirtschaftlichen Notlage des Hauses erfahren haben will. »Das kam im Januar nicht aus heiterem Himmel«, betonte er: »Sie hätten eher auf die Bremse treten können.« Schließlich habe man es bei der Neuen Pergamon mit einer »dilettantischen und skrupellosen Organisation« zu tun gehabt. Hopmann forderte daher, dass der Verein noch in diesem Strafanzeige und Schadensersatzansprüche stellen solle. Mit großer Mehrheit sprach sich die Versammlung letztlich dafür aus, dass das Kuratorium eine Strafanzeige prüfen solle.

Ebenfalls stimmten die Mitglieder dafür, das Anlagevermögen - sprich der Grundbesitz - des Krankenhausvereins auf die Krankenhaus Rheiderland gGmbH zu überschreiben.

Außerdem machte die Versammlung den Weg für den Verkauf von 51 Prozent der Gesellschaftsanteile an das Kreiskrankenhaus Leer frei. Laut Beschluss laufe die Kaufoption bis zum 30. Juni 2007. Der Wert der gesamten Anteile beziffert sich ohne Grund und Boden auf 50.000 Euro; mit Grund und Boden beträgt der Wert mindestens 300.000 Euro. Der Verkaufserlös der Gesellschafteranteile soll dann unverzüglich dem Krankenhaus Rheiderland zur Verfügung gestellt werden.

Außerdem beschloss die Versammlung den Mitgliederbeitrag von jährlich fünf auf zehn Euro anzuheben.

Ostfriesen-Zeitung

12.07.2006

Finanz-Skandal um Klinik-Chef

von stephan schmidt

AFFÄRE Pergamon-Manager soll Millionen veruntreut haben : Firma betrieb auch Hospital in Weener

Auch im Rheiderland soll Strafanzeige gegen die Gesellschaft gestellt werden. Der Betriebsrat vermutet kriminelle Machenschaften.

weener/LUDWIGSHAFEN - Die Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH (NPK), bis zum 30. Mai Betreiberin und Mehrheitsgesellschafterin des Krankenhauses Rheiderland in Weener, ist in einen Finanz-Skandal verstrickt. Dem Klinikum-Manager im Mutterhaus in Ludwigshafen, Volker Graf, wird vorgeworfen, rund sechs Millionen Euro an Prüfern und Aufsichtsräten vorbei in die eigene Tasche gesteckt zu haben. Graf gehört die Neue Pergamon zu 47 Prozent. Allein fünf Millionen soll er veruntreut haben, indem er Lieferantenrabatte nicht weitergab. Das berichtet der „Mannheimer Morgen“.

Der Klinik-Manager war die einflussreichste Gestalt in dem Konzern, der 20 Tochterfirmen umfasst. „Die Ära Graf ist definitiv beendet“, sagte NPK-Geschäftsführer Hartwick Oswald. „Die Affäre könnte strafrechtlichen Charakter haben.“ Das Unternehmen werde einen neuen Namen erhalten. Schweren Vorwürfe hat auch der Betriebsrat des Krankenhauses Rheiderland gegen die ehemalige Betriebsführung erhoben. Er fordert, Strafanzeige zu stellen. Die Neue Pergamon habe die Verträge nicht eingehalten. Der Anteil am Stammkapital von 185 000 Euro sei von der NPK zwar einbezahlt, kurz darauf aber von dieser wieder abgebucht worden, sagte der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende des Krankenhauses in Weener, Franz-Josef Hopmann, der OZ.

Dr. Enno Conring, Vorsitzer des Krankenhausvereins Rheiderland, sagte auf Nachfrage der OZ, das abgebuchte Geld sei zum größten Teil von der NPK wieder einbezahlt worden : jedoch erst, nachdem das von Wirtschaftsprüfern angemahnt worden war.

12.07.2006

Entlastung verweigert: „Ein Schlag mitten ins Gesicht“

von Stephan Schmidt

VERSAMMLUNG Mitglieder des Krankenhausvereins Rheiderland strafen den Vorstand ab

Das Gremium will zurücktreten. Das Kreiskrankenhaus Leer kann die Weeneraner Klinik bis zum 30. Juni 2007 zu 51 Prozent kaufen.

weener - Der Allgemeine Krankenhausverein für das Rheiderland hat eine aufregende Mitgliederversammlung hinter sich: Für den Kauf der Mehrheit der Gesellschaftsanteile der Klinik in Weener durch den Landkreis Leer wurden mit großer Mehrheit die Weichen gestellt. Gegen den ehemaligen Betreiber, die Neue Pergamon aus Ludwigshafen, wurden Vorwürfe von kriminellen Machenschaften laut. Und der geschäftsführende Vereinsvorstand wurde abgestraft: Die Mitglieder verweigerten ihm für die Jahre 2004 (20 Nein- und 15 Ja-Stimmen) und 2005 (24 Nein- und 13 Ja-Stimmen) die Entlastung: für den stellvertretenden Vereinsvorsitzenden und Weeneraner Bürgermeister Peter Freesemann ist das „ein Schlag mitten ins Gesicht“. Der Vorstand will geschlossen zurücktreten.

Kritik äußerten Mitglieder an dem Umgang des Vorstands in den vergangenen Jahren mit der Neuen Pergamon. „Durch die Zaghhaftigkeit des Vorstands ist der Schaden größer geworden“, sagte der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende in Weener, Franz-Josef Hopmann, gestern. Er hatte ebenfalls gegen eine Entlastung gestimmt. „Wir hätten statt einer Stotterbremsung eine Vollbremsung gebraucht.“

Der Vorstand räumte ein, die Neue Pergamon falsch eingeschätzt zu haben. „Was wir alle vergessen hatten war, dass die Neue Pergamon keine karitative Einrichtung ist, sondern eine, die nur auf das Geldverdienen aus ist“, sagte Freesemann. Für den Vorstand ist die Sache nun klar: Eine Weiterarbeit an der Spitze des Vereins ist mit diesem Misstrauensvotum nicht möglich. Er wird abtreten. Das sagten Vorsitzender Dr. Enno Conring, sein Stellvertreter Freesemann und Schriftführer Gerhard Daalmeyer übereinstimmend dem GA. „Das wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt geschehen, so dass es ohne Schaden für das Krankenhaus passiert“, sagte Freesemann.

51 Prozent der Gesellschaftsanteile der Klinik in Weener werden der gemeinnützigen Kreiskrankenhaus Leer GmbH zum Kauf angeboten.

Den Mindestpreis von 153 000 Euro soll der Landkreis Leer, dem die Kreiskrankenhaus gGmbH zu 100 Prozent gehört, an die Krankenhaus Rheiderland gGmbH zahlen. Das Kreiskrankenhaus muss die Option bis zum 30. Juni kommenden Jahres einlösen.

Die Versammlung hat beschlossen, einen um 200 000 Euro erhöhten Kredit bei der Sparkasse Leer-Weener zu bestellen. Damit soll die Zahlungsfähigkeit des von Insolvenz bedrohten Hauses gesichert werden.

„Dilettantisch und skrupellos“

von stephan schmidt

AFFÄRE Betriebsrat der Rheiderland-Klinik berät über Vorgehen gegen Ex-Betreiber

Die Neue Pergamon ist in einen Finanz-Skandal verwickelt. In Weener habe sich das Unternehmen nicht an Verträge gehalten.

weener - Der Betriebsrat des Krankenhauses Rheiderland in Weener will heute darüber beraten, ob und wie er gegen den ehemaligen Betreiber der Klinik, die Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH (NPK), strafrechtlich vorgehen wird. Das sagte Betriebsratsvorsitzer Hans-Joachim Kappernagel gestern der Ostfriesen-Zeitung. Zugleich will der Betriebsrat prüfen lassen, ob Schadensersatz eingefordert werden kann.

Der Betriebsrat hatte bei der Mitgliederversammlung des Krankenhausvereins Vorwürfe erhoben: Der Anteil am Stammkapital von 185 000 Euro sei zwar einbezahlt worden, kurze Zeit später aber wieder zurückgebucht worden. Wie die OZ gestern berichtete, ist zudem ein Spitzenmanager der NPK in einen Finanzskandal verwickelt. Er soll am Stammsitz des Unternehmens, dem Klinikum in Ludwigshafen, sechs Millionen Euro veruntreut haben.

„Wir hatten es mit einer dilettantischen und skrupellosen Organisation zu tun“, sagte der stellvertretende Betriebsratsvorsitzer Franz-Josef Hopmann der OZ. „Die haben ohne jegliche Ausschreibung immer ihre Tochterfirmen ins Spiel gebracht.“ Die Folge sei gewesen, dass die Rheiderland-Klinik die teuerste Versorgung aller Krankenhäuser der Region gehabt habe. Eine Tasse Kaffee für die Mitarbeiter der Klinik sei etwa für fünf Euro in Rechnung gestellt worden. 2,70 Euro seien allein für das Ausleihen des Geschirrs, das dem Krankenhaus gehört, verlangt worden.

Die mit der Vertragsunterzeichnung von der NPK zugesagten 135 000 Euro an Investitionen ins Krankenhaus seien nie geflossen, sagte Hopmann.

Der Vorstand des Krankenhausvereins Rheiderland will die Arbeit der NPK in Weener kritisch prüfen. Vorsitzer Dr. Enno Conring räumte ein, der Vorstand habe kaum Einblick in die Buchführung gehabt. Die wurde in Oberhausen erledigt. Er warnte aber davor, aus dem Skandal in Ludwigshafen Rückschlüsse für Weener zu ziehen. „Wir müssen uns von pauschalen Verurteilungen fern halten.“

Gegen Günter Hagenhoff, bis zu seiner Abberufung im März Geschäftsführer in Weener, liege nichts vor, sagte Conring. Mit Volker Graf, der die sechs Millionen unterschlagen haben soll, habe die Klinik kaum zu tun gehabt. „Er war nur einmal in Weener, und das war ganz am Anfang.“

Der Vereinsvorstand sieht derzeit keinen Grund für eine Strafanzeige. Der Anteil des Stammkapitals sei von der NPK verspätet einbezahlt und dann wieder von ihr zurückgebucht worden. Allerdings habe sie das Geld dann bis auf eine geringe Summe ohne Aufforderung wieder einbezahlt, betonte Conring.

Freitag, 14. Juli 2006

Komplettes Abzocksystem

Betriebsrat sammelt Material für Klage gegen Neue Pergamon

no Weener. Der Betriebsrat der Krankenhäuser Rheiderland hat gestern eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die Material für eine Klage gegen den ehemaligen Mehrheitsgesellschafter der Krankenhaus Rheiderland gGmbH, die Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH (NPLK), sammelt.

Zu der dreiköpfigen Arbeitsgruppe, die Anfang der kommenden Woche ihre Arbeit aufnimmt, gehört auch der Betriebsratsvorsitzende Hans-Joachim Kappernagel. Wann die Materialsichtung abgeschlossen sein werde, konnte Kappernagel gestern auf Anfrage der Rheiderland-Zeitung noch nicht abschätzen: »Man kann noch nicht sagen, was da alles im Argen liegt«.

Anschließend solle das Belastungsmaterial dem Vorstand des Krankenhausvereins vorgelegt werden. Die Mitgliederversammlung hatte am Montag beschlossen, die Möglichkeit einer Strafanzeige gegen den ehemaligen Mehrheitsgesellschafter zu prüfen. Daher lehnt es Kappernagel ab, dass der Betriebsrat selbst Anzeige erstattet: »Da muss in erster Linie der Vorstand tätig werden«.

Vor der gestrigen Sitzung wollte sein Stellvertreter im Betriebsrat, Franz-Josef Hopmann, einen »Alleingang« allerdings nicht ausschließen. »Für uns ist das eine Frage der Ehre, verbunden mit der Hoffnung, dass doch noch etwas Geld zurückfließt«, erklärte Hopmann gegenüber der RZ.

Seine Vorwürfe richten sich in erster Linie dagegen, dass die Neue Pergamon das vereinbarte Stammkapital von 185000 Euro zwar eingezahlt, kurze Zeit später aber wieder abgezogen habe. Der Betrag sollte mit den monatlichen 9000 Euro verrechnet werden, die der NPK für die Geschäftsführung des Krankenhauses zustand. Das sei »buchhalterisch eine Sünde«, betonte Hopmann, »wir mussten gleichzeitig Kredite in Anspruch nehmen«. **Außerdem habe die Neue Pergamon nie die im Vertrag festgeschriebenen 135000 Euro für Investitionen gezahlt.**

Als »komplettes Abzocksystem« bezeichnete der Betriebsrats-Vize die Auftragsvergabe der NPK an verschiedene Subfirmen. »Es wurde zu jedem Preis bei der eigenen Tochter eingekauft«, erklärt Hopmann, »da wurde Vereinsvermögen verdoppelt«. Zudem gebe es zahlreiche Ungereimtheiten in Unterlagen. So habe die Neue Pergamon 21.000 Verpflegungstage abgerechnet, obwohl es nur 18.500 gegeben habe. Ein EDV-Netzwerk das eingerichtet worden sein sollte, sei nie angeschlossen worden. »Das ist Schrott, der nicht funktioniert und zu mehr als dem Neupreis abgerechnet worden ist.«

Kappernagel ist überzeugt davon, dass das Krankenhaus in Weener auch beim Materialeinkauf geprellt worden ist. Ist das der Fall, ist auch das Haus in Weener in den »Ludwigshafener Klinkskandal« verwickelt. Dabei hat die Stadt Ludwigshafen nun Rückforderungen in Höhe von mehr als sechs Millionen Euro an den früheren Klinikum-Geschäftsführer und NPK-Gründer Volker Graf gestellt. Graf soll jahrelang Bonuszahlungen von Lieferanten, die eigentlich dem Krankenhaus zustehen, in die eigene Tasche gesteckt haben.

Mittlerweile hat NPK-Geschäftsführer Hartwick Oswald die Abberufung Grafs eingeleitet und den Einkaufsleiter der NPK suspendiert. Graf, Mitinhaber und Ex-Geschäftsführer der Neuen Pergamon, befindet sich seit Ende des vergangenen Monats wegen »psychischer Probleme« in der Berliner Charité, hatte Oswald der Zeitung »Rheinpfalz« mitgeteilt.

Kappernagel, der am Krankenhaus Rheiderland für den Einkauf zuständig ist, erklärte, dass das Haus keine Rabattzahlungen von Lieferanten erhalten habe.

Hopmann räumte ein, dass die Vorwürfe juristisch sicherlich schwer zu fassen seien. Er wolle aber nicht ausschließen, dass man sogar zivilrechtlich gegen die ehemaligen Geschäftsführer des Krankenhauses vorgeht.

Die Chancen, dass das Krankenhaus in Weener Rückzahlungen von der NPK erhält, werden dadurch verschlechtert, dass die Neue Pergamon selbst kurz vor der Insolvenz steht. »Auf einer Gläubigerliste werden wir sicherlich ganz hinten landen«, vermutet Hopmann, »aber es ist die Frage, ob man strafrechtlich Signale setzt, damit die nicht unter einem anderen Namen weitermachen.« Laut Oswald sei der Name »Neue Pergamon« nicht zu halten. Die Gesellschaft soll nun in »Netzwerk Gesundheit Hospitalgesellschaft« umbenannt werden.

Wie die Staatsanwaltschaft in Aurich gestern auf RZ-Anfrage mitteilte, werde in dieser Sache zur Zeit nicht ermittelt. Die Ermittlungen werden aufgenommen, wenn genügend Ansätze für eine Strafsache vorliegen würden.

Freitag, 22. September 2006

Genius verlässt Altenzentrum Diakonieverband vermietet seine Küche neu

hoe Weener. Das Altenzentrum Rheiderland in Weener hat sich von der Genius Catering und Hauswirtschaft GmbH getrennt. »Wir haben eine Auflösungsvereinbarung getroffen«, so Altenzentrums-Geschäftsführer Andreas Cramer gestern gegenüber der RZ.

Zum 1. November wird die Firma Schäfer aus Langenhagen die Küche des Altenzentrums übernehmen. Der ursprüngliche Termin 15. Oktober ließ sich aus formalen Gründen nicht halten. »Ein vernünftiger Betriebsübergang zu diesem Termin war nicht hinzubekommen«, so Genius-Geschäftsführer Klaus Dudenhöfer. Er war gestern persönlich aus Ludwigshafen nach Weener gekommen, um die Vertragsverhandlungen zum Abschluss zu bringen. »Wir haben ein vernünftiges Ergebnis gefunden und wollten auch keine Risiken eingehen«, so Cramer.

Klaus Dudenhöfer ergänzt: »Uns lag am meisten am Personal, dass es einen vernünftigen Übergang und dass Rechtssicherheit für die Arbeiternehmer gibt, aber auch für den Arbeitgeber besteht.« Zwölf Beschäftigte hat die Altenzentrums-Küche, vier davon sind beim Diakonieverband unter Vertrag, acht bei der Genius. Und der neue Betreiber übernimmt vereinfacht gesagt nicht nur die Küche, sondern auch das Personal mit allen Rechten und Pflichten.

Wie ausführlich berichtet, war das Altenzentrum nicht bereit, der Genius einen erheblich höheren Satz pro Verpflegungstag zu zahlen und hat sich deshalb nach einem anderen Mieter für die betriebseigene Küche des Diakonieverbandes, der auch das Altenzentrum betreibt, umgesehen. Während der laufenden Vertragsverhandlungen kam es auch immer wieder zu Klagen über die Qualität des Essens. Gipfel des Protestes der Altenheim-Bewohner war ein Leserbrief des Heimbeirats-Vorsitzenden Otto Haats, den die RZ am Montag veröffentlichte.

Pressemitteilung Krankenhaus Rheiderland gGmbH, Weener 19.01.2007

Rückblick - Ausblick

Das Krankenhaus Rheiderland in Weener hat wohl eines der bewegendsten Geschäftsjahre im Verlauf der über 125-jährigen Geschichte zurückgelegt. Seit Anfang der 90er Jahre besteht ein verstärkter politischer Druck im Bereich des Gesundheitswesens um Kosten zu begrenzen und Krankenkassenbeiträge zu stabilisieren. Die gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen sind besonders für kleinere Krankenhäuser der Grundversorgung schwieriger geworden, was sich auch in den Geschäftsergebnissen der letzten 10 Jahre des Krankenhauses Rheiderland in roten Zahlen widerspiegelt. Der Rettungsversuch mit der privaten Krankenhauskette Neue Pergamon ist fehlgeschlagen. Auch in den Jahren 2003 bis 2005 war keine Wende in Sicht – im Gegenteil: das Geschäftsergebnis des Jahres 2005 führte mit über 500.000 € Verlust dazu, dass Anfang des Jahres 2006 sich das Krankenhaus in einer absoluten Notsituation befand mit drohender Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung.

Dieses tiefe Tal konnte im Mai/Juni 2006 durchschritten werden, in dem der bis dahin tätige Mehrheitsgesellschafter Neue Pergamon „abgeschüttelt“ werden konnte, so dass das Krankenhaus bzw. der allgemeine Krankenhausverein für das Rheiderland in Weener wieder allein über die Geschicke des Krankenhauses entscheiden konnte. Jedoch waren gewaltige gemeinsame Anstrengungen erforderlich, um die drohende Insolvenz abzuwenden.

Seit Anfang Juni 2006 ist nun das Krankenhaus Rheiderland über einen Kooperations- und Managementvertrag mit dem Kreiskrankenhaus Leer verbunden. Als Geschäftsführer dankt Herr Glienke ausdrücklich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Krankenhauses Rheiderland, die mit Ihrem Gehaltsverzicht und nicht nachlassendem Arbeitseinsatz zum Wohl der Rheiderländer Bevölkerung bzw. der behandelten Patienten gewirkt haben, dem Trägerverein für die Begleitung und finanzielle Unterstützung im Geschäftsjahr 2006, der Sparkasse Leer-Wittmund für die positive Begleitung der Unternehmensstabilisierung sowie dem Landkreis Leer und in Person Herrn Landrat Bramlage als Aufsichtsratsvorsitzenden der Kreiskrankenhaus Leer gGmbH, der die Weichenstellung für ein mehrheitliches Arrangement der Kreiskrankenhaus Leer gGmbH mit finanzieller Beteiligung vorangetrieben hat.

Zur Vergangenheitsbewältigung gehört auch, dass es erst in diesen Tagen einen testierten Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2005 aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation gegeben hat. Auch die nächste Zeit wird noch geprägt sein durch Relikte der Vergangenheit, in Form von Forderungen und Klagen gegenüber dem damaligen Mehrheitsgesellschafter Neue Pergamon, der im September 2006 selbst in Insolvenz geraten ist, dies wird jedoch, soweit wir es heute sagen können, keine Auswirkung mehr auf die Stabilisierung des Unternehmens haben.

Im Ergebnis können wir für das Geschäftsjahr 2006 eine schwarze Null vermelden.

– Diese Trendwende im Jahr 2006 konnte nur erreicht werden durch Abschluss eines Notlagentarifvertrages, der von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern das Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie Einmalzahlungen als Sanierungsbeitrag mit rund 270.000 € beinhaltete sowie weiteren direkten Betriebskostenzuschüssen in Höhe von 50.000 und 150.000 € durch den Krankenhausverein bzw. den Beteiligungserwerb der Kreiskrankenhaus Leer gGmbH.

Eine schwarze Null für das Jahr 2006 war auch das Ziel als im April 2006 im Rahmen der Tarifverhandlungen ein Wirtschaftsplan für das Jahr 2006 durch die Geschäftsführung erarbeitet wurde, wobei es hier viele Unbekannte wie z. B. Entstehung der Buchhaltungszahlen von der Neuen Pergamon, die Belegungssituation, die Budgetentwicklung bzw. Vereinbarung mit den Krankenkassen u. a. gegeben hat. Mit dem Geschäftsverlauf des Jahres 2006 können wir gemeinsam sehr zufrieden sein. Eine Insolvenz ist zurzeit nicht mehr in Sicht, da auch durch die von der Mitgliederversammlung beschlossene Einbringung von Grund und Boden die fortwährend drohende Überschuldung des Krankenhauses abgewendet werden konnte.

Die Vergangenheit bewältigen – in der Gegenwart bestehen – und die Zukunft gestalten... Das ist der Weg den wir gemeinsam für das Krankenhaus Rheiderland in Weener gehen wollen.

Hierzu gehört auch, dass wir in Kürze eine Lösung präsentieren werden, wie die dringend erforderlichen Investitionen in siebenstelliger Größenordnung bewältigt werden können. Diese Lösung beinhaltet auch die Stabilisierung der medizinischen Grundversorgung im Bereich der Inneren Medizin und Chirurgie. Die Sicherung des Standortes und Erhaltung der Arbeitsplätze haben hierbei oberste Priorität. Die Rheiderländer Bevölkerung kann mit Sicherheit wie bisher in der medizinischen Versorgung auf das Traditionshaus in Weener zählen.

Holger Glienke

Geschäftsführer

Krankenhaus Rheiderland gGmbH

Ostfriesen-Zeitung

20.01.2007

Krankenhaus will über eine Million Euro investieren

BILANZ Geschäftsjahr 2006 schloss mit einer schwarzen Null ab / Einrichtung soll umgebaut werden

Wohin die Reise geht, wollte Geschäftsführer Glienke noch nicht sagen. Darüber sollen erst die Gremien entscheiden.

Weener / MI - Nachdem das Krankenhaus Rheiderland Anfang vergangenen Jahres kurz vor der Pleite stand, hat es das Geschäftsjahr 2006 jetzt mit einer schwarzen Null abgeschlossen. Im Jahr 2005 gab es ein Minus von 500 000 Euro. „Im Jahr 2007 wollen wir erste kleine Investitionen aus eigener Kraft schaffen“, sagte Holger Glienke, Geschäftsführer des Kreiskrankenhauses Leer, das über einen Kooperations- und Managementvertrag mit dem Krankenhaus Rheiderland verbunden ist.

Investiert werden müsse dringend, betonte Glienke : in den nächsten vier Jahren gut eine Million Euro. Es gehe darum, die Klinik in Weener umzubauen und zukunftssicher zu machen, sagte der Geschäftsführer. In welche Richtung die Entwicklung gehen soll, wo das Krankenhaus künftig seine Schwerpunkte sieht, wollte er noch nicht sagen. Darüber müssten zunächst die zuständigen Gremien entscheiden, sagte Glienke.

Offen ist derzeit, ob das Krankenhaus mit einer Schadensersatzzahlung des vorherigen Betreibers Neue Pergamon rechnen kann. Die Gesellschaft hat im September vergangenen Jahres Insolvenz angemeldet. „Wir reihen uns da bei den Schadensersatzforderungen ein“, sagte Glienke. Das könne allerdings über Jahre dauern, und ob da überhaupt noch etwas zu holen sei, sei fraglich.



Kreiskrankenhaus Leer gGmbH · Augustenstraße 35-37 · 26789 Leer

Pressemitteilung

Krankenhaus Rheiderland mit Sanierungskonzept und Notlagtarif auf dem richtigen Weg

Der Vorschlag von Dieter Baumann in der heutigen Ausgabe der Rheiderland Zeitung ist kein hilfreicher Beitrag auf dem steinigen Weg zur Sanierung und dauerhaften Sicherung der Arbeitsplätze am Rheiderland Krankenhaus. – Wenn tatsächlich Anträge eingehen wird die Geschäftsführung diese prüfen und zur Diskussion stellen.

In der Mitgliederversammlung des „Allgemeiner Krankenhausverein für das Rheiderland“ konnte der Geschäftsführer erst kürzlich über den positiven Geschäftsverlauf im Jahr 2007 berichten. Dabei werden die Mitarbeiter bereits im Jahr 2007 wieder eine 12 %-ige Sonderzahlung erhalten können.

Als Mitte des Jahres 2006 die Kreiskrankenhaus Leer gGmbH die Geschäftsführung im Krankenhaus Rheiderland übernahm, stand lediglich fest, dass die Neue Pergamon Krankenhausmanagementgesellschaft die Weeneraner Traditionsklinik an den Rand des Ruins gebracht hatte. Im Jahr 2005 wurden über 500.000 € Verluste erwirtschaftet und auch für das Jahr 2006 war ein Verlust in gleicher Größenordnung ersichtlich. Bei einem Gesamtumsatz von lediglich knapp 7 Mio. € musste es im Krankenhaus Rheiderland verständlicherweise viele Veränderungen geben, um die rund 140 Arbeitsplätze zu erhalten. Dies wurde von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern akzeptiert und mit viel Engagement und Einsatzbereitschaft umgesetzt. Neben diesem Willen zur Veränderung musste ein Wirtschaftsplan für die Jahre 2006 bis 2008 erarbeitet werden, der neben dem Veränderungswillen auch finanzielle Beiträge einfordern musste, sowohl vom Krankenhausverein und dem Kreiskrankenhaus Leer als Trägern, aber auch von den Mitarbeitern, in Form des Notlagtarifvertrages.

Die Mitarbeiter haben im Rahmen des laufenden Notlagtarifvertrages ihren finanziellen Beitrag für die Jahre 2006 und 2007 eingebracht, so dass ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt werden konnte.

Auch im Jahr 2008 muss der Notlagtarifvertrag fortgesetzt werden, um, bei weiterhin positivem Geschäftsverlauf, auch das Jahr 2008 mit einer schwarzen Null abzuschließen. In dem Stufenplan zur Sanierung der Krankenhaus Rheiderland gGmbH ist dann geplant, im Jahr 2009 ohne Notlagtarifvertrag mit der Vergütungsentwicklung im Krankenhaussektor Schritt halten zu können. Dabei werden den Krankenhäusern in Deutschland viele zusätzliche Lasten auferlegt, wie das von der Bundesregierung in diesem Jahr beschlossene Sanierungsgeld. Daneben drücken gestiegene Energiepreise, die Umsatzsteuererhöhung sowie die Tarifentwicklung im ärztlichen Bereich.

**Kreiskrankenhaus
Leer gGmbH**
Augustenstr. 35-37
26789 Leer
Tel.: 0491/86-0
Fax: 0491/86-2108
info@kkhleer.de
www.kkhleer.de

Geschäftsleitung

Leer, 04.12.2007

Geschäftsführer

Holger Glienke
Tel.: 0491/86-2100
Fax: 0491/86-2108
geschaeftsleitung@kkhleer.de

Armtsgericht Aurich
HRB 111425

Geschäftsführer
Holger Glienke

Aufsichtsratsvorsitzender
Bernhard Bramlage

Kto-Nr. 514 570
BLZ 285 500 00
Sparkasse Leer-Weener
Steuernummer 60/204/01476

Nur durch gemeinsame Kraftanstrengungen aller Beteiligten, das heißt der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der zuweisenden niedergelassenen Ärzteschaft, der Kostenträger sowie der Bevölkerung im Rheiderland kann es gelingen, das Krankenhaus Rheiderland bis zum Jahr 2009 zu sanieren.

Dass zeitnah ein dringend erforderliches Investitionsprogramm von 2 Mio.Euro für das Krankenhaus Rheiderland durch das Kreiskrankenhaus Leer auf den Weg gebracht wurde, soll, auch während des laufenden Notlagentarifvertrages, ein deutliches Zeichen dafür sein, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Arbeitsplätze für die Zukunft gesichert wissen.

In der Zukunft ist es erforderlich, weitere Investitionen auch aus dem Fördermitteltopf des Landes bestreiten zu können. Zum Sanierungskonzept gehört ferner, dass das Krankenhaus Rheiderland und das Kreiskrankenhaus Leer ab dem Jahr 2009 als ein Krankenhaus im Krankenhausplan des Landes Niedersachsen ausgewiesen werden. Hierzu haben bereits Gespräche im Sozialministerium stattgefunden unter Begleitung des Aufsichtsratsvorsitzenden Landrat Bernhard Bramlage und dem Vereinsvorsitzenden Jakobus Baumann.

An dieser Stelle wünscht sich das Krankenhaus Rheiderland Unterstützung von allen Politikern, damit das geplante Sanierungskonzept erfolgreich beendet werden kann. Hier kann die Politik bzw. Landesregierung einen wertvollen Beitrag dazu leisten, das Krankenhaus Rheiderland in Zusammenarbeit mit dem Kreiskrankenhaus Leer dauerhaft zu sichern und so zu einer flächendeckenden, wohnortnahmen Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhausleistungen beitragen.

**Sankt Marien-
Hospital Buer gGmbH**

Die Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH

Unsere Klinik hat seit dem 01. Juli 1998 einen Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Neuen Pergamon Krankenhaus Management GmbH (NPG). Durch diesen Vertrag ist geregelt, dass der Geschäftsführer des MHB von der NPG gestellt wird und wir auf die Ressourcen der NPG zurückgreifen können.

Wer aber ist die Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH? Was sind ihre Ziele, wie ist sie organisiert und in welchen Häusern in Deutschland ist sie aktiv? Diesen Fragen sind wir nachgegangen und haben im Gespräch mit unserem Geschäftsführer, Silvio von Entress Fürsteneck, Antworten für Sie zusammengetragen.

Ausgangssituation

Die Situation der Kliniken in Deutschland ist gekennzeichnet von immer knapper werdenden finanziellen Möglichkeiten, stetig steigender

Leistungskonzentration und zunehmend stärkerem Wettbewerb untereinander. Entscheidende Faktoren für die Akzeptanz und den Erfolg einer Klinik sind die Qualität und die Effizienz der Leistungserbringung. Bisherige Unternehmensziele und Strukturen können diesen Bedingungen oft nicht standhalten. Längst sind Krankenhäuser hinsichtlich der Betriebsanforderung und der Kapitalausstattung mit größeren Wirtschaftsunternehmen vergleichbar. Das betriebswirtschaftliche Instrumentarium muss dem entsprechen. Hier ist der Ansatzpunkt der NPG, die mit modernen Konzepten und Strukturen diesen Anforderungen begegnet.

Die Ziele der NPG

- eine qualitativ hochwertige Patientenversorgung
- die Stabilisierung des bestehenden Leistungsangebotes
- der Ausbau der Kliniken zu Dienstleistungszentren mit erweiterten Angeboten

- die Erschließung neuer, zukunftsreicher Angebote
- die Sicherstellung des langfristigen wirtschaftlichen Erfolges

Getragen werden diese Zielsetzungen von der prinzipiellen Einbindung der Mitarbeiter in die Prozesse. Die NPG betont, dass maßgeblich die Mitarbeiter, ihre Qualifikation, Motivation und Leistung, den Unternehmenserfolg bestimmen. In der Unternehmensphilosophie der NPG gelten daher folgende Prinzipien:

- interne und externe Kundenorientierung
- Partizipation der MitarbeiterInnen am Reformprozess
- Dezentralisierung von Verantwortung und Entscheidung
- kontinuierliche Prozessverbesserung
- Qualitätsentwicklung statt Qualitätskontrolle

Prozessmanagement ist das Schlüsselwort. Hierzu gilt für die NPG, dass nur durch die Übergabe der Verantwortungs- und Entscheidungskompetenz an die vor Ort tätigen MitarbeiterInnen die Qualität und die Effizienz der Leistungserbringung sichergestellt und weiter entwickelt werden kann.

Kompetenzen der Neuen Pergamon Krankenhaus Management GmbH

Die NPG verfügt über jahrelange Managementerfahrung im Gesundheitssektor, in denen sich die folgenden Kernkompetenzen der Gesellschaft ausgebildet haben:

• Personalmanagement

Einleiten und Umsetzen eines modernen Personalmanagements ergänzt durch Personalentwicklungsmaßnahmen.

• Finanz- und Rechnungswesen / Controlling

Aufbau eines Berichtswesens, das jederzeit über die wirtschaftliche Situation des Unternehmens und einzelner Bereiche informiert.

• Krankenhausinformationssysteme

Einführung von EDV-Lösungen durch die nicht nur das Management, sondern auch Medizin und Pflege wirksam unterstützt werden.

• Einkaufsverbund

Bessere wirtschaftliche Konditionen durch den Einkauf zusammen mit den anderen Kliniken der NPG.

• Produktmanagement

Anwenderorientierte Produktstandardisierung durch Reduzierung der Artikel und Lieferanten zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und der Versorgungsqualität.

• Logistik

Einführung verbesserter interner und externer Beschaffungs-, Ver- und

Entsorgungswege unter Ausnutzung von Synergien.

• Qualitätsmanagement

Nachhaltige Implementierung von patienten- und mitarbeiterorientierten Maßnahmen zur Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung.

• Bau- und Gebäudemanagement

Technisches und wirtschaftliches Management zur Optimierung der Herstellung, Einrichtung, Unterhaltung und des Betriebes eines Krankenhauses und der angegliederten Einrichtungen.

Einrichtungen, die von der NPG betreut werden:

- Klinikum der Stadt Ludwigshafen am Rhein gGmbH (Rheinland-Pfalz): Krankenhaus der Maximalversorgung mit 1000 Planbetten und rund 2300 Mitarbeitern. Betreuung im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages.

- Stadtkrankenhaus der Stadt Schwabach (Bayern): Krankenhaus der Grundversorgung mit 200 Planbetten und 300 Mitarbeitern. Betreuung im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages.

- Alten- und Pflegeheime der Stadt Ludwigshafen am Rhein gGmbH (Rheinland-Pfalz): zwei Pflegeheime mit 320 Betten bzw. Plätzen und 175 Mitarbeitern. Betreuung im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages.

- Zentralwäscherei Rhein-Neckar GmbH (Baden-Württemberg): Krankenhauswäscherei mit 110 Mitarbeitern. Der Anteil der Neuen

Pergamon am Stammkapital beträgt 50%. Die Geschäftsführung liegt bei der NPG

- Krankenhaus Wetter (Ruhr) GmbH: Krankenhaus der Grundversorgung mit 106 Planbetten und 140 Mitarbeitern. Übernahme der Trägerschaft als Mehrheitsgesellschafter (51%) zusammen mit der Eifelhöhen-Klinik AG (49%).

- Übernahme des Personalmanagements in der Klinikum Osnabrück GmbH

- Strategische Kooperation mit der Eifelhöhen-Klinik AG (Nordrhein-Westfalen), etablierter Rehabilitationsträger mit zwei Kliniken (ca. 500 Betten)

- Kooperation mit dem Gemeinnützigen Paritätischen Unternehmensverbund für Gesundheits- und Sozialdienste GmbH, Berlin (zehn Einrichtungen im Gesundheitswesen, darunter Krankenhäuser, Polikliniken und stationäre Pflegeeinrichtungen).

- und natürlich wir: das Sankt Marien Hospital Buer

Die Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH als Unternehmen

Die Gesellschaft wurde 1995 gegründet. Gesellschafter sind Dr. rer. oec. Volker Graf und M.A. Jürgen Matschke. Insgesamt beschäftigt die NPG dreißig Mitarbeiter. Ihre assoziierten Tochterunternehmen sind die Pergis Systemhaus GmbH, die Genius Produktmanagement GmbH und die perspektiv GmbH. (-ub-)

MHB setzt weiter auf die Zusammenarbeit mit der Neuen Pergamon Krankenhaus Management GmbH

Stiftung und Aufsichtsrat unserer Klinik haben sich mit der Neuen Pergamon Krankenhaus Management GmbH (NPK) auf eine Verlängerung der Zusammenarbeit für zunächst weitere fünf Jahre bis 2009 verständigt.

1998 wurde im Rahmen der Neuordnung des MHB mit der Gründung der gGmbH die NPK mit der Geschäftsbesorgung des Hauses beauftragt. Im Rahmen dieses Vertrages wurde Silvio von Entress-Fürsteneck zum Geschäftsführer berufen. Die Aufsichtsgremien ließen sich bei dieser Entscheidung davon leiten, dass ein durch Ausbildung und Kompetenz qualifizierter Geschäftsführer auf eine Management-Gesellschaft zurückgreifen kann, die auf Grund ihrer Erfahrungen bei der Führung auch anderer Häuser fachspezifisches Wissen einbringen kann. Dies gilt insbesondere auch für die Bündelung der Leistungen und die damit verbundenen Kostenvorteile der beteiligten Einrichtungen.

Wir wollen die gute Zusammenarbeit mit der NPK auf dieser Basis fortsetzen. Dies umso mehr, als wichtige strategische und operative Prozesse auf den Weg gebracht wurden und der NPK die Möglichkeit gegeben werden sollte, diese fortzuführen. Gerade vor dem Hintergrund der derzeitigen gesundheitspolitischen Reformen und der bevorstehenden Umstellung auf Fallpauschalen (DRG's) kommt es darauf an, den außerordentlichen Herausforderungen wirksam zu begegnen. Das Haus befindet sich in einer entscheidenden Phase der Marktanpassung, die nur von allen Mitarbeitern gemeinsam gemeistert werden kann.

Dabei streben wir an, neben der

Verbesserung der Erlöse, weiterhin die Kosten zu reduzieren. Hierbei sind leider auch unpopuläre Maßnahmen nicht zu vermeiden. Entscheidend ist jedoch, dass damit die Arbeitsplätze und der Standort erhalten werden und die Wettbewerbsfähigkeit der Klinik gestärkt wird. Die Aufsichtsgremien tragen in dieser besonders schwierigen Phase das Konzept der Geschäftsführung mit und bitten alle Mitarbeiter um ihre Unterstützung mit Blick auf die Gesamtsituation des Hauses.

Wir sind zuversichtlich, dass mit einem solchen Schulterschluss die Zukunft des MHB weiterhin positiv gestaltet werden kann.

Dr. Gregor Mattheis

Stellvertretender Stiftungsvorstand

**WESTDEUTSCHE
ALLGEMEINE**
Die Zeitung **WAZ** des Ruhrgebiets

20.05.2006 / LOKALAUSGABE / GELSENKIRCHEN

Krankenhaus als Patient

**Das St. Marienhospital in Buer steckt in finanziellen Nöten und hat Gespräche mit dem Marienhospital in Ückendorf über eine Kooperation aufgenommen.
Trennung von der Geschäftsführung**

Das Marienhospital in Ückendorf und das Sankt Marien-Hospital Buer (MHB) führen Gespräche über eine engere Zusammenarbeit.

Das sagte gestern Dr. Gregor Mattheis, stellvertretender Vorstand der Stiftung des MHB. Mit dieser von ihm so genannten "angestrebten Kooperation" begründet Mattheis einen massiven Umbau in der Führungsspitze in Buer: Am vergangenen Montag wurde der Kooperationsvertrag mit der Neuen Pergamon Krankenhaus Management GmbH (NPK), die seit 1998 mit der Geschäftsführung beauftragt war, aufgekündigt.

Zum Ende des Monats wird auch Silvio von Entress-Fürsteneck seine Funktion als Geschäftsführer des MHB aufgeben. Es handele sich um "**einvernehmliche**" Trennungen, betonte Mattheis.

Hintergrund dürfte aber auch eine geschäftliche "Schieflage" (Mattheis) des MHB sein. Er spricht von 2,5 Millionen Euro. Ein Teil der roten Zahlen sei entstanden, weil das MHB für 1000 zu viel ausgeführte Operationen 65 Prozent der Einkünfte wieder abführen müsse.

Es gibt aber auch Gerüchte über einen möglichen Misserfolg des "Zentrums für klinische Pharmazie" in Bottrop, das im April 2005 eingeweiht wurde. Inhaber dieser Großapotheke, die etliche Häuser im Umkreis mit Arzneien versorgt, sind das MHB (zu 51%) und das St. Elisabeth-Krankenhaus Oberhausen (49 %), an dem wiederum die NPK, in der Silvio von Entress-Fürsteneck ebenfalls Geschäftsführer ist, eine Beteiligung hält.

Von der Leitung des Marienhospitals in Ückendorf war gestern keine Stellungnahme zu erhalten. Der WAZ ist aber ein Schreiben an die Chefärzte bekannt, in dem als Reaktion auf "Gerüchte über eine Fusion" lediglich von "gemeinsamen Gesprächen" die Rede ist.

Von Christian Scholz

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

Die Zeitung **WAZ** des Ruhrgebiets

20.05.2006 / LOKALAUSGABE / BUER

Geschäftsführer muss gehen

**St.-Marien-Hospital Buer trennt sich von Silvio von Entress-Fürsteneck.
Verluste von 2,5 Millionen Euro. Verhandlungen mit dem Marienhospital in Ückendorf.
"Gemeinsame Gespräche" bestätigt**

Überraschend, aber "einvernehmlich" getrennt hat sich das Sankt Marien-Hospital Buer (MHB) von seinem Geschäftsführer Silvio von Entress-Fürsteneck und der Neuen Pergamon Krankenhaus Management GmbH (NPK), die die Geschäfte des Krankenhauses seit 1998 besorgte.

Begründet wird diese Maßnahme mit einer bevorstehenden Partnerschaft mit dem Ückendorfer Marienhospital. Wie Dr. Gregor Mattheis vom Vorstand der MHB-Stiftung betont, gebe es im Vertrag zwischen MHB und NPK eine Option zur Trennung, wenn das MHB "einen strategischen Partner gefunden" habe. Aus Ückendorf werden derweil "gemeinsame Gespräche" zwar bestätigt, Konkretes zu vermelden würde aber Erfolgen "weit voraus greifen", heißt es in einem Brief an die Chefarzte als Reaktion auf "Gerüchte über eine Fusion".

Festzustehen scheinen aber auch wirtschaftliche Probleme des MHB. Mattheis spricht von einer "Schieflage", die sich auf 2,5 Millionen Euro belaufe. Eine Ursache sei die Budgetierung, der auch die Krankenhäuser unterliegen. Mattheis: "Wir haben etwa 1000 Operationen zu viel aufgeführt. 65 Prozent der Einnahmen daraus müssen wir wieder abführen, obwohl uns die entsprechenden Kosten entstanden sind." Man sei dabei, ein "Restrukturierungskonzept" zu entwickeln, das bereits im kommenden Jahr zu einem "ausgeglichenen Ergebnis" führen werde.

Im Fehlbetrag von 2,5 Mio. Euro sind auch die Auswirkungen der Turbulenzen um das Bottroper Zentrum für Klinische Pharmazie enthalten. Das wurde von den Anteilseignern MHB (zu 51 Prozent) und St. Elisabeth Krankenhaus Oberhausen (49 Prozent) im vergangenen Jahr unter prominenter politischer Begleitung (ein Staatssekretär des Bundesgesundheitsministeriums erwähnte das Wort "richtungweisend") aus der Taufe gehoben. Mattheis spricht von "Anlaufschwierigkeiten". Ansonsten sei er darüber nicht weiter informiert.

Die Verflechtung der Geschäfte des MHB und seines Geschäftsführers Silvio von Entress-Fürsteneck scheinen vielfältig und undurchschaubar. Von Entress wurde 1998 von der NPK als Geschäftsführer nach Buer geholt. In der Ludwigshafener NPK ist er auch Geschäftsführer. Unter von Entress wiederum wurde eine gemeinsame Geschäftsgründung des MHB in Bottrop (Zentrum für Klinische Pharmazie) mit dem Oberhausener St. Elisabeth Krankenhaus eingeleitet.

Im Oberhausener Krankenhaus hält die NPK Anteile. Ob es sich tatsächlich allein um "Anlaufschwierigkeiten" in Bottrop handelt oder auch um ausgebliebene Zahlungen, wie Insider vermuten, wird wohl später geklärt werden.

Ein Kölner Unternehmen untersucht derweil die Geschäftsstruktur des MHB auf die Tauglichkeit zu einem künftigen Zusammensehen mit dem Marienhospital in Ückendorf.

Von Christian Scholz

20.05.2006 / LOKALAUSGABE / BUER

DIE WOCHE IN BUER

Einvernehmlich?

Von Christian Scholz

Es ist ein Dickicht aus Gerüchten und Vermutungen, das die Vorgänge rund um das Sankt Marien-Hospital Buer umgibt. Eines scheint sicher: So "einvernehmlich" kann die Trennung von Geschäftsführer und der Firma, die ihn ins MHB geholt hat, nicht gewesen sein. Denn aus dem Marienhospital in Ückendorf werde Gespräche - mit welchem Ziel auch immer - zwar bestätigt, man will aber mit einer entsprechenden Mitteilung nur "Gerüchten um eine Fusion" begegnen. Dass also, bevor ein konkreter Zusammenschluss oder Kooperation vereinbart sind, der MHB-Geschäftsführer gehen muss - welchen anderen Schluss als den auf ein tiefes Zerwürfnis lässt das zu?

Da bekommt die Vermutung schon Sinn, dass die Verhandlungen nur vorgeschoben sind, um einen Vertragspassus nutzen zu können, der eine Trennung von Geschäftsführer und Geschäftsführung möglich macht.

Dabei unterliegt auch das MHB den Zwängen eines Marktes, der sich Gesundheitswesen nennt: Spezialisierungen und Zusammenschlüsse prägen zunehmend die Krankenhauslandschaft. Das MHB aber hatte sich, bis auf eine Kooperation mit der Kinderklinik, weitgehend aus Fusionen heraus gehalten.

Sorgen in der Belegschaft sind nicht unberechtigt. Die angekündigte Restrukturierung kann durchaus Arbeitsplätze kosten. Wenn Verluste abgearbeitet werden müssen, werden Mitarbeiter zu Kostenträgern degradiert.

Das MHB

Das MHB im Umbruch

2006 war für das MHB als „Sabbatjahr“ ausgerufen - nach vielen Entwicklungsschritten, die in den letzten Jahren vollzogen wurden, sollte es der Festigung dienen

Es kam anders. Anfang des Jahres ereilte uns die Meldung über ein Minus von 2,5 Millionen Euro. Die Beziehungen zur vorherigen Managementgesellschaft wurden gelöst. Bernd Ebbers wurde zum neuen Geschäftsführer bestellt.

Es hat sich viel getan in den letzten Monaten. Mitarbeiter, Geschäftsführung und Aufsichtsgremien analysierten Schwachstellen, leiteten entsprechende Maßnahmen ein und begannen mit großem Engagement den Restrukturierungsprozess. Die hohe Akzeptanz der Patienten war und ist dabei das größte Kapital unseres Hauses.

Was ist geschehen? Wo stehen wir heute? Wie wird es weiter gehen? Uwe Becker von der MHB Intern sprach mit Diplom-Volkswirt Wolfgang Berger (Aufsichtsratsvorsitzender), Dr. Gregor Mattheis (Stiftungsvorstand) und Diplom-Verwaltungswirt Bernd Ebbers (Geschäftsführer).

MHB Intern: Herr Berger, ein Minus von 2,5 Millionen ist keine Kleinigkeit. Wie kam es dazu?

Diplom-Volkswirt Wolfgang Berger: Das MHB liefert insgesamt eine sehr gute Teamleistung, die die Patienten anzieht.

Mit einer ausgezeichneten Medizin, die oft an vorderster Stelle in der Umsetzung wissenschaftlicher Ergebnisse ist, und der Atmosphäre im Haus machen wir viele Punkte. Seit 139 Jahren ist die Klinik ein anerkannter Garant für wohnortnahe Diagnostik, Therapie und Pflege. In 2005 hat uns diese hohe Akzeptanz einen Patienten-Überschuss gebracht, der negative Erlösausgleiche bescherte und uns in das Minus führte. Rückblickend müssen wir auch feststellen, dass einige Entwicklungen einfach zu schnell waren. Es fehlte zum einen die saubere Analyse und zum anderen die Feinabstimmung der einzelnen Maßnahmen. Die Addition dieser Faktoren brachte das Minus. Die Geschäftsführung hätte bereits in 2005 gezielt gegensteuern müssen.

Der Aufsichtsrat erfuhr erst im Februar 2006 davon und damit viel zu spät. Parallel zur Trennung von der alten Geschäftsführung haben wir direkt mit der Analyse und dem Restrukturierungsprogramm reagiert. Die BDO, eine im Gesundheitswesen anerkannte Prüfungs-gesellschaft, hat das MHB bis ins Detail unter die Lupe genommen. Wir verfügen heute über alle Daten, die eine sinnvolle Restrukturierung ohne Einschnitte für die Patienten möglich macht und wir haben in Bernd Ebbers einen Geschäftsführer, der diesen Prozess mit gleichbleibend hoher Mitarbeitermotivation zu steuern versteht. Die ersten positiven Ergebnisse stellen sich bereits ein.

Unsere Mediziner spielen in vielen Bereichen in der Bundesliga. Wir sind mit dem OP-Neubau und der technischen und apparativen Ausstattung auf Ballhöhe.

Mit unserem mehrfach ausgezeichneten Qualitätsmanagement können wir neue Situationen schnell verarbeiten und wir haben heute den Eindruck, ein zwar anstrengendes Training zu absolvieren, aber genügend Kondition zu haben, um das Klassenziel in 2007 zu erreichen.

MHB Intern: Viele von uns waren überrascht über die Gespräche mit dem Marienhospital Gelsenkirchen, die Sie, Herr Dr. Mattheis, im Mai öffentlich machten. Wie war es dazu gekommen?

Dr. Gregor Mattheis: Die Aufsichtsgremien des MHB bemühen sich schon lange um sichere Zukunftsperspektiven für die Klinik. Auf Dauer brauchen wir einen größeren Verbund. Dieser allgemeinen Tendenz folgen auch andere Krankenhäuser - sie ist dem ständig steigenden Kostendruck geschuldet. Fakt ist, dass nur große und leistungsfähige Einheiten überleben werden.

Bei den mit benachbarten Kliniken geführten Gesprächen haben wir uns bereits seit Beginn dieses Jahres auf eine Zusammenarbeit mit dem Marienhospital in Gelsenkirchen konzentriert. Dafür gibt es aus der Sicht beider Häuser gute Gründe. Der Verbund dieser Krankenhäuser würde mit insgesamt rund 1.700 Mitarbeitern und rund 890 Betten bei zwölf Fachabteilungen zu der größten medizinischen Klinik in Gelsenkirchen führen. Die beiden katholischen Krankenhäuser würden rund 100.000 Patienten ambulant und stationär behandeln. Ein solcher wirtschaftlicher und mediziner Verbund ermöglicht Synergieeffekte, die sich aus der Zusammenpassung

von Verwaltungen, Einkaufsvorteilen und aus medizinischen Schwerpunkten ergeben. Er wäre überdies eine Basis für neue Marktchancen im Süden und Norden unserer Stadt. Dies wird schon am Beispiel der Geburtshilfe deutlich: Sowohl im Marienhospital in Gelsenkirchen als auch in Buer kommen jährlich jeweils rund 1.000 Kinder zur Welt.

MHB Intern: Wie weit sind die Gespräche gediehen? Wie geht es weiter?

Dr. Gregor Mattheis: Die Aufsichtsgremien der Häuser haben eine Absichtserklärung zur Zusammenarbeit unterzeichnet. Zurzeit werden die Voraussetzungen dafür intensiv geprüft, um dann etwa im März 2007 abschließend zu entscheiden. Dann werden die Einzelheiten der Verbindung, d.h. die rechtliche Konstruktion im Hinblick auf betriebswirtschaftliche und medizinische Aspekte, in einem Grundsatzvertrag zu erarbeiten sein.

Dabei ist es das Ziel, beide Krankenhäuser wirtschaftlich und soweit wie möglich medizinisch zu verbinden und unter eine einheitliche Führung zu stellen. Nur auf diese Weise können Synergiepotenziale und Marktchancen optimal genutzt werden. Viele Kooperationen von Krankenhäusern bleiben hier auf halbem Wege stehen. Neben den rechtlichen und wirtschaftlichen Aspekten wird für den Erfolg entscheidend sein, eine gemeinsame Unternehmenskultur zu begründen. Sie wird oft unterschätzt. Aus meinen beruflichen Erfahrungen über die Zusammenführung von Unternehmen weiß ich, dass hier der eigentliche Erfolg oder Misserfolg begründet ist.

SANKT MARIEN-HOSPITAL BUER

Es sind nicht die handwerklichen Voraussetzungen, sondern die Vertrauenskultur und die entsprechende Führungsphilosophie, die über den Erfolg von Kooperationen entscheiden. Im Hinblick auf den Zusammenschluss von zwei katholischen Krankenhäusern müsste es möglich sein, eine solche gemeinsame Kultur zu praktizieren und von den Führungen vorzuleben. Dies kann auch zu einem Wettbewerbsvorteil führen. Die Führung von katholischen Krankenhäusern - trotz aller wirtschaftlichen Probleme - macht letztlich nur Sinn, wenn sie dem Auftrag der Gründungsidee, nämlich der Caritas, entspricht. Bei der Versorgung der Patienten muss dies deutlich werden durch eine Zuwendung zu den Patienten, die diesen Auftrag erkennen lässt. Deswegen wird auch die angestrebte Zusammenarbeit vom Bistum in Essen begrüßt und unterstützt. Hier liegt eine besondere Chance für den vorgesehenen Verbund.

MHB Intern: Ist mit diesem Zusammenschluss die Entwicklung zu einem größeren Verbund abgeschlossen?

Dr. Gregor Mattheis: Das ist keineswegs der Fall. Wir stimmen mit dem Marienhospital Gelsenkirchen überein, dass die Verbindung der beiden Kliniken auch für Kooperationen mit anderen benachbarten Krankenhäusern geöffnet sein sollte - in welcher Form auch immer. Hierbei könnte man an weitere strategische Allianzen, Arbeitsgemeinschaften, konsiliarische Tätigkeiten und vieles mehr denken. Dabei muss es stets letztlich das Ziel sein, die Versorgung der Patienten, gemessen an höchsten Qualitätsansprüchen,

sicherzustellen. Die Aufsichtsgremien des Hauses werden alles tun, um im Rahmen ihrer Möglichkeiten dem MHB auch auf diesem Wege eine Perspektive zu geben, um damit an die langfristige erfolgreiche Tradition anzuschließen.

MHB Intern: Herr Ebbers, Sie sind seit Mitte des Jahres der Geschäftsführer des MHB und damit Dreh- und Angelpunkt in der Umsetzung der Restrukturierung. Was haben Sie erreichen können? Wo stehen wir Ende 2006?

Diplom-Verwaltungswirt Bernd

Ebbers: Restrukturierung ist ein umfassender Begriff. Ich verbinde ihn immer mit „detaillierter Analyse“, „Augenmaß“ und „Teamwork“. Es war und ist nicht unser Ziel, das MHB auf den Kopf zu stellen, sondern auf die Füße. Und dabei geht es voran: Dank der konzentrierten Zusammenarbeit, insbesondere in dem vom Aufsichtsrat eingesetzten Wirtschaftsausschuss, können wir erste wirtschaftliche Erfolge vermelden. Wir sind aber noch nicht am Ziel und das war auch für Ende 2006 nicht zu erwarten. Die Änderungen, die wir in diesem Jahr eingeleitet haben, greifen erst 2007 richtig.

Die Restrukturierung kann nicht ein Einzelner erreichen. Für mich sind die Mitarbeiter unseres Hauses die Aktivposten. Gute Ideen und konsequente Umsetzungen kommen aus allen Bereichen. Das Wichtigste dabei: Die Versorgung der Patienten konnten wir weitgehend unverändert belassen. Das zeigt sich auch in der ansteigenden Zahl der Patienten, die wir 2006 behandelt haben.

Der Zusammenhalt der MHB'ler ist bemerkenswert. Dieses Engagement bei gleichbleibend hoher Motivation, trotz finanzieller Einbußen für jeden Einzelnen, traue ich nur wenigen anderen Krankenhäusern zu. So konnten wir auch in diesem Jahr das externe Audit bestehen. Selbst von den externen Prüfern wurde uns attestiert, dass wir uns in puncto Mitarbeitermotivation – trotz der Restrukturierung - deutlich positiv von anderen Unternehmen, auch aus dem Bereich von Handel und Industrie, hervorheben.

Besonders ist auch die Zusammenarbeit mit unserem Stiftungsvorstand, Aufsichtsrat und dem Marienhospital Gelsenkirchen. Alle haben hier an einem Strang gezogen und uns unterstützt. Durch viele Stunden Einsatz – oft ehrenamtlich - konnten wir so gleichzeitig auf verschiedenen Ebenen große Fortschritte erzielen.

Ich bin für 2007 optimistisch. Die Akzeptanz unserer Klinik durch die Patienten ist sehr hoch, die Motivation der Mitarbeiter ist außergewöhnlich, die Leitungsgremien bilden zusammen eine gute Mannschaft und die Perspektive auf die Zusammenarbeit mit dem Marienhospital Gelsenkirchen ist sehr vielversprechend.

Leichte Jahre wird es für keine Klinik mehr geben. Das, was auf uns zukommt, wird uns weiter fordern und nichts befreit uns von der Pflicht, im eigenen Haus für Ordnung zu sorgen. Das aber ist eine Aufgabe, die wir bewältigen werden. Dieses Jahr hat es gezeigt. (-ub-)

Führungsstruktur des MHB

Das MHB wird in der Rechtsform einer gGmbH – gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung – geführt. Das operative, das heißt das laufende Geschäft, obliegt dem Geschäftsführer Bernd Ebbers. Er ist alleiniger Geschäftsführer der Gesellschaft.

Begleitet, das heißt beraten und kontrolliert, wird die Geschäftsführung durch einen Aufsichtsrat, dessen Vorsitz von Diplom-Volkswirt und Wirtschaftsprüfer Wolfgang Berger wahrgenommen wird. Sein Stellvertreter ist Rechtsanwalt und Notar Eberhard van Kell. Weitere Mitglieder des Aufsichtsrates sind Hans-Joachim Brüggemann (Bistum Essen), Werner Cordes (Sprecher des Vorstandes der Volksbank Gelsenkirchen-Buer), Berthold Kleinebrecht (Sparkassendirektor i.R.).

Eigentümerin der gGmbH ist die Stiftung Sankt Marien-Hospital Buer. Daneben ist noch das CaritaTrägerwerk e.V. mit einem kleinen Anteil an der Gesellschaft beteiligt. Der Stiftung obliegt die Wahrnehmung der Gesellschafterrechte, insbesondere auch die Wahl des Aufsichtsrates. „Geborener“ Vorsitzender der Stiftung ist der jeweilige Pfarrer von St. Urbanus, zurzeit Propst Wilhelm Zimmermann. Sein Stellvertreter ist Dr. Gregor Mattheis (Rechtsanwalt und Mitglied des Vorstandes der Raab Karcher AG i.R.). Weiteres Mitglied ist Kunigunde Spoden.



MHB will sich von Apothekerin trennen

03.02.2007 / Lokales / Buer

So gut bezahlte Jobs mit immerhin rund 6 000 Euro im Monat als leitende Apothekerin im St. **Marien-Hospital** in Buer sind auf dem Arbeitsmarkt rar - das erkennt auch die betriebsbedingt gekündigte Apothekerin, der das Krankenhaus auf Grund von Umstrukturierungen den Stuhl vor die Tür setzen will.

Die Frau klagt dagegen jetzt vor dem Gelsenkirchener Arbeitsgericht. Sie will nicht so einfach ihrem Kollegen in Bottrop Platz machen, der nun allein die Leitung der dortigen Großapotheke übernehmen soll. Auslöser sind MHB-Pläne zur Kooperation mit einer Hamburger Großapotheke, die Geschäftsführer Bernd Ebbers vor Arbeitsrichter Zumfelde erläuterte. Der Anwalt der klagenden Apothekerin sieht jedoch ein entscheidendes Argument gegen die Entlassung seiner Mandantin: Sie ist nämlich die Konzessionsträgerin. Die Betriebserlaubnis durch das Gesundheitsamt läuft ausschließlich auf den Namen seiner Mandantin.

Die Pharmazeutin liebäugelt nicht unbedingt mit einer Abfindung, sie braucht Zeit, einen neuen, gleichwertigen Arbeitsplatz zu finden. Deshalb geht es jetzt vorrangig um den Kündigungstermin Ende März. Auf einen Termin im September wollte sich das Krankenhaus aus Kostengründen nicht einlassen. Mit dem Vorschlag des Gerichts, ein Ende für den 30. Juni ins Auge zu fassen, konnte sich das Hospital auch nicht auf Anhieb anfreunden. Beide Seiten wollen nun aber außergerichtlich eine solche Lösungsmöglichkeit ausloten. cgr

Womöglich der erste Schritt

24.03.2007 / Lokales / Buer

Das Sankt Marien-Hospital Buer, hier eine Luftaufnahme von Hans Blossey, verhandelt mit einem möglichen Partner. Foto: WAZ

Von Christian Scholz

Dies könnte als erster Schritt zur Vereinigung zweier großer Krankenhäuser in Gelsenkirchen gedeutet werden, doch die Verantwortlichen in den Verwaltungen beider Häuser wiegeln ab. "Wir brauchen noch ein bisschen", sagte Peter Weingarten, Geschäftsführer des Marienhospitals Gelsenkirchen, gestern in der "Villa" des Sankt Marien-Hospitals Buer (MHB).

Sein Kollege vom MHB, Bernd Ebbers, immerhin meinte, man sei "auf einem guten Weg", als er gefragt wurde, wie bedeutungsträchtig denn die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Neonatologie, der Intensivbehandlung von Neugeborenen, sei.

Mit dem 1. April übernimmt, Dr. Marcus Lutz, der Chefarzt der Klinik für Neonatologie, Kinder- und Jugendmedizin im **Marienhospital** auch im Sankt-Marien-Hospital die Verantwortung als Chefarzt der integrierten Neugeborenen-Intensivabteilung. Damit ist er zuständig für die Problemfälle bei etwa 83 Prozent aller Geburten in Gelsenkirchen, denn die beiden Kliniken betreuen etwa 2000 Geburten jährlich, von 2400 insgesamt in der Stadt.

Es werde auch am MHB eine "Rund-um-die-Uhr-Betreuung" durch einen neonatologischen Facharzt und einer entsprechend ausgebildeten Pflegekraft geben. Dieser Bereich umfasse derzeit, so Ebbers, vier Betten, könne aber "jederzeit ausgeweitet werden". Und Marcus Lutz, 44, versichert: "Die Eltern und Kinder können sich weiterhin auf eine Qualität verlassen, die der eines Perinatalzentrums entspricht."

Die Vorgeschichte dieser Entwicklung hat viel zu tun mit den jüngsten Turbulenzen rund um das MHB. Dort war im vergangenen Jahr eine finanzielle Schieflage entdeckt worden. Man trennte sich vom Geschäftsführer und der mit ihm verbundenen Beratungsgesellschaft und hielt Ausschau nach Allianzen.

Vorsorglich wurde der Vertrag mit der Kinderklinik, die sieben Jahre lang die Intensivbehandlung Neugeborener des MHB übernommen hatte, gekündigt, "um neu zu verhandeln", wie Ebbers jetzt sagte. "Gleichzeitig" jedoch ergaben sich die Gespräche mit dem **Marienhospital**, mit dem Ziel einer engen oder engsten Kooperation.

Ursprünglich war für diesen März eine Entscheidung angekündigt worden. Man werde sich jedoch noch "zwei bis drei Monate" gedulden müssen, "ehe der Weiße Rauch aufsteigt", sagte Weingarten gestern, das Beispiel einer Papstwahl bemühend. Viel hängt wohl davon ab, wie die "Bewertung" beider Krankenhäuser durch eine "namhafte Firma" ausfällt - letztlich wird bei einer Fusion dadurch das künftige Kräfteverhältnis beeinflusst.

Die Schwester im Norden

Das Sankt Marien-Hospital Buer

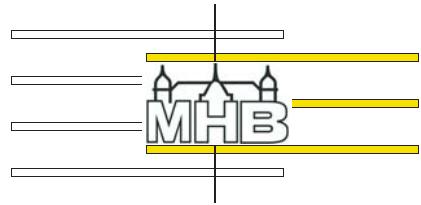
Das Marienhospital Gelsenkirchen und das Sankt Marien-Hospital Buer sind seit August 2007 unter dem Dach der St. Augustinus Gelsenkirchen GmbH verbunden. Es wird Zeit, dass die fast namensgleiche Schwester ihr(e) Gesicht(er) zeigt.

310 Betten, 500 Mitarbeiter, mehr als 10.000 stationäre Patienten jährlich, acht medizinische Fachbereiche – so beschreibt sich die 141 Jahre alte und stets moderne Schwester im Norden in den wichtigsten Zahlen und Daten.

Wie das aber so ist in der Familie, nur Textnachrichten sind zu wenig, man möchte auch Gesichter sehen.

Deswegen stellen wir Ihnen die Leitungen der Buerschen Klinik im Bild vor. Einige sind Ihnen vertraut; sie arbeiten schon eine ganze Zeit kanalübergreifend in beiden Stammsitzen. Einige werden Ihnen aus Arbeitskreisen oder der Presse bekannt sein - z.B. mit besonderen Leistungen in ihren jeweiligen Fachbereichen und für unsere Patienten. Und einige werden Sie zunehmend mehr kennen lernen, da sie jetzt häufiger im Süden sind.

Für das Zusammenwachsen nach einem langen Weg alleine werden die Schwestern ihre Zeit brauchen. Das ist keine Aufgabe, die sich von alleine löst. Die bisherigen Alleingänge haben allerdings den Vorteil, dass man zusammen jetzt über einen sehr großen Erfahrungsschatz verfügt. Nutzt man den richtig aus, hat die ganze Familie etwas davon.



Sankt Marien-Hospital Buer GmbH

Auf vielen Ebenen und in verschiedenen Bereichen wird die dauerhafte Beziehung derzeit ausgestaltet. Auch wie in der Familie: Nicht immer läuft alles reibungslos. Muss es aber auch nicht, schließlich sind Veränderungen immer schwer. Aber nur sie bieten Chancen zum Fortschritt und zur Verbesserung.

Das Wichtigste ist das Fundament auf dem alles aufbaut: Der Wille aller Beteiligten zu einer gelungenen Familienzusammenführung. Diese Basis ist bei beiden Schwestern vorhanden.

Das wichtigste Instrument in der harmonischen Familienmusik ist die offene und zielgerichtete Kommunikation. Dass man hier richtig eingestimmt ist, zeigt sich zum Beispiel in Arbeitsgruppen, die wirtschaftlich Erfolge verbuchen und Abläufe verbessern.

Wie gesagt, die Schwester möchte sich im Bild vorstellen. Erstmal. Und in der Hoffnung, sich zunehmend mehr persönlich zu begegnen.

Aktuelles

11.01.2006

Presseerklärung zur Zusammenarbeit mit dem Medizinischen Zentrum für Gesundheit Bad Lippspringe

Größte Gesundheits-Allianz NRW's entsteht

Im Verbund des MZG Bad Lippspringe und der Neue Pergamon Krankenhaus Management Gesellschaft arbeiten künftig 15 Einrichtungen aus dem Reha- und Akutbereich eng zusammen

[Bad Lippspringe] Die Gesellschafterversammlung des Medizinischen Zentrum für Gesundheit Bad Lippspringe hat in ihrer gestrigen Sitzung einstimmig grünes Licht für eine Kooperation mit der Neue Pergamon Krankenhaus Management Gesellschaft gegeben. Jetzt können Bürgermeister Willi Schmidt und Prof. Dr. Volker Graf, Vorsitzender der Geschäftsführung der Neuen Pergamon, den Vertrag unterschreiben, durch den die größte Gesundheitsallianz Nordrhein-Westfalens entsteht. Die sieben Kliniken des Medizinischen Zentrum für Gesundheit Bad Lippspringe - sechs Rehakliniken und ein Akutkrankenhaus - werden künftig von der Neuen Pergamon gemanagt, die bereits für acht Einrichtungen in NRW zuständig und im Gesundheitssektor mit verschiedenen Tochterunternehmen aktiv ist. Die Partner des Verbundes haben festgelegt, dass 2006 die Analyse der vorhandenen Strukturen und die Erstellung eines tragfähigen Konzepts von zentraler Bedeutung sind. Auf dieser Basis wird noch in diesem Jahr über die Umsetzung und das weitere gesellschaftsrechtliche Zusammenkommen entschieden.

Willi Schmidt „Wir wollen jetzt gemeinsam die Brücke schlagen zwischen unserem ostwestfälischen Heilbad mit seiner traditionellen Kompetenz in der Reha und der großen medizinischen Qualität der Häuser in den Ballungszentren. Dies erschließt uns ein Potenzial an Synergie-Effekten, die für beide Partner Qualität und Wirtschaftlichkeit der Angebote deutlich verbessern. Im Verbund reihen sich die einzelnen Kliniken wie Perlen auf einer Kette zu einem sinnvollen Ganzen auf. Der Patient erhält alle Leistungen von der ambulanten über die akute und rehabilitative Phase bis hin zur Nachsorge aus einer Hand. In dieser komplexen Struktur werden Doppeluntersuchungen und Informationsdefizite der Vergangenheit angehören. Wir stellen uns damit gemeinsam zukunftsorientiert den neuen Anforderungen des Gesundheitsmarktes. Auch die Krankenkassen und Rentenversicherungsträger favorisieren solche Lösungen – schließlich lassen sich so unnötige Belastungen und Kosten vermeiden.“

Genau so positiv wertet Landrat Manfred Müller den Fortschritt durch das Bündnis: „Mit dieser größten Gesundheits-Allianz Nordrhein-Westfalens gelingt es uns die Standorte im Kreis Paderborn weiter nach vorne zu bringen. Eine Entwicklung, die für die Zukunft unserer Einrichtungen entscheidende Vorteile bringt und nicht zuletzt die Arbeitsplätze in der Region sicherer macht. Wir werden die weiteren Schritte von Seiten des Kreises nach Kräften unterstützen.“

Ab dem 01.02.2006 wird Professor Volker Graf persönlich die Geschicke des Verbundes zusammen mit Wolfgang Jitschin leiten, der auch bisher schon in Bad Lippspringe verantwortlich war. Professor Graf: „Das ist wirklich eine wunderbare und herausfordernde Aufgabe, die ich gerne übernehme. Es geht darum, die gewachsenen Strukturen des MZG in eine zukunftssichere

Organisationsform zu überführen. Das ist eine klare und vernünftige Zielvorgabe. Von allen Beteiligten wird hoher Einsatz gefordert sein. Aber es lohnt sich auch viel zu tun. Wenn jeder seine Ärmel hochkrempelt und bereit ist, eingetretene Pfade zu verlassen, starten wir heute ein richtungweisendes Projekt für NRW, das allen Menschen zu gute kommt.“

Westfälisches Volksblatt vom 12.01.2006

Staatsanwaltschaft ermittelt

MZG »verlobt« sich mit einem Klinik-Verbund

Von Ernst-Wilhelm Pape und Bernhard Liedmann

Bad Lippringe (WV). Im Kreis Paderborn entsteht die landesweit größte Krankenhaus-Allianz in privater Trägerschaft: Das medizinische Zentrum für Gesundheit in Bad Lippspringe (MZG) kooperiert vom 1. Februar an mit der »Neuen Pergamon Krankenhaus Management Gesellschaft« mit Sitz in Gelsenkirchen.

Zunächst befristet für ein Jahr übernimmt die Pergamon die Geschäftsführung des MZG. Federführend wird künftig Prof. Dr. Volker Graf (50) sein, Vorsitzender der Geschäftsführung der »Neuen Pergamon«.

Graf war bis zum 30. Oktober 2005 Geschäftsführer des städtischen Klinikums Ludwigshafen (Rheinland-Pfalz). Sein Vertrag war aufgelöst worden. Der Grund: angebliche Unregelmäßigkeiten in der Geschäftsführung. Die Vorwürfe teilte Oberbürgermeisterin Eva Lohse (CDU) der Staatsanwaltschaft mit. Seit einem Jahr ermittelt die Zentralstelle für Wirtschaftsstrafsachen in Kaiserslautern wegen Untreue gegen Graf.

Der Beschuldigte soll Vergütungen und Vorschüsse als Geschäftsführer erhalten haben, die im laut Vertrag nicht zugestanden haben sollen. Nach Angaben von Lohse handelt es sich um klare Rechtsverstöße, die durch unabhängige Wirtschaftsprüfer bestätigt wurden. Graf soll Aufträge des Klinikums an Tochterfirmen seiner »Neuen Pergamon« vergeben haben, ohne andere Angebote zu prüfen. Ferner wird Graf vorgeworfen, Abschlags- und Vorauszahlungen aus dem Überschuss angegliederter Alten- und Pflegeheime kassiert und sich Dienstwagen samt Fahrer genehmigt zu haben.

Nach Angaben von Helmut Bleh, Leitender Oberstaatsanwalt, sind bereits zahlreiche Buchhaltungsunterlagen beschlagnahmt worden, die noch ausgewertet werden müssten. Die Ermittlungen würden sich noch lange hinziehen. Bisher sei der Beschuldigte noch nicht vernommen worden.

An die »Neue Pergamon« sollte bereits im vergangenen Jahr die Mehrbeteiligung am St. Petri Hospital (200 Betten) in Warburg (Kreis Höxter) verkauft werden. Der Verkauf scheiterte, als das Ermittlungsverfahren gegen Graf bekannt wurde.

Während das MZG in Bad Lippspringe über sieben Kliniken mit 750 Mitarbeitern und 1100 Betten verfügt, leitet die Neue Pergamon insgesamt sechs Kliniken in NRW und Bayern mit 1400 Mitarbeitern und 2500 Betten. Die Pergamon hat eines Jahresumsatz von 62 Millionen Euro, beim MZG liegt er bei 40 Millionen. Die Allianz sieht eine enge Verzahnung der Akut-Krankenhäuser der Pergamon-Gesellschaft mit dem Reha-Bereich des MZG vor.

Die Gesellschafter-Versammlung des MZG gab am Dienstagabend »grünes Licht« für die neue Zusammenarbeit. MZG-Aufsichtsratsvorsitzender und Bad Lippspringes Bürgermeister Willi Schmidt bezeichnete gestern in einer Pressekonferenz die zunächst befristete Zusammenarbeit als »Verlobung«, ob in einem Jahr die »Heirat« erfolgt ist allerdings offen. An den Beteiligungen des MZG (84 Prozent Stadt Bad Lippspringe und 16 Prozent Kreis Paderborn) und den Gesellschafterstrukturen ändert sich zunächst nichts.

Die Geschäftsführung wird jedoch von der Pergamon mit dem bisherigen MZG-Geschäftsführer Wolfgang Jitschin übernommen. Die neue Allianz, so Schmidt, soll eine zukunftsweisende Brücke zwischen der Akut- und anschließenden Reha-Behandlung aufbauen. Hier biete die Pergamon mit drei Akut-Krankenhäusern im Ruhrgebiet ein entsprechendes Potential. Das MZG sei größter Reha-Anbieter in Ostwestfalen-Lippe, die neue Allianz sei auch ein Stück Zukunftssicherung für Bad Lippspringe.

Mit dieser Kooperation, so Graf, habe man auch eine entsprechende »Größe« gegen über den Kostenträgern in den Verhandlungen. Bereits jetzt sei absehbar, dass der Aufenthalt der Patienten in den Akut-Krankenhäusern aus Kostengründen immer kürzer werde, dennoch sei oft eine Nachbehandlung notwendig. Für den Kreis Paderborn begrüßte auch Landrat Manfred Müller den Zusammenschluss an der Spitze: Aufgrund der Zeitbefristung sei das »Risiko überschaubar«. Als ein wichtiger Baustein für die Sanierung des MZG wurde bei allen Beteiligten auch der Abschluss des Beschäftigungssicherungsvertrages beim MZG gesehen, bei dem die Mitarbeiter auf drei Millionen Euro verzichteten. Im kommenden Jahr sollen auch weitgehende Kooperationsmöglichkeiten ausgelotet werden.

Neue Westfälische vom 13.01.2006

Kliniken-Partner in Visier der Staatsanwaltschaft

Landrat und Bad Lippspringes Bürgermeister stehen trotzdem zur "Neuen Pergamon" und Volker Graf

VON HUBERTUS GÄRTNER

Warburg. Voller Stolz hatten am Mittwoch der Paderborner Landrat Manfred Müller und der Bad Lippspringer Bürgermeister Willi Schmidt eine neue, zunächst auf ein Jahr befristete Kooperation zwischen dem Medizinischen Zentrum für Gesundheit (MZG) und der "Neuen Pergamon Krankenhaus Management Gesellschaft" (Hamm) bekannt gegeben. Nur wenige Stunden später schlügen die Wellen allerdings hoch. Es war durchgesickert, dass gegen den Geschäftsführer der "Neuen Pergamon", Professor Volker Graf (50), seit etwa einem Jahr ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren anhängig ist.

Trotzdem will das MZG an dem neuen Partner festhalten. Bürgermeister Willi Schmidt, stärkte in seiner Funktion als MZG-Aufsichtsratsvorsitzender dem Beschuldigten gestern demonstrativ den Rücken. "Verfehlungen von Herr Graf sind bislang nicht nachgewiesen. Es gilt die Unsachschuldsvermutung", sagte Schmidt dieser Zeitung. Der Aufsichtsrat der MZG und die Gesellschafterversammlung hätten sich "sehr intensiv mit dem künftigen Partner beschäftigt". Man sei zu dem Ergebnis gelangt, dass die "Neue Pergamon", die in Nordrhein-Westfalen und Bayern bereits sechs Kliniken mit 1.400 Mitarbeitern managt, ein sehr erfolgreiches und gut geführtes Unternehmen sei, sagte Schmidt.

Auch der Bürgermeister von Bad Lippspringe kann allerdings das Strafverfahren gegen den designierten neuen MZG-Geschäftsführer Volker Graf nicht aus der Welt schaffen. Wie Paul-Gerald Schneider, Sprecher der Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Wirtschaftsstrafsachen in Kaiserslautern, auf Anfrage bestätigte, ermittelt seine Behörde gegen Professor Graf wegen Untreue (die NW berichtete). Die Vorwürfe beziehen sich auf Grafs frühere Tätigkeit als Geschäftsführer des städtischen Klinikums in Ludwigshafen. Hier soll es zu finanziellen Unregelmäßigkeiten gekommen sein. Nach Presseberichten soll Graf dafür gesorgt haben, dass ihm nahe stehende Firmen Millionenaufträge erhielten.

Grafs Rechtsanwalt, Dr. Ingo Minoggio, wies die Vorwürfe gestern zurück. "Das ist alles großer Unsinn", sagte Minoggio. Sein Mandant habe sich nichts vorzuwerfen. Er sei das Opfer von politischen Intrigen.

Damit zielt Minoggio insbesondere auf die Ludwigshafener Oberbürgermeisterin Eva Lohse (CDU). Nach langen und heftigen internen Querelen, bei denen sich die politischen Lager in Ludwigshafen uneins zeigten, hatte die Oberbürgermeisterin Lohse Strafanzeige gegen Graf erstattet. Anschließend warf Graf das Handtuch und kündigte seinen Vertrag mit dem Klinikum Ludwigshafen. Aus Sicht von Graf ist das Maß nun voll. Nach Aussage seines Rechtsanwaltes wird er die Ludwigshafener Oberbürgermeisterin Eva Lohse wegen Verleumdung anzeigen.

Unter dem Strich bleiben vorerst trotzdem einige Fragezeichen hinter Professor Volker Graf und dessen Krankenhaus Management Gesellschaft "Neue Pergamon" stehen. In Warburg erinnern sich einige an die Management-Firma zum Beispiel mit gemischten Gefühlen. Dort wollte die "Neue Pergamon" vor Jahresfrist das in den roten Zahlen steckende Hospital St. Petri übernehmen. Der Deal kam nicht zustande, weil der Warburger Stadtrat dem neuen Klinikbetreiber schlachtweg die Kompetenz und Qualifikation absprach. Zudem hatten auch die Ärzte des St.-Petri-Hospitals gewarnt: Das Unternehmen Pergamon mit seinen vielen Tochterfirmen und Beteiligungen ziehe das Geld aus den gekauften Krankenhäusern, behindere Betriebsratswahlen und kümmere sich nicht um notwendige Strukturveränderungen, lautete ihr Vorwurf.

In Bad Lippspringe ist man anderer Meinung. Hier glaubt man an die positive Wirkung der "Neuen Pergamon". "Bei uns geht es nicht um eine Übernahme, sondern nur um eine Kooperation", sagt Bürgermeister Willi Schmidt. Die Zusammenarbeit werde dem MZG neue Patienten aus dem Ruhrgebiet zuführen und für Aufschwung sorgen.

MZG will mit Radikalkur das Überleben sichern

24.06.06

Von Karl Pickhardt

Bad Lippspringe (WV). Mit einer Radikalkur will das Medizinische Zentrum für Gesundheit (MZG) in Bad Lippspringe eine offenbar drohende Pleite abwenden. Das mit 22 Millionen Euro hoch verschuldete Unternehmen (750 Mitarbeiter) plant die Schließung aller Kliniken und Reha-Einrichtungen, die keine Gewinne erwirtschaften. Das kommunale Heilbad steht im Überlebenskampf vor der größten Strukturveränderung seiner Geschichte.

Landrat Manfred Müller und Bürgermeister Willi Schmidt kündigten am Freitag zusammen mit den beiden MZG-Geschäftsführern Wolfgang Jitschin und Professor Volker Graf in einer eiligst einberufenen Pressekonferenz einschneidende Maßnahmen zum 1. Januar 2007 an. Sämtliche Reha- und Klinikeinrichtungen werden künftig als eigenständige Gesellschaften geführt. Wer keinen Gewinn erwirtschaftet, wird aufgegeben. Gesunde Einrichtungen wie die Karl-Hansen-Klinik (Lungenheilkunde), die Klinik am Park (Suchtbereich) oder die Cecilienklinik (Onkologie) sollen nicht länger Sorgenkinder wie die Auguste-Viktoria-Klinik, die Klinik Martinusquelle oder die Teutoburger-Wald-Klinik mitfinanzieren. »Das muss und wird ein Ende haben«, sagte Volker Graf.

Der Rehabilitationsbereich hat in den vergangenen fünf Jahren nach Angaben der MZG-Führung ein Defizit von zehn Millionen Euro eingefahren. Die finanziertarken Bereiche des MZG hätten nicht mehr die Kraft, Verlustbringer aufzufangen. Trotz eines Jahresumsatzes von etwa 40 Millionen Euro schreibe das MZG Jahr für Jahr Verluste.

Der Reha-Bereich fresse alle Gewinne auf. So bleibe keine Luft mehr für Investitionen, die für ein Überleben und die Wettbewerbsfähigkeit dringend notwendig seien. Die Geschäftsführung bezifferte den Investitionsstau auf zehn Millionen Euro. Für Investitionen sei aber kein Cent da, solange an Verlustbringern festgehalten werde. »Wenn nichts passiert, erreichen wir das Jahr 2008 nicht mehr«, fürchtet Graf ohne Strukturveränderungen eine Insolvenz spätestens im nächsten Jahr.

Der Beschäftigungssicherungsvertrag, der den 750 Mitarbeitern bei weitgehendem Verzicht auf Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie mit Lohneinbußen bis 2008 Kündigungsschutz bietet, sieht die MZG-Führung ebenfalls als unternehmensgefährdend an. MZG-Geschäftsführer Graf erwartet von Betriebsrat und Gewerkschaften zur Rettung des Unternehmens daher weitere Zugeständnisse und kein Festhalten an diesem Tarifvertrag.

Jetzt räche sich auch, dass vor einigen Jahren bei Massenentlassungen überwiegend jüngere Mitarbeiter hätten gehen müssen. »70 Prozent unserer Mitarbeiter sind zwischen 40 und 60 Jahren alt«, beklagt Graf hohe Personalkosten.

Die Stadt Bad Lippspringe und der Kreis Paderborn, die mit 84 und 16 Prozent Gesellschafter des MZG sind, haben vor einigen Jahren 3,2 Millionen Euro Darlehen zins- und tilgungsfrei zur Verfügung gestellt, um das MZG über Wasser zu halten. Bürgermeister Willi Schmidt und Landrat Manfred Müller wollen sich nur dann für einen Darlehensverzicht in ihren Gremien einsetzen, wenn das MZG ein Überlebens-Konzept vorlegen. Dazu gehöre auch, dass Kreis und Stadt in einer Besitzgesellschaft sämtliche Immobilien übernehmen und das MZG als Betriebsgesellschaft Pacht für die Nutzung der Gebäude zahle. Diese Pacht soll Zins- und Tilgungsleistungen der belasteten Immobilien decken.

Der siebenköpfige Aufsichtsrat, dem auch die Gewerkschaft mit einem Sitz angehört, hat nach Angaben von Bürgermeister und MZG-Aufsichtsratsvorsitzendem Willi Schmidt einstimmig grünes Licht gegeben, Änderungen in der MZG-Struktur einzuleiten. Danach überleben nur noch kostendeckende Einrichtungen.

© Copyright 2004 WESTFÄLISCHES VOLKSBLATT.

Dem Sanierer droht die Pleite: MZG-Partner selbst sehr krank

Immer neue Pergamon-Schock-Nachrichten erschüttern Bad Lippspringe

Von Karl Pickhardt

Bad Lippspringe (WV). Das hoch verschuldete Medizinische Zentrum für Gesundheit (MZG) in Bad Lippspringe hat sich mit der vermeintlich starken »Klinik-Management-Gesellschaft Neue Pergamon« (NPK) offenbar einen Partner ins Boot geholt, der jetzt selbst um das Überleben kämpft. Der NPK, mit der das MZG zum 1. Februar die landesweit größte Krankenhaus-Allianz in privater Trägerschaft schloss, droht die Insolvenz. Heute entscheiden Gesellschafterversammlung und Aufsichtsrat des MZG über Trennung oder weitere Zusammenarbeit von oder mit der NPK.

, Die in Hamm ansässige und bundesweit tätige Gesundheitsfirma, die als MZG-Partner in Bad Lippspringe eine harte Sanierung auch mit Schließung von unrentablen Kliniken und Reha-Einrichtungen leisten wollte (wir berichteten), ist jetzt offenbar selbst ein Sanierungsfall.

In der Zeitung »Rheinpfalz« (Ludwigshafen) räumte NPK-Geschäftsführer Hartwick Oswald gestern die drohende Pleitegefahr ein. Die Banken hätten NPK eine Frist von zwei Wochen gewährt, um einen Investor zu finden und ein Insolvenzverfahren zu verhindern. Die Sparkasse Vorderpfalz hat der NPK-Tochter Deutsche Gesellschaft für Humanplasma (DGH) bereits alle Kredite (3,5 Millionen Euro) gekündigt.

, Hartwick Oswald wollte ursprünglich an der außerordentlichen Zusammenkunft der MZG-Gesellschafterversammlung heute in Bad Lippspringe teilnehmen: Er musste absagen, weil er sich in Ludwigshafen mit der Oberbürgermeisterin Eva Lohse zu einem Krisengespräch trifft.

Bei der NPK, die in Deutschland etliche kleinere und mittlere Krankenhäuser führt und managt, sind bei einer Insolvenz 1.500 Arbeitsplätze bedroht. Das MZG in Bad Lippspringe (22 Millionen Euro Schulden) beschäftigt 750 Mitarbeiter.

Die Existenzkrise des MZG-Partners NPK ist offenbar durch Forderungen des Städtischen Klinikums Ludwigshafen in Höhe von mehr als sechs Millionen Euro ausgelöst worden. Das Klinikum richtet die Forderungen auch an den inzwischen entlassenen NPK-Geschäftsführer Volker Graf (49), der angeblich eigene NPK-Töchter bei Auftragsvergaben, Bonuszahlungen und Rabatten zu Lasten des Klinikums bevorteilte. Dieses Geld hätte nach Einschätzung der Ludwigshafener Oberbürgermeisterin dem Städtischen Klinikum zugestanden. Deshalb fordert sie das Geld von der NPK und Graf zurück und stürzt damit die NPK in die Krise.

Der heutige NPK-Geschäftsführer Oswald beklagt in der rheinlandpfälzischen Presse, dass Graf die Gesellschaft ohne Kontrollmechanismen geführt habe. Inzwischen ist auch die Staatsanwaltschaft Kaiserslautern mit einem Ermittlungsverfahren tätig geworden. Graf, dem 47 Prozent der Neuen Pergamon gehört, ist auch in Bad Lippspringe im MZG Geschäftsführer neben Wolfgang Jitschin. Seit einigen Tagen befindet sich Graf wegen »psychischer Probleme« (Rheinpfalz) im Berliner Krankenhaus Charité.

Beim MZG in Bad Lippspringe, dem nach Einschätzung von Landrat Manfred Müller und Bürgermeister Willi Schmidt nach immer neuen Verlustjahren ohne Radikalkur spätestens 2007 die Insolvenz droht, läuten nach dem Pergamon-Schock alle Alarmglocken.

Mit großer Hoffnung hatte sich das MZG zum 1. Februar mit der Neuen Pergamon und Volker Graf zur landesweit größten Krankenhaus-Allianz in privater Trägerschaft zusammengeschlossen. Die NPK sollte ein Jahr lang die Geschäftsführung beim MZG übernehmen und das Unternehmen vor der Pleite bewahren.

Heute haben beim MZG die Gesellschafterversammlung und der Aufsichtsrat über eine weitere Zusammenarbeit mit Graf und NPK zu entscheiden. Schon jetzt gilt als sicher, dass Volker Graf auch in Bad Lippspringe gehen muss. Offenbar rückt Bürgermeister Willi Schmidt als MZG-Aufsichtsratsvorsitzender jetzt doch von einer weiteren Zusammenarbeit mit der Neuen Pergamon ab. »Wir haben in Bad Lippspringe selbst genug Sorgen und können uns keine weiteren Belastungen leisten«, sagte Schmidt gestern dieser Zeitung.

Vor einigen Monaten hatten Landrat und der Bad Lippspringer Bürgermeister noch die große NPK-Wirtschaftskompetenz herausgestellt und deshalb trotz der Ermittlungen gegen Graf, die auch in Bad Lippspringe und im Kreishaus bekannt waren, eine Allianz mit der NPK befürwortet und durchgesetzt.

Das St. Petri Hospital in Warburg hatte im Dezember 2004 eine Allianz mit Pergamon abgelehnt, als das Ermittlungsverfahren gegen Graf bekannt geworden war.

Das MZG gehört zu 84 Prozent der Stadt Bad Lippspringe und zu 16 Prozent dem Kreis. Kreistag und Stadtrat hatten dem MZG - wie berichtet - zuletzt mit einem zins- und tilgungsfreien Darlehen in Höhe von 3,2 Millionen Euro die Liquidität erhalten.

Quelle. Westfälisches Volksblatt vom 12.07.2006

„Neue Pergamon“ in Turbulenzen“ MZG in Bad Lippspringe kündigt Kooperation auf

Gesellschafterversammlung und Aufsichtsrat des hoch verschuldeten Medizinischen Zentrums (MZG) in Bad Lippspringe haben gestern einstimmig entschieden, sich mit sofortiger Wirkung von der "Neuen Pergamon Krankenhaus Management-Gesellschaft" (NPK) zu trennen.

Erst zum 1. Februar dieses Jahres war das MZG eine Kooperation mit der bundesweit tätigen NPK eingegangen. Deren Hauptgesellschafter, Professor Volker Graf, wurde zusammen mit Wolfgang Jitschin zum MZG-Geschäftsführer bestellt.

Nun ist Graf wieder abberufen. Er sollte das MZG, in dem zur Zeit noch 750 Mitarbeiter beschäftigt sind, sanieren und für Patientenströme aus dem Ruhrgebiet sorgen. Allerdings ist die "Neue Pergamon" selbst in wirtschaftliche Probleme geraten. Wie ein Sprecher bestätigte, wurden von den Banken Kredite in Millionenhöhe gekündigt, laut Zeitungsberichten droht sogar die Insolvenz.

Ein Grund für die Turbulenzen sind undurchsichtige Geschäftspraktiken von Professor Graf. Die Staatsanwaltschaft Kaiserslautern ermittelt seit Anfang 2005 gegen ihn wegen Untreue. Als Geschäftsführer am Klinikum Ludwigshafen soll Graf unter anderem Tochterunternehmen der NPK bei Bonuszahlungen bevorteilt haben.

Graf wurde dort von seinem Posten abberufen. Dies teilte der NPK-Geschäftsführer Hartwick Oswald mit. Es sei eine "Sonderuntersuchung" angeordnet worden. Die "Neue Pergamon" beschäftigt bundesweit 1.500 Mitarbeiter. Sie betreibt vier Kliniken und besorgt in drei weiteren Häusern die Geschäfte.

•Bad Lippspringe (gär/J.S). „Neue Westfälische“ vom 13.07.2006

Stadtrat hat richtig entschieden

•Zu der Entscheidung des Medizinischen Zentrums für Gesundheit (MZG) in Bad Lippspringe, die Zusammenarbeit mit der Neuen Pergamon (NPK), die auch schon einmal als Träger des Warburger St.-Petri-Hospitals im Gespräch war, zu kündigen, schreibt uns Franz-Josef Rose aus Warburg den folgenden Leserbrief

Die privaten Klinik-Management-Gesellschaft "Neue Pergamon" (NPK), welche erst zum 1. Februar dieses Jahres eine Allianz mit dem Medizinischen Zentrums für Gesundheit (MZG) in Bad Lippspringe eingegangen war, steht nach eigenen Angaben nun selbst vor der Insolvenz. In diesem Zusammenhang werden auch Forderungen an den bereits entlassenen NPK-Geschäftsführer, Prof. Dr. Volker Graf, gerichtet.

Er selbst hält 47 Prozent der NPK und soll als Geschäftsführer des Städtischen Klinikums Ludwigshafen in bester Selbstbedienungsmanier NPK-Tochterunternehmen unter anderem bei diversen Auftragsvergaben und Bonuszahlungen bevorteilt haben. Die Staatsanwaltschaft Kaiserslautern ermittelt gegen Graf.

Im MZG in Bad Lippspringe ist Graf gemeinsam mit W. Jitschin Geschäftsführer. Bis zuletzt haben sich der Bürgermeister von Bad Lippspringe und der Landrat hinter die NPK gestellt, obwohl ihnen schon im Februar bekannt war, dass gegen Graf staatsanwaltschaftlich ermittelt wurde. Erst jetzt wurde die Trennung beschlossen.

Die Parallelen zum St.-Petri-Hospital Warburg sind nicht zu übersehen: Auch ist hier das Krankenhaus defizitär, und Kreis und Stadt suchten nach einem Sanierer. Es wurde seinerzeit ein Angebot der NPK geprüft. Jedoch haben in diesem Fall die Verantwortlichen im Stadtrat Warburg wirtschaftlichen und politischen Sachverstand bewiesen: Sie lehnten das Angebot ab, das Graf im Namen der NPK abgab. Er konnte nämlich weder ein ökonomisches Konzept vorlegen, noch konnte er die kritischen Fragen der Stadtverordneten befriedigend beantworten.

Auch war bereits bekannt, dass ein Ermittlungsverfahren gegen Graf läuft. Nur der Landrat des Kreises Höxter war als Fan des "Grafen" und der NPK auszumachen. Er wollte unbedingt den Verkauf an die NPK durchsetzen – berechtigte Kritik wurde als "Marktplatzgescrei" abgetan. Wie sich jetzt herausstellt, eine massive Fehleinschätzung der Kreisverantwortlichen.

Wäre es nach deren Vorstellungen gegangen, würde wohl heute auch das Warburger Krankenhaus mit in den Strudel der drohenden Insolvenz geraten sein und eine Schließung wäre höchst wahrscheinlich.

Die ominöse Entwicklung um die NPK verdeutlicht sehr eindrucksvoll, dass die damalige Entscheidung des Rates der Stadt Warburg, das Angebot der Neuen Pergamon abzulehnen, eine verantwortungsvolle und zu dem die einzige richtige Entscheidung zum Wohl des St.-Petri-Hospitals, seiner Patienten und letztlich der Bürgerinnen und Bürger war.

Franz-Josef Rose, Warburg

Schwabacher Tagblatt - Information oder Manipulation?

Glauben Sie alles, was in Ihrer Zeitung steht? Dann sind Sie selbst schuld.

Verheimlicht - vertuscht - vergessen

Was 2007/2008 nicht im Schwabacher Tagblatt stand.

Das Schwabacher Tagblatt manipuliert die Presseberichterstattungen über die Wählerinitiative Kommunalwahl 2002 Schwabach.

Mit dem Schwabacher Tagblatt gibt es keine Pressefreiheit in Schwabach.

Das Schwabacher Tagblatt bestimmt die Wahlkampfthemen und unterstützt in ihrer Berichterstattung überwiegend die CSU und SPD.

Oder verstecken sich dahinter möglicherweise blanke „Geschäftsinteressen“?

Informieren Sie sich selbst. Von den "Berichten aus dem Stadtrat" sind zum 99,95 % keine im redaktionellen Teil veröffentlicht worden.

Man wollte der Wählerinitiative Kommunalwahl 2002 Schwabach keine Plattform geben.

© Wählerinitiative Kommunalwahl Schwabach

Stadtkrankenhaus Schwabach, E-Mail vom 17.09.2006, 09:16:52

Sehr geehrter Herr Karg,

mit großem Erstaunen stelle ich eine hervorragende Schönfärberei der eigentlichen Tatsachen um das Stadtkrankenhaus Schwabach in Ihrem Blatt fest. Es ist schon eigenartig, dass die Wählerinitiative Kommunalwahl 2002 Schwabach, nun zum wiederholten Male, mit Ihrer Initiative und Darstellung totgeschwiegen wird.

Wir bezeichnen dies als Manipulation der öffentlichen Meinung.

Sie geben nur einer politischen Seite, völlig unkritisch und damit völlig einseitig, Gelegenheit, und dazu noch unüberprüfbar, sich zu profilieren.

Oder haben Sie etwa eigene Recherchen angestellt?

Mit tiefer Enttäuschung nehme ich zur Kenntnis, als engagiertes Stadtratsmitglied, dass derartige Konstellationen und Machenschaften möglich sind. Trotzdem füge ich den Beitrag der Wählerinitiative Kommunalwahl 2002 Schwabach nochmals bei, sofern Sie objektiv sich in der Lage sehen, diesen Beitrag doch noch zu veröffentlichen. Obwohl die WKS lange vor den Stadtoffiziellen am 27. Juli 2006 reagiert hat.

Mit freundlichen Grüßen

Alwin Schmiedl

Stadtrat der Wählerinitiative Kommunalwahl 2002 Schwabach

E-Mail vom 31.01.2008

Sehr geehrter Herr Schmiedl,

für eine Veröffentlichung des Ihrer Mail vom 29. Januar 2008 beigefügten Beitrages sehe ich keinen Anlass.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Karg
Schwabacher Tagblatt
Leiter der Lokalredaktion

E-Mail vom 08.02.2008

Sehr geehrter Herr Karg,

zum wiederholten Male stellen wir fest, dass unsere Berichte offensichtlich zum Vorteil der CSU nicht veröffentlicht werden. Gleichwohl kann aber die CSU, oder ihre Mitglieder so ziemlich alles äußern, was gerade einfällt. Nicht nur uns fällt diese besondere Form der Hofberichterstattung vor Wahlen auf. Ein etwas mehr an Ausgewogenheit könnte nicht schaden.

Wir bitten zum wiederholten Male, doch nicht alle unsere Berichte durch den Reißwolf zu jagen.

Wir versuchen es mit erneuter Anlage zum wiederholten Male. Auch Ihnen sollte langsam klar werden, dass es "die weiße Socke Thürauf" kaum schaffen dürfte.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Peter Wölfel
OB-Kandidat und 1. Vorsitzender der Wählerinitiative
Kommunalwahl 2002 Schwabach (WKS)

E-Mail vom 08.02.2008 an das Schwabacher Tagblatt

Sehr geehrter Herr Karg,

nach langer, aber auch sorgfältiger Überlegung darf ich Ihnen folgendes mitteilen:

Ich verzichte auf den von Ihnen avisierten Artikel. Auch den Fragenkatalog werde ich nicht beantworten.

Die zahlreichen Ereignisse der letzten 6 bis 8 Monate lassen mich zu dieser Entscheidung kommen.

Ich habe selten erleben dürfen, trotz unzähliger Wahlkämpfe, die ich selbst absolviert habe, mit welcher absolut absurden Einseitigkeit sich meine Mitkonkurrenten und deren Parteien in Ihrem Blatt ungehindert präsentieren durften. Gleichwohl war es auch spannend, erleben zu dürfen, mit welcher Mißachtung des Neutralitätsgebotes, die Stadt Schwabach im Wahlkampf aufgewartet hat.

Ich denke, dass ein Zeichen gesetzt werden muss. Von demokratischer Kultur der Parteien ist hier in dieser Stadt wenig zu spüren. Auch haben wir zur Kenntnis genommen, dass trotz Bezahlung, es kaum möglich ist, Inserate, frei und ohne Beeinflussung von bestimmter Seite, im Schwabacher Tagblatt zu veröffentlichen.

Unzählige Artikel wurden nicht veröffentlicht. In völligem Gegensatz, beispielsweise der CSU. Hier wurde ganz offensichtlich jeder noch so banale Quatsch gedruckt.

Wir bleiben uns treu. Wir möchten uns auch weiterhin nicht anbiedern. Auch Heuchelei ist nicht unsere Sache.

Wenn ich als Journalist Verantwortung tragen würde, wäre es an der Zeit, sich Gedanken darüber zu machen, ob der Begriff Pressefreiheit in Ihrem Verbreitungsgebiet noch zeitgemäß und zutreffend ist.

Noch in Erinnerung geblieben ist, meine Nicht-Einladung zur ersten Vorstellung der OB-Kandidaten im September 2007, im Rahmen einer Veranstaltung des Gewerbevereins und des Schwabacher Tagblattes. Das gleiche Szenario erwarten wir im Hinblick auf den 21. Februar 2008, da bis heute (08. Februar 2008) keine Einladung erfolgte. Weiter so.

Diese Entscheidung ist endgültig. Ein Nachhaken ist ohne Wirkung. Wir empfehlen, den auch so bedürftigen Mitkonkurrenten aus CSU, SPD, FDP, Grüne und Freie Wähler, sowie möglicherweise ÖDP, auch in der Endphase des Schwabacher Kommunalwahlkampfes, den gnädigerweise für uns angedachten Raum in Ihrem Blatt, zusätzlich einräumen zu wollen.

Diese Nachricht diktieren ich aus dem Krankenstand, weil ich auch mein Versprechen, mich zu melden, damit einlösen möchte.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Peter Wölfel
OB-Kandidat und 1. Vorsitzender der Wählerinitiative
Kommunalwahl 2002 Schwabach (WKS)

**Stadtkrankenhaus Schwabach, Antrag auf Beratung,
Schreiben vom 27.10.2005**

Sehr geehrter Herr Reimann,

ich nehme Bezug auf die öffentliche Stadtratssitzung im Juni 2005. In dieser Sitzung habe ich unter dem Tagesordnungspunkt Anfragen und Anregungen bezüglich des Stadtkrankenhauses Schwabach wissen wollen, wie es um dasselbe finanziell und wirtschaftlich steht.

Damals wurde ich vom Stadtkämmerer Schwager auf die Stadtratssitzung im September 2005 vertröstet. Nun haben wir bereits Anfang November. Bis heute habe ich die Erfüllung meines Informationsanspruches nicht registrieren können. Woran liegt das?

Ich denke, dass die Probleme weitaus größer sind, als öffentlich zugegeben werden kann.

Ich stelle hiermit den Antrag, dass in der November-Sitzung 2005 die Verwaltung umfangreich und detailliert Bericht erstattet.

© Wählerrinitiative Kommunalwahl Schwabach

Stadtratssitzung am 25.11.2005

Zur Geschäftsordnung

Ich vermisste meinen schriftlichen Antrag auf der heutigen Tagesordnung des Stadtrates. Seit Juni werde ich von Ihnen verrostet, bezüglich einer detaillierten Auskunft über die finanzielle Situation des Stadtkrankenhauses Schwabach. Ich frage mich, warum mein Antrag nicht zur heutigen Beratung ansteht.

Ich halte die geübte Praxis, einen wichtigen Antrag eines Stadtrates auf der Tagesordnung zu verschleiern, bzw. nicht in die Tagesordnung aufzunehmen, nicht für richtig. Für derartige politische Mätzchen habe ich kein Verständnis.

Ich habe vorab folgende Fragen:

1. Ist es richtig, wenn das Stadtkrankenhaus behandelt werden würde wie ein Unternehmen in der freien Wirtschaft, dann hätte es schon längst Insolvenz anmelden müssen?
2. Auf welchen Betrag lautet die derzeitige defizitäre Summe des Krankenhauses?
3. In welcher Höhe hat die Stadt Kasse der Stadt Schwabach im Jahre 2005 Betriebsmittel an das Stadtkrankenhaus Schwabach zuschießen müssen?
4. Sind Verhandlungen angedacht, um das Krankenhaus möglicherweise für einen Euro oder mehr zu verkaufen (Beispiel Verkauf von Krankenhäusern im Landkreis Nürnberger Land an das Klinikum der Stadt Nürnberg)?
5. Weiterhin hätte ich gerne, hier und heute, von Ihnen eine klare Aussage, warum das Krankenhaus in Roth, laut Pressemitteilung in den Nürnberger Nachrichten, wirtschaftlich hervorragend sich entwickelt hat, völlig im Gegensatz zum Stadtkrankenhaus Schwabach?
6. Weiterhin möchte ich anfragen, wie viele personelle Wechsel im Management des Stadtkrankenhauses Schwabach in den letzten drei bis fünf Jahren stattgefunden haben?
7. Aus welchen Gründen finden derartige ungewöhnliche personelle Wechsel statt? Von Kontinuität kann hier wohl keine Rede sein. Wie viele von diesen Managertypen waren eigentlich Parteigenossen? Ich bin aber ganz anders informiert. Der beste Parteibonze tagt nichts, wenn er weder lesen noch schreiben kann. Wissen ist Macht, nichts wissen macht auch nichts. Zumindest gilt dies für die SPD.
8. Ich möchte schon auch noch bemerken, sowie deutlichst darauf hinweisen, dass der urplötzliche Abgang, von heute auf morgen sozusagen, eines gewissen Herrn Schopf * nicht nur für mich, sondern auch für die Öffentlichkeit, sehr überraschend gewesen ist. Als Außenstehender hätte man durchaus annehmen können, er befände sich auf der Flucht (Richard Kimpel). Es wäre schon interessant zu wissen, oder zu erfahren, welche tatsächlichen Gründe (keine vorgeschobenen Gründe) für einen derartigen abrupten Abgang ausschlaggebend gewesen sind?
9. Ist es richtig, dass der kommunale Prüfungsverband München wochenlang die Krankenhausfrage geprüft hat? Mit welchem definitiven Ergebnis? Warum liegt der schriftliche Bericht des kommunalen Prüfungsverbandes aus München dem Stadtrat nicht vor? Ich begehre in meiner Eigenschaft als frei gewählter Stadtrat Einsicht in diesen Prüfungsbericht. Ich möchte sämtliche Details kennen lernen und mich von der tatsächlichen wirtschaftlichen Situation des Krankenhauses überzeugen. Deshalb darf ich darauf hinweisen, dass eine möglicherweise geschönte Darstellungsform der Verwaltung weder dem Krankenhaus noch meiner Verantwortung als Stadtrat etwas zu nützen vermag.

Oder ist der Bericht des kommunalen Prüfungsverbandes wieder einmal eine geheime Verschlusssache? Ich möchte sie auch bitten, mir Name Anschrift und Telefonnummer des Prüfers zu geben. Ich werde mich dann selbst informieren.

© Wählerinitiative Kommunalwahl Schwabach

* Jürgen Schopf, Geschäftsführer Asklepios Südpfalzkliniken Germersheim,
An Fronte Karl 2, 76726 Germersheim

Skandal um „Pergamon“ mit Folgen für Schwabach?

Gesellschafter der Krankenhaus-Management-Gesellschaft in Verdacht – Betreibt die Stadt ihr Krankenhaus wieder in Eigenregie?

SCHWABACH (jk) – Die Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH, der die Stadt Schwabach vor etlichen Jahren die Geschäftsführung des Stadtkrankenhauses übertragen hat, ist in zweifelhaftes Licht geraten. Auf politischer und Verwaltungsschiene laufen in Schwabach Bemühungen, Schaden vom Stadtkrankenhaus abzuhalten. Es wird darüber diskutiert, den Vertrag mit der Neuen Pergamon zu kündigen und stattdessen das Krankenhaus wieder in Eigenregie zu betreiben. An Geschäftsführer Reinhard Beck, der jüngst dem Stadtrat eine sehr positive Bilanz vorlegen konnte (*wir berichteten*), will man offenbar festhalten.

Am kommenden Montag wird man sich jedenfalls in einem Arbeitskreis des Stadtrates mit der Thematik befassen, am Donnerstag kommender Woche tagt der Krankenhaus-Aufsichtsrat, dessen Vorsitzender Oberbürgermeister Hartwig Reimann ist.

Volker Graf, geschäftsführender Gesellschafter des Unternehmens, steht im Verdacht, sich zu Lasten des Klinikums Ludwigshafen, dessen Geschäftsführer er war, um rund sechs Millionen Euro bereichert zu haben, berichtet die Tageszeitung *Mannheimer Morgen*.

Inwieweit möglicherweise auch das Schwabacher Krankenhaus geschädigt worden ist, wird derzeit untersucht. Die Stadt Schwabach hat jedenfalls ihr Rechnungsprüfungsamt mit Recherchen beauftragt. Nach Tagblatt-Informationen soll es um eine Summe von rund 90 000 Euro gehen, die dem Stadtkrankenhaus vorenthalten worden sein soll. Der Neuen Pergamon drohe unterdessen Zahlungsunfähigkeit, räumte deren Geschäftsführer Hartwick Oswald dem *Mannheimer Morgen*. gegenüber ein.

Hintergrund sollen Bonuszahlungen sein, die die Neue Pergamon als Einkäuferin für von ihr betreute Kliniken mit Lieferanten vereinbart hat. Geld ist zwar offenbar geflossen, doch dieses wurde eben nicht an die Kliniken weitergegeben, wie es vertragsgemäß vorgesehen sein soll. Nach einem Bericht des *Mannheimer Morgen*. hat der Anwalt Volker Grafs mittlerweile zumindest eingeräumt, dass Rückansprüche der Stadt Ludwigshafen an seinen Mandanten teilweise gerechtfertigt seien.

In einem Gespräch mit unserer Zeitung gestern Vormittag bekannte Oberbürgermeister Hartwig Reimann angesichts der Vorwürfe, die gegen Volker Graf als Repräsentanten der Neuen Pergamon im Raum stehen: „Wir sind fassungslos“, doch gegen kriminelle Machenschaften sei man letztlich hilflos.

Keine Gefahr sieht Reimann für das Gesundheitszentrum, das derzeit am Schwabacher Stadtkrankenhaus an der Regelsbacher Straße gebaut wird. Hier hält die Neue Pergamon an der Betreibergesellschaft zwar 60, die Stadt 40 Prozent, doch sei man bereits dabei, „einiges umzugestalten“, so das Stadtoberhaupt.

14.7.2006 15:56 MEZ

LOKALMELDUNGEN - SCHWABACH UND UMLAND

[ZURÜCK](#)

Skandal um „Pergamon“ mit Folgen für Schwabach?

Baustelle Gesundheitszentrum: Auch wenn die Neue Pergamon, die die Mehrheit an der Betreibergesellschaft hält, in Schwierigkeiten geraten ist, droht dem Projekt nach Aussage von Schwabachs Oberbürgermeister Hartwig Reimann keine Gefahr. Foto: Wilhelm

© SCHWABACHER TAGBLATT

Skandal Neue Pergamon

Stadtratssitzung vom 28.07.2006

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Reimann,
meine Damen und Herren,

das Thema Pergamon kreiselt seit Wochen durch zahlreiche Medien und Gazetten. In der Stadt Schwabach ist bezüglich dieses Themas offensichtlich eine beschauliche Ruhe eingekehrt, obwohl auch hier laut Pressemeldung es angeblich um ca. 90.000 Euro geht, die von der Pergamon angeblich nicht an die Stadt Schwabach rechtzeitig abgedrückt wurden. In diesem Zusammenhang möchte ich, auf das jüngste Urteil des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes hinweisen (siehe Pressemeldungen Nürnberger Nachrichten vom 27.07.2006). Dass Gericht hat dankenswert klar entschieden, dass zunächst die Kontrollrechte der Opposition im Bayerischen Landtag voll gewahrt werden müssen. Die Regierenden dürfen nicht schützenswerte Rechte von halbstaatlichen Gesellschaften (hier das Beispiel GSB) als Geheimnis betrachten, wenn es um Steuergelder, Subventionen und Zu- schüsse geht.

Ich führe dies deshalb an, weil es auch hier in Schwabach eine Tendenz gibt, also nicht nur beim Staat, sondern auch bei den Kommunen, öffentliche Aufgaben etwa auf eine GmbH zu übertragen. Die Kontrollrechte eines Stadtrates wie auch des Landtages (siehe den genannten Fall) sind damit potenziell gefährdet. Der nunmehr betroffene VGH-Spruch wirkt dieser versuchten Geheimniskrämeri entgegen.

Nachdem ich nicht Mitglied im zuständigen Aufsichtsratsgremium bin, möchte ich Sie auffordern, mir zunächst folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche Gründe haben die Stadt Schwabach veranlasst, den Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Pergamon aufzukündigen?
2. Zu welchem Zeitpunkt wird die Kündigung wirksam?
3. Welcher Schaden und in welcher Höhe ist der Stadt Schwabach entstanden?
4. Hat Pergamon tatsächlich schon Insolvenz angemeldet?
5. Warum wurde das städtische Rechnungsprüfungsamt bereits im Jahre 2000 von den bis dahin durchgeföhrten Prüfungen für die Zukunft ausgeschlossen?
6. Ist es richtig, dass das städtische Rechnungsprüfungsamt nunmehr im Jahre 2006, viele Jahre zurück mit einer Art Sonderprüfung beauftragt wurde?
7. Warum wurden mit einer derartigen gewaltigen und umfangreichen Sonderprüfung nicht gleich externe Profis beauftragt (z. B. Kommunaler Prüfungsverband)? Den Antrag hierzu möchte hierzu stellen.
8. Warum wurde in Sachen Krankenhaus der Prüfungsbericht des Kommunalen Prüfungsverbandes (Jahr 2005) bis heute als offensichtlich streng geheimes Papier behandelt? Ebenfalls beantrage ich, mir eine Fotokopie dieses Prüfungsberichtes auszuhändigen. Schließlich muss ein einzelner Stadtrat auch das Recht haben, sich über die ordnungsgemäße Verwendung von öffentlichen Geldern ausreichend und fundiert zu unterrichten (siehe VGH-Urteil)

Sie sehen, Fragen über Fragen. Wir behalten uns vor, weitere Fragen zu stellen. Aus der heutigen Sicht ergeben sich auch möglicherweise Fragen, über das völlige Einvernehmen bezüglich des vorzeitigen und doch überraschenden Ausscheidens des früheren Geschäftsführers Schopf.

Betreiber der Schwabacher Klinik im Zwielicht - Stadt reagiert

Die Wege werden sich wohl trennen

SCHWABACH — Die Stadt Schwabach will sich von der Neuen Pergamon Krankenhaus Management GmbH trennen, die im Auftrag der Stadt das Stadtkrankenhaus Schwabach betreibt und nun in die Schlagzeilen geraten ist.

Viele Jahre lang sei man in Schwabach mit der Arbeit der Neuen Pergamon GmbH zufrieden gewesen, wie SPD-Oberbürgermeister Hartwig Reimann der NZ sagt. Doch nun ist das Unternehmen ins Zwielicht geraten: Volker Graf, geschäftsführender Gesellschafter, soll sich — wie berichtet — zu Lasten des Klinikums Ludwigshafen um sechs Millionen Euro bereichert haben.

Reimann betont: „Ich bin fassungslos, mich hat das absolut überrascht. So etwas hätte ich nicht für möglich gehalten.“ Der SPD-Politiker weiter: „Hier in Schwabach haben wir nichts bemerkt, was beanstandenswert wäre.“

Ein Arbeitskreis des Stadtrats hat am Montag über das Thema beraten. Zum einen wurde beschlossen, dem Krankenhaus-Aufsichtsrat vorzuschlagen, sich von der Neuen Pergamon GmbH zu trennen. „Das wird kommen“, ist sich Hartwig Reimann sicher.

Außerdem hat die Stadt ihr Rechnungsprüfungsamt eingeschaltet. Morgen sollen Vertreter des Rechnungsprüfungsamtes nach Ludwigshafen fahren, um sich mit den Mitarbeitern des dortigen Rechnungsprüfungsamtes zu treffen. „Wir wollen uns beraten lassen und erfahren, wie in Ludwigshafen die Überprüfung gelaufen ist“, erläutert Reimann.

Der Arbeitskreis des Stadtrats macht sich außerdem dafür stark, dass zusätzlich ein unabhängiger Wirtschaftsprüfer das Schwabacher Krankenhaus unter die Lupe nimmt. Über die Vorschläge des Stadtrats wird morgen der Krankenhaus-Aufsichtsrat beraten, dessen Vorsitzender Hartwig Reimann ist. Der bisherige Geschäftsführer der Klinik, Reinhard Beck, soll bleiben. Reimann zur NZ: „Wir wollen an Reinhard Beck festhalten.“

Sabine Auer

19.7.2006 0:00 MEZ

© NÜRNBERGER ZEITUNG



Trennung von Neuer Pergamon

SCHWABAC (gw) – Was sich bereits angedeutet hatte, ist nun eingetreten: Der Aufsichtsrat der Schwabacher Stadtkrankenhaus GmbH hat am Donnerstag beschlossen, den Management-Vertrag mit der „Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH“ möglichst schnell zu beenden. Damit reagiert die Stadt auf einen Finanzskandal, in den die Neue Pergamon verwickelt ist. Krankenhaus-Geschäftsführer Reinhard Beck soll aber im Amt bleiben. Er will die Neue Pergamon verlassen und soll von der Stadt einen neuen Vertrag erhalten. Das derzeit in Bau befindliche Gesundheitszentrum, an dem die Neue Pergamon beteiligt ist, soll in jedem Fall gebaut werden. Dies erklärte OB Hartwig Reimann, der Vorsitzende des Aufsichtsrats, gestern gegenüber dem Tagblatt.

Vor neun Jahren hatte die Stadt die Neue Pergamon mit der Geschäftsführung des Stadtkrankenhauses betraut. Ein Hauptziel war, das jährliche Millionendefizit deutlich zu reduzieren, was auch gelungen ist.

Inzwischen aber ist die Neue Pergamon ein Fall für die Staatsanwaltschaft. Deren Hauptgesellschafter Volker Graf steht im Verdacht, sich als Geschäftsführer des Krankenhauses in Ludwigshafen um mehrere Millionen Euro, die eigentlich der Klinik zugestanden hätten, bereichert zu haben. Mittlerweile droht der Neuen Pergamon die Insolvenz.

Zudem besteht der Verdacht, dass auch andere Kliniken, darunter auch das Schwabacher Stadtkrankenhaus, geschädigt worden sind. Der Aufsichtsrat der Stadtkrankenhaus GmbH, die zu 100 Prozent der Stadt gehört, hat deshalb das städtische Rechnungsprüfungsamt und einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer mit der Klärung dieser Frage beauftragt.

Geschäftsführer Reinhard Beck, der mit 0,3 Prozent an der Neuen Pergamon beteiligt ist, hat im Aufsichtsrat versichert, nichts von Unregelmäßigkeiten gewusst zu haben. Und das offenbar glaubhaft. „Wir sind mit seiner Arbeit zufrieden und wollen sie deshalb fortsetzen. Das hat der Aufsichtsrat einstimmig beschlossen“, sagte Reimann. Beck soll nun in die Dienste der Stadt wechseln. „Das ist ein Zeichen des Vertrauens“, freute sich Beck gegenüber dem *Tagblatt*. Reimann und Beck erklärten, es habe gestern seitens der Neuen Pergamon Signale gegeben, dass man sich einvernehmlich trennen wolle.

In der kommenden Woche folgen weitere Gespräche über das Gesundheitszentrum am Krankenhaus. Eines aber sei jetzt schon klar, so Reimann: „Das wird gebaut. Keine Panik.“

vom: 21.07.06 15:58:00

Krankenhäuser in Schwabach und Ansbach steigen aus Geschäftsführungs-Verträgen mit der „Pergamon“ aus

Die wirtschaftlichen Probleme einer Klinik-Management-Gesellschaft mit Sitz in Hamm haben Auswirkungen auf die Region: Das Unternehmen will sich aus der Geschäftsführung des Stadtkrankenhauses in Schwabach und des Klinikums Ansbach zurückziehen — doch aller Voraussicht nach bleiben die Manager den Einrichtungen erhalten.

ANSBACH/SCHWABACH — Ist die GmbH nun in einem Insolvenzverfahren oder nicht? Justizpresse sprecher Gerhard Breuer vom Amtsgericht Dortmund kann nur von einem juristisch umstrittenen „Schwebezustand“ berichten. Nach Informationen unserer Zeitung hat ein ehemaliger Geschäftsführer der „Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH“ einen Insolvenzantrag gestellt — angeblich zwei Tage nach seiner Entlassung. Sein Nachfolger, der Rechtsanwalt Sixto Atrio, bemüht sich nun um eine Rücknahme.

Doch ob die Neue Pergamon tatsächlich insolvent wird, ist aus mittelfränkischer Perspektive eher eine Randnotiz — obwohl die GmbH für die Geschäftsführung der Kliniken in Schwabach (200 Betten, 350 Mitarbeiter) und Ansbach (500 Betten, 800 Mitarbeiter) verantwortlich zeichnet. Die Pergamon hat den Vertrag mit Schwabach zum 31. August bereits notariell aufheben lassen, um den „Geschäftsbetrieb herunterzufahren“, so Sixto Atrio.

Auch in Ansbach liegt der Entwurf einer „einvernehmlichen Vertragsauflösung auf dem Tisch“, so Klinik-Vorstand Jürgen Matschke. „Bei der Schieflage macht es keinen Sinn, mit der Pergamon weiterzuarbeiten“, sagte Matschke, obwohl er selbst Mitbegründer des Unternehmens ist, mit Unterbrechungen und zuletzt bis Mitte Juli sogar als deren Geschäftsführer fungierte und auch in seiner Eigenschaft als **Eigner eines kleinen Gesellschaftsanteils** Sanierungsanstrengungen unternommen hat.

Das Ende der Pergamon-Geschäftsführung in Ansbach hätte nach Matschkes Einschätzung „keine Auswirkungen“ auf das Klinikum. Bisher hat das Krankenhaus ohnehin nur etwa 20 Prozent seines Materialeinkaufs über die Pergamon abgewickelt. Strittige Bonuszahlungen aus Lieferverträgen — ein Grund für die wirtschaftlichen Probleme der Firma — gebe es in Ansbach nicht.

Anders sieht es dagegen in Schwabach aus, wo das Stadtkrankenhaus von Pergamon angeblich noch etwa 90 000 Euro zu bekommen hat. Kommunale Rechnungsprüfer untersuchen im Moment die Details, über die Anfang Oktober im Aufsichtsrat des Stadtkrankenhauses berichtet werden soll. Bei einer tatsächlich eintretenden Pergamon-Insolvenz könnte dieses Geld auf dem Spiel stehen. Ansonsten kann Geschäftsführer Reinhard Beck — auch er ist noch Pergamon-Mitarbeiter — „keine wirtschaftlichen Auswirkungen“ auf das Stadtkrankenhaus in Schwabach erkennen. Er führe nun lediglich Verhandlungen mit anderen Einkaufsverbund-Unternehmen, um eine kostengünstige Bebeschaffung sicherzustellen.

Lob vom Bürgermeister

Trotz der Pergamon-Krise gibt es keine Anzeichen dafür, dass die örtlichen Klinik-Geschäftsführer ausgetauscht werden. Jürgen Matschke bestätigte vielmehr, dass ihm eine Anstellung beim Ansbacher Krankenhaus-Zweckverband offeriert worden sei. Ansbachs Bürgermeister Klaus Dieter Breitschwert bezeichnete Matschkes Geschäftsführer-Arbeit als „sehr konstruktiv“. Zu einer Übernahme des Pergamon-Gründers als Manager wolle er sich aber „nicht abschließend“ äußern. Der trat in einem Gespräch mit unserer Zeitung vorsorglich Vermutungen entgegen, dass er etwa für das „Missmanagement“ bei der Pergamon verantwortlich sei. Er habe vielmehr an der Entlassung von drei Geschäftsführern und eines Einkaufsleiters mitgewirkt und in der „Zentrale aufgeräumt“.

Angebot der Stadt

Auch der Schwabacher Geschäftsführer Reinhard Beck dementierte nicht, dass ihm ein einschlägiges Angebot der Stadt für eine Übernahme vorliege. Gleichzeitig bekundete er, dass auch er persönlich per Auflösungsvertrag bei der Pergamon ausscheiden wolle.

Nach Angaben der Geschäftsführer haben die Krankenhäuser in Ansbach und Schwabach wirtschaftlich durchaus eine positive Zukunft. Jürgen Matschke nannte für das Klinikum Ansbach zwar ein Defizit von 1,2 Millionen Euro im Jahr 2005, aber das sei unter anderem durch Bauinvestitionen und einen neuen Operationssaal entstanden. Der von ihm ausgearbeitete „Sanierungsplan“ sehe bis Ende 2009 eine „schwarze Null“, also einen Abbau des Defizits vor.

Teil dieser Sanierung sei eine mögliche Übernahme der benachbarten Rangau-Klinik von der Deutschen Rentenversicherung. Dabei ist von einem symbolischen Kaufpreis von einem Euro die Rede, wie die Fränkische Landeszeitung berichtet. Über den nicht unumstrittenen Zukauf müssten die Stadt und der Kreis Ansbach entscheiden.

Auch das Stadtkrankenhaus Schwabach hat sich finanziell erholt: Nicht zuletzt als Folge eines „Sanierungstarifvertrages“ ist das Defizit von 1,4 Millionen Euro (2003) auf nur noch 45 000 Euro im vergangenen Jahr gesunken.

WOLF-DIETRICH NAHR
19.8.2006 0:00 MEZ

Neue Pergamon

Meine Anfrage im Stadtrat, E-Mail vom 30. Juli 2006 Ihr Schreiben vom 04.08.2006

Sehr geehrter Herr Schwager,

ich darf Ihnen zunächst zur Kenntnis geben, dass es meine alleinige Entscheidung ist und bleiben wird, wann, wie und zu welchen Themen ich im Stadtrat Anfragen stelle. Anschließend können Sie ja diese Anfragen entsprechend innerhalb Ihrer Verwaltung, falls notwendig, abklären.

Ich darf zum Ausdruck bringen, dass mich Ihre Antwort inhaltlich nicht überzeugen kann. Mir persönlich ist heute im Rückblick deutlicher denn je geworden, warum und weshalb die Stadt Schwabach das Krankenhaus aus der unmittelbaren Zuständigkeit der Stadt ausgeklammert hat.

Mit ist auch sehr klar, warum zum derzeitigen Thema Krankenhaus und Pergamon der Mantel des öffentlichen Schweigens darüber gelegt wurde.

Die Verantwortlichen haben nicht nur etwas zu verbergen, sie haben wohl sehr viel zu verbergen.

Ich empfehle Ihnen, alsbald in der breiten Öffentlichkeit mit allen Details und Einzelheiten in die Offenbarung zu gehen. Weiterhin warne ich dringend davor, den jetzigen Vertreter der Pergamon, Herrn Beck, auf die indirekte Gehaltsliste der Stadt Schwabach zu übernehmen, so lange die offensichtlichen, undurchsichtigen und finanzschädigenden Verhaltensweisen der Pergamon gegenüber der Stadt Schwabach, im Bereich des Krankenhauses, nicht substantiell abschließend völlig geklärt sind. Es ist wohl kein Geheimnis dass die Schadensfrage weit aus höher ist als die in der Öffentlichkeit notdürftig bekannten 90.000 Euro (Bonusentzug).

Ich denke, dass es nunmehr überfällig ist, den Stadtrat, ich meine auch den einzelnen Stadtrat, über sämtliche Details, inhaltlich, der völligen Wahrheit entsprechend, zu informieren und aufzuklären. Ausreden und Kaschierungen sind nicht mehr gefragt. Dabei sind auch die Prüfungsergebnisse des Rechnungsprüfungsamtes in schriftlicher Form, jedem einzelnen Stadtrat zu überlassen. Das gleiche gilt, für die Prüfungsfeststellungen bezüglich des Krankenhauses durch die Regierung von Mittelfranken (Zuschussprüfung?). Seit nahezu zwei Jahren ist der schriftliche Prüfungsbericht seitens des Kommunalen Prüfungsverbandes überfällig. Sie können mir nicht mehr begründet klar machen, aus welchen Gründen der Kommunale Prüfungsverband offensichtlich eingeschlafen ist.

Das gesamte Verhalten seitens der Verantwortlichen bei der Stadt Schwabach hat mehr mit Geheimniskrämerei, als mit der gesetzlichen Verpflichtung der Aufklärung und der Information an den Stadtrat zu tun. Es erübrigt sich wohl, darauf hinzuweisen, dass der Stadtrat die Schwabacher Bevölkerung vertritt und „nebenbei“ auch noch die Verwaltung und ihre manchmal ihre seltsamen Irrungen und Wirrungen kontrollieren soll.

Ich stelle deshalb den Antrag, das Thema Pergamon und Stadtkrankenhaus Schwabach zum Generalthema für die nächste Stadtratssitzung Ende September 2006 auf die Tagesordnung zu setzen. Gleichzeitig erwarte ich, dass sämtliche Anlagen, Prüfungsberichte etc. der Tagesordnung beigefügt werden. Wenn es keine Geheimnisse geben sollte, dann dürfte dies kein Problem sein.

Mit freundlichen Grüßen

Alwin Schmiedl
Stadtrat der Wählerinitiative
Kommunalwahl 2002 Schwabach

SCHWABACH (jk) – Die Trennung ist klar und sauber vollzogen: Sowohl bei der Geschäftsführung des Stadtkrankenhauses als auch beim Bau des Gesundheitszentrums hat sich die Stadt von der Neuen Pergamon gelöst, bekräftigte Oberbürgermeister Hartwig Reimann, gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender der Krankenhaus-GmbH, gegenüber unserer Zeitung. Überlegungen, den Geschäftsbesorgungsvertrag mit Pergamon zu beenden, habe es schon länger gegeben, dass nun alles schnell gegangen ist (wir berichteten bereits), hänge mit der Vermutung zusammen, dass die Neue Pergamon offenbar mit finanziellen Problemen und Unregelmäßigkeiten zu kämpfen habe.

Ende August hat sich ebenso Krankenhaus-Geschäftsführer Reinhard Beck von seinem bisherigen Arbeitgeber, der Neuen Pergamon, getrennt, seit 1. September ist er bei der Stadt beschäftigt. Damit, so Hartwig Reimann, sei die Kontinuität in der Geschäftsführung des Hauses gewährleistet. Überdies hätten erste Prüfungen ergeben, dass Vorgänge rund um die Neue Pergamon, über die man geteilter Meinung sein könne, ausschließlich in der Zeit vor der Geschäftsführung durch Reinhard Beck stattgefunden haben. Die Stadt hat mit Beck vorerst einen Vertrag abgeschlossen, der sechs Monate läuft.

Das Schwabacher Gesundheitszentrum, das auf dem Krankenhaus-Gelände an der Regelsbacher Straße entsteht, wird von der Galenus-GmbH errichtet. An dieser Gesellschaft waren bislang die Pergamon mit 60 und die Krankenhaus-GmbH mit 40 Prozent beteiligt. Zwischenzeitlich hat die Stadtkrankenhaus-GmbH die Pergamon-Anteile erworben. Die Krankenhaus-GmbH ist eine 100-prozentige Tochter der Stadt Schwabach.

Sowohl bei der Beendigung des Geschäftsbesorgungsvertrages für das Krankenhaus als auch bei der Übernahme der Anteile an der Galenus-GmbH habe sich die Stadt Schwabach einvernehmlich mit der Neuen Pergamon geeinigt, so der Oberbürgermeister. Lange Verhandlungen der Stadtverwaltung mit der Geschäftsführung der Neuen Pergamon waren dieser Einigung voraus gegangen, der Ferienausschuss des Stadtrates hat die zuletzt erforderlichen Beschlüsse gefasst.

Dringend handeln musste die Stadt vor allem hinsichtlich des Gesundheitszentrums, denn es habe gegolten, Schaden durch eine drohende Insolvenz der Neuen Pergamon zu verhindern und auch einem eventuell daraus resultierenden Baustopp zu entgehen.

Im Zuge der intensiven Verhandlungen mit der Neuen Pergamon habe man, so Hartwig Reimann, einen dicken Schlussstrich unter die bisherigen Beziehungen mit der Krankenhaus-Betreibergesellschaft gezogen. Möglicherweise zwischen beiden bisherigen Partnern bestehende Ausgleichsansprüche hätten nämlich zu einer ganzen Kette rechtlicher Auseinandersetzungen mit unklarem Ausgang führen können.

Geregelt wurde bei der Vereinbarung auch die Auseinandersetzung um die dem Schwabacher Krankenhaus zustehenden Rückvergütungen seitens der Neuen Pergamon für getätigte Einkäufe für medizinisches Material und Medikamente. 90 000 Euro hatte die Pergamon bislang als Summe anerkannt, die dafür in die Schwabacher Krankenhaus-Kasse hätte fließen müssen. Hintergrund sind Vereinbarungen, die die Pergamon mit Lieferanten geschlossen hatte. Der Hauptgesellschafter der Pergamon soll nach bisherigen Erkenntnissen die Beträge nicht ordnungsgemäß weitergegeben haben. Falls die noch laufenden Prüfungen ergeben sollten, dass dem Schwabacher Krankenhaus eine höhere Summe als die bislang unstrittigen 90 000 Euro zusteht, wird das Haus das Geld noch erhalten. Bei diesem Aspekt sowie auch hinsichtlich des kompletten Verhandlungsergebnisses, so der Oberbürgermeister weiter, sei zu berücksichtigen, dass das Krankenhaus wohl komplett leer ausgehen würde, wenn die Neue Pergamon doch noch insolvent gehen sollte.

Alles in allem, so Reimann, sei die komplette Vereinbarung mit der Neuen Pergamon vom Stadtrat als akzeptables Ergebnis bewertet worden. Unter dem Strich hatte die Stadt den Betrag von 305 000 Euro an die Neue Pergamon zu leisten und ist nun komplett „Herr“ im Krankenhaus und auch im Gesundheitszentrum.

**Stadtkrankenhaus Schwabach,
E-Mail an das Schwabacher Tagblatt vom 17.09.2006**

Sehr geehrter Herr Karg,

mit großem Erstaunen stelle ich eine hervorragende Schönfärberei der eigentlichen Tatsachen um das Stadtkrankenhaus Schwabach in Ihrem Blatt fest. Es ist schon eigenartig, dass die Wählerinitiative Kommunalwahl 2002 Schwabach, nun zum wiederholten Male, mit Ihrer Initiative und Darstellung totgeschwiegen wird.

Wir bezeichnen dies als Manipulation der öffentlichen Meinung.

Sie geben nur einer politischen Seite, völlig unkritisch und damit völlig einseitig, Gelegenheit, und dazu noch unüberprüfbar, sich zu profilieren.

Oder haben Sie etwa eigene Recherchen angestellt?

Mit tiefer Enttäuschung nehme ich zur Kenntnis, als engagiertes Stadtratsmitglied, das derartige Konstellationen und Machenschaften möglich sind. Trotzdem füge ich den Beitrag der Wählerinitiative Kommunalwahl 2002 Schwabach nochmals bei, sofern Sie objektiv sich in der Lage sehen, diesen Beitrag doch noch zu veröffentlichen. Obwohl die WKS lange vor den Stadtoffiziellen am 27. Juli 2006 reagiert hat.

Mit freundlichen Grüßen

Alwin Schmiedl
Stadtrat der Wählerinitiative Kommunalwahl 2002 Schwabach

Skandal Neue Pergamon

Stadtratssitzung vom 29.09.2006

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Reimann,
meine Damen und Herren,

lassen Sie mich zunächst auf die unerfreulichen Vorkommnisse, in der öffentlichen Stadtratssitzung vom 28.07.2006 zurückkommen:

Sehr geehrter Herr Göll, nachdem Sie mich seinerzeit wörtlich als Vollepp bezeichneten, nur weil ich wie ich meine zurecht, Fragen in Zusammenhang mit dem Skandal rund um die Neue Pergamon gestellt habe, möchte ich Sie hier und heute auffordern, sich öffentlich und nachvollziehbar bei mir persönlich für diese unbotmäßige öffentliche Entgleisung zu entschuldigen. Eigentlich hätte ich von Ihnen erwartet, dass dies für sie eine Selbstverständlichkeit wäre.

Nun zum eigentlichen Thema:

In Sachen Neue Pergamon hat sich im Rückblick nicht nur bei mir der Eindruck verstärkt, dass die Verantwortlichen in der Kommunalpolitik der Stadt Schwabach ganz offensichtlich hochtrabende Pläne gehabt haben.

Es sollten möglichst umgehend im Krankenhaus schwarze Zahlen geschrieben werden, ein modernes „Supermanagement“ gleichzeitig mit der Neuen Pergamon an die Arbeit gehen, sowie als flankierende Maßnahmen eine Verbesserung der Marktsituation in Sachen Krankenhaus in Schwabach durch die Einrichtung eines Gesundheitszentrums nachhaltig gemacht werden.

Festzustellen ist aber, dass aus einem Traum ein Alptraum mittlerweile im wahrsten Sinne des Wortes geworden ist.

Die Neue Pergamon geriet mit ihrem „Supermanagement“, sowie ihrem seltsamen Geschäftsgebaren bundesweit in die Schlagzeilen. Ludwigshafen und Schwabach sind dabei nur als Synonym zu betrachten. Weitere Beispiele können mühelos, u. a. aus dem Internet zitiert werden.

Schon am 15. Juli 2006 konnte der Leser im Schwabacher Tagblatt die Schlagzeile „Skandal um Pergamon“ mit Folgen für Schwabach?, zur Kenntnis nehmen. Oberbürgermeister Reimann so war wörtlich dem Zeitungsartikel zu entnehmen, äußerte seine Fassungslosigkeit und bekannte gleichzeitig resigniert, dass man doch gegen kriminelle Machenschaften letztlich hilflos sei.

Allerdings war damit die offizielle Aufregung, allerdings auch die notwendige öffentliche Aufarbeitung dieser seltsamen Vorgänge rund um gegenüber der Neuen Pergamon und ihrer zahlreichen unübersichtlichen unternehmerischen Verästelungen scheinbar nach außen „erledigt“.

Allerdings geriet die Neue Pergamon anderswo nicht mehr aus den Schlagzeilen. Ludwigshafen ist, zumindest bis einschließlich 26.09.2006 ein markantes Beispiel. Wer sich hierfür inhaltlich frühzeitig interessieren wollte, konnte hierzu im Internet seine Bildung erweitern. Wie bereits erwähnt, kommt der Interessierte, u. a. dann nicht mehr aus dem Staunen heraus, wenn er zur Kenntnis nimmt, in welchen bundesweiten unternehmerischen Verzweigungen, Verästelungen und Verschachtelungen sich die Firmengruppe um die Neue Pergamon organisiert darstellt.

Schon allein hier fällt es schwer, daran zu glauben, dass es noch jemanden „Normalsterblichen“ geben kann, der einen definitiven, nachvollziehbaren und fundierten Überblick behalten kann.

Zwangsläufig stellen sich hier unzählige Fragen ganz von selbst:

1. Warum hat das Stadtkrankenhaus zahlreiche Geschäftsführer innerhalb kurzer Zeit verschlossen?
2. Welche tatsächlichen Gründe waren hier im Einzelfall auch tatsächlich maßgeblich, unabhängig von Schönfärbereien in der öffentlichen Darstellung?
3. Also nochmals, welche realistischen Vorkommnisse lagen den einzelnen Verabschiedungen tatsächlich zu Grunde?
4. Welche Endsumme von voreenthaltenen Bonuszahlungen durch die Pergamon ist nach dem nunmehr vorliegenden Abschluss der einzelnen Prüfungsorgane festzuhalten?

5. Bleibt es bei den in der Presse veröffentlichten 90.000 Euro oder sind es 207.000 Euro? Oder sind es noch mehr? Möglicherweise ist das letztere sehr wahrscheinlich.

6. Ist es den Verantwortlichen bekannt gewesen, dass der bisherige Geschäftsführer von der Neuen Pergamon im Stadtkrankenhaus Schwabach, Beck, gleichzeitig Stellvertreter des jetzigen Geschäftsführers im Klinikum Ansbach, Matschke, gewesen ist?

Aus unzähligen Veröffentlichungen bezüglich des Pergamon-Skandals in Ludwigshafen, ist bekannt geworden, dass dort auch CDU und SPD Parteispenden von der Pergamon erhalten haben. Zudem ist bekannt, dass der frühere SPD Oberbürgermeister Schulte, nach seinem Ausscheiden für eine Pergamon-Tochterfirma tätig gewesen ist. Gleichzeitig hat ein SPD-Fraktionsmitglied einen Beratervertrag innegehabt. Die Zeitung „Die Rheinpfalz“ schreibt am 12. August 2006: Ein enges Geflecht von Graf (Neue Pergamon) mit Ludwigshafener Sozialdemokraten ist im Laufe der Zeit gewachsen. Wir wissen, dass ein Herr Matschke beruflich in der Gewerkschaftsbewegung tätig gewesen ist. Ganz nebenbei stellt sich auch ganz natürlich die Frage nach der beruflichen und krankenhausspezifischen Qualifikation bestimmter Herrschaften.

Aus diesen Informationen kann man unschwer schließen, dass die öffentliche Diskussion um die Neue Pergamon ganz erheblichen politischen Sprengstoff in sich trägt.

In Schwabach sind in der Gesamtschau leider noch nicht alle Karten auf den Tisch gelegt worden.

Mein Bestreben ist es, dass dies in irgendeiner Form möglichst rasch, sachgerecht geschieht.

Am Beispiel der Tatsache, dass die Stadt Schwabach von heute auf morgen, wie es so schön heißt, die volle Herrschaft über das Gesundheitszentrum übernommen hat, kann einer umfangreichen öffentlichen Aufklärung nicht genügen. Damit verbunden ist in jedem Falle eine dauerhafte gewaltige finanzielle Belastung in Millionenhöhe (5 Millionen), die den städtischen Haushalt nahezu überfordert. Schließlich ist für mich die Frage offen, wer die Rolle des Generalunternehmers E-B-Tec (ein unternehmerisches Mitglied der Firmengruppe Neue Pergamon) übernimmt. Auch am Beispiel des Gesundheitszentrums wird die Verästelungspolitik der Firmengruppe Pergamon sichtbar und deutlich.

Es bleibt deshalb festzuhalten, dass der Stadt Schwabach in Sachen Pergamon ein vollkommenes Scheitern attestiert werden muss. Die hochfliegenden Pläne und Träumereien sind auf dem nackten Boden der Tatsachen gelandet. Die Erde hat sie wieder.

Für mich stellt sich des weiteren die Frage, nachdem Mitte des Jahres 2004 den Beschäftigten im Krankenhaus in einem „Notlagentarifvertrag“ zahlreiche massive finanzielle Einsparungen abverlangt wurden, ob die Beschäftigten heute auch entsprechend nachträglich zufrieden gestellt und entschädigt werden? Die Einzelheiten der Kürzungen sind ebenfalls im Internet abrufbar.

Wir sind der Auffassung, dass es nunmehr endgültig Zeit ist, Tabula Rasa zu bewerkstelligen. Das heißt, völlige Trennung, auch in personeller Hinsicht von den Verantwortlichen „der ruhmreichen Pergamon“. Das heißt im Klartext, wir fordern eine öffentliche Ausschreibung des Geschäftsführerpostens im Krankenhaus, da die Rolle des jetzigen Geschäftsführers für uns nicht abschließend geklärt ist. Des weiteren fordern wir die öffentliche Darlegung von sämtlichen Prüfungsberichten, sowie eine Bilanzierung der finanziellen Einbußen seitens der Stadt Schwabach.

Fest steht, jedenfalls für uns, dass in Hinblick auf den Pergamon-Skandal bislang nicht alles der Wahrheit entsprechend dargestellt wurde. Vielmehr wird hinter den Kulissen alles unternommen, um den aufkommenden Herbstnebel intensiv zur Verschleierung der wahren Gegebenheiten zu nutzen.

Freund hilft Freund.

Auch der Aufsichtsrat muss sich Fragen lassen, ob er in den entscheidenden Momenten die Gesamtproblematik noch überschauen konnte oder die offensichtliche Überforderung ihn ermüden lies.

Neue Pergamon, Stadtratssitzung am 29. September 2006

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Reimann,

ich darf Ihnen meinen schriftlichen Antrag, in Hinblick auf die Neue Pergamon und der insgesamt skandalösen Entwicklung, nochmals wortwörtlich in Erinnerung rufen. Hierzu verweise ich auf meinen, Ihnen per E-Mail zugeleiteten Schriftsatz.

Leider muss ich feststellen, dass Sie sich bezüglich der Sitzungsvorlagen in der Angelegenheit Pergamon-Geschichte auf äußerste Schmalspur festgelegt haben. Sie haben wohl mit Absicht mein Begehren missachtet, sämtliche Prüfungsberichte (Rechnungsprüfungsamt Schwabach, Prüfungsbericht der Regierung von Mittelfranken und den Prüfungsbericht einer privaten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft) zur Orientierung und Information dem Sachvortrag beizulegen.

Des weiteren darf ich schriftlich festhalten, dass ich mich bis vor wenigen Tagen intensiv darum bemüht habe, den Prüfungsbericht des Rechnungsprüfungsamtes Schwabach in Sachen Pergamon, einzusehen. Der Rechnungsprüfungsamtsleiter sah sich hierzu nicht in der Lage und verwies mich auf das Bürgermeisteramt. Daraufhin habe ich mich am 25.09.2006 an das Bürgermeisteramt gewandt. Bis heute habe ich keinerlei Rückmeldung, geschweige denn, die Einsicht in den Prüfungsbericht erhalten.

Ich stelle nachdrücklich fest, dass ein derartiges Verhalten nicht nur einer nicht nachvollziehbaren Ignoranz gegenüber meiner Person besteht, sondern die erfolgreiche Ausübung meiner rechtlich fundierten Aufgabe als gewählter Schwabacher Stadtrat auf grösste und massivste Art und Weise von Ihnen und Ihrer Verwaltung behindert wird.

Ich denke aber auch, dass ganz offensichtlich, diese Berichte inhaltlich wohl nicht an Brisanz zu übertreffen sind. Ist es ansonsten erklärbar, warum Sie ein derartiges Verhalten und „Herumeiern“ an den Tag legen?

Da Sie weiterhin offenkundig zu keiner pflichtgemäßen (auch amtsgemäßen) Informationspolitik in Sachen Pergamon bereit sind, muss ich mir zwangsläufig andere, weitergehende Schritte vorbehalten.

Sie können aber die Sachlage deutlich entschärfen, wenn Sie dem Recht eines jeden einzelnen Stadtrates, am Beispiel der unendlichen Geschichte Pergamon, entscheidend zum Durchbruch verhelfen, in dem Sie mindestens Einsicht in sämtliche bereits beschriebenen, diversen Unterlagen gewähren.

Ich möchte auch betonen und darauf hinweisen, dass es wenig Sinn macht, dass Sie sich bei jeder Gelegenheit zum wiederholten Male über das Verhalten des Stadtrates Schmiedl beschweren, anstatt einmal darüber nachzudenken, wie denn Ihre in der Sache kaum nachvollziehbaren Handlungsweisen, am Beispiel Pergamon und Krankenhaus Schwabach, bei dem Betroffenen ankommen.

Neue Pergamon, Stadtratssitzung am 29. September 2006, mein Schreiben vom 26.09.2006

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Reimann,

immerhin hat es nahezu eine Woche gedauert, bis Sie in einer einfachen Angelegenheit sich dazu durchgerungen haben, mir eine Antwort zu schreiben. Man könnte auch sagen: Aus dem Rathaus nichts Neues. Immer wenn es eng wird, ziehen Sie sich in Ihr Schneckenhaus zurück.

Ihre private Meinung, dass Sie beratungsintensive Informationen gegenüber einem Stadtratsmitglied einfach zurückhalten können, lässt in der Sache außergewöhnlich tief blicken. Wenn doch alles so wunderbar in Ordnung wäre, dann hätten Sie eigentlich keinerlei Veranlassung, künstliche Mauern zur Wahrheits- und Klarheitsfindung in Sachen Pergamon aufzubauen.

Im übrigen möchte ich Sie schon jetzt darauf hinweisen, dass Sie sich seit Monaten, auch in den kargen Pressenachrichten in Ihren Aussagen in Sachen Pergamon widersprechen. Auch ist mir nicht verborgen geblieben, dass offensichtlich gezielt verhindert werden soll, dass ich Einblick in die wahre Sachlage bekomme. Dies trifft nicht nur auf die versteckten Prüfungsberichte zu.

Abschließend darf ich anmerken, dass Sie sich gerne, was mir auch bekannt ist, auf Nebenkriegsschauplätze begeben. Dies wird auch wiederum auf Seite 2 Ihres Schreibens klar. Nur helfen halt Vermutungen auch nicht weiter. Ich denke schon, dass Sie Schwierigkeiten haben, Ihr völliges Scheitern in Sachen Pergamon wirklichkeitsnah anzunehmen bzw. zu akzeptieren.

Wir werden sicherlich einen Weg finden, um Licht in das Dunkel zu bringen.

© Wählerinitiative Kommunalwahl Schwabach

Neue Pergamon, Steuerung, Verwaltung, Kontrolle und Prüfung der städtischen Beteiligungen; Beteiligungsrichtlinien vom 18.09.2003 in der Fassung vom 05.11.2004

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Reimann,

für das Beteiligungsmanagement, auch im Krankenhaus, wurden entsprechende oben genannte Richtlinien erlassen.

Unter anderem ist in diesen Richtlinien auch von so genannten unterjährigen Berichtswesen die Rede. Hierbei hat der Stadtrat festgelegt, dass zusätzlich jeweils die aktuellen Bankverbindlichkeiten (Finanzierungskredite und Kassen- bzw. Überbrückungskredite zur Sicherung der laufenden Liquidität) mit dem Stand am letzten Quartalstag anzugeben sind.

Ich bitte darum, dass mir diese Zahlen für sämtliche Quartale 2006 übermittelt werden. Unter Punkt 10 ist in der Richtlinie die Vergabe von Bau- und Dienstleistungsaufträge geregelt. Hierbei ist festgelegt, wenn Aufträge die Schwellenwerte nach der VgV erreichen oder übertroffen werden, ist die VgV zwingend anzuwenden.

Ich bitte darum, mir mitzuteilen, in welcher Form und bei welchen Aufträgen das Management gegen diese zwingenden Vorgaben verstößen hat.

Weiter möchte ich darauf hinweisen, dass folgendes wörtlich in den Beteiligungsrichtlinien festgehalten ist:

„Zu beachten ist jedoch, dass öffentliche Auftraggeber alle Eigengesellschaften und Beteiligungsunternehmen sind, über deren Leitung die Stadt die Aufsicht ausübt oder mehr als die Hälfte der Mitglieder eines zur Geschäftsführung oder zur Aufsicht berufenen Organes bestimmt hat. Diese Voraussetzung trifft für alle unmittelbaren städtischen Beteiligungen zu und bei mittelbaren Beteiligungen (Tochterunternehmen) mit geringen Ausnahmen.“

Die Beteiligungsrichtlinien legen weiterhin folgendes fest:

„Im Übrigen ist es unumgänglich, dass Aufträge auch unterhalb der Schwellenwerte im Wettbewerb und in einem dokumentieren Verfahren vergeben werden. Es wird empfohlen, unternehmensintern für die Vergabe von Aufträgen Richtlinien zu erlassen und insbesondere auf eine Stärkung des 4 Augen-Prinzipes bei Vergabe und Zuschlagerteilung hinzuwirken. Dies soll dazu beitragen, die Korruption zu verhüten und zu bekämpfen.“

Nachdem ich in Erfahrung bringen konnte, dass die DSS-Dienstleistungsgesellschaft Stadtkrankenhaus Schwabach mbH offensichtlich von der Lebensgefährtin des ehemaligen Machers Matschke verantwortlich geführt wird, bitte ich um schriftliche Mitteilung, ob die Lebensgefährtin des besagten Matschke immer noch diese Funktion ausübt. Weiterhin bitte ich darum mir mitzuteilen, in wie weit hier die strikte Einhaltung einmal der Beteiligungsrichtlinien und zum anderen die zwingenden Vergabevorschriften gewährleistet wurde.

Welche Ausführungen werden hierzu von den einzelnen Prüfungsberichten getätigt? Nachdem offensichtlich die DSS-Dienstleistungsgesellschaft Stadtkrankenhaus Schwabach mbH eine Gesellschaft der Pergamon ist, schließt sich schon die Frage an, ob hier alles mit rechten Dingen zugegangen ist? Nicht zuletzt resultieren nach meinem Verständnis auch hieraus die vielfach erwähnten Bonuszahlungen.

Die nicht zu übersehenden personellen und organisatorischen Verflechtungen sind gerade deshalb dazu angetan, eine erhöhte Aufmerksamkeit der Prävention und Kontrolle zu widmen.

Ich bitte um eine kurzfristige und zufriedenstellende schriftliche Erläuterung.

Schwabacher Stadtrat

„Schaden abgewendet“

SCHWABACH (gw) – OB Hartwig Reimann und Wirtschaftsreferent Richard Schwager haben im Stadtrat die Trennung der Stadt von der „Neue Pergamon Krankenhausmanagement GmbH“ verteidigt und dafür breite Zustimmung erhalten. Kritik kam lediglich von Alwin Schmiedl (WKS).

Wie berichtet, hat die Stadt den Geschäftsbesorgungsvertrag für das Stadtkrankenhaus gekündigt und alle Anteile an der „Galenus Gesundheitszentrum Schwabach GmbH“ übernommen. Dies sei nötig gewesen, um eine Baueinstellung des Gesundheitszentrums zu verhindern, so Schwager. Hintergrund ist die drohende Insolvenz der Neuen Pergamon.

Beim Streit um Bonuszahlungen hatte die Neue Pergamon eingeräumt, dass der Stadt in den vergangenen Jahren ein Schaden von 90 000 Euro entstanden ist. Diese Summe wurde nun Teil einer „Paket-Lösung“, bei der gegenseitige Ansprüche zwischen Neuer Pergamon und Stadt einvernehmlich geregelt wurden (*wir berichteten*).

Die einzige, dafür aber heftige Kritik kam von Alwin Schmiedl. Die Stadt habe mit der Neuen Pergamon „hochtrabende Pläne“ gehabt. Nun aber sei „vollkommenes Scheitern“ festzustellen. Schmiedl wollte wissen, weshalb das Stadtkrankenhaus so viele Geschäftsführer „verschlissen“ habe und forderte, die Stelle des Geschäftsführers auszuschreiben, da die Rolle des jetzigen Geschäftsführers Reinhard Beck „nicht geklärt“ sei.

Reimann betonte, dass die Stadt neun Jahre mit der Neuen Pergamon erfolgreich zusammen gearbeitet habe. Deren Probleme seien nicht in Schwabach entstanden. Die früheren Geschäftsführer Jürgen Schopf und Jürgen Matschke hätten sich auf lukrativere Positionen wegbeworben. Das sei ein ganz normaler Vorgang. Die Wirtschaftsprüfung durch unabhängige Experten sei noch nicht abgeschlossen. Die Ergebnisse sollen am Donnerstag im Aufsichtsrat des Stadtkrankenhauses vorgestellt werden. „Nach unseren Erkenntnissen zeichnet sich aber nichts Gravierendes ab“, erklärte Schwager. Und das heißt: Beck genießt weiter Vertrauen und soll in die Dienste der Stadt übernommen werden. Zusammen mit der Sparkasse sei es der Stadt gelungen, den Risiken einer möglichen Insolvenz der Neuen Pergamon zu entgehen und „Schaden abzuwenden“, betonte Reimann in Richtung Schmiedl und erhielt Beifall von allen Seiten.

Stadtkrankenhaus der Stadt Schwabach gGmbH

Sitz der Firma	Regelsbacher Straße 7 91126 Schwabach
Gegründet	01.01.2001 (durch Spaltung und Ausgliederung)
Abschluss des Gesellschaftsvertrages	18.12.2000
HR-Eintrag der GmbH	22.02.2002
Stammkapital	250.000,00 €
Gesellschafter und Anteile	Stadt Schwabach (alleinige Gesellschafterin)
Geschäftsführer	Herr Jürgen Matschke bis 30.06.2004 Herr Reinhard Beck ab 01.07.2004
Aufsichtsrat-Vorsitzender	Herr Hartwig Reimann, Oberbürgermeister
Mitglieder des Aufsichtsrates	Herr Peter Brenner, Mitarbeitervertreter Herr Hermann Stamm, Stadtrat Herr Dr. Peter Link, Mitarbeitervertreter Herr Werner Sittauer, Stadtrat Herr Uwe Stadelmeyer, Stadtrat Herr Dr. Thomas Donhauser, Stadträtin Frau Doris Kneuer, Stadträtin Herr Frank Rosenberger, Mitarbeitervertreter Herr Klaus Neunhoeffer, Stadtrat Herr Richard Schwager, Stadtkämmerer Frau Rosa Stengel, Stadträtin Herr Eckhard Göll, Stadtrat Herr Dr. Erwin Horndasch Herr Christian Busch

Gegenstand des Unternehmens

Der Betrieb und die Unterhaltung eines allgemeinen Krankenhauses mit den Ausbildungsstätten, den sonstigen Nebeneinrichtungen, Nebenbetrieben und flankierenden Einrichtungen in Schwabach. Zweck der Gesellschaft ist die Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhausleistungen im Rahmen der Aufgabenstellung nach dem Krankenhausplan des Freistaates Bayern bzw. des Versorgungsvertrages. Das Unternehmen dient dabei im Rahmen seiner Möglichkeiten der stationären und ambulanten Untersuchung, Behandlung und Pflege von Patienten. Daneben kann das Unternehmen auch weitere Dienstleistungen zur Behandlung und Pflege von kranken, hilfs- und pflegebedürftigen Personen anbieten.

Bilanzdaten:

	2004 €	2003 €	2002 €	2.001 €	2.001 DM
AKTIVA					
Immaterielle Verm.gegenstände	72.867,21	125.149,21	167.917,21	253.234,21	495.283,06
Sachanlagen	35.997.697,42	1.569.175,29	1.800.584,47	2.311.788,96	4.521.466,21
Finanzanlagen	48.785,01	51.294,02	27.400,04	28.620,35	55.976,54
Anlagevermögen	36.119.349,64	1.745.618,52	1.995.901,72	2.593.643,52	5.072.725,81
Vorräte	540.586,94	770.089,74	618.491,19	661.428,94	1.293.642,56
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.855.459,28	3.296.872,58	6.712.364,66	3.891.777,49	7.611.655,17
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	8.051,96	9.343,83	10.270,97	11.071,22	21.653,42
Umlaufvermögen	4.404.098,18	4.076.306,15	7.341.126,82	4.564.277,65	8.926.951,15
Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung	1.189.435,32	0,00	0,00	0,00	0,00
Rechnungsabgrenzungsposten	9.002,04	9.915,47	9.011,72	4.779.113,52	9.347.133,61
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	1.925.897,07	549.473,31		
Bilanzsumme	41.721.885,18	7.757.737,21	9.895.513,57	11.937.034,69	23.346.810,57
<hr/>					
PASSIVA					
Gezeichnetes Kapital	250.000,00	250.000,00	250.000,00	250.000,00	488.957,50
Kapitalrücklage	4.024.795,72	45.095,40	20.095,40	20.095,40	39.303,19
Nicht durch EK ged. Fehlbetrag	0,00	1.925.897,07	549.473,31	0,00	0,00
Verlustvortrag	-2.220.992,47	-819.568,71	-171.048,04		
Jahresfehlbetrag	-613.723,87	-1.401.423,76	-648.520,67	-226.639,73	-443.268,78
Eigenkapital	1.440.079,38	0,00	0,00	43.455,67	84.991,91
Sonderposten aus Zuwendungen	31.780.676,69	1.512.412,24	1.707.463,80	1.825.640,39	3.570.642,25
Rückstellungen	1.968.897,72	1.053.693,97	740.571,69	663.474,33	1.297.643,00
Verbindlichkeiten	6.531.100,39	5.190.464,00	7.446.553,68	9.404.147,30	18.392.913,41
Ausgleichsposten aus Darl.förderung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Rechnungsabgrenzungsposten	1.131,00	1.167,00	924,40	317,00	620,00
Bilanzsumme	41.721.885,18	7.757.737,21	9.895.513,57	11.937.034,69	23.346.810,57

Gewinn- und Verlustrechnung

	2004 €	2003 €	2002 €	2001 €	2001 DM
Erträge					
Erlöse aus allgem. Krankenhausleistungen	16.566.648,95	15.748.262,54	15.818.301,94	15.288.073,08	29.900.871,97
Erlöse Wahlleistungen/ ambulanten Leistg.	838.288,24	994.083,28	984.726,31	939.029,13	1.836.581,34
Nutzungsentgelt d. Ärzte Verm./Erhöhg.d. Best. an unf.Leist.	435.545,82 -44.798,32	427.457,84 201.005,84	447.055,00 -2.164,43	458.128,02 52.326,94	896.020,53 102.342,60
Zuw.u. Zuschüsse öffentl.Hand	143.061,98	147.437,07	153.148,04	139.585,62	273.005,74
Sonstige betriebl. Erträge a.o. Erträge	1.245.194,59 0,00	1.392.772,87 0,00	1.367.109,02 0,00	1.486.366,35 4.381,59	2.907.079,90 8.569,65
Sonstige Zinsen u.ä. Erträge	6.588,62	3.662,84	3.673,79	2.130,59	4.167,09
Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	452.907,36	484.917,40	439.393,26	2.355.143,19	4.606.259,71
Erträge a/Einst.v.Ausgl.posten	1.219.975,29	0,00	0,00	0	0
Erträge aus Auflösung von Sonderposten	690.752,94	595.175,68	1.166.394,59	813.812,08	1.591.678,06
<hr/> 21.554.165,47 19.994.775,36 20.377.637,52 21.538.976,59 42.126.576,59 <hr/>					
Aufwendungen					
Materialaufwand	3.775.791,30	3.898.823,58	4.048.683,88	4.024.616,27	7.871.465,24
Personalaufwand	13.421.218,62	14.037.750,62	13.301.450,95	13.089.155,57	25.600.163,14
Abschreibungen	771.007,06	725.701,34	908.277,64	938.416,82	1.835.383,77
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.680.591,09	2.033.874,00	1.682.455,74	1.720.079,03	3.364.182,17
außerordentliche Aufwendungen			0,00	37.364,37	73.078,36
Zinsen u. ä. Aufwendungen	109.094,56	167.538,56	278.622,21	41.141,47	80.465,72
Steuern	6.341,76	6.270,76	6.219,74	5.833,99	11.410,30
Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten	1.358.367,42	498.639,52	771.604,48	1.877.240,82	3.671.563,91
Aufwend. f. nach dem KHG gef. Nutzung v. Anlagegegenständen	45.477,53	27.600,74	28.843,55	31.767,98	62.132,77
<hr/> 22.167.889,34 21.396.199,12 21.026.158,19 21.765.616,32 42.569.845,38 <hr/>					
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag (-)	-613.723,87	-1.401.423,76	-648.520,67	-226.639,73	-443.268,79
<hr/>					

Kennzahlen:	2004	2003	2002	2001	2001
Eigenkapital in T€	1.440	0	0	43,5	85 TDM
Eigenkapitalquote	3,45 %	-	-	0,4%	0,4%
Investitionen					
Investitionen in T€/TDM	478	355	610	1.194	
Bezüge der Mitglieder des geschäftsführenden Unternehmerorgans in TDM bzw. (T€)-	-	-	0	0	0

Krankenhaus-Sondervermögen

Bilanzdaten:	2004	2003	2002	2001
	€	€	€	€
AKTIVA				
Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00
Sachanlagen (Grundstücke, techn. Anlagen, Einrichtungen, gel.Anz.u.Anl.l.Bau)	0,00	34.898.884,49	39.841.409,52	40.941.996,85
Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
Anlagevermögen	0,00	34.898.884,49	39.841.409,52	40.941.996,85
Vorräte	0,00	0,00	0,00	0,00
Forderungen u.sonst. Vermögensgegenstände	0,00	5.112,92	4.978.835,85	0,00
Ausgl.Posten nach dem KHG	0,00	1.209.857,29	1.241.747,88	1.240.956,88
Wertpapiere	0,00	0,00	0,00	0,00
Kassenbestand, Guthaben b.Kreditinstituten	0,00	0,00	0,00	0,00
Umlaufvermögen	0,00	1.214.970,21	6.220.583,73	1.240.956,88
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00	0,00
Bilanzsumme	0,00	36.113.854,70	46.061.993,25	42.182.953,73
PASSIVA				
Gezeichnetes Kapital	0,00	0,00	0,00	0,00
Kapitalrücklagen	0,00	4.446.440,00	5.509.071,55	5.326.452,10
Verlustvortrag	0,00	-35.287,35	-293.101,18	-173.410,17
Jahresfehlbetrag	0,00	-574.386,79	-121.860,03	-119.691,01
Eigenkapital	0,00	3.836.765,86	5.094.110,34	5.033.350,92
Rückstellungen	0,00	0,00	0,00	0,00
Verbindlichkeiten	0,00	771.821,84	29.529.438,91	23.992.583,84
Ausgleichsposten a/Darl.Förderung	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonderposten a/Zuw.zur Finanzierung d. AV	0,00	31.505.267,00	11.438.444,00	13.157.018,97
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00	0,00
Bilanzsumme	0,00	36.113.854,70	46.061.993,25	42.182.953,73

Gewinn- und Verlustrechnung:	2004	2003	2002	2001
	€	€	€	€
Erträge				
Betriebliche Erträge (aus Anlagenabgang)	16.442,92			
Erträge a/Zuw. zur Finanzierung v. Investitionen	2.396.479,00	1.750.000,00	3.200.000,00	1.840.650,77
Erträge a/Einst. v. Ausgleichsposten	10.118,00	791,00	791,00	67.763,46
Erträge aus Auflösung Sonderposten	32.964.536,92	4.622.041,88	1.718.574,97	440.361,15
	35.387.576,84	6.372.832,88	4.919.365,97	2.348.775,38
Aufwendungen				
Aufwendungen a.d.Zuf. Sonderposten/ Verbindlichkeiten u.Zuw.Finanzierung				
Anlagevermögen	1.898.144,15	1.750.000,00	3.200.000,00	1.840.650,77
Aufwendungen f. geförderte, nicht aktivierungs- fähige Maßnahmen	1.779,30	1.038.467,30	0,00	0,00
Aufwendungen aus der Auflösung von Ausgleichsposten	1.219.975,29			
Abschreibungen	1.040.369,68	3.723.211,35	1.841.226,00	463.909,58
Sonstige betriebliche Aufwendungen	33.861.461,71	25.895,00	0,00	163.906,04
Zinsen u.ä. Aufwendungen	811.147,16	376.964,43	0,00	0,00
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	32.681,59	0,00	0,00
	38.832.877,29	6.947.219,67	5.041.226,00	2.468.466,39
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	-3.445.300,45	-574.386,79	-121.860,03	-119.691,01

<u>Kennzahlen:</u>	2004	2003	2002	2.001
	T€	T€	T€	T€
Eigenkapital	0	3.837	5.094	5.033
Eigenkapitalquote	-	10,6 %	11,1%	11,9 %
Investitionen in T€	-	321	741	1.840,6
Finanzierung durch				
a) Kapitalzuschüsse der Gesellschafter				0
b) Zuschüsse der öffentlichen Hand				1.840,6

**DSS – Dienstleistungsgesellschaft
Stadtkrankenhaus Schwabach mbH**

Sitz der Firma	Regelsbacher Straße 7 91126 Schwabach
Gegründet	28.07.2003
Abschluss des Gesellschaftsvertrages	28.07.2003
HR-Eintrag der GmbH	15.12.2003
Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €
Gesellschafter und Anteile	Stadtkrankenhaus der Stadt Schwabach gGmbH 100 %
Geschäftsführerin	Frau Brigitte Merk, Nürnberg

Gegenstand des Unternehmens

Die Erbringung von Dienstleistungen aller Art (z.B. Reinigung, Betrieb der Cafeteria, Teilbereiche des Küchenbetriebes, hauswirtschaftliche Dienste, Pforte) insbesondere für das Stadtkrankenhaus der Stadt Schwabach gGmbH mit den Ausbildungsstätten, den sonstigen Nebeneinrichtungen, Nebenbetrieben und flankierenden Einrichtungen.
Zweck der Gesellschaft ist es insbesondere, die Stadtkrankenhaus der Stadt Schwabach gGmbH bei der Erreichung und Förderung ihrer Gesellschaftszwecke zu unterstützen. Der Gegenstand des Unternehmens ist grundsätzlich auf das Stadtgebiet Schwabach begrenzt.

Bilanzdaten:

	2004	2003 (28.07. – 31.12.)
	€	€
AKTIVA		
Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00
Sachanlagen	3.113,00	0,00
Finanzanlagen	0,00	0,00
Anlagevermögen	3.113,00	0,00
Vorräte	4.415,64	1.351,90
Forderungen	73.325,21	39.523,01
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	20.982,17	34.622,47
Umlaufvermögen	98.723,02	75.497,38
Rechnungsabgrenzungsposten	306,00	0,00
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	0,00
Bilanzsumme	102.142,02	75.497,38

PASSIVA

Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
Gewinnvortrag	1.034,53	0,00
Jahresüberschuss	10.928,31	1.034,53
Eigenkapital	36.962,84	26.034,53
Rückstellungen	14.936,00	10.197,56
Verbindlichkeiten	50.243,18	39.265,29
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	102.142,02	75.497,38

Gewinn- und Verlustrechnung

	2004 €	2003 (28.07. – 31.12.) €
Erträge		
Umsatzerlöse	1.007.321,13	328.173,96
Sonstige betriebliche Erträge	3.380,98	0,00
	1.010.702,11	328.173,96
Aufwendungen		
Materialaufwand	583.155,40	228.067,22
Personalaufwand	352.290,13	79.952,15
Abschreibungen	1.220,32	364,57
Sonstige betriebliche Aufwendungen	56.302,93	18.082,49
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5,02	0,00
Steuern v. Einkommen u. v. Ertrag	6.800,00	673,00
	999.773,80	327.139,43
Jahresüberschuss/-fehlbetrag (-)	10.928,31	1.034,53

Kennzahlen:	2004	2003
		(28.07. – 31.12.)
Eigenkapital (T€)	37	26
Eigenkapitalquote	36,2 %	34,5 %
Investitionen in T€	4	0
Bezüge der Mitglieder des geschäftsführenden Unternehmerorgans (T€)	5	2

Beschlussvorlage

öffentlich nichtöffentliche

Sachvortragender	Amt/Geschäftszeichen
Oberbürgermeister Reimann	

Betreff:

Stadtkrankenhaus gGmbH:

Tarifvertrag zur Regelung der Rechte der betrieblichen Interessenvertretung

Anlagen:

Entwurf Tarifvertrag zur Regelung der Rechte der betrieblichen Interessenvertretung

Entwurf Sanierungstarifvertrag

Beratungsfolge	TOP	Sitzungstermin
Hauptausschuss (Vorberatung)		2004-06-22
Stadtrat	1a	2004-06-25

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Dem Tarifvertrag zur Regelung der Rechte der betrieblichen Interessenvertretung wird zugestimmt.
2. § 10 Nr. 1 Buchst. c des Gesellschaftsvertrages der Stadtkrankenhaus der Stadt Schwabach gGmbH wird wie folgt geändert:
„fünf Vertretern bzw. Vertreterinnen der Beschäftigten der Gesellschaft, wobei diese nach dem Gesetz über die Drittelpartizipation der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat zu wählen sind.“

Finanzielle Auswirkungen	<input type="checkbox"/> Ja	<input checked="" type="checkbox"/> Nein
Gesamtkosten der Maßnahme:	€	
Kosten lt. Beschlussvorschlag:	€	
Haushaltssmittel stehen zur Verfügung:	<input type="checkbox"/> Ja, HHSt	€
	<input type="checkbox"/> Nein	€
Jährliche Folgekosten:	<input type="checkbox"/> Ja €
	<input checked="" type="checkbox"/> Nein	

Sachvortrag:

1. Der Abschluß eines Sanierungstarifvertrages stellt einen wichtigen Bestandteil in der Konsolidierung des Stadtkrankenhauses Schwabach dar.
2. Die Bereitschaft seitens Ver.di zu einem entsprechenden Abschluß war abhängig von der Beteiligung der Arbeitnehmer an den strategischen Entscheidungen des Stadtkrankenhauses. Dies soll durch eine Drittelpartizipation der Arbeitnehmervertreter an den Gesamtsitzen des Aufsichtsrates gewährleistet werden.
3. Nach § 10 Nr. 1 des Gesellschaftsvertrages für die Stadtkrankenhaus gGmbH besteht der Aufsichtsrat bisher aus 13 Mitgliedern, nämlich
 - a) dem Oberbürgermeister der Stadt Schwabach (Vorsitzender),
 - b) neun vom Stadtrat der Stadt Schwabach widerruflich bestellten Mitgliedern, wobei eines dieser Mitglieder berufsmäßiger Stadtrat der Stadt sein muss,
 - c) drei Vertretern bzw. Vertreterinnen der Beschäftigten der Gesellschaft, wobei diese direkt von den Beschäftigten zu wählen sind.
4. Sofern der bestehende Aufsichtsrat nicht reduziert werden soll, bietet sich zur Umsetzung die folgende Änderung an:
 - Der Aufsichtsrat wird auf 15 Mitglieder erweitert.
 - Die Anzahl der Arbeitnehmervertreter wird von 3 auf 5 erhöht.
5. Der entsprechende Vertrag liegt als Anlage bei. Ebenso liegt nachrichtlich der Entwurf des Sanierungstarifvertrages bei. Er befindet sich zur Zeit noch im Unterschriftenverfahren. Die Änderungen im Aufsichtsrat treten nur in Kraft, wenn der Sanierungstarifvertrag wie geplant abgeschlossen wird.

TARIFVERTRAG

**zwischen
der Stadt Schwabach
als Gesellschafterin**

und der

Stadtkrankenhaus Schwabach gGmbH

einerseits

und

**der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)
Landesbezirk Bayern**

andererseits

**zur Regelung der Rechte der betrieblichen
Interessenvertretung gem. § 3 BetrVG**

§ 1 Geltungsbereich

Dieser Tarifvertrag regelt die betriebliche Interessenvertretung im Stadtkrankenhaus Schwabach gGmbH.

§ 2 Verzicht auf die Tendenzeinrede

§ 118 Betriebsverfassungsgesetz findet im Stadtkrankenhaus Schwabach keine Anwendung.

§ 3
Unternehmensmitbestimmung

Der nach dem Gesellschaftsvertrag zu bildende Aufsichtsrat besteht zu einem Drittel aus Vertretern der Arbeitnehmer. Diese werden nach dem Gesetz über die Dittelbeteiligung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat gewählt.

§ 4
Laufzeit, Kündigung

Dieser Tarifvertrag kann mit einer Frist von drei Monaten, erstmals zum 31.12.2009 schriftlich gekündigt werden

München 15. Juni 2004

Reimann
Oberbürgermeister
Stadt Schwabach

Michael Wendl
ver.di-Landesbezirk
Bayern

Dominik Schirmer
Fachbereichsleiter

~~Entwurf~~

KAV-Nr. 8/2004

**Sanierungstarifvertrag
vom 27. Mai 2004
für die Stadtkrankenhaus Schwabach gGmbH**

Zwischen

dem Kommunalen Arbeitgeberverband Bayern,
Sitz München, vertreten durch den Vorsitzenden,

und

der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft e.V.
Landesbezirk Bayern, Sitz München
vertreten durch die Landesbezirksleitung

sowie

dem Marburger Bund e.V.,
Landesverband Bayern,
vertreten durch den Vorsitzenden,

wird zur finanziellen Konsolidierung des Krankenhauses und zur Sicherung von Arbeitsplätzen folgendes vereinbart:

**§ 1
Geltungsbereich**

(1) Dieser Tarifvertrag gilt für die unter den Geltungsbereich

- a) des Bundes-Angestelltentarifvertrages (BAT) fallenden Angestellten
- b) des Bundesmanteltarifvertrages für Arbeiter gemeindlicher Verwaltungen und Betriebe (BMT-G) fallenden Arbeiter

mit denen eine regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit von durchschnittlich mindestens 18,75 Stunden vereinbart ist.

-
- (2) Dieser Tarifvertrag gilt nicht für Angestellte und Arbeiter, mit denen am 1. Juli 2004 ein Altersteilzeitarbeitsverhältnis vereinbart ist.

§ 2

Ausschluss betriebsbedingter Beendigungskündigungen

- (1) Für die unter den Geltungsbereich dieses Tarifvertrages fallenden Arbeitnehmer sind während der Laufzeit des Tarifvertrages betriebsbedingte Beendigungskündigungen ausgeschlossen.
- (2) Die Tarifvertragsparteien verpflichten sich, unverzüglich Verhandlungen aufzunehmen, um betriebsbedingte Beendigungskündigungen zu ermöglichen, wenn nicht vorhersehbare Entwicklungen eintreten, die zu relevanten Einnahmeausfällen führen.

§ 3

Absenkung der Wochenarbeitszeit ohne Lohnausgleich

- (1) Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit (§ 15 Abs. 1 BAT, § 14 Abs. 1 BMT-G) der vollbeschäftigen Arbeitnehmer wird auf 37,5 Stunden abgesenkt. Bei nichtvollbeschäftigten Arbeitnehmern erfolgt eine Absenkung im Verhältnis der arbeitsvertraglich vereinbarten Arbeitszeit zur Arbeitszeit eines vollbeschäftigen Arbeitnehmers.
- (2) Die Vergütungen der Angestellten und die Monatslöhne der Arbeiter, deren Wochenarbeitszeit nach Absatz 1 abgesenkt ist, sind gem. § 34 BAT bzw. § 25 Abs. 1 BMT-G zu bemessen. Ein Ausgleich für die Verringerung der Bezüge infolge der Absenkung der Wochenarbeitszeit erfolgt nicht.

§ 4

Wirtschaftlichkeit des Krankenhauses

Die Geschäftsführung der Stadtkrankenhaus Schwabach gGmbH und die vertragschließende Gewerkschaft verpflichten sich, mindestens einmal im Kalenderhalbjahr, die eingeleiteten Reorganisationsmaßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Krankenhauses zu besprechen.

§ 5
Wegfall bzw. Absenkung des Urlaubsgeldes

- (1) Für Angestellte, die während der Laufzeit des Tarifvertrages in die Vergütungsgruppen IVa bis I bzw. Kr. X bis Kr. XIII BAT eingruppiert sind, findet der Tarifvertrag über ein Urlaubsgeld für Angestellte vom 16. März 1977 in der jeweils gültigen Fassung in den Jahren 2005 und 2006 keine Anwendung.
- (2) Für Angestellte, die nicht unter Absatz 1 fallen, und für die Arbeiter gelten die Tarifverträge über ein Urlaubsgeld für Angestellte und für Arbeiter vom 16. März 1977 mit der Maßgabe, dass das Urlaubsgeld in den Jahren 2005 und 2006 jeweils auf die Hälfte des nach § 2 der Tarifverträge maßgebenden Betrages absenkt wird.

§ 6
Absenkung der Zuwendung

- (1) Für Angestellte, die während der Laufzeit des Tarifvertrages in die Vergütungsgruppen IVa bis I bzw. Kr. X bis Kr. XIII BAT eingruppiert sind, wird der Vom-Hundert-Satz für die Bemessung der Zuwendung nach dem Tarifvertrag über eine Zuwendung für Angestellte vom 12. Oktober 1973 in den Jahren 2004 bis einschließlich 2006 auf die Hälfte des nach der Protokollerklärung zu § 2 Zuwendungs-TV jeweils geltenden tarifvertraglichen Bemessungssatzes abgesenkt.
- (2) Für Angestellte, die nicht unter Absatz 1 fallen, und für die Arbeiter gelten die Zuwendungstarifverträge vom 12. Oktober 1973 in den Jahren 2004 bis einschließlich 2006 mit der Maßgabe, dass der Vom-Hundert-Satz für die Bemessung der Zuwendung auf zwei Drittel des nach der Protokollerklärung zu § 2 der Zuwendungs-Tarifverträge jeweils geltenden tarifvertraglichen Bemessungssatzes abgesenkt wird.

§ 7
Arbeitszeitverkürzung durch freie Tage

- (1) Angestellte, die während der Laufzeit des Tarifvertrages in die Vergütungsgruppen IVa bis I bzw. Kr. X bis Kr. XIII BAT eingruppiert sind, werden in den Kalenderjahren 2005, 2006 und 2007 jeweils an zwei Arbeitstagen unter Fortzahlung der Vergütung von der Arbeit freigestellt. Der neu eingestellte Arzt erwirbt den Anspruch auf Freistellung erstmals, wenn das Arbeitsverhältnis fünf Monate ununterbrochen bestanden hat. Die Dauer der Freistellung beträgt höchstens ein Fünftel der für den Arzt geltenden durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit.

Beginnt oder endet das Arbeitsverhältnis im Laufe des Kalenderjahres, findet § 48 Abs. 5 BAT entsprechend Anwendung.

- (2) Wird der Arzt an dem für die Freistellung vorgesehenen Tag aus dienstlichen bzw. betrieblichen Gründen zur Arbeit herangezogen, ist die Freistellung innerhalb des selben Kalenderjahres nachzuholen. Ist dies aus dienstlichen bzw. betrieblichen Gründen nicht möglich, ist die Freistellung innerhalb der ersten zwei Monate des folgenden Kalenderjahres nachzuholen.

Eine Nachholung in anderen Fällen ist nicht zulässig.

Der Anspruch auf Freistellung kann nicht abgegolten werden.

§ 8 In-kraft-Treten, Laufzeit

- (1) Dieser Tarifvertrag tritt am 1. Juli 2004 in Kraft.
- (2) Dieser Tarifvertrag kann mit einer Frist von drei Kalendermonaten zum Schluss eines Kalendervierteljahres, frühestens zum 31. Dezember 2006, schriftlich gekündigt werden. Die Nachwirkung gem. § 4 Abs. 5 TVG ist ausgeschlossen.

München, den 27. Mai 2004

Kommunaler Arbeitgeberverband Bayern

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft e.V. ver.di
Landesbezirk Bayern

Dr. Böhle
Vorsitzender

Wendl
Landesbezirksleitung

Schirmer

Marburger Bund e.V.
Landesverband Bayern

Dr. Emminger
1. Vorsitzender

Beschluss



Ohne Debatte

Mit Debatte

Einstimmig

Mit : Stimmen

Sachvortragender	Amt/Geschäftszeichen
Oberbürgermeister Reimann	

Betreff:

**Stadtkrankenhaus gGmbH;
Tarifvertrag zur Regelung der Rechte der betrieblichen Interessenvertretung**

Gremium	Sitzungsteil	TOP	Sitzungstermin
Stadtrat	öffentlich	1a	2004-06-25

1. Dem Tarifvertrag zur Regelung der Rechte der betrieblichen Interessenvertretung wird zugestimmt.
2. § 10 Nr. 1 Buchst. c des Gesellschaftsvertrages der Stadtkrankenhaus der Stadt Schwabach gGmbH wird wie folgt geändert:
„fünf Vertretern bzw. Vertreterinnen der Beschäftigten der Gesellschaft, wobei diese nach dem Gesetz über die Drittelpartizipation der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat zu wählen sind.“

.....
Oberbürgermeister

G Weitergehende Informationen

Verantwortliche für den Qualitätsbericht: *Geschäftsführung und Betriebsleitung des StadtkrankenhausSchwabach, Angella K. Wirth*

Homepage des StadtkrankenhausSchwabach: www.stadtkrankenhaus-schwabach.de

Geschäftsführer: Reinhard Beck, reinhard.beck@khsc.de
Sekretariat ☎ 09122 – 182 288

Stabsstelle Unternehmenskoordination: Brigitte Merk, ☎ 09122 - 182 718
brigitte.merk@khsc.de

Kaufm. Direktor: Johannes Schürmeyer ☎ 09122 - 182 211
johannes.schuermeyer@khsc.de

**DSS – Dienstleistungsgesellschaft
Stadtkrankenhaus Schwabach mbH**

Sitz der Firma	Regelsbacher Straße 7 91126 Schwabach
Gegründet	28.07.2003
Abschluss des Gesellschaftsvertrages	28.07.2003
HR-Eintrag der GmbH	15.12.2003
Gezeichnetes Kapital	25.000,00 €
Gesellschafter und Anteile	Stadtkrankenhaus der Stadt Schwabach gGmbH 100 %
Geschäftsführerin	Frau Brigitte Merk, Nürnberg

Gegenstand des Unternehmens

Die Erbringung von Dienstleistungen aller Art (z.B. Reinigung, Betrieb der Cafeteria, Teilbereiche des Küchenbetriebes, hauswirtschaftliche Dienste, Pforte) insbesondere für das Stadtkrankenhaus der Stadt Schwabach gGmbH mit den Ausbildungsstätten, den sonstigen Nebeneinrichtungen, Nebenbetrieben und flankierenden Einrichtungen.
Zweck der Gesellschaft ist es insbesondere, die Stadtkrankenhaus der Stadt Schwabach gGmbH bei der Erreichung und Förderung ihrer Gesellschaftszwecke zu unterstützen. Der Gegenstand des Unternehmens ist grundsätzlich auf das Stadtgebiet Schwabach begrenzt.

Auszug aus www.ungesundleben.de

Stadtkrankenhaus Schwabach: Schaden durch Neue Pergamon?

Kann jemand sagen, ob die folgenden Angaben zutreffen?

Nach Insider-Informationen hat das Stadtkrankenhaus Schwabach während der Geschäftsbesorgung durch die NPK (u.a. waren dort die NPK-Gesellschafter Jürgen Matschke und Reinhard Beck als Geschäftsführer tätig) einen Schaden von über 1 Million Euro erlitten. Im Jahr 2003 holte Matschke die NPK-Tochter „Genius“ als Caterer nach Schwabach. Seitdem verrechnete die „Genius“ dem Stadtkrankenhaus Schwabach überhöhte Verpflegungskosten. Der Einkauf der medizinischen Produkte erfolgte jahrelang - ohne Ausschreibung und wesentlich teurer als z.B. über die „ProSpitalia“ – über den NPK-Einkaufsverbund. Um die NPK-Abzocke zu finanzieren, wurde dem Personal - zu Matschkes Zeit als Geschäftsführer - ein Notlagen-Tarifvertrag aufgezwungen, der noch bis Ende 2006 gilt. Das Stadtkrankenhaus Schwabach hat bisher von der NPK für vorenthaltene Rabatte lediglich 90.000 Euro gefordert und auch erhalten. Mit dem Kaufm. Direktor Johannes Schürmeyer war jahrelang ein "Ziehkind Matschkes" an verantwortlicher Stelle tätig. Ungeklärt ist, ob Schürmeyer beim Stadtkrankenhaus angestellt war, oder ob er im Rahmen der Geschäftsbesorgung als NPK-Mitarbeiter tätig war. Nachdem Schürmeyer in Schwabach nicht mehr zu halten war, hat ihn Matschke beim Klinikum Ansbach "in Sicherheit gebracht".

Siehe dazu folgende Links:

[https://online-service.schwabach.de/eris/downloadPDF.do;jsessionid=aDaBNDh1KK9-
?id=34681](https://online-service.schwabach.de/eris/downloadPDF.do;jsessionid=aDaBNDh1KK9-?id=34681)

[https://online-service.schwabach.de/eris/downloadPDF.do;jsessionid=aDaBNDh1KK9-
?id=34680](https://online-service.schwabach.de/eris/downloadPDF.do;jsessionid=aDaBNDh1KK9-?id=34680)

[https://online-service.schwabach.de/eris/downloadPDF.do;jsessionid=aDaBNDh1KK9-
?id=34663](https://online-service.schwabach.de/eris/downloadPDF.do;jsessionid=aDaBNDh1KK9-?id=34663)

[https://online-service.schwabach.de/eris/downloadPDF.do;jsessionid=aDaBNDh1KK9-
?id=34682](https://online-service.schwabach.de/eris/downloadPDF.do;jsessionid=aDaBNDh1KK9-?id=34682)

Siehe auch

- [Stadtkrankenhaus Schwabach](#)
- [Galenus Gesundheitszentrum Schwabach gGmbH \(Neue Pergamon\): Stadtkrankenhaus kauft Anteile der Neuen Pergamon](#)

Wählerinitiative Kommunalwahl 2002 Schwabach

Alwin Schmiedl •

Geschäftsstelle Schwabach
c/o Alwin Schmiedl

Schwabach, den 7. August 2006

Neue Pergamon

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Reimann,
meine Damen und Herren,

das Thema Pergamon kreiselt seit Wochen durch zahlreiche Medien und Gazetten. In der Stadt Schwabach ist bezüglich dieses Themas offensichtlich eine beschauliche Ruhe eingekehrt, obwohl auch hier laut Pressemeldung es angeblich um ca. 90.000 Euro geht, die von der Pergamon angeblich nicht an die Stadt Schwabach rechtzeitig abgedrückt wurden. In diesem Zusammenhang möchte ich, auf das jüngste Urteil des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes hinweisen (siehe Pressemeldungen Nürnberger Nachrichten vom 27.07.2006). Dass Gericht hat dankenswert klar entschieden, dass zunächst die Kontrollrechte der Opposition im Bayerischen Landtag voll gewahrt werden müssen. Die Regierenden dürfen nicht schützenswerte Rechte von halbstaatlichen Gesellschaften (hier das Beispiel GSB) als Geheimnis betrachten, wenn es um Steuergelder, Subventionen und Zuschüsse geht.

Ich führe dies deshalb an, weil es auch hier in Schwabach eine Tendenz gibt, also nicht nur beim Staat, sondern auch bei den Kommunen, öffentliche Aufgaben etwa auf eine GmbH zu übertragen. Die Kontrollrechte eines Stadtrates wie auch des Landtages (siehe den genannten Fall) sind damit potenziell gefährdet. Der nunmehr betroffene VGH-Spruch wirkt dieser versuchten Geheimniskrämerei entgegen.

Nachdem ich nicht Mitglied im zuständigen Aufsichtsratsgremium bin, möchte ich Sie auffordern, mir zunächst folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche Gründe haben die Stadt Schwabach veranlasst, den Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Pergamon aufzukündigen?
2. Zu welchem Zeitpunkt wird die Kündigung wirksam?
3. Welcher Schaden und in welcher Höhe ist der Stadt Schwabach entstanden?

Wählerinitiative Kommunalwahl 2002

Schwabach

4. Hat Pergamon tatsächlich schon Insolvenz angemeldet?
5. Warum wurde das städtische Rechnungsprüfungsamt bereits im Jahre 2000 von den bis dahin durchgeführten Prüfungen für die Zukunft ausgeschlossen?
6. Ist es richtig, dass das städtische Rechnungsprüfungsamt nunmehr im Jahre 2006, viele Jahre zurück mit einer Art Sonderprüfung beauftragt wurde?
7. Warum wurden mit einer derartigen gewaltigen und umfangreichen Sonderprüfung nicht gleich externe Profis beauftragt (z. B. Kommunaler Prüfungsverband)? **Den Antrag hierzu möchte hierzu stellen.**
8. Warum wurde in Sachen Krankenhaus der Prüfungsbericht des Kommunalen Prüfungsverbandes (Jahr 2005) bis heute als offensichtlich streng geheimes Papier behandelt? **Ebenfalls beantrage ich, mir eine Fotokopie dieses Prüfungsberichtes auszuhändigen.** Schließlich muss ein einzelner Stadtrat auch das Recht haben, sich über die ordnungsgemäß Verwendung von öffentlichen Geldern ausreichend und fundiert zu unterrichten (siehe VGH-Urteil)

Sie sehen, Fragen über Fragen. Wir behalten uns vor, weitere Fragen zu stellen. Aus der heutigen Sicht ergeben sich auch möglicherweise Fragen, über das völlige Einvernehmen bezüglich des vorzeitigen und doch überraschenden Ausscheidens des früheren Geschäftsführers Schopf.

Mit freundlichen Grüßen

Alwin Schmiedl
Stadtrat der Wählerinitiative
Kommunalwahl 2002 Schwabach

Wählerinitiative Kommunalwahl 2002

Schwabach

Alwin Schmiedl • [REDACTED]

Stadt Schwabach
z. H. Herrn Schwager

91126 Schwabach

Geschäftsstelle Schwabach
c/o Alwin Schmiedl
[REDACTED]

Schwabach, den 12. September 2006

Neue Pergamon
Meine Anfrage im Stadtrat, E-Mail vom 30. Juli 2006
Ihr Schreiben vom 04.08.2006

Sehr geehrter Herr Schwager,

ich darf Ihnen zunächst zur Kenntnis geben, dass es meine alleinige Entscheidung ist und bleiben wird, wann, wie und zu welchen Themen ich im Stadtrat Anfragen stelle. Anschließend können Sie ja diese Anfragen entsprechend innerhalb Ihrer Verwaltung, falls notwendig, abklären.

Ich darf zum Ausdruck bringen, dass mich Ihre Antwort inhaltlich nicht überzeugen kann. Mir persönlich ist heute im Rückblick deutlicher denn je geworden, warum und weshalb die Stadt Schwabach das Krankenhaus aus der unmittelbaren Zuständigkeit der Stadt ausgeklammert hat.

Mit ist auch sehr klar, warum zum derzeitigen Thema Krankenhaus und Pergamon der Mantel des öffentlichen Schweigens darüber gelegt wurde.

Die Verantwortlichen haben nicht nur etwas zu verbergen, sie haben wohl sehr viel zu verbergen.

Ich empfehle Ihnen, alsbald in der breiten Öffentlichkeit mit allen Details und Einzelheiten in die Offenbarung zu gehen. Weiterhin warne ich dringend davor, den jetzigen Vertreter der Pergamon, Herrn Beck, auf die indirekte Gehaltsliste der Stadt Schwabach zu übernehmen, so lange die offensichtlichen, undurchsichtigen und finanzschädigenden Verhaltensweisen der Pergamon gegenüber der Stadt Schwabach, im Bereich des Krankenhauses, nicht substantiell abschließend völlig geklärt sind. Es ist wohl kein Geheimnis dass die Schadensfrage weit aus höher ist als die in der Öffentlichkeit notdürftig bekannt gegebenen 90.000 Euro (Bonusentzug).

Ich denke, dass es nunmehr überfällig ist, den Stadtrat, ich meine auch den einzelnen Stadtrat, über sämtliche Details, inhaltlich, der völligen Wahrheit entsprechend, zu informieren und aufzuklären. Ausreden und Kaschierungen sind nicht mehr gefragt. Dabei sind auch die Prüfungsergebnisse des Rechnungsprüfungsamtes in schriftlicher Form, jedem einzelnen Stadtrat zu überlassen. Das gleiche gilt, für die Prüfungsfeststellungen bezüglich des Krankenhauses durch die Regierung von Mittelfranken (Zuschussprüfung?). Seit nahezu zwei Jahren ist der schriftliche Prüfungsbereich

Alwin Schmiedl • [REDACTED]

Wählerinitiative Kommunalwahl 2002

Schwabach

seitens des Kommunalen Prüfungsverbandes überfällig. Sie können mir nicht mehr begründet klar machen, aus welchen Gründen der Kommunale Prüfungsverband offensichtlich eingeschlafen ist.

Das gesamte Verhalten seitens der Verantwortlichen bei der Stadt Schwabach hat mehr mit Geheimniskrämerei, als mit der gesetzlichen Verpflichtung der Aufklärung und der Information an den Stadtrat zu tun. Es erübrigt sich wohl, darauf hinzuweisen, dass der Stadtrat die Schwabacher Bevölkerung vertritt und „nebenbei“ auch noch die Verwaltung und ihre manchmal ihre seltsamen Irrungen und Wirrungen kontrollieren soll.

Ich stelle deshalb den Antrag, das Thema Pergamon und Stadtkrankenhaus Schwabach zum Generalthema für die nächste Stadtratssitzung Ende September 2006 auf die Tagesordnung zu setzen. Gleichzeitig erwarte ich, dass sämtliche Anlagen, Prüfungsberichte etc. der Tagesordnung beigefügt werden. Wenn es keine Geheimnisse geben sollte, dann dürfte dies kein Problem sein.

Mit freundlichen Grüßen

Alwin Schmiedl
Stadtrat der Wählerinitiative
Kommunalwahl 2002 Schwabach

Beschlussvorlage

öffentlich

nichtöffentlich

Sachvortragender	Amt/Geschäftszeichen
Stadtkämmerer Schwager	Amt 30/Str

Betreff:

**Stadtkrankenhaus Schwabach gGmbH und Galenus Gesundheitszentrum Schwabach GmbH;
Geschäftsbesorgungsvertrag/Übernahme der Gesellschaftsanteile**

Beratungsfolge	TOP	Sitzungstermin
Hauptausschuss (Vorberatung)		2006-09-26
Stadtrat	18	2006-09-29

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von

- der vollständigen Übernahme der Geschäftsanteile der Neuen Pergamon Krankenhausmanagement GmbH an der Galenus Gesundheitszentrum Schwabach GmbH durch die Stadtkrankenhaus der Stadt Schwabach gGmbH mit gleichzeitiger Erhöhung der Bürgschaft der Stadt Schwabach sowie
- der Beendigung des Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen der Stadtkrankenhaus der Stadt Schwabach gGmbH und der Neuen Pergamon Krankenhausmanagement GmbH.

Finanzielle Auswirkungen	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, im Falle der Inanspruchnahme aus der Bürgschaft	<input type="checkbox"/> Nein
Gesamtkosten der Maßnahme: €	
Kosten lt. Beschlussvorschlag: €	
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung:	<input type="checkbox"/> Ja	HhSt.
	Hh-Ansatz €
	<input type="checkbox"/> Nein €
Jährliche Folgekosten:	<input type="checkbox"/> Ja €
	<input type="checkbox"/> Nein €

Sachvortrag:

1. Der Stadtrat der Stadt Schwabach hat bereits in seiner Sitzung am 28.07.2006 beschlossen, im Falle der Eröffnung des Insolvenzverfahrens den Geschäftsanteil der Neuen Pergamon Krankenhausmanagement GmbH einzuziehen. Ebenso wurde für diesen Fall der Ausweitung der städtischen Bürgschaft auf 5 Mio € für die Finanzierung des Gesundheitszentrums zugestimmt.

Die voll in städtischer Hand befindliche Stadtkrankenhaus der Stadt Schwabach gGmbH war zu 40 v. H. Gesellschafterin in der Galenus Gesundheitszentrum Schwabach GmbH. Diese wiederum hat die E-B-Tec GmbH, Hamm, als Generalübernehmer mit der Erstellung eines Gesundheitszentrums beim Stadtkrankenhaus Schwabach beauftragt. Die E-B-Tec als Generalübernehmer wiederum vergibt die Aufträge an die den Bau ausführenden Firmen. Bei der E-B-Tec eingehende Rechnungen werden nach Prüfung der Galenus weitergegeben. Nach Zahlung des Betrages der Galenus an die E-B-Tec wird der Rechnungsbetrag an die Baufirma weitergeleitet.

1.1 Ausgelöst durch die bekannten Vorgänge bei der Neuen Pergamon GmbH hatte sich die Situation Ende der 32. KW zugespielt, weil die mit der Sparkasse Roth-Schwabach vereinbarte Kontokorrentkredit-Finanzierung wegen des von Insolvenz bedrohten Hauptgesellschafters Neue Pergamon Krankenhausmanagement GmbH und der bezweifelten Werthaltigkeit deren Bürgschaftsanteils an der Finanzierung nicht beansprucht werden konnte. Forderungen der Fa. Max Bögl nach weiteren Abschlagszahlungen konnten von der Galenus nicht über die E-B-Tec beglichen werden.

Für den Fall, dass weitere Abschlagszahlungen nicht beglichen werden, drohte die Fa. Bögl mit einer Einstellung der Bauarbeiten zum 15.08.2006. Daraus hätten sich beträchtliche Mehrkosten (Wiedereinrichtung der Baustelle, Mehrkosten nach neuen Vertragsverhältnissen) ergeben, die geschätzt mit mindestens 150.000 € beziffert werden können.

Um die Kreditfinanzierung des Baus des Gesundheitszentrums und damit dessen Fortsetzung beginnen zu lassen, musste mit der Neuen Pergamon die Rückübertragung deren Geschäftsanteile an der Galenus auf die Stadtkrankenhaus gGmbH schnellstens vereinbart werden. Dies gelang schließlich in der Verhandlung mit dem Geschäftsführer der Neuen Pergamon am 15.08.2006 im Rahmen einer Paketlösung. Der Geschäftsanteil der Neuen Pergamon in Höhe von ehemals 450.000 € wurde zu einem Betrag von 355.000 € (= 78,9 v. H.) von der Stadtkrankenhaus gGmbH übernommen. Die Übertragung der Geschäftsanteile wurde mit Urkunde des Notars Dr. Joachim vom 16.08.2006 vollzogen.

- 1.2 Neben der Rückübertragung der Geschäftsanteile wurden die von der Neuen Pergamon anerkannten nicht an die Stadtkrankenhaus gGmbH ausgezahlten Bonuszahlungen aus dem Einkaufsverbund in Höhe von 90.103 € zu einem Anteil von 50.000 € (= 55,6 v. H.) ersetzt, so dass sich für die Stadtkrankenhaus gGmbH eine Nettozahlung an die Neue Pergamon vor Steuern in Höhe von 305.000 € ergab. Weiterhin wurde vereinbart, dass die Höhe der abzugeltenden Bonuszahlungen offen bleibt. Werden über den Betrag von 90.103 € hinaus noch nicht abgegoltene Boni festgestellt, bleiben die Ansprüche des Stadtkrankenhauses unberührt, d. h. die NPK muss diese Beträge ersetzen.

Die Einigung auf diesen Abgeltungsbetrag erfolgte auch vor dem Hintergrund einer Empfehlung der mit der Sonderprüfung beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche. Im Falle einer Insolvenz der NPK wäre nämlich die Durchsetzung möglicher Ansprüche vergeblich.

- 1.3 Zusätzlich wurde der Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der Stadtkrankenhaus gGmbH und der Neuen Pergamon als Teil der Gesamtvereinbarung über die Rückübertragung der Geschäftsanteile mit Ablauf des 31.08.2006 im gegenseitigen Einvernehmen gelöst.

Weiter wurde vereinbart, dass mit Erfüllung des Vertrages sämtliche Ansprüche außer weiteren Bonizahlungen zwischen den Parteien erledigt sind. Ansprüche bestehen einerseits in noch offenen Forderungen der NPK an die Stadtkrankenhaus gGmbH aus dem sog. Erfolgshonorar. Andererseits wird die Berechtigung eines Honorars an die NPK-Tochter PERGIS für IT-Beratungen von den Prüfern in Zweifel gezogen. (Nicht erledigt sind aber Ansprüche an verantwortliche Personen des Stadtkrankenhauses, die sich möglicherweise aus den Feststellungen der Sonderprüfungen ergeben.)

Die gesamte Paketlösung kam nach äußerst schwierigen Verhandlungen zu Stande und erst nachdem der neue Geschäftsführer der NPK den Kaufpreis des rückübertragenen Geschäftsanteiles auf den genannten Betrag verringerte.

- 1.4 Nach dieser erfolgten Übertragung des Gesellschaftsanteiles wird die Galenus voll von der Stadtkrankenhaus der Stadt Schwabach gGmbH beherrscht. So steigt jetzt auch die Bürgschaftsverpflichtung der Stadt auf 5 Mio € an. Mit dieser neuen Konstellation wird die Sparkasse Roth-Schwabach die vereinbarte Finanzierung bedienen, so dass die Galenus in vollem Umfang liquide ist, um die anfallenden Baurechnungen zu begleichen.

In der Gesellschafterversammlung der Stadtkrankenhaus der Stadt Schwabach gGmbH am 29.08.2006 wurde deren Geschäftsführer, Herr Beck, vorbehaltlich der Zustimmung durch den Ferienausschuss, nachträglich ermächtigt, für die Stadtkrankenhaus gGmbH der Übertragung der Geschäftsanteile der Neuen Pergamon vom 16.08.2006 zuzustimmen.

Dieser Sachverhalt wurde dem Ferienausschuss in seiner Sitzung am 30.08.2006 vorgetragen. Danach stimmte er der vollständigen Übernahme der Geschäftsanteile der Neuen Pergamon an der Galenus durch die Stadtkrankenhaus gGmbH sowie der Übernahme einer selbstschuldnerischen Bürgschaft zur vollständigen Absicherung eines Darlehens der Sparkasse Roth-Schwabach zur Finanzierung des Baus des Gesundheitszentrums zu. Von der Auflösung des Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen der Neuen Pergamon und der Stadtkrankenhaus gGmbH nahm er Kenntnis. Alternativen wurden nicht gesehen, ohne die kostenträchtige Unterbrechung der Baumaßnahme zu vermeiden.

2. Zum Stand der beauftragten Sonderprüfungen kann mitgeteilt werden, dass der Bericht des städtischen Rechnungsprüfungsamtes seit dem 29.8.2006 vorliegt. Der schriftliche Bericht der vom Aufsichtsrat beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche wird in der 38. KW erwartet.

Folgendes weitere Verfahren ist vorgesehen:

- Die Geschäftsführung der Stadtkrankenhaus gGmbH ist beauftragt, zu den Feststellungen Stellung zu nehmen bzw. schriftliche Stellungnahmen früherer Verantwortlicher zu einzelnen Punkten einzuholen, ggf. Ansprüche festzustellen.
- Der Aufsichtsrat wird in seiner Sitzung am 5.10.2006 über das Ergebnis der Sonderprüfungen informiert.
- Eine Behandlung im Rechnungsprüfungsausschuss unter Vorlage der eingeholten Stellungnahmen ist in dessen Sitzung vom 7.11.2006 vorgesehen.

Zwischenzeitlich liegt auch ein Leseentwurf des Berichtes des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes über die Prüfung des Sondervermögens Stadtkrankenhaus für die Jahre 2001 – 2004 vor. Feststellungen zum Komplex „Neue Pergamon Management GmbH“ sind hierin nicht enthalten.

REFERAT FÜR FINANZEN UND WIRTSCHAFT

Stadt Schwabach * Postfach 2120 * 91124 Schwabach

I. Schreiben erging:

Herrn
Alwin Schmiedl
Mitglied des Stadtrates

per E-Mail

Dienststelle
Dienstgebäude
Zimmer-Nr.
Auskunft erteilt
(
Telefax
E-Mails

Referat 3
Ludwigstr. 16
35/36
Herr Schwager
09122 860-**230**
09122 860-**244**
finanzreferat@schwabach.de
wirtschaftsreferat@schwabach.de
<http://www.schwabach.de>

Homepage
Ihr Schreiben / Zeichen vom
Unser Geschäftszeichen
Datum

Ref. 3/Schw/
2006-10-06

Ihre Anfrage in der Sitzung des Stadtrates vom 28.7.2006 zur Neuen Pergamon Krankenhaus Management GmbH

Sehr geehrter Herr Schmiedl,

die Beantwortung Ihrer Fragen in der Sitzung des Stadtrates durch Herrn Oberbürgermeister Reimann und durch mich darf ich wie folgt zusammenfassen:

Zu 1.:

Der interfraktionelle Arbeitskreis für Krankenhausfragen ist bereits in seiner Sitzung vom 29.5.2006 zum Ergebnis gelangt, dem Stadtrat im Herbst dieses Jahres zu empfehlen, den Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Neuen Pergamon (Laufzeit bis 31.12.2007, Kündigungsfrist 1 Jahr) nicht mehr zu verlängern. Da aus unterschiedlichsten Gründen aus dem Krankenhausverbund dieser Gesellschaft in letzter Zeit einige Krankenhäuser ausgetreten sind, insbesondere gilt dies für das Klinikum Ludwigshafen, haben wir nicht länger Vorteile durch die Geschäftsbesorgung und den Beratungsverbund mit den anderen Häusern gesehen. Durch die in der 28. KW bekannt gewordenen Vorfälle im Klinikum Ludwigshafen und die daraus vermuteten Folgen für das Unternehmen war der Aufsichtsrat der Meinung, eine sofortige einvernehmliche Auflösung des Geschäftsbesorgungsvertrages anzustreben. Kommt diese nicht zustande, soll fristlos gekündigt werden, soweit die rechtlichen Voraussetzungen gegeben sind.

Bankverbindungen:

Sparkasse Mittelfranken Süd
Kto.Nr. 50 005
BLZ 764 500 00

HypoVereinsbank SC
Kto.Nr. 4 323 483
BLZ 764 200 80

Commerzbank SC
Kto.Nr. 5 802 004
BLZ 760 400 61

Dresdner Bank SC
Kto.Nr. 5 816 877
BLZ 760 800 40

Raiffeisenbank SC
Kto.Nr. 4 405
BLZ 764 600 15

Postbank Nbg
Kto.Nr. 71 58 852
BLZ 760 100 85

Deutsche Bank SC
Kto.Nr. 67 140 00
BLZ 760 700 12

Zu 2.:

Die von der Stadt vorgeschlagene Aufhebung des Geschäftsbesorgungsvertrages ist bislang nicht zustande gekommen, weil der neu bestellte Geschäftsführer der Neuen Pergamon Krankenhaus Management GmbH dem ohne Abfindung nicht zustimmen wollte. Die erwogene fristlose Kündigung wird ausgesprochen werden, wenn die Ergebnisse der von der Stadt und vom Aufsichtsrat in Auftrag gegebenen Prüfungen vorliegen und eine Kündigung rechtfertigen.

Zu 3.:

Nach einem E-Mail der Buchhaltung der Neuen Pergamon wurden der Stadt zwischen dem Jahr 2000 und dem Jahr 2005 Bonizahlungen aus einem Einkaufsverbund von 90.103,12 € zusätzlich MWSt. vorenthalten. Eine schriftliche Bestätigung durch den vorherigen und jetzigen Geschäftsführer über die Richtigkeit dieses Betrages liegt allerdings noch nicht vor. Es ist Aufgabe der beauftragten Prüfer, alle Geschäftsbeziehungen zu untersuchen und evtl. Schädigungen des Krankenhauses festzustellen.

Zu 4.:

Die Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH hat nach heutigem Wissen der Stadt bislang nicht Insolvenz angemeldet. Nach Auskunft des neuen Geschäftsführers wird sich bis zur 32. KW 2006 entscheiden, ob ein Fortführungskonzept den Zuspruch der Banken findet.

Zu 5.:

Das städtische Rechnungsprüfungsamt wurde nicht aus künftigen Prüfungen ausgeschlossen. Durch die Gründung der Stadtkrankenhaus gGmbH und die Betriebsausspaltung zum 1.1.2001 war das städtische Rechnungsprüfungsamt ausschließlich für die örtliche Prüfung des Sondervermögens „Stadtkrankenhaus Schwabach/Grundstück/Gebäude/Technische Anlagen“ zuständig. Die Stadtkrankenhaus gGmbH ist gemäß Art. 94 Abs. 1 Nr. 2 GO durch einen zugelassenen Wirtschaftsprüfer zu prüfen, wobei entsprechend § 53 des Haushaltsgesetzes nach unserem Gesellschaftsvertrag auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung zu überprüfen ist.

Zu 6.:

Mit Verfügung des Oberbürgermeisters vom 14.7.2006 wurde dem städtischen Rechnungsprüfungsamt ein besonderer Prüfungsauftrag erteilt, alle Verträge und Leistungsbeziehungen zwischen dem Stadtkrankenhaus Schwabach und der Neuen Pergamon Krankenhaus Management GmbH und alle Lieferungs- und Leistungsverträge für den Einkauf von Produkten und Dienstleistungen zu überprüfen. Es handelt sich hier nicht um eine Rechnungsprüfung von Jahresabschlüssen, sondern um einen Prüfungsauftrag nach Art. 104 Abs. 2 Satz 2 GO.

Zu 7.:

Neben der Beauftragung des städtischen Rechnungsprüfungsamtes aus dem Gesellschafterinteresse der Stadt hat der Aufsichtsrat der Stadtkrankenhaus gGmbH am 20.7.2006 beschlossen, ergänzend eine erfahrene, unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zu beauftragen.

Die mit der Frage verbundene Abwertung unserer verantwortlichen Prüfungsbeamten weise ich zurück.

Zu 8.:

Ein Prüfungsbericht des Kommunalen Prüfungsverbandes der Jahre 2001 bis 2004 liegt noch nicht vor, somit kann er auch nicht als streng geheimes Papier behandelt werden. Die Prüfung bezieht sich im Übrigen auf das Sondervermögen, nicht auf die gGmbH.

Sobald der Prüfungsbericht vorliegt, wird er - ggf. nach der Einholung von Stellungnahmen - dem Rechnungsprüfungsausschuss des Stadtrates und zur abschließenden Behandlung der Jahresabschlüsse dem Stadtrat vorgelegt.

Die Ausgabe von Fotokopien des Prüfungsberichtes an einzelne Mitglieder des Stadtrates ist nicht vorgesehen. Die gesetzlichen Einsichtsrechte bleiben unberührt.

Mit freundlichen Grüßen
i. V.

Schwager
Stadtkämmerer

**Beanstandung des Stadtratsbeschlusses TOP 11 der Stadtratssitzung vom 22.12.2006,
Bestellung des Geschäftsführers für die Stadtkrankenhaus gGmbH**

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Anlage zu diesem Schreiben übersende ich Ihnen, zu oben genanntem Thema, die entsprechende Vorlage für die Beratungen in der Stadtratssitzung vom 22.12.2006.

Ich beantrage, die Überprüfung des beiliegenden Sachverhaltes und die in diesem Zusammenhang gefasste Beschlusslage des Stadtrates in seiner Sitzung vom 22.12.2006. Insbesondere verweise ich auf den letzten Absatz des beiliegenden Sachvortrages an den Stadtrat. Dieser hat folgenden Wortlaut:

„Da die Eckpunkte des Vertragsentwurfs abschließend erst in der Sitzung des Aufsichtsrates am 14. Dezember 2006 behandelt werden, können diese in der Sitzung des Stadtrates vom 22. Dezember 2006 nur mündlich nachgeliefert werden.“

Noch in der Stadtratssitzung habe ich dargelegt, dass ich die oben beschriebenen Eckpunkte des Vertragsentwurfes in schriftlicher Form haben will. Dies wurde durch Beschluss, gegen 1 Stimme abgelehnt.

Ich habe den nachhaltigen Eindruck, dass alle übrigen Stadträte über den Inhalt des Vertragsentwurfes für den Geschäftsführer Beck bereits genauestens unterrichtet gewesen sind. Offensichtlich wurde mir als einzigen Stadtratsmitglied bewusst der genaue Inhalt des Vertrages verweigert. Dies wird auch in gewisser Weise dadurch untermauert, dass sich der Oberbürgermeister in der Sitzung zu folgender Aussage genötigt gesehen hat:

„Wir haben kein Vertrauen zu ihnen, Herr Schmied!“

Zum wiederholten Male muss ich feststellen, dass es in der Angelegenheit Pergamon und der mittlerweile äußerst seltsamen Vorgänge rund um das Schwabacher Krankenhaus und deren Geschäftsführerpraktiken (Schopf, Matschke und Beck) eine Art „Mauerwerk“ in der Informationspolitik bezüglich meiner Person gibt. Ich weiß auch, dass die Verantwortlichen wohl allen Grund haben, nach außen, möglichst den Mantel des Schweigens auszubreiten.

Es kann aber nicht sein, dass von einem Stadtratsmitglied, ohne jegliche Detailinformationen und Kenntnis des Inhaltes von gewichtigen Vertragswerken, Entscheidungen abgefordert werden (wohl besserer Ausdruck, in Form von Abnicken), die über einen Zeitraum von fünf Jahren der Stadt Schwabach möglicherweise mindestens 700.000 Euro, mit klarer Tendenz nach oben, kosten werden.

Gleichzeitig möchte ich auch darauf hinweisen, dass derzeit auch die Staatsanwaltschaft prüft, ob es, auch in Zusammenhang mit dem „Wirken“ der Pergamon in Schwabach, auch zu Unregelmäßigkeiten gekommen ist, die möglicherweise strafrechtlich gravierend erscheinen (siehe Bericht in Die Rheinpfalz vom 14.12.2006). Diese Aussagen stammen von der zuständigen Staatsanwaltschaft für Wirtschaftsstrafsachen in Kaiserslautern. Nachdem auch der jetzige Geschäftsführer im Stadtkrankenhaus Schwabach früher, oder besser gesagt, bis 31.08.2006, federführend bei der Pergamon, die bekanntlich einen Geschäftsbesorgungsvertrag mit dem Stadtkrankenhaus Schwabach hatte, beschäftigt gewesen ist, kann nicht ausgeschlossen werden, dass dieser Herr Beck auch im Zusammenhang mit den laufenden Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Kaiserslautern möglicherweise noch eine gewichtige Rolle spielen wird.

Ich bin nicht mehr bereit, mich von den politisch Verantwortlichen der Stadt Schwabach, mit ihrer seit zahlreichen Monaten anhaltenden destruktiven Informationspolitik in Sachen Pergamon, Stadtkrankenhaus und den fragwürdigen Praktiken der drei Geschäftsführer, hinhalten zu lassen. Vor allen Dingen empfinde ich es, gelinde ausgedrückt, als eine große Unverschämtheit und Frechheit einem ehrenamtlichen Stadtratsmitglied, ohne fundierte Information und Vorlage von schriftlichen Darlegungen (Vertragsentwurf), eine auch in finanzieller Hinsicht weit tragende, viele Hunderttausend Euro Folgekosten verursachende Entscheidung für die Stadt Schwabach, geradezu abzunötigen. Der absolute Gipfel ist durch die Aussage von Reimann erreicht, in dem er glaubt, deutlich machen zu müssen, dass das Stadtratsmitglied Schmiedl deswegen sämtliche Informationen vorenthalten bekommt, weil der Herr in seiner Abgehobenheit, angeblich „kein Vertrauen hat“.

Derweil ist es doch wohl so, dass der Herr ganz offensichtlich eine Menge in Sachen Stadtkrankenhaus zu verbergen hat. Ist es denn mit Sachargumenten überhaupt logisch erklärbar, warum ein seit 36 Jahren verantwortlicher Oberbürgermeister eine in dem Ausmaß noch nie erfahrbare und da gewesene Geheimniskrämerei über einen unglaublich langen Zeitraum entfacht?

Nicht nur einem Stadtrat wird der fundamentale Schlüssel zur Wahrheit in Sachen Stadtkrankenhaus Schwabach vorenthalten, sondern auch der gesamten Bevölkerung und damit der Öffentlichkeit. Deshalb muss damit endgültig Schluss gemacht werden.

Ich fordere die Regierung von Mittelfranken auf, unverzüglich einzutreten, als Aufsichtbehörde sicherzustellen, dass mir als Stadtrat der Zugang zu entscheidungsrelevanten Informationen nicht länger vermauert wird.

Ich darf Sie bereits jetzt dahingehend in Kenntnis setzen, falls ich wider Erwarten auch bei Ihnen auf kein Gehör stoßen sollte, dann werde ich mich direkt an die Staatsanwaltschaft Kaiserslautern wenden (Abteilung Wirtschaftskriminalität), um „dem Schwabacher Spuk“ möglichst rasch ein Ende zu setzen.

Sie können dann ebenfalls u. U. dieser Behörde ihre eigenen Erklärungen geben.

Jahresabschlüsse Sondervermögen Stadtkrankenhaus für die Wirtschaftsjahre 2001 - 2004, Entlastung gem. Art. 102 Abs. 4 GO

Stadtratssitzung vom 30.03.2007, Tagesordnungspunkt 6

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Reimann,
meine Damen und Herren,

ich habe mich mit dem Thema, soweit es möglich gewesen ist, im Vorfeld dieser Sitzung beschäftigt.

Mit der Formulierung „soweit es möglich ist“, meine ich konkret, die Tatsache, dass seit meiner Mandatsübernahme im Stadtrat, immer wieder festzustellen ist, dass in Sachen Krankenhaus, Pergamon, Matschke GmbH & Co. KG, bezüglich sachlicher Informationen seitens der Verwaltung ständig gemauert wurde.

Die angebotene Möglichkeit, der Einsichtnahme in den Bericht der überörtlichen Rechnungsprüfung (Jahre 2001 bis 2004), habe ich am 28.03.2007 in der Kämmerei wahrgenommen.

Es sind zunächst folgende Fragen zu stellen:

1. Warum tangiert eine überörtliche Rechnungsprüfung, die insgesamt vier Jahresperioden umfasst (2001 bis 2004), bis zum Abschluss und der Vorlage des Prüfungsberichtes, insgesamt drei Jahreszahlen (Prüfungsdauer 30.05.2005 bis 24.08.2006; Prüfungsberichtsvorlage 13.02.2007)? Dies ist, auch aus meiner beruflichen Betrachtung als Stadtkämmerer, mehr als außergewöhnlich. Hier kann man den Eindruck haben, dass eine zügige und zeitnahe Abwicklung nicht unbedingt erwünscht gewesen ist.

2. Der Jahresfehlbetrag (Sondervermögen und GmbH) ist in den genannten Zeiträumen 2001 bis 2004 auf insgesamt deutlich über (addiert) 7 Mill. Euro festzustellen. Nur durch das Einschreiten der Stadt Schwabach konnte die Insolvenz verhindert werden. Die wirtschaftliche Situation ist also alles andere, wie so oft in der Öffentlichkeit immer wieder dargestellt, alles andere als rosig. Ausfallbürgschaften und so genannte harte Patronatserklärungen waren Tagesordnung. Offenkundig sind die unter anderem erforderlichen Genehmigungen der Rechtsaufsichtbehörde nicht vorliegend. Die Stadt Schwabach und damit der Steuerzahler sind dadurch zwangsläufig erhebliche und ganz und gar nicht risikofreie Risiken finanzieller Art, und mit großen Wirkungen für den städtischen Haushalt eingegangen.

3. Ebenso wäre in diesem Zusammenhang die Rolle des örtlichen Rechnungsprüfungsamtes etwas näher zu betrachten: Aus dem Bericht über die überörtliche Rechnungsprüfung ist zu entnehmen, dass die Jahresabschlüsse 2001 bis 2004 grundsätzlich als örtlich geprüft anzusehen sind, was dies auch immer heißen mag:

Jedenfalls soll es so sein (nach Darstellung des kommunalen Prüfungsverbandes), das laut Aussage des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes eben die Jahresabschlüsse 2001 bis 2004 grundsätzlich als geprüft anzusehen sind. Aber es ist offensichtlich vom Rechnungsprüfungsamt versäumt worden, gesonderte Berichte über die Prüfungen auf örtlicher Ebene zu erstellen. Jedenfalls kann dem dahingehend nicht widersprochen werden, weil aus dem Prüfungsbericht hervorgeht, dass keine örtlichen Prüfungsberichte vorlagen (zum Zeitpunkt der überörtlichen Rechnungsprüfung) und wohl auch keine gesonderten Berichte erstellt wurden. Oder soll man annehmen, dass doch gesonderte örtliche Berichte vorliegen, die der überörtlichen Prüfung aber nicht zugänglich gemacht werden sollen? Dies kann man eigentlich nicht vorstellen. Aus welcher Sicht auch man die Dinge betrachten mag.

4. Ebenso wird die Betriebsführung der DSS Dienstleistungsgesellschaft am Stadtkrankenhaus Schwabach doch deutlich kritisiert. Es wurde unter anderem festgestellt, dass Wirtschaftspläne die fünfjährige Finanzplanung und zum Teil Erfolgspläne fehlen. Die jeweiligen Genehmigungen der Gesellschafterversammlung fehlen. Das heißt konkret: Die Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages wurden nicht beachtet bzw. eingehalten.

5. Der Kommunale Prüfungsverband empfiehlt ihnen, Herr Schwager, alle Möglichkeiten einer Verringerung der aus dem Betrieb der gGmbH erwachsenden Risiken zu prüfen. Welche Ergebnisse hat ihre sicher schon längst durchgeführte Prüfung ergeben?

Fazit:

Aufgrund der rasant schlechten wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft waren im Prüfungszeitraum zur Vermeidung insolvenzrechtlicher Folgen verschiedene, tiefgreifende Maßnahmen der Gesellschafterin (Stadt Schwabach) erforderlich (Millionenübertragungen des wirtschaftlichen Eigentums am Grundvermögen, Ausfallbürgschaften und harte Patronatserklärungen).

Das lässt auch den Eindruck zu, dass sich hier finanzielle Abgründe aufgetan haben, die auch bis heute nicht ausgestanden sind. Es hilft auch nicht, gegenüber der Öffentlichkeit die wahre Sachlage, in Form von dauerhaften Schönwettermeldungen zu kaschieren. Jedenfalls erlauben wir uns, darauf hinzuweisen, dass der Kelch der Insolvenz noch einmal vorbeigezogen ist. Nun hat die Stadt Schwabach als „Master of Desaster“ die ganze Tragweite voll an der Backe hängen.

Bleibt nur die Frage, warum wurde das Stadtkrankenhaus eigentlich aus dem städtischen Haushalt überhaupt ausgliedert? Das Scheitern von Pergamon Matschke GmbH & Co KG war für schlaue Zeitgenossen nur eine Frage der Zeit. Wir verspüren keine Hämme, aber, insbesondere an die Adresse des Herrn Stadtkämmers gerichtet, gilt auch für ihn das alte Sprichwort: „Wie man sichbettet, so liegt man“. Das Ergebnis zeigt jedenfalls, dass sie mit ihren übertriebenen Ausgliederungsvorstellungen, zumindest in Sachen Krankenhaus total daneben gelegen haben.

Jahresabschluss der Stadtkrankenhaus gGmbH für das Wirtschaftsjahr 2005 und vorläufiger Jahresabschluss 2006

Stadtratssitzung vom 25.05.2007

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Reimann,
sehr geehrter Herr Beck,
meine Damen und Herren,

mit dem vorliegenden Thema will sich unsere Gruppierung nicht lange aufhalten. Wir lehnen sämtliche Beschlussvorschläge der Verwaltung ab. Uns fehlt ganz entschieden das Vertrauen in den Aufsichtsrat und in die Geschäftsführung des Krankenhauses.

Insbesondere nach den äußerst seltsamen Vorgängen um die Neue Pergamon Ende August 2006, bekanntermaßen wurde damals per notariellen Vertrag die Neue Pergamon zwangsweise ausgeschieden.

Aus unserer Sicht wurde nicht nur damals bezüglich der gesamten Vorkommnisse von den Verantwortlichen eine ganz besondere Art der Geheimniskrämerei entwickelt. Als Stadtrat wurde ich über die tatsächlichen Gegebenheiten, Hintergründe und über den finanziellen Schaden für die Stadt Schwabach, so gut wie nicht informiert. Deshalb ist es aus unserer Sichtweise relativ dreist, heute eine Zustimmung zum vorgelegten Tagesordnungspunkt zu erwarten.

Wir stellen außerdem fest, dass der derzeitige Geschäftsführer der Stadtkrankenhaus gGmbH, Herr Beck, ein Mann der Neuen Pergamon ist. Und ausgerechnet dieser Mann will uns heute das Heil bezüglich der Stadtkrankenhaus gGmbH verkünden. Leider können wir ihm dies nicht abnehmen. Wir sehen die Dinge rund um das Stadtkrankenhaus völlig anders. Ich denke, dass es nur noch eine Frage der Zeit ist, bis alle Hintergründe, die bislang so geheim gehalten werden, offenbar werden.

Wir nehmen möglicherweise zur Kenntnis, dass sie aufgrund unserer Darlegungen gerne Lachen wollen. Aber das Lachen wird ihnen noch bei Zeiten vergehen.

© Wählerinitiative Kommunalwahl Schwabach

29. Mai 2007

Sinkende Defizite Stadtkrankenhaus konnte 2005 Verlust auf 33 600 Euro begrenzen

SCHWABACH (gw) – Vor einigen Jahren erreichten die Verluste noch Millionhöhe. Doch inzwischen ist es gelungen, die Fehlbeträge am Stadtkrankenhaus deutlich zu reduzieren. Dies zeigte der Bericht, den Geschäftsführer Reinhard Beck am Freitag im Stadtrat gab.

Die Zahlen: 2003 lag der Verlust bei 1,4 Millionen Euro, 2004 bei rund 614 000, 2005 dagegen sank er deutlich auf 33 600. 2006 liegt das endgültige Rechnungsergebnis noch nicht vor. Beck geht von einem Minus von 90 000 Euro aus.

2007 sei ein schwieriges Jahr. Die Gesundheitsreform mindere die Einnahmen um 240 000 Euro, neue Tarifverträge erhöhten die Ausgaben um 500 000. Beck hat sich dennoch das „ehrgeizige Ziel“ gesetzt, das Defizit auf 186 000 Euro begrenzen zu können.

Hermann Stamm (CSU), Uwe Stadelmeyer (SPD), Harald Schmauser (FDP), Dr. Thomas Donhauser (Freie Wähler) und Dr. Roland Oeser (Grüne) lobten einhellig die positive Entwicklung am Krankenhaus, würdigten die Arbeit von Beck als Geschäftsführer und dankten insbesondere den Mitarbeitern, die mit dem Sanierungstarifvertrag Einbußen akzeptiert hatten, um das Krankenhaus zu konsolidieren.

Umso heftigere Vorwürfe kamen von WKS-Stadtrat Alwin Schmiedl. Er forderte OB Reimann auf, in Zusammenhang mit der Insolvenz der Neuen Pergamon (wir berichteten) den „Sumpf aufzuklären“, ohne dies allerdings näher zu erläutern.

„Es gibt keinen Sumpf“, stellte Reimann klar. Thomas Donhauser (FW) reagierte ebenso deutlich. Schmiedls Äußerungen seien „absolut bodenlos“.

Sinkende Defizite:

**zum Bericht im Schwabacher Tagblatt vom 29. Mai 2007
(nicht veröffentlichter/zensierter Leserbrief)**

Das Stadtkrankenhaus Schwabach sorgte und sorgt nach wie vor für Diskussionen. Das liegt sicherlich nicht am einfachen Personal. Vielmehr ist die Leitungsebene, das Management, in der Vergangenheit wohl der wunde Punkt gewesen. Belegt wird dies unter anderem durch die Insolvenz der Neuen Pergamon.

Der heutige Geschäftsführer, Reinhard Beck, und frühere VERDI-Funktionär wird immer noch zwangsläufig mit dem ursprünglichen System der Neuen Pergamon personifiziert. Schließlich kommt er im eigentlichen Sinne direkt aus dem Stall und hat mit dem früheren „Manager“ des Stadtkrankenhauses Schwabach, Matschke (dieser hat nicht unerhebliche Anteile an der Neuen Pergamon besessen), als dessen Stellvertreter engstens zusammengearbeitet.

Die ist genau der Punkt, an dessen Stelle die WKS mit der Diskussion zuerst einhaken möchte: Warum, so muss man sich fragen, haben die verantwortlichen Politiker die vakante Position von Matschke nicht öffentlich ausgeschrieben? Damit wäre auch gleichzeitig ein deutliches Signal gesetzt worden, in jeder Beziehung mit der Neuen Pergamon, auch nach außen und nicht nur im Innenverhältnis (Vertragsgestaltung) zu brechen?

Stattdessen wurde der bisherige Stellvertreter Beck ohne Ausschreibung Nachfolger des Pergamon Machers Matschke. Nebenbei war Beck auch Stellvertreter des Geschäftsführers am Klinikum Ansbach. Die FLZ hat darüber berichtet. Dreimal darf geraten werden, wer der Geschäftsführer des Klinikums Ansbach ist: Matschke, der frühere Geschäftsführer des Stadtkrankenhauses Schwabach! Seltsam. Ob die politisch Verantwortlichen in Schwabach davon gewusst haben? Jedenfalls ist das „Schweigen im Walde“ darüber all überall in der Schwabach Polit-Oligarchie der etablierten Parteien deutlich vernehmbar.

Dies und vieles mehr stößt nicht nur bei der WKS auf Misstrauen. Darüber hinaus muss ständig registriert werden, dass mittlerweile eine regelrechte Therapie der Abschottung in der Öffentlichkeit bezüglich konstruktiver Informationen über das Management des Stadtkrankenhauses und deren Arbeit aus vergangenen Jahren bis heute, praktiziert wird.

Donhauser (FW) sollte sich folgenden Satz merken: „Das Verschweigen der Wahrheit ist die wirksamste Form der Zensur“. Noch im Wahlkampf 2002 hat er Dinge im Wahlkampf angeprangert, von denen er heute offensichtlich nichts mehr wissen möchte. Schließlich gilt er ja in bestimmten Kreisen als etabliert und arrangiert, ist zudem in zahlreichen Aufsichtsgremien vertreten und ist möglicherweise deshalb politisch angepasst.

Dies gibt ihm aber noch lange nicht die Legitimation, WKS-Stadtrat Schmiedl's Kritik u. a. als „absolut bodenlos“ zu bezeichnen. Was ist an der Kritik von Schmiedl bodenlos? Es kann doch nicht sein, dass die Stadt Schwabach über das augenscheinliche Versagen der Neuen Pergamon und ihrer Sachwalter happy sein kann?? Hier wird mit zweierlei Maß gemessen. Ist es nicht so, dass die Polit-Oligarchie in Schwabach nach außen ein verdecktes Ziel hat? Ist es vielleicht so, dass die verant-

wortlichen Kommunalpolitiker von ihrem eigenen totalen Versagen ablenken wollen, bzw. nicht zulassen wollen, dass dies öffentlich wird?? Ist Donhauser, neben anderen, nicht auch Mitglied des Krankenhausschusses und damit an der Informationsquelle ersten Ranges?

Auch in der niedrigsten Kategorie der Politik der Kommunalpolitik, gibt es immer wieder Prediger (Neudeutsch: Prayer) bestehender „Ordnungen“, die im „lobbyistischen System“ beheimatet sind. Allerdings, so der international renommierte Journalist, John Pilger, sind derartige Entwicklungen mit schöner Regelmäßigkeit als „Filz“ zu bezeichnen. Bekanntermaßen hat Filz die Eigenschaft in kalter Umgebung, von sich aus zu erwärmen.

Es ist, so wie es ist: Das Thema Stadtkrankenhaus gehört zu jenen Utensilien, die vom Begriff der Verschlussache ergriffen sind, frei nach dem Motto: Alles ist zu jeder Zeit von einem Dogma durchdrungen, einer allgültigen stillschweigenden Übereinkunft (in diesem Falle der im Stadtrat vertretenen etablierten Parteien), über große und unangenehme Wahrheiten nicht zu reden.

Alle dürfen gespannt sein, wie lange das noch andauern wird.

Hans-Peter Wölfel
Erster Vorsitzender
Wählerinitiative Kommunalwahl 2002 Schwabach (WKS)

Stadtratssitzung am 30. November 2007

Antrag zur Geschäftsordnung

Zu Punkt 11 der öffentlichen Tagesordnung Stadtkrankenhaus Schwabach gGmbH, Bericht zum geprüften Jahresabschluss 2006 und zur laufenden Entwicklung im Geschäftsjahr 2007, sowie zum Tagesordnungspunkt Nr. 16 der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates heute.

Es wird beantragt, den Tagesordnungspunkt Nr. 16 betreffend das Stadtkrankenhaus der Stadt Schwabach gGmbH in einem Punkt 11 a der öffentlichen Stadtratssitzung umzuwandeln. Wir sehen keinen Anlass, diese Punkte, die untrennbar miteinander verquickt und verzwickt sind, einmal öffentlich und dann wieder geheim zu behandeln. Die angeblich schönen Seiten des Lebens in Sachen Krankenhaus sollen nach ihrer Auffassung vor der Kommunalwahl öffentlich breit getreten werden; das Gegenteil soll nach ihrem politischen Gutdünken in der Dunkelkammer der nichtöffentlichen Sitzung behandelt werden.

Lieber Herr Beck,

wir sind es langsam leid, mit anzusehen, in welcher Form sie die Geschäftsführung in Sachen Krankenhaus umsetzen. Ich möchte sie nunmehr und endgültig darum bitten, und auffordern hier in diesem Hause, aus unserer Sichtweise, die Stadtratssitzung nicht zu einer möglichen Märchenstunde ausarten zu lassen. Was wir wollen, ist, dass die Bevölkerung und der Stadtrat in seiner Gesamtheit nichts als die Wahrheit über die wahre finanzielle Situation des Krankenhauses erfahren. Wir wenden uns gegen jegliche Verhinderungstaktik.

© Wählerrinitiative Kommunalwahl Schwabach

Behördenbesuche vor Kommunalwahlen durch die etablierten Parteien

Stadtratssitzung vom 1. Februar 2008

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit Monaten nehmen wir mit Erstaunen zur Kenntnis, dass insbesondere die CSU und SPD OB-Kandidaten einen ungeheuerlichen zeitlichen wie publizistischen Aufwand betreiben im Rahmen von Behördenbesuchen. Einmal innerhalb der Stadtverwaltung sowie bei den städtischen Gesellschaften. Dabei muss darauf hingewiesen werden, dass durch oberste Rechtsprechung auch die Stadt Schwabach verpflichtet ist, gerade vor Kommunalwahlen, eine in jeder Beziehung absolut strikte politische Neutralität zu wahren.

Unsere Feststellungen gehen in eine andere Richtung. Die politische Neutralität der Stadt Schwabach und ihrer Einrichtungen vor der Kommunalwahl am 2. März 2008 ist nicht gegeben.

Deshalb habe ich mich an die Regierung von Mittelfranken, als unmittelbare Rechtsaufsichtsbehörde der Stadt Schwabach gewandt, um diesem Unfug und damit dem gesamten Spuk ein Ende zu setzen.

Die Regierung von Mittelfranken ist ganz offensichtlich, im Rahmen meiner Dienstaufsichtsbeschwerde, meinen Einlassungen gefolgt. Den gleichen Inhalt formulierte der Oberbürgermeister an die Stadtverwaltung und deren Einrichtungen mit Schreiben vom 31.01.2008.

Welche tatsächlichen Vorkehrungen wurden weiterhin getroffen, um die einseitige Wahlpropaganda von CSU, SPD und anderen vor den Wahlen nachhaltig zu unterbinden?

Welche Einschätzungen liegen vor, im Hinblick auf die Gefahr, durch bereits stattgefundene Neutralitätsverletzungen, dass die Kommunalwahl 2008 möglicherweise wiederholt werden muss?

© Wählerinitiative Kommunalwahl Schwabach



Krankenhaus Lengerich GmbH

Martin-Luther-Str. 49

49525 Lengerich

Tel. 05481-8010

Fax 05481-801685

info@kh-lengerich.de

Träger:

Neue Pergamon

Krankenhausmanagement GmbH

Rheinuferstr. 9, 67061 Ludwigshafen

Geschäftsführer:

Karl-Heinz Kuck

Verwaltungsleitung:

Annette Große-Heitmeyer

Stand 2005

Ihr Partner für die Zukunft des Gesundheitswesens

Die Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH (NPK) ist ein mittelständiges, Eigentümer geführtes Unternehmen mit hoher Innovationskraft und hoher Fachkompetenz in allen Sektoren des Gesundheits- und Sozialwesens.

1995 gegründet, betreut bzw. betreibt die NPK derzeit mehr als 20 Einrichtungen - durch strategische Partnerschaften, Geschäftsbesorgungsverträge, Beteiligungen oder speziell auf die Anforderungen medizinischer Unternehmen ausgerichtete Einzeldienstleistungen. Das Führungsteam und die qualifizierten Mitarbeiter der Tochterunternehmen entwickeln dabei analysegestützte Managementkonzepte, die individuell auf die Bedürfnisse der betreuten Einrichtung abgestimmt sind.

Durch die langjährigen Erfahrungen der Gesellschafter auf dem Gesundheitsmarkt fördern sie in Schlüsselfunktionen sowohl die fachliche als auch die soziale Kompetenz.

2003 Die Neue Pergamon Krankenhausmanagement Gesellschaft übernimmt die Trägerschaft des Krankenhauses Lengerich. Das Krankenhaus Lengerich ist heute ein Krankenhaus der Grund- und Regelversorgung mit zurzeit 155 Betten, aufgegliedert in die Hauptfachabteilungen CHIRURGIE (63 Betten), INNERE MEDIZIN (80 Betten), ANÄSTHESIE inkl. einer interdisziplinären Intensivstation sowie den Belegabteilungen HNO (7 Betten) und Augenheilkunde (5 Betten). Es bietet eine zeitgemäße und ortsnahe medizinische Versorgung in modernen Räumlichkeiten am Fuße des Teutoburger Waldes.

Krankenhaus stellt Insolvenzantrag

Von Michael Baar

Lengerich. Das Evangelische Krankenhaus hat gestern Mittag Insolvenzantrag gestellt. Die laufende Versorgung von Patienten sowie die Neuaufnahme erkrankter Menschen ist dadurch nicht in Frage gestellt. Es gibt keinerlei Einschränkungen, betonte Geschäftsführer Dieter Mekka im Gespräch mit den Westfälischen Nachrichten. Auslöser für den Antrag sei die drohende Zahlungsunfähigkeit des Hauses gewesen, heißt es in einer offiziellen Mitteilung der **Krankenhausgesellschaft**.

Den Rückgang der Belegzahlen und die sinkende Verweildauer nannte Mekka als Grund dafür, den Schritt in Richtung Insolvenzantrag zu gehen. Die Einleitung der vorläufigen Insolvenz soll als Schutz vor Gläubigerzugriff die bereits eingeleitete Sanierung des Unternehmens gewährleisten, heißt es in der Stellungnahme der Geschäftsführung weiter.

Wie es um die finanzielle Situation des **Krankenhauses** bestellt ist, war offensichtlich nicht allen Mitarbeitern bekannt. Einige wurden kurzfristig von einem Betriebsausflug per Auto zur Belegschaftsversammlung in der Kapelle des Hauses zurückgeholt. Dort erfuhr das Personal vom Stellen des Insolvenzantrages.

Die Gehälter der Mitarbeiter werden fortgezahlt, heißt es in dem offiziellen Schreiben der Geschäftsführung. Sichertgestellt werden soll das in Abstimmung mit dem Insolvenzverwalter und dem Arbeitsamt. Insgesamt sind im Evangelischen **Krankenhaus** rund 280 Personen beschäftigt. Träger des Hauses sind der evangelische Kirchenkreis Tecklenburg und das Diakonische Werk im Kirchenkreis Tecklenburg.

Als hauptsächliche Gründe für den gestrigen Schritt nannte der Geschäftsführer den Rückgang der Verweildauer der Patienten sowie Einbußen bei den Fallzahlen. Den Belegungsproblemen ständen die Personalkosten gegenüber. Eine Schere, die zuletzt immer weiter auseinander geklappt sei.

Als vorläufiger Insolvenzverwalter ist Manfred Vellmer bestellt worden. Gemeinsam mit ihm soll Geschäftsführer Mekka das Konzept für die Sanierung des **Krankenhauses** zeitnah umsetzen. Gestern ging Mekka davon aus, dass der Restrukturierungsplan, am den gearbeitet wird, innerhalb von drei Monaten erstellt werden kann. Zum vorgesehenen Sanierungsmodell waren gestern keine Angaben zu erhalten. In der Mitteilung des **Krankenhauses** steht, dass die Arbeitsplätze der **Krankenhausmitarbeiter** weitestgehend erhalten werden sollen.

Bereits seit Monaten sind die zuständigen Gremien auf der Suche nach einem starken Partner für das 177-Betten-Haus. Unterschrieben ist laut Mekka der Vertrag mit einem neuen Chefarzt. Er gehe davon aus, dass dieser eingestellt werde, sagte er gestern im Gespräch mit den Westfälischen Nachrichten.

In finanziell schwieriges Fahrwasser war das **Krankenhaus** mit Einführung der Kostendeckelung Mitte der 90er Jahre geraten. Im vergangenen Jahr umfasste das Budget ein Volumen von rund elf Millionen Euro. Für das laufende Jahr war noch keine Summe von den Kostenträgern fixiert worden.

Freitag, 13. Juni 2003 | Quelle: Westfälische Nachrichten

Land entscheidet über Zukunft des Krankenhauses

-kr- Lengerich/Ibbenbüren. Ist das Evangelische **Krankenhaus Lengerich** Übernahmekandidat für das Klinikum Ibbenbüren? Es ist richtig, dass wir Sondierungsgespräche führen, erklärte gestern Klinikum-Geschäftsführer Reinhold Rosing auf Anfrage unserer Zeitung. Das **Lengericher Krankenhaus** hat, wie berichtet, am 12. Juni Insolvenzantrag gestellt. Wegen rückläufiger Belegungszahlen drohte dem 177-Betten-Haus mit seinen 270 Mitarbeitern die Zahlungsunfähigkeit. Seit Monaten war das Haus auf Grund der schwierigen wirtschaftlichen Situation auf der Suche nach einem starken Partner, freilich ohne Erfolg.

Als vorläufigen Insolvenzverwalter hat das Amtsgericht Münster Rechtsanwalt Manfred Vellmer aus Münster eingesetzt, der innerhalb einer Drei-Monats-Frist ein Konzept vorlegen muss, wie es mit dem **Krankenhaus Lengerich** weitergehen soll.

Rechtsanwalt Vellmer bestätigte die Kontakte zwischen ihm und dem Klinikum Ibbenbüren: Die Gespräche werden sich in Kürze konkretisieren. Das hängt von einer Unterredung ab, die ich am heutigen Mittwoch mit Vertretern des Ministeriums für Gesundheit in Düsseldorf habe. Dabei gehe es um die Kernfrage, ob das **Krankenhaus in Lengerich** überhaupt erhalten bleiben kann. Das wiederum hänge davon ab, ob der Standort **Lengerich** in Zukunft im **Krankenhaus-Bedarfsplan** von Nordrhein-Westfalen enthalten sein wird.

Wenn die Düsseldorfer Entscheidung pro Erhalt eines **Krankenhauses in Lengerich** ausfällt, werde ich Gespräche mit dem Klinikum Ibbenbüren und noch anderen Interessenten aufnehmen. Wenn sich herausstellt, dass der Standort **Lengerich** nicht zu halten ist, dann hat sich leider jedes weitere Gespräch erübrigt, so Anwalt Vellmer. Bei der Entscheidung in Düsseldorf gehe es um die Bewilligung von Fördergeldern. Wenn die Landesmittel, die allen Krankenhäusern zukommen, nicht fließen, dann werde in **Lengerich** auch kein anderer Träger einsteigen.

Mittwoch, 09. Juli 2003 | Quelle: Westfälische Nachrichten

Teilübernahme unter bestimmten Bedingungen

-kr-/do- Ibbenbüren. Über eine mögliche Übernahme des Evangelischen Krankenhauses Lengerich beriet am Donnerstagabend der Aufsichtsrat der Klinikum Ibbenbüren gGmbH und fasste nach der Sitzung nachfolgenden Beschluss: "Bei einer möglichen Trägererweiterung mit der in **Insolvenz** geratenen Evangelischen **Krankenhaus** Lengerich gGmbH, die internistische Fachdisziplin mit 70 Planbetten weiterzuführen."

Bedingung: "Wenn es gelingt, noch weitere Nutzer für eine zukunftsfähige wirtschaftliche Lösung zu finden, sodass die Fixkostendeckungsbeiträge beziehungsweise mögliche Betriebskostenunterdeckung für die Gesamtnutzung der Immobilie von Gesellschaftern, Förderern und sonstigen Nutzern aufgefangen werden kann."

Auf die Frage, ob sich die Formulierung "weitere Nutzer" auf den medizinischen Bereich beschränke, erklärte Klinikum-Aufsichtsratsvorsitzender Hans Jacobi gestern auf Anfrage: "Nein. Es kann beispielsweise auch der Altenheim-Sektor sein.

Auch aus diesem Bereich haben sich Interessenten beim **Insolvenzverwalter** gemeldet. Ich finde es positiv, dass das Klinikum Ibbenbüren gegenüber dem **Insolvenzverwalter** und sonstigen Interessen jetzt offen gelegt hat, was wir unter bestimmten Bedingungen leisten können."

Unter Abwägung der Risiken sei das Klinikum Ibbenbüren bereit, in Lengerich mit einzusteigen. Es müsse jedoch Vorsorge getroffen werden, dass Ibbenbüren nicht in die **Insolvenzschwierigkeiten** der Lengericher hereingezogen werde.

"Wir wollen helfen. Dabei handeln wir nicht nur aus Solidarität, sondern sehen auch eine Chance, unser Versorgungsgebiet zu erweitern. Das heißt, in sinnvoller Weise das gesamte Tecklenburger Land mit den Kapazitäten, die wir aufgebaut haben, zu versorgen", so Aufsichtsratsvorsitzender Jacobi weiter. "Diese Lösung kostet viele Arbeitsplätze"

Irritiert reagierte **Insolvenzverwalter** Wolfgang Vellmer auf den Beschluss des Aufsichtsrates: "Ich habe noch nichts Schriftliches in der Hand". Er könne auch manche Formulierungen in dem Beschluss nicht nachvollziehen. Der alte Träger werden in **Insolvenz** gehen, also könne es eine Trägererweiterung gar nicht geben. Er sieht aber auch einen positiven Aspekt: "Ibbenbüren hat keinen Rückzieher gemacht. Im Gegenteil. Das ist offenbar der Startschuss für weitere Verhandlungen".

Vellmer betont aber immer wieder, dass bislang überhaupt noch keine Entscheidung gefallen ist, auch keine Vorentscheidung. "Wer das beste Angebot macht, bekommt den Zuschlag", spricht der **Insolvenzverwalter**, der das **Krankenhaus** über den 1. September hinaus erst einmal selber führen will, bis sich eine Lösung findet.

"Als sehr merkwürdig" bezeichnete Ute Miensopust, Vorsitzende der Mitarbeitervertretung (MAV) das Ibbenbürener Angebot. "Für mich wäre das die schlechteste Lösung, weil sie zu viele Arbeitsplätze kostet. Das ist alles unausgegoren".

Hinter vorgehaltener Hand wird schon gerechnet: bei 70 Planbetten bleiben nur 70 Mitarbeiter. Derzeit sind es 270. Aus dem Ibbenbürener Angebot sei deutlich zu lesen, dass außer der Internistischen Abteilung alle anderen geschlossen würden.

Gynäkologie in Lengerich steht vor der Schließung

-do- Tecklenburger Land. Die Zukunft des Evangelischen Krankenhauses in Lengerich ist, wie berichtet, weiter ungewiss. Das ist die deutliche Aussage des vorläufigen Insolvenzverwalters Manfred Vellmer. Er bestätigte auf Anfrage, dass nach derzeitigem Stand der Dinge die Gynäkologische Abteilung zum 1. September geschlossen werden müsse, da der Belegarzt zu Ende August gekündigt habe.

Der Insolvenzverwalter: "Nach aktuellem Stand kann die Abteilung aus rechtlichen Gründen von mir nicht weiter geführt werden. Der Belegarzt hat gekündigt. Da bleibt keine andere Wahl." Er schränkt allerdings auch ein: "Es kann aber durchaus sein, dass unter einem neuen Träger die Gynäkologische Abteilung wieder geöffnet wird. Das entscheidet dann die neue Leitung."

Derzeit ist jedenfalls von einer Schließung auszugehen. Ob das Kündigungen bedeuten würde, auf diese Frage reagiert Vellmer wie folgt: "Zurzeit gibt es keine Kündigungen". Wenn allerdings endgültig feststeht, dass die Abteilung geschlossen werden muss, werde es zwangsläufig Entlassungen geben.

Belegarzt ist Dr. Wolfgang Diehl. "Ich musste ab April über 20 Nachtdienste leisten. Das war neben meiner normalen Praxis auf Dauer gar nicht zu bewerkstelligen. Ich habe der Krankenhausverwaltung das deutlich gemacht und um Abänderung gebeten. Das ist nicht erfolgt", schildert der Gynäkologe. "Es hat keine Möglichkeit gegeben, den Dienst auf ein erträgliches Maß herunterzufahren", stellt er ein wenig verbittert fest. Daher habe er bereits am 29. April gekündigt, sich aber bereit erklärt, weiter zu machen, wenn eine brauchbare Lösung gefunden werden könnte. Doch es habe sich nichts bewegt. "Darauf hin habe ich um einen Auflösungsvertrag gebeten. Dem ist die Verwaltung gefolgt", erklärt Wolfgang Diehl. Seine Arbeit am Krankenhaus endet nun am 21. August, letzter Aufnahmetag ist der 20. August.

"Ich werde mich jetzt meiner Praxis intensiver widmen können", meinte der Gynäkologe weiter. Ob er bereit wäre, wenn unter neuer Trägerschaft eine Gynäkologische Abteilung wieder aufmachen würde, dort als Belegarzt wieder tätig zu werden, beantwortet Dr. Diehl mit einem ganz klaren Ja.

Montag, 04. August 2003 | Quelle: Ibbenbürener Volkszeitung

Entscheidungsträger halten sich derzeit sehr bedeckt

-do- Lengerich. Es ist ruhiger geworden in Sachen Evangelisches Krankenhaus. Das muss nicht heißen, dass hinter den Kulissen nicht intensiv gearbeitet wird. Die Entscheidungsträger halten sich mit Auskünften momentan bedeckt. Derzeit sage ich nichts, ließ gestern Insolvenzverwalter Manfred Vellmer aus Münster auf Anfrage der Westfälischen Nachrichten wissen. Erst Anfang der nächsten Woche will er eine Presseinformation heraus geben.

Fest steht, dass es gestern Vormittag ein Informationsgespräch gegeben hat, das von Bürgermeister Friedrich Prigge anberaumt worden ist. Er erfüllte damit einen Wunsch der SPD-Fraktion aus der letzten Ratssitzung. Aus erster Hand erfuhren die Vertreter der im Rat vertretenen Parteien - es fehlte lediglich die FDP - vom Insolvenzverwalter Manfred Vellmer sowie Aufsichtsratsmitgliedern den neuesten Stand der Dinge. Es ist absolute Vertraulichkeit vereinbart worden. Zu den Inhalten der Gespräche werde ich öffentlich nichts sagen, stellte Bürgermeister Prigge auf Anfrage der WN fest. Wichtig war es, dass die Ratsvertreter selbst aus erster Hand Informationen bekamen, schildert Prigge. Auf die Frage, ob etwas Brauchbares dabei herum gekommen sei, kam nur ein knappes Kein Kommentar. Auch wollte sich der Bürgermeister nicht darüber auslassen, ob eventuell noch eigene Initiativen des Rates angedacht seien. Das sind alles vertrauliche Dinge, dazu werde ich mich nicht äußern.

Signalisiert wurde gestern Vormittag aus Mitarbeiterkreisen, dass sich eventuell etwas in Sachen Zeitschiene tun könnte. Bekanntlich ist angedacht, die Insolvenz bis zum 31. August abzuwickeln. Danach wollte Rechtsanwalt Manfred Vellmer einen neuen Träger präsentieren. Ob an diesem Zeitrahmen festgehalten wird oder ob sich der verschiebt, auch darüber war gestern keine Auskunft zu bekommen. Warten sie bis Montag, erklärte der Insolvenzverwalter. In welcher Richtung er das Schiff lenken wird, ist nach derzeitigem Stand der Dinge völlig offen. Das ist sicherlich kein Geheimnis. Vellmer verhandelt an mehreren Fronten, das bestätigte er unlängst in einem Radio-Interview. Momentan heißt es für alle, abwarten. Sicher ist derzeit nur, das zum 1. September die Gynäkologische Abteilung schließt. Alle weiteren Entscheidungen sind indes noch nicht gefallen.

Samstag, 16. August 2003 | Quelle: Westfälische Nachrichten

Übernahme-Interessent schickt Beobachter

-chb- Ibbenbüren/**Lengerich**. Die Verhandlungen mit Interessenten, die das Evangelische Krankenhaus Lengerich übernehmen wollen, darunter das Klinikum Ibbenbüren, "stehen vor der entscheidenden Phase. Das haben die Geschäftsführung und der vorläufige Insolvenzverwalter, Manfred Vellmer, gestern mitgeteilt.

Ursprünglich sollte bis 1. September eine Entscheidung fallen. Nun will Vellmer das **Krankenhaus** über diesen Termin hinaus betreiben. Denn: "Ein ernsthafter Übernahmevertrag hat einen Vertreter in das **Krankenhaus** abgeordnet, der dort in den nächsten Tagen und Wochen die Abläufe und wirtschaftlichen Einzelheiten des **Krankenhauses** unter die Lupe nimmt mit dem Ziel, in Kürze ein verhandlungsfähiges Angebot abzugeben."

Dem Vernehmen nach handelt es sich dabei um eine Gesellschaft, die bundesweit bereits mehrere Krankenhäuser betreibt. Auf diese Gesellschaft stützt sich wohl auch die Hoffnung, die Gynäkologie, die Ende August geschlossen wird, "möglicherweise in Zukunft wieder zu eröffnen", Zumindest seien entsprechende Vereinbarungen mit der Bezirksregierung getroffen worden.

Dauer und Umfang der Fortführung des **Krankenhauses** bis zu einer Entscheidung über einen neuen Träger machen Geschäftsführung und Insolvenzverwalter "im Wesentlichen von der zukünftigen Auslastung" abhängig. Vellmer geht weiter davon aus, ""dass nach wie vor gute Chancen für die Übernahme des **Krankenhausbetriebes** und eines Großteils der Arbeitsplätze bestehen". Dies steht zumindest im Gegensatz zu dem Angebot des Klinikums Ibbenbüren, das zu den weiteren Interessenten zählt, mit denen der Insolvenzverwalter ebenfalls im Gespräch ist. Der Aufsichtsrat des Klinikums hatte angeboten, die internistische Abteilung mit 70 Betten unter bestimmten Bedingungen weiter zu führen. Mitarbeiter in **Lengerich** hatten das als Kahlschlag abgelehnt.

Freitag, 22. August 2003 | Quelle: Ibbenbürener Volkszeitung

Offensive fordert Fusion der Krankenhäuser

Von Detlef Dowidat

Lengerich. Die Sorge um den Erhalt des Evangelischen Krankenhauses ist in Lengerich groß. Das drückte sich in über 12000 Unterschriften aus, die durch die Aktion des Stadtmarketingvereins Offensive zusammengetragen wurden. Was aber ist nach der Übergabe an die politischen Vertreter erfolgt? Es ist still geworden. Das heißt aber nicht, dass nicht bearbeitet worden ist. Hinter den Kulissen hat es allerhand Bewegung gegeben. Dazu gehört auch ein Entwurf für ein neues Betriebskonzept, das von der Offensive und hier maßgeblich vom Vorsitzenden Wilhelm Möhrke erarbeitet worden ist.

In einem Gespräch mit den Westfälischen Nachrichten, an dem die beiden Vorstandsmitglieder Wilhelm Möhrke und Elisabeth Braumann sowie Dr. Roswitha Apelt als Vertreterin der Lengericher Ärzteschaft teilnehmen, stellt die Offensive fest, dass die öffentlichen Aktivitäten nach der Übergabe der Unterschriftenlisten ein jähes Ende gefunden hätten. Die Aktion hat gezeigt, wie wichtig eine wohnortnahe Versorgung für die Lengericher Bevölkerung ist. Hier geht es nicht nur um mehrere hundert Arbeitsplätze, sondern auch um die Grundbedürfnisse einer Stadt. Die Feststellung, dass sich innerhalb von weniger als zehn Tagen mehr als 75 Prozent der Wahlberechtigten in Lengerich für den Erhalt des Krankenhauses ausgesprochen haben, lässt keine Zweifel aufkommen, was von den Entscheidungsträgern erwartet wird, resümiert Wilhelm Möhrke. Die Offensive sei nicht untätig gewesen und habe unmittelbar nach der Unterschriftenübergabe Mandatsträgern der benachbarten Kommunen, des Kreises, des Landtages und des Bundestages ein neues Betreiberkonzept vorgestellt. Das **Krankenhaus** ist bekanntlich mit Sondermitteln des Landes gebaut worden. Damit die aufgewandten Steuergelder sowohl die damit geschaffenen Arbeitsplätze erhalten als auch die medizinische Notfallversorgung der Lengericher Bevölkerung sicherstellen, fordert die Offensive eine Zusammenlegung der beiden Lengericher Krankenhäuser, nämlich der Westfälischen Klinik und des Evangelischen Krankenhauses, geht Möhrke in Vorlage. Als Träger könne der Landschaftsverband auf ideale Weise sowohl seiner politischen als auch der gesellschaftspolitischen Verpflichtung nachkommen. Das neu zu schaffende Klinikzentrum in Lengerich wäre mit über 500 Betten sowohl von wirtschaftlicher Größe als auch als Schwerpunktkrankenhaus von größter Attraktivität für die nähere und weitere Umgebung, ist sich der Offensive-Vorsitzende sicher. Er zieht dabei die viel zitierte Alterspyramide ins Kalkül: Neurologische Erkrankungen nehmen in der Bundesrepublik deutlich zu. Parkinson, Multiple Sklerose, Demenzerkrankungen, Alzheimer oder Apoplexie könnten neben chirurgischen und internistischen Behandlungen dann in Lengerich therapiert werden, zeigt Möhrke mögliche Betätigungsfelder auf. Der Landschaftsverband könne durch eine Fusion der Lengericher Kliniken beweisen, dass er die Zukunft durch innovative Maßnahmen gestalten will. In zahlreichen Gesprächen, die urlaubsbedingt noch keine Entscheidungen brachten, habe ich den Eindruck gewonnen, dass der Vorschlag innovativ und diskussionswürdig ist, erklärt Wilhelm Möhrke. Ein weiteres Betätigungsfeld bringt Dr. Roswitha Apelt ins Spiel: Die Palliativmedizin. Eine Palliativstation betreut schwerstkranke Patienten, bei denen eine Heilung und eine auf die Ursachen der Krankheit gerichtete Therapie nicht mehr möglich ist. Dies sind zum Beispiel Patienten mit Tumoren oder AIDS, die oft schon einen langen Leidensweg hinter sich haben, wenn sie auf die Station aufgenommen werden. Bei diesen Patienten soll durch eine lindernde Behandlung der Krankheitssymptome, insbesondere durch Schmerztherapie, psychosoziale Betreuung und spirituelle Begleitung die Lebensqualität erhalten werden. Ob dieses Engagement für den Erhalt des **Krankenhauses** belohnt wird, steht auf einem anderen Blatt. Begrüßt wird von der Offensive,

dass die Suche nach einem neuen Träger auch über den 1. September hinaus fortgesetzt wird. Es lohnt sich zu engagieren, auch wenn es manchmal aussichtslos erscheint. Und gerade das tun wir als Offensive, verdeutlicht Wilhelm Möhrke, uns allen ist sehr viel daran gelegen, dass das **Krankenhaus** innovativ weitergeführt wird.

Samstag, 23. August 2003 | Quelle: Westfälische Nachrichten

Steht eine Übernahme des Krankenhauses unmittelbar bevor?

Von Detlef Dowidat

Lengerich. Steht das Evangelischen Krankenhaus vor der Rettung? Es hat den Anschein. Nach den Mitteilungen, die heute in der Mitarbeiterversammlung gemacht wurden, sind die Chancen ganz erheblich gestiegen, wusste gestern Abend Dr. Peter Schröder im Rahmen seiner Verabschiedung als Chefarzt der Inneren Abteilung zu berichten.

In dieser Zusammenkunft, so war von Teilnehmern zu erfahren, habe Insolvenzverwalter Manfred Vellmer ganz konkrete Aussagen gemacht. Demnach soll die **Neue Pergamon** Krankenhaus Management GmbH mit Sitz in Hamm Bereitschaft erklärt haben, das Haus bereits zum 1. Oktober zu übernehmen. Im Grund geht es nur noch um die Zustimmung der Mitarbeitervertretung, teilte die MAV-Vorsitzende Ute Miensopust gestern Abend auf WN-Anfrage mit. Die Verhandlungen stünden in der nächsten Woche an.

Die **Neue Pergamon** Krankenhaus Management GmbH ist ein mittelständiges, Eigentümer geführtes Unternehmen mit hoher Innovationskraft und hoher Fachkompetenz in allen Sektoren des Gesundheits- und Sozialwesens, heißt es auf der Homepage des Unternehmens. 1995 gegründet, betreut beziehungsweise betreibt es derzeit mehr als 20 Einrichtungen entweder durch strategische Partnerschaften, Geschäftsbesorgungsverträge, Beteiligungen oder speziell auf die Anforderungen medizinischer Unternehmen ausgerichtete Einzeldienstleistungen.

Die **Neue Pergamon** Krankenhaus Management GmbH verfügt über ein breites Leistungsspektrum. Krankenhäuser der Grund-, Regel- und Maximalversorgung werden ebenso betreut wie Reha-Kliniken, Alten- und Pflegeheime sowie spezielle Dienstleistungsunternehmen des Gesundheitsmarktes. Geschäftsführender Gesellschafter ist Professor Dr. Volker Graf.

Das Unternehmen betreut unter anderem das Klinikum der Stadt Ludwigshafen, das St. Marien-Hospital in Gelsenkirchen-Buer, das Stadtkrankenhaus in Schwabach, das Krankenhaus Wetter und das St. Elisabeth-Krankenhaus in Oberhausen.

Eine strategische Zusammenarbeit besteht seit November 1998 zwischen der Eifelhöhen Klinik AG in Nettersheim-Marmagen und der **Neuen Pergamon** Krankenhaus Management GmbH. Die Klinik betreibt Einrichtungen der Rehabilitation, Altenpflege und Akutmedizin. Dazu verfolgt sie einen Wachstumskurs im oberen Qualitätssegment. Sie zählt zu den sieben börsenorientierten Klinikunternehmen in Deutschland (Stand 30. Juli 2002). Größter Einzelaktionär ist über eine Poolbeteiligung mit 25 Prozent die **Neue Pergamon** Krankenhaus Management GmbH.

Das Unternehmen hat sich bereits seit einigen Tagen im Lengericher Krankenhaus umgesehen (wir berichteten). Ob damit alle anderen Möglichkeiten einer Übernahmen sich erübrigen, war gestern nicht in Erfahrung zu bringen. Große Chancen hatte sich zunächst das Klinikum Ibbenbüren ausgerechnet. Der Stadtmarketingverein Offensive hatte jüngst eine Kooperation zwischen der Westfälischen Klinik und dem Evangelischen Krankenhaus unter Trägerschaft des Landschaftsverbandes angeregt.

Eine Entscheidung, wie es weiter gehen wird, steht offenbar unmittelbar bevor.

Offerte des Klinikums ist offensichtlich nicht die erste Wahl

-chb- Tecklenburger Land. Das Klinikum Ibbenbüren ist offenbar nicht mehr erster Verhandlungspartner, wenn es um die Übernahme des Evangelischen Krankenhauses Lengerich geht. Größte Chancen werden derzeit der **Neue Pergamon** Krankenhaus Management GmbH eingeräumt. Ein Mitarbeiter des Unternehmens mit Sitz in Hamm hat sich bereits einige Tage im Lengericher Krankenhaus umgesehen (wir berichteten). Danach hat die Gesellschaft sich nun bereit erklärt, das Haus zum 1. Oktober zu übernehmen. Konkrete Verhandlungen sollen in der kommenden Woche anstehen.

Reinhold Rosing, Geschäftsführer des Klinikums Ibbenbüren, wollte sich gestern zu dieser Entwicklung nicht äußern. Er bekräftigte lediglich: "Der Beschluss unseres Aufsichtsrates hat weiterhin Gültigkeit." Das Gremium hatte angeboten, die internistische Abteilung mit 70 Better weiter zu führen. Mitarbeiter des Lengericher Krankenhauses hatten dies als Kahlschlag abgelehnt. Der Stadtmarketingverein Offensive hatte daraufhin jüngst eine Kooperation zwischen der Westfälischen Klinik und dem Evangelischen Krankenhaus unter der Trägerschaft des Landschaftsverbandes angeregt.

Entscheiden muss letztlich der vorläufige Insolvenzverwalter, Manfred Vellmer. Er hat dabei darauf zu achten, dass die berechtigten Geld-Forderungen der Gläubiger des Krankenhauses so gut wie möglich befriedigt werden. Sollte dazu die **Neue Pergamon** Krankenhaus Management GmbH den Zuschlag erhalten, stellt sich die Frage nach dem Konzept des Unternehmens für Lengerich und dessen Kompatibilität mit der Landesplanung. Die nämlich sieht für den Kreis Steinfurt den Abbau von 120 Betten vor.

Die **Neue Pergamon** Krankenhaus Management GmbH ist ein mittelständiges, Eigentümer geführtes Unternehmen, das laut eigener Internet-Homepage 1995 gegründet wurde und gegenwärtig mehr als 20 Einrichtungen betreibt bzw. betreut. Dabei handelt es sich ebenso um Krankenhäuser der Grund-, Regel- und Maximalversorgung wie um Reha-Kliniken, Alten- und Pflegeheime sowie Gesundheits-Dienstleistungsunternehmen.

Freitag, 29. August 2003 | Quelle: Ibbenbürener Volkszeitung



Krankenhaus Lengerich GmbH

Martin-Luther-Str. 49

49525 Lengerich

Tel. 05481-8010

Fax 05481-801685

info@kh-lengerich.de

Träger:

Neue Pergamon

Krankenhausmanagement GmbH

Rheinuferstr. 9, 67061 Ludwigshafen

Geschäftsführer:

Karl-Heinz Kuck

Verwaltungsleitung:

Annette Große-Heitmeyer

Stand 2005

Ihr Partner für die Zukunft des Gesundheitswesens

Die Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH (NPK) ist ein mittelständiges, Eigentümer geführtes Unternehmen mit hoher Innovationskraft und hoher Fachkompetenz in allen Sektoren des Gesundheits- und Sozialwesens.

1995 gegründet, betreut bzw. betreibt die NPK derzeit mehr als 20 Einrichtungen - durch strategische Partnerschaften, Geschäftsbesorgungsverträge, Beteiligungen oder speziell auf die Anforderungen medizinischer Unternehmen ausgerichtete Einzeldienstleistungen. Das Führungsteam und die qualifizierten Mitarbeiter der Tochterunternehmen entwickeln dabei analysegestützte Managementkonzepte, die individuell auf die Bedürfnisse der betreuten Einrichtung abgestimmt sind.

Durch die langjährigen Erfahrungen der Gesellschafter auf dem Gesundheitsmarkt fördern sie in Schlüsselfunktionen sowohl die fachliche als auch die soziale Kompetenz.

2003 Die Neue Pergamon Krankenhausmanagement Gesellschaft übernimmt die Trägerschaft des Krankenhauses Lengerich. Das Krankenhaus Lengerich ist heute ein Krankenhaus der Grund- und Regelversorgung mit zurzeit 155 Betten, aufgegliedert in die Hauptfachabteilungen CHIRURGIE (63 Betten), INNERE MEDIZIN (80 Betten), ANÄSTHESIE inkl. einer interdisziplinären Intensivstation sowie den Belegabteilungen HNO (7 Betten) und Augenheilkunde (5 Betten). Es bietet eine zeitgemäße und ortsnahe medizinische Versorgung in modernen Räumlichkeiten am Fuße des Teutoburger Waldes.

Kubendorff: Krankenhaus muss bleiben

Von Detlef Dowidat

Lengerich. In die Knie ging der Landrat nicht bei seiner Sommerradtour. Gestern stattete Thomas Kubendorff **Lengerich** einen Besuch ab, um sich vor Ort über die Entwicklung der Stadt zu informieren und sich Sorgen und Nöte anzuhören und anzusehen. Es gibt hier eine Menge anzupacken, dass ist mir deutlich geworden. Aber ich habe auch gesehen, dass es sich hier sehr gut leben lässt, fasste Kubendorff seine Eindrücke zusammen. Dabei schloss er das derzeit zentralste Thema nicht aus: Auch mir als Landrat ist am Erhalt des **Lengericher** Krankenhaus gelegen.

70 Kilometer in Emsdetten und Greven, 70 Kilometer von Burgsteinfurt nach Rheine, diese Strecken hatte **Lengerich** gestern bei der Radtour mit dem Landrat nicht zu bieten. Doch auf den knapp sieben Kilometern sammelte Thomas Kubendorff eine Menge Eindrücke. Gestreift wurde das Wohnaugebiet Widum. Auf dem Gemptgelände überzeugte sich der Landrat über den Fortschritt der Sanierung der Halle. Vom früheren Ambiente ist nichts mehr zu sehen. Aber das kommt wieder, hofft Kubendorff. Polier Karl Polonyi schilderte den Stand der Bauarbeiten. Derzeit wird die Gründung mit Betonpfeilern vorgenommen, die in die Erde eingelassen werden. Hautnahen Kontakt mit den **Lengericher** Bürgern bekam der Landrat auf dem Wochenmarkt. Er unterhielt sich mit Beschickern und erfuhr von Friedhelm Läkamp und Waltraud Schwegmann, dass eine Verlegung des Wochenmarktes in die Innenstadt Vor-, aber auch erhebliche Nachteile habe.

Der Weg wurde etwas steiler. Die Fahrt ging zum Evangelischen Krankenhaus (EVK). Über den ALVA-Skulpturenpark waren die Westfälischen Kliniken das abschließende Ziel der Sommerradtour. Thema Nummer eins war hier die Insolvenz des EVK. Bürgermeister Friedrich Prigge schilderte dem Landrat die Lage. Demnach werde am 15. September feststehen, wie es weitergehe. Bis dahin können beim Insolvenzverwalter Angebote gemacht werden. Derzeit soll es zwei Interessenten geben, wobei dem Neuen **Pergamon** Krankenhaus Management die größten Chancen eingeräumt werden.

Verwaltungsleiterin Heinke Falkenstein-Sorg stellte für die Westfälische Klinik ganz klar fest, dass man sich einen Fortbestand des Krankenhauses wünsche. Wir brauchen die somatische Einrichtung, um unsere Neurologie weiterführen zu können, stellte sie fest. Landrat Kubendorff verdeutlichte: Einen Bettenabbau im Kreis Steinfurt darf es nicht geben. Allerdings können wir nicht mehr als eine politische Unterstützung geben.

Donnerstag, 04. September 2003 | Quelle: Westfälische Nachrichten

Entscheidung weiter offen

Von Michael Baar

Lengerich. Wie geht es weiter mit dem Evangelischen Krankenhaus Lengerich? Eine Antwort auf diese Frage wird es frühestens am Donnerstag, 18. September geben. Das verlautete gestern aus der Kanzlei des Insolvenzverwalters Manfred Vellmer.

Offensichtlich haben sich in den Gesprächen mit der **Neue Pergamon** GmbH noch weitere Fragestellungen ergeben. Ursprünglich hieß es, dass an diesem Wochenende eine Entscheidung über die Zukunft des Evangelischen Krankenhauses fallen solle.

Für den nächsten Donnerstag ist eine Mitarbeiterversammlung im Krankenhaus anberaumt worden. Dann sei mit Neuigkeiten zu rechnen, hieß es aus der Kanzlei.

Die **Neue Pergamon** Krankenhaus Management GmbH wurde 1995 gegründet. Zurzeit werden nach Angaben des in Ludwigshafen am Rhein ansässigen mittelständigen Unternehmens über 20 Einrichtungen betreut beziehungsweise betrieben. Das geschieht nach Angaben der Gesellschaft durch strategische Partnerschaften, Geschäftsbesorgungsverträge, Beteiligungen oder speziell auf die Anforderungen medizinischer Unternehmen ausgerichtete Einzeldienstleistungen.

Beteilt ist die **Neue Pergamon**, ein Eigentümer geführtes Unternehmen, unter anderem an der Krankenhaus Wetter GmbH, der Krankenhaus Rheiderland gGmbH, dem St. Elisabeth Krankenhaus Oberhausen und der Eifelhöhen-Klinik AG. Insgesamt werden von dem Unternehmen laut Internet-Auftritt zurzeit 3253 Planbetten in zehn Häusern über eine Beteiligung oder einen Geschäftsbesorgungsvertrag verwaltet.

Samstag, 13. September 2003 | Quelle: Westfälische Nachrichten

Entscheidung weiter offen Krankenhaus:

Von Michael Baar

Tecklenburger Land. Wie geht es weiter mit dem Evangelischen Krankenhaus Lengerich? Eine Antwort auf diese Frage wird es frühestens am Donnerstag, 18. September geben. Das verlautete aus der Kanzlei des Insolvenzverwalters Manfred Vellmer.

Offensichtlich haben sich in den Gesprächen mit der Neue **Pergamon** GmbH noch weitere Fragestellungen ergeben. Ursprünglich hieß es, dass am vergangenen Wochenende eine Entscheidung über die Zukunft des Evangelischen Krankenhauses fallen sollte.

Für den nächsten Donnerstag ist eine Mitarbeiterversammlung im Krankenhaus anberaumt worden. Dann sei mit Neuigkeiten zu rechnen, hieß es aus der Kanzlei.

Die Neue **Pergamon** Krankenhaus Management GmbH wurde 1995 gegründet. Zurzeit werden nach Angaben des in Ludwigshafen am Rhein ansässigen mittelständigen Unternehmens über 20 Einrichtungen betreut beziehungsweise betrieben. Das geschieht nach Angaben der Gesellschaft durch strategische Partnerschaften, Geschäftsbesorgungsverträge, Beteiligungen oder speziell auf die Anforderungen medizinischer Unternehmen ausgerichtete Einzeldienstleistungen.

Beteiligt ist die Neue **Pergamon**, ein Eigentümer geführtes Unternehmen, unter anderem an der Krankenhaus Wetter GmbH, der Krankenhaus Rheiderland gGmbH, dem St. Elisabeth Krankenhaus Oberhausen und der Eifelhöhen-Klinik AG. Insgesamt werden von dem Unternehmen laut Internet-Auftritt zurzeit 3253 Planbetten in zehn Häusern über eine Beteiligung oder einen Geschäftsbesorgungsvertrag verwaltet.

Evangelisches Krankenhaus in Lengerich gerettet

-mba- Lengerich. Die Zukunft des in der Insolvenz befindlichen Evangelischen Krankenhauses Lengerich ist gesichert: Zum 1. Oktober wird die **Neue Pergamon**, eine private Gesellschaft aus Ludwigshafen, die Trägerschaft übernehmen. Das teilte gestern Insolvenzverwalter Manfred Vellmer mit. Der neue Träger werde das Krankenhaus im jetzigen Umfang weiterführen, bestätigte auf Anfrage der geschäftsführende Gesellschafter der **Neue Pergamon**, Professor Dr. Volker Graf. Eines der vordringlichen Ziele sei, neben der wirtschaftlichen Neuausrichtung, die Reaktivierung der Gynäkologie. Diese Abteilung war zum 1. September geschlossen worden. Im Zuge des Trägerwechsels sollen 20 Vollzeitstellen abgebaut werden. Wie viele der zurzeit 280 Mitarbeiter davon betroffen sind, ist noch offen. Über Arbeitszeitreduzierungen soll versucht werden, die Zahl der Betroffenen zu verringern. Ob die Forderungen der Gläubiger zu 100 Prozent erfüllt werden, hielt Vellmer für eher unwahrscheinlich. Dem **neuen** Träger würden die Lasten der Vergangenheit nicht aufgeburdet.

Freitag, 19. September 2003 | Quelle: Westfälische Nachrichten

Die beste Nachricht

Besser hätte es kaum kommen können: Das Evangelische Krankenhaus Lengerich wird zum 1. Oktober von einem **neuen Träger** übernommen. Das lange über dem Haus schwelende Damoklesschwert der Schließung ist verschwunden. Erfreulich ist, dass die **Neue Pergamon** nicht nur ein Rest-Angebot vorhalten will, sondern das Krankenhaus im bisherigen Umfang fortführen will. Dass diese Basis nicht ausreichen wird, um langfristig zu überleben, ist dem künftigen privaten Träger klar. Die Ankündigung, die Gynäkologie reaktivieren zu wollen, ist nur ein Schritt in diese Richtung. Eine solide wirtschaftliche Basis ist dafür die Grundvoraussetzung, das Krankenhaus mittel- und langfristig über die Runden zu bringen. Hier sieht die **Neue Pergamon** offenbar gute Chancen. Ein Schritt soll die Kurzzeitpflege sein. Damit ließe sich die Auslastung verbessern. In die gleiche Richtung zielt auch die Ankündigung, die Einrichtung einer Pflegestation zu prüfen. Die bessere Auslastung des Hauses ist das Eine. Die Verbesserung der Kostensituation strebt der **neue Träger** ebenfalls an. 20 Vollzeitstellen sollen abgebaut werden. Nicht nur im Pflegebereich, sondern auch in der Verwaltung. Für die Betroffenen eine bittere Medizin. Doch die offensichtlich in der Vergangenheit gemachten Fehler müssen korrigiert werden. Das Krankenhaus ist schließlich nicht aus heiterem Himmel in die roten Zahlen geraten. Hier scheint Einiges schief gelaufen zu sein. Nachkarten hilft jetzt wenig. Vielmehr muss nach vorne geschaut werden. Dazu gehört auch, dass die Lengericher solidarisch zu ihrem Krankenhaus stehen. Die Unterschriftensammlung war ein erfreuliches Zeichen. Diese Willensbekundung, aus der Not geboren, muss jetzt praktizierter Alltag werden. Nur dann wird das Krankenhaus überlebensfähig bleiben.

Michael Baar

Freitag, 19. September 2003 | Quelle: Westfälische Nachrichten

Krankenpflegeschule bleibt erhalten

Lengerich. Der Stadtmarketingverein Offensive

Lengerich hat jetzt die **Neue Pergamon** Krankenhaus Management GmbH in Lengerich begrüßt. Das Privat-Unternehmen ist seit dem 1. Oktober der **neue** Träger des Lengericher Krankenhauses.

Geschäftsführer und Mitgesellschafter Lothar Stein stellte Wilhelm Möhrke und Drago Jurak das Konzept für das Lengericher Krankenhaus vor. Aus dem einstündigen Gespräch gewannen die Vertreter des Stadtmarketingvereins den Eindruck, dass hier mit sehr viel Engagement und Professionalität gearbeitet wird.

So nahmen sie mit großer Erleichterung zur Kenntnis, dass die Grundversorgung in Lengerich gesichert ist, da sowohl die internistische, als auch die chirurgische Abteilung bestehen bleiben. Neben einigen Belegärzten strebt die Krankenhausleitung auch weiterhin eine gute Zusammenarbeit mit der Westfälischen Klinik an.

Drago Jurak, Geschäftsführer der Offensive, betonte das Interesse des Vereins, die Neurologie, die einen hervorragenden Ruf genießt, in Lengerich zu halten. Eine Verlagerung der 35 Plätze an einen anderen Standort würde nicht nur weitere Arbeitsplätze kosten, sondern auch eine Versorgungslücke für Schlaganfall- und andere Patienten bedeuten. Wir wollen die Neurologie gerne im Hause behalten. Voraussetzung ist jedoch die vollständige Erstattung der verursachten Betriebskosten, so Lothar Stein.

Als seine nächsten Aufgaben nannte Stein die Besetzung der Chefarztstellen und die Verbesserung der Zusammenarbeit mit der Ärzteschaft am Ort. Sehr viel Wert legt die **Neue Pergamon** auf qualifiziertes Personal. So bleibt die Krankenpflegeschule mit derzeit 15 Schülerinnen erhalten, um auch künftig eine gute Versorgung und Pflege der Patienten zu sichern.

Seinen Optimismus begründete Stein mit einem klaren Konzept, einem professionellen Management und mit engagierten Mitarbeitern, die überwiegend ihren Arbeitsplatz behalten können. Dann kann bei entsprechendem Rückhalt aus der Bevölkerung und der einweisenden Ärzteschaft ein erfolgreicher Neuanfang gelingen.

Nach Auffassung des Vorsitzenden der Offensive, Wilhelm Möhrke, sieht der Stadtmarketingverein sich in seiner Arbeit bestätigt. Er erinnerte an die organisierte Demonstration und Unterschriftenaktion, die eine beeindruckende Zustimmung in der Öffentlichkeit gefunden hat. Mehr als 12500 Bürger setzten sich für den Erhalt des Krankenhauses ein. Weiterhin hat die Offensive mit einem eigenen Konzept und in zahlreichen Gesprächen mit allen Beteiligten an der Lösung dieser Krise mitgearbeitet.

Die verfolgten Ziele, Sicherung der medizinischen Grundversorgung, Erhalt möglichst vieler Arbeitsplätze sowie der Verbleib der 35 Neurologie-Plätze am Standort Lengerich, seien bei der jetzigen Entwicklung erfolgreich umgesetzt worden. Der Einsatz habe sich also gelohnt.

Zum Abschluss überreichten Möhrke und Jurak im Namen der Offensive dem **neuen** Krankenhausleiter ein gerahmtes Lengerich-Poster und wünschten dem Unternehmen bei der Bewältigung der künftigen Arbeit viel Glück und Erfolg.

Krankenhaus liegt allen Bürgern am Herzen

-do- Lengerich. Was haben die Bürgerinnen und Bürger aus Lengerich und Umgebung um ihr Krankenhaus gebangt. Es musste ein Insolvenzantrag gestellt werden. Die Schließung drohte. Es tobte hinter den Kulissen ein heftiger Kampf, der schließlich erfolgreich endete. Die Krankenhausgesellschaft **Neue Pergamon** übernahm im Oktober das Evangelische Krankenhaus. Die Schließung war abgewendet. Und seither brummt es.

Die Leserinnen und Leser haben das drohende Aus und schließlich die Rettung nicht vergessen. Es war für viele das Ereignis des Jahres 2003. Kein Wunder, dass bei der WN-Umfrage das Krankenhaus auf dem ersten Platz landete. Ein deutliches Zeichen, welche Bedeutung gerade so ein Haus für die Bürgerinnen und Bürger hat. Das haben sie schon im Sommer mit ihren über 12000 Unterschriften bewiesen und damit nicht unerheblich mit dazu beigetragen, dass in Lengerich weiterhin ein Krankenhaus existiert.

Neue Pergamon übernimmt das Krankenhaus erhielt die meisten Stimmen beim Ereignis des Jahres 2003. siehe auch Lokalseite 3

Mittwoch, 31. Dezember 2003 | Quelle: Westfälische Nachrichten

Eine Entscheidung, die weh tut

Von Michael Baar

Lengerich. Der Zwiespalt der Gefühle ist Ute Miensopust im Gesicht abzulesen. Auf der einen Seite die Tatsache, das keine Auszubildende in diesem Jahr vom Krankenhaus übernommen werden ist. Auf der anderen Seite die Sorge um die Arbeitsplätze der insgesamt rund 250 Beschäftigten im Hospital.

Die Stellen müssen sicher sein, sagt die Vorsitzende der Mitarbeitervertretung. Da tut es besonders weh, wenn die Auszubildenden nicht übernommen werden oder Zeitverträge nicht verlängert werden.

Immerhin: Die Arbeitsplätze der im Krankenhaus Beschäftigten sind sicher. Das betont Geschäftsführer Karl-Heinz Kuck. Gleichwohl gelte es auch knapp zwei Jahre nach Übernahme des Hauses durch die **Neue Pergamon**, die wirtschaftliche Basis zu stärken. Wir sind auf einem guten Weg, unterstreicht er, dass die Bemühungen Früchte tragen.

Woran die Übernahme der Auszubildenden gescheitert ist? Eine wesentliche Rolle habe dabei die Verkürzung der Verweildauer der Patienten im Krankenhaus gespielt, erläutert Kuck im Gespräch mit dieser Zeitung. Statt neun erfolge jetzt eine Entlassung bereits nach durchschnittlich sieben Tagen. Bei rund 4000 Patienten im Jahr, denen im Krankenhaus geholfen wird, seien dass 8000 Tage weniger. Und dafür werde halt weniger Pflegepersonal benötigt.

Dass die betriebswirtschaftlichen Zahlen nicht allein im Blickfeld stehen, dafür nennt der Geschäftsführer ein Beispiel: Das Labor werde nicht ausgelagert, wie in vielen anderen Krankenhäusern. In Lengerich werde es vielmehr modernisiert. Zum Wohle der Patienten müssen die Ärzte schnellen Zugriff auf wichtige Daten haben, beschreibt Kuck die Prämisse hinter dieser Entscheidung.

Den nicht Übernommenen habe das Krankenhaus zugesichert, dass im Falle eines steigenden Personalbedarfs sie die Ersten seien, die bezüglich einer Einstellung angesprochen würden.

Um Jugendlichen eine Startchance in den Beruf zu geben, bilde das Krankenhaus über Bedarf aus. In diesem Jahr seien fünf statt vier Auszubildende eingestellt worden.

Freitag, 16. September 2005 | Quelle: Westfälische Nachrichten

Standort Lengerich ist nicht gefährdet

-do- Lengerich. Der Krankenhaus-Standort Lengerich ist nicht gefährdet. Klare Aussage des Geschäftsführers Karl-Heinz Kuck. Er beantwortete eine diesbezügliche Frage aus dem Seniorenbeirat, der seine Sitzung am Montag im Krankenhaus Lengerich, ein Unternehmen der **Neue Pergamon** Krankenhaus Management GmbH, unter Vorsitz von Norbert Junghöfer durchführte. Er trat damit Berichten der jüngeren Vergangenheit entgegen, dass kleinere Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen von Schließung bedroht seien. Kuck lieferte auch gleich eine Begründung: Die Versorgung im ländlichen Raum muss gewährleistet sein. Und das garantieren wir mit unserem Haus. Offen sprach der Geschäftsführer über die Entwicklungen in seinem Haus. Er formulierte es ganz geschickt: Ich möchte einen Einblick geben in Ihr Krankenhaus. Er schilderte, was die Einrichtung leisten kann und was nicht. Ausdrücklich erwähnte er den Stadtmarketingverein Offensive: Der hat viel für den Erhalt des Lengericher Kranhenkauses getan. Kuck hoffte, dass viele Informationen in die Vereine und Institutionen getragen würden, die von den Beiratsmitgliedern vertreten werden.

Der Geschäftsführer gab einen Einblick in die wirtschaftliche Führung des Krankenhauses. Dadurch, dass die **Neue Pergamon** zahlreiche Tochterunternehmen betreibt oder Betriebsleistungen wie die Küche ausgegliedert wurden, konnte erheblich wirtschaftlicher gearbeitet werden, gab Kuck einen Blick frei hinter die Kulissen des Betreibers. Viele Menschen in Lengerich und Umgebung wüssten gar nicht um den Leistungsstandard des Krankenhauses, das mit der Chirurgie, der Innernen Medizin und der Anästhesie drei Abteilungen betreibe und Belegbetten für Hals-Nasen-Ohren- sowie Augenheilkunde anbiete. Wir haben erstklassige medizinische Kapazitäten in unseren Reihen, bemerkte Kuck.

Ausführlich ging er auch auf die Belegzahlen ein. Die Verweildauer ist zurück gegangen, was sich auch auf die Auslastung auswirkt, die bei knapp über 70 Prozent liegt. Als zweiten Grund nannte er, dass viele Eingriffe schon auf ambulanten Wege behandelt würden. Keine Chance räumte er der Rückkehr der Gynäkologie ein: Dafür ist der Bedarf zu gering.

Karl-Heinz Kuck verfehlte nicht, dass das Krankenhaus mit 300 Betten viel zu groß für Lengerich sei. Wir fahren aber schon auf kleiner Flamme. Eine Abteilung ist derzeit an eine Pflegeeinrichtung aus Münster vergeben, die umgebaut wird, schildert der Geschäftsführer. Auch künftig könne er sich vorstellen, in ähnlicher Richtung Angebote zu machen. Vorsichtshalber habe man schon den Begriff Pflegezentrum Teutoburger Wald eintragen lassen.

Offen ging Kuck mit Fragen der Kritik um: Wir versorgen jährlich 4000 Menschen. Da kann nicht immer alles glatt laufen. Sollte es Probleme geben, würde er denen bei Kenntnisnahme immer persönlich nachgehen.

Donnerstag, 24. November 2005 | Quelle: Westfälische Nachrichten

| Herten: Angeblich Abbau von 150 Stellen bei Herta | | Region: Möglicherweise höhere Spritpr

17. Jul 2006, 15 Uhr 14

Lengerich: Krankenhaus steht offenbar vor dem Aus

Rund 3 Jahre nach dem Konkurs steht das Lengericher Krankenhaus möglicherweise erneut vor dem Bankrott. Die Betreibergesellschaft, die neue Pergamon Krankenhausmanagement GmbH, steht offenbar vor dem Konkurs. Dem Hauptgesellschafter der Pergamon wird vorgeworfen, Bonizahlungen nicht an das Klinikum in Ludwigshafen weitergeleitet zu haben. Die Stadt Ludwigshafen fordert nun rund 6 Millionen Euro zurück. Dieses Geld kann die Neue Pergamon derzeit nicht aufbringen. Das Lengericher Krankenhaus hofft nun auf einen neuen Investor. Die Patienten im Krankenhaus werden weiter versorgt. Vor rund 3 Jahren geriet das Krankenhaus unter der Trägerschaft der evangelischen Kirche bereits in Konkurs, die Neue Pergamon hatte das Krankenhaus seinerzeit übernommen.

Autor: CV

[Zu den aktuellen News](#)

Hartwick Oswald vor die Tür gesetzt

Von Michael Baar

Lengerich. Keine zwei Monate ist **Hartwick** Oswald Geschäftsführer des Krankenhauses Lengerich gewesen. Am Sonntagabend haben die Gesellschafter des Trägers Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH dem Geschäftsführer des Gesamtunternehmens den Stuhl vor die Tür gesetzt. Neuer Chef der Gruppe ist Sixto Atrio. Der Rechtsanwalt aus Ludwigshafen wurde von den Gesellschaftern mit der Geschäftsführung des Mutterunternehmens beauftragt sowie in Lengerich und bei den übrigen Häusern und Tochtergesellschaften der Gruppe.

Zu Lengerich kann ich nichts sagen, erklärte Sixto Atrio gestern auf Anfrage der Westfälischen Nachrichten. Kurze Pause, dann der Zusatz Lengerich funktioniert. Damit meint der Interims-Geschäftsführer, dass in dem Haus am Südhang des Teutoburger Waldes seit Übernahme durch die Neue Pergamon eine positive Entwicklung eingesetzt habe, die weiter anhält und anhalten soll. Die Chancen, die sich dem Haus in Lengerich bieten, sollen möglichst erhalten bleiben. Lengerich und auch Oberhausen sollen nicht in den Sog der Probleme reingezogen werden, sagt Atrio. Diese beiden Krankenhäuser, so viel hat er in den ersten beiden Tagen schon ermittelt, stehen auf einer guten Basis.

Für die gesamte Unternehmensgruppe Neue Pergamon und rund 20 Tochtergesellschaften scheint das offenbar nicht zu gelten. Hier versucht Atrio, sich einen Überblick zu verschaffen. Zehn Tage hat er dafür Zeit. Das ist in Gesprächen mit den Banken vereinbart worden.

Schadenersatzforderungen in Höhe von rund 6,6 Millionen Euro haben den Stein ins Rollen gebracht. Ich erfahre jeden Tag neue Dinge, sagt der Rechtsanwalt. Dazu gehört auch, dass Beträge zwischen 1,9 und besagten 6,6 Millionen Euro als Forderung gehandelt werden.

Berichten, die Pergamon-Tochter Deutsche Gesellschaft für Humanplasma (DGH) müsse den Betrieb entstellen, widerspricht Atrio. Zwar seien Kredite in Höhe von rund 3,5 Millionen Euro gekündigt worden. Fällig würden die aber erst am 7. August.

Mittwoch, 19. Juli 2006 | Quelle: Westfälische Nachrichten (Lengerich)

Abschied von der Pergamon

Von Michael Baar

Lengerich. Ein Notverkauf des Lengericher Krankenhauses ist kein Thema mehr. Das Haus wurde, ebenso wie das St. Elisabeth-Krankenhaus Oberhausen, in einer Zwischenholding geparkt. Das teilte gestern Sixto Atrio mit. Der Rechtsanwalt ist Interimschef der in finanzielle Schieflage geratenen Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH, die unter anderem Trägerin dieser beiden Häuser ist.

Erst vor drei Jahren hatte die **Pergamon** das Lengericher Krankenhaus übernommen und so vor der Insolvenz gerettet. Seit dem hatte sich das Haus (130 Betten 55 Chirurgie, 65 Innere, sieben HNO, drei Augen) in einem kontinuierlichen Aufwärtstrend befunden und wieder schwarze Zahlen geschrieben.

Wer sich hinter der Zwischenholding verbirgt, darüber wollte Christina Matschuck gestern keine Angaben machen. Es ist Stillschweigen vereinbart worden, sagte die Pressesprecherin der beiden Krankenhäuser. Positiv für die Beschäftigten (rund 250 am Standort Lengerich, etwa 300 in Oberhausen): Sie müssen keine Gehaltseinbußen in Kauf nehmen oder andere Verzichte leisten. Der nächste Schritt ist vorgezeichnet: Es wird ein neuer Investor gesucht. Dafür haben wir jetzt genügend Zeit, um in aller Ruhe nach einer optimalen Lösung zu suchen, zeigte sich Annette Große-Heitmeyer gestern erleichter. Die Verwaltungsdirektorin des Lengericher Krankenhauses ist zuversichtlich, in den nächsten Monaten einen starken Träger zu finden, um unsere gute Position am Krankenhausmarkt sogar noch verstärken zu können.

Zur Trennung von der **Pergamon** haben zwei Gründe geführt: Die Banken der Trägergesellschaft haben darauf bestanden. Zum anderen wird dadurch verhindert, dass Schadenersatzforderungen gegenüber der **Pergamon** auf die beiden Krankenhäuser übertragen werden können.

Völlig offen ist zurzeit, ob die beiden Krankenhäuser in Lengerich und Oberhausen gemeinsam oder einzeln an einen neuen Träger verkauft werden. Bis zum Jahresende, so schätzte Christina Matschuck gestern vorsichtig, könnte eine Entscheidung fallen.

In Deutschland gibt es einige private Krankenhasträger-Gesellschaften. Zu den größten gehören die zur Fresenius-Gruppe gehörende Helios-Kliniken GmbH (51 Einrichtungen), die Rhön-Klinikum AG (45 Häuser) und das Unternehmen Asklepios mit derzeit 92 Einrichtungen weltweit.

Freitag, 28. Juli 2006 | Quelle: Westfälische Nachrichten
(Lengerich)

MVB AG

Die MVB Beteiligungen AG investiert nach eigenen Angaben in mittelständische deutsche Unternehmen mit bislang nicht voll ausgeschöpftem Wachstumspotenzial. Ein Schwerpunkt dieser Tätigkeit liegt zurzeit im Pharmasektor. Beteiligungen hält die im sauerländischen Plettenberg ansässige MVB in den Branchen Informationstechnologie, Energie, Automotive und Textilien. Bevorzugt werden 100-Prozent-Beteiligungen, grundsätzlich werde aber, wenn ein Partner mit im Boot ist, eine Mehrheitsbeteiligung angestrebt.

Wachstumsbegleitung, Nachfolgeregelung, Management Buy-Outs, Sanierungsbedarf oder Ausgliederung von Unternehmensteilen sind typische Aufgaben, bei denen die Gesellschaft kontaktiert werde. Aktionäre der MVB sind nach eigenen Angaben Privatpersonen. Eine qualifizierte Mehrheit wird von Otto Prange gehalten. Er ist zugleich Vorsitzender des MVB-Aufsichtsrats und als Wirtschaftsprüfer und Steuerberater bei der Prange Business Group tätig. Bei diesem ebenfalls in Plettenberg ansässigen Unternehmen arbeitet auch Sixto **Atrio**, unter anderem Interims-Geschäftsführer des Lengericher Krankenhauses.-mba-

Dienstag, 12. September 2006 | Quelle: Westfälische Nachrichten

Wir haben Zukunftspläne

Von Michael Baar

Lengerich. Wir haben Zukunftspläne und arbeiten an deren Umsetzung. Annette Große-Heitmeyer lässt keinen Zweifel an der Zukunft des Lengericher Krankenhauses. Wir werden definitiv einen neuen Träger erhalten, sagt die Verwaltungsdirektorin. Zum Jahresende, spätestens zu Beginn des Jahres 2007, soll der Besitzerwechsel vollzogen werden, erklärt sie gestern auf Anfrage.

Mitte Juli ist die Hiobs-Botschaft bekannt geworden: Die Neue **Pergamon** Krankenhausmanagement GmbH hat einen Antrag auf Insolvenz gestellt. Unvermittelt wieder auf der Kippe zu stehen scheint das Lengericher Krankenhaus. Doch sehr schnell kristallisiert sich heraus: Die Lage ist bei weitem nicht so dramatisch wie im Sommer 2003. Tief in den roten Zahlen, hat vor drei Jahren das endgültige Aus für das 130 Betten-Haus gedroht. Durch den Einstieg der Neue **Pergamon** ist das abgewendet worden.

Jetzt ist der Retter in Turbulenzen geraten. Schnell stellt sich heraus: In Lengerich wird es weiter ein Krankenhaus geben. Sixto Atrio, vorübergehend zum Geschäftsführer bestellt, löst das Lengericher Krankenhaus und das Elisabeth-Hospital Oberhausen aus dem **Pergamon**-Verbund. Die beiden Häuser werden in einer Zwischenholding geparkt, teilt er im Juli mit. Hinter diesem Begriff verbirgt sich die MVG Beteiligungen AG aus dem sauerländischen Plettenberg.

In den vergangenen knapp zwei Monaten sind zahlreiche Gespräche mit potenziellen Interessenten geführt worden. Rund 20 Investoren haben ihr Interesse am Lengericher Krankenhaus erklärt. Eine Zahl, von der Annette Große-Heitmeyer überrascht worden ist. In einem so genannten Bieterverfahren werde die Spreu vom Weizen getrennt. In der Endauswahl, so schätzt sie, werden noch drei oder vier Investoren stehen.

Dass die Klinik an der Martin-Luther-Straße so großes Interesse findet, verwundert die Verwaltungsdirektorin nicht. Die Strukturen sind seit dem Jahr 2003 neu geordnet worden. Heute sind wir fast komplett auf dem neuesten Stand, lediglich im Detail müssen wir noch ein paar kleine Hausarbeiten erledigen.

Ob Lengerich und Oberhausen als Paket verkauft werden oder jedes Krankenhaus für sich für beide Varianten gibt es Interessenten. Eines der Häuser kaufen und es anschließend dicht machen. Wir werden darauf achten, dass das nicht geschieht, gibt Christina Matschuck die Stimmung in der Führungsetage wieder. Gerade das Elisabeth-Hospital Oberhausen könnte für einen solchen Schritt interessant sein: Laut Krankenkassen gibt es in der Ruhrgebietsstadt 250 Krankenhausbetten zu viel. Das Elisabeth-Hospital hat 203 Betten.

Versüßt werden könnte ein solches Vorgehen mit einer Prämie seitens der Kostenträger für den Käufer. Das soll schon vorgekommen sein, berichtet die Pressesprecherin der beiden Krankenhäuser. In Lengerich stehe das überhaupt nicht zur Debatte, in Oberhausen kann sie es sich ebenfalls nicht vorstellen.

Das Pfund, mit dem die beiden Kliniken wuchern können, sind die gewachsenen Strukturen. Ob Wäsche, Apotheke oder Verpflegung: die entsprechenden Aufgaben, bislang von **Pergamon**-Tochtergesellschaften wahrgenommen, sind auf die Krankenhäuser übertragen worden. Die von der **Pergamon**-Tochter Genius beschäftigten Mitarbeiter dürfen ebenfalls optimistisch sein: Genius ist ebenfalls unter die Decke der MVB geschlüpft. Eine Seltenheit in der aktuellen Krankenhaus-Landschaft: Das Lengericher Haus schreibt schwarze Zahlen. In welcher Größenordnung die sich bewegen, will Annette Große-Heitmeyer nicht sagen. Oberhausen, so Christina Matschuk, habe im vergangenen Jahr zwar rote Zahlen (Altlasten aus der Vor-**Pergamon**-zeit) geschrieben. Von der Struktur her sei aber in diesem Jahr mit einem Gewinn zu rechnen.

Der neue Träger für das Lengericher Krankenhaus steht noch nicht fest. Immerhin haben die Beschäftigten bereits ein Wunschprofil formulieren sollen. Dazu sind sie in der vergangenen Woche von Sixto Atrio aufgefordert worden. Ob privater oder öffentlicher Träger, vielleicht sogar eine Stiftung einer dieser Wünsche wird in Erfüllung gehen.

Dienstag, 12. September 2006 | Quelle: Westfälische Nachrichten

Angebot von einem Unbekannten

-mba- Lengerich. Dr. Rudolf Kösters reagiert überrascht:
Darüber habe ich noch gar nicht nachgedacht, sagt der
Vorstandsvorsitzende der in Münster ansässigen St.
Franziskus-Stiftung. Sie betreibt im Münsterland und am Niederrhein
zwölf Krankenhäuser, drei Behinderten-Einrichtungen und ein
Seniorenheim.
Rein geografisch würde das Lengericher Krankenhaus gut zur Stiftung
passen. Und angeboten worden ist es der Stiftung auch schon: Ein
Vermittler, von dem wir noch nie gehört haben, hat sich unmittelbar
nach Bekanntwerden der Pergamon-Schwierigkeiten bei uns
gemeldet, sagt Rudolf Kösters.
Eine Vorgehensweise, die der Stiftung nicht schmeckt. Wenn
Interesse besteht, müssen die Verantwortlichen direkt auf uns
zukommen, ohne Vermittler, betont der Vorstandsvorsitzende.
Dass Lengerich angesichts schwarzer Zahlen interessant sei, verhehlt
er nicht. Allerdings sei ein erwirtschafteter Gewinn längst nicht
alles. Mittelfristig müsste der Bedarf gesichert sein, dass wäre auf
jeden Fall zu prüfen, unterstreicht er.
Dass es einen Markt für Krankenhäuser gibt, bestätigt Rudolf Kösters.
Er muss es schließlich wissen, ist er doch Präsident der Deutschen
Krankenhausgesellschaft. Hauptsächlich seien dort kommunale
Häuser zu finden, die privatisiert werden sollen. Für ein einzelnes
Krankenhaus werde das Überleben immer schwerer. Man braucht ein
Netzwerk, um Synergie-Effekte, beispielsweise beim Einkauf, zu
nutzen, erläutert er. Die Konzentration auf Schwerpunkte, neben
dem Angebot der allgemein Chirurgie, sei ebenfalls von Vorteil, fügt
Rudolf Kösters hinzu.
Doch Lengerich sei definitiv kein Thema für die Stiftung. Das hat er
im Gespräch mehrfach unterstrichen.

Dienstag, 12. September 2006 | Quelle: Westfälische Nachrichten

Klinikum Ibbenbüren: "Wir sind stark interessiert"

Von Michael Baar

Ibbenbüren/Lengerich. Die Klinikum Ibbenbüren gGmbH möchte das Krankenhaus Lengerich übernehmen. "Wir sind stark interessiert", bestätigt Dieter Georg auf Anfrage. Mit den niedergelassenen Ärzten hat der Geschäftsführer des Klinikums bereits Kontakt aufgenommen. "Die begrüßen es auch", sagt der 53-Jährige. Für ihn mache ein Zusammenschluss vor dem Hintergrund der regionalen Nähe Sinn.

ANZEIGE

Anzeige

"Jedes Haus, das schwarze Zahlen schreibt, ist interessant", bekennt Dieter Georg. Detaillierten Einblick in die Wirtschaftsdaten des Krankenhauses Lengerich hat er noch nicht erhalten. Sowohl Annette Große-Heitmeyer, Verwaltungsdirektorin im Krankenhaus Lengerich, als auch Sixto Atrio, Geschäftsführer des derzeitigen Besitzers Prange Business Group, hätten ihm aber bestätigt, dass in Lengerich verlustfrei gewirtschaftet werde.

Bereits vor drei Jahren ist das Klinikum Ibbenbüren am Krankenhaus Lengerich interessiert gewesen. Damals hat die Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH (NPK) den Zuschlag erhalten und das 155-Betten-Haus übernommen. In diesem Sommer hat die NPK Insolvenz anmelden müssen. Vor diesem Schritt sind die NPK-Krankenhäuser Lengerich und Oberhausen in einer Zwischenholding geparkt und dann an die Prange Business Group für je einen Euro verkauft worden.

"Wir haben uns nur für Lengerich beworben", stellt der Ibbenbürener Verwaltungschef klar, dass kein Interesse am Elisabeth-Hospital Oberhausen bestehe. Sixto Atrio hat sowohl eine Veräußerung im Paket als auch den Einzelverkauf der Häuser als denkbar bezeichnet.

Über die Höhe des Kaufpreises macht sich Dieter Georg zurzeit keine Gedanken. Er räumt allerdings ein, dass ein Millionen-Betrag "völlig unmöglich" von einem Krankenhaus zu schultern sei. Doch Gedanken über die Finanzierung stünden erst an, wenn der Zuschlag erteilt würde.

Wird das Krankenhaus Lengerich bei einer Übernahme durch das Klinikum Ibbenbüren in absehbarer Zeit geschlossen? Derartigen Befürchtungen setzt der 53-Jährige die Aussage entgegen, "so lange Lengerich kostendeckend arbeitet, ist eine Schließung kein Thema". Doch zunächst einmal muss Ibbenbüren den Zuschlag erhalten. Dass das Klinikum nicht der einzige Interessent ist, weiß Dieter Georg. Wann die Entscheidung fällt, weiß er nicht. "Das kann schnell gehen", sei ihm von Atrio Sixto signalisiert worden. Ungeachtet der Probleme bezüglich der Trägerschaft läuft der Betrieb im Lengericher Krankenhaus reibungslos und zur vollen Zufriedenheit der Patienten.

Kooperationen zwischen Ibbenbüren und Lengerich gibt es schon länger. Seit Jahren steht ein CT-Gerät des Klinikums Ibbenbüren im Lengericher Krankenhaus und wird dort eingesetzt. In jüngster Zeit ist eine Verabredung für Links-Herz-Katheder-Untersuchungen zwischen den beiden Krankenhäusern getroffen worden. Patienten aus Lengerich können diese Untersuchung in Ibbenbüren durchführen lassen - wahlweise von ihrem Arzt oder einem Mediziner des Hospitals.

Bei einem Zusammenschluss hält es Dieter Georg für denkbar, dass die Behandlung von Krankheitsbildern, die bislang nicht in einem der Häuser angeboten werden, dann dort präsent ist. Als Beispiel nennt der Verwaltungsleiter des Klinikums Ibbenbüren die Urologie. Im Lengericher Krankenhaus gibt es keine entsprechende Fachabteilung. Untersuchungen könnten dann im Falle eines Zusammenschlusses von der Fachabteilung Ibbenbüren auch im Krankenhaus Lengerich angeboten werden.

26. Oktober 2006 | Quelle: IVZ

Austausch ist alles!

Grenzenlose Kommunikation, Homepages, Blogs. Kostenlos in der T-Community.

» Hier erfahren Sie mehr!

Kontakt zu Ihrer Tageszeitung:
Bitte wählen Sie... 

>> Kontakt zu
westline
>> Werben bei
westline

westline-Archiv

2006 Alle Orte

Sortierung: Relevanz

Aktualität 

NPK

Suchen

Gläubiger streiten um beide Häuser

-mba- Lengerich. Die Neue Pergamon Krankenhausgesellschaft (**NPK**) steht seit knapp einem Monat unter vorläufiger Insolvenzverwaltung. Vermögensgeschäfte sind nur noch mit Zustimmung des zuständigen Amtsgerichts Ludwigshafen möglich.

Das Krankenhaus Lengerich ist, ebenso wie das Elisabeth-Hospital in Oberhausen, ins Visier der Gläubiger geraten. Beide Häuser sind für je einen Euro an die Prange Business Group verkauft worden am 27. Juli. Für diese Gesellschaft ist Sixto Atrio tätig, der auch die Pergamon-Geschäftsführung übernommen hat.

Auf 6,5 Millionen Euro belaufen sich die Forderungen der Stadt Ludwigshafen gegenüber der **NPK**. Geschätzter Gesamt-Wert der beiden Krankenhäuser in Lengerich und Oberhausen: bis zu 17 Millionen Euro.

Keinen Grund zur Besorgnis sehe Sixto Atrio. Das erklärt Christina Wiciok, Pressesprecherin der beiden Krankenhäuser in Oberhausen und Lengerich. Die **NPK** sei an beiden Standorten nur Gesellschafter, nicht Träger gewesen. Deshalb sei die Auslösung zunächst in eine Zwischenholding möglich gewesen.

Für die Gläubiger der **NPK** sieht Christina Wiciok Vorteile in dieser Lösung: Beide Häuser sind wirtschaftlich gesund und dürften einen entsprechenden Preis erzielen. Als Bestandteil der Konkursmasse hätten beim Verkauf erhebliche Abstriche hingenommen werden müssen.

Der Geschäftsführer gibt sich derweil zugeknöpft. Auskünfte zu den beiden Krankenhäusern in Lengerich und Oberhausen werden mit Hinweis auf die in einer intensiven Phase befindlichen Gespräche mit potenziellen Käufern verweigert.

Immerhin: Am bereits im Sommer aufgestellten Zeitplan Verkauf bis zum Jahresende, spätestens Anfang 2007 soll festgehalten werden.

Donnerstag, 26. Oktober 2006 | Quelle: Westfälische Nachrichten (Lengerich)

| **Borken: Faulbrut im Bienstock in Vreden aufgetaucht | | Kreis Steinfurt: Wirtschaftlich gut aufgestellt** | **wm.tv Schlagzeilen |**

news

02. Nov 2006, 18 Uhr 07

Lengerich: Stadt sucht neuen Träger für
Krankenhaus

Die Stadt Lengerich steht weiterhin zum Krankenhaus in ihrer Stadt. Die offizielle Stellungnahme von Rat und Verwaltung las Bürgermeister Friedrich Prigge am Dienstag abend in der Ratssitzung vor. Nach dem Konkurs der Betreibergesellschaft müsse nun im Interesse der Bürger und Mitarbeiter nach einem neuen Träger gesucht werden. Die Ursachen für den Konkurs seien nicht in Lengerich, sondern bei der Betreibergesellschaft selbst zu suchen, sagte der Bürgermeister. Die Zwischenholding führt mittlerweile Gespräche mit dem Ibbenbürener Klinikum. Innerhalb von drei Jahren war das Krankenhaus unter zwei Trägern in Konkurs geraten.

Autor: AH

Zu den aktuellen News

The screenshot shows the westline-Archiv interface. At the top left is the westline logo with a blue arrow icon. Below it is a navigation bar with a blue arrow icon and the text 'STARTSEITE'. To the right is a search bar with the placeholder 'Kontakt zu Ihrer Tageszeitung: Bitte wählen Sie...'. Further right are links '» Kontakt zu westl' and '» Werben bei west'. Below the search bar is a title 'westline-Archiv'. Underneath is a search input field containing 'helios', a date range selector from '2007' to 'Alle Orte', and a sorting option 'Relevanz' (selected). A 'Suchen' button is also present. The main content area features a large bold heading 'Die Sonne geht auf'.

Von Michael Baar

Lengerich. Das Krankenhaus Lengerich hat einen neuen Besitzer. Die **Helios** Kliniken GmbH hat das 130-Betten-Haus übernommen. Die Nachricht ist in der Klinik mit Erleichterung vernommen worden. Ein halbes Jahr Hoffen und Bangen ist vorbei, freut sich Annette Große-Heitmeyer. Umgehend seien alle Beschäftigten informiert worden, fügt die Verwaltungsdirektorin im Gespräch mit den Westfälischen Nachrichten hinzu.

Die Entscheidung ist am Mittwochabend gefallen. Mit dem Krankenhaus Lengerich ist auch das St. Elisabeth-Krankenhaus in Oberhausen von **Helios** übernommen worden. Die Zustimmung der Kartellbehörden steht noch aus. Wir erwarten eine kurzfristige Freigabe, sagt Constanze von der Schulenburg. Hindernisse auf dem Weg dorthin werden nicht gesehen, fügt die Pressemitrbeiterin der **Helios** Kliniken GmbH hinzu.

Die hohe medizinische Qualität der beiden Häuser habe **Helios** überzeugt, wird der Hauptgeschäftsführer Ralf Michels in einer Pressemitteilung zitiert. Darauf basierend würden sehr gute Entwicklungschancen an beiden Standorten gesehen.

Das Leistungsspektrum sieht gut aus, bestätigt Constanze von der Schulenburg für das Krankenhaus Lengerich und hält es für ausbaufähig. Wenn es so weit kommt, dann allerdings unter anderem Namen. Alle unsere Häuser führen die Bezeichnung **Helios** im Namen, sagt die Pressemitrbeiterin. **Helios** Klinik Lengerich dürfte jetzt die korrekte Bezeichnung lauten.

Im vergangenen Jahr sind im Krankenhaus Lengerich 4310 Behandlungsfälle gezählt und ein Gesamtumsatz von 11,8 Millionen Euro erwirtschaftet worden. Das Haus schreibt auf dieser Basis das ist immer wieder von allen Beteiligten betont worden schwarze Zahlen.

Neben **Helios** (griechisch für Sonne) hat es noch weitere Interessenten für eine Übernahme der beiden Krankenhäuser gegeben. Im Zuge der Insolvenz des Trägers Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH (NPK) sind die beiden Kliniken in einer Zwischenholding geparkt worden.

In Berichten ist immer wieder von einem Marktwert beider Häuser im Bereich zwischen sieben und 17 Millionen Euro die Rede gewesen. Wie viel die **Helios** Kliniken GmbH für die Kliniken in Lengerich und Oberhausen auf den Tisch gelegt hat? Über den Kaufpreis wurde Stillschweigen vereinbart, heißt es dazu lapidar in der Pressemitteilung aus Berlin, dem Sitz von **Helios**.

Freitag, 02. Februar 2007 | Quelle: Westfälische Nachrichten (Lengerich)

Kontakt zu Ihrer Tageszeitung:   >> Kontakt zu west
>> Werben bei west

westline-Archiv

Sortierung: Relevanz Aktualität

Helios Kliniken GmbH

Zur **Helios** Kliniken Gruppe gehören zurzeit 55 eigene Kliniken. Mit dem Krankenhaus Lengerich und dem St. Elisabeth-Krankenhaus Oberhausen wären es dann 57 Häuser. Vier der Spitäler sind in Tschechien. 26200 Mitarbeiter kümmern sich um insgesamt 15200 Betten beziehungsweise die darin liegenden Patienten. Fünf Männer bilden die Geschäftsführung der **Helios** Kliniken GmbH. Diese Gesellschaft ist ein Unternehmen der Fresenius ProServe. In Deutschland hat die **Helios** Regionen definiert, die sich nach den von den Bundesländern vorgegebenen Zwängen richten. Die Häuser in Lengerich und Oberhausen werden in die Region West eingegliedert. Nach eigenen Angaben ist **Helios** Marktführer bei den deutschen Akutkliniken. Weiteres Aufgabenfeld sind Rehabilitationskliniken. Bundesweit sind im vergangenen Jahr in **Helios**-Häusern rund 420000 Patienten stationär versorgt worden. Im Geschäftsjahr 2005 wurde ein Umsatz von 1,55 Milliarden Euro erwirtschaftet.

| -mba-

Freitag, 02. Februar 2007 | Quelle: Westfälische Nachrichten (Lengerich)

Lengerich

Hängepartie für bis zu 60 Beschäftigte

Von Michael Baar

Lengerich. Bei aller Freude über die Übernahme des Lengericher Krankenhauses durch die Helios Kliniken GmbH: für 50 bis 60 Beschäftigte an der Martin-Luther-Straße ist die Hängepartie in Folge der NPK-Insolvenz noch nicht zu Ende. Der Grund: Sie sind nicht bei der Krankenhaus-Gesellschaft beschäftigt, sondern bei einem der vielen Tochterunternehmen der Neuen Pergamon Krankenhausmanagement GmbH.

Im Büro des NPK-Insolvenzverwalters in Heidelberg geht man davon aus, dass von Seiten der Kartellbehörde keine Einwände gegen die Übernahme der Hospitäler in Lengerich und Oberhausen durch Helios erhoben werden.

Wie es allerdings mit den Beschäftigten weitergehe, die in den Bereichen EDV, Technik, Hauswirtschaft und Catering eingesetzt sind, stehe in den Sternen. Es gibt Tochterunternehmen der Pergamon, da wird es sehr schwer, sagte gestern auf Anfrage der Westfälischen Nachrichten ein Mitarbeiter der Kanzlei Wellensiek.

Auch in Heidelberg geht man davon aus, dass die für den Krankenhaus-Betrieb unerlässlichen Aufgaben außerhalb des medizinischen Bereichs über kurz oder lang vom neuen Träger übernommen werden. Ob damit auch die Beschäftigten einen neuen Dienstherrn erhalten, vermochte in Heidelberg niemand zu sagen. Constanze von der Schulenburg, Pressesprecherin der Helios Kliniken GmbH, hatte am Donnerstag bestätigt, dass nur die Krankenhaus-GmbH von dem Berliner Konzern übernommen worden sei. Was mit anderen Tochter-Unternehmen der Neuen Pergamon geschehe, sei Sache des Insolvenzverwalters.

02. Februar 2007 | Quelle: Westfälische Nachrichten

Donnerstag, 27.07.2006

St. Elisabeth hofft auf gute Zukunft

Styrumer Klinik wurde aus NPK herausgelöst Aufatmen im St. Elisabeth-Krankenhaus. Wie die WAZ berichtete, wurde ein Weg gefunden, mit Hilfe einer Bank die Zukunft der Oberhausener Klinik und des Krankenhauses Lengerich - beide gehören zum insolvenzgefährdeten Krankenhauskonzern Neue Pergamon (NPK) - zu sichern. Zu diesem Zweck wurden beide Häuser aus der NPK herausgelöst und in einer Zwischenholding geparkt. Damit konnte ein Notverkauf der Krankenhäuser unter Wert verhindert werden. Die Mitarbeiter müssten keine Gehaltseinbußen in Kauf nehmen oder andere Verzichte leisten, heißt es in einer Pressemitteilung der Styrumer Klinik.

"Wir haben nun genug Zeit, uns in Ruhe nach einem optimalen Investor für das Elisabeth-Krankenhaus umzuschauen. Man hat uns von allen Seiten bestätigt, dass wir gut aufgestellt sind und unser Haus optimistisch in die Zukunft blicken kann. Das ist natürlich auch für die Investoren wichtig", erklärte Geschäftsführer Ingo Krohn. "In den nächsten Monaten werden wir mit einem neuen Träger unsere gute Position am Oberhausener Krankenhausmarkt sogar noch verstärken können", so Krohn weiter.

27.07.2006 Westfälische Allgemeine

Donnerstag, 27.07.2006

Notverkauf abgewendet

KRANKENHÄUSER. Elisabeth-Krankenhaus nicht mehr unter Trägerschaft der "Neuen Pergamon".

Ein neuer Investor ist zwar noch nicht gefunden, trotzdem blicken die Verantwortlichen des Elisabeth-Krankenhauses wieder optimistischer in die Zukunft: Mit sofortiger Wirkung wurde die Styrumer Klinik gestern aus der in die Krise geratenen Trägergesellschaft "Neue Pergamon" herausgelöst und in einer Zwischenholding "geparkt". Dadurch konnte ein Notverkauf unter Wert abgewendet werden, der Geschäftsbetrieb kann weiterlaufen und die rund 300 Mitarbeiter brauchen keine Gehaltseinbußen zu befürchten.

Gleiches gilt für das Krankenhaus Lengerich. Gemeinsam mit der finanziierenden Bank habe eine Lösung erzielt werden können, die den Geschäftsbetrieb in beiden Häusern sichere, erklärte Christina Matschuck, Sprecherin des Elisabeth-Krankenhauses. Die Holding habe Gesellschafteranteile gekauft, die sie zu einem späteren Zeitpunkt wieder verkaufen werde.

"Wir haben nun genug Zeit, uns in Ruhe nach einem optimalen Investor für das Elisabeth-Krankenhaus umzuschauen. Man hat uns von allen Seiten bestätigt, dass wir gut aufgestellt sind. Das ist natürlich auch für die Investoren wichtig", erklärt Ingo Krohn, Geschäftsführer der Styrumer Klinik.

Die Trennung von der Trägergesellschaft "Neue Pergamon" (NPK) sei zum einen auf Geheiß der Banken vollzogen worden, zum anderen, um bestehende millionenschwere Schadenersatzforderungen gegen die NPK nicht auch auf die Krankenhäuser übertragen zu müssen.

Die Gespräche mit potentiellen Investoren laufen derweil weiter: "Ob beide Krankenhäuser zusammen übernommen werden oder einzeln verkauft werden, ist zu diesem Zeitpunkt noch nicht bekannt", so Ingo Krohn. 13 Interessenten soll es derzeit geben, erklärte Matschuck gestern gegenüber der NRZ: "Da muss man jetzt ganz in Ruhe gucken, das kann durchaus Monate dauern, aber die Zeit haben wir jetzt ja glücklicherweise."

27.07.2006 MARTINA NATTERMANN

Abschied von der Pergamon

Von Michael Baar

Lengerich. Ein Notverkauf des Lengericher Krankenhauses ist kein Thema mehr. Das Haus wurde, ebenso wie das St. Elisabeth-Krankenhaus Oberhausen, in einer Zwischenholding geparkt. Das teilte gestern Sixto Atrio mit. Der Rechtsanwalt ist Interimschef der in finanzielle Schieflage geratenen Neue **Pergamon** Krankenhaus Management GmbH, die unter anderem Trägerin dieser beiden Häuser ist.

Erst vor drei Jahren hatte die **Pergamon** das Lengericher Krankenhaus übernommen und so vor der Insolvenz gerettet. Seit dem hatte sich das Haus (130 Betten 55 Chirurgie, 65 Innere, sieben HNO, drei Augen) in einem kontinuierlichen Aufwärtstrend befunden und wieder schwarze Zahlen geschrieben.

Wer sich hinter der Zwischenholding verbirgt, darüber wollte Christina Matschuck gestern keine Angaben machen. Es ist Stillschweigen vereinbart worden, sagte die Pressesprecherin der beiden Krankenhäuser. Positiv für die Beschäftigten (rund 250 am Standort Lengerich, etwa 300 in Oberhausen): Sie müssen keine Gehaltseinbußen in Kauf nehmen oder andere Verzichte leisten. Der nächste Schritt ist vorgezeichnet: Es wird ein neuer Investor gesucht. Dafür haben wir jetzt genügend Zeit, um in aller Ruhe nach einer optimalen Lösung zu suchen, zeigte sich Annette Große-Heitmeyer gestern erleichter. Die Verwaltungsdirektorin des Lengericher Krankenhauses ist zuversichtlich, in den nächsten Monaten einen starken Träger zu finden, um unsere gute Position am Krankenhausmarkt sogar noch verstärken zu können.

Zur Trennung von der **Pergamon** haben zwei Gründe geführt: Die Banken der Trägergesellschaft haben darauf bestanden. Zum anderen wird dadurch verhindert, dass Schadenersatzforderungen gegenüber der **Pergamon** auf die beiden Krankenhäuser übertragen werden können.

Völlig offen ist zurzeit, ob die beiden Krankenhäuser in Lengerich und Oberhausen gemeinsam oder einzeln an einen neuen Träger verkauft werden. Bis zum Jahresende, so schätzte Christina Matschuck gestern vorsichtig, könnte eine Entscheidung fallen.

In Deutschland gibt es einige private Krankenausträger-Gesellschaften. Zu den größten gehören die zur Fresenius-Gruppe gehörende Helios-Kliniken GmbH (51 Einrichtungen), die Rhön-Klinikum AG (45 Häuser) und das Unternehmen Asklepios mit derzeit 92 Einrichtungen weltweit.

Freitag, 28. Juli 2006 | Quelle: Westfälische Nachrichten
(Lengerich)

Wir haben Zukunftspläne

Von Michael Baar

Lengerich. Wir haben Zukunftspläne und arbeiten an deren Umsetzung. Annette Große-Heitmeyer lässt keinen Zweifel an der Zukunft des Lengericher Krankenhauses. Wir werden definitiv einen neuen Träger erhalten, sagt die Verwaltungsdirektorin. Zum Jahresende, spätestens zu Beginn des Jahres 2007, soll der Besitzerwechsel vollzogen werden, erklärt sie gestern auf Anfrage.

Mitte Juli ist die Hiobs-Botschaft bekannt geworden: Die Neue **Pergamon** Krankenhausmanagement GmbH hat einen Antrag auf Insolvenz gestellt. Unvermittelt wieder auf der Kippe zu stehen scheint das Lengericher Krankenhaus. Doch sehr schnell kristallisiert sich heraus: Die Lage ist bei weitem nicht so dramatisch wie im Sommer 2003. Tief in den roten Zahlen, hat vor drei Jahren das endgültige Aus für das 130 Betten-Haus gedroht. Durch den Einstieg der Neue **Pergamon** ist das abgewendet worden.

Jetzt ist der Retter in Turbulenzen geraten. Schnell stellt sich heraus: In Lengerich wird es weiter ein Krankenhaus geben. Sixto Atrio, vorübergehend zum Geschäftsführer bestellt, löst das Lengericher Krankenhaus und das Elisabeth-Hospital Oberhausen aus dem **Pergamon**-Verbund. Die beiden Häuser werden in einer Zwischenholding geparkt, teilt er im Juli mit. Hinter diesem Begriff verbirgt sich die MVG Beteiligungen AG aus dem sauerländischen Plettenberg.

In den vergangenen knapp zwei Monaten sind zahlreiche Gespräche mit potenziellen Interessenten geführt worden. Rund 20 Investoren haben ihr Interesse am Lengericher Krankenhaus erklärt. Eine Zahl, von der Annette Große-Heitmeyer überrascht worden ist. In einem so genannten Bieterverfahren werde die Spreu vom Weizen getrennt. In der Endauswahl, so schätzt sie, werden noch drei oder vier Investoren stehen.

Dass die Klinik an der Martin-Luther-Straße so großes Interesse findet, verwundert die Verwaltungsdirektorin nicht. Die Strukturen sind seit dem Jahr 2003 neu geordnet worden. Heute sind wir fast komplett auf dem neuesten Stand, lediglich im Detail müssen wir noch ein paar kleine Hausarbeiten erledigen.

Ob Lengerich und Oberhausen als Paket verkauft werden oder jedes Krankenhaus für sich für beide Varianten gibt es Interessenten. Eines der Häuser kaufen und es anschließend dicht machen. Wir werden darauf achten, dass das nicht geschieht, gibt Christina Matschuck die Stimmung in der Führungsetage wieder. Gerade das Elisabeth-Hospital Oberhausen könnte für einen solchen Schritt interessant sein: Laut Krankenkassen gibt es in der Ruhrgebietsstadt 250 Krankenhausbetten zu viel. Das Elisabeth-Hospital hat 203 Betten.

Versüßt werden könnte ein solches Vorgehen mit einer Prämie seitens der Kostenträger für den Käufer. Das soll schon vorgekommen sein, berichtet die Pressesprecherin der beiden Krankenhäuser. In Lengerich stehe das überhaupt nicht zur Debatte, in Oberhausen kann sie es sich ebenfalls nicht vorstellen.

Das Pfund, mit dem die beiden Kliniken wuchern können, sind die gewachsenen Strukturen. Ob Wäsche, Apotheke oder Verpflegung: die entsprechenden Aufgaben, bislang von **Pergamon**-Tochtergesellschaften wahrgenommen, sind auf die Krankenhäuser übertragen worden. Die von der **Pergamon**-Tochter Genius beschäftigten Mitarbeiter dürfen ebenfalls optimistisch sein: Genius ist ebenfalls unter die Decke der MVB geschlüpft. Eine Seltenheit in der aktuellen Krankenhaus-Landschaft: Das Lengericher Haus schreibt schwarze Zahlen. In welcher Größenordnung die sich bewegen, will Annette Große-Heitmeyer nicht sagen. Oberhausen, so Christina Matschuk, habe im vergangenen Jahr zwar rote Zahlen (Altlasten aus der Vor-**Pergamon**-zeit) geschrieben. Von der Struktur her sei aber in diesem Jahr mit einem Gewinn zu rechnen.

Der neue Träger für das Lengericher Krankenhaus steht noch nicht fest. Immerhin haben die Beschäftigten bereits ein Wunschprofil formulieren sollen. Dazu sind sie in der vergangenen Woche von Sixto Atrio aufgefordert worden. Ob privater oder öffentlicher Träger, vielleicht sogar eine Stiftung einer dieser Wünsche wird in Erfüllung gehen.

Dienstag, 12. September 2006 | Quelle: Westfälische Nachrichten

MVB AG

Die MVB Beteiligungen AG investiert nach eigenen Angaben in mittelständische deutsche Unternehmen mit bislang nicht voll ausgeschöpftem Wachstumspotenzial. Ein Schwerpunkt dieser Tätigkeit liegt zurzeit im Pharmasektor. Beteiligungen hält die im sauerländischen Plettenberg ansässige MVB in den Branchen Informationstechnologie, Energie, Automotive und Textilien. Bevorzugt werden 100-Prozent-Beteiligungen, grundsätzlich werde aber, wenn ein Partner mit im Boot ist, eine Mehrheitsbeteiligung angestrebt.

Wachstumsbegleitung, Nachfolgeregelung, Management Buy-Outs, Sanierungsbedarf oder Ausgliederung von Unternehmensteilen sind typische Aufgaben, bei denen die Gesellschaft kontaktiert werde. Aktionäre der MVB sind nach eigenen Angaben Privatpersonen. Eine qualifizierte Mehrheit wird von Otto Prange gehalten. Er ist zugleich Vorsitzender des MVB-Aufsichtsrats und als Wirtschaftsprüfer und Steuerberater bei der Prange Business Group tätig. Bei diesem ebenfalls in Plettenberg ansässigen Unternehmen arbeitet auch Sixto Atrio, unter anderem Interims-Geschäftsführer des Lengericher Krankenhauses.-mba-

Dienstag, 12. September 2006 | Quelle: Westfälische Nachrichten

Kontakt zu Ihrer Tageszeitung: Bitte wählen Sie... >> Kontakt zu west
>> Werben bei west

westline-Archiv

 helios 2007 Alle OrteSortierung: Relevanz
Aktualität Suchen

Die Sonne geht auf

Von Michael Baar

Lengerich. Das Krankenhaus Lengerich hat einen neuen Besitzer. Die **Helios** Kliniken GmbH hat das 130-Betten-Haus übernommen. Die Nachricht ist in der Klinik mit Erleichterung vernommen worden. Ein halbes Jahr Hoffen und Bangen ist vorbei, freut sich Annette Große-Heitmeyer. Umgehend seien alle Beschäftigten informiert worden, fügt die Verwaltungsdirektorin im Gespräch mit den Westfälischen Nachrichten hinzu.

Die Entscheidung ist am Mittwochabend gefallen. Mit dem Krankenhaus Lengerich ist auch das St. Elisabeth-Krankenhaus in Oberhausen von **Helios** übernommen worden. Die Zustimmung der Kartellbehörden steht noch aus. Wir erwarten eine kurzfristige Freigabe, sagt Constanze von der Schulenburg. Hindernisse auf dem Weg dorthin werden nicht gesehen, fügt die Pressesprecherin der **Helios** Kliniken GmbH hinzu.

Die hohe medizinische Qualität der beiden Häuser habe **Helios** überzeugt, wird der Hauptgeschäftsführer Ralf Michels in einer Pressemitteilung zitiert. Darauf basierend würden sehr gute Entwicklungschancen an beiden Standorten gesehen.

Das Leistungsspektrum sieht gut aus, bestätigt Constanze von der Schulenburg für das Krankenhaus Lengerich und hält es für ausbaufähig. Wenn es so weit kommt, dann allerdings unter anderem Namen. Alle unsere Häuser führen die Bezeichnung **Helios** im Namen, sagt die Pressesprecherin. **Helios** Klinik Lengerich dürfte jetzt die korrekte Bezeichnung lauten.

Im vergangenen Jahr sind im Krankenhaus Lengerich 4310 Behandlungsfälle gezählt und ein Gesamtumsatz von 11,8 Millionen Euro erwirtschaftet worden. Das Haus schreibt auf dieser Basis das ist immer wieder von allen Beteiligten betont worden schwarze Zahlen.

Neben **Helios** (griechisch für Sonne) hat es noch weitere Interessenten für eine Übernahme der beiden Krankenhäuser gegeben. Im Zuge der Insolvenz des Trägers Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH (NPK) sind die beiden Kliniken in einer Zwischenholding geparkt worden.

In Berichten ist immer wieder von einem Marktwert beider Häuser im Bereich zwischen sieben und 17 Millionen Euro die Rede gewesen. Wie viel die **Helios** Kliniken GmbH für die Kliniken in Lengerich und Oberhausen auf den Tisch gelegt hat? Über den Kaufpreis wurde Stillschweigen vereinbart, heißt es dazu lapidar in der Pressemitteilung aus Berlin, dem Sitz von **Helios**.

Freitag, 02. Februar 2007 | Quelle: Westfälische Nachrichten (Lengerich)

The screenshot shows a search results page for "Helios" on the westline-Archiv website. The search bar contains "helios". Below it, there are filters for "2007" and "Alle Orte". The sorting option is set to "Relevanz". A "Suchen" button is visible. The main content area features a bold heading "Helios Kliniken GmbH". Below the heading, several paragraphs provide information about the company, mentioning its 55 clinics, 26200 employees, and 15200 beds. It also notes its status as a subsidiary of Fresenius ProServe and its market position in Germany. At the bottom, a copyright notice reads "|-mba-".

Kontakt zu Ihrer Tageszeitung: Bitte wählen Sie... ➤ >> Kontakt zu westline
➤ >> Werben bei west

westline-Archiv

helios 2007 Alle Orte

Sortierung: Relevanz Aktualität Suchen

Helios Kliniken GmbH

Zur **Helios** Kliniken Gruppe gehören zurzeit 55 eigene Kliniken. Mit dem Krankenhaus Lengerich und dem St. Elisabeth-Krankenhaus Oberhausen wären es dann 57 Häuser. Vier der Spitäler sind in Tschechien. 26200 Mitarbeiter kümmern sich um insgesamt 15200 Betten beziehungsweise die darin liegenden Patienten. Fünf Männer bilden die Geschäftsführung der **Helios** Kliniken GmbH. Diese Gesellschaft ist ein Unternehmen der Fresenius ProServe.

In Deutschland hat die **Helios** Regionen definiert, die sich nach den von den Bundesländern vorgegebenen Zwängen richten. Die Häuser in Lengerich und Oberhausen werden in die Region West eingegliedert.

Nach eigenen Angaben ist **Helios** Marktführer bei den deutschen Akutkliniken. Weiteres Aufgabenfeld sind Rehabilitationskliniken. Bundesweit sind im vergangenen Jahr in **Helios**-Häusern rund 420000 Patienten stationär versorgt worden. Im Geschäftsjahr 2005 wurde ein Umsatz von 1,55 Milliarden Euro erwirtschaftet.

| -mba -

Freitag, 02. Februar 2007 | Quelle: Westfälische Nachrichten (Lengerich)

Lengerich

Hängepartie für bis zu 60 Beschäftigte

Von Michael Baar

Lengerich. Bei aller Freude über die Übernahme des Lengericher Krankenhauses durch die Helios Kliniken GmbH: für 50 bis 60 Beschäftigte an der Martin-Luther-Straße ist die Hängepartie in Folge der NPK-Insolvenz noch nicht zu Ende. Der Grund: Sie sind nicht bei der Krankenhaus-Gesellschaft beschäftigt, sondern bei einem der vielen Tochterunternehmen der Neuen Pergamon Krankenhausmanagement GmbH.

Im Büro des NPK-Insolvenzverwalters in Heidelberg geht man davon aus, dass von Seiten der Kartellbehörde keine Einwände gegen die Übernahme der Hospitäler in Lengerich und Oberhausen durch Helios erhoben werden.

Wie es allerdings mit den Beschäftigten weitergehe, die in den Bereichen EDV, Technik, Hauswirtschaft und Catering eingesetzt sind, stehe in den Sternen. Es gibt Tochterunternehmen der Pergamon, da wird es sehr schwer, sagte gestern auf Anfrage der Westfälischen Nachrichten ein Mitarbeiter der Kanzlei Wellensiek.

Auch in Heidelberg geht man davon aus, dass die für den Krankenhaus-Betrieb unerlässlichen Aufgaben außerhalb des medizinischen Bereichs über kurz oder lang vom neuen Träger übernommen werden. Ob damit auch die Beschäftigten einen neuen Dienstherrn erhalten, vermochte in Heidelberg niemand zu sagen. Constanze von der Schulenburg, Pressesprecherin der Helios Kliniken GmbH, hatte am Donnerstag bestätigt, dass nur die Krankenhaus-GmbH von dem Berliner Konzern übernommen worden sei. Was mit anderen Tochter-Unternehmen der Neuen Pergamon geschehe, sei Sache des Insolvenzverwalters.

02. Februar 2007 | Quelle: Westfälische Nachrichten

St. Elisabeth-Krankenhaus Oberhausen gGmbH

Unser Ziel: Ihre Gesundheit

Von den Anfängen bis zur Gegenwart

- 1864** Gründung des St. Elisabeth-Krankenhauses als erstes Krankenhaus auf dem heutigen Stadtgebiet Oberhausens durch die Oberin der Barmherzigen Schwestern der heiligen Elisabeth zu Essen, Sr. M. Klara Kopp und Pfarrer Casper Matthias Wilhelm Wolff.
- 1865** Eröffnung des Krankenhauses am 19. April. Drei Barmherzige Schwestern und zwei Ärzte nehmen ihren Dienst auf.
- 1868** Im Laufe der Jahre werden 335 Kranke verpflegt, "darunter 104 evangelische", wie die Essener Zeitung in einer Notiz ausdrücklich vermerkt.
- 1885** Ein Brand verursacht schwere Schäden am Krankenhaus.
- 1887** Erweiterung des Krankenhauses um einen zweistöckigen Westflügel.
- 1904** Installation der ersten Telefonanlage.
- 1905** Die Firma Thyssen schenkt dem Krankenhaus einen Röntgenapparat.
- 1914-1918** Zeitweilig beherbergt das St. Elisabeth-Krankenhaus ein Reservelazarett mit 250 bis 300 Kranken und Verwundeten.
- 1919** Eröffnung der Haut-Abteilung.
- 1926** Anfänge der hausinternen Apotheke.
- 1928** Fertigstellung des Neu- und Erweiterungsbau.
- 1933** Umwandlung der bisherigen Kinderstation in eine Kinderklinik mit 32 Betten.
- 1935** Einweihung der neuen Krankenhauskapelle.
- 1945-1948** Beseitigung der Kriegsschäden.
- 1950** Einrichtung einer eigenständigen Abteilung Gynäkologie/Geburtshilfe.
- 1965** 100-jähriges Jubiläum.
- 1971** Sanierung der OP-Zone.
- 1979-1980** Grundlegende Sanierung der Stationen mit Einbau von Nasszellen.
- 1987-1988** Inbetriebnahme der neuen chirurgischen Ambulanz und Bettenzentrale.
- 1990** 125-jähriges Jubiläum.

- 1991** Inbetriebnahme des Südflügels mit 21 neuen Patientenzimmern, der neuen aseptischen OP-Zone und der Zentralsterilisation.
- 1992** Sanierung der Physikalischen Therapie.
- 1995** Sanierung und Neugestaltung des Eingangs- und Aufnahmebereichs.
Neubau einer Patienten-, Besucher- und Mitarbeitercafeteria.
Erweiterung des Krankenhausparks.
- 1996** Umbau der Funktionsabteilungen Kardiologie und Endoskopie.

Bau von 2 neuen Bettenaufzügen, Renovierung der Röntgenabteilung
- 1997** Kooperation mit der radiologischen Praxis Stauch-Weber-Behr-Högerle Inbetriebnahme des Computertomografen
Die Stationen St. Elisabeth und St. Agnes werden saniert.
- 1998** Baubeginn der neuen Intensivstation,
Sanierung der Belegabteilung St. Hildegard.
- 1999** Inbetriebnahme der neuen interdisziplinären Intensivstation.
Umbau und Sanierung der Spülküche.
Inbetriebnahme der neuen Bettenaufzüge.
- 2000** Einrichtung einer Abteilung für Plastische Chirurgie
Umbau der Wäscherei zu Ambulanzräumen.
Einrichtung eines Schlaflabors.
- 2001** Errichtung des Ambulanten OP-Zentrums
- 2002** Umwandlung des St. Elisabeth-Krankenhaus Oberhausen in eine gemeinnützige Gesellschaft St. Elisabeth-Krankenhaus gGmbH
- 2003** Übernahme des St. Elisabeth-Krankenhaus gGmbH durch die Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH
- 2005** 140-jähriges Jubiläum.
- 2006** St. Elisabeth-Krankenhaus Oberhausen gGmbH trennt sich von der Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH

Elisabeth-Krankenhaus steht zum Verkauf an

18.01.2003 / Lokales / Oberhausen

Elisabeth-Krankenhaus steht zum Verkauf an
Ärzte überrascht - Fusion mit einem kath. Hospital möglich

Das über 100 Jahre alte St. Elisabeth-Krankenhaus in Styrum an der Josefstraße soll seine Eigenständigkeit verlieren. Das beinhaltet auch den möglichen Verkauf dieser über **Oberhausen** hinaus bekannten Krankenanstalt.

Über die Köpfe der Chefarzte bzw. der Ärzteschaft des Hospitals hinweg führt die Verwaltung Veräußerungsverhandlungen. Wie zu erfahren war, gibt es bisher drei Optionen. Die eine ist, man geht ganz mit dem katholischen Mutterhaus **St. Elisabeth** in Essen zusammen, die andere vorstellbare Möglichkeit ist eine Kooperation mit einem anderen katholischen Krankenhaus in **Oberhausen** oder gar in Mülheim.

Die dritte Option ist die heißeste Möglichkeit, der Verkauf des Elisabeth-Krankenhauses nach draußen. Und schon haben sich hier Interessenten eingefunden und führen bereits Verhandlungen. Der Verkaufspreis des Hauses wird mit ca. 6 Mio Euro angegeben. Entschieden ist aber noch nichts.

Dass die Ärzteschaft nicht gerade gut auf dieses Thema zu sprechen ist, ist nur allzu verständlich, ist sie es doch, die für den guten Namen des Hauses gesorgt hat. Das Elisabeth-Krankenhaus hat 220 Betten und beschäftigt rund 300 Mitarbeiter. Es ist wohl letztendlich die Rentabilität, die die Hausverwaltung nach einer Lösung suchen lässt. Das kommt nicht von ungefähr, denn in den letzten Jahren sind in NRW schon andere Krankenhäuser in private Hände verkauft worden. Was mit dem Elisabeth-Krankenhaus nun geschieht, entscheidet letztendlich der Bischof in Essen. Da es sich hier um eine katholische Einrichtung handelt, hat er das letzte Wort. Ihm wäre, so ist zu hören, an einer Fusion mit einem anderen katholischen Krankenhaus eher gelegen.
hesto.

St. Elisabeth steht kurz vor dem Verkauf

04.02.2003 / LOKALAUSGABE / OBERHAUSEN

KRANKENHÄUSER / Die "Paket-Lösung Alt-Oberhausen" ist vom Tisch. Nun soll ein privater Investor zum Zug kommen.

Der Verkauf des Styrumer St. Elisabeth-Krankenhauses an einen privaten Investor steht offenbar unmittelbar bevor: "Wir haben die Verhandlungen mit einem Investor auf den Punkt gebracht. Ich hoffe, dass der Abschluss in Kürze über die Bühne geht", bestätigte Theodor Kleine-Möllhoff, Hauptgeschäftsführer der in Essen ansässigen St. Elisabeth-Stiftung, im NRZ-Gespräch. Die Stiftung ist Hauptgesellschafterin des 240-Betten-Hauses.

Das "Klinik-Paket Alt-Oberhausen", das eine Fusion von EKO, St. Elisabeth und St. Josef vorsah, ist vom Tisch: "Unsere Gespräche darüber sind beendet", erklärt Bert Schmucker, Vorstandsvorsitzender beim EKO. Gescheitert sei das Modell letztendlich an den unterschiedlich-konfessionellen Trägerschaften der Häuser.

"Die Gemeinschaft der Alt-Oberhausener Krankenhäuser war unser klar favorisiertes Modell. Wirtschaftlich wäre es sicher richtig, aber es geht nicht", bedauert Kleine-Möllhoff. Kirchenrechtliche Probleme, die nicht allein in der Verantwortung des Bischofs lägen, stünden dem entgegen: "Es gibt ältere Vereinbarungen zwischen der Evangelischen Landeskirche und dem Bistum, die besagen, dass die Trägerschaft eindeutig einer Konfession zugeordnet sein muss."

Die Konsequenz: Das Haus wird an einen privaten Investor verkauft. Es soll sich dabei um die "Neue **Pergamon** Krankenhaus-Management GmbH" handeln.

MARTINA NATTERMANN

Kirchliche Interessen wahren

04.02.2003 / LOKALAUSGABE / OBERHAUSEN

KRANKENHÄUSER / Bedauern über das Scheitern des Oberhausener Klinik-Modells. Trotz eines privaten Investors - vermutlich die Neue **Pergamon** GmbH - soll die Kirchlichkeit erhalten bleiben.

Das Scheitern des konfessionsübergreifenden Oberhausener Klinik-Modells wird vom EKO sehr bedauert: "Das wäre eine wirtschaftlich vernünftige Lösung gewesen. Und schließlich leben wir nicht mehr im Mittelalter", so Schmucker. Auch Kleine-Möllhoff ist alles andere als glücklich: "Im Gesundheitswesen befinden wir uns in einem dynamischen Entwicklungsprozess. Solche Beschlüsse müssten heute zumindest neu überdacht werden."

Auch beim Verkauf an einen privaten Investor will man darauf achten, dass die besonderen kirchlichen Interessen des Hauses gewahrt bleiben: "Das wird über den Gesellschaftsvertrag geregelt werden."

Der am heißesten gehandelte Investor, die "Neue **Pergamon**-Krankenhaus-Management-GmbH", die ihren Sitz in Ludwigshafen hat, wurde 1995 gegründet und übernahm 1996 das Ludwigshafener Klinikum. In den Folgejahren übernahm die Gesellschaft weitere Betriebsführungen von Krankenhäusern in Schwabach bei Nürnberg, in Gelsenkirchen, Wetter/Ruhr und im tschechischen Riesengebirge. Auch mit der Eifelhöhen-Klinik besteht eine enge Kooperation. (MN)

Elisabeth verkauft Klinik in Oberhausen

24.02.2003 / LOKALAUSGABE / ESSEN

Die Elisabeth-Stiftung hat ihr gleichnamiges Krankenhaus in Oberhausen verkauft. Neuer Eigentümer des 240-Betten-Hauses ist die "Neue Pergamon GmbH". Die 1995 gegründete Firma betreibt bislang vier Kliniken, darunter das Klinikum der Stadt Ludwigshafen mit über 1000 Planbetten. Daneben hält sie Beteiligungen an diversen Kliniken, Rehazentren und Pflegeheimen in Deutschland und der Tschechischen Republik. Der Gesellschafterwechsel tritt rückwirkend zum 1. Januar in Kraft. Wegen des immer größer werdenden Kostendrucks im Gesundheitswesen hatte die St. Elisabeth-Stiftung zunächst eine Kooperation mit anderen Oberhausener Krankenhäusern angestrebt, um im Wettbewerb bestehen zu können. Diese Lösung sei aber vor allem wegen der unterschiedlichen konfessionellen Bindungen der Häuser aus kirchenrechtlichen Gründen gescheitert: "Deshalb hat sich die Stiftung letztendlich entschlossen, Oberhausen loszulassen und sich auf ihre Essener Aktivitäten zu konzentrieren", erläuterte Theodor Kleine-Möllhoff, Hauptgeschäftsführer der Stiftung. Trotz des Verkaufs strebe man weiterhin ein gutes Miteinander an, zum Beispiel im Einkauf oder der Labornutzung. (MN)

"Am Ende schlägt der Schnelle den Langsamen"

24.02.2003 / LOKALAUSGABE / OBERHAUSEN

KRANKENHÄUSER / Das St. Elisabeth-Hospital wurde verkauft.
Beim Leistungsangebot soll es keine Einschnitte geben.

Jetzt ist es offiziell: Das Styrumer St. Elisabeth-Hospital ist verkauft - an die "Neue Pergamon GmbH". Der Gesellschafterwechsel tritt rückwirkend zum 1. Januar in Kraft. Grundlegend ändern soll sich in dem 240-Betten-Haus erstmal nichts: "Wie werden unserem Versorgungsauftrag weiter in vollem Umfang nachkommen", bekraftigte Chefarzt Dr. Hans-Wilhelm Schlösser. Also keine Umwandlung in ein Pflegeheim, wie immer wieder spekuliert worden war. Auch personell soll es keine Einschnitte geben: "Wir haben nicht vor, Personal zu entlassen. Mit diesem Instrument haben wir nirgends gearbeitet", betonte Pergamon-Gesellschafter Prof. Volker Graf.

Zum Hintergrund: Wegen des immer größer werdenden Kostendrucks im Gesundheitswesen hatte die St. Elisabeth-Stiftung, Hauptgesellschafterin des Styrumer Krankenhauses, zunächst eine wirtschaftliche Kooperation mit anderen Oberhausener Krankenhäusern angestrebt, um im Wettbewerb bestehen zu können: Mit St. Josef sei man seit rund 25 Jahren im Gespräch gewesen, auch mit St. Clemens und St. Marien sei verhandelt worden. Zuletzt war ein Klinik-Paket-Alt-Oberhausen - ein Zusammenschluss von EKO, Elisabeth und Josef - favorisiert worden (die NRZ berichtete). Letztere Lösung sei aber vor allem wegen der unterschiedlichen konfessionellen Bindungen der Häuser aus kirchenrechtlichen Gründen gescheitert: "Deshalb hat sich die Stiftung letztendlich entschlossen, Oberhausen loszulassen und sich auf ihre Essener Aktivitäten zu konzentrieren", erläuterte Theodor Kleine-Möllhoff, Hauptgeschäftsführer der Stiftung. Trotz des Verkaufs strebe man weiterhin ein gutes Miteinander an - sehe Möglichkeiten, "Bedarfe zu bündeln" und "Kapazitäten besser zu nutzen". Will heißen: Zum Beispiel in Bereichen wie Einkauf oder Labornutzung ließe sich zu beiderseitigem Vorteil zusammenarbeiten. Auch für andere Krankenhäuser in der Umgebung will man im Verbund ServiceLeistungen anbieten.

Die 1995 gegründete "Neue Pergamon GmbH" betreibt bislang vier Kliniken in Eigenregie, darunter das Klinikum der Stadt Ludwigshafen mit über 1000 Planbetten. Daneben hält sie Beteiligungen an diversen Kliniken, Rehazentren und Pflegeheimen in Deutschland und der Tschechischen Republik.

Was das Oberhausener St. Elisabeth-Krankenhaus trotz des Bettenüberhangs in der Stadt für sie interessant macht? "Wir glauben, dass dieses Haus hervorragend positioniert ist. Und baulich ist es in einem Top-Zustand", so Graf.

Änderungen wolle man behutsam angehen. "Unsere wichtigste Ressource sind die Mitarbeiter." Mit ihnen gemeinsam will man die Klinik zu einem zeitgemäßen Dienstleistungszentrum ausbauen. Die relativ überschaubare Größe des Hauses sei da kein Hindernis: "Am Ende schlägt nicht der Große den Kleinen, sondern der Schnelle den Langsamen", ist Graf überzeugt.

MARTINA NATTERMANN

Pergamon kauft Elisabeth-Hospital

25.02.2003 / Lokales / Oberhausen

Pergamon kauft Elisabeth-Hospital

Komplette medizinische Versorgung des Krankenhauses bleibt erhalten

Das 1865 gegründete Styrumer St. Elisabeth-Krankenhaus ist an einen privaten Träger verkauft worden. Mit Wirkung zum 1. 1. 2003 übernahm die Neue **Pergamon** GmbH das beliebte Hospital zu einem Preis von rund fünf Mio Euro.

Am vergangenen Mittwoch unterschrieb die Essener St. Elisabeth-Stiftung mit **Pergamon** den Gesellschaftervertrag. Wie der Stiftungsvorsitzende Theodor Kleine-Möllhoff versicherte, habe man jahrzehntelang versucht, mit anderen hiesigen Krankenhäusern zusammen zu gehen. Letztendlich seien die Verhandlungen aber immer wieder gescheitert.

Nun schätzen sich beide glücklich, dass das Krankenhaus in seiner jetzigen Form und seinen medizinischen Leistungen erhalten bleibt. Die Bevölkerung im Oberhausener Süden und im Mülheimer Norden können beruhigt sein, die medizinische Dienstleistung bleibt bestehen. Beruhigt sein kann auch das Krankenhauspersonal, niemand wird entlassen. Lediglich Chefarzt Dr. med. E. Hufnagel geht zum Sommer in den Ruhestand. Zwei neue Chefärzte werden für ihn eingestellt, weil die Innere geteilt wird. Mit Dr. Weiland ist schon ein neuer da.

Das Elisabeth-Krankenhaus wird in einer eigenständigen GmbH unter der Leitung der Geschäftsführer Dipl.-Kaufmann Jochen Hartmann und Christoph Klein geführt. Dabei bedienen sie sich der von der St. Elisabeth-Stiftung gebildeten Dienstleistungszentrale etc.

Der bisherige Oberhausener Geschäftsführer Günter Hagenhoff wird die Geschäftsübernahme begleiten. Nach Abschluss des Übergangs aller Bereiche an den neuen Träger wird Johannes Hartmann aus der Geschäftsführung abberufen werden. Es wird jedoch angestrebt, dass die Elisabeth-Stiftung und die **Pergamon** GmbH im Verbund Serviceleistungen auch für andere Krankenhäuser in der Umgebung erbringen.

Pergamon-Sprecher Prof. Dr. Paul Graf wies darauf hin, dass er und seine Partner erfolgreich im Krankenhauswesen tätig seien. So hat die GmbH Krankenhäuser in Gelsenkirchen, in Ostfriesland, Bayern und in Ludwigshafen, Häuser, die z.T. größer wären als das Styrumer.

Überall arbeite man auf technischer und wirtschaftlicher Management-Basis, was schwarze Zahlen einbringe. Er zeigte sich froh, ein so hoch modernes Krankenhaus wie das Styrumer in die GmbH einbringen zu können, die noch an vielen Häusern im In- und Ausland Beteiligungen habe.

Hospital-Verkauf stärkt den Standort Essen

27.02.2003 / Lokales / Essen

Hospital-Verkauf stärkt den Standort Essen

Millionen für Elisabeth-Krankenhaus

Von Bernd Kassner

Der Millionen-Erlös aus dem Verkauf des Oberhausener Elisabeth-Krankenhauses (WAZ berichtete) wird der gleichnamigen Einrichtung in Essen zugute kommen. Das sagte der Hauptgeschäftsführer der St.-Elisabeth-Stiftung Essen, Theodor Kleine-Möllhoff, im Gespräch mit der WAZ.

Die Einnahmen sollen die Belastungen senken, die dem Essener Elisabeth-Krankenhaus durch den weiteren Ausbau der Radiologie (3 Mio Euro) sowie der neuen Kinderstation und dem Neubau einer zentralen Patientenaufnahme im Bereich der bisherigen Kinderstation (8 Mio Euro) entstehen. Zu den weiteren Plänen gehört auch, den Eingang Moltkestraße zu einer zentralen Cafeteria umzuwidmen.

"Über den Verkaufserlös haben wir mit dem neuen Betreiber Neue **Pergamon** GmbH Stillschweigen vereinbart", so Theodor Kleine-Möllhoff, der den Betrag summarisch als "zufriedenstellend" bezeichnet. Angesichts der Entwicklungen im Gesundheitswesen wäre in einigen Jahren deutlich weniger zu erzielen gewesen. Die als Gerücht kursierende Summe von 6 Mio Euro sei allerdings falsch.

Der Hauptgeschäftsführer der Stiftung betonte im WAZ-Gespräch, er hätte eine "Oberhausener Lösung", bei der das dortige katholische Elisabeth-Krankenhaus einen Verbund mit anderen örtlichen Krankenhaus-Betrieben eingegangen wäre, einem Verkauf vorgezogen. Dies sei jedoch an konfessionellen Vorbehalten wie auch am langen Zögern einer anderen katholischen Einrichtung letztlich gescheitert.

Die Neue **Pergamon** unterhält derzeit vier Krankenhäuser in Deutschland und ist an weiteren Kliniken, Reha-Zentren und Pflegeheimen beteiligt. Sie habe sich zur Besitzstandswahrung der Mitarbeiter, zum Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen und zum Erhalt des kirchlichen Charakters des Hauses bekannt.

Kleine-Möllhoff: "Für die Mitarbeiter ist der Verkauf eine den Arbeitsplatz sichernde Maßnahme, denn der neue Eigentümer kann Bereiche erschließen, die für uns als Stiftung nicht erreichbar waren, und auch aggressiver am Markt auftreten."

Die Elisabeth-Stiftung will sich künftig ganz auf den Standort Essen konzentrieren. Besondere Schwerpunkte setzt das Elisabeth-Krankenhaus hier in den Bereichen Frau und Kind sowie Herz- und Gefäßmedizin.

Guten Erlös erzielt

01.03.2003 / Lokales / Oberhausen

Guten Erlös erzielt

Elisabeth-Hospital: Keine andere Lösung

Der Erlös aus dem Verkauf des Elisabeth-Krankenhauses in OB wird der gleichnamigen Einrichtung in Essen zugute kommen.

Das sagte der Hauptgeschäftsführer der St.-Elisabeth-Stiftung, Theodor Kleine-Möllhoff. Die Einnahmen sollen die Belastungen senken, die dem Essener Haus durch den Ausbau entstehen. "Über den Erlös haben wir mit dem neuen Betreiber Neue **Pergamon** GmbH Stillschweigen vereinbart", sagt Theodor Kleine-Möllhoff, der den Betrag summarisch als "zufriedenstellend" bezeichnet.

Bei der Entwicklung im Gesundheitswesen wäre in einigen Jahren wohl deutlich weniger zu erzielen gewesen. Die als Gerücht kursierende Summe von 6 Mio Euro sei allerdings falsch.

Der Hauptgeschäftsführer der Stiftung betonte im WAZ-Gespräch, er hätte eine "Oberhausener Lösung", bei der das dortige katholische Elisabeth-Krankenhaus einen Verbund mit anderen örtlichen Krankenhaus-Betrieben eingegangen wäre, einem Verkauf vorgezogen. Dies sei an konfessionellen Vorbehalten und am Widerstand einer anderen katholischen Einrichtung gescheitert.

St. Elisabeth: Neuer Mann führt Geschäft

12.01.2006 / Lokales / Oberhausen

St. Elisabeth: Neuer Mann führt Geschäft

Ingo Krohn folgt auf Günter Hagenhoff

Mit Jahresbeginn hat Ingo Krohn die Geschäftsführung am St. Elisabeth-Krankenhaus Oberhausen übernommen. Der bisherige Geschäftsführer, Günter Hagenhoff, gab das Zepter weiter, er widmet sich nun den Belangen des Krankenhauses und der neuen Pflegeeinrichtung in Weener (Ems), die wie das Styrumer Haus zur Neue **Pergamon** Krankenhausmanagement GmbH gehören.

Für die Belegschaft der OB-Klinik ist Ingo Krohn kein Unbekannter.

Während seiner 22-jährigen Dienstzeit - zunächst als Bilanzbuchhalter, dann als Verwaltungsdirektor - lernte der 41-Jährige das St. Elisabeth-Krankenhaus kennen und schätzen.

Der neuen Herausforderung als Geschäftsführer stellt sich Ingo Krohn gern. Für das "St. Elisabeth" hat sich der neue Mann des Führungsgremiums

große Ziele gesteckt: Konzentration auf die Kerndisziplinen, Teamarbeit groß schreiben, flache Hierarchien schaffen und vor allem immer den jeweiligen Menschen hinter den Mitarbeitern und Patienten sehen.

Verdi ist sauer auf Elisabeth

06.06.2006 / LOKALAUSGABE / OBERHAUSEN

GESUNDHEIT / Gewerkschaft und Betriebsrat befürchten betriebsbedingte Kündigungen an Alt-Oberhausener Klinik. Krankenhausleitung weist Vorwürfe zurück. Hinter den Kulissen des St.-Elisabeth-Krankenhauses brodelt es gewaltig. Die Geschäftsleitung wolle neun Mitarbeitern der technischen Abteilung kündigen, sagt die Gewerkschaft Verdi. Auf diese Weise solle die Abteilung vollständig geschlossen und die Aufgaben durch einen Werkvertrag an eine zum Betreiber Neue **Pergamon** Krankenhaus Management GmbH gehörende Firma übertragen werden. "Unter den zu Kündigenden sind auch zwei Schwerbehinderte und ein ordentliches sowie ein stellvertretendes Betriebsratsmitglied", entrüstet sich die Gewerkschaft. Die Kündigungen sollten erfolgen, obwohl zwischen Betriebsrat und Geschäftsführung eine Vereinbarung existiere, die betriebsbedingte Kündigungen ausschließe. Für diese Zusicherung hätten Arbeitnehmer sogar Lohnverzicht geübt. "Derzeit versucht die Geschäftsführung durch ,sanften Druck auf die Beschäftigten individuellen Verzicht zu erreichen; der Betriebsrat wünscht eine einheitliche Regelung für alle", so Verdi in einer Pressemitteilung. Petra Sibum und Wilfried Kühle, beide zuständige Fachbereichssekretäre für das Gesundheitswesen im Verdi-Bezirk: "Wir fordern die Geschäftsführung auch namens des Betriebsrates auf, schnellstmöglich ihre Blockadehaltung aufzugeben und Verhandlungen über eine Betriebsvereinbarung aufzunehmen, damit das St. Elisabeth-Krankenhaus mit Hilfe der Beschäftigten auf eine gesunde wirtschaftliche Basis gestellt wird." "**Neue, individuelle Vereinbarungen**"

Die Neue **Pergamon** weist die Vorwürfe der Gewerkschaft zurück: Der Kündigungsschutz für die Mitarbeiter des Krankenhauses sei Ende des vergangenen Jahres ausgelaufen, die genannte Betriebsvereinbarung habe aufgrund eines Landesarbeitsgerichtsurteils keine Gültigkeit. "Eine einheitliche Regelung für alle ist demnach nicht möglich", so Krankenhaus-Geschäftsführer Ingo Krohn. "Arbeitsvertragliche Änderungen können nur individuell abgeschlossen werden. Aus diesem Grund haben wir den Mitarbeitern neue, individuelle Vereinbarungen angeboten." Zudem habe man den Betriebsrat eingeladen, im Rahmen einer Strukturkommission über notwendige Maßnahmen zur wirtschaftlichen Sicherung der Klinik zu sprechen, der Betriebsrat habe dieses Angebot jedoch abgelehnt.

MICHAEL NICOLAS

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

Die Zeitung **WAZ** des Ruhrgebiets

Donnerstag, 13.07.2006

 DRUCKEN

St. Elisabeth sehnt neuen Träger herbei

Besitzer Neue Pergamon droht die Insolvenz.

Investor an Styrumer Krankenhaus interessiert

Paradox: Da machen die 300 Mitarbeiter, darunter 40 Ärzte, des St. Elisabeth-Krankenhauses einen guten Job. Trotzdem herrscht Unruhe in der Styrumer Klinik. Ursache: die drohende Insolvenz des Mutterkonzerns Neue Pergamon Krankenhausmanagement GmbH (NPK), dem Träger des St. Elisabeth. Die Finanzkrise soll vom inzwischen abgelösten NPK-Hauptgesellschafter Prof. Dr. Volker Graf ausgelöst worden sein.

Zur Vorgeschichte: NPK ist Besitzer des St. Elisabeth und einer Klinik in Lengerich. Außerdem managt das Unternehmen im Auftrag kirchlicher und städtischer Träger mehrere andere Krankenhäuser, darunter auch das Klinikum Ludwigshafen. Dort wird Graf vorgeworfen, Bonuszahlungen von Lieferanten, die dem Klinikum zugestanden hätten, nicht weitergeleitet zu haben. Die Stadt Ludwigshafen fordert nun sechs Mio Euro von NPK zurück. Und die Töchter, darunter auch das St. Elisabeth, sollen deshalb bluten.

Gleichwohl gibt sich Ingo Krohn, der Geschäftsführer des Styrumer Krankenhauses, betont gelassen. "Wir haben sofort ein Sanierungskonzept zur Abwendung der Insolvenz erarbeitet und schon einen neuen Investor gefunden". Allerdings müssten noch Gespräche mit einigen Banken geführt werden. Schon in der kommenden Woche hoffe man, einen neuen Besitzer präsentieren zu können. Dem Vernehmen nach handelt es sich bei dem Interessenten um einen großen privaten Krankenhasträger. Dass St. Elisabeth trotz der unverschuldeten Turbulenzen eine gute Partie ist, steht für Krohn außer Frage.

Beste Zukunftsaussichten seien durch eine McKinsey-Studie belegt worden, in der die Spezialisierung auf einige wenige Fachrichtungen sehr positiv bewertet wird. So wurden Spezialisten im Bereich Unfall- und Gelenkchirurgie eingestellt. Aber auch die Plastische und Dermatologische Chirurgie hat einen guten Ruf, ihr Einzugsbereich wächst beständig. "Unsere Belegungszahlen zeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Die Ärzteschaft und alle Mitarbeiter garantieren auch weiterhin für die gute Qualität, die unser Krankenhaus seit jeher auszeichnet", konstatiert Krohn. Die Einrichtung sei gut aufgestellt. Er gehe davon aus, die Position auf dem Oberhausener Krankenhausmarkt stärken zu können. Im letzten Jahr verzeichnete St. Elisabeth 6500 stationäre und 13 000 ambulante Patienten. Das Krankenhaus ist zudem wichtiger Bestandteil der Notfallversorgung in Oberhausen.

"Wir sehen dem Wechsel des Trägers sehr optimistisch entgegen", sagt auch der ärztliche Direktor des Hauses, Dr. Jörg Weiland, zugleich Chefarzt der Inneren Medizin. Alle wichtigen Informationen seien sofort an die Belegschaft weitergegeben worden, der Betrieb sei durch die Krise in keiner Weise beeinträchtigt, die Akzeptanz bei Bevölkerung und niedergelassenen Ärzten unverändert hoch. Bei den Mitarbeitern hätten die Tartarenmeldungen aus Ludwigshafen keine Verunsicherung ausgelöst. Weiland: "Wir haben gar keine Zeit, uns über solche Dinge Gedanken zu machen". Der Chefarzt spürt nach eigenen Angaben sogar eine Art Motivationsschub: "Viele arbeiten nach dem Motto: ‚Jetzt erst recht‘."

Kommentar 2. Lokalseite "Viele arbeiten nach dem Motto:

Jetzt erst recht" "Es müssen noch Gespräche mit einigen Banken geführt werden"

13.07.2006 Von Rolf Kiesendahl

Elisabeth hofft auf neuen Investor

14.07.2006 / LOKALAUSGABE / OBERHAUSEN

KRANKENHAUS. Der Träger der Styrumer Klinik, die "Neue Pergamon GmbH", steht vor der Insolvenz. Ein neuer soll bereits in den Startlöchern stehen. Der Träger des St.

Elisabeth-Krankenhauses in Styrum, die Neue Pergamon Krankenhaus-Management GmbH (NPK), steckt in der Krise. Der Gesellschaft droht die Insolvenz. Gegen ihrem Hauptgesellschafter, Volker Graf, der anfangs auch einige Monate Geschäftsführer in Oberhausen war, ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen Untreue. Von dieser Entwicklung ist auch das Elisabeth-Hospital betroffen. Dennoch ist Ingo Krohn, Geschäftsführer der Styrumer Klinik, zuversichtlich, dass "wir in der nächsten Woche einen neuen Investor vorstellen und mit dem neuen Träger unsere gute Position am Oberhausener Krankenhausmarkt sogar noch verstärken können." Zum Hintergrund: Graf wird vorgeworfen, Bonuszahlungen aus Lieferantengeschäften nicht an das Klinikum Ludwigshafen weitergeleitet zu haben. Wie die Zeitung "Die Rheinpfalz" in Ludwigshafen berichtete, stellt die Stadt Ludwigshafen nun gegen ihn und die "Neue Pergamon" Schadenersatzforderungen von 6,6 Millionen Euro. "Wir sind bestürzt über diese Vorgänge und haben sofort reagiert", so Ingo Krohn: "Ungeachtet der bisherigen Trägerschaft ist und bleibt die medizinische und pflegerische Versorgung der Patienten des St. Elisabeth-Krankenhauses auf gleichbleibend hohem Niveau. Wir haben ein Sanierungskonzept zur Abwendung der drohenden Insolvenz des Krankenhausträgers erarbeitet und bereits einen potentiellen Investor gefunden."

Ärztehauspläne sollen weiter Bestand haben

"Die Neue Pergamon wird bald nicht mehr existieren. Der neue Investor - eine große Unternehmensgruppe - wird auch Oberhausen übernehmen", erklärte Krohn im NRZ-Gespräch. Auch von den Plänen zum Bau eines neuen, der Klinik angeschlossenen Ärztehauses soll er sehr angetan sein. Unter den rund 300 Mitarbeitern in Oberhausen herrsche nach dem ersten Schock inzwischen eine "richtige Aufbruchstimmung. Jetzt erst recht", sage man sich und freue sich auf den neuen Träger. Das Risiko, dass das Ganze noch scheitern könne und damit auch die Styrumer Klinik unverschuldet mit in die Insolvenz schlittern könnte, sieht Krohn bei "null Prozent". Losgelöst von der Ludwigshafener Klinikum-Affäre hat eine McKinsey-Studie dem Styrumer Krankenhaus beste Zukunftsaussichten bescheinigt. "Und wir haben einen Wahnsinnszulauf von Patienten", freut sich Krohn. Im vergangenen Jahr wurden dort 6500 Menschen stationär, 13 000 ambulant behandelt.

MARTINA NATTERMANN

Montag, 17.07.2006

Pergamon feuert den neuen Chef

St. Elisabeth: Mitarbeiter müssen weiter bangen

Das Verwirrspiel und die Unsicherheit bei der Neuen Pergamon Krankenhausmanagement GmbH (NPK), die zugleich Träger des St. Elisabeth-Krankenhauses in Styrum ist, dauert an. Am Sonntag erhielt Geschäftsführer Hartwick Oswald, erst seit März 2006 im Amt, von den 13 NPK-Gesellschaftern die fristlose Kündigung. Zum Nachfolger beriefen die Eigner den Ludwigshafener Anwalt Sixto Atrio, einen erfahrenen Sanierer im Gesundheitswesen.

Der Bericht einer vor einigen Tagen beauftragten unabhängigen Wirtschaftsprüfungs- und Rechtsanwaltsgeellschaft habe "massive Zweifel an der Zweckmäßigkeit der Handlungen des Geschäftsführers Hartwick Oswald" geweckt, hieß es gestern in einer Pressemitteilung der NPK. Atrio werde sofort Gespräche mit den Banken, Mitarbeitern und Vertragspartnern fortsetzen. Er und seine Gesellschaft gäben einer Sanierung oder einer geordneten Veräußerung von Unternehmensteilen gute Aussichten.

Im Gespräch mit der WAZ wollte sich Atrio zur Zukunft von St. Elisabeth nicht äußern. Erst müsse eine Bestandsaufnahme gemacht werden, dann wisse man, wo NPK stehe. kie

17.07.2006 Westdeutsche Allgemeine

Zentrum für Pharmazie aktuell nicht gefährdet

20.07.2006 / Lokales / Bottrop

Gerüchten zufolge war auch das Zentrum für Pharmazie, das Krankenhäuser mit individuell dosierten Arzneimitteln versorgt, in eine Notlage geraten. Krankenhaus-Geschäftsführer Ingo Krohn räumt finanzielle Schwierigkeiten ein: Nach einer Änderung der Arzneimittelpreise zu Jahresbeginn habe das Zentrum zu den neuen und höheren Preisen einkaufen müssen, sei also in Vorkasse gegangen, denn diesen Preisanstieg könne man erst dann weitergeben, wenn die angeschlossenen Krankenhäuser die Präparate anforderten. Das Bottroper Zentrum versorgt das Elisabeth-Krankenhaus **Oberhausen**, das Marienhospital Buer, das Herzzentrum Essen, das Elisabeth-Krankenhaus Dorsten sowie das Elisabeth-Krankenhaus Gelsenkirchen mit Medikamenten, die in gebrauchsfertigen Dosen geliefert werden.

Zahlen wollte Geschäftsführer Krohn nicht nennen. Er sei zuversichtlich, dass das Zentrum für klinische Pharmazie seine Probleme bald überwunden haben werde. mls

Donnerstag, 27.07.2006

St. Elisabeth hofft auf gute Zukunft

Styrumer Klinik wurde aus NPK herausgelöst Aufatmen im St. Elisabeth-Krankenhaus. Wie die WAZ berichtete, wurde ein Weg gefunden, mit Hilfe einer Bank die Zukunft der Oberhausener Klinik und des Krankenhauses Lengerich - beide gehören zum insolvenzgefährdeten Krankenhauskonzern Neue Pergamon (NPK) - zu sichern. Zu diesem Zweck wurden beide Häuser aus der NPK herausgelöst und in einer Zwischenholding geparkt. Damit konnte ein Notverkauf der Krankenhäuser unter Wert verhindert werden. Die Mitarbeiter müssten keine Gehaltseinbußen in Kauf nehmen oder andere Verzichte leisten, heißt es in einer Pressemitteilung der Styrumer Klinik.

"Wir haben nun genug Zeit, uns in Ruhe nach einem optimalen Investor für das Elisabeth-Krankenhaus umzuschauen. Man hat uns von allen Seiten bestätigt, dass wir gut aufgestellt sind und unser Haus optimistisch in die Zukunft blicken kann. Das ist natürlich auch für die Investoren wichtig", erklärte Geschäftsführer Ingo Krohn. "In den nächsten Monaten werden wir mit einem neuen Träger unsere gute Position am Oberhausener Krankenhausmarkt sogar noch verstärken können", so Krohn weiter.

27.07.2006

Donnerstag, 27.07.2006

Notverkauf abgewendet

KRANKENHÄUSER. Elisabeth-Krankenhaus nicht mehr unter Trägerschaft der "Neuen Pergamon".

Ein neuer Investor ist zwar noch nicht gefunden, trotzdem blicken die Verantwortlichen des Elisabeth-Krankenhauses wieder optimistischer in die Zukunft: Mit sofortiger Wirkung wurde die Styrumer Klinik gestern aus der in die Krise geratenen Trägergesellschaft "Neue Pergamon" herausgelöst und in einer Zwischenholding "geparkt". Dadurch konnte ein Notverkauf unter Wert abgewendet werden, der Geschäftsbetrieb kann weiterlaufen und die rund 300 Mitarbeiter brauchen keine Gehaltseinbußen zu befürchten.

Gleiches gilt für das Krankenhaus Lengerich. Gemeinsam mit der finanzierenden Bank habe eine Lösung erzielt werden können, die den Geschäftsbetrieb in beiden Häusern sichere, erklärte Christina Matschuck, Sprecherin des Elisabeth-Krankenhauses. Die Holding habe Gesellschafteranteile gekauft, die sie zu einem späteren Zeitpunkt wieder verkaufen werde.

"Wir haben nun genug Zeit, uns in Ruhe nach einem optimalen Investor für das Elisabeth-Krankenhaus umzuschauen. Man hat uns von allen Seiten bestätigt, dass wir gut aufgestellt sind. Das ist natürlich auch für die Investoren wichtig", erklärt Ingo Krohn, Geschäftsführer der Styrumer Klinik.

Die Trennung von der Trägergesellschaft "Neue Pergamon" (NPK) sei zum einen auf Geheiß der Banken vollzogen worden, zum anderen, um bestehende millionenschwere Schadenersatzforderungen gegen die NPK nicht auch auf die Krankenhäuser übertragen zu müssen.

Die Gespräche mit potentiellen Investoren laufen derweil weiter: "Ob beide Krankenhäuser zusammen übernommen werden oder einzeln verkauft werden, ist zu diesem Zeitpunkt noch nicht bekannt", so Ingo Krohn. 13 Interessenten soll es derzeit geben, erklärte Matschuck gestern gegenüber der NRZ: "Da muss man jetzt ganz in Ruhe gucken, das kann durchaus Monate dauern, aber die Zeit haben wir jetzt ja glücklicherweise."

27.07.2006 MARTINA NATTERMANN



Neue **Pergamon**: Insolvenz weiter offen

15.08.2006 / LOKALAUSGABE / OBERHAUSEN

WIRTSCHAFT. MVB "hält" das St. Elisabeth Krankenhaus, ist aber an einem Erwerb nicht interessiert. Weiter offen ist, ob das vom früheren Geschäftsführer der "Neue **Pergamon** Krankenhaus Management" (NPK), Hartwick Oswald, beantragte Insolvenzverfahren gegen das Unternehmen vor dem Dortmunder Amtsgericht eröffnet wird. Sixto Atrio, Nachfolger von Oswald bei der NPK, erklärte gestern gegenüber der NRZ, dass er Widerspruch gegen den Antrag eingelegt habe. Derzeit prüfe das Gericht, ob Oswalds Forderung nach Insolvenzeröffnung überhaupt rechtlich zulässig war. **Verhandlungen über Verkauf laufen**

Die "Neue **Pergamon**" hatte zum 1. März 2003 alle Anteile am St. Elisabeth-Krankenhaus übernommen. Finanzielle Einbußen nach Einführung der Budgetierung, und "Auswirkungen der Turbulenzen" um das im Jahre 2005 eingeweihte Bottroper "Zentrum für Klinische Pharmazie", an dem das St. Elisabeth 49 Prozent und das St. Marien-Hospital Gelsenkirchen-Buer 51 Prozent hält, hätten zu einer finanziellen "Schieflage" beigetragen. Vor diesem Hintergrund sollen der NPK eingeräumte Kredite gekündigt worden sein. Folge: eine Liquiditätskrise, die auch das Oberhausener Krankenhaus in seiner Existenz bedrohte. Der zunächst von Seiten der Banken geforderte Notverkauf des St. Elisabeth-Krankenhauses weit unter Wert sei jedoch verhindert worden, weil es in Verhandlungen mit dem finanzierenden Kreditinstitut gelang, das Haus aus der NPK herauszulösen und in einer Zwischenholding der MVB Beteiligungen AG zu "parken". Eine drohende Insolvenz der Klinik, so Atrio, habe so abgewendet werden können. Die MVB, als Investor derzeit schwerpunktmäßig im Pharmabereich tätig, wird unterstützt von der in Plettenberg ansässigen "Prange Business Group", in der Rechtsanwalt Sixto Atrio ebenfalls tätig ist. Seine Spezialgebiete: Insolvenzberatung und Sanierungsbegleitung. Sixto betonte auf Nachfrage, dass MVB nicht an einer teilweisen oder kompletten Übernahme des St. Elisabeth Krankenhauses interessiert sei. Es gebe jedoch eine Reihe von Interessenten, mit denen derzeit über den Kauf des Krankenhauses verhandelt werde. Ein bis zwei Monate könnten sich diese Verhandlungen noch hinziehen, hieß es gestern von Seiten der Styrumer Klinik. Klinik-Geschäftsführer Ingo Krohn hatte zu einem früheren Zeitpunkt bereits erklärt, dass das Haus "seine gute Position am Oberhausener Krankenhausmarkt mit einem neuen Träger noch verstärken" könne.

VOLKER STROMMENGER

St. Elisabeth: "Viele Kaufinteressenten"

05.09.2006 / LOKALAUSGABE / OBERHAUSEN

KRANKENHÄUSER. Insolvenz der ehemaligen Trägergesellschaft NPK ist vorerst abgewendet. Die Insolvenz der Neuen **Pergamon** Krankenhaus-Management GmbH (NPK), die bis vor kurzem auch Träger des St. Elisabeth-Krankenhauses in Styrum war, ist vorerst abgewendet. Die NPK hat eine Tochterfirma - die Deutsche Gesellschaft für Humanplasma - verkauft und kann damit einen Teil der Verbindlichkeiten, die gegenüber Banken bestehen, ablösen. Das teilte gestern eine Sprecherin des Elisabeth-Krankenhauses mit. Auch für weitere NPK-Tochtergesellschaften soll es schon Kaufinteressenten geben: "Von daher gehe ich davon aus, dass wir bis Ende des Jahres alle Verbindlichkeiten an die Banken und an die übrigen Gläubiger zurückführen können", so Sixto Atrio, Geschäftsführer der Neuen **Pergamon**. Damit sei der Weg frei für einen geordneten Verkauf weiterer NPK-Töchter sowie der beiden Krankenhäuser in Oberhausen und Lengerich, so Atrio. Das rund 300 Mitarbeiter zählende Elisabeth-Krankenhaus in Styrum war kürzlich schon aus der von Insolvenz bedrohten NPK herausgelöst und in einer Zwischenholding "geparkt" worden, um einen möglichen Notverkauf zu verhindern: "Von den Verflechtungen in Ludwigshafen sind wir dadurch nicht mehr betroffen und somit tatsächlich gerettet", so Sprecherin Christina Matschuck. **"Vielzahl von Interessenten"**

Für die beiden Krankenhäuser in Oberhausen und Lengerich gebe es eine Vielzahl von Interessenten, der Verkauf werde deshalb im Bieterverfahren entschieden: "Ob einzeln oder zusammen verkauft wird, ist bis jetzt noch nicht klar", so Matschuck. "Wir gehen aber davon aus, dass der Verkauf bis Ende des Jahres über die Bühne gegangen sein wird." (MN)

"Von Insolvenz keine Rede"

12.09.2006 / Lokales / Oberhausen

Von Gudrun Mattern

In Styrum mehren sich die Gerüchte, das St. Elisabeth-Krankenhaus werde schließen. Dem widerspricht Klinik-Geschäftsführer Ingo **Kohn** entschieden: "13 bis 14 Interessenten sind vorhanden, die Verhandlungen mit den potenziellen Investoren laufen." Wer den Zuschlag erhält, wird bis spätestens Ende des Jahres feststehen.

Kohn betont auch, dass von einer Insolvenz nicht die Rede sein könne: "Wir müssen nicht verkaufen, können uns Zeit lassen mit der Suche nach dem Investor."

Welche Kriterien spielen eine Rolle? **Kohn**: "Idealerweise sollte es jemand sein, der unsere Philosophie teilt, die geht nach wie vor in Richtung Spezialisierung. Es kann nicht jedes Haus alles anbieten."

Als "einen Traum, den ich noch nicht ausgeträumt habe", bringt **Kohn** die Idee des Baus eines Ärztehauses in Erinnerung. Teile des ehemaligen Schwesternheims könnten dafür abgerissen werden, der Komplex sollte mit der Klinik verbunden werden. Ein wichtiger Schritt zur integrierten Versorgung der Patienten.

Was die Spezialisierung angeht, hat man sich seit Juli im Gelenkchirurgischen Zentrum personell komplettiert: Dr. Wilfried Abel, Spezialist für Schulterchirurgie, verstärkt als dritter Partner dieses Fachgebiets Chefarzt der Dr. Walter, Experte der Behandlung verschleißbedingter Erkrankungen des Knie- und Sprunggelenks, der Meniskus-Rekonstruktion, Knorpelchirurgie und Beinachsenkorrektur und Dr. Peter Rommelmann, Spezialist für künstliche Hüft- und Kniegelenke.

St. Elisabeth: Investor steht bis Jahresende fest

02.10.2006 / Lokales / Oberhausen

Der Ex-Gesellschafter des St. Elisabeth-Krankenhauses, die Neue Pergamon (**NPK**), steht jetzt unter vorläufiger Insolvenzverwaltung. Davon ist das St. Elisabeth nicht betroffen. Die Klinik hat sich Ende Juli komplett von der **NPK** getrennt und wurde in einer Zwischenholding geparkt. Zurzeit laufen die Verhandlungen mit Investoren. Im St. Elisabeth macht man keinen Hehl daraus, dass man eine lokale Lösung bevorzugen würde. Wer den Zuschlag erhält, wird bis Ende des Jahres feststehen. Ungeachtet dessen läuft der Betrieb wie gehabt. Die medizinische Versorgung sei auf hohem Niveau gewährleistet.

St. Elisabeth: Zwischenlösungsichert Bestand

02.12.2006 / Lokales / Oberhausen

Der Fortbestand der beiden Krankenhausgesellschaften St. Elisabeth Oberhausen und Krankenhaus Lengerich sowie der drei wirtschaftlich abhängiger Servicegesellschaften (mit insgesamt 1000 Beschäftigten) ist vorerst gesichert. Das teilt die Heidelberger Anwaltskanzlei Wellensiek im Zusammenhang mit dem Insolvenzverfahren Neue **Pergamon** Krankenhaus Management (NPK) mit.

Die NPK war ehemals Gesellschafterin der beiden Krankenhäuser . Als Folge des zwischenzeitlich eröffneten Insolvenzverfahrens wurde es erforderlich, die im Zuge des Sanierungskonzeptes durch die Prange Business Group (Plettenberg) in die KKH Beteiligungsgesellschaft ausgegliederten beiden Kliniken sowie der Service der Servicegesellschaften in den Einflussbereich des Insolvenzverwalters zurückzuführen.

Dieser hat die KKH im Wege einer Treuhandlösung wieder der Neue **Pergamon** zugeordnet. Die Finanzbasis ist damit gesichert, die Kliniken werden jetzt geeigneten Interessenten angeboten.



Kontakt zu Ihrer Tageszeitung:
Bitte wählen Sie..

>> Kontakt zu
westline
>> Werben bei
westline

westline-Archiv

NPK

2006

Alle Orte

Sortierung: Relevanz
Aktualität

Ein-Euro-Deal gekippt: Zurück zur Pergamon

Von Michael Baar

Lengerich. Das Krankenhaus Lengerich ist wieder Bestandteil der im Insolvenzverfahren stehenden Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH (NPK). Das teilte gestern Abend Insolvenzverwalter Dr. Werner Schreiber mit. Der Fortbestand der Krankenhaus Lengerich GmbH und damit die Arbeitsplätze sind vorerst gesichert, heißt es in der Mitteilung. Der Insolvenzverwalter war gestern nicht mehr für eine Stellungnahme zu erreichen. Im Zuge der NPK-Insolvenz waren die Krankenhäuser in Lengerich und Oberhausen für einen Euro an die Prange Business Group im sauerländischen Plettenberg übertragen worden. Dieser Schritt ist gestern rückgängig gemacht worden, bestätigte Vera Eckardt, Pressesprecherin des St. Elisabeth Krankenhauses Oberhausen, auf Anfrage. Sixto Atrio, bislang Interims-Geschäftsführer in Lengerich, gehe davon aus, von diesem Posten abberufen zu werden. Laut Pressemitteilung des Insolvenzverwalters werden die Bemühungen um einen Verkauf nahtlos fortgesetzt. Eines der wesentlichen Ziele sei dabei der Erhalt der Arbeitsplätze in beiden Krankenhäusern. Von Schreiber beauftragt worden ist die AKTIVA Gesellschaft für Management im Gesundheitswesen mbH. Auch dort war gestern niemand mehr für eine Stellungnahme zu erreichen. Die Liste der bisherigen Interessenten für einen Kauf der Krankenhäuser in Lengerich und/oder Oberhausen ist an die Aktiva GmbH übergeben worden. Das habe ihr Sixto Atrio bestätigt, erklärte Vera Eckardt. Nach Angaben des Insolvenzverwalters ist der gestrige Schritt getan worden, um langwierige Rechtsstreitigkeiten zu vermeiden. Die Rechtmäßigkeit des im Frühsommer erfolgten Verkaufs der beiden Krankenhäuser für jeweils einen Euro an die Prange Business Group war von den Hauptgläubigern der Neuen Pergamon Stadt und Klinikum Ludwigshafen in Zweifel gezogen worden. Die Ludwigshafener dürfen damit wieder auf Geld aus dem Insolvenzverfahren hoffen. Insgesamt belaufen sich die Forderungen gegenüber der Neuen Pergamon auf rund 6,5 Millionen Euro. Der Marktwert der beiden Krankenhäuser in Oberhausen und Lengerich wird von Fachleuten auf Beträge zwischen zehn und 17 Millionen Euro geschätzt. Ob an dem vom Sixto Atrio genannten Zeitplan Verkauf der Krankenhäuser bis zum Jahresende festgehalten werde, vermochte Vera Eckardt nicht zu beantworten. Sie selbst fühle sich besser, gestand sie. Die Zuständigkeiten seien klarer geworden, der Weg für eine Verkauf frei, so die beim Oberhauser Krankenhaus angestellte Pressesprecherin.

| Kommentar 2. Lokalseite

Samstag, 02. Dezember 2006 | Quelle: Westfälische Nachrichten (Lengerich)

Ein-Euro-Deal gekippt: Zurück zur Pergamon

Von Michael Baar

Lengerich. Das Krankenhaus Lengerich ist wieder Bestandteil der im Insolvenzverfahren stehenden Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH (NPK). Das teilte gestern Abend Insolvenzverwalter Dr. Werner Schreiber mit. Der Fortbestand der Krankenhaus Lengerich GmbH und damit die Arbeitsplätze sind vorerst gesichert, heißt es in der Mitteilung. Der Insolvenzverwalter war gestern nicht mehr für eine Stellungnahme zu erreichen.

Im Zuge der NPK-Insolvenz waren die Krankenhäuser in Lengerich und Oberhausen für einen Euro an die Prange Business Group im sauerländischen Plettenberg übertragen worden. Dieser Schritt ist gestern rückgängig gemacht worden, bestätigte Vera Eckardt, Presseprecherin des St. Elisabeth Krankenhauses Oberhausen, auf Anfrage. Sixto Atrio, bislang Interims-Geschäftsführer in Lengerich, gehe davon aus, von diesem Posten abberufen zu werden.

Laut Pressemitteilung des Insolvenzverwalters werden die Bemühungen um einen Verkauf nahtlos fortgesetzt. Eines der wesentlichen Ziele sei dabei der Erhalt der Arbeitsplätze in beiden Krankenhäusern. Von Schreiber beauftragt worden ist die AKTIVA Gesellschaft für Management im Gesundheitswesen mbH. Auch dort war gestern niemand mehr für eine Stellungnahme zu erreichen. Die Liste der bisherigen Interessenten für einen Kauf der Krankenhäuser in Lengerich und/oder Oberhausen ist an die Aktiva GmbH übergeben worden. Das habe ihr Sixto Atrio bestätigt, erklärte Vera Eckardt.

Nach Angaben des Insolvenzverwalters ist der gestrige Schritt getan worden, um langwierige Rechtsstreitigkeiten zu vermeiden. Die Rechtmäßigkeit des im Frühsommer erfolgten Verkaufs der beiden Krankenhäuser für jeweils einen Euro an die Prange Business Group war von den Hauptgläubigern der Neuen Pergamon Stadt und Klinikum Ludwigshafen in Zweifel gezogen worden.

Die Ludwigshafener dürfen damit wieder auf Geld aus dem Insolvenzverfahren hoffen. Insgesamt belaufen sich die Forderungen gegenüber der Neuen Pergamon auf rund 6,5 Millionen Euro. Der Marktwert der beiden Krankenhäuser in Oberhausen und Lengerich wird von Fachleuten auf Beträge zwischen zehn und 17 Millionen Euro geschätzt.

Ob an dem vom Sixto Atrio genannten Zeitplan Verkauf der Krankenhäuser bis zum Jahresende festgehalten werde, vermochte Vera Eckardt nicht zu beantworten. Sie selbst fühle sich besser, gestand sie. Die Zuständigkeiten seien klarer geworden, der Weg für eine Verkauf frei, so die beim Oberhauser Krankenhaus angestellte Presseprecherin.

| Kommentar 2. Lokalseite

Samstag, 02. Dezember 2006 | Quelle: Westfälische Nachrichten (Lengerich)

St. Elisabeth: "Fortbestand vorerst gesichert"

04.12.2006 / LOKALAUSGABE / OBERHAUSEN

KRANKENHÄUSER. Krankenhausgesellschaft wurde im Wege einer Treuhandlösung wirtschaftlich wieder der NPK zugeordnet. Die Finanzierung sei sichergestellt, ein zügiger Verkauf wird angepeilt. Der Fortbestand der Krankenhausgesellschaft St. Elisabeth und damit auch die Arbeitsplätze der rund 300 Mitarbeiter seien vorerst gesichert: Das teilt die Heidelberger Anwaltskanzlei Wellensiek mit. Hintergrund: Im Zusammenhang mit dem Insolvenzverfahren der Neuen **Pergamon** Krankenhausmanagement GmbH (NPK), ehemals Gesellschafterin der Styrumer Klinik, war das Krankenhaus in einer "Zwischenholding" geparkt worden, um einen übereilten Verkauf zu verhindern. Dieser Schritt wurde jetzt rückgängig gemacht, die Klinik in den Einfluss des Insolvenzverwalters zurückgeführt. Eine von ihm benannte Steuerberatungsgesellschaft ist als Treuhänder eingesetzt: "Damit ist gewährleistet, dass der beabsichtigte Verkauf ohne negative Beeinflussung durch das Insolvenzverfahren der ehemaligen Muttergesellschaft NPK realisiert werden kann", heißt es in der Mitteilung. Das bereits eingeleitete Bieterverfahren soll nahtlos fortgesetzt werden.

"Nachdem die Verhältnisse jetzt geklärt sind, hoffen wir, dass der Verkauf schnell über die Bühne geht", erklärte Vera Eckart, Sprecherin des Elisabeth-Krankenhauses, gestern gegenüber der NRZ. (MN)



Kontakt zu Ihrer Tageszeitung:
Bitte wählen Sie.

>> Kontakt zu
westline
>> Werben bei
westline

westline-Archiv

+Krankenhaus +lengerich | 2006 | Alle Orte

Sortierung: Relevanz
Aktualität

Krankenhaus: Es sind genug Interessenten da

-mba- Lengerich. Das Krankenhaus Lengerich ist nicht in die Insolvenzmasse der Neuen Pergamon zurückgegangen. Das unterstrich gestern Annette Große-Heitmeyer, Verwaltungsdirektorin des Hauses, im Gespräch mit den Westfälischen Nachrichten. Der Insolvenzverwalter der Neuen Pergamon, Dr. Werner Schreiber, habe vielmehr Anteile an der Zwischenholding übernommen, in die die **Lengericher Klinik** im Zuge der Insolvenz überführt worden ist. Das gelte auch für das St. Elisabeth Hospital Oberhausen.

Annette Große-Heitmeyer bestätigte, dass bei einem Verkauf des **Krankenhauses Lengerich** an einen neuen Träger ein Teil des Erlöses in das Insolvenzverfahren um die Neue Pergamon fließen werde. Die Aussichten für das **Lengericher Krankenhaus** sind nach ihren Angaben gut. Es sind genug Interessenten da, sagte sie, ohne allerdings Namen nennen zu wollen.

Erfreut ist sie darüber, dass wir alle um die Arbeitsplätze kämpfen. Und das am Ende wahrscheinlich mit Erfolg. Ob der zunächst von der Prange Business Group genannte Zeitplan Verkauf des **Krankenhauses** bis zum Jahresende eingehalten werde, vermochte sie gestern nicht zu sagen. Immerhin gehe sie davon aus, dass nicht mehr allzu viel Zeit vergehen werde.

Nach wie vor, so die Verwaltungsdirektorin weiter, sei offen, ob das **Lengericher Krankenhaus** gemeinsam mit dem St. Elisabeth Hospital Oberhausen an einen neuen Träger verkauft werde, oder ob jede Klinik für sich einen neuen Träger erhalte.

Dienstag, 05. Dezember 2006 | Quelle: Westfälische Nachrichten (Lengerich)

Aus „ungesundleben“

Zum 01.03.2003 übernahm die Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH (NPK) alle Anteile des St. Elisabeth-Krankenhauses Oberhausen, an der zuvor zu 98% die St. Elisabeth-Stiftung Essen und zu 2% der Deutsche Caritasverband beteiligt waren.

Es gab seitdem drei Geschäftsführer: Volker Graf, Günter Hagenhoff (der dann vom 01.01.2006 bis 31.03.2006 die Geschäftsführung im Krankenhaus Rheiderland in Weener besorgte) und nunmehr Ingo Krohn.

Die Belegschaft verzichtete seit dem Betreiberwechsel auf das Weihnachtsgeld 2004, Urlaubsgeld 2005, 67% des Weihnachtsgeldes 2005 und das Urlaubsgeld 2006 (nach AVR), das die Neue Pergamon aufgrund der "wirtschaftlich schwierigen Situation" nicht zahlen konnte/wollte. Verhandlungsführer für die NPK war zuletzt Hartwick Oswald.

Im St. Elisabeth-Krankenhaus Oberhausen sind die Pergamon Systemhaus GmbH (für die EDV) und die Genius Catering und Hauswirtschaftliche Dienste GmbH (für Küche und Raumpflege) als Dienstleister tätig. Seit Anfang April 2006 wurde die Pergamon Management GmbH (Geschäftsführer war Hartwick Oswald) als Personaldienstleister für alle pflegefremden Berufe etabliert – auch eine Tochter der Neue Pergamon Krankenhausmanagement GmbH.

Ergänzung am 18.12.2006: Die zum 01.12.2006 fällige Auszahlung des Weihnachtsgeldes für 2006 (nach AVR) wurde unterlassen. Verhandlungen zwischen Betriebsrat und der Geschäftsführung unter Ingo Krohn gab es diesbezüglich nicht. Der Betriebsrat empfiehlt aber individuelle Geltendmachung der Ansprüche, um zu vermeiden, dass diese verjähren.

Ergänzung am 18.12.2006: Die "Pergamon Management GmbH" wurde nunmehr umbenannt in "Pflegezentrum am Teutoburger Wald Lengerich GmbH". Der aktuelle Geschäftsführer dieser Gesellschaft ist den dort Beschäftigten nicht bekannt.

Donnerstag, 24. November 2005 | Quelle: Westfälische Nachrichten

Karl-Heinz Kuck verhehlte nicht, dass das Krankenhaus mit 300 Betten viel zu groß für Lengerich sei. Wir fahren aber schon auf kleiner Flamme. Eine Abteilung ist derzeit an eine Pflegeeinrichtung aus Münster vergeben, die umgebaut wird, schildert der Geschäftsführer. Auch künftig könne er sich vorstellen, in ähnlicher Richtung Angebote zu machen.

*Vorsichtshalber habe man schon den Begriff
„Pflegezentrum Teutoburger Wald“ eintragen lassen.*

Aus dem Bundesanzeiger / Zentralhandelsregister

28.05.05 Pflegezentrum Am Teutoburger Wald GmbH

Amtsgericht: 48565 Steinfurt (HRB7006)
Handelsregister/Neueintragung

12.10.06 Pflegezentrum Am Teutoburger Wald GmbH

Amtsgericht: 48565 Steinfurt (HRB7006)
Handelsregister/Veränderung

„ungesundleben“ Dezember 2006

Liebe Leserinnen und Leser!

Ich danke den Verantwortlichen dieser Seite für dieses Angebot. Das Gesundheitswesen ist im Umbruch und wird zusehens Opfer von kurzfristiger Profitgier. Dieses Angebot informiert erstmals annähernd gründlich über die damit verbundenen Umttriebe.

Als **langjähriger Mitarbeiter des St. Elisabeth-Krankenhaus Oberhausen** muss ich aus Erfahrung sagen: aller caritativen oder religiösen Überzeugung im Handeln zum Trotz steht nun ein unlängst stärkerer Kontrahent gegenüber: die Geldgier - und das ausgerechnet in der Konvergenzphase.

Ich erlaube mir, fortan von **uns** zu schreiben, weil ich glaube, die allgemein vorherrschende Meinung zu repräsentieren. Bitte verzeihen Sie mir, wenn Sie dem als Kollegin oder Kollege widersprechen.

Ich, als langjähriger Mitarbeiter des Krankenhauses, habe erlebt, dass fachlich inkompente Finanzjungleure die Kontrolle über das Krankenhaus übernommen haben. Da wurde der Kauf des Hauses per Kredit finanziert, den das Haus aufgenommen, und dem Käufer überlassen hat. Bewirtschaftung und Tilgung des Kredits besorgte man vor allem durch Einsparungen der Urlaubs- und Weihnachtsgeldzahlungen an die Belegschaft, aber auch durch Einsparungen in der Pflege, sowie Aufschub nötiger Investitionen oder Reparaturen. Die Beschäftigten haben also weitestgehend den Kauf des Hauses bezahlt, ohne Eigentümer zu werden. Dabei wurde wohl kalkuliert auf die Angst der Angestellten gesetzt, ihre Jobs zu verlieren.

Dieses Haus funktioniert. Das Vorjahresergebnis wurde um knapp 10 Prozent übertroffen - bei weniger und teils auch weniger qualifizierten Beschäftigten. Aber das Ende der verträglichen Kosteneinsparungen scheint nun erreicht und der Investitionsstau wird zunehmend größer. Bei weiteren Sparmaßnahmen drohen Auswirkungen auf die Behandlungsmöglichkeiten und damit auf unsere geschätzten Patienten.

Vielleicht wird auch dieses, unser Haus demnächst Opfer kurzfristiger Profitinteressen Dritter, die nicht einmal wissen, was wir eigentlich tun, was uns täglich beschäftigt und antreibt - nämlich das Wohl und die Gesundheit unserer Patienten, für die wir seit 1865 einstehen.

Wir wollen weiter machen. Wir wünschen uns einen Investor, der mit uns den Weg in die Zukunft geht. Wir können und wollen unseren Patienten die bestmögliche medizinische Behandlung zuteil werden lassen und nicht unseren Betreibern zu mehr Wohlstand verhelfen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen eine besinnliche Weihnachtszeit und ein gesundes, erfolgreiches neues Jahr! Ich freue mich auf Ihre Beiträge.

Helios-Gruppe kauft St. Elisabeth



Die Zukunft des St. Elisabeth-Krankenhauses ist nach der Übernahme gesichert. (Foto: Hayrettin Özcan)

GESUNDHEIT. Das Krankenhaus der insolventen Neuen Pergamon Krankenhausmanagement GmbH wird von einem privaten Klinikbetreiber übernommen: Personalkürzungen seien nicht geplant.

Nach langen Verhandlungen wurde am Mittwochabend schließlich der Kaufvertrag unterschrieben, der die 287 Mitarbeiter des St. **Elisabeth**-Krankenhauses aufatmen lassen wird: Das Krankenhaus der seit Oktober 2006 insolventen Neuen Pergamon Krankenhausmanagement GmbH (NPK) ist vom privaten Klinik-Konzern Helios übernommen worden. Der Kauf bedarf nur noch der Zustimmung der

Kartellbehörden, über den Kaufpreis wurde Stillschweigen vereinbart.

"Nach den problematischen Jahren, die hinter uns liegen, bedeutet dies für uns eine hervorragende Perspektive", sagte der Geschäftsführer des St. **Elisabeth**-Krankenhauses, Ingo Krohn, zum Vertragsabschluss. Zukünftig würden die hohe medizinische Leistungsfähigkeit der Kliniken ausgebaut und die Chancen für Synergien und Wissenstransfer genutzt werden. Dr. Hans-Wilhelm Schlosser, ehemaliger Chefarzt am St. **Elisabeth** und dem Krankenhaus immer noch verbunden, freute sich gestern über den Abschluss: "Helios ist ein potentes Unternehmen, dass auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ein Unternehmen führen kann. Den Angestellten wird ein Stein vom Herzen fallen."

Laut Helios-Sprecherin Constanze von der Schulenburg müssen die sich auch in naher Zukunft keine Sorgen um ihre Arbeitsplätze machen: "Es liegen derzeit keine Pläne auf dem Tisch, Personal zu kürzen." Vielmehr habe die Helios-Gruppe "Ausbau-Potenziale" im St. **Elisabeth**-Krankenhaus erkannt, die in Zukunft auch genutzt werden sollten.

Was das konkret für das Krankenhaus bedeutet, sei allerdings noch nicht geplant. Der hohe medizinische Standard und die Qualität der Versorgung habe Helios dazu bewogen, das Haus in Oberhausen und auch das Krankenhaus Lengerich, das ebenfalls zur insolventen NPK gehört, zu kaufen.

Trägerwechsel jetzt perfekt

 WESTFALENPOST

02.01.2001 / POLITIK / MANTEL

Wetter. Der Trägerwechsel des ehemals städt. Krankenhauses ist jetzt rundherum perfekt: Alle zuständigen Behörden und Institutionen haben der privaten Trägerschaft zugestimmt. Auch die Übernahme der Tarifverträge und der Zusatzversorgung der insgesamt 120 Beschäftigten der Krankenhaus Wetter/Ruhr GmbH verlief problemlos. Mit dem Wechsel zur Neuen Pergamon/Eifelhöhenklinik tut sich was im wetterschen Hospital; die Modernisierung läuft auf vollen Touren.

Keine Angst um Krankenhaus Wetter

 WESTFÄLISCHE RUND SCHAU

13.02.2001 / LOKALAUSGABE / WETTER

Wetter. "Es wäre nicht das erste Mal, dass die Krankenkassen in den Busch schießen, um jemanden zu treffen", kommentierte gestern Arno Kuge, Vorstand der Eifelhöhen-Klinik AG und 49%-Mitgesellschafter der "Krankenhaus Wetter GmbH", das gestern veröffentlichte Gutachten mit dem Vorschlag, das Krankenhaus Wetter und 37 andere in Westfalen-Lippe zu schließen. Wie berichtet, hatten die Krankenkassenverbände von Westfalen-Lippe ihr beim Institut für Gesundheits-System-Forschung Kiel in Auftrag gegebenes Gutachten am Montag vorgelegt und seine Aussagen ausdrücklich begrüßt. Dass auch das Krankenhaus Wetter, erst vor einem Jahr in private Trägerschaft überführt, von Schließung bedroht sein soll, ist für Arno Kuge nicht nachvollziehbar: "Wir sind auf einem guten Weg und konnten zuletzt schon eine schwarze Null in die Bilanz schreiben." Im Übrigen bastele man zurzeit an einem Konzept, dass eben auf keine neuen Betten, sondern neue Funktionen bau. In Planung steht dabei ein Anbau mit modernem Operationssaal. Um die Zukunft des Krankenhauses ist Kuge denn auch nicht bange: "Wenn es uns gelingt, die Kassen von unserem wirtschaftlichen Konzept zu überzeugen, läge kein Grund vor, das Haus zu schließen." Und: "Dafür muss man uns nur eine angemessene Zeit geben." Allerdings will Kuge den Schuss der Krankenkassenverbände auch nicht einfach ignorieren. Da werde wohl in Zukunft ein "politischer Prozess ablaufen", der nach aller Erfahrung in seiner Logik nicht immer nachvollziehbar sei. Insofern könne man auch nicht einfach zur Tagesordnung übergehen und "Patienten und Mitarbeiter ohne weiteres beruhigen". Wetters Bürgermeister Werner Laberenz sieht der Entwicklung "ruhig und gelassen" entgegen: "Das Krankenhaus vertritt ein pfiffiges Konzept und wird seine Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen." Im Übrigen hinke das Gutachten der Zeit hinterher und habe das neue Konzept des Krankenhauses überhaupt nicht erfasst. Und genau auf dieses Konzept einer "integrierten Gesundheitsversorgung mit allen Beteiligten der Region" verweist auch Nicole Jakubzig, Geschäftsführerin des wetterschen Krankenhauses: "Daran arbeiten wir, und deswegen gibt es auch keinen Grund zur Besorgnis."

Gefahr für das Krankenhaus

 WESTFALENPOST

12.02.2001 / POLITIK / MANTEL

Wetter. Das Krankenhaus Wetter soll geschlossen werden. Das forderte der Krankenkassen-Verband Westfalen-Lippe gestern in Dortmund und legte ein entsprechendes Gutachten vor. Insgesamt sollen danach in Westfalen 7 000 Klinik-Betten abgebaut werden. Erst zum Januar des letzten Jahres hatte eine neue Betreiber-Gesellschaft aus "Neue Pergamon" und Eifelhöhenklinik das bis dahin städtische Krankenhaus mit seinen insgesamt 104 Betten übernommen.

Erster Bauabschnitt beendet Krankenhaus in Wetter für 150 000 Mark renoviert

WR WESTFÄLISCHE RUNDschau 18.05.2001 / LOKALAUSGABE / WETTER

Wetter. (TiWa) Die erste Bauphase ist abgeschlossen, das Krankenhaus Wetter präsentierte der Presse gestern seine frisch renovierten Räumlichkeiten. "Rund 150 000 Mark wurden in das 104-Betten-Haus investiert", berichtete Geschäftsführerin Nicole Jakubzig. Die Patientenaufnahme und der Pfortenbereich wurden geschickt miteinander kombiniert und damit räumlich vergrößert. Alle Stationen mit insgesamt 45 Zimmern wurden renoviert und erhielten einen neuen Anstrich. "Jede Station hat ihre eigene Farbe, bei der Auswahl wurden die Wünsche unserer Mitarbeiter und Patienten berücksichtigt", so der Internistische Chefarzt Dr. Drowatzky. Im Zuge der Neugestaltung hat die Klinikleitung auf der 1. Station auch einen Aufenthalts- und Warteraum für die Patienten einrichten lassen. "Außerdem wollen wir einem lang gehegten Wunsch der Patienten nachkommen und in Kürze einen gesonderten Raucherraum für Patienten und Besucher einrichten", so Eckhard Randzio als Vertreter der Verwaltung. Bisher wurden die Glimmstängel immer wieder in Sitzgruppen auf den Stationen angezündet, was oft zu Protesten und Beschwerden führte. Auch Vorträge in der Cafeteria Komplett neu gestaltet und vergrößert wurde auch die Mitarbeiter-Cafeteria des Hauses. "Die Cafeteria soll zukünftig auch als Multifunktionsraum für Seminare und Vorträge genutzt werden", so Nicole Jakubzig. Zwei Termine für Patientenseminare stehen bereits fest: Am 28. Mai findet eine Veranstaltung zum Thema "Bluthochdruck" statt, und am 9. Juni hält Dr. Drowatzky einen Vortrag zum Thema "Schmerz". Die Arbeiten am wetterschen Krankenhaus gehen weiter: In Kürze wird mit dem Anbau moderner OP- und Behandlungsräume begonnen. Kostenpunkt: rund 6 Millionen Mark. Die Klinik erwartet für dieses Projekt Zuschüsse vom Land. Mit der räumlichen Ausstattung will man die strukturellen Voraussetzungen für die Umsetzung der integrierten Gesundheitsversorgung in Wetter schaffen. "Bereits in der nächsten Woche sind Probebohrungen vorgesehen, dann kann schon bald der 1. Spatenstich erfolgen", ist Geschäftsführerin Jakubzig optimistisch.

Krankenhaus Wetter frühlings-frisch

WP WESTFALENPOST 18.05.2001 / POLITIK / MANTEL

Wetter. Im Krankenhaus Wetter weht ein frischer Frühlingswind: Für 150 000 Mark ließ der neue Träger Stationen und Zimmer neu streichen. Im ersten Bauabschnitt entstanden außerdem eine neue Cafeteria für die 136 Mitarbeiter des 104-Betten-Hauses, eine größere Patientenaufnahme und ein multifunktionaler Warte- und Aufenthaltsraum. Damit ist der erste Bauabschnitt zur Umgestaltung des Hauses beendet. In einem zweiten Bauabschnitt wollen Neue Pergamon und Eifelhöhenklinik fünf bis sechs Millionen Mark in einen neuen Anbau investieren. Dort sollen moderne OP- und Behandlungsräume sowie Räume für niedergelassene Ärzte entstehen. Fertigstellung in zwei Jahren.

"Kontinuität und was Neues"

 WESTFALENPOST 01.06.2001 / LOKALAUSGABE / WETTER

Wetter. (gau) Donnerstag noch im Wittener Marienhospital, gestern Morgen am OP-Tisch in Wetter: Im fliegenden Wechsel und frisch vom Friseur trat Dr. Frank Sardisong (47) gestern seine Stelle als neuer chirurgischer Chefarzt im Krankenhaus Wetter an. "Kontinuität wahren und Neues ausprobieren", das hat sich der Chef-Chirurg in Wetter zum Ziel gesetzt. Die von Vorgänger Dr. Dieter Sipreck begonnenen endoskopischen Operationen will er fortführen, ebenso die bewährte Schilddrüsen-Chirurgie, neu hinzukommen soll zum Beispiel die Gelenk-Chirurgie. Denn nach seinem Abschluss als Allgemein-Chirurg hat der in Wuppertal geborene Mediziner noch eine Zusatzausbildung zum Arzt für Unfallmedizin an einer Klinik für Unfall-, Hand- und Wiederherstellungs-Chirurgie absolviert. Zuletzt war Dr. Frank Sardisong über zehn Jahre als Oberarzt am Marienhospital in Witten tätig. "Chirurgie von Kopf bis Fuß", will er seinen Patienten in Wetter künftig bieten. Nochwohnt Dr. Frank Sardisong in Witten. Der Umzug nach Wetter ist dann vorgesehen, wenn sich ein geeignetes Zuhause gefunden hat. Motorrad fahren, Wandern und Klettern sind die Hobbies des neuen Chefärztes, der gestern von Krankenhaus-Geschäftsführerin Nicole Jakubzig, Chef-Internist Dr. Uwe Drowatzky und Pflegedienstleiter Hans Kremers begrüßt wurde. "Unser Ziel ist es", so Silvio von Entress-Fürsteneck vom Krankenhaus-Träger "Neue Pergamon", "den Krankenkassen ein preiswertes Angebot mit guter Medizin zu präsentieren". Mit der Entwicklung im letzten Jahr - es war das erste nach dem Trägerwechsel - zeigte sich die neue Geschäftsführung zufrieden: Die Belegungszahlen im Krankenhaus Wetter sind kontinuierlich weiter gestiegen.

Abschied vom Krankenhaus: "Es hat richtig Spaß gemacht"

 WESTFÄLISCHE RUNDSCHAU 27.11.2001 / LOKALAUSGABE / WETTER

Wetter. Abschied von seinem ehemaligen Geschäftsführer und späteren Berater nahm jetzt das Krankenhaus Wetter: Im Rahmen einer kleinen Feierstunde wurde Eckhard Randzio aus dem aktiven Dienst verabschiedet. "Lange Zeit hing unser Krankenhaus an der Beatmungsmaschine. Jetzt, nach Überführung in eine private Trägerschaft, sieht sicherlich nicht alles rosig aus, aber das Haus befindet sich erfolgreich in der Rehabilitation", meinte Wetters Bürgermeister Werner Laberenz in seiner Rede zur Verabschiedung. "Und ich denke, Eckhard Randzio ist ein Motor dieser erfreulichen Entwicklung gewesen. Er hat wesentlich zur Genesung beigetragen." Nach achtjähriger Tätigkeit in der städtischen Kämmerei wurde der gelernte Betriebswirt und Industriekaufmann im Juni 85 ins Krankenhaus "umgesetzt", er übernahm zunächst kommissarisch die Leitung des Wirtschafts- und Verwaltungsdienstes. "Da muss ein Kaufmann hin", entschied der ehemalige Stadtdekan Willi Reiber auf Grund einer besorgniserregenden Entwicklung des Hospitals. Attraktiv war der Job zunächst sicher nicht, denn das 100-Betten-Haus schrieb tiefrote Zahlen, es galt als kaum überlebensfähig. "Doch die anfängliche Skepsis wich nach und nach", so Bürgermeister Laberenz. Eckhard Randzio sah sich selbst als aktiver Gestalter auf dem beschwerlichen Weg, das Krankenhaus zu retten und betriebswirtschaftlich fit für die Zukunft zu machen. Und damit hatte er schließlich Erfolg. Auch als mit der Eifelhöhen AG/Neuen Pergamon ein neuer Träger gefunden wurde, war Eckhard Randzio für das Krankenhaus "von immenser Wichtigkeit", so Bürgermeister Laberenz. "Es hat richtig Spaß gemacht", bekannte Eckhard Randzio selbst aus voller Überzeugung bei seiner Verabschiedung.

Krankenhaus Wetter steckt in der Krise

03.11.2003 / LOKALAUSGABE / WETTER

Wetter. Das Krankenhaus Wetter steckt in der Krise: Geringe Auslastung (um die 50 Prozent) und Umstellung der Abrechnung auf Fallpauschalen haben zu einem Liquiditäts-Engpass geführt.

Zu einer Krisensitzung kamen Gesellschafter, Geschäftsführung und Betriebsrat am Sonntag im Krankenhaus an der Gartenstraße zusammen: Im Jahr 2000 hatte die "Neue Pergamon GmbH" das Krankenhaus von der Stadt Wetter übernommen. Nach anfangs positiver Entwicklung geriet es zuletzt immer weiter in finanzielle Schieflage.

In einer Betriebsversammlung vor wenigen Tagen hatte die Geschäftsführung angedeutet, dass die Zahlung des Weihnachtsgeldes gefährdet sein könnte. In der Krisensitzung am Sonntag vereinbarten Träger, Geschäftsführung und Betriebsrat, dass der tarifliche Anspruch auf das Weihnachtsgeld erfüllt werden soll. Unklar ist allerdings noch, wann es gezahlt werden kann.

Trotz der Krise stellte der Träger klar, dass er am Krankenhaus-Standort Wetter festhalten will. Zur langfristigen Sicherung des Standortes wollen alle Beteiligten ein Konzept erarbeiten und durch "strukturelle Maßnahmen perspektivisch zur Sicherung der Arbeitsplätze und Vermeidung betriebsbedingter Kündigungen beitragen", so eine gemeinsame Erklärung von Träger, Geschäftsführung und Betriebsrat des Krankenhauses.

Die Zahlung von Löhnen und Gehältern an die 130 Mitarbeiter sei durch die aktuellen Liquiditätsprobleme nicht gefährdet, versicherte Geschäftsführerin Nicole Jakubzig gestern. Darüber hinaus befände sich eine Vielzahl von Krankenhäusern zurzeit in einer ähnlichen Situation. Verschärft werde sie in Wetter allerdings dadurch, dass das Krankenhaus im Gegensatz zu kirchlichen oder freien Kliniken an den Tarifvertrag gebunden sei.

Verschärft wird die Situation in Wetter durch personelle Probleme: In der inneren Abteilung ist Chefarzt Dr. Uwe Drowatzky seit längerer Zeit fast auf sich allein gestellt. Und die chirurgische Abteilung steht zum Jahresende ohne Chefarzt da: Dr. Frank Sardisong wird das Haus nach zweieinhalb Jahren verlassen und die chirurgische Praxis von Dr. Khanduja an der Friedrich-Ebert-Straße übernehmen, der aus Altersgründen aufhört. "Die allgemeinen Bedingungen der Krankenhaus-Tätigkeit sind nicht mehr mit meinen Vorstellungen überein zu bringen", erläutert Dr. Sardisong seine Entscheidung: "Es ist eine Summe von Dingen, die hier zu einer großen Unzufriedenheit geführt hat".

Für den scheidenden Chefarzt soll ein neuer Chirurg eingestellt werden, und die innere Abteilung soll einen neuen Oberarzt bekommen, versicherte gestern Geschäftsführerin Jakubzig.

Von Frank Gautzsch

Krankenhaus Wetter ist in der Klemme

WR WESTFÄLISCHE RUNDschau 04.11.2003 / LOKALAUSGABE / WETTER

Wetter. Im Ausschuss für Gesundheit und im Rat forderten die Grünen einen "Sachstandsbericht" zum Krankenhaus. Vergeblich. Nun haben sie ihn - in der Zeitung: Die Klinik hat Schwierigkeiten bei der Auszahlung des Weihnachtsgeldes für die rund 130 Mitarbeiter. Und es soll ein Konzept her, damit es keine betriebsbedingten Kündigungen gibt (die WR berichtete).

"In der letzten Sitzung des Krankenhausbeirates wurde von den privaten Trägern berichtet, die Kooperation mit den Fachärzten entwickle sich eher unbefriedigend", begründeten die Grünen im September ihre Forderung, der Rat möge sich mit dem Zustand des Krankenhauses beschäftigen. Die Mehrheit aber hielt sich in der Oktobersitzung für die falsche Adresse: Die Stadt habe das Krankenhaus doch aus der Hand gegeben. Zuständiges Gremium sei jetzt der Krankenhausbeirat. CDU-Fraktionschef Hans-Walter Borries hält dagegen, dass er so im Rat nichts erfahren habe, um auf die Fragen der Bürger zum Krankenhaus antworten zu können.

Gerade Mitglieder des Krankenhausbeirates waren es, die das Thema gerne im Rat diskutiert hätten. Noch immer lägen bereits im Frühjahr zugesagte Berichte nicht vor, bemängelte Jürgen Uebelgünn von den Grünen. Der Geschäftsbericht der Eifelhöhen-Klinik AG, die vor drei Jahren zusammen mit der "Neuen Pergamon Krankenhaus Management GmbH" das Krankenhaus übernommen hatte, hilft da nicht weiter. Eine Fußnote zum Jahresergebnis vermerkt, dass der Abschlussbericht aus Wetter nicht rechtzeitig vorgelegen habe. Seit ein paar Monaten aber ist er nun doch fertig und testiert, wie aus dem Krankenhaus zu erfahren ist. Vielleicht werden die Beiratsmitglieder ja auf ihrer Sitzung am heutigen Mittwoch entsprechend informiert.

Chirurgie-Chef geht zum Jahresende

Bei der Übernahme im Jahr 2000 war vereinbart worden, neben Chirurgie und Innerer Abteilung einen Art Poliklinik aufzubauen. Aber gerade der Aufbau eines solchen Zentrums für niedergelassene Ärzte mit ambulanter und stationärer Versorgung bereitet augenblicklich Probleme. Man habe seinerzeit von den niedergelassenen Ärzten mehr Zustimmung erwartet, sagt Dr. Uwe Drowatzky, Chefarzt der Inneren Abteilung. Das liege aber weniger am Konzept als an der Altersstruktur der Ärzte in Wetter. Für viele lohne sich eine so große Veränderung nicht mehr. Mit dem Generationswechsel wachse aber sicher auch die Bereitschaft für eine Poliklinik. Deren Konzept, so Drowatzky optimistisch, "wird etwas verspätet realisiert, aber es wird realisiert".

Eine ganz andere Veränderung steht schon zum Jahreswechsel an: Dr. Frank Sardisong, Chefarzt der Chirurgie, verlässt das Haus.

Von Klaus Görzel

Klinik braucht Ruhe zur Genesung

WR WESTFÄLISCHE RUNDschau 06.11.2003 / LOKALAUSGABE / WETTER

Wetter. (kg) Einen breiten Konsens in der Stadt, "dieses Krankenhaus nicht tot zu reden, sondern für den Erhalt zum Wohle aller Patienten und zum Erhalt zahlreicher Arbeitsplätze zu kämpfen", hat Inge Holland im Namen des "Förderkreises Krankenhaus Wetter" angemahnt.

Wenn das Krankenhaus derzeit in einer Krise stecke, läge das nicht zuletzt auch an politischen Entscheidungen wie den Einsparmaßnahmen im Gesundheitswesen. Daher hätte es für sie "einen schalen Beigeschmack", wenn nun "politische Parteien während des Wahlkampfes über dieses Krankenhaus herfallen", so Inge Holland, die für die "Bürger für Wetter" im Rat sitzt.

"Warum wird denn immer wieder in reißerischer Manier der Versuch gemacht, dieses Krankenhaus tot zu reden? Warum gibt man der Geschäftsführung nicht eine Chance, die Krise zu meistern? Und was hat denn die Geschäftsleitung in punkto Information bei objektiver Betrachtung so falsch gemacht?", schreibt die Vorsitzende des Förderkreises. Allerdings hätte auch sie sich eine "frühzeitige, umfassende und ungeschminkte Information über die bestehenden Probleme gewünscht", so Inge Holland weiter. Sie hält es aber auch für legitim, wenn die Geschäftsleitung eines Privatunternehmens zunächst selbst nach Lösungen suche. Und genau das sei geschehen.

"Tragfähige Lösungsansätze"

Am Sonntag hatte es eine Krisensitzung mit Vertretern des Trägers, der Geschäftsleitung und der Beschäftigten gegeben. Bei dieser Sitzung seien offensichtlich "tragfähige Lösungsansätze" gefunden worden, so die Vorsitzende des Krankenhaus-Förderkreises: Beispielsweise soll ein Konzept erarbeitet werden, um betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden.

Inge Holland hofft, dass "nunmehr ein wenig mehr Ruhe in die öffentliche Diskussion einkehren kann, Ruhe, die das Krankenhaus, die Geschäftsleitung, die Mitarbeiter und die Patienten dringend brauchen, um dieses Krankenhaus zu erhalten."

Beirat unterstützt Krankenhaus

WR WESTFÄLISCHE RUNDschau 07.11.2003 / LOKALAUSGABE / WETTER

Wetter. Die angespannte Lage des Krankenhauses Wetter war auch Thema in der Sitzung des Krankenhausbeirates am Mittwoch.

Vertreter des Krankenhausträgers und der Geschäftsführung informierten die Beiratsmitglieder über die aktuelle Entwicklung und die geplanten weiteren Maßnahmen. Derzeit liegt die Auslastung des Hauses bei 50 Prozent, für den Aufbau einer Poliklinik fehlt die erhoffte Akzeptanz. In der Sitzung wurde deutlich, "dass der Träger am Standort des Krankenhauses festhalten wird und zukunftsorientierte und tragfähige Maßnahmen weiterentwickelt", heißt es in einer Presseerklärung der Stadt.

Positiv sei von den Beiratsmitgliedern aufgenommen worden, dass der Klinikträger das tarifliche Weihnachtsgeld zahlen wolle, auch wenn er es möglicherweise nicht auf einen Schlag kann. Der Beirat unterstützte die Entwicklung der Einrichtung im Interesse der örtlichen Gesundheitsversorgung und der Arbeitsplätze, so die Stadt.

Krankenhaus Wetter kann nicht überleben

 WESTFALENPOST

18.03.2004 / LOKALAUSGABE / WETTER

Wetter. (ad) Das Krankenhaus Wetter wird zum 30. Juni geschlossen. Nach Angaben der "Neue Pergamon Krankenhausmanagement-Gesellschaft" als Träger wird das 104-Betten-Haus von den Krankenkassen für die Versorgung der Bevölkerung nicht mehr benötigt und soll aus dem Bedarfsplan des Landes gestrichen werden. Das Haus ist schlecht ausgelastet und rechnet zudem mit einer unzureichenden Vergütung der Leistungen durch das neue Abrechnungssystem.

Der Mehrzahl der 100 Mitarbeiter soll eine neue Beschäftigung in anderen Einrichtungen der Gesellschaft angeboten werden. Mit dem Gemeinschaftskrankenhaus Herdecke und den Kassen soll für Wetter eine ambulante Notversorgung und eine Einrichtung der Kurzzeitpflege aufgebaut werden.

Ärzte fordern Chance für Krankenhaus

 WESTFALENPOST

23.03.2004 / LOKALAUSGABE / WETTER

Wetter. (ad) "Eine Notfallpraxis ist nicht genug", sagt die wettersche Ärzteschaft, "eine Bettenstation muss dabei sein!" Bei einer Stichumfrage haben sich die 20 erreichten Ärzte einstimmig für die Erhaltung des Krankenhauses Wetter ausgesprochen.

Das gaben Dr. Manfred Diensberg, Vorsitzender des Ärzte-Netzwerks EN-Mitte, und Dr. Joachim Singer (Vorstand der Ärzteschaft Wetter) gestern bei einem Pressegespräch bekannt.

"Wir sehen die Möglichkeit, das Haus zu erhalten, wenn die organisatorischen Voraussetzungen so geschaffen werden, wie es ein Mitarbeiterstab im Krankenhaus zur Zeit plant", erklärte Dr. Diensberg.

Im Gegensatz zur bisherigen Trägergesellschaft, der Neuen Pergamon, sind die niedergelassenen Ärzte der Ansicht, dass dieses Haus auch nach Einführung des gesetzlich vorgeschriebenen neuen Abrechnungssystems (Fallpauschale statt Tagessatz) wirtschaftlich arbeiten könne. Die Krankenkassen wären angeblich bereit gewesen, so die Ärzte, noch zwei Jahre stillzuhalten. Nach dem Schließungsbeschluss der Neuen Pergamon sei der Zug womöglich abgefahren. Eine Bestätigung der Kassen war gestern auf Anfrage der WP nicht zu erhalten.

Zwei Jahre brauchten die Mitarbeiter jedoch, um das Haus mit reduzierter Bettenzahl zu konsolidieren. Diese Chance sollten sie erhalten, empfehlen die wetterschen Ärzte. Die Verweildauer sei kurz, der Kontakt zwischen Abteilungsleitern und niedergelassenen Ärzten hervorragend. An die Beteiligten und namentlich die politischen Parteien appellieren die Mediziner, sich "im Interesse der Volksgesundheit" für die Erhaltung des Krankenhauses einzusetzen. "Sie sollten die Alten und Kranken nicht vergessen", unterstrich Dr. Singer. Besonders sie seien auf eine schnelle und wohnortnahe Versorgung angewiesen. Nach Herdecke-Ende zu fahren, bedeute eine halbe Tagesreise und sei oft ein kleines Drama. "Eine 30 000-Einwohner-Stadt braucht ein Krankenhaus!"

Im Krankenhaus Wetter arbeiten Pflegedienst und Personalrat zusammen mit den Ärzten derweil an einem Plan, bestätigten Mitarbeiter gestern in einer Zuschrift an unsere Zeitung. "Wir bitten die Verantwortlichen: Schenkt uns zwei Jahre!" An die Bürger ergeht die Bitte, als Patient gerade jetzt das Krankenhaus aufzusuchen.

Aufgewühlte Stimmung im Stadtsaal: Viele Fragen offen

 WESTFALENPOST

27.03.2004 / LOKALAUSGABE / WETTER

Wetter. Bei leichten Fällen ist Selbstbehandlung angesagt: Der Patient muss seinen Blinddarm eigenhändig heraus operieren. Stürmischen Applaus gab es Donnerstagabend für den einleitenden Sketch bei der großen Info- und Protestveranstaltung gegen die Schließung des wetterschen Krankenhauses.

Die Stimmung im rappelvollen Stadtsaal war aufgewühlt, als Krankenhaus-Betriebsratsvorsitzender Norbert Reifer noch einmal die letzten vier Jahre bilanzierte und kritische Fragen aufwarf: "Bei der Privatisierung bestand ein Gewinnüberhang von 2,5 Millionen Mark. Wo sind die geblieben?" Immer wieder sei die Frage aufgetaucht: Wie können wir unser Haus attraktiver machen. Aber alle Ideen seien in die Schublade gewandert. Auch Dr. Uwe Drowatzky, Chefarzt der Inneren Abteilung, betonte: "Es hat an Konzepten nicht gefehlt. Vieles war geplant, aber alles ist im Sand verlaufen." Er verband seine Worte mit dem Wunsch nach zwei Jahren Zeit, "um ein Konzept aufzubauen und zu beweisen, dass das Krankenhaus in Wetter sehr wohl wirtschaftlich zu führen ist."

"Politik in der Verantwortung" hatte die Krankenhaus-Belegschaft auf Spruchbändern gefordert. Darauf reagierte Bürgermeister Werner Laberenz, der seinen Holland-Urlaub für die Veranstaltung unterbrochen hatte: "Die Verantwortung ergibt sich nicht erst aus der jetzigen miserablen Situation. Die gibt es seit über drei Jahrzehnten. Jeder weiß, dass wir ohne die Aktivitäten von Uli Schmidt schon seit 25 Jahren über dieses Krankenhaus nicht mehr reden würden." Und er erinnerte auch daran, dass die Stadt vor vier Jahren die Klinik allein nicht hätte halten können: "Wir haben das Haus in private Trägerschaft übergeben, sonst gäbe es das Haus seit vier Jahren nicht mehr."

Die entscheidende Verantwortung liege bei den Krankenkassen, so Laberenz, der immer wieder von Zwischenrufen attackiert wurde. "Wenn es nicht gelingt, dass Träger und Kassen noch einmal reden, dann geht das Krankenhaus den Weg, den die anderen auch gehen." An der "blindwütigen Konzentration auf Bettenauslastung" könne er als Bürgermeister gar nichts machen. "Ich schließe kein Krankenhaus", erwiderte er ungehalten auf teils unsachliche Zwischenrufe. Da kein Vertreter der Neuen Pergamon bei der Versammlung erschienen war, richteten sich Wut und Enttäuschung offensichtlich gegen den Bürgermeister.

Betriebsratsmitglied Ilona Bastek-Benscheid und Dr. Drowatzky formulierten schließlich einen Appell: Der Bürgermeister soll bestehende Verträge auf Lücken und Vertragsbrüche überprüfen und sich zudem dafür einsetzen, dass eine für Dienstag festgelegte Zusammenkunft zwischen Neuer Pergamon und Krankenkassen verschoben wird. "Dann haben wir noch etwas Zeit, unsere Konzepte auszuarbeiten", so Dr. Drowatzky.

SPD-Landtagsabgeordneter Uli Schmidt kam direkt von einer Plenarsitzung im Landtag zum Stadtsaal. Er nahm die emotional überaus angespannte Situation auf, gab aber auch einen Teil der Verantwortung für die Misere an die Bürger zurück: "Ich gehe ins Krankenhaus Wetter. Wenn wir das alle getan hätten, gäbe es die Situation hier jetzt nicht." Klar sei für ihn, dass das Krankenhaus erhalten bleiben müsse: "Nur wie wir das hinkriegen und mit welcher Hilfe von wem, das weiß ich nicht."

Einen wohl wichtigen Appell warf schließlich SPD-Fraktionschef Eberhard Fandrey in die aufgebrachte Runde: Die Solidarität aller, die gekommen seien, dürfe nicht zerbrechen. Statt sich gegenseitig zu beschuldigen, solle "machtvolle Stärke" gezeigt werden: "Wir dürfen uns nicht auseinander dividieren lassen."

Von Elisabeth Semme

Alle Verträge sollen auf den Prüfstand

**WESTFÄLISCHE
RUND SCHAU** 21.04.2004 / LOKALAUSGABE / WETTER

Wetter. Die Stadt soll alle ihre Verträge zum Trägerwechsel für das Krankenhaus vor vier Jahren überprüfen. Einen entsprechenden Auftrag soll der Rat in seiner Sitzung am Dienstag erteilen. Das fordert der Betriebsrat der Krankenhaus Wetter GmbH.

"In Anbetracht der bevorstehenden Schließung des Krankenhauses Wetter und der damit verbundenen Kündigungen von etwa 120 Mitarbeitern durch die Neue Pergamon GmbH" bittet der Betriebsrat die Politiker um eine juristische Überprüfung. Die Neue Pergamon hatte das Haus vor vier Jahren von der Stadt Wetter übernommen. Zum 30. Juni hat sie die Schließung angekündigt. Im Gespräch ist eine Übernahme des Hauses durch das Herdecker Gemeinschaftskrankenhaus, das vielleicht in Wetter die ambulante Chirurgie und Wohnbereiche für Demenzkranke unterbringen möchte.

Auf den Prüfstand kommen sollen der Erbbaurechtsvertrag, der Personalüberleitungsvertrag, der Spaltungs- und Übernahmevertrag sowie der Kauf- und Abtretungsvertrag. Die Neue Pergamon habe nach dem Kenntnisstand des Betriebsrates "nicht das Erforderliche getan", nach dem Kauf- und Abtretungsvertrags zu handeln, heißt es in einem Brief, der dem Bürgermeister und den Fraktionsvorsitzenden zugegangen ist. Zudem wird bezweifelt, dass die Neue Pergamon ihrer Informationspflicht gegenüber der Stadt nachgekommen ist.

Einspruch gegen eine Vermietung

Möglicherweise durch einen Dringlichkeitsbeschluss soll der Rat einer möglichen Vermietung des Krankenhausgebäudes widersprechen, so die Forderung des Betriebsrates. Er verweist dabei auf entsprechende Passagen des Erbbaurechtsvertrages. Vor allem aber sei zu prüfen, ob die Stadt das "Heimfallrecht" des Erbbaurechtsvertrages geltend machen könne. "Sollte dies der Fall sein, könnte die Stadt Wetter selbst die Immobilie gewinnbringend vermieten", so der Betriebsrat.

Stadt setzt auf Gespräche mit Träger

WESTFALENPOST 28.04.2004 / LOKALAUSGABE / WETTER

Wetter. Trotz aller Enttäuschung über das Verhalten des Trägers "Neue Pergamon", der das Krankenhaus Wetter Ende Juni schließen will, setzt die Stadt auf Verhandlungen und nicht auf Konfrontation.

Einstimmig verabschiedete der Rat auf Vorschlag des Bürgermeisters eine Resolution: Die Neue Pergamon wird aufgefordert, alle Möglichkeiten wahrzunehmen, in Kooperation mit anderen möglichen Trägern ein medizinisches Angebot sicherzustellen. Dabei soll "diejenige Lösung bevorzugt werden, die neben der Sicherung medizinischer Qualität im Krankenhaus Wetter ein Maximum an Arbeitsplätzen erhält".

Bei einem Situationsbericht hatte Bürgermeister Laberenz mitgeteilt, dass ihm ein "Grobkonzept" des Gemeinschaftskrankenhauses Herdecke vorgelegt worden sei. Es habe Substanz, sage aber wenig über die Erhaltung der Arbeitsplätze aus. Nach Angaben des Pergamon-Geschäftsführers v. Entress-Fürsteneck seien auch das Ev. und Kath. Krankenhaus in Witten interessiert. Außerdem habe ein Krankenhausträger aus Bayern Interesse bekundet, der eine Kombination aus Schulmedizin und chinesischen Heilmethoden anbiete und die Einrichtung einer Abteilung für Krebsnachsorge erwäge. Der Geschäftsführer habe aber den Eindruck gewonnen, bei der Neuen Pergamon abgewimmelt zu werden.

Laberenz riet davon ab, jetzt - wie vom Krankenhaus-Betriebsrat vorgeschlagen und von den "Bürgern für Wetter" beantragt - ein Rechtsgutachten zu bestellen. Nach Meinung des Betriebsrates hat

die Neue Pergamon nicht das Erforderliche zur Erhaltung des Hauses getan. Der Träger habe aber, so Laberenz, durchaus Anstrengungen zur Erhaltung des Hauses unternommen.

Der Betriebsrat bezweifelt, dass die Neue Pergamon ihrer Informationspflicht gegenüber der Stadt nachgekommen sei. Die Stadtverwaltung kam zu dem Ergebnis, dass eine Informationspflichtverletzung kaum nachzuweisen sei, auch wenn nur schleppend informiert worden sei. Ein Schreiben der Bezirksregierung an MdL Ulrich Schmidt, wonach ein Strukturkonzept des Trägers verworfen worden sei, sei ihm allerdings nicht zugeleitet worden, sagte Laberenz. Im Beirat habe man oft keine befriedigenden Antworten erhalten, bedauerte SPD-Fraktionschef Fandrey. Er gab bekannt, dass der frühere städtische Krankenhausverwalter Eckart Randzio zwar Vertragsverletzungen sehe, aber zu schnellen Verhandlungen rate. Jetzt ein Rechtsgutachten zu bestellen, sei kontraproduktiv, werde alles nur verzögern und nicht zu neuen Arbeitsplätzen führen, meinten weitere Sprecher aus SPD, CDU und FDP. Dagegen warnten die Grünen: Weiterhin Wohlverhalten zu zeigen, sei der falsche Weg.

Laberenz unterbrach die Sitzung, damit Vertreter aus dem Krankenhaus zu Wort kommen konnten. Sie klagten über unzureichende, zum Teil widersprüchliche Informationen des Trägers. Nach der Pause einigten sich die Fraktionen auf die Resolution mit dem Zusatz, dass Stadt und Krankenhaus-Betriebsrat bei den Gesprächen mit Übernahme-Interessenten zu beteiligen seien. Zugestimmt wurde auch einer von den "Bürgern für Wetter" vorgeschlagenen Protokollnotiz, dass ihr Antrag auf externe juristische Prüfung erneut auf die Tagesordnung gesetzt werde, sollten die Verhandlungen bis zur Ratssitzung am 18. Mai zu keinem Ergebnis führen.

Von Gernot Adamheit

Erhalt von Stellen hat Vorrang

**WESTFÄLISCHE
WR RUNDSCHE** 28.04.2004 / LOKALAUSGABE / WETTER

Wetter/Herdecke. Der Erhalt möglichst vieler Arbeitsplätze soll Priorität haben bei der Suche nach Lösungen für das vor der Schließung stehende Krankenhaus Wetter. Das fordert der Rat der Stadt in einer einstimmig verabschiedeten Resolution vom Klinik-Betreiber, der Neuen Pergamon.

Die Neue Pergamon hatte Mitte März erklärt, dass das Krankenhaus Ende Juni geschlossen werde. Nun soll der Betreiber einen Weg finden, der "neben der Sicherung medizinischer Qualität im Krankenhaus Wetter ein Maximum an Arbeitsplätzen erhält." So steht es in der Resolution, die im Rat Befürworter auf allen Seiten fand. Auf die nächste Sitzung verschoben wurde die Entscheidung über einen Antrag der "Bürger für Wetter". Sie möchten, dass alle Verträge im Zusammenhang mit dem Verkauf der Klinik von der Stadt Wetter an die Neue Pergamon juristisch untersucht werden.

Zuvor hatte schon der Betriebsrat der Krankenhaus Wetter GmbH eine Überprüfung der Verträge gefordert. Er geht davon aus, dass die Neue Pergamon "nicht das Erforderliche getan hat", um das Haus zu sichern und zu entwickeln. Bürgermeister Werner Laberenz warnte vor übertriebenen Hoffnungen auf den juristischen Weg. "Der neue Träger hat durchaus Anstrengungen zur Modernisierung unternommen", so Laberenz. Und selbst wenn sich nachweisen ließe, dass die Informationspflicht verletzt worden sei, reiche das nicht zu einer Kündigung des gesamten Vertrages.

"Die Zeit ist knapp"

Leicht fiel den "Bürgern für Wetter" der Aufschub für ihren Antrag nicht. Fraktionsvorsitzende Inge Holland spürte "Bauchschmerzen. Die Zeit ist knapp." Gerade deshalb hielt Fritz Feldhaus derzeit die Resolution allein für den richtigen Weg. "Wie lange soll das dauern?", fragte er zu einem Rechtsstreit.

Grünensprecherin Karen Haltaufderheide hätte gerne schon jetzt einen Sinneswandel deutlich gemacht. "Die Zeit, die Neue Pergamon mit Samthandschuhen anzufassen, ist endlich vorbei", sprach sie sich für einen doppelten Druck - hier die Aufforderung zu Verhandlungen und da die juristische Überprüfung - aus.

Der Bürgermeister sieht derzeit drei Alternativen zu einer Schließung. Er hat von Gesprächen mit den Krankenhäusern in Witten und einem Interessenten in Süddeutschland gehört. Und er hat bereits das Grobkonzept der Gemeinschaftsklinik gelesen (dazu auch der unten stehende Bericht). Die Vorstellungen seien "fachlich rund". Für ihn "enttäuschend" sei aber, wie wenig konkret das Papier bei der möglichen Übernahme von Beschäftigten sei.

Von Klaus Görzel

Hausaufgaben gut gemacht

 WESTFALENPOST 19.05.2004 / LOKALAUSGABE / WETTER

Wetter/Herdecke. (gau) "Die Herdecker haben ihre Hausaufgaben gemacht, und zwar gut."

So kommentierte Bürgermeister Werner Laberenz in der Ratssitzung am Dienstag den Sachstand um den Erhalt des wetterschen Krankenhauses. Bekanntlich will die Ender-Klinik das Krankenhaus an der Gartenstraße übernehmen und dort ein Zentrum für ambulantes Operieren, eine Station für Demenzkranke und weitere Angebote einrichten. Lediglich den Vorschlag, dort auch einen Kindergarten zu integrieren, sah er kritisch: "Es gibt eher ein leichtes Überangebot an Kindergartenplätzen."

Ein weiterer ernsthafter Interessent um die Übernahme, so der Bürgermeister auf eine Frage des Krankenhaus-Betriebsrates Norbert Reifer-Wirth, sei das Marienhospital in Witten. Allerdings habe das Gemeinnützige Herdecker Gemeinschaftskrankenhaus einen zeitlichen Vorsprung. Überlegungen des Chef-Internisten Dr. Drowatzky, dort eine kleine internistische Station einzurichten, hätten die Krankenkasse eine klare Absage erteilt; sie seien somit chancenlos.

Nach dem Erbbaurechtsvertrag zwischen Stadt und dem Träger Neue Pergamon, so der Bürgermeister, müssen Rat und Krankenhausbeirat entscheiden, "von welcher Partei wir uns mehr versprechen können und dabei ein besonderes Augenmerk auf den Erhalt von Arbeitsplätzen richten".

"St. Marien" will Wetters Krankenhaus

 WESTFÄLISCHE RUNDSCHAU 21.05.2004 / LOKALAUSGABE / WETTER

Wetter/Witten. (RoMÜ) Das Wittener St. Marien-Hospital tritt als ernsthafter Mitbewerber um das Krankenhaus Wetter und seine Zukunft auf.

"Wir meinen", so Christoph Winter (38), erst seit 1. April Geschäftsführer des Wittener Hauses, "dass wir ausreichend Kompetenz und auch genügend Fachlichkeit mitbringen." Ein eigenes Konzept kann St. Marien noch nicht vorlegen, es müsse sich aber, so Winter, an den Bedürfnissen der Patienten vor Ort und seiner Ärzte orientieren. Und da glaubt der Wittener Geschäftsführer, gute Karten in den Händen zu halten: "In Wirklichkeit haben die wetterschen Bürger doch schon längst mit den Füßen abgestimmt." So liege der Anteil wetterschen Patienten an der Gesamtzahl bei rund 10 Prozent, und, so Christoph Winter nicht ohne Stolz: "Heute werden die meisten Wetteraner bei uns geboren."

Wirtschaftlich gut aufgestellt

Mit rund 800 Mitarbeitern und 380 Betten ist das Wittener Marien-Hospital etwas kleiner als der Ender-Nachbar. Wirtschaftlich sind die Wittener aber wohl etwas besser aufgestellt: So erhalten zum Beispiel alle Angestellten Weihnachtsgeld nach Tarif.

Für Dienstag nächster Woche hat Witten die wetterschen Ärzte zu einem Gespräch eingeladen. Da soll ausgelotet werden, was geht und nicht geht. Möglich ist vieles, selbst eine Zusammenarbeit mit Ende schließt Christoph Winter nicht aus.

"Pergamon" tendiert zu "St. Marien"

**WESTFÄLISCHE
WRUNDSCHEA** 27.05.2004 / LOKALAUSGABE / WETTER

Wetter/Herdecke. Während sich Ende und wohl auch noch das Ev. Krankenhaus in Hagen-Haspe Hoffnungen machen, ließ Silvio von Entress, Geschäftsführer der "Neuen Pergamon", die Katze schon etwas aus dem Sack: "Entscheidend wird doch wohl sein, wie die Patienten bisher mit den Füßen abgestimmt haben."

Und da bezog sich von Entress fast wörtlich auf einen WR-Artikel vom 22. Mai, in dem Christoph Winter, Geschäftsführer des St. Marien Krankenhauses in Witten, erklärt hatte: "In Wirklichkeit haben die wetterschen Bürger doch schon längst mit den Füßen abgestimmt." So läge der Anteil wetterscher Patienten im Wittener Krankenhaus bei rund 10 Prozent, und: "Die meisten Wetteraner werden schon heute in unserem Haus geboren."

Schlechte Karten also für Ende? Es scheint so, denn Silvio von Entress machte im Gespräch mit der WR darüber hinaus sehr deutlich: "Wir halten aktiv am Standort Wetter fest, werden nicht nur als Vermieter auftreten, sondern wollen selbst Pflegeplätze einrichten." Damit fiel allerdings ein wesentliches Standbein aus dem Grobkonzept des Gemeinschaftskrankenhauses Ende heraus. "Wir sind schließlich keine Verwaltungsgesellschaft", so von Entress: "Ein Bäcker gibt doch nicht seinen Laden auf, um hernach wieder an einen Bäcker zu vermieten."

Es gelte also, was das Krankenhaus Wetter und seine Zukunft anginge, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren: "Die notärztliche Versorgung zu sichern und das ambulante Geschäft auszubauen."

Auch Haspe im Boot der Interessenten

Und so sitzt auch noch das Ev. Krankenhaus in Haspe mit im Boot. Geschäftsführer Karl Ehrmann jedenfalls bestätigte gestern auf Anfrage der WR konkrete Verhandlungen mit der "Neuen Pergamon": "Da ging es schon ans Eingemachte". Schriftlich lag ein Konzept des Hapser-Hauses auch dem wetterschen Krankenhaus-Beirat, der am Mittwochabend tagte, vor. Konzeption da: Konzentration auf einen Schwerpunkt mit Erhalt einer Betten führenden Station.

Silvio von Entress kündigte "mit gutem Gewissen" eine Entscheidung im Juni an. Auf jeden Fall wolle er aber eine neuerliche Sitzung des Krankenhaus-Beirates, die gestern noch nicht terminiert war, abwarten.

"Bevorzugen kompetenten Partner"

**WESTFÄLISCHE
WRUNDSCHEA** 27.05.2004 / LOKALAUSGABE / WETTER

Wetter/Herdecke. (RoMÜ) Die "Neue Pergamon" wäre wohl nicht der bevorzugte Partner der wetterschen Ärzteschaft. Gegenüber der WR feuerte Dr. Manfred Diensberg, Sprecher des Ärzte-Netzwerkes, gestern eine Breitseite: "Wir möchten gerne mit einem kompetenten und vertrauenswürdigen Partner zusammenarbeiten."

Tatsächlich rätselt auch das Ender Gemeinschaftskrankenhaus, warum die "Neue Pergamon" sich offenbar zurückhält und "einfach nur pokert". Auf der Sitzung des Krankenhaus-Beirates "haben wir um die Aufnahme von Mietverhandlungen gebeten", so Dr. Peter Zimmermann vom Ender Vorstand, "aber keine weiteren Signale erhalten." Derweil hat Ende sein seit dem 24. April vorliegendes Grobkonzept noch einmal überarbeitet und Konkretisierungen zum Erhalt von Arbeitsplätzen vorgelegt. Danach könnten insgesamt in einer Notfallchirurgie, in Wohngemeinschaften für Demenz-Erkrankte, in der Kurzzeitpflege und im Sockelbereich des Hauses (eventuell Praxis, Krankengymnastik, Cafeteria) rund 20 Vollzeitstellen (besetzt mit 30 Personen) erhalten werden - noch nicht einmal ein Drittel des gegenwärtigen Bestandes.

OP am Bahnhof weiter im Gespräch

Derweil drückt die Zeit, denn zum 1. Juli schließt das Krankenhaus Wetter, unabhängig vom Verhandlungsstand über seine Zukunft. "Natürlich möchten wir nicht", sagt Peter Zimmermann, "dass eine Versorgungslücke entsteht." Vielleicht greift dann "Plan B", den die WR schon Anfang des Monats veröffentlichte. Danach wäre die Errichtung eines ambulanten OP-Zentrums am Bahnhof möglich, wenn auch nicht zum 1. Juli. Lieferfristen und fehlende Erschließung des Brachgeländes sprechen dagegen.

Hinhalten lassen von der Pergamon will sich keiner mehr. Dr. Diensberg: "Wir möchten nicht zum finanziellen Spielball der Pergamon werden."

Krankenhaus: Noch keine Entscheidung

 **WESTFALENPOST** 27.05.2004 / LOKALAUSGABE / WETTER

Wetter. (gau) Die Zeit läuft: Noch fünf Wochen, und das Krankenhaus Wetter macht dicht. Noch immer gibt es keine Entscheidung darüber, was der Träger Neue Pergamon anschließend mit dem Haus an der Gartenstraße vor hat.

Neben dem Gemeinnützigen Gemeinschaftskrankenhaus Herdecke haben auch das Marienhospital Witten und das Ev. Krankenhaus Hagen-Haspe Interesse an einer Übernahme. Die Hagener legten in der Sitzung des Krankenhausbeirates am Mittwoch ein schriftliches Konzept vor, Vertreter von Ender und Wittener Hospital erläuterten ihre Vorstellungen. Beide wollen dort künftig Ambulantes Operieren anbieten und eine Notfallversorgung aufbauen. Die Ender planen zusätzlich eine Station für Demenzkranke, die Überlegungen der Wittener gehen mehr in Richtung Altenheim. Für beide Interessenten gehört die räumliche Zusammenarbeit mit den niedergelassenen Ärzten zum Konzept. Die Ender halten trotz eines Überangebots an Kindergarten-Plätzen an den Plänen fest, dort auch einen Kindergarten einzurichten: "Denn für einen Waldorf-Kindergarten sehen wir auch überregionalen Bedarf", so Vorstandsmitglied Peter Zimmermann vom Ender Krankenhaus.

In der Sitzung des Krankenhausbeirates am Mittwoch rechnete er vor, dass nach dem Herdecker Konzept rund 30 Stellen (20 Vollzeit-Plätze) erhalten bleiben könnten. Hinzu kämen bis zu vier Vollzeitkräfte in ambulanten Pflegediensten. Das Ender Haus hat die Neue Pergamon dringend um die Aufnahme von Miet-Verhandlungen für das Gebäude an der Gartenstraße gebeten.

Wegen der knappen Zeit bis zur Schließung des Krankenhauses schlägt die wettersche Ärzteschaft Alarm: "Wir bitten dringend, entscheidungsreife Beschlüsse zu schaffen", fordert Dr. Manfred Diensberg als Sprecher der Ärzteschaft. Die niedergelassenen Mediziner sehen sich zurzeit "als Spielball der finanziellen Interessen der Neuen Pergamon" und wünschen sich für die Zukunft "mit einem kompetenten Partner zusammenarbeiten zu können, mit dem wir Vertrauen aufbauen können".

Von der Neuen Pergamon war gestern nicht zu erfahren, welcher der drei Interessenten den Zuschlag bekommen könnte: "Wir haben die Konzepte erörtert und zur Verfeinerung zurück gegeben", hieß es. Eine einvernehmliche Entscheidung mit dem Krankenhausbeirat soll in der nächsten Sitzung fallen: "Wenn beschlussfähige Unterlagen vorliegen . . ."

Volles Ärzte-Haus statt Klinik mit leeren Betten

Aus einem Krankenhaus im westfälischen Wetter sollen Notfallstation, Praxiszentrum und Kurzpflegeheim werden

WETTER (akr). Der Träger des einzigen Akutkrankenhauses im westfälischen Wetter möchte den Klinikbetrieb schließen, das Haus aber nicht aufgeben. Gemeinsam mit niedergelassenen Ärzten und einer Klinik in der Umgebung will die Neue Pergamon Krankenhaus-Management GmbH an dem Standort ein neues Projekt hochziehen.

Die Klinik mit knapp über 100 Betten schreibt rote Zahlen und war im vergangenen Jahr nicht ausgelastet. Deshalb soll sie geschlossen werden. Das Gebäude mit vier Etagen will der Träger aber weiter nutzen und teilweise vermieten. "Wir wollen mit niedergelassenen Ärzten und einem anderen Krankenhaus die notärztliche Versorgung dauerhaft sicherstellen", sagt Geschäftsführer Silvio von Entress-Fürsteneck.

Nach den Vorstellungen des Trägers soll ein Krankenhaus aus einer der nahegelegenen Städte wie Witten, Hagen oder Herdecke eine Etage des Gebäudes als Notfallstation betreiben. "Damit hätte das Krankenhaus Zugriff auf neue Patienten und könnte möglicherweise eine Budgetsteigerung erreichen", sagt von Entress-Fürsteneck.

Einen Vertragspartner habe die Neue Pergamon noch nicht gefunden, stehe aber in Verhandlungen. Der Geschäftsführer glaubt, daß für Kliniken aus der Umgebung die Übernahme der Notfallversorgung in dem 30 000-Einwohner-Städtchen attraktiv ist. "Für ein Krankenhaus ist es extrem schwierig, sich ins ambulante Geschäft zu integrieren", sagt er.

Außerdem sollen niedergelassene Ärzte Räume in dem Gebäude mieten. Sie können dort eine Praxis einrichten und die Operationssäle für ambulante Operationen nutzen. Auch mit Medizinern hat das Unternehmen noch keine Verträge geschlossen.

Die Ansiedlung von Medizinern ist wichtig für ein weiteres Projekt, das die Neue Pergamon mittelfristig ins Auge gefaßt hat: In dem ehemaligen Krankenhaus soll ein Kurzpflegeheim entstehen. "Wir wollen uns von anderen Kurzpflegeheimen abgrenzen, indem wir ärztliche Versorgung in unmittelbarer Nähe anbieten", erklärt er.

Sozialplan lässt auf sich warten

**WESTFÄLISCHE
WR RUNDSCHEAU** 02.06.2004 / LOKALAUSGABE / WETTER

Wetter. Allen 140 Mitarbeitern des Krankenhauses Wetter ist zum 30. Juni gekündigt worden. Doch die Verhandlungen über einen Sozialplan treten auf der Stelle.

Das bestätigte gestern auf Anfrage der WR Uwe Becker, Pressesprecher der "Neuen Pergamon". Ein neuer Termin sei noch nicht anberaumt worden, ein Abschluss werde wohl noch Wochen dauern: "Da sind wir auch nicht an so enge Fristen gebunden."

Ebenso gebe es keinen neuen Verhandlungsstand zur Zukunft des Krankenhauses. Becker: "Wir sind sehr an einer einvernehmlichen Lösung in Zusammenarbeit mit dem Krankenhaus-Beirat der Stadt interessiert." Wann der Beirat erneut tage, stehe bisher aber nicht fest.

Streit bringt keine Lösung

**WESTFÄLISCHE
WR RUNDSCHEAU** 09.06.2004 / LOKALAUSGABE / WETTER

Wetter. Die von den "Bürgern für Wetter" im Rat der Stadt angeregte Überprüfung der Verträge mit dem Krankenhaus-Träger "Neue Pergamon" durch eine externe Rechtsanwalts-Kanzlei hat die Auffassung der Stadtverwaltung und ihres Hausjuristen, die dem Rat vorgelegen hatte, in allen Punkten bestätigt.

Aus einer eventuellen juristischen Auseinandersetzung mit der "Neuen Pergamon" ist keine Hilfestellung für die Lösung der Probleme des wetterschen Krankenhauses zu erwarten. Umso wichtiger sei es, hieß es gestern in einer Presseerklärung der Stadt, dass der Krankenhausträger signalisiert habe, dass auch ihm an einer Lösung im Einvernehmen mit der Stadt gelegen sei. Die Mitglieder des Krankenhaus-Beirates nehmen diese Presseerklärung der Pergamon beim Wort und fordern den Krankenhausträger eindringlich auf, seine Bemühungen um den Erhalt von Arbeitsplätzen und eines alternativen medizinischen Angebots am Krankenhaus-Standort Wetter zu intensivieren und eine Lösung im Einvernehmen mit dem Krankenhaus-Beirat so bald wie möglich zum Abschluss zu bringen.

Auf dieses Einvernehmen "mit allen Beteiligten" legt auch Christoph Winter, Geschäftsführer des Wittener St. Marien-Krankenhauses, großen Wert: "Es macht keinen Sinn, ein Konzept auf die Schnelle übers Knie zu brechen." Im Übrigen sieht sich St. Marien gut im Rennen, was auch Wetters Bürgermeister Werner Laberenz indirekt bestätigt: "In Wirklichkeit haben Wetters Bürger, wenn man sich ihre Belegungszahlen in Witten anschaut, doch schon längst mit den Füßen abgestimmt."

Krankenhaus: Noch keine Entscheidung

WESTFALENPOST 22.06.2004 / LOKALAUSGABE / WETTER

Wetter. (ffg) Die Zeit läuft: Heute genau in einer Woche schließt das Krankenhaus an der Gartenstraße. Insgesamt drei Interessenten verhandeln mit dem Träger "Neue Pergamon" über eine Übernahme - neben dem Gemeinnützigen Gemeinschaftskrankenhaus Ende auch das Evangelische Krankenhaus Hagen-Haspe und das Marienhospital Witten. Eine Entscheidung darüber, wie es weitergehen soll, ist noch nicht gefallen.

Erst in einer Sitzung des Krankenhaus-Beirates am nächsten Montag um 15 Uhr soll nach Auskunft eines Sprechers der "Neuen Pergamon" entschieden werden, welches Konzept zum Tragen kommt. Dass dann allerdings bis zum 1. Juli eine "schlüsselfertige Lösung" vorliegt, kann sich der Unternehmenssprecher "kaum vorstellen".

Aus Insider-Kreisen erfuhr die WP, dass das Wittener Hospital zurzeit als Favorit der "Neuen Pergamon" gilt.

Krankenhaus: Mittwoch letzter Tag

 WESTFALENPOST

28.06.2004 / LOKALAUSGABE / WETTER Von Frank Gautzsch

Wetter. Das letzte Fünkchen Hoffnung ist dahin: Mittwoch um Mitternacht macht das Krankenhaus dicht. 124 Mitarbeiter fliegen raus.

Auf der gestrigen Sitzung des Krankenhaus-Beirates wollte der Träger "Neue Pergamon" nach langem Poker endlich ein zukunftsfähiges Konzept präsentieren. Doch statt klarer Worte gab es nur vage Andeutungen: "Man favorisiert das Konzept des Marienhospitals Witten", so Pergamon-Sprecher Uwe Becker. Statt des vom Ender Gemeinschaftskrankenhaus angestrebten nahtlosen Übergangs geht es jetzt in eine ungewisse Zukunft. Denn bevor die Wittener in Wetter einsteigen können - sie planen neben einem stationären Angebot und der Zusammenarbeit mit niedergelassenen Ärzten auch ein Notarztsystem und eine Pflegeeinrichtung - muss erst einmal das Land zustimmen. Denn das Marienhospital will die Dependance in Wetter als "unselbständige Betriebseinheit" betreiben. Und das geht nicht ohne Genehmigung.

"Es geht wohl erst im Herbst weiter", mutmaßte Uwe Becker gestern. Weiter geht es dafür morgen mit den Verhandlungen über die Sozialpläne für die Krankenhaus-Mitarbeiter. Nur 20 sind für Restarbeiten dienstverpflichtet, der Rest ist freigestellt. Fast die Hälfte der Mitarbeiter hat Kündigungsfristen von einem halben Jahr, so dass es für sie zumindest bis zum Jahresende Geld gibt.

"Enttäuscht" über den Ausgang der gestrigen Beiratssitzung zeigte sich Betriebsratsvorsitzender Norbert Reifer: "Wann und wie es weitergeht, steht in den Sternen. Das ist völlig frustig."

Folgen hat die Schließung zum 30. Juni für alle Wetteraner. Denn mit diesem Tag fällt die ambulante Notarztversorgung weg: "Wer sich dann in den Finger schneidet, muss nach Herdecke, Hagen oder Witten ins Krankenhaus fahren", so Norbert Reifer.

Gestern übrigens hat der Krankenhaus-Träger in dem Klinik-Gebäude an der Gartenstraße - der letzte Patient wurde Freitag entlassen - alle Schlosser ausgetauscht. Er hat offenbar Angst davor, dass wütende Mitarbeiter ihm auf die Pelle rücken.

Konzept nützt den Mitarbeitern wenig

 WESTFALENPOST

29.06.2004 / LOKALAUSGABE / WETTER

Wetter. Am Tag nach der Sitzung des Krankenhaus-Beirates: niedergeschlagene Stimmung bei den (Noch-)Mitarbeitern, niedergeschlagene Stimmung in der Stadt, niedergeschlagene Stimmung bei den Politikern. Denn heute ist für das Krankenhaus definitiv letzter Tag. 124 Mitarbeiter stehen auf der Straße.

Von der jetzt gefundenen Lösung, so kommentierte Bürgermeister Werner Laberenz, würden in erster Linie die niedergelassenen Ärzte und das Marienhospital in Witten profitieren, möglicherweise auch die Bürger vor Ort. Nicht aber die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Für maximal zehn der bisher Beschäftigten, so erfuhr der Bürgermeister auf Nachfragen in der Sitzung des Beirates, werde es künftig unter der Trägerschaft des Wittener Marienhospitals noch Beschäftigungs-Möglichkeiten geben.

Um das Problem für einige der von Arbeitslosigkeit bedrohten Krankenhaus-Mitarbeiter zumindest ein wenig zu mildern, sucht die Stadt jetzt nach anderen Tätigkeitsfeldern: So könnten ehemalige Reinigungskräfte zum Beispiel in städtischen Gebäuden beschäftigt werden, wo durch hohe Fluktuation immer wieder Stellen frei werden.

Die Zukunft des Hauses teil Dr. Christoph Winter, Geschäftsführer des Wittener Marienhospitals, in drei Phasen: kurzfristig, mittelfristig und langfristig. "Wir glauben, dass erste Schritte in den nächsten Wochen und Monaten zu realisieren sind".

Das von Marienhospital und niedergelassenen Ärzten gemeinsam erarbeitete Konzept sieht in der ersten Phase die Organisation einer ärztlichen Notdienstpraxis, ambulantes Operieren, Spezial-sprechstunden von Ärzten aus dem Marienhospital und gemeinsame Nutzung von medizinisch-technischen Ressourcen vor. In einer zweiten Phase ist die Verlegung von Arztpraxen an das ehemalige Krankenhaus vorgesehen, gleichzeitig sollen dort weitere Gesundheitsdienste wie Hebamme, Physiotherapeut, Sanitätshaus und Apotheke angesiedelt werden und eine integrierte Versorgung mit untereinander abgestimmten Behandlungen für einheitliche Qualitätsstandards sorgen.

Langfristiges Ziel ist die Schaffung eines medizinischen Versorgungszentrums mit mehreren Arztpraxen und dem Marienhospital als wirtschaftliche Einheit. "Doch das", so Dr. Christoph Winter, "ist noch Zukunftsmusik".

Die "Neue Pergamon", bislang Träger des Krankenhauses, will ihre Tätigkeit künftig auf Alten- und Kurzzeitpflege fokussieren. Gegenüber dem Marienhospital tritt sie als Vermieter auf.

Abhängig ist die Realisierung des Konzepts noch von zahlreichen Genehmigungen: So muss das Land zustimmen, dass Witten das Haus als "unselbständige Betriebseinheit" betrieben darf, Kassen und Kassenärztliche Vereinigung müssen zur Übernahme der Kosten bereit sein.

Enttäuschung über die "Neue Pergamon"

 WESTFALENPOST 30.06.2004 / LOKALAUSGABE / WETTER

Wetter. Mit Enttäuschung, aber auch mit Kritik, reagierte der Krankenhausbeirat auf das Fortführungskonzept, das der Krankenhausträger "Neue Pergamon" dem Krankenhausbeirat zwei Tage vor dem Schließungstermin mitgeteilt hat. Einfluss nehmen konnte der Beirat nicht: Die "Neue Pergamon" hatte dem Beirat kein Mitspracherecht eingeräumt.

Mit großer Betroffenheit hat der Beirat die Feststellung des Marienhospitals aufgenommen, nicht einmal für einen einzigen Mitarbeiter eine Weiterbeschäftigung zusagen zu können. Noch auf der vorletzten Beiratssitzung hatte das noch ganz anders geklappt: Dort hatten Wittener Vertreter auf jeden Fall mehr Übernahmemöglichkeiten als das Herdecker Krankenhaus (Herdecke hatte 25 Plätze angeboten) in Aussicht gestellt. Die Ratsfraktionen hatten in einer Resolution vom 27. April gefordert, je einen Vertreter der Stadt und der Belegschaft an den Verhandlungen zu beteiligen sowie die Lösung zu bevorzugen, die neben der Sicherung medizinischer Qualität am Krankenhaus Wetter ein Maximum an Arbeitsplätzen erhält". Diese Resolution ist von der "Pergamon" schlicht ignoriert worden.

Zu kritisieren ist auch, dass das zukünftige Konzept noch unklar ist: Ob, wann und wie der medizinische Teil weitergeführt werden soll, hängt von mehreren Faktoren ab, vor allem aber von der Bereitschaft der niedergelassenen Ärzte in Wetter, sich am "Wittener Modell" zu beteiligen. Diese wollen nach eigenem Bekunden nicht mehr mit der "Pergamon" verhandeln. Daher appelliert der Beirat an die Ärzteschaft, die Gespräche mit dem Marienhospital zu einem positiven Abschluss zu bringen.

Bedauerlich ist aber auch, dass die ursprünglich vorgesehene Notfallambulanz nicht mehr vorgesehen ist.

Dem "Pergamon-Vorhaben", im Krankenhaus (ab 2006) Pflegeplätze einzurichten, gibt der Beirat angesichts des bereits bestehenden Angebots keine Realisierungs-Chancen.

Gekämpft, gehofft und doch verloren

**WESTFÄLISCHE
WR RUNDSCHAU** 30.06.2004 / LOKALAUSGABE / WETTER

Wetter. Der blaue Sommerhimmel strahlte, doch auf Erden, vor dem Haupteingang des ehemals städtischen Krankenhauses Wetter, war Trauer angesagt. Das unter der privaten Trägerschaft der "Neuen Pergamon" stehende Krankenhaus wurde von über 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gestern zu Grabe getragen.

Ganz in Schwarz hatte sich um 13.30 Uhr die Belegschaft vor dem Haupteingang versammelt, ein "Sensenmann" blickte mit aschfahlem Gesicht in die Kamera des WDR-Fernsehens, Laborleiterin Gabriele Külpmann stimmte ein trauriges "Il Silenzio" und "Ich hatte einen Kameraden" an, und stellv. Betriebsratsvorsitzende Ilona Basteck-Benscheidt hielt eine Trauerrede, "um von einer lieb gewordenen und alt vertrauten Freundin" Abschied zu nehmen. Auf 113 Dienstjahre konnte die alte Freundin zurückblicken, doch seit geraumer Zeit kränkelte sie zusehends. Verschiedene Spartherapien noch zu städtischen Zeiten schlugen nicht an, und so richtete sich zuletzt alle Hoffnung auf die private "Neue Pergamon", die bei Einleitung moderner Behandlungsmethoden Heilung versprach. Doch leider, so Ilona Basteck-Benscheidt, "sind wir damals auf Quacksalber reingefallen, denen das Schicksal unserer alten Freundin so ziemlich egal war."

Wie es sich zum Schluss einer Trauerrede gehört, kam kein Beifall auf. Doch die Zustimmung der Trauergemeinde war fast zum Greifen - zu sehr hatte das Krankenhaus nicht nur Arbeit gegeben, sondern auch Gemeinschaft erlebbar gemacht. Wie eben in einer Familie.

Warum diese Familie nun auseinanderbrach, darüber musste gestern Mittag keiner mehr diskutieren: Krankenschwester Bärbel Ehlert hatte eine Puppe mitgebracht und ihr ein Schild umgehängt: "Das verstoßene Kind von Herrn von Entress". An anderer Stelle hätte der Pergamon-Geschäftsführer lesen können: "Gekämpft, gehofft und doch verloren - dank Pergamon. Das vergessen wir Dir nie."

Eine Zukunft mit trüben Aussichten

Der Blick zurück, der gestern so manche Träne ins Taschentuch drückte, musste aber auch schon trübe Zukunftsaussichten weichen. Da ist zum Beispiel die Krankenschwester Stefanie Mann, die vor vier Jahren von Stuttgart nach Wetter umsiedelte ("Weil hier die Situation besser sein sollte"), oder ihre Kollegin Sigrid Swieter aus der Verwaltung - beide schauen auf einen Stapel von Bewerbungen und nur Absagen: "Die Krankenhäuser in der Region reduzieren doch alle ihre Belegschaften." Gekämpft, gehofft und doch verloren.

Gerade 45 Jahre alt ist Helmut Harmann, der acht Jahre in der Spülküche des Krankenhauses sein Auskommen fand. "Vorher war ich bei der Knorr-Bremse fünf Jahre und habe auch dort den Untergang miterlebt." Gekämpft, gehofft und doch verloren.

Derweil kümmert sich Betriebsratsvorsitzender Norbert Reifer-Wirth um die Seelenlage der Kollegen, hat einen Stammtisch organisiert, der zum ersten Mal am Dienstag, 6. Juli, um 19 Uhr im Westfälischen Hof beginnt. Und heute steht um 17 Uhr schon ein weiterer Termin im Krankenhaus (oder auf dem Gelände) an, wenn der Betriebsrat über den Verlauf der Sozialplanverhandlungen informieren will.

Finanziell stehen die 124 Beschäftigten nämlich vor schweren Zeiten: Die Hälfte bezieht noch bis zum 31. Dezember Gehalt, 20 Prozent bis zum 30. September und für alle anderen wurde in diesen Tagen zum letzten Mal das Gehalt überwiesen.

"Haben doch noch Betten gekauft"

Bei aller Trauer und Traurigkeit wollte gestern Inge Holland vom Förderverein noch ein Dankeschön sagen: "Allen, die uns über die Jahre unterstützt haben." Und so, als ob sie das Ende des Krankenhauses nicht wahrhaben wollte: "Wir haben doch noch die modernen Betten gekauft."

Stadt Wetter trägt ihr Hospital zu Grabe

 WESTFALENPOST

30.06.2004 / MANTEL / MANTEL

Wetter. Der Patient "Krankenhaus" ist tot. Es war ein langes Sterben. Doch zuletzt gab es keine Rettung mehr. Gestern trug die Stadt Wetter ihr Hospital zu Grabe. 124 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen auf der Straße.

Schon mehrfach hatte es schlecht um das 1891 durch Spenden und Schenkungen finanzierte Krankenhaus gestanden. Erstmals lag es zu Zeiten der kommunalen Neugliederung in den 70er Jahren auf der Intensivstation. Dass es aus dem Krankenhausbedarfsplan des Landes gestrichen und ihm damit die finanzielle Grundlage entzogen wurde, konnte eine breite Bürgerschaftsbewegung damals noch verhindern.

Anfang der 80er stand das Haus wieder kurz vor dem Kollaps, wurde aus dem Bedarfsplan gestrichen, dann wieder aufgenommen. Nicht zuletzt durch die Hilfe des Landtagspräsidenten Ulrich Schmidt bekam das Haus eine Gnadenfrist, obwohl viele damals schon ahnten, dass die Tage von Chirurgie und Innerer Abteilung in der Harkortstadt längst gezählt waren.

Nach einer Phase der Konsolidierung schrieb das 104-Betten-Haus Ende der 90er Jahren tiefrote Zahlen. Deshalb privatisierte die Stadt Wetter ihre Klinik. Neuer Träger wurde die "Neue Pergamon GmbH". Sie bekam die historische Immobilie mit angrenzendem Park im Herzen der 30 000-Einwohner-Stadt für eine symbolische Mark - mit der Maßgabe, dort ausschließlich Leistungen aus Gesundheits- und Sozialwesen anzubieten.

Doch bald machte das Krankenhaus Wetter wieder Schlagzeilen. Die Auslastung sank unter 60 %, das Krankenhaus geriet in finanzielle Schieflage. Die Krankenkassen waren es schließlich, die der Einrichtung den Dolchstoß versetzten, als sie im Frühjahr ankündigten, es aus dem Bedarfsplan zu streichen.

Der letzte Patient wurde schon letzten Freitag entlassen, gestern schloss das Krankenhaus Wetter für immer. Am Standort Wetter will die "Neue Pergamon" dennoch festhalten. Monate lang verhandelte sie mit dem Gemeinschaftskrankenhaus Herdecke, dem Evangelischen Krankenhaus Hagen-Haspe und dem Marienhospital Witten wegen einer Übernahme. Am Montag dieser Woche dann teilte die "Neue Pergamon" dem Krankenhausbeirat ihre Entscheidung mit: Den Zuschlag bekommt das Marienhospital Witten. Es will am bisherigen Krankenhaus-Standort in Zusammenarbeit mit den niedergelassenen Ärzten eine ärztliche Notfallversorgung und ambulantes Operieren anbieten. Und einen Teil des Gebäudes will die "Neue Pergamon" für Alten- und Krankenpflege nutzen. Dazu jedoch bedarf es noch zahlreicher behördlicher Genehmigungen. "Wann und wie es weitergeht, steht in den Sternen", fürchtet Betriebsratsvorsitzender Norbert Reifer.

Von Frank Gautzsch

Marien-Hospital rettet Ambulanz in Klinik Wetter

30.06.2004 / Lokales / Witten

Marien-Hospital rettet Ambulanz in Klinik Wetter Partner für niedergelassene Ärzte

Von Rudolf Kellerhoff

Das Marien-Hospital Witten rettet der Stadt Wetter die ambulante Notfall-Versorgung. Dort schließt das Krankenhaus am heutigen Mittwoch seine Pforten. Partner des Marien-Hospitals werden in Wetter niedergelassene Ärzte sein.

"Das Konzept sieht vor", so Dr. Christoph Winter, Geschäftsführer am Marien-Hospital, "eine ärztliche Notdienstpraxis zu betreiben, in der auch ambulante Operationen durchgeführt werden können." Die Ausrichtung auf ein Gesundheitszentrum am Standort des ehemals städtischen Krankenhauses Wetter sei ebenfalls schon angedacht. Die 124 Mitarbeiter/innen des unter der Trägerschaft von "Neu **Pergamon**" firmierenden Krankenhauses Wetter sind nicht Bestandteil des Kooperations-Konzepts. "Wir kaufen nichts und stehen auch nicht für das Personal ein", stellt Dr. Winter klar. "Neu **Pergamon**" verfolge die in der Krankenhausbedarfsplanung NRW geforderte "integrierte Versorgung" - auch mit Pflegeeinrichtungen. Das mit Hilfe des Marien-Hospitals erstellte Konzept finde auch den Beifall der Krankenkassen.

Neben dem Marien-Hospital hatten auch das Gemeinschaftskrankenhaus Herdecke und das Ev. Krankenhaus in Hagen-Haspe Interesse an einer Kooperation mit Wetter bekundet. "Wir freuen uns", so Dr. Winter, "dass wir das Vertrauen von Neu-Pergamon und der niedergelassenen Ärzte gewonnen haben." In der geplanten Notdienst-Praxis wollen diese sodann "Spezial-Sprechstunden" anbieten.

Wetter hat rund 30 000 Einwohner. Mit der Schließung des Krankenhauses, so befürchtete noch am Montag Betriebsratsvorsitzender Norbert Reifer, falle in Wetter die ambulante Notarztversorgung aus. "Wer sich dann in den Finger schneidet, muss nach Herdecke, Hagen oder Witten ins Krankenhaus fahren." Das Marien-Hospital hatte gute Karten für das Partnerschaftskonzept. Dr. Winter: "Zu uns kommen pro Jahr 1 000 Patienten aus Wetter." Viele sind in Witten geboren.

Der Ausverkauf des Krankenhauses hat begonnen

 WESTFALENPOST

02.07.2004 / LOKALAUSGABE / WETTER

Wetter. (ffg) Die Verhandlungen über einen Sozialplan für die gekündigten Mitarbeiter des wetterschen Krankenhauses sind ins Stocken gekommen. Noch am Tag der Schließung verhandelten Geschäftsführung und Betriebsrat. Ohne Ergebnis brach der Betriebsrat die Verhandlungen ab.

"Das Angebot der Arbeitgeber war einfach lächerlich", sagt Betriebsratsvorsitzender Norbert Reifer-Wirth. Weil die Arbeitnehmerseite die vom Unternehmen vorgelegten Zahlen nicht nachvollziehen kann, soll jetzt womöglich ein externer Wirtschaftsprüfer eingesetzt werden und die Angaben überprüfen.

Weil es noch immer keinen Sozialplan gibt, kann auch die Transfergesellschaft ihren Betrieb nicht aufnehmen. Eigentlich sollte sie zum 1. Juli beginnen und besonders älteren Kolleginnen und Kollegen aus dem Krankenhaus als Alternative zur Arbeitslosigkeit dienen.

Kritisch beobachtet der Betriebsrat den Ausverkauf des Krankenhauses: "Die Neue Pergamon verkauft alles, was nicht niet- und nagelfest ist", so Norbert Reifer und schaffe damit schlechte Voraussetzungen für einen möglichen Einstieg von niedergelassenen Ärzten.

In einem Brief hat sich jetzt der Krankenhaus-Förderverein an die "Neue Pergamon" gewandt: Vor vier Jahren hatten die Förderer acht Betten im Wert von 20 000 Euro für die Privatstation gespendet. Jetzt verlangt der Förderverein die Herausgabe dieser Betten, damit die "Pergamon" diese nicht auch noch versilbert.

Viele fordern Kranken-Akte

 WESTFALENPOST

25.09.2004 / LOKALAUSGABE / WETTER

Wetter. (eli) Schon seit knapp drei Monaten hat Wetter kein Krankenhaus mehr. Und inzwischen fragen sich viele Bürger, wie und wo sie ihre medizinischen Entlassungsberichte bekommen oder aber auch Unterlagen über Operationen, die schon ein paar Jahre zurückliegen.

Auf Anfrage bei der Neuen Pergamon als letztem Träger des Krankenhauses erfuhr die WP Folgendes: Medizinische Entlassungsberichte aus den letzten drei Monaten des Krankenhaus-Betriebs verfasste der ehemalige Chefarzt der Inneren Abteilung, Dr. Uwe Drowatzky, so Silvio von Entress-Fürsteneck, Geschäftsführer der Neuen Pergamon. "Diese Berichte liegen in der Verantwortung des ehemaligen ärztlichen Direktors. Wenn die Berichte fertig gestellt sind, gehen sie den Patienten zu", so von Entress-Fürsteneck weiter.

Alle übrigen Kranken-Unterlagen werden nach wie vor im wetterschen Krankenhaus aufbewahrt und auf Verlangen auch an die Patienten geschickt, wie die WP auf Anfrage im Elisabeth-Krankenhaus Oberhausen erfuhr.

Sämtliche Krankenhaus-Rufnummern sind so geschaltet, dass Anrufer automatisch mit dem Elisabeth-Krankenhaus in Oberhausen - ebenfalls in Trägerschaft der neuen Pergamon - verbunden werden. Von dort wird die Abwicklung organisiert.

Ehemalige Patienten des wetterschen Krankenhauses, die ihre Unterlagen dringend - etwa wegen einer bevorstehende Operation - benötigen, sollten dies vortragen. Sie bekommen ihre Unterlagen dann schnellstmöglich. Da sich die Anfragen allerdings häufen, sei es möglich, dass die Zustellung von Kranken-Unterlagen, die nur vorsorglich angefordert werden, einige Zeit in Anspruch nehme.

Noch Verhandlungen über das Krankenhaus

 WESTFALENPOST 15.10.2004 / LOKALAUSGABE / WETTER

Wetter. (ad) Der frühere Krankenhaus-Träger "Neue Pergamon" verhandelt noch mit dem Krankenhaus Witten über die künftige notärztliche Versorgung in Wetter, teilte Bürgermeister Seitz im Rat bei der Beantwortung einer Grünen-Anfrage mit.

An einer Anmietung im früheren wetterschen Krankenhaus sei auch eine Altenpflegeeinrichtung aus Hagen interessiert. Die ausstehenden Verhandlungen über den Sozialplan für die früheren Beschäftigten sollen voraussichtlich Mitte November aufgenommen werden.

Kein Problem sei nach Angaben der Neuen Pergamon die Herausgabe der Krankenakten (die WP berichtete über Klagen). Die Bearbeitung von Wünschen sei sichergestellt.

Weil die Geschäftsführung der Neuen Pergamon noch die laufenden Gespräche abwarten wolle, so Seitz, werde die nächste Sitzung des Krankenhausbeirates wohl erst im November stattfinden.

Zusammenarbeit für bessere Versorgung

 WESTFALENPOST 26.10.2004 / LOKALAUSGABE / WETTER

Wetter. Schon seit über einem Vierteljahr steht Wetter ohne Krankenhaus dar. Jetzt arbeiten niedergelassene Ärzte und das Marien-Hospital Witten gemeinsam an einer Verbesserung der ärztlichen Notdienstversorgung. Die inhaltlichen Ziele der Zusammenarbeit sind klar; unklar ist lediglich noch, ob die Partner im Gebäude des ehemaligen Krankenhauses einziehen werden. Langfristig nämlich planen sie ein medizinisches Gesundheitszentrum für Wetter. Sollte das Raumangebot der Neuen Pergamon nicht wirtschaftlich sein, ziehen die Partner als Alternative einen Neubau am Bahnhof in Betracht.

Gemeinsam für die Patientenversorgung

 WESTFALENPOST 27.10.2004 / LOKALAUSGABE / WETTER

Wetter. (eli) Schon seit über einem Vierteljahr steht Wetter ohne Krankenhaus dar. Jetzt arbeiten niedergelassene Ärzte und das Marien-Hospital Witten gemeinsam an einer Verbesserung der ärztlichen Notdienstversorgung für die Bürger der Stadt.

Die inhaltlichen Ziele der Zusammenarbeit sind klar definiert; unklar ist lediglich noch, in welchen Räumen die Patienten künftig versorgt werden sollen. Mehrfach habe die Neue Pergamon (ehemaliger Träger des Hauses) Verabredungen nicht eingehalten, erklärte Dr. Manfred Diensberg gestern bei der Vorstellung der neuen Kooperation. Deswegen sei nach wie vor unklar, ob der neu gegründete Verein "Ärztenetz EN-Mitte" im Gebäude des ehemaligen Krankenhauses eine Notdienstversorgung einrichten kann. 20 niedergelassene Ärzte aller Fachrichtungen aus Wetter und Umgebung haben diesen neuen Verein gegründet. Ziele sind die Qualitätsverbesserung der ambulanten Versorgung vor Ort und die Sicherstellung einer umfassenden einheitlichen Betreuung der Patienten.

In der Praxis könnte dies so aussehen: Jeweils einer der Ärzte würde abends in einem Raum im Krankenhaus Dienst tun. Dafür benötigte man ein Wartezimmer, einen Untersuchungsraum, eine Helferin und einige Geräte. Auch Ärzte aus dem Marien-Hospital Witten würden dann dort Notdienste übernehmen. Darauf allein aber soll sich die Zusammenarbeit zwischen "Ärztenetz EN-Mitte" und Marien-Hospital Witten nicht beschränken.

Kurzfristig soll die Zusammenarbeit ambulante Operationen, Spezialsprechstunden, die ärztliche Notdienstversorgung und eine Apparate-Gemeinschaft ermöglichen. Eine Zusammenfassung von Arztpraxen sowie eine integrierte Versorgung von Patienten in einem medizinischen Versorgungszentrum sind langfristige Ziele der beiden Partner. Auch dafür könnte das Krankenhausgebäude Raum bieten. Nächste Woche erwarten die Partner ein neues Angebot zu Räumen und Geräten von der Neuen Pergamon, die im ehemaligen Krankenhaus auch ein Altenpflegeheim errichten will.

Sollte von der Neuen Pergamon kein wirtschaftliches Angebot im alten Krankenhaus vorgelegt werden, so Geschäftsführer Dr. Christoph Winter vom Marien-Hospital, "dann finden wir eine andere sinnvolle Lösung". Angedacht ist ein Neubau am Bahnhof. Die Kontakte mit der Stadt sind bereits angelaufen. Noch offen ist allerdings, wie viele Ärzte sich dann in dem neuen medizinischen Versorgungszentrum mit ihrer Praxis ansiedeln würden. Ende 2006 hätte Wetter dann ein neues Gesundheitszentrum.

Dauerhaft Altenpflege im Krankenhaus-Bau

 WESTFALENPOST

01.02.2005 / LOKALAUSGABE / WETTER

Wetter. (gau) Um die Zukunft der Krankenhaus-Immobilie an der Gartenstraße ging es Montag in einer Sitzung des Krankenhaus-Beirates. Nach kleineren Umbauarbeiten, so Silvio von Entress-Fürsteneck als Vertreter des Trägers "Neue Pergamon", werden dort zum 1. Mai Bewohner des Hagener Bodelschwingh-Hauses einziehen. Das Hagener Altenheim wird während der nächsten eineinhalb Jahre saniert, die Bewohner finden so lange in Wetter ein neues Zuhause (die WP berichtete).

Anschließend will die "Neue Pergamon" im ehemaligen Krankenhaus in eigener Regie Kurzzeit- und Altenpflege anbieten. Etwa 70 Pflegeplätze sind vorgesehen, dafür werden 30 bis 35 Mitarbeiter benötigt. Die Mitarbeiter - überwiegend für die Pflege, aber auch einige für die Verwaltung - will die "Neue Pergamon" nach Auskunft von Silvio von Entress "aus den erfahrenen Mitarbeitern des Krankenhauses" rekrutieren.

Krankenhaus: Renovierung hat begonnen

 WESTFÄLISCHE RUND SCHAU

03.02.2005 / LOKALAUSGABE / WETTER

Wetter. Im ehemaligen wetterschen Krankenhaus herrscht wieder Leben: Das Hagener Bodelschwinghhaus, vorübergehend Mieter des Gebäudes an der Gartenstraße, hat mit Renovierungs- und Umbauarbeiten begonnen. Bereits seit Montag gehen Handwerker ein und aus.

"Die Substanz des Hauses ist vollkommen in Ordnung", so Harald Plaumann, Verwaltungsleiter des Gesamtverbandes der Ev. Kirche Hagen, Träger des Bodelschwinghhauses. Die Umbauarbeiten konzentrieren sich auf zwei Bereiche: Im ehemaligen Operationstrakt (1. Obergeschoss) wird eine Cafeteria mit Küche eingerichtet. Und die frühere Röntgenabteilung (Erdgeschoss) wird zum Beschäftigungsbereich umfunktioniert. "Wir machen unseren Senioren täglich drei verschiedene Angebote, zwischen denen sie auswählen können. Dazu gehört kegeln, spielen, raten, basteln oder nähen", betont Leiterin Renate Jährling.

Maßnahmen kosten 60 000 Euro

Die Räume (darunter 36 Einzelzimmer) und Flure des ehemaligen 104-Betten-Hauses bekommen einen frischen Anstrich in weißer Farbe, Duschen und Toiletten werden - soweit das zu Krankenhaus-Zeiten noch nicht geschehen ist - behindertengerecht umgebaut. Auch eher kleinere Ausbesserungsarbeiten sind vorgesehen, einige Anschlüsse müssen neu verlegt werden. Und auch den Gartenbereich hinter dem Gebäude will man freundlicher gestalten. Für die Umbaumaßnahmen kalkuliert der Träger insgesamt rund 60 000 E ein.

28. April ist der Tag des Umzugs

In diesen Tagen werden die Räume zunächst komplett leer geräumt, das Mobiliar will die Neue Pergamon zum Teil verschrotten, zum Teil aber auch wiederverwerten. Das Hagener Altenpflegeheim zieht dann mit eigenem Mobiliar an der Gartenstraße ein. Die 71 zum großen Teil pflegebedürftigen Patienten werden von rund 50 Mitarbeitern betreut. "Lediglich unsere Küche bleibt in Hagen, wir holen das warme Essen Tag für Tag nach Wetter", so Renate Jährling.

Als Tag des Umzugs steht der 28. April dick im Kalender. Schätzungsweise bis zum September 2006 will das Bodelschwinghhaus in der Harkortstadt bleiben, für Besucher wird sogar ein regelmäßiger Fahrdienst eingerichtet. Und in dieser Zeit werden dann die Handwerker das Hagener Altenpflegeheim bevölkern: Das Haus wird modernisiert, erweitert und mit 56 Einzelzimmern (bisher waren es lediglich neun) ausgestattet.

Von Thilo Wagner

Krankenhaus-Mitarbeiter warten auf Sozialplan

**WESTFÄLISCHE
WRUNDSCHEAU** 04.02.2005 / LOKALAUSGABE / WETTER

Wetter. Die Sozialplanverhandlungen zwischen der Neuen Pergamon und dem Betriebsrat des im Sommer 2004 geschlossenen Krankenhauses Wetter sind immer noch nicht unter Dach und Fach.

Dabei geht es um eine finanzielle Abfindung für rund 120 ehemalige Mitarbeiter, von denen bis heute nur wenige einen neuen Arbeitsplatz gefunden haben.

Ein Sozialplan ist gesetzlich geregelt. Danach können die Mitarbeiter mindestens mit einer Summe in "Insolvenzhöhe" rechnen - zwei Bruttogehälter pro Kopf. "Wir wollen natürlich mehr", sagt Norbert Reifer-Wirth, ehemaliger Betriebsratsvorsitzender und hofft nun auf den 7. März, der als nächster Verhandlungstermin angesetzt ist. Zuletzt hatten sich die Verhandlungskommissionen beider Seiten im November gesehen. "Wir haben schon das Gefühl", so Norbert Reifer-Wirth, "dass die Neue Pergamon die Angelegenheit absichtlich in die Länge zieht."

"Es hapert an gar nichts"

Pergamon-Geschäftsführer Silvio von Entress hingegen meinte auf Anfrage der WR: "Es hapert an gar nichts." Man habe schließlich erst im November mit den Krankenkassen nachträglich die Pflegesätze vereinbart. Und für Verhandlungen über den Sozialplan würden auch die Jahreszahlen benötigt. Dazu zählen sicher auch jene 600 000 Euro, die das Land NRW der Neuen Pergamon noch im vergangenen Jahr als "Schließungsprämie" zahlte.

Wie wichtig der erfolgreiche Abschluss der Sozialplanverhandlungen ist, belegt der Fall einer ehemaligen Mitarbeiterin, die sich gerne selbstständig gemacht hätte. Auf Gelder aus dem Sozialplan konnte sich noch nicht zurückgreifen. Ein Kredit als Starthilfe wurde der Frau aber von der Bank verweigert - mit dem Hinweis auf ihre Arbeitslosigkeit.

Von Roland Müller

"Verträge einhalten und endlich Geld rausrücken"

**WESTFÄLISCHE
WRUNDSCHEAU** 07.02.2005 / LOKALAUSGABE / WETTER

Wetter. Zum WR-Bericht vom 5. Februar ("Krankenhaus-Mitarbeiter warten auf Sozialplan") schreibt Michael Hartmann, Mitarbeiter des geschlossenen Krankenhauses Wetter, aus Dortmund, Egerstraße 62.

"Für jeden Mitarbeiter des geschlossenen Krankenhauses geht es schlicht und einfach nur um eins: Vertragstreue. Dazu gehört die Zahlung einer Abfindung.

Die Landesregierung hat sich an die Gesetze gehalten. Sie hat der Neuen Pergamon **610 000 Euro** gezahlt. Dies als Prämie für den Bettenabbau. Woher kommt dieses Geld? Vom Steuerzahler, ergo auch von den oben genannten Mitarbeitern. Was sollte mit diesem Geld geschehen? Es sollte in den Sozialplan fließen: Für die Mitarbeiter, die treu und fleißig ihren Vertrag erfüllt haben und nun (abgesehen von Ausnahmen) mit ihren finanziellen Verpflichtungen in Schieflage geraten.

Was macht die Neue Pergamon, allen voran Herr Entress-Fürsteneck: Verschleiern und Taktieren und Steuergelder verbraten! Zunächst zog er, seit damaliger Übernahme des Krankenhauses von der Stadt Wetter, im Hintergrund die Fäden, mit vielen Konzepten, die sich letztendlich als Sprechblasen erwiesen.

Innerhalb von einhundert Tagen nach Verkündigung wurde das Krankenhaus Wetter dichtgemacht und das Inventar „kapitalisiert“, und jetzt wartet er auf ein Jahresergebnis, das er doch bei Bekanntgabe der Schließung schon selber errechnet haben muss. Für ihn kann die Bilanz nicht schlecht genug aussehen, was kann man nicht alles so in der Buchhalterwelt verstecken.

Ich fordere Herrn Entress-Fürsteneck hiermit auf, die Arbeitsverträge einzuhalten und unverzüglich das Geld rauszurücken, das jedem Mitarbeiter zusteht.“

Ein "Zuhause auf Zeit" im ehemaligen Krankenhaus

 WESTFALENPOST

28.04.2005 / LOKALAUSGABE / WETTER

Wetter. Frieda Dietrich hält Mittagsschlafchen. Ganz so, wie sie es gewohnt ist. Tochter Renate Sasse packt derweil die Taschen aus, räumt Anziehsachen in die Schränke. Um sie herum herrscht Hochbetrieb: Es ist Umzugstag.

Und noch sind längst nicht alle der 71 Bewohner des Hagener Bodelschwingh-Altenheims in Wetter eingetroffen. Einen Rundgang durch ihr neues "Zuhause auf Zeit" machen derweil die Seniorinnen Magdalena Scheffel und Elfriede Klockenkämper. "Nur von früher" kann sich Magdalene Scheffel noch vage an Wetter erinnern. Dann fließen Tränchen; es ist eben alles noch neu und ungewohnt. Gestern Mittag, kurz nach eins: Im ehemaligen Krankenhaus an der Gartenstraße ist auf allen Fluren und in (fast) allen Zimmern Bewegung. Während die ersten Senioren bereits von Angehörigen nach Wetter gebracht worden sind, haben die Mitarbeiter alle Hände voll zu tun. Pflegebetten müssen angeschlossen und bezogen werden, Möbel platziert, Küchen und Dienstzimmer eingerichtet und Ess-ecken aufgebaut werden. Für halb zwei erwarten Heimleiterin Renate Jähring und ihr Team den Bus der Ev. Stiftung Volmarstein, der den Großteil der Senioren in zwei Touren aus Hagen holt. 15 bettlägerige Heimbewohner werden von der Hagener Feuerwehr gebracht.

Schon Anfang Februar haben die Handwerker mit den Umbau- und Renovierungsarbeiten begonnen: Der ehemalige Operationstrakt (1. Obergeschoss) ist jetzt Cafeteria und Speiseraum mit Küche. Bilder, farbige Gardinen, viele Deko-Gegenstände und antike Schränke sowie die Anordnung der Tische in kleinen Essgruppen verleihen dem Raum eine einladende Atmosphäre. "Überhaupt haben wir alles komplett mitgenommen. Einige Gardinen mussten wir strecken, andere raffen, aber es passte schließlich", so Renate Jähring. Sogar einige Spezialböden hat sie mit nach Wetter gebracht.

Verändert wurde auch die frühere Röntgenabteilung im Erdgeschoss, die zum Beschäftigungsraum umfunktioniert wurde. Hier werden den Senioren täglich verschiedene Angebote gemacht- vom Gedächtnistraining über Spiele bis hin zur Bewegung nach Musik. Alle Räume (37 Einzel- und 17 Doppelzimmer) und Flure der einstigen Klinik haben einen frischen Anstrich bekommen; Duschen und Toiletten wurden - soweit nötig - behindertengerecht umgebaut. Kosten für die komplette Umbaumaßnahme, die die Ev. Kirche Hagen als Träger des Bodelschwingh-Hauses bezahlt: 60 000 Euro.

Fast zwei Monate Umzugsarbeiten haben Renate Jähring und ihr knapp 50 Mitarbeiter starkes Team inzwischen hinter sich. Bleiben werden sie als Mieter in Wetter voraussichtlich eineinhalb Jahre. In dieser Zeit wird das Bodelschwingh-Heim auf dem Tücking modernisiert, erweitert und mit 56 Einzelzimmern ausgestattet (bislang waren es nur neun).

Es ist halb zwei: Der Bus mit den Senioren ist gerade angekommen. Eva Holweg aus Wetter steht am Bürgersteig und winkt: "Ich freue mich auf meine Schwiegermutter. Die ist 95 und topfit. Jetzt kann ich sie viel öfter mal eben besuchen, oder sie mich."

Von Elisabeth Semme

Ehemaliges Krankenhaus auf Dauer ein Altenheim

 WESTFALENPOST

17.06.2005 / LOKALAUSGABE / WETTER

Wetter. (gau) Im ehemaligen Krankenhaus an der Gartenstraße wird auf Dauer ein Altenheim eingerichtet. Das versicherte Silvio von Entress-Fürsteneck vom Eigentümer Neue Pergamon gestern im Gespräch mit der Westfalenpost. Das Altenheim soll bis zu 70 Bewohnern Platz bieten. Unter der Trägerschaft der Neuen Pergamon sollen dort etwa 50 Arbeitsplätze entstehen.

"Dabei greifen wir gerne auch auf ehemalige Krankenhaus-Mitarbeiter zurück, sofern sie Interesse haben", sagte Silvio von Entress-Fürsteneck. Gestern war er neben Vertretern von ev. Kirche und Stadt Wetter zu Gast im ehemaligen Krankenhaus, das nach seiner Schließung dem Hagener Altenheim "Bodelschwingh-Haus" für noch gut ein Jahr als Übergangs-Quartier dient. Denn das Hagener Altenheim wird zurzeit grundlegend umgebaut und saniert; ein Verbleib war Bewohnern und Mitarbeitern nicht zuzumuten. Wetters Bürgermeister Dieter Seitz begrüßte die gute Nachbarschaft zu den Gästen aus Hagen und wünschte, dass Bewohner und Mitarbeiter "das Jahr in Wetter in guter Erinnerung behalten und sich wohl fühlen".

"Es ist schön, dass wir hier in der Stadt Wetter zu Gast sein dürfen", bedankte sich Herbert Szczukowski als Vorstandsvorsitzender des Evangelischen Gesamtverbandes Hagen für die freundliche Aufnahme. Und auch Heimleiterin Renate Jähring war zufrieden: "Einige fühlen sich hier inzwischen so wohl, dass sie fast schon nicht mehr zurück wollen."

Mit dem Umbau des Krankenhauses zu einem Altenheim will die Neue Pergamon beginnen, wenn das "Bodelschwingh-Haus" im nächsten Sommer wieder nach Hagen umgezogen ist.

Vereinbart: 900 000 Euro für Sozialplan

Von Roland Müller

 WESTFÄLISCHE

RUNDSCHAU 04.07.2005 / LOKALAUSGABE / WETTER

Wetter. Für die ehemals 120 Beschäftigten des Krankenhauses Wetter sind die Verhandlungen über einen Sozialplan abgeschlossen. Rund 75 % von 900 000 Euro sind bereits ausgezahlt.

Damit hat es ziemlich genau ein Jahr gedauert, bis sich Betriebsrat und Geschäftsführung der Neuen Pergamon über die Ausstattung des Sozialplans einigten. Pergamon-Geschäftsführer Silvio von Entress sprach auf Anfrage der WR von einem Abschluss, "der alle Beteiligten zufrieden stellt." Der verbleibende Rest der Abfindung wird zur Auszahlung gelangen, wenn einzelne Beschäftigte ihre Individualklage zurückziehen und damit das Verhandlungsergebnis akzeptieren.

"Als einigermaßen zufriedenstellend" bewertete auch der ehemalige Betriebsratsvorsitzende des Krankenhauses, Norbert Reifer-Wirth, das Ergebnis: "Wir haben das erreicht, was möglich war." Danach kann jeder Beschäftigte - unter Berücksichtigung von Alter, Familienstand und Betriebszugehörigkeit - mit Abfindungen rechnen, die von einem Viertel bis zum zwölffachen eines Monatsgehalts reichen.

60 bis 70 Prozent der ehemals 120 Beschäftigten haben mittlerweile wieder einen Arbeitsplatz gefunden. 20 andere, Hilfskräfte aus der Pflege, der Küche und dem Reinigungsdienst, hoffen auf eine Anstellung, wenn die Pergamon 2007 ihr Pflegeheim eröffnet. Norbert Reifer-Wirth: "Das hat uns Herr von Entress jedenfalls versprochen."

Nachdem die Neue Pergamon zum 1. Juli 2004 den Krankenhausbetrieb an der Gartenstraße einstellte, beherbergen die Gebäude derzeit das Hagener Altenheim "Bodelschwingh-Haus" - vorübergehend bis Ende 2006. Danach, so versicherte Silvio von Entress gestern, "werden wir das Haus wieder übernehmen und nach einigen Umbauten ein Pflegeheim eröffnen." Insofern habe sich nichts an den Plänen der Pergamon geändert. Nach wie vor stehe auch das Angebot an die niedergelassene Ärzteschaft, Räumlichkeiten anzumieten. Von Entress: "Wir sind hier aber nicht Handelnde, sondern nur Anbieter."



Veröffentlicht bei www.gsc-research.de

Eifelhöhen-Klinik AG (ISIN DE0005653604)

Dr.-Konrad-Adenauer-Straße 1
D-53947
Nettersheim-Marmagen
Deutschland

Tel.: +49 (0) 2486 / 71 - 344
Fax: +49 (0) 2486 / 71 - 845

Kontakt Investor Relations:
Arno Kuge
Email:
info@eifelhoechen-klinik.de

Internet: <http://www.eifelhoechen-klinik.de>

Finanzkennzahlen 2005

Umsatz: 36,80 Mio. €

Gewinn: 0,18 Mio. €

Erg./ Aktie: 0,06 €

[\[weitere Bilanzdaten \]](#)

Aktienzahl: 3.120.000, davon 67,68%

Streubesitz [\[mehr \]](#)

Branche: Pharma
(Gesundheitswesen)

Management : [\[mehr \]](#)

Herr Arno Kuge (Vorstandsvorsitzender)

Segment: Freiverkehr (Open Market)

Geschäftsbericht 2005 [\[mehr \]](#)

Eifelhöhen-Klinik reduziert Anteil an der Krankenhaus Wetter (Ruhr) GmbH

Verkauf an die Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH

Die Eifelhöhen-Klinik AG gab heute bekannt, dass sie mit sofortiger Wirkung den Geschäftsanteil von bisher 49% an der Krankenhaus Wetter (Ruhr) GmbH durch Verkauf an die Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH auf 6% reduziert hat. Durch diesen Schritt wird nach Unternehmensangaben eine klare Fokussierung der Geschäftsfelder und Verantwortlichkeiten erreicht. Auf den laufenden Geschäftsbetrieb der Eifelhöhen-Klinik AG, der sich im Rahmen der Planungen vollzieht, habe dies keinen Einfluss, hieß es in einer Ad-Hoc Mitteilung vom Freitag weiter.

Montag, 17.07.2006

Neue Pergamon: Insolvenz in letzter Sekunde verhindert

Wetter. (gau) Stürmische Zeiten bei der Neuen Pergamon Krankenhausmanagement GmbH, der auch das frühere städtische Krankenhaus an der Gartenstraße gehört. Den Gang in die Insolvenz konnte das Unternehmen am Wochenende abwenden.

"Aber die Lage bleibt angespannt, das ist keine Frage", so Silvio von Entress-Fürsteneck aus der Pergamon-Geschäftsführung gestern auf Anfrage der WP. Doch er versichert: "Wir werden die Verträge mit der Stadt Wetter aufrecht erhalten und den Pflegebetrieb weiterführen".

Nachdem die Neue Pergamon das Krankenhaus geschlossen hatte, war dort nach einigen Monaten Leerstand das Bodelschwingh-Altenheim aus Hagen eingezogen. Noch bis Anfang September werden die gut 70 Hagener Senioren an der Gartenstraße bleiben, dann ist ihr Domizil nach umfangreichen Umbauarbeiten wieder bezugsfertig. Für das frühere Krankenhaus wird es danach eine weitere Interims-Lösung geben: Bis Ende 2007 ziehen 43 Senioren des Altenheims Luther-Haus aus Witten-Bommern ein, das ebenfalls umgebaut wird. "Aufgrund der bisherigen guten Zusammenarbeit mit der Diakonie, die sich als verlässlicher Partner erwiesen hat, haben wir zugestimmt", so Silvio von Entress-Fürsteneck. Danach, so die Pergamon-Perspektive, soll das ehemalige Krankenhaus langfristig als Altenpflegeheim in eigener Regie genutzt werden.

Weiter Übergangs-Zuhause für Senioren:
das ehemals städtische Krankenhaus an
der Gartenstraße. Foto: Frank Gautzsch

Trotz aller Probleme will die Neue Pergamon nicht nur das Haus in Wetter, sondern alle von ihr betriebenen Kliniken und Einrichtungen wie bisher weiterführen.

Kritisch verfolgt die Stadt Wetter die weitere Nutzung der Immobilie an der Gartenstraße. Im Kaufvertrag mit der Stadt nämlich hatte sich die Neue Pergamons einerzeit verpflichtet, das Haus ausschließlich für soziale Zwecke zu nutzen. Sollte das nicht der Fall sein, fällt das Gebäude an die Stadt zurück: "Der Krankenhaus-Beirat beobachtet sehr sorgfältig, was hier passiert", versicherte Bürgermeister Dieter Seitz gestern.

17.07.2006 Westfalenpost

Insolvenz droht weiter

 WESTFALENPOST

03.08.2006 / LOKALAUSGABE / WETTER

Wetter. (gau) Die neue Pergamon Krankenhaus-Management GmbH, der auch das ehemalige Krankenhaus Wetter gehört, konnte die drohende Insolvenz (WP berichtete) noch nicht abwenden. In Schwierigkeiten gebracht hatte die Neue Pergamon ihr Hauptgesellschafter Volker Graf, gegen den die Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts der Untreue ermittelt.

Mit dem Plettenberger Wirtschaftsjuristen Sixto Atrio hat die Neue Pergamon inzwischen einen neuen Geschäftsführer, der sich noch bemüht, eine Insolvenz zu verhindern. Zwei zur Firmengruppe gehörende Kliniken in Lengerich und Oberhausen sind inzwischen bei einem Treuhänder "zwischen geparkt" und sollen verkauft werden.

Ob auch dem Pergamon-Ableger Krankenhaus Wetter-Ruhr GmbH ein Verkauf droht, konnte Sixto Atrio gestern auf Anfrage der WP noch nicht sagen. Mit einer Entscheidung will sich der Geschäftsführer noch bis zu einem Vierteljahr Zeit lassen: "Denn wir wollen nichts unter Wert verkaufen."

Von einer möglichen Insolvenz der Neuen Pergamon sei der Ableger Krankenhaus Wetter-Ruhr GmbH aber nicht betroffen, versicherte Sixto Atrio.

Mit Argusaugen wird die Stadt Wetter die Zukunft des 2000 mittels eines Erbbau-Rechtsvertrages für 49 Jahre an die Krankenhaus Wetter-Ruhr GmbH übertragenen Hauses an der Gartenstraße beobachten. Sollte die Gesellschaft wider Erwarten doch Insolvenz anmelden, geht das Haus nach Paragraph 11 des Erbbau-Rechtsvertrages wieder in den Besitz der Stadt Wetter zurück.

Gleiches gilt nach Paragraph 4 des Vertrages, wenn es nicht für Gesundheits- oder Sozialwesen genutzt wird.

Nach Schließung des städtischen Krankenhauses und einer Zeit des Leerstandes hatte die Neue Pergamon das Haus an das Altenheim Bethanien aus Hagen vermietet, das dort während einer Modernisierung Senioren einquartiert hat. Womit die Verpflichtung der Nutzung im Sozialwesen erfüllt wäre. Doch ziehen die Hagener Senioren in wenigen Tagen wieder zurück.

Zwar hat ein Altenheim aus Witten Interesse angemeldet, während eines Umbaus ebenfalls Bewohner an der Gartenstraße unterzubringen. Doch konnte Pergamon-Geschäftsführer Atrio gestern nicht sagen, ob es wirklich dazu kommt.

Solange die Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH die vertraglichen Verpflichtungen erfüllt, bleibt sie Hausherr an der Gartenstraße - und zahlt jährlich eine symbolische Pacht von 50 Cent.

Zuhause auf Zeit im alten Krankenhaus

 WESTFALENPOST

20.09.2006 / LOKALAUSGABE / WETTER

Wetter. Ein Zuhause auf Zeit finden die Bewohner des Lutherhauses Witten-Bommern im ehemaligen wetterschen Krankenhaus an der Gartenstraße.

Dienstag um 9 Uhr rückten die Fahrzeuge und Umzugswagen in Bommern an; um 13.30 Uhr hatte jeder der 43 Bewohnerinnen und Bewohner sein neues Zimmer bezogen. Koffer und Kisten trudelten noch den ganzen Tag über ein.

Notwendig wurde der Umzug, weil das größtenteils aus den 60er Jahren stammende Altenheim in Bommern modernen Pflegestandards nicht mehr entspricht. Mit einer Investitionssumme von 7,5 Millionen Euro baut das Diakonische Werk nun ein Haus, das den Anforderungen der heutigen Kunden gerecht wird. Im neuen Haus wird es 80 Einzelzimmer geben und jeweils zwei Bewohner teilen sich ihr eigenes Badezimmer. Zudem bekommt das Lutherhaus 18 Altenwohnplätze für jeweils ein bis zwei Personen. Geplant ist eine Bauzeit von eineinhalb Jahren.

Den Umzug schaffen die Bewohner und die 38 Mitarbeiter mit tatkräftiger Unterstützung zahlreicher Ehrenamtlicher, Freiwilliger und nicht zuletzt der Angehörigen, die die Bewohner mit Blumen im neuen Haus in Empfang nahmen und so für ein herzliches Willkommen sorgten.

Schon einmal bot das ehemalige wettersche Krankenhaus Altenheim-Bewohnern vorübergehend eine neue Heimat: Bis vor kurzem waren rund 80 Bewohner des Hagener Bodelschwingh-Hauses dort zu Gast.

Das Lutherhaus ist in Wetter telefonisch erreichbar unter (0 23 35) 850. Wer sich über Altenheimplätze in Wetter oder auch im umgebauten Haus in Bommern informieren möchte, dem erteilt die Heimleitung, Walburga Seelig, gerne Auskunft.

Ex-Klinik in neuen Händen

**WESTFÄLISCHE
WR RUNDSCHEAU** 07.11.2006 / LOKALAUSGABE / WETTER

Wetter. Neuer Name, neuer Eigentümer: Aus der "Krankenhaus Wetter-Ruhr GmbH" ist die "Pflegezentrum Wetter GmbH" geworden. Die eine Million Euro, die der alte Gesellschafter laut Vertrag in Wetter investieren sollte, ist schon länger verloren. Von Klaus Görzel Für einen symbolischen Betrag hatte die "Neue Pergamon" im Jahr 2000 das ehemals städtische Krankenhaus übernommen. Teil der Vereinbarung: Der private Betreiber wollte 1 Million Euro in den Ausbau als Krankenhaus stecken. Weil die Krankenkassen nicht mitspielten und das Haus als Klinik nicht zu halten war, hatte die "Neue Pergamon" auch keinerlei rechtliche Verpflichtung mehr in dieser Sache, so ein Gutachter vor zwei Jahren.

Die "Neue Pergamon" schloss das Krankenhaus Mitte 2004. Erst stand das Gebäude leer, dann wurde vorübergehend als Heim für Senioren genutzt, deren Heim in Hagen gerade renoviert wurde. Derzeit sind 43 Senioren des Altenheims Luther-Haus in Bommern an der Gartenstraße untergebracht, ebenfalls als Interimslösung. Alles zulässig, sagt die Stadt, wie auch der Wechsel beim Gesellschafter. Das Haus werde weiter als Gesundheits- oder Sozialeinrichtung genutzt.

Die "Neue Pergamon" war Haupteigner der "Krankenhaus Wetter-Ruhr GmbH". Ihre Anteile und die eines zweiten Gesellschafters sind jetzt komplett an die KKH-Beteiligungsgesellschaft in der Mittelstraße 4 in Plettenberg übergegangen. Hier residiert auch Wirtschaftsjurist Sixto Atrio. Er war im September in Wetter Gast im immer noch existierenden Krankenhausbeirat und hat dort erklärt, er werde die "Neue Pergamon" vermutlich bis zum Jahresende abwickeln, so die Stadt.

Mittelfristig sucht die KKH-Beteiligungsgesellschaft einen Investor für das Haus. Der Mietvertrag mit den Bommeranern läuft bis Ende 2007.

Büro Prange "parkt" Krankenhäuser

**WESTFÄLISCHE
WR RUNDSCHEAU** 24.11.2006 / LOKALAUSGABE / PLETTENBERG

Plettenberg. Für je 1 Euro hat die heimische "KKH Beteiligungsgesellschaft" aus dem Hause Prange die Krankenhäuser in Oberhausen und Lengerich von der "Neue Pergamon Krankenhaus Gesellschaft" (NPK) erworben. Die "Ausgliederung" eingefädelt hat Sixto D. Atrio, seit Juli Geschäftsführer der NPK und Wirtschaftsanwalt im Hause Prange in Eiringhausen. In das schwer zu durchschauende Geschäftsgebaren der einst nahezu bundesweit operierenden Krankenhaus-Gesellschaft "Neue Pergamon" (NPK) aus Hamm sind seit Sommer 2006 die Plettenberger Unternehmen KKH-Beteiligungsgesellschaft, Prange Business Group und indirekt die MVB AG involviert. Erst wurden vom NPK-Interimsgeschäftsführer Sixto D. Atrio aus dem NPK-Portfolio zwei Krankenhäuser an die Plettenberger KKH Beteiligungsgesellschaft veräußert, dann wurde das Insolvenzverfahren über NPK eröffnet.

Die Neue Pergamon Krankenhausgesellschaft (NPK) hatte die Trägerschaft des Krankenhauses Lengerich, des St.-Elisabeth-Krankenhauses Oberhausen, des Krankenhauses Rheiderland und des Krankenhauses Wetter. Außerdem besorgte es die Geschäfte des Klinikums Ludwigshafen (bis 31. 10. 2005), des Alten- und Pflegeheims Ludwigshafen (bis 31. 10. 2005), des St.-Marien-Hospitals Gelsenkirchen-Buer (bis 31. 5. 2006), des Medizinischen Gesundheitszentrums Bad Lippspringe (bis 12. 7. 2006) und des Stadtkrankenhauses Schwabach (bis 31. 8. 2006).

Das Ev. Krankenhaus Lengerich wurde Ende 2003 an die Neue Pergamon übergeben, in Krankenhaus Lengerich umbenannt, im Juli 2006 wieder aus der Pergamon herausgelöst.

Das Krankenhaus Wetter wurde 2000 zu 51 Prozent von der Neue Pergamon (NPK) übernommen. Zum 1.1.2004 verkaufte Miteigner Eifelhöhen Klinik 43 Prozent Anteile an die Neue Pergamon, die damit 93 Prozent besaß. An der Eifelhöhen Klinik selbst soll die NPK zu diesem Zeitpunkt mit 25,07 Prozent beteiligt gewesen sein.

Gesellschaftern sollten Werte erhalten werden

Im Januar 2005 schlägt der Versuch der NPK fehl, die Eifelhöhen Klinik AG zu übernehmen. Aufsichtsratsvorsitzender der EHK war damals Werner Severin. Der wiederum war bis 2001 Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Vorderpfalz in Ludwigshafen, die Gläubiger der Neue Pergamon ist. Laut Geschäftsbericht der Landesbank Saar von 2005 war Severin damals Stellv. Vorsitzender des Vorstandes der Landesbank Saar, die der Neue Pergamon Kredite im Zusammenhang mit dem Aufbau der Deutschen Humanplasma Gesellschaft (DHG) gewährte (Rheinpfalz).

Im August 2006 meldet "Rheinpfalz Online", die Neue Pergamon wolle sich vor der Insolvenz retten, in dem sie ihre Tochter DGH an die Octapharma verkauft. Octapharma ist Hauptabnehmerin der Produkte der DHG.

Am 27. Juli 2006 verkaufte Geschäftsführer Atrio die NPK-Krankenhäuser Oberhausen und Lengerich, deren Wert man laut Sixto D. Atrio auf "10 bis 17 Millionen Euro" schätzen kann, für je 1 Euro an die KKH Beteiligungsgesellschaft: Die KKH entstand am 27. 7. 2006 aus der ursprünglichen "90.

MVB Beteiligungsgesellschaft mbH" aus dem Büro Prange.

Die Krankenhäuser seien in der KKH Beteiligungsgesellschaft nur ausgegliedert, praktisch "geparkt", so Sixto D. Atrio auf Anfrage der WR, bis das Geflecht der NPK-Firmen entwirrt ist. Es sei darum gegangen, den Gesellschaftern Werte der NPK zu erhalten.

Auch die NPK-Anteile am Krankenhaus Wetter/Ruhr sowie die Anteile eines 2. Gesellschafters sind von der KKH Beteiligungsgesellschaft übernommen worden.

Gegen den früheren NPK-Hauptgesellschafter ermittelt inzwischen der Staatsanwalt.

Von Horst Hassel

Schwierige Suche nach dem Herrn des Hauses

**WESTFÄLISCHE
WR RUND SCHAU** 02.02.2007 / LOKALAUSGABE / WETTER

Wetter. Vor über sechs Jahren wechselte das Krankenhaus Wetter von der Stadt in eine private Trägerschaft über. Weil mit der Erbpacht Bedingungen verknüpft sind, kann die Stadt den Kontakt zum neuen Eigner nicht so einfach abreißen lassen. Wer aber aktuell in dem Haus an der Gartenstraße das Sagen hat, musste die Verwaltung jetzt mühselig erkunden. Von Klaus Görzel Das Krankenhaus ist schon seit 2004 kein Krankenhaus mehr. Mittlerweile ist es zum zweiten Mal zur Herberge für Senioren geworden, deren Residenz gerade renoviert wird. Mit der Schließung des Krankenhausbetriebes war aber zunächst kein Eigentümerwechsel verbunden. Geschäftspartner für die Stadt blieb die "Neue Pergamon Krankenhausgesellschaft". Die kam aber im letzten Jahr in ein schwieriges Fahrwasser.

Im Herbst war Wirtschaftsjurist Sixto Atrio im wetterschen Krankenhausbeirat zu Gast. Die KKH-Beteiligungsgesellschaft, die in Plettenberg an derselben Adresse residiert wie Atrio, war neuer und alleiniger Gesellschafter der "Pflegezentrum Wetter GmbH" geworden, wie die "Krankenhaus Wetter-Ruhr GmbH" jetzt hieß. Als Sixto Atrio kurz vor Weihnachten Post vom Stadtbetrieb in Wetter bekam, schrieb er zurück, dass er "nicht mehr für die Pflegezentrum Wetter GmbH tätig" ist. Zwar nannte er die Namen von zwei Rechtsanwälten in Heidelberg, es bedurfte aber zahlreicher Anrufe, bis der Bürgermeister wusste, wen er zur nächsten Sitzung des Beirates einladen muss. Der letzte Anruf war gestern.

Bald Besuch im Beirat

Derzeitiger Stand der Stadt: Die KKH ist weiterhin Gesellschafterin der "Pflegezentrum Wetter GmbH". KKH-Geschäftsführer ist Dr. Schiller, der wiederum bei Dr. Schreiber in Heidelberg arbeitet, dem Insolvenzverwalter der "Neuen Pergamon Krankenhausgesellschaft." Beide sind tätig für den Insolvenzverwalter Wellensiek.

Schwieriger wird es bei der Frage, wer aktuell die Geschäfte der Pflegezentrum Wetter GmbH führt. Bürgermeister Seitz war Silvio von Entress-Fürsteneck benannt worden, als früherer Pergamon-Geschäftsführer in Wetter bestens bekannt. Im telefonischen Gespräch habe von Entress aber weit von sich gewiesen, noch etwas mit dem Haus in Wetter zu tun zu haben. Vielleicht bringt ja der Besuch von Dr. Schiller Aufklärung: Er hat sein Kommen für die Beiratssitzung Mitte Februar zugesagt.

Ex-Krankenhaus bald wieder bei der Stadt?

 Wetter, 21.05.2007

Wetter. (kg) Das ehemalige Krankenhaus in Wetter könnte schon bald wieder an die Stadt Wetter zurückfallen. Einen entsprechenden Weg hat die Verwaltung dem Krankenhausbeirat aufgezeigt.

Derzeit wird das Haus an der Gartenstraße als Altenheim genutzt. Senioren aus Bommern, deren Heim gerade umgebaut wird, sind hier noch bis Jahresende untergebracht. Danach hat die Pflegezentrum Wetter GmbH, derzeitiger Vertragspartner der Stadt Wetter in einem Erbbaurechtsvertrag, keinen Mieter mehr. Ein neuer ist auch nicht in Sicht.

Das Krankenhaus ist längst aus dem Krankenhausbedarfsplan herausgenommen. Ein wirklicher Umbau zum Altenheim ginge tief ins Geld. Zudem scheint der Markt mit Altenheimplätzen in Wetter gesättigt. Einen Käufer für das Objekt hat die Insolvenzkanzlei, die die Pflegezentrum Wetter GmbH betreut, nicht finden können.

Ein Erwerb kommt auch für die Stadt nicht in Frage, so jedenfalls die Verwaltung. Sie setzt stattdessen auf ein Insolvenzverfahren, in dem sie von ihrem Heimfallrecht Gebrauch machen kann. Das Krankenhaus war Anfang des Jahrzehnts für 30 000 E, die die Stadt zuvor zur Gründung einer GmbH aufwänden musste, und einen symbolischen Kaufpreis von 1 Mark an die "Neue Pergamon" und die "Eifelhöhen-Klinik" abgetreten worden. Für den Fall, dass das Haus nicht mehr als Klinik oder Heim genutzt wird, hatte sich die Stadt ein Heimfallrecht gesichert.

Das Insolvenzverfahren scheint aus Sicht der Stadt die zweckmäßigste Lösung zu sein. Sie müsste den Aufwand des Insolvenzverwalters tragen und mögliche Wertsteigerungen in der Immobilie zahlen. Von einer allzu großen Wertsteigerung geht eine Kanzlei, die die Stadt berät, nicht aus. Morgen wird sich der Krankenhausbeirat mit der Zukunft des Gebäudes Gartenstraße beschäftigen, nächste Woche dann der Hauptausschuss.

Ungewisse Zukunft für Klinik-Gebäude

 Wetter, 22.05.2007

Wetter. Kommt mit einem Rückfall an die Stadt der Abriss für das ehemalige Krankenhaus oder gibt es eine Chance für den Erhalt? Während heute im Krankenhausbeirat darüber beraten wird, wie das Haus wieder in die Hand der Stadt kommt, haben sich die Partei

Von Klaus Görzel "Am Ende wird das Bauland", fürchtet Gerd Steuer von den "Bürgern für Wetter". Er sieht für den Bau keine Zukunft. Anfang des Jahrzehnts hatte eine private Krankenhausgesellschaft die Klinik übernommen, 2004 wurde sie geschlossen. Seitdem vermietete die Gesellschaft vorübergehend an Altenheime, die ein Ausweichquartier brauchten. Ende des Jahres läuft der aktuelle Vertrag aus. Interessenten für das Haus als Klinik oder Heim haben sich nicht gefunden. Kommt es zu einem Insolvenzverfahren, könnte die Stadt von ihren Heimfallrecht Gebrauch machen.

Für Karen Haltaufderheide von den Grünen ist das Gebäude "schön und stadtprägend". Wenn es geht, würde sie es gerne stehen lassen. Ein Abriss ist auch für Elisabeth Gerlach, Stadtverbandsvorsitzende der CDU, keinesfalls zwangsläufig. "Das Haus ist einmal gestiftet worden. Da steht es uns nicht an, das Gebäude einfach abzureißen." In Kontakt mit den Nachbarstädten müsse versucht werden, Krankenpflege oder auch ambulante Pflege in der Ex-Klinik anzusiedeln.

Mit dem Verkauf an Privat waren viele Hoffnungen verbunden. Zumindest ein paar Jahre länger habe Wetter so ein Krankenhaus gehabt, heißt es bei der SPD. "Nun ist das Stammkapital verfrühtstückt, und die Mitarbeiter haben ihre Jobs doch verloren", zieht Elisabeth Gerlach eine bittere Bilanz.

DerWesten - 30.01.2008

<http://www.derwesten.de/nachrichten/nachrichten/staedte/wetter/2008/1/30/news-19870106/detail.htm>

Stadt will Krankenhaus zurück

 Wetter, 30.01.2008

Wetter. (kg) Die Stadt hat beim Amtsgericht in Hagen den Antrag gestellt, das Insolvenzverfahren gegen die Pflegezentrum Wetter GmbH zu eröffnen. Ziel: Das frühere Krankenhaus soll an die Stadt zurückfallen.

Noch wird das Haus an der Gartenstraße als Übergangs-Altenheim genutzt. Für die Zeit danach hat die Pflegezentrum Wetter GmbH, die Vertragspartner der Stadt in einem Erbbaurechtsvertrag ist, keinen Mieter mehr. Das Krankenhaus war Anfang des Jahrzehnts für den symbolischen Kaufpreis von 1 Mark an die damalige "Neue Pergamon" und die "Eifelhöhen-Klinik" abgetreten worden. Die Stadt hatte sich aber das Heimfallrecht gesichert für den Fall,

dass das Haus nicht mehr als Klinik oder Heim genutzt wird.

Wird das beantragte Insolvenzverfahren tatsächlich eröffnet oder vom Gericht mangels Masse abgelehnt, sind die Voraussetzungen für den Heimfall an die Stadt gegeben. Den entsprechenden Weg hatte die Verwaltung bereits vor Monaten aufgezeigt, jetzt wurden die entsprechenden Schritte unternommen.

DerWesten - 01.02.2008

<http://www.derwesten.de/nachrichten/nachrichten/staedte/wetter/2008/2/1/news-20339985/detail.html>

"Krankenhaus nicht abreißen"

 Wetter, 01.02.2008

Wetter. (gau) Noch bis Mai wohnen Senioren des Wittener Lutherhauses im ehemaligen Krankenhaus an der Gartenstraße. Wenn sie dann wieder zurück in ihr renoviertes Altenheim ziehen, ist die Zukunft des Gebäudes an der Gartenstraße ungewiss. ...

... Mit dem Ziel, die seinerzeit für einen symbolischen Preis an die inzwischen insolvente Neue Pergamon verkaufte Immobilie zurück zu bekommen, hat die Stadt Wetter jetzt einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens beim Amtsgericht Hagen gestellt (die WP berichtete). Zwar weiß die Stadt noch nicht so genau, was aus dem ehemaligen Krankenhaus werden soll. Eine Option aber sind Abriss des Gebäudes und Verkauf des Grundstücks für Wohnungsbau.

"Das darf auf gar keinen Fall passieren", fordert Inge Holland vom Wählerbündnis "Bürger für Wetter". Sie hatte seinerzeit schon für den Erhalt des Städtischen Krankenhauses gekämpft und könnte sich vorstellen, an der Gartenstraße eine Tagespflege für Senioren sowie weitere Einrichtungen des Gesundheitswesens anzusiedeln: "Von der Fußpflege über Reha-Angebote bis zur Arztpraxis ist alles denkbar", sagt Inge Holland. "Der Bedarf ist auf jeden Fall da", weiß Inge Holland, und bei ersten Gesprächen bekam sie durchweg positive Resonanz.

Gegen einen Abriss wendet sich auch Gerd Steuer, ebenfalls von den "Bürgern für Wetter": "Es ist nicht einzusehen, dass ein Baulöwe das Gebäude abreißt und dann den großen Reibach macht."

Kritisch beobachtet auch Rudolf Prüß aus Wengern, was mit dem ehemaligen Krankenhaus geschieht: "Dass die Neue Pergamon das Krankenhaus ausgeschlachtet und das gesamte Inventar verkauft hat, ist eine Frechheit", schimpft er. So sieht das auch Inge Holland: Noch in den letzten Tagen des Städtischen Krankenhauses hatte ihr Krankenhaus-Förderverein der Klinik für 40 000 Euro neue Betten spendiert. "Auch die hat sich die Neue Pergamon unter den Nagel gerissen", ist Inge Holland sauer. Als der Förderverein die Betten zurück haben wollte, waren sie längst verscherbelt . . .

Presseerklärung vom 07.01.2005

zur Neuen Pergamon Management GmbH

Der FLZ war zu entnehmen, dass die Geschäftsführung des Krankenhauses Ansbach der Neuen Pergamon Management GmbH übergeben werden soll.

Obwohl wir nach dem Willen der CSU/SPD-Mehrheit aus dem Aufsichtsrat des Krankenhauses ausgeschlossen wurden, sehen wir uns dennoch in der Verantwortung und melden deshalb wir unsere Bedenken gegen die Vergabe an diese bundesweit tätige Gesellschaft an.

Nach unseren Recherchen befürchten wir, dass dadurch die Abwicklungs- und Privatisierungstendenzen noch weiter verstärkt werden. So spielte die Neue Pergamon bei der Abwicklung des Krankenhauses Wetter/Ruhr keine gute Rolle, was der Betriebsrat mit den Worten kommentierte:

"Die Neue Pergamon verkauft alles, was nicht niet- und nagelfest ist".

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor entsteht, wenn demnächst die Neue Pergamon GmbH an die Eifelhöhen-Klinik AG, Bonn verkauft wird. Diese Gesellschaft hatte in der Vergangenheit große Verluste hinzunehmen. Der Vorstandsvorsitzende Arno Kuge ist nebenbei auch im "Verband der Privaten Krankenanstalten" tätig.

Alle diese Fakten lassen darauf schließen, dass an den Krankenhäusern des Landkreises Ansbach ein gezielter Kapazitätsabbau nicht ausgeschlossen ist.

Wenn der Krankenhausträger die Neue Pergamon Management GmbH und damit auch die Eifelhöhen AG mit ins Boot holt, so ist zu befürchten, dass sich am eingeschlagenen Kurs einiges ändert. Die Aufsichtsräte sollten darauf ein waches Auge haben.



NEUE PERGAMON Krankenhausmanagement GmbH

Seit 1. Februar 2005 hat die „NEUE PERGAMON Krankenhausmanagement GmbH“ (NPK) die Betriebsführung des Klinikums übernommen. Die Zeit des Wartens auf den neuen Vorstand ist damit endgültig vorbei.

Wer oder was verbirgt sich aber hinter der Neuen Pergamon? Ein Interview mit dem Geschäftsführenden Gesellschafter, Herrn Prof. Dr. Volker Graf, sowie ein aktuelles Organigramm des Unternehmens geben im folgenden Aufschluss darüber. Das Interview wurde uns freundlicherweise von NPK-News zur Verfügung gestellt.

„Wer ist eigentlich die Neue Pergamon?“ – „Was macht sie?“ – „Welche Unternehmen gehören denn zur NPK?“ „Wie ist die Neue Pergamon eigentlich entstanden?“ Mit diesen und ähnlichen Fragen werden die Geschäftsführer der Neue Pergamon immer wieder konfrontiert.

Die Firmenzeitung *NPK-News* sprach darüber mit Prof. Dr. Volker Graf, Gründer und Hauptgesellschafter der Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH.

NPK-News: Herr Professor Graf, wann wurde die Neue Pergamon gegründet und wem gehört sie?

Prof. Dr. Graf: Die Neue Pergamon wurde 1995 von drei Gesellschaftern gegründet. Heute hat die NPK sieben Gesellschafter, denen unterschiedlich große Anteile an der Gesellschaft gehören. Fast alle Gesellschafter sind aktiv in der NPK-Gruppe tätig, z. B. als Geschäftsführer in den Kran-

kenhäusern der Gruppe oder in anderen Führungspositionen.

Entwicklung der NPK

NPK-News: Die Neue Pergamon existiert nunmehr seit neun Jahren. Wie würden Sie rückblickend die Entwicklung beurteilen?

Prof. Dr. Graf: Insgesamt waren es neun sehr erfolgreiche Jahre. In den Unternehmen, die der Neuen Pergamon ganz oder anteilig gehören, arbeiten heute rund 1.200 Mitarbeiter. Der Jahresumsatz beträgt rund 60 Mio. €. Den Grundstein für diese erfolgreiche Entwicklung konnten wir in den ersten drei Jahren nach Gründung der NPK legen, als wir die Geschäftsbesorgung in den Krankenhäusern in Ludwigshafen, Gelsenkirchen-Buer und Schwabach übernommen haben. Vor fünf Jahren sind wir dann dazu übergegangen, Einrichtungen des Gesundheitswesens ganz oder anteilig zu erwerben. Parallel dazu haben wir 1998 begonnen, unsere Service-Infrastruktur für

Krankenhäuser und Altenheime aufzubauen.

Die fünf Geschäftsbereiche der NPK

NPK-News: Welche Unternehmen gehören zur NPK und auf welchen Gebieten ist sie tätig?

Prof. Dr. Graf: Die Tätigkeit der NPK umfasst fünf Geschäftsbereiche: die Akutkrankenhäuser, Einrichtungen der Rehabilitation, Alten- und Pflegeheime und die sogenannten Services. Darunter sind alle Tochterunternehmen der NPK zu verstehen, die Dienstleistungen für Krankenhäuser, Pflegeheime oder Rehab-Einrichtungen anbieten. Das fünfte und jüngste Geschäftsfeld ist die Plasmapherese, d. h. die Gewinnung von Blutplasma für die pharmazeutische Industrie. Diese stellt daraus Medikamente her, die derzeit noch nicht künstlich synthetisiert werden können, zum Beispiel Immunglobuline.

Services

NPK-News: Welche Dienstleistungen bieten die Tochterunternehmen der Neue Pergamon konkret an?

Prof. Dr. Graf: Ein wichtiges Betätigungsgebiet ist der Bereich Einkauf und Logistik. Die NPK verfügt über einen eigenen Einkaufsverbund, über den Medikalprodukte und Lebensmittel zu günstigen Konditionen bezogen werden können. Der Produkthandel wird von der Firma Med.ea unter der Leitung von Martina Wolf organisiert. Die Genius Produktmanagement GmbH mit Klaus Dudenhofer als Geschäftsführer standardisiert die in den NPK-

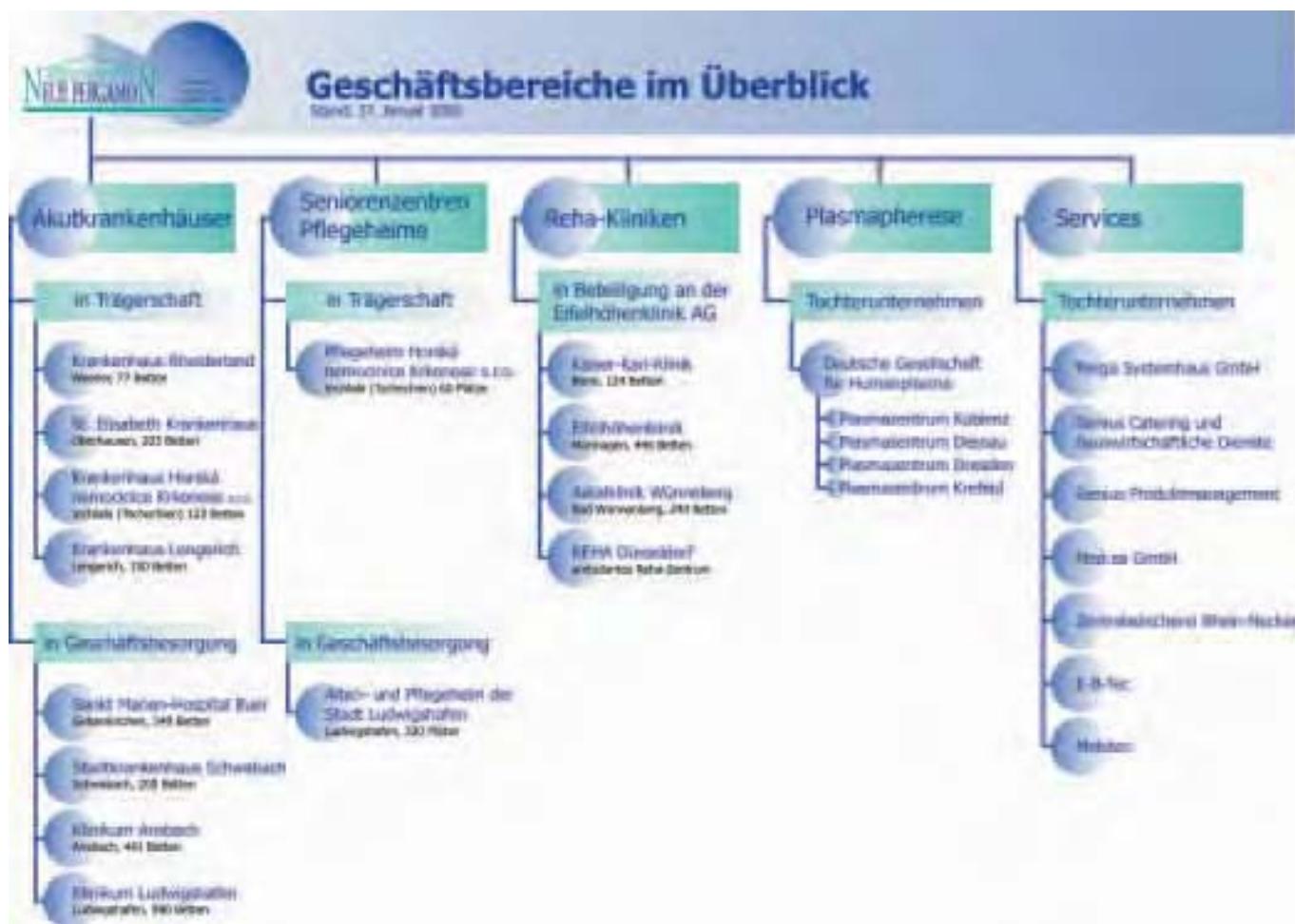
Häusern eingesetzten Medikalprodukte. Indem beispielsweise angestrebt wird, in allen NPK-Krankenhäusern sterile Handschuhe vom selben Lieferanten zu beziehen, ist es uns möglich, Einkaufsmengen zu bündeln und besonders günstige Konditionen auszuhandeln.

NPK-News: Bietet die NPK noch weitere Dienstleistungen an?

Prof. Dr. Graf: Ja. Für EDV-Dienstleistungen steht die Firma Pergis mit Dr. Andreas Beß und Klaus Schultz als Geschäftsführern zur Verfügung. Darüber hinaus ist die Neue Pergamon an den Firmen E-B-

Tec und Mebitec beteiligt. Die E-B-Tec bietet Dienstleistungen im Bau und Betrieb von Gebäuden an (Facility Management). Die Ingenieurgemeinschaft Mebitec bietet Dienstleistungen rund um den Erwerb, den Betrieb und die Instandhaltung von medizintechnischen Geräten an. Last but not least sind wir an der Zentralwäscherie Rhein-Neckar zur Hälfte beteiligt. Insgesamt verfügen wir damit über ein breites Angebot an Servicedienstleistungen, das den Bedürfnissen von Einrichtungen im Gesundheitswesen entspricht.

NPK-News: Herr Prof. Graf, wir danken für das Gespräch.



Editorial



Liebe Leserin, lieber Leser,

die erste Ausgabe im Jahr 2005 liegt nun vor Ihnen und ein neues Gesicht begrüßt Sie an dieser Stelle: Auch nach dem Ausscheiden meines Vorgängers J. W. von Krause, der die **ZAK!** ins Leben gerufen hatte, sollen Sie nicht auf Ihre Klinikzeitung verzichten müssen.

Veränderungen nicht nur bei der **ZAK!**, auch ein Krankenhaus ist keine starre Institution, sondern immer in Bewegung und jedes Jahr glaubt man zu spüren, dass diese Bewegungen immer schneller werden. Gerade in diesem Jahr scheint sich im Klinikum alles rasant zu entwickeln.

Die ersten Monate meiner Vorstandstätigkeit liegen hinter mir (und Ihnen), und sehr vieles hat sich um die Baumaßnahmen des 1. Bauabschnittes gedreht, vor deren Abschluss wir jetzt unmittelbar stehen. Mein Dank gilt allen, die tatkräftig an der Realisierung mitgewirkt haben. Die Mühe hat sich gelohnt. Ein neu ausgestatteter OP-Trakt mit einem zusätzlichen Saal versetzt uns in die Lage, medizinische Leistungen in einer unter DRG-Bedingungen optimalen Ablauforganisation zu erbringen. Des Weiteren ist unser Institut für Physiotherapie ein neues Schmuckstück geworden, das sicher auch von außerhalb den gewünschten Zuspruch erhalten wird.

Die Kassenverhandlungen für das Jahr 2004 sind im Februar zum Abschluss gekommen, für Oktober sind die Entgeltverhandlungen 2005 terminiert. Der neue Entgeltkatalog für das Jahr 2005 ist in Anwendung und sieht u. a. erhebliche Abschläge in der Vergütung gerade in unseren Belegabteilungen vor. Die damit verbundenen Erlöseinbußen für unser Haus gilt es über Mehrfälle zu kompensieren, da ja die Liegezeiten im jetzigen DRG-Abrechnungssystem nicht mehr die dominierende Rolle

spielen. Leider konnten wir uns mit den Krankenkassen nicht auf die Finanzierung der seit 2004 im Hause behandelten geriatrischen Früh-Reha Fälle einigen, so dass hier der Rechtsweg beschritten werden muss.

Die Zertifizierung der Klinik für Strahlentherapie und der Frauenklinik nach ISO 9001 läuft und wird voraussichtlich noch in diesem Jahr abgeschlossen sein. Ziel ist die Etablierung eines Brustzentrums im Klinikum in enger Kooperation mit den niedergelassenen Ärzten der Region. Die politischen Vorgaben sehen vor, dass zukünftig bestimmte gynäkologische Operationen nur noch in diesen Zentren durchgeführt werden dürfen. Es geht also auch hier um eine Art Bestandssicherung für das Klinikum Ansbach.

Das Geschehen im Krankenhaus wird auch für die Öffentlichkeit immer transparenter. So sind alle Krankenhäuser ab 2005 erstmals verpflichtet, einen sogenannten „Strukturierten Qualitätsbericht“ zu veröffentlichen. Inhalte sind insbesondere die Strukturdaten des Krankenhauses sowie Angaben zum Leistungsgeschehen. Dieser Bericht wird dann über die Krankenkassen der breiten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Wie Sie sehen, gibt es auch in diesem Jahr vielfältige Aktivitäten im Klinikum, über deren Verlauf wir Sie wie immer in den nächsten Ausgaben der **ZAK!** unterrichten werden.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen
Ihr


Lothar Stein

Inhalt

Klinik aktuell

Das Klinikum ist präsent	4
Cafeteria in neuem Gewand	4
Neubau wird bezogen	
und vorgestellt	4
Examen 2005	4
Spendenaktion des Unterkurses	5
Der Öko-Tipp	5
„Caroline and Friends“ im Klinikum	5

Unser Thema

Rauchen – Sucht ohne Ausweg?	6
Schluss mit dem Rauchen!	7
Tipps zur Rauchentwöhnung	8
Was sich im Körper nach der letzten Zigarette abspielt	9
Rauchen und Ernährung	10
Eine Raucher-Karriere	11
Rauchen am Arbeitsplatz	12

Rätselhaft

Das Preisrätsel	14
-----------------	----

Klinik aktiv

Nordic Walking ein voller Erfolg	15
In aller Kürze	15

Vorgestellt

Kurzzeitpflege im Klinikum	16
Das Team	18
Leistungen und Angebote	19

Durchleuchtet

NEUE PERGAMON	
Krankenhaus Management GmbH	20

Portrait

Eine talentierte Künstlerin	22
-----------------------------	----

Klinik intern

Neue Herausforderungen für	
Krankenpflege	24
Stolperstein	24
Neue „Fachkräfte Überleitung“	25
Leute	25

Service

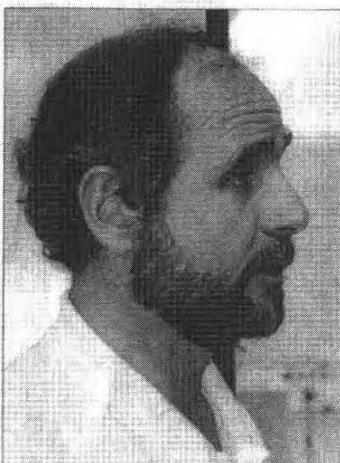
Termine und Kontakt	26
Impressum	26

Jürgen Matschke leitet als Vorstand das Klinikum Ansbach:

„Da ist was zu machen“

Rationalisierungen angekündigt – Chefarzt Dr. Rossi bleibt

ANSBACH (sh) – „Ich bin durch und durch optimistisch. Wenn ich durch das Haus gehe, merke ich bei allem Druck, der herrscht, da ist was zu machen.“ Jürgen Matschke – er steht seit 1. Oktober als Vorstand an der Spitze des Klinikums Ansbach – wirkt am Ende seiner ersten Arbeitswoche voller Tatendrang. Gemeinsam verkünnen Landrat Rudolf Schwemmbauer und Matschke auch gleich eine Überraschung: Dr. Rolando Rossi, Leitender Arzt für Anästhesie, Intensiv- und Notfallmedizin, bleibt in Ansbach. Ende Juli hatte der Verwaltungsrat mit Schwemmbauer an der Spitze die Kündigung von Dr. Rossi akzeptiert (die FLZ berichtete).



Bleibt nun doch am Ansbacher Klinikum: Dr. Rolando Rossi.

Der 58-jährige Matschke sieht das Klinikum bundesweit im Moment „knapp unter der Mitte“ positioniert. Entscheidend für die Zukunft sei das Jahr 2009. Wenn das neue Fallpausalsystem voll greife, werde sich zeigen, wie leistungsfähig und wirtschaftlich ein Krankenhaus diastehe.

Dann möchte der in Thüringen geborene Schwabe, der 1967 sein Abitur in Stuttgart ablegte, mit Ansbach glänzen. Den Weg dahin will er mit den Beschäftigten, mit den Chefarzten (sie sollen mehr in die Verantwortung eingebunden werden), aber auch mit den niedergelassenen Ärzten beschreiten.

„Es muss sich alles ändern, damit alles bleiben kann, wie es ist“, gibt Matschke als Marschrichtung vor. Um Arbeitsplätze zu sichern, werde man nicht umhinkommen zu rationalisieren. Für eine Klinik sei inzwischen nicht mehr die Zahl der Betten wichtig, sondern ob die Prozesse innerhalb des Hauses richtig ineinander greifen. Ansatzmöglichkeiten sieht er auch bei den Durchschnittskosten des Personals. Als Stichworte nennt er soziales Vorgehen und Berücksichtigung von Leistung.

Zwei Grundsatzentscheidungen der Kommunalpolitiker lobt Matschke: die Umwandlung des Ansbacher Klinikums in ein Kommunalunternehmen („man muss nicht so viel Zeit in Gremien investieren“) und die Ankündigung, das Haus in Ansbach mit den Kreiskrankenhäusern im Westen zum 1. Januar 2007 zusammenzuführen.

Landrat Schwemmbauer sieht schon allein deswegen ein spannendes Jahr 2006 auf die Kliniken und Politiker zu kommen. Mit der Berufung von Jürgen Matschke gewinne Ansbach an Beständigkeit, Vertrauen und Zuverlässigkeit.



Blicken zuversichtlich in die Zukunft des wichtigsten Krankenhauses der Region: Landrat Rudolf Schwemmbauer und Jürgen Matschke (rechts). Fotos: Haberl

ke ist Mitgründungsgesellschafter der GmbH.

Für sie war er von 2002 bis 2004 als Krankenhausgeschäftsführer im nahen Schwabach tätig. Von dort wechselte er zum Klinikum Stuttgart (rund 2400 Betten, Ansbach 470), von wo er nun wieder nach Franken zurückkehrt.

Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre arbeitete Matschke in Bayern bei der damaligen Bundesanstalt für Arbeit. Von 1982 bis 1994 stand er in den Diensten des Hauptvorstandes der Gewerkschaft OTV.

Der Marathonläufer, Kunst- und Literaturfreund ist verheiratet. Die zwei Kinder sind 21 und elf Jahre alt.



Fahnenträume für die Königstraße

333
NOTIERT

Von Uwe Bogen, Tel. 07 11 / 7 2 0 57 - 333
E-Mail: u.bogen@stn.zgs.de

Eine große Idee kann bewirken, dass Menschen über sich selbst hinauswachsen. Für Stuttgart liegt nun eine Idee vor, die zum Stadтgespräch werden dürfte, weil sie wahrhaft Großes vorsieht. Wie können wir bei der Fußball-WM 2006 für Medienbilder sorgen, die um die Welt gehen? Zwei „überzeugte Stuttgarter“ wollen, dass sich unsere Stadt nicht länger klein macht. Ihr Appell schlägt mit voller Christo-Wucht ein: Hüllt markante Häuser und Türme mit 32 Riesenflaggen aller Mannschaften ein!

Am Computer hat der Grafiker schon mal vorgeführt, wofür **Florian Fickel**, 36, und **Johannes Zeller**, 42, nun heftig trommeln werden. Die beiden sind geübt in Inszenierungen und hatten schon auf vielen Gebieten Erfolg. Fickel ist Regisseur von Hörbüchern und Dokumentarfilmen, der frühere Rosenau-Wirt Zeller war zuletzt „Eventmanager“ beim Festival „Theater der Welt“. Die Liebe zu Stuttgart verbindet sie in dem Bestreben, schwabische Selbstbewusstsein neu zu zeigen.

Stuttgart kann's packen! Einpacken!

333

Fahnen über Häusermeer II: Wenn die Welt auf Deutschland blickt, sollte Stuttgart, wie Zeller findet, das Alleinstellungsmerkmal hervorrufen. Einzigartig ist bei uns die Kessellage, die sich für die Flaggen-Symphonie besonders eignet. Fickel: „Stuttgart hat zu oft den Fehler gemacht, sich unter Wert zu verkaufen.“ Mit Fahnen über dem gesamten Gebäudeflügel etwas am Hafenbahnhof, am Turm des Pragsattels oder am Tagblattturm, dürfte das Medieninteresse weiter wachsen. Zeller malt sich's aus: „Da fliegt dann die koreanische Fernsehteam im Hubschrauber über Stuttgart und zeigt seinen Zuschauern dabeiheim die koreanische Riesenfahne.“

So könnte Stuttgart unter den deutschen Austragungsorten hervorstechen mit Bildern, die in diesen Dimensionen große Emotionen wecken. Auch abseits der Spiele würde die Stadt zu einer Attraktion für Touristen. In der Theorie scheint die Idee verlockend. Doch hält die Praxis mit? An den Materialien durfte es nicht scheitern, wovon Fickel und Zeller überzeugt



Zwei Stuttgarter wollen die WM-Stadt mit Riesenfahnen verhüllen, wie hier am Schlossplatz

Fotos/Montage: Grohe/Fickel

sind. „Es gibt durchsichtige Stoffe, so dass man durch die Fenster blicken kann.“ Lässt sich's auch finanzieren? „Noch haben wir keine Kalkulation“, sagt Zeller. Die Idee steht erst am Anfang, muss noch besprochen, durchgerechnet werden, muss Freunde finden und Begeisterung wecken.

Am wichtigsten waren den beiden, OB Wolfgang Schuster zöge mit. Mit Unterstützung der Stadt könnten sich leichter Sponsoren finden. Doch noch hat der Rathauschef nicht erkannt, was er von der Fahnen-Idee hält. Die Einladung zur Präsentation steht bisher aus.

Wir haben sehr viele Vorschläge zum Fußball-WM auf dem Tisch“, sagt OB-Sprecher Stephan Schorn am 333 Telefon. „Bestimmt lässt sich nicht alles realisieren.“ Die Fülle der Ideen habe den OB jedenfalls sehr erfreut und zeige, wie die Bürgerschaft auf die Fußball-WM hinfiebert.

Was halten Sie, liebe Leserinnen und Leser, davon, die Stadt so international großflächig auszuschmücken? Ihre Meinung können Sie mailen: u.bogen@stn.zgs.de.

Die Fifa, sagt Schorn, schreibe den WM-Städten einen bestimmt-

ten „City-Dress“ vor. An Brücken oder Fahnenmasten müssten deutliche Hinweise auf die Fußballdispiele zu erkennen sein. Können Vorschriften nicht auch noch fantasievoll überboten werden?

In unserer Stadt kocht so viel Kreativität auf, dass sich Schwaben nicht immer nur mit denselben Kehrwochen-Klischees zum Spott machen müssen. Schon allein das ist gut fürs viel diskutierte Image.

Stuttgart zeigt viel mehr als nur Flagge.

Zu Gast im Le Méridien: Die Fantastischen Vier, ewige Stuttgarter, sind gestern an der Willy-Brandt-Straße abgestiegen.

333

Hotels II: Rudolf Wachner, 32, zuletzt im Sheraton Frankfurt, will als neuer Küchenchef des Maritim italienische, spanische und griechische Akzente setzen.

333

75 Grad Öchsle, Hamburgs Bürgerschaftspräsident Berndt Röder hat die ersten Weintrauben des Jahres hoch über dem Hafen gelesen. Die Rebstücke sind ein Geschenk der Würte des Stuttgarter Weindorfes. Mit der Zukermessung war der schwäbische Winzer Fritz Curle zufrieden: Das ist vergleichbar mit Qualitätsweinen aus Süddeutschland.“



Alfred Baumhauer (li.) von Pro Stuttgart, Röder Foto: dpa

Geschäftsführer verlässt nach 18 Monaten Klinikum

„Weniger Stress“: Jürgen Matschke geht nach Ansbach – Schmitz künftig alleiniger Krankenhauschef

Am Klinikum Stuttgart dreht sich nur 18 Monate nach der Wahl von Jürgen Matschke zum Geschäftsführer erneut das Personalkarussell. Matschke verabschiedete sich am Freitag um 15.53 Uhr per E-Mail von den 6000 Beschäftigten. Am Dienstag tritt er als Klinikumschef in Ansbach an.

VON KONSTANTIN SCHWARZ

Um den abrupten Wechsel an das mit 445 Planbetten deutlich kleineren Krankenhaus in Mittelfranken zu ermöglichen wurde im Rathaus am Freitagmittag eine kurzfristige Auflösungsvereinbarung geschlossen. Durch die Anrechnung seines Jahreslauftals ist der Weg für Matschke frei.

Für den 2500-Betten-Betrieb der Landeshauptstadt zeichnet damit zunächst Cor-Geschäftsführer Ralf-Michael Schmitz verantwortlich. Er wechselte erst vor einem Jahr vom Klinikum Suhl aus in diese Funktion nach Stuttgart und könnte künftig einen deutlichen Machtzuwachs verbuchen.

Der Abschied des 58-jährigen Matschke fällt in die Phase des größten Umbruchs im städtischen Klinikum. Am 11. November soll dem Gemeinderat ein Sanierungskonzept präsentiert werden, das das jährliche Defizit von inzwischen rund 20 Millionen Euro bis 2010 auf Null drückt. Über Details wird noch verhandelt. Matschke selbst steht den Konsolidierungsprozess bereits an einem Punkt angelangt, „von dem aus Licht am Ende des Tunnels deutlich sichtbar ist“, schreibt er an die Mitarbeiter.

Er sei bereits vor zwei Monaten von der für den Posten in Ansbach zuständigen Firma angefragt worden, so Matschke. Zum Hintergrund: Das dortige Haus, das Stadt und Landkreis tragen, wird seit Februar 2005 von der Neue Pergamon gemanagt. Diese GmbH hat Matschke 1996 mit gegründet. Er hält Anteile.

„Wir zählen 1600 Beschäftigte und machen mit zehn Krankenhäusern 66 Millionen Euro Umsatz. Ich werde in Ansbach Geschäftsführer und mich für die Pergamon als einer von drei Geschäftsführern um den Bereich Personal kümmern“, sagt der Stuttgarter. Seine Dauerierung wurde damit nicht unter der in Stuttgart liegen. Die Stadt zahlt dem Klinikums-Geschäftsführer jährlich 200 000 Euro Fixum und bis zu 100 000 Euro Bonus. Die neuen Aufgaben seien für ihn „mit erheblich weniger Stress“ verbunden, begründet Matschke den Wechsel. Schmitz und er hätten „hervorragend kooperiert“.

Im Rathaus wurden am Freitag Überlegungen angestellt, wie das Klinikum Stuttgart dauerhaft mit nur einem Geschäftsführer gesteuert werden könnte. Dazu musste den Ärztlchen Direktoren und den Pflegedirektoren mehr Entscheidungsverantwortung zugesprochen werden. Die Personalvertretung spricht sich offen dafür aus, die frei gewordene Stelle nicht wieder zu besetzen. „Wir plädieren für diese Lösung“, sagt der Vorsitzende Dr. Thomas Böhm, „und zwar ohne Mehrvergütung.“

Sündenbock Taube

Zu „Taubenfütterungsverbot verfassungsgemäß“ vom 28. September:

In was für einer Welt leben wir eigentlich? Wir Menschen verschmutzen in ungleich stärkerer Weise die Umwelt – aber auf der kleinen Taube wird herumgekämpft! Stadttauben verringern leider im Gegensatz zu Wildvögeln nicht ihr Brutverhalten bei man gelnder Fütterung – sie verhungern wirklich, das sie Nachkommen unserer Haust- und Brieftauben sind. Dies ist leider manchen Wildtierexperten nicht bekannt. Die Mär von den angeblichen Gesundheitsgefährden wurde ja auch schon im Bundesgesetzblatt (und den Nachfolgergesetzen) relativ klein eingezogen. Eine einzige Taube verursacht Krankheit ist bekannt. Doch wie heißt es noch? „Die Kleinen hängt man ...“ Endlich haben wir einen Sündenbock!

Elisabeth Petras, Hamburg, Arbeitsgemeinschaft für artgerechte Nutzertierzahaltung e. V.

Nicht einzusehen

Zu den neuen VVS-Tarifen:

Die Kurzstrecke des VVS auf einen Euro zurückzunehmen wäre wegen nur einer Münze sehr zu begrüßen, sollte aber zur Wegstrecke für eine Zone schon abgegrenzt sein. Die Wegstrecke aber zu verkürzen ist wohl nicht einzusehen, man kommt weder von der Spittastraße in die Innstadt, noch vom Rathaus Münster in Richtung Bad Cannstatt, so dass man einkaufen kann. Anstatt auf den Kunden zuzugehen und noch eine Haltestelle zuzugeben, „erzieht“ man diesen, den Fahrpreis womöglich einzusparen.

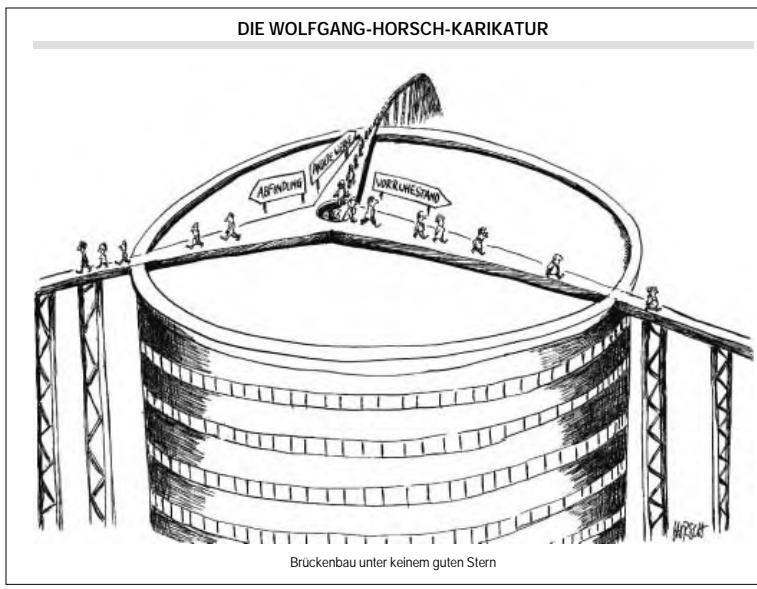
Bernward Glöckler, Stuttgart-West

Musiklarm ohne Pause

Zur Lautstärke im Hofbrau-Festzelt:

Mit meiner Frau und ich hatten uns am Sonntag auf einen vergnüglichen Abend eingestellt. Es wurde aber nichts daraus, da der Lärmpegel der Musikkapelle im gesamten Zelt so hoch war, dass man sich nicht einmal untereinander verständigen konnte. Wie halten das eigentlich die Bedienungen aus? Wahrscheinlich nur mit Ohrkopax. Wir haben das wegen Festwirt H. Gräfe, der war der Gründungsmitglied des Saarnt. Antonius war nur „drei“ (in der Loge) ist es merklich leiser. Als ob sich die gesamten Festzelbstbesucher auf so einen kleinen Teil des Zeltes zurückziehen könnten.

L. und L. Döring Stuttgart-West



Erntedank-Wochenmarkt

Mit der schönen Tradition eines Erntedank-Wochenmarkts stimmen Marktleute, die städtische Marktgemeinschaft sowie Geistliche beider Konfessionen an diesem Samstag um 10 Uhr vor der Stiftskirche auf den Erntedank-Sonntag ein. Nach der Feier, die der Onkel des Erntedank-Brotes, der hier am Rohrmauerstück begleitet, werden gegen 11 Uhr von den Gärtnern des Wochenmarkts gestiftete Körbe mit frischer Ware zu Gunsten der Hilfsbrot für die Welt und Misereor verkauft.

Nach der Änderung der Geschäftsordnung vom 19. März 2004 führen die Geschäftsführer die ihnen nach § 10 der Betriebssatzung obliegenden Geschäfte nun gemeinschaftlich, wobei durch die Anpassung von § 2 der Geschäftsordnung eine Aufteilung in Geschäftsbereiche vorgenommen wurde.

Geschäftsführer:

Geschäftsbereich 1	Geschäftsbereich 2
Herr Jürgen Matschke (1.5.2004 bis 15.11.2005)	Bürgermeister Klaus-Peter Murawski (kommissarisch, bis 31.12.04) Herr Dr. Ralf-Michael Schmitz (vom Gemeinderat am 22.07.2004 gewählt; Eintrittsdatum 01.01.2005)

Nach § 10 EigBVO i.V.m. § 285 Nr. 9 HGB sind die vom Eigenbetrieb gewährten Leistungen für die Mitglieder der Betriebsleitung im Anhang für den Jahresabschluss anzugeben. Die Bezüge der Mitglieder der Krankenhausdirektoren beliefen sich im Jahr 2004 auf insgesamt TEUR 1.152 (Vj.: TEUR 988).

Die Geschäftsführerbezüge von Herrn Matschke betragen im Berichtsjahr TEUR 187.

Anzahl der Vollkräfte

	2004	2003	2002	2001
Pflegedienst	1.720,96	1.743,94	1.745,52	1.719,95
Medizinisch-technischer Dienst	690,65	672,78	682,59	671,34
Ärztlicher Dienst	729,88	709,54	688,86	672,59
Funktionsdienst	542,18	527,05	516,92	509,80
Wirtschafts - und Versorgungsdienst	294,27	311,64	321,80	321,80
Verwaltungsdienst	303,85	311,79	314,62	307,86
Klinisches Hauspersonal	229,20	251,01	280,04	281,35
Technischer Dienst	97,81	95,24	98,80	100,93
Personal der Ausbildungsstätten	49,15	51,12	49,83	51,31
Sonderdienst	41,55	42,37	42,74	41,91
insgesamt	4.699,50	4.716,48	4.741,72	4.678,84

Außerdem waren beim Klinikum im Jahr 2004 641 Auszubildende (Vj.: 646) beschäftigt.

Wichtige Verträge

Die Landeshauptstadt Stuttgart und die Sana Herzchirurgische Klinik Stuttgart GmbH (SHS) schlossen am 13.07.1992 einen **Pachtvertrag** über den Betrieb einer Herzchirurgischen Klinik inklusive der Einrichtungen und Ausstattungen ab. Ebenso wurde die Zusammenarbeit zwischen der SHS und dem Katharinenhospital auf dem Gebiet der **Patientenversorgung sowie der Ver- und Entsorgung** am 23.06.1995 vertraglich geregelt.

Grunddaten der Finanzierung

Das Klinikum Stuttgart fällt unter die Förderung nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz gemäß § 4 Nr. 1 i.V.m. § 9 KHG. Das Land Baden-Württemberg stellt dem Klinikum im Rahmen des Haushalts Mittel zur Verfügung. Die Förderung erfolgt einerseits für einzeln beantragte Investitionen, die die Voraussetzungen des § 12 Abs. 1 LKHG i.V.m. § 9 Abs. 1 KHG erfüllen, andererseits nach § 15 Abs. 1 LKHG i.V.m. § 9 Abs. 3 KHG über eine Jahrespauschale zur Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter. Nach § 3 der Verordnung der Landesregierung über die Pauschalförderung nach dem Landeskrankenhausgesetz Baden-Württemberg vom 29.06.1998 setzt sich die Jahrespauschale aus einer Grundpauschale, einer Fallmengenpauschale und ggf. aus Großgeräte- und Sonderpauschalen zusammen.

Mitglieder der Geschäftsführung

Nach der Änderung der Geschäftsordnung vom 19. März 2004 führen die Geschäftsführer die ihnen nach § 10 der Betriebssatzung obliegenden Geschäfte nun gemeinschaftlich, wobei durch die Anpassung von § 2 der Geschäftsordnung eine Aufteilung in Geschäftsbereiche vorgenommen wurde.

Geschäftsbereich 1	Geschäftsbereich 2
Jürgen Matschke (01.05.04 bis 15.10.05)	Bürgermeister Klaus-Peter Murawski (kommissarisch, bis 31.12.04) Dr. Ralf-Michael Schmitz (seit 01.01.05)

Seit dem Ausscheiden von Herrn Matschke zum 15.10.2005 bis zum Jahresende wurden die Geschäfte des Geschäftsbereichs 1 durch Herrn Dr. Schmitz kommissarisch mitgeführt.

Nach § 10 EigBVO i.V.m. § 285 Nr. 9 HGB sind die vom Eigenbetrieb gewährten Leistungen für die Mitglieder der Betriebsleitung im Anhang für den Jahresabschluss anzugeben. Die Bezüge der Mitglieder der Krankenhausdirektoren beliefen sich im Jahr 2005 auf insgesamt TEUR 1.586 (Vj.: TEUR 1.152).

Die Geschäftsführerbezüge für Herrn Dr. Schmitz betrugen im Berichtsjahr 269 TEUR. Darin enthalten waren mit 60 TEUR erfolgsbezogene Komponenten sowie Sachleistungen in Höhe von 9 TEUR. Herr Matschke erhielt in 2005 eine Gesamtvergütung in Höhe von 232 TEUR, davon entfielen 50 TEUR auf erfolgsbezogene Komponenten und 7 TEUR auf Sachleistungen.

Anzahl der Vollkräfte					
	2005	2004	2003	2002	2001
Pflegedienst	1.644,11	1.720,96	1.743,94	1.745,52	1.719,95
Medizinisch-technischer Dienst	708,52	690,65	672,78	682,59	671,34
Ärztlicher Dienst	760,00	729,88	709,54	688,86	672,59
Funktionsdienst	540,77	542,18	527,05	516,92	509,80
Wirtschafts - und Versorgungsdienst	304,75	294,27	311,64	321,80	321,80
Verwaltungsdienst	306,46	303,85	311,79	314,62	307,86
Klinisches Hauspersonal	211,57	229,20	251,01	280,04	281,35
Technischer Dienst	88,09	97,81	95,24	98,80	100,93
Personal der Ausbildungsstätten	47,70	49,15	51,12	49,83	51,31
Sonderdienst	39,50	41,55	42,37	42,74	41,91
insgesamt	4.651,47	4.699,50	4.716,48	4.741,72	4.678,84

Außerdem waren beim Klinikum im Jahr 2005 665 Auszubildende (Vj.: 641) beschäftigt.

Wichtige Verträge

Die Landeshauptstadt Stuttgart und die Sana Herzchirurgische Klinik Stuttgart GmbH (SHS) schlossen am 13.07.1992 einen **Pachtvertrag** über den Betrieb einer Herzchirurgischen Klinik inklusive der Einrichtungen und Ausstattungen ab.

Ebenso wurde die Zusammenarbeit zwischen der SHS und dem Katharinenhospital auf dem Gebiet der **Patientenversorgung sowie der Ver- und Entsorgung** am 23.06.1995 vertraglich geregelt.

Grunddaten der Finanzierung

Das Klinikum Stuttgart fällt unter die Förderung nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz gemäß § 4 Nr. 1 i.V.m. § 9 KHG. Das Land Baden-Württemberg stellt dem Klinikum im Rahmen des Haushalts Mittel zur Verfügung. Die Förderung erfolgt einerseits für einzeln beantragte Investitionen, die die Voraussetzungen des § 12 Abs. 1 LKHG i.V.m. § 9 Abs. 1 KHG erfüllen, andererseits nach § 15 Abs. 1 LKHG i.V.m. § 9 Abs. 3 KHG über eine Jahrespauschale zur Wiederbeschaffung kurzfristiger Anla-

Krankenhäuser in Schwabach und Ansbach steigen aus Geschäftsführungs-Verträgen mit der „Pergamon“ aus

Die wirtschaftlichen Probleme einer Klinik-Management-Gesellschaft mit Sitz in Hamm haben Auswirkungen auf die Region: Das Unternehmen will sich aus der Geschäftsführung des Stadtkrankenhauses in Schwabach und des Klinikums Ansbach zurückziehen — doch aller Voraussicht nach bleiben die Manager den Einrichtungen erhalten.

ANSBACH/SCHWABACH — Ist die GmbH nun in einem Insolvenzverfahren oder nicht? Justizpresse sprecher Gerhard Breuer vom Amtsgericht Dortmund kann nur von einem juristisch umstrittenen „Schwebezustand“ berichten. Nach Informationen unserer Zeitung hat ein ehemaliger Geschäftsführer der „Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH“ einen Insolvenzantrag gestellt — angeblich zwei Tage nach seiner Entlassung. Sein Nachfolger, der Rechtsanwalt Sixto Atrio, bemüht sich nun um eine Rücknahme.

Doch ob die Neue Pergamon tatsächlich insolvent wird, ist aus mittelfränkischer Perspektive eher eine Randnotiz — obwohl die GmbH für die Geschäftsführung der Kliniken in Schwabach (200 Betten, 350 Mitarbeiter) und Ansbach (500 Betten, 800 Mitarbeiter) verantwortlich zeichnet. Die Pergamon hat den Vertrag mit Schwabach zum 31. August bereits notariell aufheben lassen, um den „Geschäftsbetrieb herunterzufahren“, so Sixto Atrio.

Auch in Ansbach liegt der Entwurf einer „einvernehmlichen Vertragsauflösung auf dem Tisch“, so Klinik-Vorstand Jürgen Matschke. „Bei der Schieflage macht es keinen Sinn, mit der Pergamon weiterzuarbeiten“, sagte Matschke, obwohl er selbst Mitbegründer des Unternehmens ist, mit Unterbrechungen und zuletzt bis Mitte Juli sogar als deren Geschäftsführer fungierte und auch in seiner Eigenschaft als **Eigner eines kleinen Gesellschaftsanteils** Sanierungsanstrengungen unternommen hat.

Das Ende der Pergamon-Geschäftsführung in Ansbach hätte nach Matschkes Einschätzung „keine Auswirkungen“ auf das Klinikum. Bisher hat das Krankenhaus ohnehin nur etwa 20 Prozent seines Materialeinkaufs über die Pergamon abgewickelt. Strittige Bonuszahlungen aus Lieferverträgen — ein Grund für die wirtschaftlichen Probleme der Firma — gebe es in Ansbach nicht.

Anders sieht es dagegen in Schwabach aus, wo das Stadtkrankenhaus von Pergamon angeblich noch etwa 90 000 Euro zu bekommen hat. Kommunale Rechnungsprüfer untersuchen im Moment die Details, über die Anfang Oktober im Aufsichtsrat des Stadtkrankenhauses berichtet werden soll. Bei einer tatsächlich eintretenden Pergamon-Insolvenz könnte dieses Geld auf dem Spiel stehen. Ansonsten kann Geschäftsführer Reinhard Beck — auch er ist noch Pergamon-Mitarbeiter — „keine wirtschaftlichen Auswirkungen“ auf das Stadtkrankenhaus in Schwabach erkennen. Er führe nun lediglich Verhandlungen mit anderen Einkaufsverbund-Unternehmen, um eine kostengünstige Bebeschaffung sicherzustellen.

Lob vom Bürgermeister

Trotz der Pergamon-Krise gibt es keine Anzeichen dafür, dass die örtlichen Klinik-Geschäftsführer ausgetauscht werden. Jürgen Matschke bestätigte vielmehr, dass ihm eine Anstellung beim Ansbacher Krankenhaus-Zweckverband offeriert worden sei. Ansbachs Bürgermeister Klaus Dieter Breitschwert bezeichnete Matschkes Geschäftsführer-Arbeit als „sehr konstruktiv“. Zu einer Übernahme des Pergamon-Gründers als Manager wolle er sich aber „nicht abschließend“ äußern. Der trat in einem Gespräch mit unserer Zeitung vorsorglich Vermutungen entgegen, dass er etwa für das „Missmanagement“ bei der Pergamon verantwortlich sei. Er habe vielmehr an der Entlassung von drei Geschäftsführern und eines Einkaufsleiters mitgewirkt und in der „Zentrale aufgeräumt“.

Angebot der Stadt

Auch der Schwabacher Geschäftsführer Reinhard Beck dementierte nicht, dass ihm ein einschlägiges Angebot der Stadt für eine Übernahme vorliege. Gleichzeitig bekundete er, dass auch er persönlich per Auflösungsvertrag bei der Pergamon ausscheiden wolle.

Nach Angaben der Geschäftsführer haben die Krankenhäuser in Ansbach und Schwabach wirtschaftlich durchaus eine positive Zukunft. Jürgen Matschke nannte für das Klinikum Ansbach zwar ein Defizit von 1,2 Millionen Euro im Jahr 2005, aber das sei unter anderem durch Bauinvestitionen und einen neuen Operationssaal entstanden. Der von ihm ausgearbeitete „Sanierungsplan“ sehe bis Ende 2009 eine „schwarze Null“, also einen Abbau des Defizits vor.

Teil dieser Sanierung sei eine mögliche Übernahme der benachbarten Rangau-Klinik von der Deutschen Rentenversicherung. Dabei ist von einem symbolischen Kaufpreis von einem Euro die Rede, wie die Fränkische Landeszeitung berichtet. Über den nicht unumstrittenen Zukauf müssten die Stadt und der Kreis Ansbach entscheiden.

Auch das Stadtkrankenhaus Schwabach hat sich finanziell erholt: Nicht zuletzt als Folge eines „Sanierungstarifvertrages“ ist das Defizit von 1,4 Millionen Euro (2003) auf nur noch 45 000 Euro im vergangenen Jahr gesunken.

WOLF-DIETRICH NAHR
19.8.2006 0:00 MEZ

Zum NN-Artikel vom 19.08.2006: [Pleite droht: Klinik-Manager haben weiße Weste](#)

Von wegen!!!

Aus:

www.ungesundleben.org/privatisierung/index.php/Fragen_und_Antworten

Stadtkrankenhaus Schwabach: Schaden durch Neue Pergamon?

Kann jemand sagen, ob die folgenden Angaben zutreffen?

Nach Insider-Informationen hat das Stadtkrankenhaus Schwabach während der Geschäftsbesorgung durch die NPK (u.a. waren dort die NPK-Gesellschafter Jürgen Matschke und Reinhard Beck als Geschäftsführer tätig) einen Schaden von über 1 Million Euro erlitten. Im Jahr 2003 holte Matschke die NPK-Tochter „Genius“ als Caterer nach Schwabach. Seitdem verrechnete die „Genius“ dem Stadtkrankenhaus Schwabach überhöhte Verpflegungskosten. Der Einkauf der medizinischen Produkte erfolgte jahrelang - ohne Ausschreibung und wesentlich teurer als z.B. über die „ProSpitalia“ – über den NPK-Einkaufsverbund. Um die NPK-Abzocke zu finanzieren, wurde dem Personal - zu Matschkes Zeit als Geschäftsführer - ein Notlagen-Tarifvertrag aufgezwungen, der noch bis Ende 2006 gilt.

Das Stadtkrankenhaus Schwabach hat bisher von der NPK für vorenthaltene Rabatte lediglich 90.000 Euro gefordert und auch erhalten.

Mit dem Kaufm. Direktor Johannes Schürmeyer war jahrelang ein "Ziehkind Matschkes" an verantwortlicher Stelle tätig. Ungeklärt ist, ob Schürmeyer beim Stadtkrankenhaus angestellt war, oder ob er im Rahmen der Geschäftsbesorgung als NPK-Mitarbeiter tätig war. Nachdem Schürmeyer in Schwabach nicht mehr zu halten war, hat ihn Matschke beim Klinikum Ansbach "in Sicherheit gebracht".

Hinweis

Seit 2007 ist das Stadtkrankenhaus Schwabach beim ["ProSpitalia-Einkaufsverbund"](#).

Ein eindeutiger Beweis, dass die obigen Angaben stimmen.

Die finanziell geschädigten Mitarbeiter des Stadtkrankenhauses sollten gegen die von der NPK gestellten Geschäftsführer klagen.

Siehe auch folgende Links

- [Brief der Wählerinitiative Kommunalwahl 2002, Geschäftsstelle Schwabach, vom 27. Juli 2006](#)
- [Brief der Wählerinitiative Kommunalwahl 2002, Geschäftsstelle Schwabach, vom 12. September 2006](#)
- [Beschlussvorlage der Verwaltung der Stadt Schwabach zum Thema: Stadtkrankenhaus Schwabach gGmbH und Galenus Gesundheitszentrum Schwabach GmbH; Geschäftsbesorgungsvertrag/Übernahme der Gesellschaftsanteile, vom September 2006](#)
- [Antwort des Stadtkämmerers der Stadt Schwabach auf die Anfrage des Stadtrats Alwin Schmiedl in der Sitzung des Stadtrates vom 28.7.2006 zur Neuen Pergamon Krankenhaus Management GmbH, 6.10.06](#)

Siehe auch

- [Stadtkrankenhaus Schwabach](#)
- [Galenus Gesundheitszentrum Schwabach gGmbH \(Neue Pergamon\): Stadtkrankenhaus kauft Anteile der Neuen Pergamon](#)

Aus:

www.ungesundleben.org/privatisierung/index.php/Neue_Pergamon#Klinikum_Ansbach

Aus Ansbach ist zu hören:

In Ansbach hatten aufmerksame Mitarbeiter die Geschäftspraktiken der NPK von Anfang an durchschaut. Dadurch konnte ein größerer Schaden verhindert werden.

Dass sich die NPK in Ansbach so lange halten konnte und der Mitbegründer der NPK Jürgen Matschke weiter als Vorstand tätig sein kann, liegt allein an den "schwarz-roten Amigos".

Der Ausdruck "Amigos" steht im Zusammenhang mit einem Artikel in der Süddeutschen Zeitung vom 25.11.2006. Dort heißt es unter der Überschrift *Ansbacher Amigos - In der Bezirkshauptstadt von Mittelfranken regieren die Lokalfürsten auf dem allzukurzen Dienstweg:*

Doch egal, ob [Ralf] Felber [Oberbürgermeister von Ansbach, SPD] mit seinen engagierten Mitarbeitern in einem Leipziger Nobellokal 1300 Euro aus der Stadtkasse verfuttert (davon 640 Euro für alkoholische und 4,50 Euro für alkoholfreie Getränke) oder seine Pressesprecherin gleich mehrere Gehaltsstufen hochkatapultiert - die schwarz-rote Rathausbruderschaft steht in Treue fest zu ihm. Die SPD muckt aus Angst vor dem Verlust des OB-Postens nicht auf, und die CSU hält er Felber-Intimus und Landtagsabgeordnete Klaus-Dieter Breitschwert stramm auf Gefolgskurs. Schließlich mache der seit 1990 amtierende rote Ralf lupenreine schwarze Politik. ... Landrat Rudolf Schwemmbauer (CSU) ... [fiel auf], als er in der FLZ stolz mit seinem neuen Dienstwagen posierte, einem Luxus-Schlitten mit allen Schikanen, während er gleichzeitig einer Bürgerbewegung gegen Rechtsradikalismus 150 Euro Zuschuss streichen wollte. ... Glücklicherweise pflegen Justiz und Politik in Ansbach regen Austausch...

Hinweis: Das Wort "Amigos" vermittelt einen negativen Zusammenhang der "Vetternwirtschaft" darüber, dass es spanisch ist. Hierbei handelt es sich um einen Ausdruck von Ressentiments, deren Wirksamkeit ebenfalls auf Ressentiments beruht.

„FLZ“ vom 23.08.2006

Ökopartei lehnt Weiterbeschäftigung des Klinikvorstandes ab

Grüne gegen Matschke

Krankenhauschef: „Meine Bilanz kann sich sehen lassen“

ANSBACH (oh) - Wenn im Klinikum Ansbach die Zusammenarbeit mit der Neuen Pergamon Krankenhaus-Management GmbH endet, wollen Bündnis 90/Grüne nicht, dass Jürgen Matschke Vorstand bleibt. „Wir können momentan die pauschale Behauptung, dass er eine weiße Weste hat, genauso wenig unterschreiben, wie, dass er eine schwarze Weste hat“, sagte Grünen-Kreisrat Uwe Schreiner (Windsbach). Deshalb sei es falsch, sich jetzt schon auf Matschke festzulegen, bevor alle Überprüfungen und Revisionen abgeschlossen sind.

Verkehrt sei, Matschke nicht mit der Pergamon gleichzusetzen, betonte der Grünen-Fraktionssprecher im Kreistag, Dieter Bachmann (Neuendettelsau). „Wenn Matschke sich brüstet, bei der Entlassung von drei Geschäftsführern und einem Einkaufsleiter mitgewirkt und in der Zentrale aufgeräumt zu haben, dann zeigt das doch, wer bei der Pergamon das Sagen hat.“

Der Ansbacher Klinikvorstand sei 30-Prozent-Gesellschafter bei der Neuen Pergamon gewesen und habe

erheblichen Einfluss auf das Tagesgeschäft und strategische Entscheidungen besessen, so Schreiner. „Insofern muss er sich auch die Fehlentwicklungen bei der Neuen Pergamon im vollen Umfang mit anrechnen lassen.“ Man wisse nicht, was herauskomme, wenn man alle Geschäfte der Gesellschaft in Kliniken in ganz Deutschland aufarbeite.

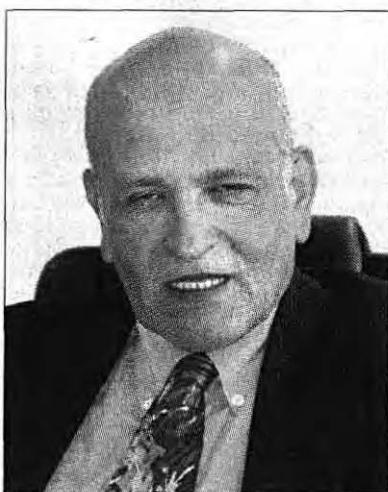
„Herr Matschke ist ein glänzender Selbstdarsteller“, kritisierte Schreiner. In einem schnellen Zeitraum sei er jedoch von einem Krankenhaus zum anderen gewechselt und habe dort jeweils „in der Sache letzten Endes nichts Positives bewirkt“.

Auch wenn man eine Pergamon-Insolvenz abwenden könne, habe Matschke im Klinikum Ansbach „jetzt schon abgewirtschaftet“, so Bachmann. Nur zwei Chefärzte stünden noch hinter ihm, der Großteil des Verwaltungsrates und die Beschäftigten stützten ihn nicht mehr.

„Es ist völlig korrekt, dass die Überprüfungen und Revisionen erst auf dem Tisch liegen müssen“, pflichtete Matschke den Grünen bei. „Meine Bilanz kann sich sehen lassen“, sagte er aber zu seinem Wirken in Ansbach. Das Haus sei gut aufgestellt für die Zukunft. Er arbeite gut mit den Chefärzten zusammen und habe einen Pakt mit den Beschäftigten geschlossen.

In das Tagesgeschäft sei er in der Neuen Pergamon nicht eingebunden gewesen, machte Matschke deutlich. „Das operative Geschäft läuft in der Zentrale.“ Er, so der Klinikvorstand, sei lediglich strategisch und nicht operativ für das Personal verantwortlich gewesen. Warum er aus seinem vorherigen Wirkungsort Stuttgart so rasch nach Ansbach gewechselt sei, habe persönliche Gründe. „Ich habe gemerkt, dass ich meine physischen Möglichkeiten überschreite.“

In Schwabach etwa habe er ein Krankenhaus mit einem „Riesen-Schuldenberg mit einem Notlagen-Tarifvertrag letztlich gerettet, in Stuttgart in einem Haus mit einem Schuldenstand von über 50 Millionen Euro einen Sanierungskurs auf den Weg gebracht.“



Den Ansbacher Klinikvorstand Jürgen Matschke weiterzubeschäftigen, lehnen die Grünen ab. F.: Haberl

„FLZ“ vom 31.08.2006

„Keine 50 Millionen Euro Schulden in Stuttgart“

ANSBACH – Aussagen des Ansbacher Klinikvorstands Jürgen Matschke, er habe in seiner früheren Position im Klinikum Stuttgart bei einem Schuldenstand von über 50 Millionen Euro einen Sanierungskurs auf den Weg gebracht, widerspricht die Stadt Stuttgart in einer Stellungnahme. Das Klinikum sei ein Eigenbetrieb der Kommune, habe 2004 einen Jahresfehlbetrag von 21,5 Millionen Euro verzeichnet und von der Stadt einen Ausgleich in Höhe von 13,8 Millionen Euro erhalten. „‘Schulden’ von 50 Millionen Euro konnten daher gar nicht entstehen.“ An einem Sanierungskonzept, das 2005 verabschiedet wurde, habe Matschke nur zu Beginn mitgewirkt. Einen Sanierungstarifvertrag, den der heutige Ansbacher Vorstand vorgeschlagen habe, habe man aus rechtlichen Gründen nicht verwirklichen können. Er bleibe bei seiner Darstellung, entgegnete Matschke auf die Stellungnahme aus Stuttgart.

Aus dem Stadtrat: Anträge und Stellungnahmen der ödp-Stadträte

Antrag auf Information des Ansbacher Stadtrates

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Ödp-Stadträte beantragen eine umfassende Information des gesamten Stadtrates und eine Beratung zu folgenden Themen:

1. Übernahme der Rangau-Klinik durch das Klinikum Ansbach.
2. Aktuelle wirtschaftliche Lage des Klinikums Ansbach im Vergleich zu anderen Kliniken gleicher Struktur und Größenordnung.
3. Zukünftige Belastungen durch die Auswirkungen der Gesundheitsreform und die gestiegenen Ärztevergütungen.
4. Vor- und Nachteile einer Krankenhausfusion mit den Krankenhäusern der Westschiene und Neuendettelsau.
5. Wie bleibt das Klinikum in Zukunft finanziert, wenn es in kommunaler Hand verbleiben soll?
6. Bevorstehender Wechsel in der Geschäftsführung des Klinikums durch die Insolvenz der Neuen Pergamon Krankenhaus Managementgesellschaft (NPK).

Begründung: Über die o.g. Punkte erfuhr der Stadtrat bisher nur aus der Zeitung. Die Bedeutung der Angelegenheiten zu Ziffer 1 bis 5 erfordert jedoch eine Beratung im Stadtrat und nicht in nachgeordneten Gremien. Aufklärung ist dringend geboten - aber nicht nur hinter verschlossenen Türen. Es geht um öffentliche Gelder und die Perspektive des Klinikums. Die Bürger haben ein Anrecht darauf zu erfahren, ob die Geldschiebereien wie sie von der NPK am Klinikum Ludwigshafen vonstatten gingen, von ihr nicht auch in Ansbach angewendet wurden.

Ansbach, den 22.08.2006
Werner Forstmeier, Gertrud Schnabel, Friedmann Seiler

Nach einem Verkauf der Neuen Pergamon Krankenhaus Management GmbH:

Landrat will Matschke halten

Klinikum Ansbach rechnet 2006 mit 900 000 Euro Minus – Insolvenzantrag zurückgezogen

DINKELSBÜHL (sh) – Der Vorstand des Klinikums Ansbach, Jürgen Matschke, rechnet damit, dass die Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH (NPK) im absehbaren Zeit als Ganzes verkauft wird. Dies

erklärte der Krankenhaus-Manager gestern im Gespräch mit der Fränkischen Landeszeitung. Verwaltungsratsvorsitzender und Landrat Rudolf Schwemmbauer will den Vorstand für diesen Fall in Ansbach halten.

Matschke bestätigte gestern Informationen aus einer nichtöffentlichen Krankenhaus-Strukturausschusssitzung in Dinkelsbühl. Dort hatte der Vorstand und NPK-Mann auch erklärt, dass der Insolvenzantrag beim Amtsgericht Dortmund von den beiden NPK-Geschäftsführern Professor Volker Graf und Sixto Atrio wirksam zurückgenommen worden sei. Graf, so Matschke, sei inzwischen nicht mehr Geschäftsführer.

Die NPK hat mit ihrem Mitgesellschafter und „Angestellten“ Matschke per Geschäftsbesorgungsvertrag die Leitung des Klinikums Ansbach inne. Bei einem Verkauf der „Neuen Pergamon“ entfiel die Grundlage für diese Geschäftsbesorgung, sagte Matschke. Er

selbst wäre interessiert, seine jetzige Tätigkeit als Angestellter des Kommunalunternehmens fortzuführen. Die Entscheidung darüber trifft der Verwaltungsrat. Dessen Vorsitzender, Landrat Schwemmbauer, möchte Matschke halten.

Ganz anderer Meinung sind die Grünen im Ansbacher Kreistag. Wie Dieter Bachmann (Neuendettelsau) der FLZ sagte, will seine Fraktion einen Fragenkatalog für Jürgen Matschke erarbeiten, der „ans Eingemachte“ geht.

Thema der Kreisräte in Dinkelsbühl war einmal mehr die angestrebte Fusion der Kreiskrankenhäuser im Westen mit dem Ansbacher Klinikum. Man sei sich fraktionsübergreifend einig gewesen, dieses Zusammensehen weiter anzustreben, sagte Landrat Schwemmbauer. Da sich der Termin 1. Januar 2007 nicht mehr halten lässt, ist von einem „frühstmöglichen“ Zusammenführen die Rede.

Die Grünen verfahren dabei nach dem Motto „je schneller, desto besser“. Nur so könnten Strategiefehler vermieden werden, aber auch zunehmende Konkurrenz im später einmal doch gemeinsamen Haus. Matschke dagegen plädiert für einen langsamen Pro-



Auch wenn im Sommer die Ärzte in Dinkelsbühl – zumindest ein wenig – streikten, erwartet Vorstand Heinrich Prossel insgesamt wieder ein ausgeglichenes Wirtschaftsergebnis für das Jahr 2006.

Fotos: Haberl



Landrat Rudolf Schwemmbauer (links) will an Klinikums-Vorstand Jürgen Matschke festhalten.

zess. Nicht zuletzt vom Kopf her sei die Zeit für eine Fusion noch nicht reif.

Derweil arbeitet er daran, sein Haus voranzubringen – unter anderem in Konkurrenz zu Rothenburg. So will auch Ansbach von Oktober an einen 24-Stunden-Betrieb beim Links-Herzkatheter-Messplatz anbieten. Landrat Schwemmbauer wiederum versicherte, der Landkreis werde alles unterstützen, um den Schwerpunktcharakter des Klinikums Ansbach zu fördern.

In jedem Fall sind die wirtschaftlichen Verhältnisse noch unterschiedlich. So erwartet Vorstand Heinrich Prossel für sein Verbundklinikum

(Dinkelsbühl, Feuchtwangen, Rothenburg) auch 2006 wieder ein ausgeglichenes Ergebnis. Nicht zuletzt, weil sich dort immer mehr Kranke behandeln lassen: Gegenüber 2004 seien 2006 bislang fast 1000 Patienten mehr gezählt worden, so Prossel.

Auf einem guten Weg sieht sich auch Jürgen Matschke. Er rechnet dieses Jahr mit einem Defizit von rund 900 000 Euro (zuletzt waren es 1,2 Millionen Euro). Im Januar soll die Sanierung der Klinik mit dem Bauabschnitt 2a fortgesetzt werden. Die Arbeiten dürften rund zwei Jahre in Anspruch nehmen.

FLZ 14.09.2006

Nach einem Verkauf der Neuen Pergamon Krankenhaus Management GmbH:

Landrat will Matschke halten

DINKELSBÜHL (sh) – Der Vorstand des Klinikums Ansbach, Jürgen Matschke, rechnet damit, dass die Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH (NPK) in absehbarer Zeit als Ganzes verkauft wird. Dies

erklärte der Krankenhaus-Manager gestern im Gespräch mit der Fränkischen Landeszeitung. Verwaltungsratsvorsitzender und Landrat Rudolf Schwemmbauer will den Vorstand für diesen Fall in Ansbach halten.

Ein Verkauf als Ganzes ist nicht mehr möglich, da nachstehendes vorher geschah:

Wie die RHEINPFALZ erfuhr, wurde in den vergangenen Wochen Vermögen der NPK verschoben. So wurden nach Informationen unserer Zeitung unter anderem die Krankenhäuser in Oberhausen und Lengerich in eine Zwischenholding überführt, hinter der die MVB Beteiligungen AG stehen soll. Diese Firma gehört wiederum zur Prange Business Group - und dort ist der neue NPK -Geschäftsführer Sixto Atrio als Wirtschaftsanwalt beschäftigt. Gläubiger vermuten, dass auf diese Weise ein erheblicher Teil des NPK -Vermögens der potenziellen Konkursmasse entzogen werden soll.

Quelle: DIE RHEINPFALZ vom 12.08.2006

NPK verkauft Tochterfirma

Die Zahlungsunfähigkeit der Krankenhausgesellschaft Neue Pergamon (NPK), bei der Ex-Klinikummanager Volker Graf Hauptgesellschafter ist, wurde vorerst abgewendet. "Die Insolvenz ist erst einmal vom Tisch", erklärte gestern Geschäftsführer Sixto Atrio. Grund: Die NPK-Tochterfirma, die Deutsche Gesellschaft für Humanplasma, wurde an die Octapharma (Langenfeld) verkauft.

Quelle: Mannheimer Morgen vom 06.09.2006

Vorstandsstelle ausschreiben

Bevölkerung habe ein Recht auf eine offene Personalauswahl

DINKELSBÜHL (rei) – Eine öffentliche Ausschreibung der Vorstandsstelle im Klinikum Ansbach forderte gestern Abend Kreisrat Otto Sparrer (Dinkelsbühl) im Namen der Freien Wähler im Ansbacher Kreistag. Im Zusammenhang mit dem bisherigen Vorstand Jürgen Matschke betonte Sparrer, die Entscheidung über den künftigen Chef könne „nicht auf einen zufällig anwesenden Mann gemünzt werden, den man sich über Nacht vor ein paar Jahren von einem gewerblichen Krankenhausgeschäftsbesorger auf Zeit ausgeliehen hat“.

Die Region selbst und Westmittelfranken bieten laut Sparrer „sicher mehrere gute und integre Leute für diese Vertrauensstellung“. Es gelte, den besten Mann oder die beste Frau „für diese sicher gut und angemessen dotierte Stelle zu finden“. Einen oberflächlichen Schnellschuss nach dem Motto „Wen haben wir denn da gerade?“ oder „Wer beherrscht denn am besten eine inhaltslose Rhetorik und ist damit sein bester Verkäufer!“ könne und dürfe es nicht geben. Es gelte vielmehr, den aktuellen Personalmarkt auszuloten. Das Klinikum schulde der Bevölkerung eine offene Personalauswahl. Eine öffentliche Stellenausschreibung sei die grundsätzliche rechtliche Verpflichtung eines jeden Zweckverbandes und Kommunalunternehmens“, so Sparrer.

Natürlich sei es Jürgen Matschke nicht verwehrt, sich ebenfalls zu bewerben. Aber auch er habe sich der Konkurrenz zu stellen – so wie dies derzeit für die Stelle des stellvertretenden Krankenhausdirektors der Virngrund-Klinik des Ostalbkreises in Ellwangen geschehe.

Auffällig sei aber auch, so Sparrer gestern Abend in einer Pressemitteilung, „dass die in der FLZ nachlesbaren Recherchen in Herrn Matschkes früherem Aufgabenbereich in Stuttgart nicht mit seinen Äußerungen übereinstimmen“.

Weiter hätten sich mittlerweile die Klinik Schwabach und die Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH getrennt. Die Klinik habe dem ausgeliehenen Pergamon-Mitarbeiter einen auf ein halbes Jahr befristeten

Arbeitsvertrag gegeben. Im Übrigen erhalte Schwabach nach Presseberichten von der Pergamon noch mindestens eine höhere fünfstellige Summe für die von der Krankenhausgesellschaft zu Lasten der Schwabacher Klinik kassierten Provisionszahlungen.

„Es ist zu erwarten, dass Herr Matschke als einer der langjährigen Hauptgesellschafter und der frühere Geschäftsführer der Neuen Pergamon noch einige Zeit mit der Bereinigung seines Pergamon-Engagements beschäftigt und zumindest zeitlich erheblich belastet sein wird“, betont Otto Sparrer. Deshalb dürfe sich das neu aufstellende Schwerpunkt klinikum „nicht mit derartigen Alt-Vorgängen Dritter belasten, sondern muss ausschließlich zentriert auf eine gute Versorgung der Menschen unseres Raumes vollkommen frei in einem guten Konzert mit den anderen regionalen Krankenhäusern der Grundversorgung nach vorne handeln können“.

Auf zwei Schultern

Im Übrigen hätten sich Vertreter von gewerblichen Geschäftsbesorgern in den kommunalen Krankenhäusern nicht bewährt, so Sparrers Standpunkt. Im Kliniksektor „auf zwei Schultern zu tragen, nämlich dem Gehalt aus Versicherungs- bzw. Patientengeldern sowie einem möglichst hohen Gewinn ihrer GmbH, die auch mit den gleichen Krankenhäusern Geschäfte macht, passt eben nicht zusammen“. Was im Automobilbau üblich scheine, müsse in dem von einem Grundvertrauen geprägten öffentlichen Krankenhaussektor noch lange nicht Einzug halten. Sparrer wörtlich: „Schwabach zeigt der Nachbarschaft den Weg doch sehr deutlich, nämlich komplett ‚Herr‘ im Krankenhaus zu sein. Und in Nürnberg exerziert der Leiter der in Europa größten kommunalen Klinik mit 5500 Mitarbeitern, Klaus Wambach, doch bestens vor, dass auch öffentliche Kliniken profitabel geführt werden können“.

Zudem sei die Pergamon-Geschäftsbesorgung mit Jürgen Matschke nur als eine Übergangslösung gedacht gewesen. Dabei, betonen die Freien Wähler im Ansbacher Kreistag, „muss es jetzt auch endgültig sein Bewenden haben“.

27.09.06
FLZ

Aus dem Stadtrat: Anträge und Stellungnahmen der ödp-Stadträte

Antrag auf Rechnungsprüfung im Ansbacher Klinikum

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Ödp-Stadträte beantragen:

Eine umfassende und detaillierte Prüfung der Rechnungen und Finanzgeschäfte im Klinikum Ansbach durch einen unabhängigen Rechnungsprüfer. Der Zeitraum der Prüfung soll sich auf die Zeit der Geschäftsführung durch die Neue Pergamon - Krankenhausmanagement - Gesellschaft (NPK) erstrecken.

Der o.g. Antrag soll als Weisung des Stadtrates an die Verbandsräte des Krankenhauszweckverbandes ergehen.

Begründung:

Die Stadt Schwabach wurde von der NPK durch nicht weitergeleitete Bonuszahlungen geschädigt. In Ludwigshafen, wo die NPK ebenfalls die Geschäftsführung des Klinikums inne hatte, beträgt die Schadenssumme für die Kommune sogar mehr als 6 Mio. Euro. Die NPK musste Insolvenz anmelden. Die Vorgänge dort kommentierte der Mannheimer Morgen am 08.07.2006 wie folgt:

Erschreckend ist das Ausmaß an Selbstbedienungsmentalität, das an der früheren Klinikum-Spitze offenkundig Einzug gehalten hat. Die Dimensionen sind auch im bundesweiten Maßstab beachtlich.

Festzuhalten bleibt:

Dieses System konnte nur durch Mithelfer funktionieren, hier ist noch so manches erhellendes Schlaglicht nötig.

Völlig unzureichend war die Aufsicht. "Für ein wirksames internes Kontrollsysteem bestehen allenfalls Fragmente", hatten die Prüfer bereits im Frühjahr festgestellt. Dieses Fazit ist erschütternd und zutiefst beschämend - auch für etliche Vertreter im Aufsichtsrat, die ihrer Rolle überhaupt nicht gerecht wurden.

Dies gibt uns Anlass zur Sorge. Warum sollte die NPK in Ansbach nicht ebensolche Geschäftspraktiken angewandt haben?

Ansbach, den 29.09.2006
Werner Forstmeier, Gertrud Schnabel, Friedmann Seiler

Grüne fragen

Sehr geehrter Herr Matschke,

wie am Rande der Strukturausschusssitzung am 12. September bereits besprochen, stellen wir Ihnen hiermit Fragen, die wir für die Beurteilung der jetzt entstandenen Situation um die Besetzung des Vorstands am Klinikum Ansbach für notwendig erachten.

Immer wieder wird festgestellt, dass bei der Vergabe von wichtigen Positionen in Wirtschaftsunternehmen fahrlässig gehandelt wird. Bei der Vergabe des Geschäftsbesorgungsauftrages an die NPK war das nicht anders. Wäre sorgfältiger recherchiert worden (kurze Zeit vorher wurde so in Warburg ein Verkauf an die NPK verhindert), hätte man sich Ärger sparen können.

Fragen:

1. In welchem Zeitraum waren Sie am Klinikum Ludwigshafen als Personaldirektor tätig?
- 1.1. Wurden im Revisionsbericht der Stadt Ludwigshafen in diesem Zeitraum Unregelmäßigkeiten bezüglich des Personaleinsatzes zu Gunsten der NPK festgestellt?
- 1.2. Seit wann war Herr Seegmüller bei der NPK beschäftigt?
- 1.3. In welchem Zeitraum und in welcher Funktion war Herr Schürmeyer am Klinikum Ludwigshafen tätig?
- 1.4. Haben Sie nach Ihrem Ausscheiden in Ludwigshafen sofort als Geschäftsführer am Stadtkrankenhaus Schwabach angefangen?
- 1.5. Wenn nicht, wo waren Sie zwischenzeitlich tätig?
2. In welchem Zeitraum waren Sie am Stadtkrankenhaus Schwabach als Geschäftsführer tätig?
- 2.1. Seit wann war Herr Schürmeyer im Stadtkrankenhaus Schwabach tätig?
- 2.2. Wann und mit welchen NPK-Töchtern wurden am Stadtkrankenhaus Schwabach Verträge abgeschlossen bzw. Aufträge vergeben?
- 2.3. Sind Herrn Schürmeyer die Vorgänge bekannt?
- 2.4. Seit wann ist Herr Beck Gesellschafter bei der NPK?

Aus Stuttgart ist zu hören, dass Sie das Klinikum Stuttgart nicht freiwillig verlassen haben.

3. Stimmt das?

„FLZ“ vom 31.08.2006 „Keine 50 Millionen Schulden in Stuttgart“

- 3.1. Bleiben Sie bei Ihren Darstellungen?
4. Wann und von wem wurde der Vertrag des Klinikums Ansbach mit der ProSpitalia zu Gunsten der NPK-Tochter „Neue Pergamon – Einkauf“ gekündigt?

4.1. Wann, von wem und warum wurde diese Kündigung storniert?

In den „Nürnberger Nachrichten“ vom 19.08.2006 ist zu lesen, dass etwa 20 Prozent des Materialeinkaufs über die Pergamon abgewickelt wurden.

- 4.2. Mit welchen Lieferanten?
- 4.3. Wann und von wem wurden die Kündigungen bei der ProSpitalia für diese Lieferanten veranlasst?

Ihnen eilt der Ruf voraus, Einsparungen bei den Personalkosten zu versuchen.

5. Warum haben Sie eine langjährige Vorstandssekretärin auf das Abstellgleis geschoben und sich eine neue Kraft geholt?
 - 5.1. Wie hoch sind Personalkosten für diese Aktion?
 - 5.2. Warum wurde Herr Schürmeyer zu einem Zeitpunkt eingestellt, an dem noch nicht klar ist, wie es mit den Krankenhäusern in der Stadt und im Landkreis Ansbach weitergeht?
 - 5.3. Erfolgte die Einstellung mit der Zustimmung des Verwaltungsrates?
 - 5.4. Wie hoch sind die Personalkosten für diese Einstellung?
 - 5.5. War Herr Schürmeyer - wegen der NPK-Affäre – in Schwabach nicht mehr zu halten?

In letzter Zeit wird vermehrt über Unregelmäßigkeiten bei der Geschäftsführung von Kliniken berichtet. Vorrangig geht es dabei um Unsummen, die für zweifelhafte Beratungs- und Projektmanagementverträge sowie für Gutachten ausgegeben wurden. Außerdem wurde beanstandet, dass immer wieder Aufträge vergeben werden, ohne Vergleichsangebote einzuholen.

6. Mit welchen Firmen wurden seit Beginn der Geschäftsbesorgung durch die NPK Beratungs- und Projektmanagementverträge abgeschlossen?
Bitte teilen Sie uns jeweils die Vertragsgrundlage, den Leistungsumfang, die Laufzeiten und die Kosten mit.
 - 6.1. An welche Firmen wurden zu welchen Kosten Gutachten in Auftrag gegeben?
 - 6.2. Wurden von Ihnen Beschaffungen in Auftrag gegeben ohne Vergleichsangebote einzuholen?
7. Ist es richtig, dass man Ihnen im Bereich Medikamenteneinkauf eine kostengünstigere Bezugsquelle angeboten hat?
 - 7.1. Wenn Ja, warum haben Sie dieses Angebot nicht genutzt?
 - 7.2. Welche Summe hätte das Klinikum Ansbach, bei Nutzung dieses Angebotes, einsparen können?
8. Laufen wegen der NPK-Affäre auch gegen Sie staatsanwaltschaftliche Ermittlungen?
 - 8.1. Waren Sie am Beschluss, die Krankenhäuser in Oberhausen und Lengerich aus der NPK auszugliedern, beteiligt?
9. Haben Sie – mit ca. 30 % Gesellschaftsanteilen – keine Bedenken, sich dem Klinikum Ansbach als Vorstand anzubieten und sich dann mit öffentlichen Geldern bezahlen zu lassen?

Mit freundlichen Grüßen

SCHWABACH (jk) – Die Trennung ist klar und sauber vollzogen: Sowohl bei der Geschäftsführung des Stadtkrankenhauses als auch beim Bau des Gesundheitszentrums hat sich die Stadt von der Neuen Pergamon gelöst, bekräftigte Oberbürgermeister Hartwig Reimann, gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender der Krankenhaus-GmbH, gegenüber unserer Zeitung. Überlegungen, den Geschäftsbesorgungsvertrag mit Pergamon zu beenden, habe es schon länger gegeben, dass nun alles schnell gegangen ist (wir berichteten bereits), hänge mit der Vermutung zusammen, dass die Neue Pergamon offenbar mit finanziellen Problemen und Unregelmäßigkeiten zu kämpfen habe.

Ende August hat sich ebenso Krankenhaus-Geschäftsführer Reinhard Beck von seinem bisherigen Arbeitgeber, der Neuen Pergamon, getrennt, seit 1. September ist er bei der Stadt beschäftigt. Damit, so Hartwig Reimann, sei die Kontinuität in der Geschäftsführung des Hauses gewährleistet. Überdies hätten erste Prüfungen ergeben, dass Vorgänge rund um die Neue Pergamon, über die man geteilter Meinung sein könne, ausschließlich in der Zeit vor der Geschäftsführung durch Reinhard Beck stattgefunden haben. Die Stadt hat mit Beck vorerst einen Vertrag abgeschlossen, der sechs Monate läuft.

Das Schwabacher Gesundheitszentrum, das auf dem Krankenhaus-Gelände an der Regelsbacher Straße entsteht, wird von der Galenus-GmbH errichtet. An dieser Gesellschaft waren bislang die Pergamon mit 60 und die Krankenhaus-GmbH mit 40 Prozent beteiligt. Zwischenzeitlich hat die Stadtkrankenhaus-GmbH die Pergamon-Anteile erworben. Die Krankenhaus-GmbH ist eine 100-prozentige Tochter der Stadt Schwabach.

Sowohl bei der Beendigung des Geschäftsbesorgungsvertrages für das Krankenhaus als auch bei der Übernahme der Anteile an der Galenus-GmbH habe sich die Stadt Schwabach einvernehmlich mit der Neuen Pergamon geeinigt, so der Oberbürgermeister. Lange Verhandlungen der Stadtverwaltung mit der Geschäftsführung der Neuen Pergamon waren dieser Einigung voraus gegangen, der Ferienausschuss des Stadtrates hat die zuletzt erforderlichen Beschlüsse gefasst.

Dringend handeln musste die Stadt vor allem hinsichtlich des Gesundheitszentrums, denn es habe gegolten, Schaden durch eine drohende Insolvenz der Neuen Pergamon zu verhindern und auch einem eventuell daraus resultierenden Baustopp zu entgehen.

Im Zuge der intensiven Verhandlungen mit der Neuen Pergamon habe man, so Hartwig Reimann, einen dicken Schlussstrich unter die bisherigen Beziehungen mit der Krankenhaus-Betreibergesellschaft gezogen. Möglicherweise zwischen beiden bisherigen Partnern bestehende Ausgleichsansprüche hätten nämlich zu einer ganzen Kette rechtlicher Auseinandersetzungen mit unklarem Ausgang führen können.

Geregelt wurde bei der Vereinbarung auch die Auseinandersetzung um die dem Schwabacher Krankenhaus zustehenden Rückvergütungen seitens der Neuen Pergamon für getätigte Einkäufe für medizinisches Material und Medikamente. 90 000 Euro hatte die Pergamon bislang als Summe anerkannt, die dafür in die Schwabacher Krankenhaus-Kasse hätte fließen müssen. Hintergrund sind Vereinbarungen, die die Pergamon mit Lieferanten geschlossen hatte. Der Hauptgesellschafter der Pergamon soll nach bisherigen Erkenntnissen die Beträge nicht ordnungsgemäß weitergegeben haben. Falls die noch laufenden Prüfungen ergeben sollten, dass dem Schwabacher Krankenhaus eine höhere Summe als die bislang unstrittigen 90 000 Euro zusteht, wird das Haus das Geld noch erhalten. Bei diesem Aspekt sowie auch hinsichtlich des kompletten Verhandlungsergebnisses, so der Oberbürgermeister weiter, sei zu berücksichtigen, dass das Krankenhaus wohl komplett leer ausgehen würde, wenn die Neue Pergamon doch noch insolvent gehen sollte.

Alles in allem, so Reimann, sei die komplette Vereinbarung mit der Neuen Pergamon vom Stadtrat als akzeptables Ergebnis bewertet worden. Unter dem Strich hatte die Stadt den Betrag von 305 000 Euro an die Neue Pergamon zu leisten und ist nun komplett „Herr“ im Krankenhaus und auch im Gesundheitszentrum.

FLZ vom 03.10.2006

Der Ansbacher Klinikum-Vorstand Jürgen Matschke will Antworten nur im nichtöffentlichen tagenden Verwaltungsrat geben

Fragenkatalog der Grünen „unterhalb der Gürtellinie“

Rückendeckung durch den Landrat – Dem Ansbacher Krankenhaus sei durch die Neue Pergamon kein Schaden entstanden

ANSBACH (rei) – Als „unterhalb der Gürtellinie und polemisch“ bezeichnete der Vorstand des Ansbacher Klinikums, Jürgen Matschke, jetzt einen Fragenkatalog der Bündnisgrünen im Ansbacher Kreistag.

Unter anderem wollen die Grünen wissen, ob Matschke vor seinem Wechsel nach Ansbach seinen damaligen Arbeitsplatz, das Klinikum Stuttgart, freiwillig verlassen hat. Gefragt wird auch, ob Matschke mit rund 30 Prozent Gesellschaftsanteilen an der Neuen Pergamon-Krankenhaus Management GmbH keine Bedenken habe, „sich dem Klinikum Ansbach als Vorstand anzubieten und sich dann mit öffentlichen Geldern bezahlen zu lassen“. Auskunft soll Matschke auch darüber geben, warum er eine „langjährige Vorstandssekretärin auf das Abstellgleis geschoben“ habe, wie hoch die damit

verbundenen Personalkosten sind und ob eine Neueinstellung mit der Zustimmung des Verwaltungsrates erfolgt ist.

Im Zusammenhang mit den „roten Zahlen“ im Klinikum fragen die Grünen, ob es richtig sei, „dass man Ihnen im Bereich Medikamenteinkauf eine kostengünstigere Bezugsquelle angeboten hat“ und wenn ja, warum dieses Angebot nicht genutzt worden sei. Erklären soll sich Matschke auch, ob im Zusammenhang mit der Pergamon-Affäre gegen ihn staatsanwaltschaftliche Ermittlungen laufen.

Für Matschke beinhaltet der zweiseitige Fragenkatalog Halbwahrheiten und Verdrehungen. Einige der Fragen seien bereits beantwortet. Für ihn seien diese Fragen der Versuch, ihn zu demontieren. Matschke wörtlich: „Ich werde hier meinen Job machen. Und ich werde ihn so machen, dass diejeni-

gen, die ihn zu beurteilen haben, dies auch können.“

In Absprache mit dem Ansbacher Oberbürgermeister Ralf Felber (SPD) betonte Landrat Rudolf Schwemmbauer (CSU) gegenüber der FLZ, Matschke müsse diesen Fragenkatalog der Grünen nicht beantworten. Der Vorstand des Klinikums sei „ausschließlich dem Verwaltungsrat“ gegenüber verantwortlich. Sollten Fragen offen sein, dann würden diese im Verwaltungsrat gestellt. Ansonsten könnten durch solche Formulierungen, wie sie die Grünen gewählt haben, „Personen demonstriert, demotiviert und kaputt gemacht“ werden.

Sollten die Fragen allerdings von einem Verwaltungsratsmitglied gestellt werden, dann werde Matschke selbstverständlich Antworten geben.

Hervorgehoben wird von Matschke, dass er zwischenzeitlich die Geschäfts-

führung in der Neuen Pergamon Krankenhaus Management GmbH niedergelegt hat. Damit sei für ihn diese Aufgabe erledigt. Zuvor habe er versucht, „diesen Sumpf, der sich da andeutet, mit meinen bescheidenen Mitteln zu lichten“. Es gehe im Wesentlichen nur noch um den Krankenhaus-Standort Ludwigshafen und um den Verkauf der Firma. Nach seinem Wissen gebe es zahlreiche Interessenten.

„Null Komma null“

Auf die FLZ-Frage, ob das Ansbacher Klinikum durch die Neuen Pergamon einen Schaden erlitten hat, sagte Matschke: „null Komma null; meines Erachtens nach ist eher das Gegenteil der Fall.“ Es gebe einen Untersuchungsbericht der inneren Revision des Landkreises und der Stadt Ansbach mit dem Ergebnis, dass kein Schaden entstanden sei.

Die Grünen im Ansbacher Kreistag kritisieren Landrat Rudolf Schwemmbauer und Krankenhaus-Vorstand Jürgen Matschke

Thema Klinikum: „Gibt es etwas zu vertuschen?“

Klage gegen unbekannt und Landtagsanfrage angekündigt – Kehrtwende in der Informationspolitik Schwemmbauers

ANSBACH (rei) – „Gibt es etwas zu vertuschen?“ Diese Frage stellten gestern die Grünen im Ansbacher Kreistag, nachdem ihr Fragenkatalog zum Ansbacher Klinikum nicht beantwortet wird. Kritisiert werden sowohl Landrat Rudolf Schwemmbauer als auch Klinikums-Vorstand Jürgen Matschke. Angekündigt wurde eine Anzeige gegen unbekannt, nachdem im Schwabacher Krankenhaus 90 000 Euro „verschwunden“ seien. Matschke war vor seiner Zeit in Ansbach und Stuttgart Vorstand des Krankenhauses in Schwabach.

Dass Matschke mit Unterstützung von Schwemmbauer den Fragenkatalog zum Klinikum in Ansbach und zu seinem persönlichen Verhalten im Zusammenhang mit der Neuen Pergamon-Krankenhaus Management GmbH nicht beantworten will (die FLZ berichtete), hat die Grünen nachhaltig verärgert.



Grünen-Kreisrat Dieter Bachmann fragt: Gibt es etwas zu vertuschen? Fotos: Reinhhardt

Der Ansbacher Landrat, so Kreisrat Dieter Bachmann (Neuendettelsau), vollziehe damit eine Kehrtwende in seiner Informationspolitik. Bisher habe der Landrat für Offenheit und größtmögliche Transparenz gestanden. Bachmanns Meinung: Wenn Schwemmbauer nun verhindere, dass unserer Kreistagsgruppe, die keinen Sitz im Verwaltungsrat hat, schriftlich gestellte Fragen beantwortet werden, so sind das schon deutliche Dürrezeichen“. Er hoffe, dass sich „unser Landrat“ nicht als „Schönwetterdemokrat“ entpuppe.

Empfohlen wird dem Landrat von Kreisrat und Jurist Uwe Schreiner (Windsbach), seine eigenen öffentlichen Aussagen im Zusammenhang mit der Neuen Pergamon (der immer noch die Geschäftsbesorgung für das Klinikum Ansbach übertragen ist) zu überprüfen. Am 14. September sei nachzulesen gewesen, dass Matschke damit rechne, dass die Neue Pergamon in absehbarer Zeit „als Ganzes“ verkauft werde. Landrat Schwemmbauer werde damit zitiert, dass er in diesem Fall den Vorstand in Ansbach halten wolle. Bereits zu diesem Zeitpunkt habe Jürgen Matschke aber genau gewusst, so Schreiner, dass die Neue Pergamon „als Ganzes nicht mehr existent war und in Folge dessen auch nicht mehr verkauft werden konnte“.

In verschiedenen Medien sei unter anderem nachzulesen gewesen, dass

die Krankenhäuser Lengerich und Oberhausen in eine Holding überführt wurden, „die der Prange Business gehört, bei welcher wiederum auch der Neue Pergamon-Geschäftsführer Sixto Atrio beschäftigt ist“. Anfang September sei im „Mannheimer Morgen“ berichtet worden, „dass die Deutsche Gesellschaft für Humanplasma, eine Neue-Pergamon-Gesellschaft, bereits an die Octapharma verkauft wurde“. Schreiner weiter: „Hierüber den Landrat zu informieren, hat der Vorstand offensichtlich nicht für sinnvoll gehalten.“ Wenn doch, wären die Äußerungen Schwemmbauers vom 14. September unverständlich.

Fakt sei: Die Neue Pergamon habe am 14. September

nicht mehr als Ganzes verkauft werden können. Somit stellen sich folgende Fragen: „Wie und wann wurde der Landrat über den Verkauf von Pergamonanteilen informiert? Warum verhindert der Landrat die Beantwortung angeblich unangemessener Fragen uns gegenüber, will aber gleichzeitig die Beantwortung dieser Fragen, wenn sie von den Mitgliedern des Verwaltungsrates gestellt werden, erlauben?“

Die Grünen fordern „weiterhin eine rasche und fundierte Beantwortung ihrer Fragen – gegebenenfalls durch den Landrat“. Die „Blockadehaltung“ des Landrates und von Matschke sei „umso unverständlicher, als Matschke selbst um konkrete Fragen gebeten“ habe.

Vorbereitet werde auch eine Landtagsanfrage.



Sind sich einig, dass die Fragen der Grünen nicht beantwortet werden (v. r.): Klinikvorstand Matschke und Landrat Schwemmbauer

Pergamon Pleite gefährdet Ansbacher Klinikum?

Der Wunsch des Landkreises nach einer Fusion des Klinikums mit seinen Krankenhäusern kann von der BAP derzeit nicht befürwortet werden, da dies zum Nachteil für das Ansbacher Klinikum werden könnte und das wollen wir nicht.

Eine Zusammenarbeit die beiden nutzt sollte aber auf breiter Ebene angestrebt werden..

Nicht Erfolg versprechend erscheint uns eine Teilprivatisierung oder ein Verkauf des Klinikums. Diese Gedanken sollten endlich beerdigt werden.

Unglaublich sind die bisher bekannt gewordenen Verfehlungen des jetzigen Partners Pergamon (NPK), deshalb hält die BAP eine Trennung von der NPK für dringend geboten. Unter anderem ist die NPK vom Konkurs bedroht und gegen sie laufen Ermittlungen.

Der jetzige Geschäftsführer Herr Matschke ist an der NPK beteiligt ist und somit auch für die Unregelmäßigkeiten und Geschäfte der NPK mitverantwortlich.

Die BAP ist davon überzeugt, dass das Klinikum Ansbach gute Voraussetzungen mitbringt, unter der Leitung eines Zweckverband, die künftigen Aufgaben zu erfüllen.

Hierzu ist es notwendig nach der Trennung von der NPK einen Geschäftsführer einzustellen, dessen Stelle, wie in solchen Fällen üblich und geboten, auszuschreiben ist.

Für eine Weiterbeschäftigung des jetzigen Geschäftsführers und Teilhabers an der NPK Herrn Matschke, dem eine Bewerbung offen stehen sollte, müssen strenge Maßstäbe angelegt werden.

Voraussetzung sind :

- Vollständige Trennung von der NPK (eine aktive oder passive Teilhaberschaft würde nach unserer Überzeugung eine Beschäftigung ausschließen).
- Nachweis, dass keine rechtlichen Verfehlungen im Zusammenhang mit der NPK vorliegen.
- Nachweis, dass dem Ansbacher Klinikum kein Schaden durch die NPK oder deren Beauftragten entstanden ist.

Trotz allem Respekt vor dem persönlichen Einsatz des jetzigen Geschäftsführers ist eine Klärung aller offenen Fragen vor einer Einstellung erforderlich. Sollte dies nicht in kurzer Zeit möglich sein könnten wir uns eine befristete Weiterbeschäftigung des jetzigen Geschäftsführers vorstellen.

Neue Pergamon: Vertrag mit Klinikum gekündigt – Doch Jürgen Matschke bleibt im Amt

Alter Vorstand soll der neue sein

Oberbürgermeister Felber: Bis zur Sondersitzung in der nächsten Woche ist alles vorbereitet

ANSBACH (rei) – Jürgen Matschke soll bereits in wenigen Tagen als Krankenhausvorstand direkt beim Klinikum und damit bei Stadt und Landkreis Ansbach angestellt sein. Dieses Ziel hat gestern Ansbachs Oberbürgermeister Ralf Felber in seiner Eigenschaft als stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender bestätigt. Ende der vergangenen Woche hatte der Insolvenzverwalter der Neuen Pergamon Krankenhaus Management GmbH mitgeteilt, den Geschäftsbestellungsvertrag mit dem Klinikum nicht zu übernehmen. Matschke war bisher von dieser Gesellschaft zum Klinikums-Vorstand bestellt. Als Stellvertreter von Matschke ist Christina Dünfelder, bisher Verwaltungsleiterin im Klinikum, im Gespräch.

Die in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratene Neue Pergamon hatte im Februar 2005 die Geschäftsbestellung im Klinikum übertragen bekommen. Jetzt kündigte der Insolvenzverwalter den Vertrag – und kam nach Darstellung von Ansbachs Oberbürgermeister Ralf Felber damit der Kündigung durch den Verwaltungsrat zuvor.

Laut Matschke, der selbst eine maßgebliche Rolle innerhalb der Neuen

Pergamon gespielt hat, erhielt die Gesellschaft für das Führen der Geschäftsführer im Klinikum bisher pro Jahr insgesamt rund 156 000 Euro. Darin seien nicht nur das Gehalt des Geschäftsführers, sondern alle Leistungen enthalten gewesen. Somit werde sich sein künftiges Gehalt auch nicht in dieser Größenordnung bewegen, betonte Matschke gestern gegenüber der FLZ.

Laut Ansbachs Oberbürgermeister, der zurzeit den noch amtierenden Verwaltungsratsvorsitzenden, Landrat Rudolf Schwenmbauer, krankheitsbedingt vertritt, wird es bereits am 8. November eine außerordentliche Sitzung geben. Dabei würden der Vorstand und der Stellvertreter-Posten besetzt.

Beide Positionen, betonte Felber, würden erst gar nicht ausgeschrieben, nachdem bereits klare Vorstellungen innerhalb des Verwaltungsrates über die Neubesetzung beständen.

Überraschend kam die Auflösung des Geschäftsverhältnisses mit der Neuen Pergamon für den Ansbacher Oberbürgermeister nicht: „Ich habe schon vor einigen Wochen gesagt, dass es keinen Sinn mehr hat und dass wir keine Vorteile mehr in dieser Geschäftsbestellung sehen.“

Landrat Rudolf Schwenmbauer hat sich bereits vor einiger Zeit ebenfalls

dafür ausgesprochen, Matschke direkt beim Klinikum anzustellen. Felber erklärte gestern, ihm sei kein Meinungsumschwung Schwenmbauers bekannt.

Bis zur Sitzung in der nächsten Woche werde auch der Vertrag mit Matschke vorbereitet sein. Er gehe von einer schnellen Einigung aus.

Vertragliche Absicherung

Auf die Bedenken der Bündnisgrünen im Landkreis angesprochen, die davor warnen, Matschke aufgrund der Vorfälle bei der Neuen Pergamon jetzt direkt beim Klinikum einzustellen, meinte Felber: „Ich kenne keine sachlich fundierten und juristisch dingfest zu machenden Fakten, die gegen Herrn Matschke sprechen.“ Klar sei zudem, dass sich das Klinikum vertraglich absichere, sollten zu einem späteren Zeitpunkt Beweise für ein unköriges Verhalten Matschkes im Zusammenhang mit der Neuen Pergamon bekannt werden. In diesem Fall werde es eine Auflösung des Vertrages mit dem Vorstand geben.

Für Matschke selbst ist diese Vorsichtsmaßnahme eine „völlig normale Sache“. Gleichzeitig betonte er gestern gegenüber der FLZ, sich nichts vorwerfen zu müssen. Allerdings sei er



Soll beim Klinikum Ansbach direkt angestellt werden: Vorstand Jürgen Matschke.
Foto: Reinhardt

vom Verhalten einiger Leute sehr enttäuscht.

Er habe große Lust, in Ansbach zu bleiben und das Klinikum weiter voranzubringen. In den vergangenen Monaten hätten die Vorgänge und auch persönlich gegen ihn erhobene Vorwürfe im Zusammenhang mit der Pergamon-Gesellschaft blockierend gewirkt.

Thema Rangauklinik

Dem Verkauf folgt die Kritik Keine Ausschreibung

ANSBACH – Der Verkauf der Rangauklinik in Ansbach an die Diakonie Neuendettelsau hat ein Nachspiel. Das unterlegene Klinikum Nürnberg nannte gestern den Eigentümerwechsel ohne Ausschreibung „ungeöhnlich“.

Sowohl das Nürnberger Klinikum als auch das Westklinikum im Landkreis Ansbach mit den Standorten Rothenburg, Dinkelsbühl und Feuchtwangen hatten beim Verkauf der Rangauklinik das Nachsehen. Aus dem Nürnberger Rathaus wurde gestern eine gewisse Verstimmung über die Umstände des Verkaufsverfahrens bekannt. Zu hören war der Vergleich mit einer „Versteigerung auf dem orientalischen Basar“.

Die Rentenversicherung in Bayreuth als Verkäuferin der Rangauklinik bekräftigte gestern ihre Aussagen gegenüber der Fränkischen Landeszeitung, wonach die Diakonie den Standort Strüth erhalten und die Rechte der Mitarbeiter umfassend gewährleisten wird (ausführlicher Bericht auf der Seite „Region und Bayern“).

Jetzt sollen im Ansbacher Klinikum Reformen zügig vorangetrieben werden

Einstimmiges Votum für Matschke

Ralf Felber strebt ein Musterkrankenhaus an – Hervorragende Chancen auf dem Markt

ANSBACH (rei) – Einstimmig hat sich gestern Nachmittag der Verwaltungsrat des Klinikums Ansbach dafür entschieden, Vorstand Jürgen Matschke direkt beim Krankenhaus und damit bei Stadt und Landkreis Ansbach anzustellen. Zu seiner Stellvertreterin gewählt wurde Christina Dünfelder. Nach der nichtöffentlichen Sitzung kündigte der stellvertretende Verwaltungsratsvorsitzende Ralf Felber an, das Klinikum solle in den nächsten Jahren zu einem Musterkrankenhaus entwickelt werden, das hervorragende Chancen auf dem Gesundheitsmarkt habe. Felber übernimmt ab März turnusgemäß den Verwaltungsratsvorsitz von Landrat Rudolf Schwemmbauer.

Verbesserungen und Reformen, be-tonte Felber, müssten nicht immer identisch mit Sparmaßnahmen sein: „Wir müssen in vielen Bereichen neue Ideen aufgreifen, attraktiver werden und dies alles mit Konsequenz durchziehen.“ Dazu gehöre eine permanente Zusammenarbeit mit den niederge-lassenen Ärzten. Notwendig sei auch,

„ein noch einheitlicheres Team im Klinikum zu formen“. Es gehe um das Bewusstsein, dass alle für das Haus insgesamt da seien. Diesen Ansatz halte er für äußerst wichtig, so Felber.

Natürlich seien in einem Krankenhaus, das in den 1970er Jahren eröffnet wurde, Sanierungen notwendig. Felber wörtlich: „Wenn man das Haus von außen anschaut, dann macht es nicht den allerbesten Eindruck.“ Ansatzzpunkte seien neben kleineren Maßnahmen auch größere Sanierungsschritte. Der Ansbacher Oberbürgermeister umriss die Zeitschiene mit zwei bis drei Jahren, in denen in diesem Zusammenhang eine Verbesserung erreichbar sein müsste.

Als Ziel seiner Arbeit formulierte gestern der „neue“ Vorstand Jürgen Matschke, das Krankenhaus in seinen Strukturen und in seinen ökonomischen Möglichkeiten nicht nur zu sichern, sondern auch auszubauen. Es gehe um den Abbau von Defiziten und um den Stand des Hauses in einer sich rasch entwickelnden Wettbe-werbslandschaft. Matschkes Überzeu-gung: „Da müssen wir dringend noch

unsere Hausaufgaben machen.“ Allein durch die Strukturmaßnahmen in diesem Jahr seien mindestens weitere 800 000 Euro zu bewältigen. Dies sei für das Klinikum eine gewaltige Last. Die Lösung könne nur eine konsequente und kompromisslose Reform innerhalb des Krankenhauses sein.

Konkret bedeutet dies, dass die Ausgaben für Sachmittel gesenkt werden müssen, aber auch die Personalkosten müssen angepasst werden.

Auf die Frage, wie stark der Ansbacher Vorstand sein muss, um dies alles durchsetzen zu können, antwortete Matschke spontan: „Sehr stark; un-eingeschränkt sehr stark.“ Allerdings hätten ihm sowohl der Landrat als auch der Ansbacher Oberbürgermeister einschließlich aller Verwaltungsräte ihre Unterstützung zugesagt. Somit sei er sich sicher, dass der Weg erfolg-



Hatte nach der Wahl gestern Nachmittag gut lachen: der alte und der neue Klinikums-Vorstand Jürgen Matschke (Mitte), der jetzt direkt beim Krankenhaus angestellt ist. An seiner Seite: der Vorsitzende des Verwaltungsrates, Landrat Rudolf Schwemmbauer (rechts) und dessen Stellvertreter, Ansbachs Oberbürgermeister Ralf Felber (links).

Foto: Reinhardt

reich gegangen werden könne und dass auch Entscheidungen möglich seien, die nicht angenehm sind.

Und welchen Ruf hat das Klinikum Ansbach? Matschkes Meinung: „Zunehmend einen, der besser wird.“ Schon jetzt sei der Ruf nicht schlecht und auf medizinischem Gebiet ohne Fehl und Tadel. Es gebe viele alte Kritiken, die aber „durch das Zugehen auf die niedergelassenen Ärzte lang-

sam nachlassen“. Oberbürgermeister Ralf Felber ist davon überzeugt, dass künftig verstärkt im Marketingbe-reich etwas getan werden muss. Aber auch für Ansbach gelte, dass am Ort selbst der Ruf des eigenen Kranken-hauses immer schlechter ist als dies Fremde einschätzen. Dabei dürfe nicht vergessen werden, dass die ganz überwiegende Zahl an Patienten sehr zufrieden ist.

Mindestens 100 000 Euro pro Jahr für Jürgen Matschke und rund 150 000 Euro für Heinrich Prossel

Die Einkommen der Klinik-Vorstände

Weitere Zuwendungen für den alten und wahrscheinlich auch neuen Ansbacher Krankenhaus-Chef sind möglich

ANSBACH/DINKELSBÜHL (rei) – 100 000 Euro im Jahr soll der Vorstand des Ansbacher Klinikums, Jürgen Matschke künftig für seine Arbeit erhalten. Darauf haben sich nach FLZ-Informationen Matschke und die Verwaltungsratsspitze geeinigt. Darüber hinaus kann der Verwaltungsrat dem Vorstand jährlich eine Art Erfolgsprämie zukommen lassen. Auch dies ist vertraglich geregelt. Dennoch: Matschkess Kollege im Westklinikum, Heinrich Prossel, erhält schon seit einiger Zeit wesentlich mehr Geld. Nach FLZ-Recherchen soll Prossels jährliches Einkommen bei rund 150 000 Euro liegen.

Landrat Rudolf Schwemmbauer demontierte diese Summe auf Anfrage der Fränkischen Landeszeitung nicht.

Wenn es nach dem Ansbacher Oberbürgermeister Ralf Felber und Landrat Rudolf Schwemmbauer geht, wird Matschke künftig direkt

beim Klinikum angestellt sein, nachdem der Vertrag mit der Neuen Pergamon Krankenhaus Management GmbH außer Kraft ist. Am morgigen Mittwoch wird es eine Sondersitzung des Verwaltungsrates geben. Auf der Tagesordnung steht der neue Vertrag, der laut Matschke und Schwemmbauer bereits gestern zu fast 100 Prozent abgestimmt war.

Über die Höhe seines Gehaltes wollte Matschke gestern nichts sagen. Allerdings bestätigte er gegenüber der FLZ, dass die Summe von 100 000 Euro pro Jahr „in die Nähe kommen könnte“. Dieser Betrag sei aus seiner Sicht „angemessen“ und „nicht überhöht“. Er habe von sich aus auch keine Forderungen gestellt. Somit habe man sich sehr schnell auf die vertraglichen Bedingungen „eingestellt“.

Dass sein Kollege Prossel als Vorstand der Krankenhäuser in Dinkelsbühl, Rothenburg und Feuchtwangen nach FLZ-Informationen rund 50 000 Euro pro Jahr mehr bekommt, kommentierte Matschke folgendermaßen: „Das ist ordentlich; das kann man nicht anders sagen.“

Dennoch, so Matschke, könne er mit seinem Vertrag und den 50 000 Euro weniger als Prossel leben: „Da schiele ich jetzt nicht nach Dinkelsbühl.“ Zumal in seinem Vertragsentwurf eine Klausel existiere, wonach eine „variable Vergütung“ gezahlt werden könne. Mit dem Ansbacher Oberbürgermeister Ralf Felber sei auch über bestimmte Summen geredet worden. Dies gelte allerdings nur, „wenn der Nachweis ge-

führt wurde, dass ich hier einen guten Job mache“. Konkret: „Bei einer außergewöhnlich guten Leistung kann mir der Verwaltungsrat eine zusätzliche variable Jahreszahlung zugestehen – auf die 100 000 Euro drauf.“ Womit Matschke dann doch selbst den bisherigen Gehalts-Verhandlungsstand bestätigte.

Bestätigt wurde von Matschke ferner, dass das Klinikum ihm gegenüber ein außerordentliches Kündigungsrecht hat. Bezogen sei dieses Recht auf die Vorgänge um die Neue Pergamon, die derzeit von einem Insolvenzverwalter geführt wird und in der Matschke früher eine wesentliche Rolle spielte. Nach wie vor werden dem Ansbacher Krankenhaus-Vorstand von den Grünen im Kreistag unter anderem Vorwürfe gemacht, wonach im Zusammenhang mit der Neuen Pergamon und geflossenen Geldern möglicherweise nicht alles mit rechten Dingen zugegangen sei. Fakten, die juristisch belastbar sind, gibt es laut Ansbachs Oberbürgermeister Ralf Felber derzeit aber nicht. Vorsorglich will der Verwaltungsrat allerdings vertraglich regeln, dass im Falle eines Falles eine Kündigung Matschkess schnell möglich ist. Voraussetzung, betonte der Betroffene gegenüber der FLZ, sei aber der Nachweis, dass er sich strafrechtlich relevant verhalten habe. Diese Passage in seinem Vertrag halte er auch „für korrekt und völlig in Ordnung“.

Wie der Landrat rechnet auch Matschke damit, dass es in der Sonderitzung des Verwaltungsrates am Mitt-

woch Nachmittag eine große Mehrheit für den neuen Vertrag geben wird: „So, wie er jetzt abgefasst ist, geht meines Erachtens nach die andere Seite kein Risiko ein; die wissen, mit wem sie es zu tun haben.“ Er rechnete auch nicht damit, dass die Sitzung sehr lange dauern wird. Vorgesehen sei eine Vertragslaufzeit von drei Jahren – rückwirkend gültig ab dem 1. November.

Für den Ansbacher Landrat Rudolf Schwemmbauer (zurzeit Verwaltungsratsvorsitzender des Klinikums), sind 100 000 Euro Jahreseinkommen für einen Krankenhaus-Vorstand eine Entlohnung, „die nicht überzogen ist, wenn der Mann eine ordentliche Leistung bringt“.

Das Gehalt, das der Vorstand des Verbundklinikums im westlichen Landkreis, Heinrich Prossel erhalten, sei „ein gutes Stück höher“. Wenn behauptet werde, dass die Summe bei rund 150 000 Euro pro Jahr liege, so der Landrat, könne er nicht widersprechen. Er lege aber Wert darauf, dass



Landrat Schwemmbauer (links) bezeichnet eine Vergütung von 100 000 Euro pro Jahr für Klinikum-Vorstand Jürgen Matschke (rechts) als angemessen.
Fotos: Reinhardt

diese Summe nicht von ihm genannt worden sei. Und: „Es geht immerhin um drei Häuser und es gab gewaltige Umwälzungen, die zu bewältigen waren.“ Insofern halte er auch das Einkommen von Prossel für akzeptabel, auch wenn es deutlich über dem von Matschke in Ansbach liege.

Gleichzeitig bestätigte Rudolf Schwemmbauer, dass das Gehalt von Heinrich Prossel über dem liege, „was ich für meine Arbeit als Landrat bezahlt bekomme“.

Prossel war gestern für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.



Verdient mehr als sein Ansbacher Kollege: Heinrich Prossel, Vorstand der Kliniken im westlichen Landkreis.

Kreisrat Sparrer fordert: Vorstandsbesetzung ausschreiben

Gegen Vetterleswirtschaft

Ansbachs OB Ralf Felber: „Kein guter Vorschlag“

ANSBACH (rei) – Die Stelle des künftigen Klinikum-Vorstandes soll öffentlich ausgeschrieben werden. Alles andere „wäre Ämterpatronage beziehungsweise Vetterleswirtschaft mit einem faden Beigeschmack“. Diese Meinung hat gestern der Dinkelsbühl Kreisrat Otto Sparrer im Namen der Freien Wähler im Kreistag vertreten. Beim Ansbacher Oberbürgermeister Ralf Felber stößt Sparrer allerdings auf Ablehnung: „Das ist kein guter Vorschlag.“ Die Situation in Ansbach sei von Dinkelsbühl aus eher schlecht einzuschätzen.

Entschieden werden soll in nichtöffentlicher Sitzung bereits heute. Exakt dies aber will Otto Sparrer verhindern. In einem Brief an Landrat Rudolf Schwemmmbauer als Verwaltungsrats-Vorsitzendem und an den Stellvertreter, Ansbachs Oberbürgermeister Ralf Felber, betonte Sparrer im Namen der Freien Wähler gestern: „Im Aufgabenbereich der öffentlichen Hände gilt die Regel, Personalstellen öffentlich auszuschreiben.“ Und: „Nachdem der Geschäftsbestellungsvertrag mit der Neuen Pergamon GmbH laut deren Insolvenzverwalter nicht übernommen wird beziehungsweise gekündigt ist und damit Herrn Matschkes Bestellung zum Klinikumsvorstand durch die Neue Pergamon beendet ist, kann er nicht anders eingeordnet werden wie jeder andere Bürger oder jede Bürgerin auch.“

Matschke könnte nicht möglichen anderen Personen vorgezogen werden, nur „weil man sich durch die Entscheidungsträger des Klinikums politisch vorab einig ist“. Matschke sei „anderen Personen unter dem Gesichtspunkt Bestenauswahl auf gleicher Ebene gegenüber zu stellen. Dies könnte ausschließlich durch eine Ausschreibung geschehen.“

Dies sieht der Ansbacher Oberbürgermeister nicht so. Ralf Fel-



Der Ansbacher Oberbürgermeister Ralf Felber (SPD): Die Entscheidung für den Klinikums-Vorstand Jürgen Matschke wird am heutigen Mittwoch fallen.

FLZ 8.11.06 Foto: Reinhardt

ber: „Wir müssen sehen, dass wir ins Klinikum eine gewisse Kontinuität hineinbringen.“ Von vornherein sei klar gewesen, dass ein Wechsel im Vorstand fürs Klinikum nicht gut wäre.

Natürlich sei es Sparrers Recht, einen solchen Brief zu schreiben: „Aber ich denke, dass man aus Dinkelsbühl die Situation nicht so gut beurteilen kann wie dies hier in Ansbach der Fall ist.“ Somit gehe er davon aus, dass am heutigen Mittwoch die Entscheidung fallen wird, denn: „Wir glauben, dass wir mit Herrn Matschke eine positive Entwicklung fortsetzen können.“

In diesem Punkt weiß Felber den

Ansbacher Landrat an seiner Seite. Die Kreisräte, so Rudolf Schwemmmbauer zu Sparrers Brief, seien für die Entscheidung nicht zuständig. Allein der Verwaltungsrat könne entscheiden. Die Ausschreibung im Jahr 2004 reiche als bittere Erfahrung. Jetzt gehe es um Kontinuität im Klinikum. Ein Wechsel an der Spitze des Klinikums würde das Krankenhaus zurückwerfen „und wir wären die Verlierer auf dem Gesundheitsmarkt“.

Somit werde die Sitzung heute „mit Sicherheit stattfinden“. Sparrers Brief werde dabei kein Thema sein.



Otto Sparrer: die Vorstands-Stelle im Klinikum Ansbach öffentlich ausschreiben. Foto: Reinhardt

Pergamon Pleite

Die Pergamon (NPK) Gesellschaft, die das Ansbacher Klinikum leitete, ist in Konkurs gegangen. Vor kurzem wurde deshalb der „Geschäftsbesorgungsvertrag“ mit dieser Gesellschaft gekündigt. Der Geschäftsführer, Herr Matschke, wurde inzwischen direkt vom Klinikum angestellt.

Bei allem Streit, der in den vergangenen Monaten, insbesondere zwischen Oberbürgermeister Felber und CSU-Mann Dr. Walchshöfer über die FLZ ausgetragen wurde, sollte man nicht vergessen, dass das Ansbacher Krankenhaus, jetzt Klinikum, in erster Linie dazu da ist, um für die Ansbacher eine möglichst optimale Versorgung und wohnortnahe Betreuung sicherzustellen.

Der Wunsch des Landkreises nach einer Fusion des Klinikums mit seinen Krankenhäusern kann von der BAP derzeit nicht befürwortet werden, da dies zum Nachteil für das Ansbacher Klinikum werden könnte, und das wollen wir nicht.

Eine Zusammenarbeit, die beiden nutzt, sollte aber auf breiter Ebene angestrebt werden.

Nicht Erfolg versprechend erscheint uns eine Teilprivatisierung oder ein Verkauf des Klinikums. Diese Felberschen Gedanken sollten endlich beerdigt werden.

Unglaublich sind die bisher bekannt gewordenen Verfehlungen des jetzigen Partners Pergamon (NPK). Deshalb war die von der BAP geforderte Trennung von der NPK der einzige richtige Schritt.

Der ehemalige Geschäftsführer, Herr Matschke, ist an der NPK beteiligt und somit auch für die Unregelmäßigkeiten und Geschäfte der NPK mitverantwortlich.

Für eine Weiterbeschäftigung sollten deshalb strenge Maßstäbe gesetzt werden, wie sie der Ansbacher Stadtrat festgehalten hat:

- Vollständige Trennung von der NPK (eine aktive oder passive Teilhaberschaft würde nach unserer Überzeugung eine Beschäftigung ausschließen).
- Nachweis, dass dem Ansbacher Klinikum kein Schaden durch die NPK oder deren Beauftragten entstanden ist.

Keine Privatisierung des Ansbacher Krankenhauses !

Was plant OB Felber wirklich?

Wohin steuert das Klinikum Ansbach in den nächsten Jahren? Diese Frage bleibt ungeklärt.

Fachleute gehen jedoch weiterhin von jährlichen Defiziten in Höhe von zwei bis drei Millionen Euro aus. Deshalb halten sich auch hartnäckig Gerüchte, dass nach den Kommunalwahlen am 2. März die Karten neu gemischt werden.

Nicht nur die BAP vermutet, dass Felber, im Fall seiner Wiederwahl, die Selbständigkeit des Ansbacher Krankenhauses aufgibt. Die erwähnten dauerhaften Fehlbeträge stehen seinem ständig betonten Anspruch entgegen, den städtischen Haushalt nicht mit Defiziten zu belasten (Stichwort: keine Netto-Neuverschuldung!).

Das Klinikum wird inzwischen als Kommunalunternehmen geführt. Die Stadt Ansbach hat daran einen Anteil von 48%, der Landkreis hält 52%.

Die BAP ist verwundert über die zum Jahresbeginn erfolgte Ausdünnung der Röntgenabteilung – eine der wichtigsten Abteilungen überhaupt.

Bisher war sie mit einem Chefarzt, zwei Oberärzten, drei Ärzten und zwei Assistenzärzten besetzt. Fest angestellt sind jetzt noch: eine Chefarztkin, ein Oberarzt und eine Ärztin, die jedoch derzeit erkrankt ist und von einem Leiharzt vertreten wird.



Rätsel um Abfindung

Der Aufsehen erregende Vorgang hängt anscheinend mit dem Abschied des langjährigen Chefarztes Dr. Walter Seyferth zusammen. Aus diesem Anlass haben wohl auch ein Oberarzt (21 Jahre in Ansbach), zwei Ärzte und die beiden Assistenzärzte das Krankenhaus verlassen.

Privatdozent Dr.med. Seyferth war seit knapp 20 Jahren am Klinikum tätig. Ende Febr. 2008 hätte er die Ruhestandsgrenze erreicht. Er bemühte sich um eine Vertragsverlängerung, wie jedoch vom derzeitigen Verbansvorsitzenden Ralf Felber abgelehnt wurde.

Die daraus entstandenen Spannungen wurden glaubwürdigen Gerüchten folge so gelöst:

Der Chefarzt wurde mit Hilfe eines Auflösungsvertrages zwei Monate früher, zum Jahresende 2007, in den Ruhestand geschickt und hat eine Abfindung in Höhe von ca. 80000 (!) Euro erhalten.

Offiziell verabschiedet wurde der Mediziner nicht, erfuhr die BAP. Sie fordert deshalb die Verantwortlichen auf, die Gründe für die hohe Abfindung zu nennen.

Essen aus Berlin !?

Geklärt werden muss auch, warum im vergangenen Sommer der Auftrag für die Versorgung der Patienten mit Speisen und Getränken, Wert des Auftrags pro Jahr ca. eine halben Million Euro, an ein Berliner Unternehmen ging.

Kreisgespräch

Der lange Weg einer Antwort aus dem Klinikum

Wie viel Zeit darf sich das Klinikum Ansbach lassen, um Fragen der Grünen im Ansbacher Kreistag zu beantworten? Auf keinen Fall ein halbes Jahr, sagt Grünen-Kreisrat Dieter Bachmann aus Neuendettelsau. So lange wartet er zwischenzeitlich auf Informationen unter anderem zu einer Stellenausschreibung, zu Beratungskosten und zur Dialyse-Station. Für den Kreispolitiker stellt sich zwischenzeitlich nur noch die Frage, ob im Landratsamt unprofessionell gearbeitet oder aber auf Zeit gespielt wird.

Begonnen hat der lange Weg der Grünen-Kreistagsfraktion am 2. Oktober 2007: mit dem genannten Frankenkatalog. Gerichtet an Landrat Rudolf Schwemmbauer. Rund zwei Wochen später kam zwar bereits eine Antwort. Doch in der stand lediglich, dass die Anfrage an den Vorstand des Klinikums weitergeleitet wurde und dass dieser „die von Ihnen aufgeworfenen Fragen in eigener Zuständigkeit beantworten“ werde.

Am 5. Februar 2008 lag diese Antwort aus dem Krankenhaus immer noch nicht vor – und Bachmann schrieb an den Ansbacher Oberbürgermeister Ralf Felber in dessen Eigenschaft als Vorsitzender des Klinikum-Verwaltungsrates. Hintergrund war ein Gespräch, das Bachmann zwischenzeitlich mit Rudolf Schwemmbauer geführt hatte. Dabei gab der Ansbacher Landrat dem Grünen-Politiker den Rat, sich direkt an Felber zu wenden.

Felber verwies die Anfrage an den Ansbacher Rechtsdirektor Rainer Stache, der wiederum am 22. Februar an Bachmann schrieb, dass weder die geltenden Gesetze noch die Gemeinde- und Landkreisordnung ein Auskunftsrecht des einzelnen Kreisrates in Angelegenheiten des gemeinsamen Kommunalunternehmens Klinikum Ansbach vorsehen. Vielmehr hätten die „Mitglieder der Organe des Kommunalunternehmens“ wie zum Beispiel Ralf Felber „über alle vertraulichen Angaben sowie Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse des Unternehmens Verschwiegenheit zu bewahren“. Allerdings habe Bachmann die rechtliche



Wartet seit einem halben Jahr auf Antworten aus dem Klinikum Ansbach: Dieter Bachmann. Foto: rei

Möglichkeit, sich an den Kreisausschuss oder den Kreistag des Landkreises Ansbach zu wenden „und einen entsprechenden Beschluss über die Beantwortung Ihrer Anfrage herbeizuführen“.

Dies will der Grünen-Politiker nun versuchen – ein halbes Jahr nach seinem ersten Anlauf. Und wie einst ist er wieder bei Landrat Rudolf Schwemmbauer gelandet. In einem Antrag an den Kreisausschuss bittet Bachmann darum, dass die Politiker die Verwaltung beauftragen, den schon recht angestaubten Antrag endlich zu beantworten.

Der Landrat wird das Thema in der nächsten Kreisausschuss-Sitzung tatsächlich besprechen lassen. Im nichtöffentlichen Teil der Beratungen sollen die Ausschuss-Mitglieder darüber abstimmen, ob die Kreisverwaltung den einzelnen Kreisrat Bachmann darüber informieren darf, welche Antworten der Ansbacher Klinikum-Vorstand bereits vor langer Zeit auf die Bachmann-Fragen gegeben hat.

Im Verbundkrankenhaus Dinkelsbühl/Rothenburg verlief eine vergleichbare Anfrage Bachmanns übrigens erfolgreicher. Der dortige Vorstand Heinrich Prosser beantwortete die Fragen, schickte die Antwort direkt an den Kreisrat – und damit war die Sache erledigt.

Schnell und unbürokratisch. rei

Dieter Bachmann
91564 Neuendettelsau
den 02.10.2007

An den
Landrat des Landkreises Ansbach
Herrn R. Schwemmbauer
Crailsheimstr. 1
91522 Ansbach

Anfrage

Sehr geehrter Herr Landrat,
wie Sie wissen, wurden meiner politischen Gruppierung und auch mir selbst wiederholt Antworten verweigert, die wir in Bezug auf das Klinikum Ansbach gestellt hatten.
Es ist schlicht nicht möglich, als Mandatsträger Verantwortung zu übernehmen, wenn selbst einfache Fragen unbeantwortet bleiben. Deshalb erbitte ich erneut von Ihnen die Antworten auf einige Fragen.

1. In den „Nürnberger Nachrichten“ schaltete das Klinikum Ansbach folgende Stellenausschreibung: „**Sachbearbeiter/in für Öffentlichkeitsarbeit**“.
 - 1.1. Welches Gremium hat diese Stellenausschreibung beschlossen?
 - 1.2. Wurde diese Stelle inzwischen besetzt?
 - 1.3. Benötigen wir für das Verbundkrankenhaus ebenfalls eine solche Fachkraft?

2. Die FLZ schreibt am 8. Sept. d. J. „Es gebe Stimmen, die davon ausgingen, dass Geld am Klinikum keine Rolle spielt“. Im Bericht des Vorstands vom 10.07. im Kreisausschuss war vom Gegenteil die Rede. Wie ist es zu verstehen, dass man in der 38. KW die Bäume im Eingangsbereich der Klinik gefällt hat, die Parkplätze entfernt hat und in der 39. KW teurer Rollrasen verlegte wurde? Peanuts?

3. Voraussetzung für die Einstellung des Vorstandes Herrn Matschke war, dass er zum Zeitpunkt seines Dienstantritts keine Anteile an der NPK mehr hält.

Existiert eine schriftliche Erklärung des Vorstandes die das belegt? Ist weiterhin belegt, dass Herr Matschke nicht von der Insolvenz der NPK betroffen ist? Können Sie mir den Zeitpunkt nennen, ab dem das zweifelsfrei feststand?

4. In der Kreisausschusssitzung am 10. Sept. 2007 habe ich Herrn Matschke wegen der hohen Kosten für vergebene Gutachten befragt. Der Vorstand wies darauf hin, dass z. B. dadurch in der Endoprothetik innerhalb von 3 Jahren 1 Million Euro eingespart würden

4.1. Wie hoch waren die Beratungskosten, die zu dieser Einsparung führten?

4.2. Welches Volumen und welche Laufzeit hat der Vertrag? Wer hat den Vertrag unterschrieben?

4.3. Hatte bei der Vergabe dieser Endoprothesen eine europaweite Ausschreibung (Schwellenwert 211.000 Euro netto) zu erfolgen? Wenn Ja, hat diese stattgefunden?

4.4. Ist es richtig, dass die jetzt verwendeten Implantate - zumindest teilweise - in China hergestellt werden?

4.5. Ist es weiter richtig, dass es für diese Implantate noch keine Langzeitstudien gibt?

4.6. Von welchen Herstellern (Firmenname, Herstellungsland) bezieht das Verbundkrankenhaus seine Endoprothesen?

4.7. Wurde mit dem Verbundkrankenhaus mit dem Ziel einer gemeinsamen Beschaffung verhandelt?

5. Die Speisenversorgung des Klinikums Ansbach wurde an einen Caterer vergeben.

5.1. Gab es hierfür eine Ausschreibung? Falls Nein, weshalb nicht?

5.2. Welche Laufzeit hat der Vertrag? Wer hat den Vertrag unterschrieben?

5.3. Fallen durch den Wechsel auf den Caterer Lieferanten aus der Stadt und dem Landkreis Ansbach weg?

6. In der „FLZ“ vom 11.09.2007 stand zum Thema „Facharztzentrum am Klinikum Ansbach“, dass dort eine Dialyse-Station untergebracht gebracht werden soll.

6.1. Handelt es sich hier um die Dialyse-Abteilung des Klinikums Ansbach?

6.2. Wenn nicht, wird die Dialyse-Abteilung des Klinikums Ansbach dann geschlossen?

Mit freundlichen Grüßen

Dieter Bachmann

**Kreistagsfraktion
Bündnis 90 / DIE GRÜNEN**



Dieter Bachmann

den 05.02.2008

An

Oberbürger

Herrn Ralf Felber

Johann-Sebastian-Bach-Platz 1

91522 Ansbach

Anfrage Klinikum Ansbach

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister !

Anfang Oktober letzten Jahres habe ich an den Landrat, Herrn Schwemmbauer eine Anfrage gerichtet, das Klinikum Ansbach betreffend.

Vor einiger Zeit hat der Landrat mich nun gebeten Sie, als Vorsitzenden des Verwaltungsrates zu bitten, mir die beantworteten Fragen zukommen zu lassen.

Sehr geehrter Herr Felber, ich gehe davon aus, dass die Fragen längst beantwortet wurden und mir baldmöglichst zugesandt werden können.

Mit freundlichen Grüßen

Dieter Bachmann



Stadt Ansbach · Postfach 607 · 91511 Ansbach

Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Herrn Kreisrat
Dieter Bachmann

Joh.-Seb.-Bach-Platz 1 · 91522 Ansbach

Tel. 0981/51-0 Vermittlung
Fax 0981/51-303 (Sammelnummer)
Internet: <http://www.ansbach.de>
zentrale e-mail: stadt@ansbach.de

Sprechzeiten

Montag 8-16 Uhr
Dienstag 8-16 Uhr
Mittwoch 8-12 Uhr
Donnerstag 8-18 Uhr
Freitag 8-15 Uhr

Amt	Dienstgebäude	Zimmer	Unser Zeichen	Ihr Zeichen	Ihre Nachricht
Recht, Ordnung, Umwelt, Jugend	Joh.-Seb.-Bach-Pl. 1	1.11	542		
Ihr Ansprechpartner Herr Stache	Telefon 51-215	Fax 51-1215	e-mail rainer.stache@ansbach.de		Datum 22.02.2008

Anfrage Klinikum Ansbach

Sehr geehrter Herr Bachmann,

im Auftrag des Verwaltungsratsvorsitzenden des Klinikums Ansbach, Herrn Oberbürgermeister Felber, habe ich Ihnen zu Ihrer Anfrage vom 05.02.2008 folgendes mitzuteilen:

Weder das Gesetz über die Kommunale Zusammenarbeit (KommZG) noch die Bayer. Gemeindeordnung oder die Landkreisordnung (LKrO) sehen ein Auskunftsrecht des einzelnen Kreisrates in Angelegenheiten des gemeinsamen Kommunalunternehmens Klinikum Ansbach vor.

Nach § 4 Satz 1 Verordnung über Kommunalunternehmen (KUV) haben die Mitglieder der Organe des Kommunalunternehmens –so auch der Vorsitzende des Verwaltungsrates- über alle vertraulichen Angaben sowie Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse des Unternehmens Verschwiegenheit zu bewahren. Nach Satz 3 dieser Vorschrift gilt diese Pflicht allerdings nicht gegenüber den Organen der Gemeinde bzw. des Landkreises.

Sie haben deshalb die rechtliche Möglichkeit, sich an den Kreisausschuss oder den Kreistag des Landkreises Ansbach zu wenden und einen entsprechenden Beschluss über die Beantwortung Ihrer Anfrage herbeizuführen.

Ich bitte um Verständnis, wenn ich Ihnen keine günstigere Nachricht zukommen lassen kann.

Mit freundlichen Grüßen

Stache
Ltd. Rechtsdirektor

Sparkasse Ansbach
BLZ 765 500 00
Konto 000 203 505

Postbank Nürnberg
BLZ 760 100 85
Konto 002 907 857

HypoVereinsbank Ansbach
BLZ 765 200 71
Konto 004 150 090

RaiffeisenVolksbank Ansbach
BLZ 765 600 60
Konto 000 058 483

Dresdner Bank Ansbach
BLZ 760 800 40
Konto 780 943 800

Deutsche Bank Ansbach
BLZ 760 700 12
Konto 007 501 539

Mit der Klageerhebung der Staatsanwaltschaft Kaiserslautern im Graf-NPK-Skandal vom 17.03.2008 - (nachzulesen unter <http://www.justiz.rlp.de/justiz/sub/ef3/ef30d090-f9bb-8113-3e2d-c6169740b3ca,,,fff70d73-d8a9-51fc-889b-3bb63b81ce4a.htm>) ist eine neue Situation eingetreten. Aus der Anklage geht hervor, dass die NPK von Januar 2003 bis Mai 2006 dem Klinikum Ludwigshafen Bonuszahlungen in Höhe von 1.468.586,05 Euro pflichtwidrig nicht weitergeleitet haben soll.

In diesem Zeitraum war auch Jürgen Matschke als Geschäftsführer tätig.

Im Zusammenhang mit der Einstellung von Herrn Matschke als Vorstand beim Klinikum Ansbach war in der FLZ vom 31.10.2006 u.a. zu lesen:

"Klar sei zudem, dass sich das Klinikum vertraglich absichere, sollten zu einem späteren Zeitpunkt Beweise für ein unkorrektes Verhalten Matschkes im Zusammenhang mit der Neuen Pergamon bekannt werden. In diesem Fall werde es eine Auflösung des Vertrages mit dem Vorstand geben."

Ebenso wie bei Graf ist eine unmittelbare Bereicherung des Gesellschafters Matschke irrelevant siehe Aussagen des Ltd. Oberstaatsanwalts im Anhang (dies ist für die Tatbestandserfüllung auch nicht erforderlich, da es nur auf den Nachteil bei dem Geschädigten ankommt). Jedoch profitierte der Angeschuldigte von der Tat jedenfalls mittelbar als Gesellschafter der NPK.

Nach unserer Überzeugung stehen jetzt Entscheidungen an!

Mit freundlichen Grüßen

Wegen „Neuer Pergamon Krankenhausmanagement GmbH“:

Kein Vorwurf gegen Matschke

Grünen-Faktion im Kreistag schreibt an den Landrat

ANSBACH (sh) – Seine Vergangenheit als Gesellschafter der „Neuen Pergamon Krankenhausmanagement GmbH“ (NPK) hat den Vorstand des Klinikums Ansbach, Jürgen Matschke, wieder eingeholt. Grund ist eine Anklage der Staatsanwaltschaft Kaiserslautern gegen den früheren NPK-Geschäftsführer Professor Dr. Volker Graf wegen Untreue in 70 besonders schweren Fällen.

Die Grünen im Kreistag wandten sich deswegen an Landrat Rudolf Schwemmbauer. „Nach unserer Überzeugung stehen jetzt Entscheidungen an“, heißt es in dem Brief an Schwemmbauer, der stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender des Klinikums ist.

Wie der Landrat auf Anfrage der FLZ sagte, werde die Sache geprüft. „Wir müssen sehen, ob an dem Ganzen überhaupt etwas dran ist.“ Die Staatsanwaltschaft Kaiserslautern

erklärte der FLZ, dass gegen Matschke nichts vorliege. Gegen Matschke sei weder ermittelt worden noch werde gegen ihn ermittelt.

Auch die Stadt Ludwigshafen sagte, dass man gegen Matschke keinerlei Vorwürfe erhebe. Der jetzige Ansbacher Vorstand war eine Zeit lang gemeinsam mit Volker Graf am Klinikum in Ludwigshafen tätig. Laut Staatsanwaltschaft soll Graf das Klinikum Ludwigshafen von Januar 2003 bis Mai 2006 um Beträge in einer Höhe von insgesamt rund 1,4 Millionen Euro geschädigt haben. Dass sich Graf dabei unmittelbar bereichert habe, sei nicht festgestellt worden, so die Staatsanwaltschaft.

„Ich habe mit all dem nichts zu tun“, sagte Matschke der FLZ. Die „Neue Pergamon Krankenhausmanagement GmbH“ sei ein bitteres und schweres Kapitel für ihn gewesen. Mit seiner jetzigen Arbeit am Klinikum Ansbach habe dies aber nichts zu tun.

Die FLZ Ansbach manipuliert weiter die Leser.

Im heutigen Bericht (siehe oben) wurde verschwiegen, dass Bonuszahlungen von ca. 1,4 Mio. Euro in die NPK geflossen sind und pflichtwidrig nicht an das Klinikum Ludwigshafen weitergeleitet wurden.

Obwohl es der FLZ bekannt ist, wird der Leser nicht davon informiert, dass im beanstandeten Zeitraum auch Matschke Geschäftsführer war - und das ist ja entscheidend für Matschkes Weiterbeschäftigung (siehe nächste Seiten).

Neue Pergamon: Vertrag mit Klinikum gekündigt – Doch Jürgen Matschke bleibt im Amt

Alter Vorstand soll der neue sein

Oberbürgermeister Felber: Bis zur Sondersitzung in der nächsten Woche ist alles vorbereitet

ANSBACH (rei) – Jürgen Matschke soll bereits in wenigen Tagen als Krankenhausvorstand direkt beim Klinikum und damit bei Stadt und Landkreis Ansbach angestellt sein. Dieses Ziel hat gestern Ansbachs Oberbürgermeister Ralf Felber in seiner Eigenschaft als stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender bestätigt. Ende der vergangenen Woche hatte der Insolvenzverwalter der Neuen Pergamon Krankenhaus Management GmbH mitgeteilt, den Geschäftsbestellungsvertrag mit dem Klinikum nicht zu übernehmen. Matschke war bisher von dieser Gesellschaft zum Klinikums-Vorstand bestellt. Als Stellvertreterin von Matschke ist Christina Dünfelder, bisher Verwaltungsleiterin im Klinikum, im Gespräch.

Die in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratene Neue Pergamon hatte im Februar 2005 die Geschäftsbestellung im Klinikum übertragen bekommen. Jetzt kündigte der Insolvenzverwalter den Vertrag – und kam nach Darstellung von Ansbachs Oberbürgermeister Ralf Felber damit der Kündigung durch den Verwaltungsrat zuvor.

Laut Matschke, der selbst eine maßgebliche Rolle innerhalb der Neuen

Pergamon gespielt hat, erhielt die Gesellschaft für das Führen der Geschäfte im Klinikum bisher pro Jahr insgesamt rund 156 000 Euro. Darin seien nicht nur das Gehalt des Geschäftsführers, sondern alle Leistungen enthalten gewesen. Somit werde sich sein künftiges Gehalt auch nicht in dieser Größenordnung bewegen, betonte Matschke gestern gegenüber der FLZ.

Laut Ansbachs Oberbürgermeister, der zurzeit den noch amtierenden Verwaltungsratsvorsitzenden, Landrat Rudolf Schwemmbauer, krankheitsbedingt vertritt, wird es bereits am 8. November eine außerordentliche Sitzung geben. Dabei würden der Vorstand und der Stellvertreter-Posten besetzt.

Beide Positionen, betonte Felber, würden erst gar nicht ausgeschrieben, nachdem bereits klare Vorstellungen innerhalb des Verwaltungsrates über die Neubesetzung beständen.

Überraschend kam die Auflösung des Geschäftsverhältnisses mit der Neuen Pergamon für den Ansbacher Oberbürgermeister nicht: „Ich habe schon vor einigen Wochen gesagt, dass es keinen Sinn mehr hat und dass wir keine Vorteile mehr in dieser Geschäftsbestellung sehen.“

Landrat Rudolf Schwemmbauer hat sich bereits vor einiger Zeit ebenfalls

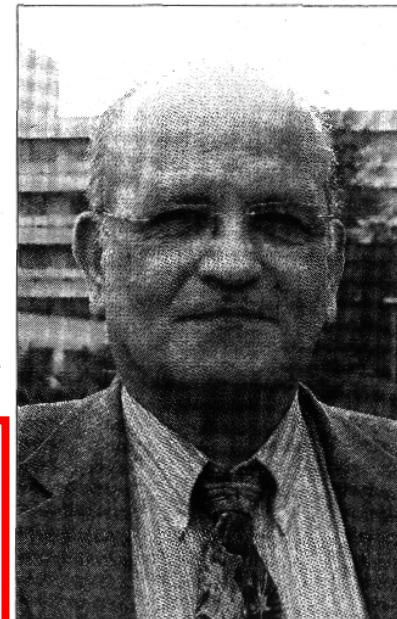
dafür ausgesprochen, Matschke direkt beim Klinikum anzustellen. Felber erklärte gestern, ihm sei kein Meinungsverschleierung Schwemmbauers bekannt.

Bis zur Sitzung in der nächsten Woche werde auch der Vertrag mit Matschke vorbereitet sein. Er gehe von einer schnellen Einigung aus.

Vertragliche Absicherung

Auf die Bedenken der Bündnisgrünen im Landkreis angesprochen, die davor warnen, Matschke aufgrund der Vorfälle bei der Neuen Pergamon jetzt direkt beim Klinikum einzustellen, meinte Felber: „Ich kenne keine sachlich fundierten und juristisch dingfest zu machenden Fakten, die gegen Herrn Matschke sprechen.“ Klar sei zudem, dass sich das Klinikum vertraglich absichere, sollten zu einem späteren Zeitpunkt Beweise für ein unkorrektes Verhalten Matschkes im Zusammenhang mit der Neuen Pergamon bekannt werden. In diesem Fall werde es eine Auflösung des Vertrages mit dem Vorstand geben.

Für Matschke selbst ist diese vorsichtsmaßnahme eine „völlig normale Sache“. Gleichzeitig betonte er gestern gegenüber der FLZ, sich nichts vorwerfen zu müssen. Allerdings sei er



Soll beim Klinikum Ansbach direkt angestellt werden: Vorstand Jürgen Matschke.
Foto: Reinhardt

vom Verhalten einiger Leute sehr enttäuscht.

Er habe große Lust, in Ansbach zu bleiben und das Klinikum weiter voranzubringen. In den vergangenen Monaten hätten die Vorgänge und auch persönlich gegen ihn erhobene Vorwürfe im Zusammenhang mit der Pergamon-Gesellschaft blockierend gewirkt.

Nachfolgend Auszüge aus der Graf-Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Kaiserslautern vom 17.03.2008 (siehe folgende Seiten).

Darin heißt es u.a.:

Der 50jährige Angeschuldigte soll das Klinikum der Stadt Ludwigshafen a. Rh. von Januar 2003 bis Mai 2006 um Beträge in Höhe von insgesamt 1.468.586,05 EUR geschädigt haben. Es handelte sich hierbei um Bonuszahlungen von Lieferanten und Dienstleistern des Klinikums, die von der NPK vereinnahmt und pflichtwidrig nicht an das Klinikum weitergeleitet worden sein sollen.

Eine unmittelbare Bereicherung des Angeschuldigten ist nicht festgestellt (dies ist für die Tatbestandserfüllung auch nicht erforderlich, da es nur auf den Nachteil bei dem Geschädigten ankommt). Jedoch profitierte der Angeschuldigte von der Tat jedenfalls mittelbar als Mehrheitsgesellschafter der NPK.

Laut Einträgen im Handelsregister des Amtsgerichts Hamm HRB 1993 (siehe folgende Seiten) war Matschke (er gründete 1995 mit Volker Graf die NPK und ist mit ca. 31 % Geschäftsanteilen Hauptgesellschafter – NPK-Stammkapital lt. Eintrag vom 22.12.2003 2.729.400 Euro) zu folgenden Zeiten auch Geschäftsführer der NPK:

**22.04.2002 Eintragung: Bestellung als GF-einzelvertretungsberechtigt-
14.09.2004 Eintragung: Löschung als GF -einzelvertretungsberechtigt-**

**15.02.2006 Eintragung: Bestellung als GF -einzelvertretungsberechtigt-
05.09.2006 Eintragung: Löschung als GF -einzelvertretungsberechtigt-**

Matschke war im Zeitraum Januar 2003 bis Mai 2006 zeitweise Geschäftsführer der NPK. Somit profitierte er auch von den, dem Klinikum Ludwigshafen vorenthaltenen, Bonuszahlungen – aber davon hat er bestimmt wie immer nichts gewusst.

Nachdem die NPK die Bonuszahlungen eingesteckt hat - stellt die Stadt Ludwigshafen jetzt Strafanzeige gegen die damaligen Geschäftsführer?

Wie lange dauert eine Eintragung ins Handelsregister?

Auszug aus den Stuttgarter Nachrichten vom 01.10.2005:

„Er sei bereits vor zwei Monaten von der für den Posten in Ansbach zuständigen Firma angefragt worden, so Matschke (Anm.: Anscheinend hat er sich selbst angefragt.).

Zum Hintergrund: Das dortige Haus, das Stadt und Landkreis tragen, wird seit Februar 2005 von der Neuen Pergamon gemanagt. Diese GmbH hat Matschke 1996 mit gegründet. Er hält Anteile. „Wir zählen 1600 Beschäftigte und machen mit zehn Krankenhäusern 66 Millionen Euro Umsatz.

Ich werde in Ansbach Geschäftsführer und mich
für die Pergamon als einer von drei Geschäftsführern *
um den Bereich Personal kümmern“, sagt der Stuttgarter.

Seine Dotierung werde damit nicht unter der in Stuttgart liegen. Die Stadt zahlt dem Klinikums-Geschäftsführern jährlich 200 000 Euro Fixum und bis zu 100 000 Euro Bonus. Die neuen Aufgaben seien für ihn „**mit erheblich weniger Stress**“ verbunden, begründet Matschke den Wechsel.“

*** war Matschke am 1.10.2005 überhaupt Geschäftsführer der NPK?**

Auszug aus dem Handelsregister beim Amtsgericht Hamm HRB 1993

**14.09.2004 Eintragung: Löschung Matschke als GF -einzelvertretungsberechtigt-
15.02.2006 Eintragung: Bestellung Matschke als GF -einzelvertretungsberechtigt-**

Anklage gegen Prof. Dr. Volker Graf

17. März 2008

Anklage gegen Prof. Dr. Volker Graf

Die Staatsanwaltschaft Kaiserslautern hat den Geschäftsführer der „Neue Pergamon Krankenhausmanagement GmbH“ (NPK) in Hamm, Prof. Dr. Volker Graf, wegen Untreue in 70 besonders schweren Fällen zu einer Wirtschaftsstrafkammer des Landgerichts Kaiserslautern angeklagt. Der 50jährige Angeklagte soll das Klinikum der Stadt Ludwigshafen a. Rh. von Januar 2003 bis Mai 2006 um Beträge in Höhe von insgesamt 1.468.586,05 EUR geschädigt haben. Es handelte sich hierbei um Bonuszahlungen von Lieferanten und Dienstleistern des Klinikums, die von der NPK vereinnahmt und pflichtwidrig nicht an das Klinikum weitergeleitet worden sein sollen.

Geschäftsziel der im Jahr 1995 gegründeten NPK war die Übernahme der Trägerschaft von Einrichtungen des Gesundheitswesens. Der Angeklagte bestimmte als Geschäftsführer und Mehrheitsgesellschafter die Geschicke des Unternehmens maßgebend. Im Jahr 1996 übertrug das Klinikum Ludwigshafen a. Rh. im Rahmen eines „Managementvertrags“ seine Betriebsführung der NPK. Der Angeklagte wurde zum Geschäftsführer auch des Klinikums bestellt. Lieferungen und Dienstleistungen Dritter gegenüber dem Klinikum wurden in den Folgejahren über die NPK abgewickelt. Gegenstand der vertraglichen Vereinbarungen mit Lieferanten und Dienstleistern war auch die Frage, wem deren umsatzabhängig zu leistende Bonuszahlungen zugute kommen sollten. Nach Einschätzung der Staatsanwaltschaft ergibt sich aus den Verträgen eindeutig, dass entsprechende Beträge zwar unmittelbar von der NPK vereinnahmt, aber an das Klinikum weitergeleitet werden sollten. Der Angeklagte unterließ es, die Weiterleitung zu veranlassen. Er gibt an, er habe den Verträgen mangels ausreichender Rechtskenntnisse eine solche Verpflichtung nicht entnommen. Die Höhe der Beträge ist unstreitig.

Angesichts der Vielzahl der Fälle, der Dauer der Tatbegehung und der Höhe des Schadens geht die Staatsanwaltschaft von gewerbsmäßigem Handeln aus, das eine Tat „besonders schwer“ wiegen lässt. In solchen Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren. Ansonsten wird Untreue (§ 266 Strafgesetzbuch) mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Eine unmittelbare Bereicherung des Angeklagten ist nicht festgestellt (dies ist für die Tatbestandserfüllung auch nicht erforderlich, da es nur auf den Nachteil bei dem Geschädigten ankommt). Jedoch profitierte der Angeklagte von der Tat jedenfalls mittelbar als Mehrheitsgesellschafter der NPK.

Helmut Bleh
Leitender Oberstaatsanwalt

Nummer der Eintragung	a) Firma b) Sitz, Niederlassung, Zweigniederlassungen c) Gegenstand des Unternehmens	Grund- oder Stammkapital	a) Allgemeine Vertretungsregelung b) Vorstand, Leitungsorgan, geschäftsführende Direktoren, persönlich haftender Gesellschafter, Geschäftsführer, Vertretungsberechtigte und besondere Vertretungsbefugnis	Prokura	a) Rechtsform, Beginn, Satzung oder Gesellschaftsvertrag b) Sonstige Rechtsverhältnisse	a) Tag der Eintragung b) Bemerkungen
1	2	3	4	5	6	7
1	a) Neue Pergamon Krankenhausmanagement GmbH b) Hamm c) die Übernahme der Trägerschaft von Einrichtungen des Gesundheitswesens, etwa Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen u. ä. und/oder deren Geschäftsführung.	1.779.400,00 EUR	a) Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten. b) Geschäftsführer: <u>Dipl.-Volkswirt Dr. Graf, Volker, Hamm</u> <u>einzelvertretungsberechtigt mit der Befugnis im Namen der Gesellschaft mit sich im eigenen Namen oder als Vertreter eines Dritten Rechtsgeschäfte abzuschließen</u> <u>Geschäftsführer:</u> <u>Dr. Schulte, Wolfgang, Ludwigshafen, *30.09.1947</u> <u>einzelvertretungsberechtigt mit der Befugnis im Namen der Gesellschaft mit sich im eigenen Namen oder als Vertreter eines Dritten Rechtsgeschäfte abzuschließen</u> <u>Geschäftsführer:</u> <u>Matschke, Jürgen, Stuttgart, *31.12.1946</u> <u>einzelvertretungsberechtigt mit der Befugnis im Namen der Gesellschaft mit sich im eigenen Namen oder als Vertreter eines Dritten Rechtsgeschäfte abzuschließen</u>		a) Gesellschaft mit beschränkter Haftung Gesellschaftsvertrag vom 05.05.1995 zuletzt geändert am 18.08.2002 b) Tag der ersten Eintragung: 22.06.1995 Tag der letzten Eintragung: 19.09.2002 Dieses Blatt ist zur Fortführung auf EDV umgeschrieben worden und dabei an die Stelle des bisherigen Registerblattes getreten. Freigegeben am 11.12.2003.	a) 11.12.2003 Adkins b) Tag der ersten Eintragung: 22.06.1995 Tag der letzten Eintragung: 19.09.2002 Dieses Blatt ist zur Fortführung auf EDV umgeschrieben worden und dabei an die Stelle des bisherigen Registerblattes getreten. Freigegeben am 11.12.2003.
2		2.729.400,00 EUR			a) Die Gesellschafterversammlung vom 17.06.2003 hat die Änderung des Gesellschaftsvertrages in § 3 (Stammkapital) und mit ihr die Erhöhung des Stammkapitals um 950.000,00 EUR beschlossen.	a) 22.12.2003 von Gehlen b) Beschl. Bl. 142 ff. SB
3			b) Nicht mehr Geschäftsführer: <u>Dr. Schulte, Wolfgang, Ludwigshafen, *30.09.1947</u>			a) 07.04.2004 Adkins
4			b) Nicht mehr Geschäftsführer: <u>Petrich, Goerg, Lauingen, *20.02.1954</u>			a) 07.04.2004 Adkins
5						a) 07.04.2004 Adkins

Nummer der Eintragung	a) Firma b) Sitz, Niederlassung, Zweigniederlassungen c) Gegenstand des Unternehmens	Grund- oder Stammkapital	a) Allgemeine Vertretungsregelung b) Vorstand, Leitungsorgan, geschäftsführende Direktoren, persönlich haftender Gesellschafter, Geschäftsführer, Vertretungsberechtigte und besondere Vertretungsbefugnis	Prokura	a) Rechtsform, Beginn, Satzung oder Gesellschaftsvertrag b) Sonstige Rechtsverhältnisse	a) Tag der Eintragung b) Bemerkungen
1	2	3	4	5	6	7
					b) Herr Georg Petrich wurde versehentlich als Geschäftsführer gelöscht. Er war nie an der Gesellschaft beteiligt. Berichtigend eingetragen .	
6			b) <u>Geschäftsführer:</u> <u>von Entress-Fürsteneck, Silvio, Haltern, *22.02.1958</u> <u>einzelvertretungsberechtigt mit der Befugnis im Namen</u> <u>der Gesellschaft mit sich im eigenen Namen oder als</u> <u>Vertreter eines Dritten Rechtsgeschäfte abzuschließen.</u>			a) 23.06.2004 Adkins
7			b) <u>Nicht mehr</u> <u>Geschäftsführer:</u> <u>Matschke, Jürgen, Stuttgart, *31.12.1946</u>			a) 14.09.2004 Rellermeyer
8					a) Die Gesellschafterversammlung vom 04.12.2004 hat die Änderung des Gesellschaftsvertrages in § 5 (Gesellschafterversammlung), § 6 (Gesellschafterbeschlüsse) und § 10 (Ausscheiden von Gesellschaftern) beschlossen.	a) 25.02.2005 Becker b) Beschluss Bl. 177 ff. SB
9			b) <u>Geschäftsführer:</u> <u>Matschke, Jürgen, Stuttgart, *31.12.1946</u> <u>einzelvertretungsberechtigt mit der Befugnis im Namen</u> <u>der Gesellschaft mit sich im eigenen Namen oder als</u> <u>Vertreter eines Dritten Rechtsgeschäfte abzuschließen.</u>			a) 15.02.2006 Berhorst
10			b) <u>Geschäftsführer:</u> <u>Oswald, Hartwick, Erfurt, *18.10.1956</u> <u>einzelvertretungsberechtigt mit der Befugnis im Namen</u> <u>der Gesellschaft mit sich im eigenen Namen oder als</u> <u>Vertreter eines Dritten Rechtsgeschäfte abzuschließen.</u>			a) 13.06.2006 Berhorst

Nummer der Eintragung	a) Firma b) Sitz, Niederlassung, Zweigniederlassungen c) Gegenstand des Unternehmens	Grund- oder Stammkapital	a) Allgemeine Vertretungsregelung b) Vorstand, Leitungsorgan, geschäftsführende Direktoren, persönlich haftender Gesellschafter, Geschäftsführer, Vertretungsberechtigte und besondere Vertretungsbefugnis	Prokura	a) Rechtsform, Beginn, Satzung oder Gesellschaftsvertrag b) Sonstige Rechtsverhältnisse	a) Tag der Eintragung b) Bemerkungen
1	2	3	4	5	6	7
11			<p>b)</p> <p>Geschäftsführer: Atrio, Sixto D., Plettenberg, *21.05.1966 einzelvertretungsberechtigt mit der Befugnis im Namen der Gesellschaft mit sich im eigenen Namen oder als Vertreter eines Dritten Rechtsgeschäfte abzuschließen.</p> <p>Nicht mehr Geschäftsführer: <u>Dipl.-Volkswirt Dr. Graf, Volker, Hamm</u></p> <p>Nicht mehr Geschäftsführer: <u>Oswald, Hartwick, Erfurt, *18.10.1956</u></p> <p>Nicht mehr Geschäftsführer: <u>von Entress-Fürsteneck, Silvio, Haltern, *22.02.1958</u></p> <p>Nicht mehr Geschäftsführer: <u>Matschke, Jürgen, Stuttgart, *31.12.1946</u></p>			<p>a) 05.09.2006 Berhorst</p>
12					<p>b)</p> <p>Durch Beschluss des Amtsgerichts Ludwigshafen am Rhein (3 c IN 355/06 Lu) vom 27.09.2006 ist ein vorläufiger Insolvenzverwalter bestellt und zusätzlich angeordnet, dass Verfügungen der Gesellschaft nur mit Zustimmung des vorläufigen Insolvenzverwalters wirksam sind. Von Amts wegen eingetragen.</p>	<p>a) 09.10.2006 Berhorst</p>
13					<p>b)</p> <p>Durch Beschluss des Amtsgerichts Ludwigshafen am Rhein (3 c IN 355/06 Lu) vom 13.10.2006 ist über das Vermögen der Gesellschaft das Insolvenzverfahren eröffnet worden.</p> <p>Die Gesellschaft ist aufgelöst. Von Amts wegen eingetragen.</p>	<p>a) 18.10.2006 Berhorst</p>

Gemeinsames Registerportal der Länder

Sie sind hier: [> Startseite](#) [> Normale Suche](#) [> Suchergebnis](#) [> Veröffentlichungen](#) [> Veröffentlichung](#)

Veröffentlichung

Amtsgericht Hamm Aktenzeichen: HRB 1993:

Bekannt gemacht am: 04.03.2005 12:00 Uhr

Die in (). gesetzten Angaben der Geschäftsanschrift und des Unternehmensgegenstandes erfolgen ohne Gewähr.

Veränderungen

25.02.2005

Neue Pergamon Krankenhausmanagement GmbH, Hamm (An den Kirchen 28, 59077 Hamm). Die Gesellschafterversammlung vom 04.12.2004 hat die Änderung des Gesellschaftsvertrages in § 5 (Gesellschafterversammlung), § 6 (Gesellschafterbeschlüsse) und § 10 (Ausscheiden von Gesellschaftern) beschlossen.

Gemeinsames Registerportal der Länder

Sie sind hier: [> Startseite](#) [> Normale Suche](#) [> Suchergebnis](#) [> Veröffentlichungen](#) [> Veröffentlichung](#)

Veröffentlichung

Amtsgericht Hamm Aktenzeichen: HRB 1993:

Bekannt gemacht am: 24.02.2006 12:00 Uhr

Die in (). gesetzten Angaben der Geschäftsanschrift und des Unternehmensgegenstandes erfolgen ohne Gewähr.

Veränderungen

15.02.2006

Neue Pergamon Krankenhausmanagement GmbH, Hamm (An den Kirchen 28, 59077 Hamm). Geschäftsführer: Matschke, Jürgen, Stuttgart, *31.12.1946, einzelvertretungsberechtigt mit der Befugnis im Namen der Gesellschaft mit sich im eigenen Namen oder als Vertreter eines Dritten Rechtsgeschäfte abzuschließen.

Gemeinsames Registerportal der Länder

Sie sind hier: [> Startseite](#) [> Normale Suche](#) [> Suchergebnis](#) [> Veröffentlichungen](#) [> Veröffentlichung](#)

Veröffentlichung

Amtsgericht Hamm Aktenzeichen: HRB 1993:

Bekannt gemacht am: 21.06.2006 12:00 Uhr

Die in (). gesetzten Angaben der Geschäftsanschrift und des Unternehmensgegenstandes erfolgen ohne Gewähr.

Veränderungen

13.06.2006

Neue Pergamon Krankenhausmanagement GmbH, Hamm (An den Kirchen 28, 59077 Hamm). Geschäftsführer: Oswald, Hartwick, Erfurt, *18.10.1956, einzelvertretungsberechtigt mit der Befugnis im Namen der Gesellschaft mit sich im eigenen Namen oder als Vertreter eines Dritten Rechtsgeschäfte abzuschließen.

Gemeinsames Registerportal der Länder

Sie sind hier: [> Startseite](#) [> Normale Suche](#) [> Suchergebnis](#) [> Veröffentlichungen](#) [> Veröffentlichung](#)

Veröffentlichung

Amtsgericht Hamm Aktenzeichen: HRB 1993:

Bekannt gemacht am: 18.09.2006 12:00 Uhr

Die in (). gesetzten Angaben der Geschäftsanschrift und des Unternehmensgegenstandes erfolgen ohne Gewähr.

Veränderungen

05.09.2006

Neue Pergamon Krankenhausmanagement GmbH, Hamm (An den Kirchen 28, 59077 Hamm). Geschäftsführer: Atrio, Sixto D., Plettenberg, *21.05.1966, einzelvertretungsberechtigt mit der Befugnis im Namen der Gesellschaft mit sich im eigenen Namen oder als Vertreter eines Dritten Rechtsgeschäfte abzuschließen. Nicht mehr Geschäftsführer: Dipl.-Volkswirt Dr. Graf, Volker, Hamm; Matschke, Jürgen, Stuttgart, *31.12.1946; Oswald, Hartwick, Erfurt, *18.10.1956; von Entress-Fürsteneck, Silvio, Haltern, *22.02.1958.

Gemeinsames Registerportal der Länder

Sie sind hier: [> Startseite](#) [> Normale Suche](#) [> Suchergebnis](#) [> Veröffentlichungen](#) [> Veröffentlichung](#)

Veröffentlichung

Amtsgericht Hamm Aktenzeichen: HRB 1993:

Bekannt gemacht am: 13.11.2006 22:00 Uhr

Die in (). gesetzten Angaben der Geschäftsanschrift und des Unternehmensgegenstandes erfolgen ohne Gewähr.

Veränderungen

18.10.2006

Neue Pergamon Krankenhausmanagement GmbH, Hamm (An den Kirchen 28, 59077 Hamm). Durch Beschluss des Amtsgerichts Ludwigshafen am Rhein (3 c IN 355/06 Lu) vom 13.10.2006 ist über das Vermögen der Gesellschaft das Insolvenzverfahren eröffnet worden. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Von Amts wegen eingetragen.

PRESSEMAPPE „ZENTRUM FÜR KLINISCHE PHARMAZIE BOTTROP“

Keine falschen Medikamente mehr / Europaweit führende Technologie zur Medikationssicherheit im neuen Zentrum für Klinische Pharmazie in Bottrop

Bottrop 06.04.2005

Am Mittwoch, 6. April, wurde das neue Zentrum für Klinische Pharmazie von Dr. Klaus Theo Schröder, Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, offiziell in Bottrop eingeweiht. Das Zentrum ist ein Gemeinschaftsprojekt des Sankt Marien-Hospitals Gelsenkirchen-Buer, des St. Elisabeth-Krankenhauses Oberhausen und der Neue Pergamon Krankenhaus Management Gesellschaft.

Mit dem Zentrum für Klinische Pharmazie startete ein europaweit einmaliges Projekt zur Sicherheit in der Arzneimittelversorgung von Patienten. Das Investitionsvolumen lag bei 2,3 Millionen Euro.

Der Hintergrund:

Weltweit sterben mehr Menschen an den Folgen von Medikationsfehlern als im Straßenverkehr. In deutschen Krankenhäusern sind dies zwischen 3.000 und 15.000 Patienten pro Jahr (Studie von Professor Jürgen C. Fröhlich, Direktor des Instituts für Klinische Pharmakologie an der Medizinischen Hochschule Hannover). In einer Studie der Universitätsklinik Erlangen werden 11 Prozent aller Behandlungstage auf vermeidbare Medikationsfehler zurückgeführt. Hieraus lässt sich bei korrekter Medikation eine Kostenreduktion von 3 bis 5 Milliarden Euro in deutschen Krankenhäusern errechnen.

Das war der Anlass für die Gründung des Zentrums für Klinische Pharmazie in Bottrop. Ein städteübergreifendes Projekt, das – auf eine einfache Formel gebracht - das Ziel hat, die Qualität und Zuverlässigkeit der Arzneimittelverordnung und -gabe zu verbessern und gleichzeitig Kosten zu senken. "Ich freue mich, dass die Krankenhäuser und die örtliche Politik bei diesem Projekt gemeinsam an einem Strang ziehen", erklärt der Geschäftsführer des Sankt Marien-Hospital Buer, Silvio von Entress-Fürsteneck. "Allen Beteiligten war sofort klar, dass dies eine sinnvolle Investition in die Zukunft ist."

Jürgen van Gessel, Leitender Apotheker des Zentrum für Klinische Pharmazie, ergänzt: "Mit dem Einsatz der neuen Technologie können wir die Medikationsfehlerquote gegen Null senken. Von diesem Fortschritt profitieren alle - am meisten natürlich unsere Patienten."

Das Zentrum für Klinische Pharmazie

Durch das neue Zentrum ist sichergestellt, dass der richtige Patient das richtige Medikament zur richtigen Zeit erhält. Dies wird durch die europaweit einmalige Kombination der modernen Verschreibungssoftware mit der automatisierten Unit-Dose-Versorgung gewährleistet.

Die Innovation: Die Verschreibungssoftware ermöglicht dem Arzt direkt am Krankenbett eine genaue und sichere Medikation vorzunehmen. Mittels der Software werden ihm nicht nur Wechselwirkungen und Doppelmedikationen rückgemeldet, sondern er erhält auch noch einen Überblick über bestehende Allergien oder Unverträglichkeiten des Patienten.

Ein weiterer wichtiger Vorteil dieses Verfahrens: Übertragungsfehler und Fehler durch unleserliche Handschriften werden ausgeschlossen. Die Daten gelangen dann per Wireless-LAN direkt zum Zentrum für Klinische Pharmazie.

Im Zentrum wird künftig die Medikamentenzusammenstellung für jeden Patienten individuell und automatisch von dem Unit-Dose-System zentral ausgeführt. Herzstück des Systems ist ein vollautomatischer Verpackungsautomat, der nahezu alle Arzneimittelformen einzeln aufnimmt und in spezielle Unit-Dose-Tütchen verpackt. Diese Tütchen werden für den Patienten tagesaktuell zusammengestellt. Der Patient bekommt einen Ring, auf dem die einzelnen Medikamente nach Uhrzeit der Einnahme aufgereiht und beschriftet sind. So kann er selbst sehen, welche Medikamente er bekommt. Die Pflegefachkräfte haben, aufgrund der erheblich verkürzten Medikationsvorbereitung, mehr Zeit für den Patienten.

Der Qualitätsvorsprung des neu eröffneten Zentrums für Klinische Pharmazie ist immens. Medikationsfehler werden ausgeschlossen, die elektronische Verordnung ermöglicht eine fehlerfreie Übertragung an den Apotheker, die korrekte Zuordnung von Medikament und Patient wird gesichert; der Krankenhaus-Aufenthalt wird durch verbesserte Therapiestandards verkürzt, der Medikamentenvorrat auf den Stationen wird verringert, und Einsparungen bei den Arzneimittelkosten um bis zu 15 Prozent je stationärem Fall sind möglich.

Das Zentrum für Klinische Pharmazie wird künftig das St. Elisabeth-Krankenhaus Oberhausen, das Sankt Marien-Hospital Gelsenkirchen-Buer, die Feuerwehren der Städte Oberhausen und Gladbeck, das Herz-zentrum Essen, das St. Elisabeth-Krankenhaus Dorsten, das Elisabeth-Krankenhaus Gelsenkirchen und weitere interessierte Krankenhäuser und Einrichtungen des Gesundheitswesens mit Arzneimitteln versorgen.

Kurzportrait - Sankt Marien-Hospital Buer

Seit 1869 ist das Sankt Marien-Hospital Buer (MHB) ein freigemeinnütziges katholisches Krankenhaus im Zentrum des Ruhrgebietes. Seit Mitte 1998 wird es in der Rechtsform der gemeinnützigen GmbH geführt. Die Geschäftsführung liegt bei der Neuen Pergamon Krankenhausmanagement Gesellschaft mbH (NPK).

Heute verfügt das Haus über sieben medizinische Kliniken mit insgesamt 349 Betten. Das MHB behandelt jährlich ca. 10.000 Patienten in den Fachrichtungen: Allgemeinchirurgie, Visceralchirurgie, Gelenk- und Extremitätenchirurgie, Gynäkologie und Geburtshilfe und Innerer Medizin. In Kooperation mit anderen Kliniken und niedergelassenen Ärzten bietet das MHB Neugeborenen-Intensivbehandlung, Magnetresonanztomographie, Computer-Tomographie, Dialyse und weitere Spezialabteilungen wie z.B. die ambulante Schmerztherapie an. Die Inbetriebnahme des komplett neu errichteten High-Tech-Operations-Komplexes im Februar 2005 mit einer Investitionssumme von 7,5 Millionen Euro war der letzte Meilenstein in der Entwicklung der Klinik.

Kurzportrait - St. Elisabeth-Krankenhaus Oberhausen

Das St. Elisabeth-Krankenhaus Oberhausen wurde 1864 gegründet. 2003 ging die Klinik in die Trägerschaft der Neue Pergamon Krankenhaus Management-Gesellschaft über. Es ist heute ein modernes Krankenhaus, in dem jährlich rund 7.000 Patienten behandelt werden. Das Haus verfügt über fünf medizinische Kliniken mit insgesamt 203 Betten. Die medizinischen Schwerpunkte sind: Innere Medizin, Allgemeine Chirurgie, Visceralchirurgie, Unfallchirurgie und spezielle orthopädische Traumatologie, Plastische Chirurgie, Dermatologie, Anästhesie (mit ambulanter Schmerztherapie) und Hals-, Nasen- Ohrenheilkunde. Zusätzlich ist an die Klinik für Innere Medizin ein Schlaflabor angegliedert. Ein weiterer Schwerpunkt ist die enge Zusammenarbeit mit niedergelassenen Ärzten, insbesondere im Bereich der Operationen im ambulanten OP-Zentrum.

Kurzportrait - Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH

Die Neue Pergamon Krankenhaus Management GmbH (NPK) ist ein mittelständiges, eigentümergeführtes Unternehmen mit hoher Innovationskraft und Fachkompetenz in allen Bereichen des Gesundheits- und Sozialwesens. Das Unternehmen wurde 1995 gegründet. Es betreut bzw. betreibt derzeit mehr als zwanzig Einrichtungen des Gesundheitswesens - durch strategische Partnerschaften, Geschäftsbesorgungsverträge, Beteiligungen oder speziell auf die Anforderungen medizinischer Unternehmen ausgerichtete Einzeldienstleistungen.

In den Unternehmen, die der NPK ganz oder anteilig gehören, arbeiten rund 1.200 Mitarbeiter. Der Jahresumsatz beträgt ca. 60 Mio. Euro.

Die Tätigkeit der NPK umfasst fünf Geschäftsbereiche: die Akutkrankenhäuser, Einrichtungen der Rehabilitation, Alten- und Pflegeheime und die Serviceunternehmen, die Dienstleistungen für diese Bereiche anbieten. Das fünfte und jüngste Geschäftsfeld ist die Plasmapherese: die Gewinnung von Blutplasma.

Geschäftsführer der Neue Pergamon Krankenhaus Management Gesellschaft mbH sind:

Prof. Dr. Volker Graf (Gründer und Hauptgesellschafter) und
Silvio von Entress-Fürsteneck (Gesellschafter).



Presse- mitteilung

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 11017 Berlin

TEL +49 (0)1888 441-2225
FAX +49 (0)1888 441-1245
INTERNET www.bmgs.bund.de
E-MAIL pressestelle@bmgs.bund.de

Berlin, 6. April 2005
Nr. 57

Klaus Theo Schröder: Zentrum für Klinische Pharmazie Bottrop richtungsweisend für innovative Arzneimittelversorgung im Krankenhaus

Als "richtungsweisend" bezeichnete heute Dr. Klaus Theo Schröder, Staatssekretär im Bundesministerium Gesundheit und Soziale Sicherung, das neue Zentrum für Klinische Pharmazie Bottrop anlässlich der Eröffnung. Das Zentrum für Klinische Pharmazie Bottrop ist ein Kooperationsprojekt zweier mittelgroßer Krankenhäuser (St. Marien-Hospital Buer und St. Elisabeth-Krankenhaus Oberhausen) und soll als Krankenhausapotheke zukünftig diese Kliniken versorgen. Bei dem Projekt handelt es sich um das erste seiner Art in Deutschland.

Staatssekretär **Dr. Klaus Theo Schröder**: "Der Einsatz moderner Technik erhöht die Behandlungsqualität deutlich. Das kann man nicht hoch genug bewerten. Denn noch immer gibt es zu viele Zwischenfälle in Kliniken, die auf Anwendungsfehler mit Medikamenten zurückzuführen sind. Zwischenfälle, die von einer Vertauschung von Arzneimitteln über eine falsche Applikation bis zu nicht erkannten Wechselwirkungen oder Kontraindikationen reichen. Mit Auswirkungen, die von einer Magenverstimming über einen deutlich verlängerten Krankenhausaufenthalt bis hin zu Todesfällen führen. Grundsätzlich gilt: Wer als Patient in ein Krankenhaus aufgenommen wird,

der muss sich auf die Qualität der Behandlung verlassen können. Dazu gehört, dass neue Technologien im Gesundheitswesen verstärkt genutzt werden. Dafür steht richtungsweisend das Zentrum für Klinische Pharmazie Bottrop."

Es sieht unter anderem den Einsatz interaktiver Verschreibungssoftware bei der Arzneimittelverordnung am Krankenbett vor. Damit können Neben- und Wechselwirkungen – sowie Unverträglichkeitsprüfungen softwareunterstützt am Krankenbett vorgenommen werden. Verordnungen werden direkt vom Krankenbett elektronisch zur Apotheke übertragen, dadurch können Fehler durch handschriftliche Übertragung minimiert werden. Zudem wird eine patientenspezifische Unit-Dose-Versorgung durch die Apotheke eingeführt. So werden einzelne Tagesmedikationen durch einen Kommissionierautomaten für den Patienten individuell verpackt. Zugleich befähigt der Aufdruck von Arzneimittelname, Einnahmeuhrzeit und Patientenname den Patienten zusätzlich zur Kontrolle der einzunehmenden Arzneimittel. Damit wird das Pflegepersonal entlastet und es hat mehr Zeit für die Patientinnen und Patienten. Zugleich wird der Einsatz von Arzneimitteln wirtschaftlicher, da die Vorräte auf den Stationen verringert werden und weniger Arzneimittel verfallen.

Mittwoch, 19.07.2006

Zentrum für Pharmazie aktuell nicht gefährdet

Finanzielle Probleme durch PreisanstiegDas Zentrum für klinische Pharmazie auf Arenberg Fortsetzung, im April des Vorjahres eingeweiht, ist finanziell nicht in akuter Gefahr. Dies teilte Ingo Krohn mit, Geschäftsführer des St. Elisabeth Krankenhauses in Oberhausen. Das Zentrum in Bottrop ist ein Gemeinschaftsprojekt des Elisabeth-Krankenhauses, des Marienhospitals in Gelsenkirchen-Buer und der "Neue Pergamon Krankenhaus Management Gesellschaft", dem von Insolvenz bedrohten Träger des Elisabeth-Krankenhauses.

Gerüchten zufolge war auch das Zentrum für Pharmazie, das Krankenhäuser mit individuell dosierten Arzneimitteln versorgt, in eine Notlage geraten. Krankenhaus-Geschäftsführer Ingo Krohn räumt finanzielle Schwierigkeiten ein: Nach einer Änderung der Arzneimittelpreise zu Jahresbeginn habe das Zentrum zu den neuen und höheren Preisen einkaufen müssen, sei also in Vorrakasse gegangen, denn diesen Preisanstieg könne man erst dann weitergeben, wenn die angeschlossenen Krankenhäuser die Präparate anforderten. Das Bottroper Zentrum versorgt das Elisabeth-Krankenhaus Oberhausen, das Marienhospital Buer, das Herzzentrum Essen, das Elisabeth-Krankenhaus Dorsten sowie das Elisabeth-Krankenhaus Gelsenkirchen mit Medikamenten, die in gebrauchsfertigen Dosen geliefert werden.

Zahlen wollte Geschäftsführer Krohn nicht nennen. Er sei zuversichtlich, dass das Zentrum für klinische Pharmazie seine Probleme bald überwunden haben werde.

mls

19.07.2006

Verkauf verordnet

29.03.2007 / Lokales / Bottrop

Von Marie-Luise Schmand

Es sollte ein zukunftsweisendes Projekt sein. Doch nun ist fraglich, ob das Zentrum für klinische Pharmazie (ZfKP) auf Arenberg noch eine Zukunft hat: "Die Apotheke steht zum Verkauf und stellt zum 30. Juni ihren Betrieb in jetziger Form ein", erklärt Uwe Becker, Sprecher des St. Marien-Hospitals in Gelsenkirchen-Buer.

Rückblende: Das ZfKP, eröffnet im April 2005, sollte die Krankenhausapothen herkömmlicher Art ersetzen. Der Arzt verordnete seine Präparate per Computer, und nach dieser Anordnung wurde im ZfKP die tägliche Medikamentenration für die Patienten in den angeschlossenen Krankenhäusern computergesteuert zusammengestellt und in individuellen Einheiten an die Kliniken geliefert.

Verantwortlich für das nun drohende Aus ist nach Beckers Darstellung nicht das ZfKP, von dessen innovativem Potenzial er nach wie überzeugt ist.

Vielmehr finden sich die Betreiber und Besitzer der hochgerüsteten Apotheke nach wirtschaftlichen Schwierigkeiten in neuen Klinik-Verbünden wieder, in denen das Pharmazie-Zentrum überflüssig wird.

Sein Bau geht zurück auf die gemeinsame Initiative des St. Marien-Hospitals Buer, des Elisabeth-Krankenhauses Oberhausen und der Neuen Pergamon Krankenhausgesellschaft, die selbst wiederum das Elisabeth-Krankenhaus betrieb. Wie Becker erläutert, hält das St. Marien-Hospital Buer 51 % der Anteile, das Elisabeth-Krankenhaus 49 %.

Die Neue Pergamon Krankenhaus Gesellschaft steht seit Herbst 2006 unter Insolvenzverwaltung.

Das Elisabeth-Krankenhaus in Oberhausen ging am 1. Februar 2007 in den Besitz der Helios Kliniken GmbH über, wie Becker erklärt.

Das St. Marien-Hospital Buer will künftig mit dem Marienhospital Gelsenkirchen kooperieren. Die neuen Partner bringen, wie Becker erklärt, eigene Apotheken mit, die nun auch die beiden Betreiber-Krankenhäuser versorgen werden.

Das ZfKP hat als Lieferant der Medikamente ausgedient.

Becker hofft, dass sich in den neuen Krankenhaus-Verbünden neue Arbeitsplätze für die 15 Mitarbeiter des Pharmazie-Zentrums finden.

Knapp zwei Jahre nach seiner Eröffnung steht das ZfKP zum Verkauf.

12.04.2007

ADKA:

"Arzneimittel(un)sicherheit –Änderungen der Rahmenbedingungen überfällig"

Die Erfolge der modernen Medizin beruhen zu einem großen Teil auf der Arzneimitteltherapie. Hochwirksame Medikamente bergen aber auch gewisse Risiken. Heute muss in Deutschland mit jährlich bis zu 30.000 Todesfällen bei stationären Patienten gerechnet werden, die auf Medikationsfehler zurückzuführen sind. Elementarer Grund ist der Medikationsprozess, der auf allen Stufen Irrtümer zulässt und unzulänglich gesichert sowie dokumentiert ist. Dies ist nicht zuletzt dem enormen Investitionsstau geschuldet.

Der Bundesverband Deutscher Krankenhausapotheke (ADKA) e.V. hat sich zum Ziel gesetzt, diese systembedingten Medikationsfehler zu minimieren. In welchem Maße die Krankenhauspharmazie zu einer qualitätsgesicherten Arzneimittelversorgung beitragen kann, war Schwerpunkt eines Parlamentarischen Abends in Berlin, in dem die ADKA und Referenten aus dem Klinikbereich ihre Appelle an die politisch Verantwortlichen richteten.

"Ist eine fehlerfreie, qualitätsgesicherte und angesichts der mittlerweile kurzen Verweildauer auch patientennahe, schnelle und wirtschaftliche Arzneimittelversorgung in den Krankenhäusern möglich?" Als einer der Vorreiter des Unit-Dose-Systems in Deutschland beantwortete **Jürgen van Gessel, Leitender Apotheker des Zentrums für Klinische Pharmazie in Bottrop**, seine Eingangsfrage selbst. Der herkömmliche Medikationsprozess, der aus vielen einzelnen Hör-, Seh-, Schreib- und Leseschritten besteht, ist extrem fehlerbehaftet: Der Arzt verordnet oft mündlich am Patientenbett, die Pflegekraft notiert – wobei 50 % aller Medikationsfehler an diesen Stellen entstehen.

Am Ende wird sich auch hierzulande herausstellen, dass sich die Investition in Krankenhauspharmazie lohnt, hatte Schönermark seiner Hoffnung Ausdruck verliehen. "Das Problem ist, dass auf die Krankenhäuser ein hoher Druck wirkt und Entscheidungen betriebswirtschaftlich getroffen werden, die gesamtwirtschaftlich problematische Folgen verursachen können. Die Realität ist, dass wir in 2003 noch 540 Krankenhausapotheke in Deutschland hatten, von denen vier Jahre später nur noch 460 übrig sind", verdeutlichte Dr. Steffen Amann, Vizepräsident der ADKA, die herrschende Situation. Eine Änderung der Rahmenbedingungen ist längst überfällig, so der Appell, aber noch gehen die politischen Bestrebungen eher in die andere Richtung. Denn: Das Apothekensterben geht unverändert weiter.

Aktuelles Beispiel ist das Zentrum für Klinische Pharmazie in Bottrop, an dem van Gessel noch bis zum 30. Juni dieses Jahres tätig sein kann. Dann wird es aus betriebswirtschaftlichen Gründen nach der Übernahme der Trägerschaft eines der beteiligten Krankenhäuser durch eine private Klinikette geschlossen.

Erfolge im Blick

Von Rainer Klein

Gestern Abend hat der scheidende Oberbürgermeister Wolfgang Schulte das bestgehütete Geheimnis dieser Tage gelüftet, er hat auf dem Empfang zu seiner Verabschiedung gesagt, was er ab 1. Januar beruflich macht: Er wird Geschäftsführer und Gesellschafter bei der "Neuen Pergamon", die unter der Leitung von Volker Graf unter anderem im Krankenhaus-Management tätig ist. Welch eine Überraschung - und welche Freude für Schulte: Er arbeitet dann bei einem Unternehmen, das in der alten Walzmühle beheimatet ist. Für den Erhalt dieses Industriedenkmales hat er als OB mit immensem Einsatz und sehr erfolgreich gekämpft.

Mitgeteilt hat er seine künftige Tätigkeit in der Feierstunde im Pfalzbau, die ihm viel Anerkennung brachte. Während bei den Ansprachen der Fraktionschefs Heinrich Jöckel und Achim Weinmann im Stadtrat vergangene Woche die kritischen Töne ganz unüberhörbar waren, hielt Bürgermeister Wilhelm Zeiser gestern eine Laudatio, in der die Erfolge Schultes ganz klar dominierten. Zeiser führte auch mit Humor durch eine Ära, die achteinhalb Jahre dauerte und die der Stadt zweifelsohne bedeutsame Fortschritte brachte.

Sehr herzlich auch das "Dankwort", das Ehrenbürger und Altdekan Friedhelm Borggrefe sprach. Beide verbindet nach Borggrefes Worten eine "westfälische Freundschaft". Es kamen wohl auch Konflikte in dieser Stadt zu Wort, aber Borggrefe zeichnete deutlich das Bild eines Oberbürgermeisters, der Freud und Leid mit Menschen hier geteilt hat. Für Schulte war dies eine sehr schöne Bestätigung seines Wirkens. Der Zwischenbeifall an dieser Stelle wird lange in ihm nachklingen.

Am Ende zog Schulte selbst eine Bilanz seiner Tätigkeit und bekannte voller Wehmut, Oberbürgermeister zu sein, sei ein wunderschönes Gefühl. Seiner Nachfolgerin Eva Lohse von der CDU wünschte er eine allzeit glückliche Hand: Eine Geste, die ganz selbstverständlich ist, die aber in dieser Stadt, in der sich ein solcher Wechsel noch niemals vollzog, gleichwohl auch für eine ganz neue Normalität steht.

Kommentar

Mannheimer Morgen
19. Dezember 2001

Plasma vom Niederrhein

28.11.2002 / LOKALAUSGABE / NIEDERRHEIN

KREFELD. Dr. Wolfgang Schulte war früher im Bundesfinanzministerium beschäftigt und lange Jahre Oberbürgermeister von Ludwigshafen. Jetzt verdient er sein Geld mit Blut, genauer Plasma. Die Deutsche Gesellschaft für Humanplasma mit Sitz in Ludwigshafen eröffnete gestern eine Filiale in Krefeld im neuen Behnisch-Haus. Die Niederrheiner sollen zur Ader gelassen werden, um die pharmazeutische Industrie mit Blutplasma zu versorgen.

In Deutschland gibt es 30 Firmen, die kommerziell Blutplasma abzapfen, um den Bedarf für medizinische Behandlungen zu decken. Der liegt bundesweit bei 1,7 Millionen Liter im Jahr und wird meist bei der Behandlung von Blutern oder Verbrennungssopfern benötigt. Die Branche kam 1993 ins Gerede, als die Koblenzer Firma UB Plasma durch HIV-verseuchte Blutkonserven mindestens drei Menschen infizierte.

Das Blutplasmazentrum Krefeld beschäftigt 17 Mitarbeiter, auch Ärzte, die für einen einwandfreien, schonenden und medizinisch korrekten Verlauf der Spende sorgen wollen. "Sicherheit des Spenders und die Qualität des Plasmas ist erstes Ziel", sagt Geschäftsführer Schulte, der in seiner Zeit als OB das erste Klinikum Deutschlands privatisierte. Später wurde er Geschäftsführer der Neue **Pergamon** Krankenhaus Management GmbH, die das Ludwigshafener Klinikum managt und auch größter Einzelaktionär der börsennotierten Eifelhöhen-Klinik AG ist sowie Blutplasma-Zentren in Dessau und Koblenz betreibt.

Erster Mieter im Behnisch Haus –

Deutsche Gesellschaft für Humanplasma eröffnet Blutplasma-Zentrum

Jeder Zweite braucht einmal Blutplasma

Der erste Mieter im Behnisch-Haus stellte sich vor: Ein Blutplasma-Zentrum nimmt am Montag die Arbeit auf.

Krefeld. Das Behnisch-Haus erfüllt sich mit Leben. Um Leben, genauer: den Lebenssaft Blut, geht es auch beim ersten Mieter. Gestern öffneten sich auf der dritten Etage die Türen und gaben den Blick frei auf helle 1000 Quadratmeter und ein hochmodernes Blutplasma-Zentrum entstanden, das am Montag seine Arbeit aufnimmt. Nach Koblenz und Dessau ist Krefeld der dritte Standort der Deutschen Gesellschaft für Humanplasma. 15 sollen es werden.

"Wir fanden den Platz mit seiner Erreichbarkeit und die Atmosphäre in dem Haus in der Krefelder Innenstadt gut", so Geschäftsführer Dr. Wolfgang Schulte. "Außerdem eröffnen sich durch eine mögliche Kooperation mit dem Klinikum Perspektiven." Wie wichtig das Zentrum ist, zeigt die ständige Unterversorgung erkrankter Menschen mit Blutplasma. 1,7 Millionen benötigten Litern in Deutschland stehen 1,6 vorhandene gegenüber. Importe aus den USA sind die Regel.

Dr. Schulte: "Im Krefelder Zentrum sollen 24 000 Liter im Jahr gewonnen werden. Das entspricht 32 000 Spenden jährlich." Ein Beispiel aus der Praxis nennt der Ärztliche Direktor der Gesellschaft, Dr. Stephan Kießig: "Ein Bluter, dem ein bestimmtes Eiweiß, der ‚Faktor 8‘ der Blutgerinnung, fehlt und der aus dem Plasma herauspräpariert werden kann, wird in seinem Leben rund 180 000 Spenden benötigen." Und: 50 bis 60 Prozent aller Menschen brauchen einmal in ihrem Leben Blutplasma. Aber nur 0,05 Prozent spenden.

Im neuen Blutplasma-Zentrum kann eine Vollblut-Entnahme und eine Plasmapherese stattfinden. Zurzeit stehen 27 Sitze mit modernen Geräten für die Spender bereit. Es sollen einmal 40 werden. Spender werden ausdrücklich gesucht. Sie können sich ab Montag zwischen 8 und 20 Uhr, unter Ruf 56 90 50 melden. Da bei der Plasmapherese nicht das gesamte Blut benötigt wird, kann bis zu 38 Mal im Jahr Plasma entnommen werden. "Die Eiweiße bilden sich nach zwei bis drei Tagen nach", so Dr. Kießig.

Die Spender können dabei auf eine Aufwandsentschädigung von rund 790 Euro im Jahr kommen. Doch nicht jeder wird als Spender akzeptiert. Der Entnahme gehen gründliche Untersuchungen voraus. "Wir wollen optimale Sicherheit für den Spender und die Qualität des Plasmas", erklärt der Jurist Dr. Schulte, der 16 Jahre Oberbürgermeister von Ludwigshafen war. Das Plasma wird europaweit an Pharmaunternehmen verkauft. Derzeit sind 18 Mitarbeiter im Blutplasma-Zentrum beschäftigt. 30 sollen es werden. Über den "weiteren Schritt hin zum medizinischen Zentrum Krefeld", freute sich Andreas Struwe von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft.

29.11.2002 Westdeutsche Zeitung

Von Chrismie Fehrman



Wirtschaftsraum Cottbus

Zentrum für Blutplasmaspende in Cottbus eröffnet

Ein Zentrum für Blutplasmaspende ist am Mittwoch in Cottbus eröffnet worden. Die Deutsche Gesellschaft für Humanplasma (DGH) habe dort zunächst 15 Arbeitsplätze geschaffen, sagte die Geschäftsführerin Michaela Rethwilm.

Das Spenderplasma werde in der pharmazeutischen Industrie zu Medikamenten verarbeitet. Die aus Blutplasma gewonnenen Antikörper würden zum Beispiel zur Abwehr von schweren Infekten eingesetzt. Die Bevölkerung ist für den 12. August zur Eröffnungsfeier eingeladen.

Wichtig sei, dass die Spender regelmäßig kommen, sagte Rethwilm am Mittwoch. Gesunde Menschen zwischen 18 und 65 Jahren könnten zwei Mal in der Woche Blutplasma spenden. In den Anfangszeiten wolle man wöchentlich 800 Spenden erreichen, später bis zu 1200.

Für den wirtschaftlichen Betrieb benötige die Einrichtung einen "Spenderstamm" von 2000 Menschen. Durch die Nähe zur polnischen Grenze erhofft sich die Einrichtung auch von dort etliche Plasmaspender.

Das neue Zentrum ist die insgesamt fünfte Einrichtung dieser Art in Deutschland. Für den Standort in der Straße der Jugend 113 investierte die DGH insgesamt 1,2 Millionen Euro.

Die DGH wurde 2001 gegründet. Sie betreibt weitere Blutplasmazentren in Dresden, Dessau, Krefeld und Koblenz.

Schulte: Bin aus NPK gefeuert worden

Alt-OB: Ansprüche rechtens - Zu Gespräch bereit

Alt-Oberbürgermeister Wolfgang Schulte hält an seinen Ansprüchen von 200.000 Euro als Gläubiger der insolventen Klinik-Gesellschaft fest. Beim Prüfungstermin aller bisher vorgelegten Gläubiger-Forderungen vor dem Amtsgericht waren unter anderem die von Schulte am Montag vom Insolvenzverwalter vorläufig bestritten worden (wir berichteten).

„Meine Ansprüche sind begründet. Ich bin dabei, die Unterlagen zusammenzustellen und das Ganze noch rechtlich auszuarbeiten, um die Sache dem Insolvenzverwalter vorzulegen“, sagte Schulte gestern auf Anfrage der RHEINPFALZ. Es gelte dafür keine Frist, da er seine Ansprüche bereits rechtzeitig geltend gemacht habe. Er sei davon ausgegangen, dass vor dem Amtsgericht ein ausführliches Gespräch stattfinde. Der Termin sei aber nach wenigen Minuten beendet gewesen. „Ich stehe dem Insolvenzverwalter immer für ein Gespräch bereit“, betonte er.

Schulte informierte erstmals, dass es sich bei seiner Trennung von der NPK um einen „Rausschmiss“ gehandelt habe. Schulte war nach seiner OB-Amtszeit geschäftsführender Gesellschafter der Gesellschaft und für das Blutplasma-Geschäft der inzwischen verkauften NPK-Tochter DGH verantwortlich. Nach seinen Angaben sei er 2004 geschasst worden, weil „ich meine Verantwortung als Gesellschafter wahrgenommen, zu intensiv gefragt habe“. Bis zu dem Zeitpunkt habe er keinen Einblick in die Zahlen der Gesellschaft gehabt, er habe auch nie etwas von abgezweigten Bonuszahlungen gewusst, unterstrich Schulte.

Die Zahlung von insgesamt rund 900.000 Euro an ihn sei Ergebnis eines Vergleichs beider Seiten, um die sofortige Trennung zu erreichen. Davon seien noch die über ein Pfandrecht an der Zentralwäscherei Mannheim abgesicherten 200.000 Euro offen, so Schulte. Er habe auf Schadenersatzansprüche für die Kündigung aus seinem auf zehn Jahre angelegten NPK-Geschäftsführervertrag verzichtet, nicht jedoch auf die Abfindung für die Rückgabe seiner Gesellschafteranteile. (ell)

Quelle: Die Rheinpfalz vom 18.01.2007

Das stand 2004 in der Zeitung

"Der Schritt fällt mir nicht leicht"

Ex-OB Schulte verlässt die "Neue Pergamon"

Nach 26 Monaten ist seine Tätigkeit für die Krankenhausgesellschaft beendet: Der frühere OB Dr. Wolfgang Schulte ist als geschäftsführender Gesellschafter bei der "Neuen Pergamon" ausgeschieden. Der Vertrag sei in gegenseitigen Einvernehmen aufgelöst worden, erklärte gestern der Geschäftsführer und Mehrheitseigner der "Neuen Pergamon", Dr. Volker Graf, auf "MM"-Anfrage.

„Dieser Schritt ist mir nicht leicht gefallen. Aber wegen des dramatischen Preisverfalls auf dem Plasmamarkt musste sich das Unternehmen konsolidieren“, bedauerte der frühere OB. Graf attestierte Schulte eine hervorragende Tätigkeit. Als Geschäftsführer der Humanplasma GmbH habe dieser vier Plasmazentren in Krefeld, Koblenz, Dessau und Dresden aufgebaut. Und nun leiste Schulte einen Beitrag zur Konsolidierung des Unternehmens. Graf räumte ein, dass sich frühere Erwartungen in diesen Geschäftszweig nicht erfüllt hätten. Die Plasma-Weltmarktpreise seien um 30 Prozent eingebrochen. Ursprünglich wollte die "Neue Pergamon" zehn bis 15 Plasmazentren in Deutschland errichten. Die bestehenden vier Zentren mit 80 Mitarbeitern werden fortgeführt. Graf, der auch Geschäftsführer der Klinikum-GmbH ist, will nun "interimsmäßig" die Humanplasma GmbH leiten.

Über seine berufliche Zukunft hat sich Schulte (56) nicht entschieden. "Ich will erst in Ruhe nachdenken, aber nicht längere Zeit auf der Bank sitzen bleiben." ott

Mannheimer Morgen
20. März 2004

Octapharma jetzt auch in der Gewinnung von Blutplasma aktiv

Im Zuge des ständigen Wachstums der letzten Jahre und des resultierenden deutlichen Anstieg des Bedarfes an Plasma, gewinnt die langfristige Sicherung der notwendigen Plasmaressourcen mehr und mehr an Bedeutung. Im Zuge einer strategischen Neuausrichtung hat die Octapharma GmbH mit Wirkung zum 1. September 2006 die Deutsche Gesellschaft für Humanplasma mbH von der "Neuen Pergamon Krankenhaus Management GmbH" übernommen. Damit verfügt Octapharma erstmalig über eigene Plasmapheresezentren.

In den 5 Einrichtungen in Cottbus, Dessau, Dresden, Koblenz und Krefeld sind ca. 120 Mitarbeiter beschäftigt. Diese Zentren, von denen das letzte in Cottbus erst am 05. Juli 2006 eröffnet wurde, werden einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Versorgung mit hochwertigem und sicheren Blutplasma leisten. Sie unterstützen unser Ziel, Produkte auch weiterhin zu einem hohen Anteil aus deutschem Plasma herzustellen.

17.10.2006